

INITIATIVEN IMPULSE

Initiativen für heute, Impulse für morgen.

**Geschäftsbericht
2016**

Zahlen im Überblick

DZ BANK GRUPPE

in Mio. €	2016	2015		31.12.2016	31.12.2015
ERTRAGSLAGE			LIQUIDITÄTSADÄQUANZ		
Operative Erträge ¹	6.110	5.858	DZ BANK Gruppe		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-569	-153	Ökonomische Liquiditätsadäquanz (in Mrd. €) ³	11,2	8,9
Konzernergebnis vor Steuern	2.197	2.453	DZ BANK Institutsguppe		
Konzernergebnis	1.606	1.796	Liquiditätsdeckungsquote – LCR (in Prozent)	151,0	125,8
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent) ²	58,9	55,5			
	31.12.2016	31.12.2015	KAPITALADÄQUANZ		
VERMÖGENSLAGE			DZ BANK Gruppe		
Aktiva			Ökonomische Kapitaladäquanz (in Prozent) ⁴	163,5	173,5
Forderungen an Kreditinstitute	107.253	80.735	DZ BANK Finanzkonglomerat		
Forderungen an Kunden	176.532	126.850	Bedeckungssatz für das Finanzkonglomerat (in Prozent) ⁵	178,6	185,1
Handelsaktiva	49.279	49.520	DZ BANK Institutsguppe		
Finanzanlagen	70.180	54.305	Harte Kernkapitalquote (in Prozent) ⁶	14,5	13,9
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	90.373	84.744	Harte Kernkapitalquote bei Vollanwendung der CRR (in Prozent) ⁷	14,5	13,0
Übrige Aktiva	15.830	12.187	Kernkapitalquote (in Prozent) ⁶	16,0	15,6
Passiva			Gesamtkapitalquote (in Prozent) ⁶	18,6	18,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.280	97.227	Leverage Ratio (in Prozent) ⁶	4,4	4,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	124.425	96.186	Leverage Ratio bei Vollanwendung der CRR (in Prozent) ⁷	4,1	4,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	78.238	54.951			
Handelspassiva	50.204	45.377	MITARBEITER IM JAHRESDURCH- SCHNITT (ANZAHL)	29.341	30.029
Versicherungstechnische Rückstellungen	84.125	78.929			
Übrige Passiva	20.285	15.942	LANGFRISTRATING		
Eigenkapital	22.890	19.729	Standard & Poor's	AA-	AA-
Bilanzsumme	509.447	408.341	Moody's Investors Service	Aa3	Aa3
Geschäftsvolumen	843.130	701.591	Fitch Ratings	AA-	AA-

1 Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Handelsergebnis + Ergebnis aus Finanzanlagen + Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten + Ergebnis aus dem Versicherungs-
geschäft + Sonstiges betriebliches Ergebnis

2 Vorjahreswert angepasst

3 Stressszenario mit dem geringsten Minimalen Liquiditätsüberschuss

4 Gegenüber Geschäftsbericht 2015 veränderter Vorjahreswert aufgrund der im zweiten Quartal 2016 turnusgemäß vorgenommenen Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs im
Sektor Versicherung

5 31.12.2016: vorläufiger Bedeckungssatz unter Berücksichtigung der Daten der R+V gemäß Solvency II, 31.12.2015: endgültiger Bedeckungssatz unter Berücksichtigung der Daten der
R+V gemäß Solvency I

6 Gemäß den zum Berichtsstichtag geltenden Regularien

7 Gemäß den ab dem Geschäftsjahr 2019 geltenden Regularien

DZ BANK Gruppe

Partner in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Die DZ BANK Gruppe ist Teil der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, die rund 1.000 Volksbanken Raiffeisenbanken umfasst und, gemessen an der Bilanzsumme, eine der größten privaten Finanzdienstleistungsorganisationen Deutschlands ist. Innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe fungiert die DZ BANK AG als Spitzeninstitut und Zentralbank und hat den Auftrag, die Geschäfte der Genossenschaftsbanken vor Ort zu unterstützen und ihre Position im Wettbewerb zu stärken. Sie ist zudem als Geschäftsbank aktiv und hat die Holdingfunktion für die DZ BANK Gruppe.

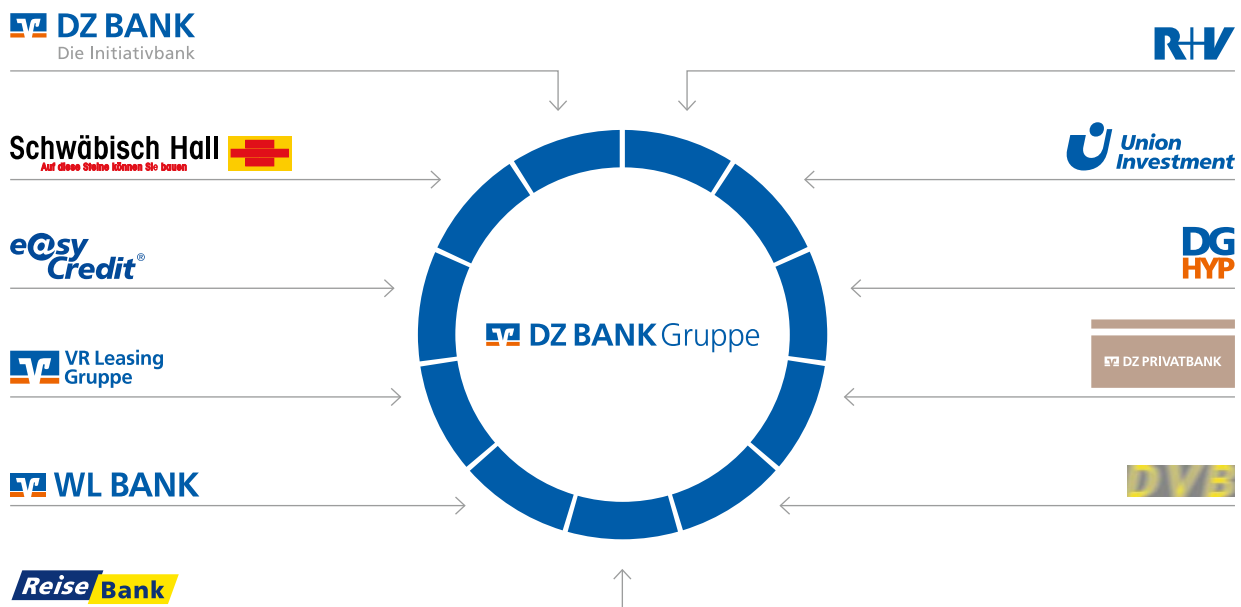
Zur DZ BANK Gruppe zählen die Bausparkasse Schwäbisch Hall, DG HYP, DZ PRIVATBANK, R+V Versicherung, TeamBank, Union Investment Gruppe, die VR Leasing Gruppe, die WL BANK und verschiedene andere Spezialinstitute. Die Unternehmen der DZ BANK Gruppe mit deren starken Marken gehören

damit zu den Eckpfeilern des Allfinanzangebots der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Anhand der vier Geschäftsfelder Privatkundengeschäft, Firmenkundengeschäft, Kapitalmarktgeschäft und Transaction Banking stellt die DZ BANK Gruppe ihre Strategie und ihr Dienstleistungsspektrum für die Genossenschaftsbanken und deren Kunden dar.

Diese Kombination von Bankdienstleistungen, Versicherungsangeboten, Bausparen und Angeboten rund um die Wertpapieranlage hat in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe eine große Tradition. Die Spezialinstitute der DZ BANK Gruppe stellen in ihrem jeweiligen Kompetenzfeld wettbewerbsstarke Produkte zu vernünftigen Preisen bereit. Damit sind die Genossenschaftsbanken in Deutschland in der Lage, ihren Kunden ein komplettes Spektrum an herausragenden Finanzdienstleistungen anzubieten.

Starke Marken – starke Partner:

Ausgewählte Marken der DZ BANK Gruppe



Das Magazin zum Geschäftsbericht 2016

Sie vermissen das Magazin zum
Geschäftsbericht? Lesen Sie es online auf
www.geschaeftsbericht.dzbank.de

Geschäftsbericht 2016

Initiativen für heute, Impulse für morgen.

Vordenken ohne Aufforderung. Vorangehen, um weiterzukommen. Die Kraft, gemeinsam etwas zu gestalten. Das sind Leitlinien der vereinigten Zentralbank.

Seit dem Zusammenschluss von DZ BANK und WGZ BANK zum 1. August 2016 hat die genossenschaftliche Organisation nur noch eine Zentralbank – ein wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der gesamten Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Dass der Claim „Die Initiativbank“, mit dem die vereinigte Zentralbank auftritt, von uns nicht nur kommuniziert, sondern auch tagtäglich gelebt wird, zeigen Ihnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Initiativen in unserem Magazin zum Geschäftsbericht vorstellen – hier im Heft und digital unter www.geschaeftsbericht.dzbank.de.

Inhalt

05	Brief an die Aktionäre
10	Konzernlagebericht
186	Konzernabschluss
390	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
391	Bestätigungsvermerk
392	Bericht des Aufsichtsrates
400	Beiräte
414	Wesentliche Beteiligungen



Wolfgang Kirsch (Vorstandsvorsitzender)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DZ BANK Gruppe blickt auf ein erfolgreiches und strategisch bedeutsames Geschäftsjahr 2016 zurück. Mit einem Ergebnis vor Steuern von 2,2 Milliarden Euro haben wir unser Jahresziel eines Vorsteuerergebnisses oberhalb von zwei Milliarden Euro sicher erreicht. Das Resultat spiegelt eine gute Entwicklung im Kundengeschäft unserer Allfinanzgruppe wider und reflektiert zugleich die gelungene Fusion mit der WGZ BANK. Mit dem in sehr kurzer Zeit erreichten Zusammenschluss hat unsere Organisation ihre Entschlossenheit zur Arbeit an unseren gemeinsamen Herausforderungen untermauert.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind die fusionsbedingten Erträge und Aufwendungen in der Position „Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK“ in Höhe von 256 Millionen Euro ausgewiesen. In allen anderen Positionen ist die geschäftliche Entwicklung der DZ BANK Gruppe vor Fusion im ersten Halbjahr 2016 sowie die Entwicklung der fusionierten Bank im zweiten Halbjahr 2016 enthalten. Die Ergebnisse sind insofern nicht mit denen früherer Jahre vergleichbar.



Der Zinsüberschuss erreichte 2,66 Milliarden Euro, wobei sich insbesondere das Firmenkundengeschäft der DZ BANK AG positiv entwickelte. Sowohl bei der Gewinnung neuer Kunden als auch im Ausbau unserer Geschäftsbeziehungen sind wir gut vorangekommen. Demgegenüber wirkten sich Rückstellungen für Zinsbonifikationen bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall (BSH) aufgrund der andauernd niedrigen Zinsen negativ aus. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag bei 569 Millionen Euro und war wesentlich beeinflusst durch Belastungen im Schiffskreditportfolio der DVB Bank. Ansonsten blieb die Risikovorsorge unauffällig. Der Provisionsüberschuss erreichte mit 1,7 Milliarden Euro abermals ein hohes Niveau. Maßgeblich dazu beigetragen haben eine erneut starke Geschäftsentwicklung bei Union Investment sowie Zuwächse bei der DZ BANK AG und der BSH. Das Handelsergebnis belief sich auf 780 Millionen Euro und war neben Bewertungseffekten bei Eigenemissionen geprägt durch einen positiven Geschäftsverlauf im Primärmarktgeschäft mit Anleihen. Außerdem steigerte die DZ BANK den Absatz strukturierter Produkte und baute ihren Marktanteil in diesem Geschäft weiter aus. Das Ergebnis aus Finanzanlagen erreichte 127 Millionen Euro und enthält einen außerordentlichen Ertrag aus der Veräußerung von Anteilen an VISA Europe. Das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft lag bei 760 Millionen Euro und



von links nach rechts:

Wolfgang Köhler, Uwe Berghaus, Frank Westhoff, Wolfgang Kirsch (Vorstandsvorsitzender),
Hans-Bernd Wolberg (Stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Dr. Christian Brauckmann,
Thomas Ullrich, Karl-Heinz Moll, Dr. Cornelius Riese, Michael Speth, Lars Hille, Stefan Zeidler

spiegelt damit eine positive operative Entwicklung sowie ein erfreuliches Kapitalanlageergebnis der R+V Versicherung wider. Die Verwaltungsaufwendungen in der DZ BANK Gruppe betragen 3,6 Milliarden Euro. Ihre Entwicklung reflektiert insbesondere ein regulatorisch bedingt umfangreiches Projektportfolio sowie fortgesetzte Investitionen in unsere Marktinitiativen.

Der erfolgreiche Verlauf des Geschäftsjahres und die zügige Umsetzung unserer Fusion sind Ausdruck der hohen Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DZ BANK Gruppe. Ihnen sprechen meine Vorstandskollegen und ich unseren herzlichen Dank aus.

Das gute Resultat haben wir erneut zur Gewinnthesaurierung genutzt. Im Zusammenwirken mit positiven Effekten aus der Fusion haben wir unsere Kapitalbasis aus eigener Kraft weiter gesteigert. So erreichte die harte Kernkapitalquote der DZ BANK Gruppe unter Vollanwendung der Kapitalrichtlinie CRR zum 31.12.2016 einen Wert von 14,5 Prozent. Zum Ende des Vorjahres lag dieser Wert für die DZ BANK Gruppe in der Betrachtung vor Fusion bei 13,0 Prozent. Auch künftig bleibt ein effektives Kapitalmanagement für unsere Institutsgruppe von hoher Bedeutung, da sich – insbesondere unter dem Stichwort „Basel IV“ – bereits weitere kapitalbelastende regulatorische Vorgaben abzeichnen.

Aus der Abwägung der Erfordernisse des Kapitalmanagements und den berechtigten Interessen unserer Eigentümer leiten wir auch den Dividendenvorschlag an die Hauptversammlung ab. Dieser liegt bei 18 Cent je Aktie (Vorjahr: 16 Cent).

Im Blick nach vorn haben wir es mit einem unverändert herausfordernden Umfeld zu tun. Dazu zählen gewachsene politische Risiken, vor allem die offen zu Tage tretenden Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen und die bislang ungelöste Identitätskrise Europas. In einigen europäischen Ländern bestehen zudem Strukturprobleme fort, während die Europäische Zentralbank trotz der immer augenfälligeren negativen Nebenwirkungen ihre expansive Geldpolitik fortsetzt. Positiv hervorzuheben ist, dass sich die konjunkturellen Stimmungskennzeichen im Euroraum merklich aufgehellt haben. Die wirtschaftliche Dynamik in unserem deutschen Heimatmarkt ist verhalten positiv, die Beschäftigung liegt auf einem Rekordniveau und dürfte sich weiter verbessern. Unsere Volkswirte prognostizieren für 2017 ein Wachstum von 1,5 Prozent.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen tun wir gut daran, im klaren Bewusstsein für unsere eigenen Stärken weiter konzentriert an unserem Markterfolg zu arbeiten. Mit der Fusion hat die DZ BANK Gruppe ihre strategische und betriebswirtschaftliche Aufstellung dafür nachhaltig gekräftigt. Wir können uns nun aus einer Position der Stärke heraus noch besser im Markt positionieren. Die solide Kapitalausstattung und Liquidität, die positive Reputation, eines der besten Bankenratings in Europa und das mit der Fusion komplettierte Leistungsangebot sind Argumente, mit denen wir überzeugen können. Der Zuspruch unserer Kunden, insbesondere im Firmenkundengeschäft, bestärkt uns darin.

Der nächste wesentliche Schritt für die strukturelle Aufstellung der DZ BANK Gruppe wird die schrittweise Weiterentwicklung in Richtung einer Holdingstruktur sein. Die Grundlagen dafür werden wir uns im laufenden Geschäftsjahr erarbeiten. Darüber hinaus streben wir eine Neuordnung unserer Immobilienaktivitäten an. Mit diesen Maßnahmen stellen wir eine hohe Effektivität in der Steuerung sicher. Zugleich können sich die einzelnen Einheiten noch stärker auf die kontinuierliche Verbesserung ihres jeweiligen Leistungsangebots konzentrieren.

Das Ergebnis des Jahres 2017 wird maßgeblich durch diese strukturellen Arbeiten in Folge unserer Fusion geprägt sein, während die Synergien erst in den kommenden Jahren voll zum Tragen kommen werden. Vor diesem Hintergrund rechnen wir 2017 mit einem Ergebnis vor Steuern am unteren Ende unserer nachhaltigen Ergebnisspanne von 1,5 bis zwei Milliarden Euro und erwarten, diesen Wert in den darauf folgenden Jahren wieder zu steigern.

Im Zentrum unserer gemeinschaftlichen Anstrengungen steht die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer genossenschaftlichen FinanzGruppe. Der nun erreichte Abschluss der Konsolidierung auf Ebene der Zentralinstitute war dazu ein wichtiger Schritt. Die Fusion der Rechenzentralen, die Bündelung der Kräfte auf Verbandsebene und auch die Zusammenschlüsse unter den Genossenschaftsbanken weisen in die gleiche Richtung. Aus den erreichten Erfolgen erwächst zugleich ein Anspruch, den wir in den vor uns liegenden Monaten und Jahren weiter einzulösen haben. Daran arbeiten wir.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Kirsch
Vorstandsvorsitzender

Konzernlagebericht

14	Grundlagen der DZ BANK Gruppe	53	Nachtragsbericht
14	Geschäftsmodell		
14	Strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe als verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe	54	Personalbericht und Nachhaltigkeit
15	DZ BANK	54	Personalbericht
17	BSH	54	Gruppenübergreifende Personalarbeit
17	DG HYP	55	Employer Branding-Kampagne der DZ BANK Gruppe
18	DVB	55	Nachwuchskräfte
18	DZ PRIVATBANK	55	Frauenförderung
18	R+V	56	Corporate Campus für Management & Strategie
19	TeamBank	56	Verantwortung für Mitarbeiter
19	UMH		
19	VR LEASING	56	Nachhaltigkeit
19	WL BANK	56	Genossenschaften: Verantwortung als Unternehmensziel
20	Steuerung der DZ BANK Gruppe	57	Nachhaltigkeit im Unternehmen verankern: Beispiele der DZ BANK Gruppe
20	Steuerungseinheiten	58	Group Corporate Responsibility Committee
20	Governance	58	Transparenz der Nachhaltigkeitsaktivitäten
23	Steuerungskennzahlen		
24	Steuerungsprozess	60	Prognosebericht
25	Wirtschaftsbericht	60	Entwicklung gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
25	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	60	Entwicklung Weltwirtschaft
26	Die Kreditwirtschaft im Zeichen fortgesetzter Bemühungen um eine wirtschaftliche Stabilisierung des Euro-Raums	60	Entwicklung Vereinigte Staaten
28	Ertragslage	60	Entwicklung Euro-Raum
28	Ertragslage im Überblick	61	Entwicklung Deutschland
31	Ertragslage im Einzelnen	61	Entwicklung Finanzsektor
49	Vermögenslage	62	Entwicklung der Ertragslage
51	Finanzlage	63	Entwicklung der Liquiditäts- und Kapitaladäquanz
		64	Entwicklung der Segmente
		64	DZ BANK
		64	BSH
		65	DG HYP

66	DVB	99	Liquiditätsadäquanz
66	DZ PRIVATBANK	99	Grundlagen
67	R+V	99	Ökonomische Liquiditätsadäquanz
68	TeamBank	105	Aufsichtsrechtliche Liquiditätsadäquanz
68	UMH	106	Ausblick
69	VR LEASING		
70	WL BANK		
71	Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht	106	Kapitaladäquanz
71	Konzept der Offenlegung	106	Grundlagen
71	DZ BANK Gruppe	106	Ökonomische Kapitaladäquanz
71	Zusammenfassung	111	Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz
71	Erklärungen des Vorstands	115	Ausblick
72	Auswirkungen der Fusion		
72	Chancen- und Risikomanagementsystem		
73	Risikofaktoren, Risiken und Chancen		
74	Grundlagen des Managements von Chancen und Risiken	116	Sektor Bank
74	Aufsichtsrechtlicher Rahmen des Risikomanagements		
75	Risikostrategien		
75	Risikoappetit		
78	Chancen- und risikoorientierte Unternehmensführung		
84	Instrumente des Risikomanagements		
90	Chancen	116	Kreditrisiko
90	Chancenmanagement	116	Definition und Ursachen
90	Chancenpotenziale	117	Risikostrategie
		117	Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen
		118	Risikomanagement
		126	Kreditvolumen
		134	Portfolios mit erhöhtem Risikogehalt
		136	Leistungsgestörtes Kreditvolumen
		137	Kreditrisikovorsorge
		139	Risikolage
		141	Fazit und Ausblick
92	Übergreifende Risikofaktoren	141	Beteiligungsrisiko
92	Markt- und branchenbezogene Risikofaktoren	141	Definition und Ursachen
97	Unternehmensbezogene Risiken mit übergeordnetem Charakter	141	Risikostrategie und Verantwortung
		142	Risikomanagement
		142	Risikofaktoren und Risikolage
		143	Marktpreisrisiko
		143	Definition und Ursachen
		143	Risikostrategie
		144	Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen
		145	Risikomanagement

- 149 Risikofaktoren
- 149 Risikolage
- 150 Fazit und Ausblick
- 152 Bauspartechinisches Risiko**
 - 152 Definition und Ursachen
 - 152 Risikostrategie und Verantwortung
 - 152 Risikomanagement
 - 152 Risikofaktoren
 - 153 Risikolage
- 153 Geschäftsrisiko**
 - 153 Definition und Ursachen
 - 153 Organisation und Risikomanagement
 - 153 Risikofaktoren
 - 154 Risikolage
- 154 Reputationsrisiko**
 - 154 Definition und Ursachen
 - 155 Risikostrategie und Verantwortung
 - 155 Risikomanagement
 - 155 Risikofaktoren
- 155 Operationelles Risiko**
 - 155 Definition und Ursachen
 - 155 Risikostrategie
 - 156 Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen
 - 156 Zentrales Risikomanagement
 - 157 Management von Spezialrisiken
 - 163 Schadenfälle
 - 164 Risikolage
 - 164 Fazit und Ausblick
- 165 Sektor Versicherung**
- 165 Grundlagen des Risikomanagements im Sektor Versicherung**
 - 165 Risikostrategie
 - 166 Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen
- 166 Versicherungstechnisches Risiko**
 - 166 Definition und Ursachen
 - 168 Management des versicherungstechnischen Risikos Leben
 - 169 Management des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit
 - 170 Management des versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben
 - 172 Risikofaktoren
 - 172 Schadenentwicklung in der Nicht-Lebensversicherung
 - 172 Risikolage
 - 173 Fazit und Ausblick
- 173 Marktrisiko**
 - 173 Definition und Ursachen
 - 174 Risikomanagement
 - 177 Risikofaktoren
 - 178 Kreditvolumen
 - 180 Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt
 - 180 Risikolage
 - 181 Fazit und Ausblick
- 181 Gegenparteiausfallrisiko**
 - 181 Definition und Ursachen
 - 181 Risikomanagement
 - 182 Risikolage
- 182 Operationelles Risiko**
 - 182 Definition und Ursachen
 - 182 Risikomanagement
 - 183 Risikofaktoren
 - 184 Risikolage
- 184 Nicht beherrschte Versicherungsunternehmen und Unternehmen aus anderen Finanzsektoren**

Hinweis

Mit dem vorliegenden Konzernlagebericht setzt die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, (DZ BANK) als Mutterunternehmen des DZ BANK Konzerns die Transparenzanforderungen nach § 37v Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sowie gemäß § 315 Handelsgesetzbuch (HGB) in Verbindung mit dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nummer 20 (DRS 20, Konzernlagebericht) um.

Es wird kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

I. Grundlagen der DZ BANK Gruppe

Die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, und die WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf, (WGZ BANK) haben ihren Zusammenschluss im Berichtszeitraum rechtlich abgeschlossen und sind als fusioniertes Spitzeninstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken planmäßig gestartet.

Mit dem Zusammenschluss wird die Zielsetzung verfolgt, die strategische Kompetenz und die operative Stärke der beiden genossenschaftlichen Zentralbanken zu bündeln, Prozesse weiterzuentwickeln, Ertrags- und Kostensynergien zu realisieren, verfügbare Ressourcen effizient einzusetzen und die Grundlagen für eine Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Oberbaus zu legen.

1. Geschäftsmodell

Die aus dem Zusammenschluss hervorgegangene vereinigte Zentralbank (DZ BANK) ist auf ihre Kunden und Eigentümer, die Volksbanken und Raiffeisenbanken, ausgerichtet. Im Endkundengeschäft leistet die DZ BANK Gruppe durch die subsidiäre Bereitstellung von wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Marktposition der Genossenschaftsbanken.

Die Fokussierung auf das verbundgetriebene Geschäft hat Priorität, insbesondere in Zeiten knapper Ressourcen. Unter Nutzung vorhandener Produkte, Plattformen und Dienstleistungen stellt die DZ BANK in ihrer Rolle als Geschäftsbank komplementäre Leistungen zur Verfügung. Dabei erfolgt eine stetige Prüfung der strategischen (unter anderem keine direkte Konkurrenz zu den Genossenschaftsbanken) und wirtschaftlichen (unter anderem angemessene Rendite und vertretbares Risiko) Sinnhaftigkeit dieser Leistungen.

2. Strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe als verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe

Die strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe folgt dem Leitmotiv „Verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe“. Dabei konzentrieren sich

die Geschäftsaktivitäten auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken und deren Kunden im Heimatmarkt Deutschland. Ziel dieser Ausrichtung ist es, die Positionierung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe als einer der führenden Allfinanzanbieter in Deutschland nachhaltig auszubauen. Zu diesem Zweck verfolgt die DZ BANK Gruppe konsequent die drei strategischen Stoßrichtungen: Wachstum konform zur Genossenschaftlichen FinanzGruppe, Fortsetzung der Fokussierung und Vernetzung in der Gruppe und mit den Genossenschaftsbanken.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Genossenschaftlichen FinanzGruppe arbeitet die DZ BANK gemeinsam mit den Fachräten des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, (BVR) an wichtigen Zukunftsthemen. Im Fokus steht dabei das Großprojekt „Kundenfokus 2020“ mit dem Ziel der Schaffung eines Omnikanal-Kundenlebnisses und der damit verbundenen Überführung der genossenschaftlichen Stärken in die digitale Welt. In diesem Rahmen konnten bereits verschiedene innovative Produkte für die Kunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe entwickelt und im Markt etabliert werden. Als unterstützender Dienstleister für die genossenschaftlichen Partnerbanken dient beispielsweise die Online-Plattform GENO Broker mit zeitgemäßem und zukunftsorientiertem Serviceangebot rund um das Wertpapiergeschäft. Zudem gründete die Union Asset Management Holding AG, Frankfurt am Main, (Union Asset Management Holding; Teilkonzernbezeichnung: UMH) im Geschäftsjahr die VisualVest GmbH, Frankfurt am Main, die Finanzdienstleistungen für die private Geldanlage in Form eines Robo-Advisors auf einer digitalen Plattform anbietet. Aktuell arbeiten die Projektmitglieder unter anderem an einem digitalen Netzwerk für die Mitglieder der Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie an der Etablierung von One-and-done-Prozessen, die zukünftig eine fallabschließende Bearbeitung ausgewählter Prozesse ermöglichen. Für die kommenden Jahre sind im Rahmen des Projekts weitere Initiativen geplant.

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie gründete die DZ BANK im Geschäftsjahr ein Innovation Lab mit dem Ziel, agil und schnell neue Ideen zu entwickeln und zu erproben. Beispielsweise wurde in diesem Rahmen mit dem VR-AgrarInvestplan eine Anwendung für Kunden aus der Agrarwirtschaft erarbeitet, die eine Optimierung der Finanzen unter Einbindung von Fördermitteln unterstützt. Weiterhin begleitete die DZ BANK verschiedene Hackathons zur Entwicklung von Konzepten für die Zukunft des Bankgeschäfts in

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe durch das Bereitstellen der erforderlichen Infrastruktur sowie der notwendigen Technologien und Teilnehmer.

2.1. DZ BANK

Im Geschäftsjahr wurde der Zusammenschluss der DZ BANK mit der WGZ BANK zu einer genossenschaftlichen Zentralbank vollendet und damit der stetige Konsolidierungsprozess der genossenschaftlichen Zentralbanken abgeschlossen. Auf der Grundlage eines erfolgreichen Geschäftsmodells sowie komplementärer Marktgebiete führen die DZ BANK und die frühere WGZ BANK ihre strategischen und operativen Stärken gewinnbringend für die gesamte Genossenschaftliche FinanzGruppe zusammen.

Mit dem Zusammenschluss sind erhebliche strategische, betriebswirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Synergien verbunden. Ein wichtiges Ziel ist die weitere Steigerung von Wachstum und Ertrag. In den Geschäftsfeldern Firmenkundengeschäft, Auslandsgeschäft, Verbundgeschäft, Kapitalmarktgeschäft sowie im Transaction Banking entwickelt die DZ BANK ihre Zentralbankleistungen weiter. Gleichzeitig behält sie ihre dezentrale Aufstellung bei der Betreuung der Volksbanken und Raiffeisenbanken und im Firmenkundengeschäft bei. Ziel der DZ BANK ist insgesamt eine Rentabilität, die unter Berücksichtigung des genossenschaftlichen Förderprinzips eine nachhaltig angemessene Dividendenzahlung ermöglicht. Gleichzeitig soll eine Thesaurierungsfähigkeit, die den regulatorischen Eigenkapitalanforderungen Rechnung trägt, erhalten werden.

Einsparpotenziale ergeben sich durch die Bündelung und Vereinheitlichung von Strukturen und Prozessen sowie die Vermeidung von Doppelinvestitionen im Hinblick auf die IT- und Prozessplattformen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der zunehmenden regulatorischen Anforderungen. Dabei findet im Rahmen der Integration ein Stellenabbau statt. Hierzu wurden am 13. Juli 2016 ein Interessenausgleich sowie ein Sozialplan abgeschlossen. Insgesamt werden nach Abschluss der Integration Ertrags- und Kostensynergien in Höhe von jährlich 100 bis 150 Mio. € erwartet. Die Einmalkosten der Fusion belaufen sich auf circa 350 Mio. €.

Die Fusion der beiden Zentralbanken stellte im Geschäftsjahr, aber auch mit Blick auf die kommenden Jahre, große Anforderungen an die IT. Bisher wurden alle notwendigen Meilensteine im Rahmen der Fusion fristgerecht erreicht. Am 1. August 2016 wurde eine

gemeinsame Infrastruktur bereitgestellt. Die weitere fachliche sowie technische Integration der Bereiche erfolgt schrittweise bis Ende 2018, wobei der Abschluss wesentlicher Migrationsschritte bis Ende 2017 angestrebt wird. Damit einher geht auch die Harmonisierung der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der vorhandenen Produktportfolios.

Im Anschluss an die erfolgreiche Integration der Zentralbanken ist eine Weiterentwicklung der Governance-Struktur bis Ende des Jahrzehnts geplant. In diesem Rahmen soll eine Bündelung der übergreifenden Strategie- und Steuerungsfunktionen in einer Einheit mit nur wenigen verbundnahen Aufgaben (Holding) erfolgen sowie die Geschäftsaktivitäten der Zentralbank in einer eigenen Einheit auf einer Ebene mit den anderen Gruppenunternehmen gebündelt werden. Dadurch kann eine größtmögliche Transparenz der Ergebnisstruktur der fusionierten Zentralbank und ihrer Geschäftsfelder erreicht werden.

2.1.1. GenoBanken/Verbund

Der Bereich GenoBanken/Verbund verantwortet die Betreuung der Volksbanken und Raiffeisenbanken durch Regionaldirektoren sowie Consulting- und Serviceleistungen im Themengebiet Gesamtbanksteuerung. Dabei fungieren die Regionaldirektoren als zentrale strategische Ansprechpartner für die Geschäftsbeziehung der Genossenschaftsbanken mit der DZ BANK Gruppe zur Stärkung ihres Allfinanzangebots.

Weiterhin bietet die DZ BANK den Volksbanken und Raiffeisenbanken Beratungsleistungen zu regulatorischen Themen sowie entlang der gesamten Prozesskette der Gesamtbanksteuerung, von der Strategiefindung über die Risikosteuerung bis hin zur Umsetzungsbegleitung. Durch ein gezieltes Angebot von Outsourcing-Leistungen und Prozessübernahmen sollen künftig weitere Ertragssynergien gehoben werden.

Im Rahmen der fusionsbedingten Integration vereinheitlicht die DZ BANK das Leistungsangebot und die Prozesse im Consulting und in der Gesamtbanksteuerung. Dabei sind die intensive Kommunikation mit den Kunden und Anteilseignern sowie die enge Begleitung in der Migrationsphase zur Sicherung der Kundenzufriedenheit von besonderer Relevanz.

2.1.2. Firmenkundengeschäft

Die DZ BANK bietet inländischen Firmenkunden direkt oder subsidiär mit der örtlichen Genossen-

schaftsbank das gesamte Leistungsspektrum einer Firmenkundenbank. Das ganzheitliche Betreuungskonzept ist auf die Bedürfnisse des Kunden abgestimmt und umfasst sämtliche Produkte und Dienstleistungen der DZ BANK Gruppe.

Durch die Fusion der DZ BANK mit der WGZ BANK kann die kundenfokussierte Marktbearbeitung deutschlandweit ausgebaut werden. Aktuell betreuen fünf regionale Bereiche (Nord und Ost, Mitte, West, Baden-Württemberg und Bayern) von insgesamt vierzehn Standorten aus das Geschäft mit inländischen Firmenkunden. Damit ist die Nähe zur örtlichen Genossenschaftsbank und zu den gemeinsamen Kunden garantiert. Diese regionale Betreuungsstruktur trägt wesentlich zur Stärkung der Marktposition der Genossenschaftlichen FinanzGruppe bei, indem gemeinsam mit den örtlichen Genossenschaftsbanken die bestehenden Kundenbeziehungen intensiviert und neue Kunden gewonnen werden. So konnte die Genossenschaftliche FinanzGruppe trotz des anhaltend schwierigen Marktumfelds mit intensivem Wettbewerb und nur marginalem Marktwachstum ihren Marktanteil im Kreditgeschäft mit Firmenkunden auf über 20 Prozent ausbauen. Mittelfristig soll er auf 25 Prozent steigen.

Im Rahmen der Digitalisierungsaktivitäten hat die DZ BANK im Geschäftsjahr den Online-Angebots- und Abschlussprozess VR BusinessOnline (ehemals Easy Entry Business) für die Genossenschaftliche FinanzGruppe stetig weiterentwickelt. Dieser ermöglicht den Kunden der örtlichen Genossenschaftsbanken nun auch einen elektronischen Dokumentenaustausch sowie die Speicherung ihrer Anfragen. Den Nutzerbanken wird eine komfortable Administration der Kundenanfragen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden inzwischen Produkte der DZ BANK Gruppenunternehmen UMH und R+V Versicherung AG, Wiesbaden, (R+V Versicherung; Teilkonzernbezeichnung: R+V) integriert. Perspektivisch ist die Einbindung von Produktabschlussstrecken, inklusive einer Online-Legitimation, vorgesehen. Mit dem BankingGuide wurde ein Tool entwickelt, das an die Beratungslogik von ProFi ZV anknüpft. Damit können Volksbanken und Raiffeisenbanken, digital unterstützt, die Qualität ihrer Beratung im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr sowohl im Online-Auftritt als auch in der persönlichen Beratung weiter verbessern und die Kundenbindung sowie den Produktabsatz erhöhen.

Des Weiteren hat sich die DZ BANK an TrustBills, einem elektronischen Marktplatz zum Verkauf von Forderungen von Unternehmen an internationale institutionelle Investoren, beteiligt.

Die zunehmende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft bleibt auch weiterhin ein zentrales Thema im Firmenkundengeschäft. Die DZ BANK entwickelte neben einem Toolset für Cash- und Treasury-Management in Kooperation mit BELLIN für ihre Kunden auch ein spezielles Ansprachekonzept „Internationales Geschäft für Firmenkunden der Volksbanken Raiffeisenbanken“, um die erheblichen Wachstums- und Ertragschancen in diesem ausbaufähigen Geschäftsfeld für die FinanzGruppe zu heben. Aufgrund starker Finanzierungsnachfrage deutscher Firmenkunden für Geschäfte mit indonesischen Partnern plant die DZ BANK zudem die Eröffnung einer Repräsentanz in Jakarta.

2.1.3. Privatkundengeschäft

Im Geschäftsfeld Privatkunden bietet die DZ BANK den Genossenschaftsbanken sowie ausgewählten Kooperations- und Drittbanken ganzheitliche, in der Regel plattform- und prozessgetriebene Dienstleistungen im Privatkundenwertpapiergeschäft mit Fokus auf die Vermögensanlage an.

Hierbei verfolgt sie konsequent einen Omnikanal-Ansatz und unterstützt die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihrem Omnikanal-Angebot. Dabei stehen die Kunden im Fokus, mit dem Ziel, ihnen über alle Kanäle hinweg eine bedarfsgerechte, jederzeit verfügbare und umfassende Lösung in der Vermögensanlage zu bieten. Für die Kunden eröffnet das neben dem herkömmlichen auch den digitalen Zugang zu ihrer Bank über mobile Logins, zahlreiche Online-Tools (zum Beispiel VR-ProfiBroker und VR-ProfiTrader) sowie beispielsweise das Derivateportal www.dzbank-derivate.de.

Für den weiteren Ausbau ihrer Marktführerschaft im deutschen Gesamtmarkt für Zertifikate strebt die DZ BANK weiteres Absatzwachstum ihrer Produkte an. Zudem arbeitet sie zur Hebung von Potenzialen im Geschäft mit vermögenden Betreuungskunden in Kooperation mit der DZ PRIVATBANK S.A., Strassen, (DZ PRIVATBANK S.A.; Teilkonzernbezeichnung: DZ PRIVATBANK) an der Weiterentwicklung ihrer Beratungsleistungen für die Volksbanken und Raiffeisenbanken.

2.1.4. Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft bietet die DZ BANK ihren Kunden Anlage- und Risikomanagementprodukte sowie Beratung in den Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und Devisen an. Dabei orientiert sich das Produkt- und Leistungsangebot, das sowohl Primärmarkt- als auch Sekundärmarktaktivitäten abdeckt, vor allem am Bedarf der Genossenschaftsbanken, deren Privat- und Firmenkunden sowie am Bedarf der von der DZ BANK direkt betreuten Firmenkunden und institutionellen Kunden im In- und Ausland. Researchleistungen und die Bereitstellung von E-Trading-Plattformen runden das umfangreiche Angebot ab.

Weiterhin übernimmt das Konzern-Treasury im Rahmen der Kapitalmarktaktivitäten der DZ BANK die Liquiditätsausgleichsfunktion für die Genossenschaftliche FinanzGruppe, steuert Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken der DZ BANK und stellt für die Volksbanken und Raiffeisenbanken den Zugang zu den weltweiten Liquiditätsmärkten und zur Zentralbankliquidität sicher. Um den zunehmenden Herausforderungen durch Markt und Regulatorik zu begegnen, werden die Liquiditätssteuerung und die Refinanzierungsstruktur in diversen Projekten stetig weiterentwickelt und es wird ein strategisches Treasury mit integrierter Ressourcensteuerung etabliert.

2.1.5. Transaction Banking

Zur Unterstützung der Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Ausschöpfung von Marktpotenzialen im Transaction Banking stellt die DZ BANK umfassende Leistungen in den Sparten Zahlungsverkehr/Bargeld, Karten/E- und M-Payments sowie Verwahrstelle bereit. So unterstützt sie die optimale Nutzung von Skaleneffekten und Effizienzpotenzialen in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Im Massenzahlungsverkehr ist die DZ BANK einer der großen europäischen Abwickler. Durch die Nutzung von equensWorldline, dem führenden europäischen Provider, hat die DZ BANK schon seit vielen Jahren Skaleneffekte realisieren können. Da equensWorldline bereits heute für die künftigen Veränderungen im Zahlungsverkehr – unter anderem durch Instant Payments und alternative Kanäle im internationalen Zahlungsverkehr – aufgestellt ist, können durch die Partnerschaft auch in Zukunft Synergiepotenziale gehoben werden.

Auch die Verwahrstelle verzeichnete im Geschäftsjahr ein Rekordergebnis ihrer Assets under Depository und

ist damit weiterhin die Nummer 5 in Deutschland nach vier internationalen Wettbewerbern.

Im Bereich E-/M-Payments wurde das im Vorjahr gestartete Online-Bezahlverfahren paydirekt als ein zentrales Projekt der Banken in Deutschland weiter ausgebaut. Im Zentrum standen die konsequente Erweiterung der Händlerbasis, die Gewinnung sogenannter Leuchtturmhändler sowie die technische Weiterentwicklung des Verfahrens. Um dem Kundenwunsch nach schnellerer Zahlungsabwicklung nachzukommen, unterstützt die DZ BANK die Initiative des Euro Retail Payments Board zur Einführung eines europäischen Instant-Payments-Verfahrens, das eine klare Weichenstellung für den Zahlungsverkehr der Zukunft ist, aber auch Europa eine Chance bietet, sich im globalen Wettbewerb von Bezahlssystemen zu positionieren. In diesem Kontext hat das Gruppenunternehmen ReiseBank AG, Frankfurt am Main, (ReiseBank) in einem Pilotprojekt im Geschäftsjahr erstmals eine reale Zahlung mittels Blockchain-Technologie, einer der Zukunftstechnologien im Bankenumfeld, durchgeführt.

2.2. BSH

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall, (Bausparkasse Schwäbisch Hall; Teilkonzernbezeichnung: BSH) richtet ihre Aktivitäten am strategischen Ziel der profitablen Marktführerschaft rund um das Thema „Bauen und Wohnen“ aus. In diesem Rahmen tätigt sie Investitionen in die stetige Überprüfung und Anpassung ihres Tarifangebots, die Entwicklung und Einführung von Produktinnovationen, die verbundkonforme Digitalisierung ihres Kerngeschäfts sowie die Optimierung ihres Bausparbestands.

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld führte im Geschäftsjahr zu einer weiteren Schärfung des Geschäftsmodells der BSH. In diesem Zuge wurden produktivitätssteigernde Maßnahmen ergriffen sowie ein Investitionsprogramm IT bis 2018 aufgelegt. Das Geschäftsfeld Baufinanzierung wird zudem gemeinsam mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken weiter ausgebaut, um eine zusätzliche Diversifikation der Ertragsquellen zu erreichen.

2.3. DG HYP

Als Teil der Genossenschaftlichen FinanzGruppe ist die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg, (DG HYP) Spezialist und Kompetenzzentrum für die gewerbliche Immobilienfinanzierung

und unterstützt die Volksbanken und Raiffeisenbanken in ihren regionalen Märkten mit umfassender Marktkenntnis.

Zur Sicherung ihrer Marktposition strebt die DG HYP ein nachhaltiges Neugeschäft an. Dabei ist die Bedeutung des gemeinsamen Neugeschäfts mit den Genossenschaftsbanken weiterhin hoch. Aktuell arbeitet sie mit mehr als 400 Volksbanken und Raiffeisenbanken regelmäßig zusammen. Ihr dezentraler Vertrieb ist dabei fokussiert auf den deutschen Mittelstand.

Darüber hinaus unterstützt die DG HYP die Volksbanken und Raiffeisenbanken bei Finanzierungsanfragen der öffentlichen Hand, wodurch diese ihre Präsenz im Markt stärken und die Geschäftsbeziehung zu den Kommunen vertiefen können.

Die definierten Abbauportfolios führt die DG HYP seit 2007 im Rahmen ihrer strategischen Ausrichtung kontinuierlich zurück.

2.4. DVB

Die DVB Bank SE, Frankfurt am Main, (DVB Bank; Teilkonzernbezeichnung: DVB) ist strategisch fokussiert auf den internationalen Verkehrsmarkt, der sich in die Teilmärkte Schifffahrt, Offshore, Luftfahrt und Eisenbahnverkehr gliedert.

Das Kreditgeschäft ist für die DVB dabei weiterhin Kerngeschäft. Hierbei fokussiert sie sich auf das Arrangieren und Bereitstellen strukturierter Finanzierungen. Ergänzend beschäftigt sie sich im Rahmen verschiedener Initiativen mit der Identifikation und Bewertung neuer Ertragsquellen. So entwickelt sie ihr Angebot an Beratungsleistungen und Investmentaktivitäten für Kunden stetig weiter und baut ihre Corporate Finance-Aktivitäten im Rahmen von ausgewählten Kapitalmarktmissionen sowie M&A-Transaktionen weiter aus.

Aufgrund des steigenden Risikovororgebedarfs in einem nach wie vor schwierigen Marktumfeld in der Schiffs- und Offshorefinanzierung sowie der gestiegenen Eigenkapitalanforderungen für Banken hat die DZ BANK als Muttergesellschaft der DVB im Geschäftsjahr einen Ertragszuschuss geleistet. Darüber hinaus wird die DZ BANK bei der DVB einen Squeeze-out durchführen, um so den Handlungsspielraum bei der Weiterverfolgung strategischer Optionen zu erhöhen.

2.5. DZ PRIVATBANK

Die DZ PRIVATBANK S.A. ist mit ihrer Hauptniederlassung in Luxemburg sowie ihren 100-prozentigen Tochterunternehmen DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG, Zürich, (DZ PRIVATBANK Schweiz), IPConcept (Luxemburg) S.A., (IPC LU), und IPConcept (Schweiz) AG, (IPC CH), Kompetenzzentrum und Lösungsanbieter der Genossenschaftlichen FinanzGruppe im Private Banking, Fondsdienstleistungsgeschäft sowie bei Finanzierungen in allen Währungen (LuxCredit). Eckpfeiler ihrer subsidiären Wachstumsstrategie ist die vertiefte Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Partnerbanken. Im deutschen Markt ist sie mit 100 Vertriebsmitarbeitern an zehn Standorten flächendeckend präsent, um die Volksbanken und Raiffeisenbanken vor Ort vertrieblich zu unterstützen und gemeinsam die Geschäftsfelder weiter auszubauen.

Dem schwierigen Markt- und Zinsumfeld setzt die DZ PRIVATBANK ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Effizienz- und Produktivitätssteigerung sowie Kostenoptimierung entgegen. Im Rahmen der Redimensionierung ihrer Auslandsstandorte erfolgten im Geschäftsjahr weitere Funktionsverlagerungen zum Unternehmenssitz nach Luxemburg. Des Weiteren wurden die beiden 100-prozentigen Tochtergesellschaften Europäische Genossenschaftsbank S.A., (EG Bank) und DZ PRIVATBANK Singapore Ltd., (DZ PB SG) mit der DZ PRIVATBANK S.A. verschmolzen beziehungsweise zusammengeschlossen. Mittels Kooperation mit einem lokalen Private Banking-Anbieter bietet die DZ PRIVATBANK den Kunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe auch weiterhin den Zugang zum Finanzplatz Singapur.

Die Möglichkeit der geografischen Diversifizierung des Vermögens sowie das Angebot internationaler Produktspezialitäten zusammen mit lokalen Beratungskennnissen bleiben im Rahmen der ganzheitlichen Beratung ein wichtiger Bestandteil des genossenschaftlichen Private Banking.

2.6. R+V

Als einer der führenden Versicherer im deutschen Markt bietet die R+V den Kunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe in ihren Geschäftsfeldern Schaden-/Unfallversicherung, Lebensversicherung, Krankenversicherung und Rückversicherung eine umfassende Produktpalette sowie eine hohe Beratungsleistung und Servicequalität.

Ziel ihres Handelns ist dabei ein profitables Wachstum. Um weitere Marktanteile zu gewinnen, konzentriert sich die R+V daher zunehmend auf die Nutzung der Geschäftspotenziale in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, eine Ausweitung des Cross-Sellings sowie die Forcierung des Multikanalvertriebs.

Auch in der Versicherungsbranche gewinnt die Digitalisierung der Geschäfts- und Kundenprozesse an Bedeutung. Die R+V arbeitet an der Überführung ihres erfolgreichen Geschäftsmodells in die digitale Welt. Der entscheidende Faktor ist dabei das Zusammenspiel von smarter Onlinepräsenz und persönlicher Beratung vor Ort. Sukzessive werden alle relevanten Produkte digital sowohl auf ruv.de als auch auf den Websites der Vertriebspartner der R+V verfügbar sein.

2.7. TeamBank

Als genossenschaftlicher Anbieter für Konsumentenkredite arbeitet die TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg, (TeamBank) eng mit den Genossenschaftsbanken zusammen. Dabei ist die Gewinnung von Neukunden für die Genossenschaftliche FinanzGruppe ihr primäres strategisches Ziel. Mit dem Produkt *easyCredit* orientiert sie sich konsequent am Kunden und positioniert sich dabei nachhaltig als fairer Ratenkreditexperte im deutschen Markt.

Zukunftsfähige Technologien und ein herausragendes Team stellen für die TeamBank die Grundlagen für das weiterhin angestrebte Wachstum im Kerngeschäftsfeld dar. Im Sinne ihrer Digitalisierungsstrategie ermöglicht die TeamBank seit Juli 2016 als einer der ersten Anbieter im Markt ihren Kunden einen kompletten Online-Geschäftsabschluss von Ratenkrediten. Weiterhin baut sie ihre E-Commerce-Aktivitäten aus und entwickelte im Geschäftsjahr einen Ansatz zur ganzheitlichen technikunterstützten Liquiditätsplanung und -bereitstellung für die Kunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

2.8. UMH

Die UMH ist der zentrale Asset Manager der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Zur Fortsetzung ihres dynamischen Wachstums und zur weiteren Verstetigung der Ertragssituation richtet die UMH ihr Handeln im Privatkundengeschäft nach einer Fixertrags- und Wachstumsstrategie aus. Dabei entwickelt sie Fokusthemen in relevanten Bedarfsweldern, wie beispielsweise Anlagelösungen im Niedrigzinsumfeld, konsequent weiter. Hierzu gehört zunehmend auch das Angebot von Multi-Asset-Fonds.

Im Geschäft mit institutionellen Kunden positioniert sich die UMH mit zunehmendem Erfolg als Risiko-Rendite-Manager.

Neben dem Wachstum im Kerngeschäft hat die UMH ihre Assets under Management auch durch ein Engagement im österreichischen Markt weiter ausgebaut. Seit Januar 2016 ist sie in diesem Markt als Union Investment Austria vertreten und verstärkt ihre Zusammenarbeit mit den österreichischen Volksbanken im Vertrieb von Asset Management-Produkten.

2.9. VR LEASING

Die VR-LEASING Aktiengesellschaft, Eschborn, (VR-LEASING AG; Teilkonzernbezeichnung: VR LEASING) bietet den Kunden aus dem regional verwurzelten Mittelstand einfache und schnelle Liquiditäts- und Finanzierungslösungen in den Kerngeschäftsfeldern Leasing, Kredit, Miete, Mietkauf, Factoring und Zentralregulierung. In Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken unterstützt sie das Wachstum der Genossenschaftlichen FinanzGruppe im deutschen Mittelstandsgeschäft durch die Bereitstellung eines modularen Leistungsangebots und dem bedarfsorientierten Ausbau der Fokusprodukte und Services nahe am Kerngeschäft. Beispielsweise hat die VR LEASING im Geschäftsjahr unter dem Namen „VR Leasing flexibel“ ein Angebot für Unternehmerkredite mit zahlreichen Flexibilitätsoptionen eingeführt, das durch eine digitale Verarbeitung einfach und schnell abgeschlossen werden kann.

Der strategische Ausstieg aus dem Auslandsgeschäft wurde im Geschäftsjahr durch den Verkauf der ungarischen Tochtergesellschaft *Lombard Pénzügyi és Lízing Zártkörűen Működő Részvénytársaság*, Szeged, (Lombard Lízing) im April 2016 weiter vorangetrieben.

2.10. WL BANK

Die WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster, (WL BANK) ist als Folge der Fusion der DZ BANK mit der WGZ BANK eine neue Steuerungseinheit der DZ BANK Gruppe. Ihre Kerngeschäftsfelder sind das Immobilienkredit-, Kommunal- und Pfandbrieftreasurygeschäft mit Fokus auf inländische Kunden.

Im Rahmen ihrer strategischen Ausrichtung strebt die WL BANK einen weiteren Ausbau sowohl ihrer Marktposition im Immobilienkreditgeschäft, vor allem durch die bundesweite Ausweitung des Geschäfts mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken, als

auch ihrer Kompetenzcenterfunktion für öffentliche Kunden in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe an. Maßgeblich ist hierfür im Rahmen der umfangreichen IT-technischen Integration des Privatkundengeschäfts aus vertrieblicher Sicht das im Geschäftsjahr begonnene Projekt zur Migration des Kernbankenvorfahrens von bank21 auf agree21 der Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe und Münster, (Fiducia & GAD).

Im Geschäftsjahr hat die WL BANK auch ihre Digitalisierungsvorhaben weiter vorangetrieben. So konnte im ersten Halbjahr beispielsweise ein eigenes Kreditantragsverfahren erfolgreich in das verbundweite Datenverarbeitungssystem integriert werden. Auch die Digitalisierung der internen Prozesse steht weiter im Fokus der Initiativen der WL BANK.

3. Steuerung der DZ BANK Gruppe

3.1. Steuerungseinheiten

Die DZ BANK Gruppe besteht aus der DZ BANK als Obergesellschaft, den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften der DZ BANK Gruppe, bei denen die DZ BANK direkt oder indirekt die Beherrschung ausübt, sowie aus sonstigen nicht vollkonsolidierten Beteiligungen.

In die gruppenweite Steuerung sind alle Unternehmen der DZ BANK Gruppe integriert. Die Angaben im Konzernlagebericht zu den Steuerungseinheiten beziehen sich im Falle von Teilkonzernen auf die Gesamtheit des Mutterunternehmens des Teilkonzerns einschließlich dessen Tochter- und Enkelunternehmen. Die Steuerung der Einheiten erfolgt über die Mutterunternehmen der Teilkonzerne, die für die Umsetzung der Steuerungsimpulse in ihren Tochter- und Enkelunternehmen verantwortlich sind. Die folgenden Steuerungseinheiten werden jeweils als eigenes Segment geführt:

- DZ BANK
- BSH
- DG HYP
- DVB
- DZ PRIVATBANK
- R+V
- TeamBank
- UMH
- VR LEASING
- WL BANK

Diese vollkonsolidierten Unternehmen sind Steuerungseinheiten und bilden den Kern der Allfinanz-

gruppe. Dabei bildet die DZ BANK aus übergeordneter Sicht eine eigene Steuerungseinheit.

DZ BANK Gruppe und DZ BANK Finanzkonglomerat sind synonyme Begriffe für die Gesamtheit der Steuerungseinheiten. Die Verwendung der Begriffe erfolgt kontextabhängig. So steht bei Angaben zur ökonomischen Steuerung die DZ BANK Gruppe im Fokus, während bei aufsichtsrechtlichen Fragestellungen, die sich auf alle Steuerungseinheiten der DZ BANK Gruppe beziehen, der Begriff DZ BANK Finanzkonglomerat Verwendung findet.

Das DZ BANK Finanzkonglomerat setzt sich im Wesentlichen aus der DZ BANK Institutsgruppe und der R+V zusammen. Dabei fungiert die DZ BANK als übergeordnetes Finanzkonglomeratsunternehmen.

3.2. Governance

Die Governance der DZ BANK Gruppe ist charakterisiert durch den allgemeinen Steuerungsansatz der DZ BANK Gruppe, die Mandate bei Tochtergesellschaften sowie die Gremienstruktur.

3.2.1. Allgemeiner Steuerungsansatz

Der allgemeine Steuerungsansatz stellt eine Kombination aus zentralen und dezentralen Steuerungsinstrumenten dar. Er ist abgestimmt auf das Geschäftsmodell und die Risiken der DZ BANK Gruppe als ein diversifizierter Allfinanzkonzern, der in die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken eingebunden ist und diese umfassend mit Finanzprodukten bedient.

Die DZ BANK Gruppe als Allfinanzkonzern besteht aus Unternehmen, deren Aufgabe es ist, als Produktspezialisten die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken mit der gesamten Palette von Finanzdienstleistungen zu versorgen. Aufgrund dieses besonderen Charakters verfolgt der Vorstand der DZ BANK bewusst ein ausgewogenes Verhältnis aus zentraler und dezentraler Steuerung der Gruppe mit eindeutig definierten Schnittstellen unter Berücksichtigung geschäftspolitischer Erfordernisse.

3.2.2. Mandate bei Tochtergesellschaften

Zur Steuerung der Tochterunternehmen über Mandate übernimmt die DZ BANK sowohl den Vorsitz in Aufsichtsgremien als auch in der Regel den Vorsitz in den dazugehörigen Ausschüssen (Risiko- und Beteiligungsausschuss, Prüfungsausschuss, Personalausschuss).

3.2.3. Gremien der Unternehmenssteuerung

Die für die Steuerung der DZ BANK Gruppe bedeutsamen Gremien werden in Abbildung 1 im Überblick dargestellt.

Der **Konzern-Koordinationskreis** gewährleistet die Ausrichtung der wesentlichen Unternehmen der DZ BANK Gruppe im Hinblick auf eine konsistente Chancen- und Risikosteuerung, die Kapitalallokation, strategische Themen sowie die Hebung von Synergien. Dem Gremium gehören neben dem Gesamtvorstand der DZ BANK die Vorstandsvorsitzenden der BSH, DG HYP, DZ PRIVATBANK, R+V, TeamBank, UMH, VR LEASING sowie WL BANK an.

Ergänzend befassen sich spezielle Arbeitsgruppen, die sich aus Vertretern aller Geschäftsfelder und Gruppenfunktionen zusammensetzen, mit folgenden Handlungsfeldern und berichten an den Konzern-Koordinationskreis:

- Produkt- und Vertriebskoordination für Privat- und Firmenkunden sowie für institutionelle Kunden
- IT-, Prozess- und Ressourcenstrategie
- Personalmanagement
- Finanz- und Liquiditätssteuerung/
Risikomanagement

Das **Group Risk and Finance Committee** ist das zentrale Gremium für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und insbesondere das Risikomanagement der DZ BANK Gruppe im Sinne von § 25 Absatz 1 Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz (FKAG) und § 25a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 Kreditwesengesetz (KWG). Es unterstützt die DZ BANK bei der gruppenweiten Finanz- und Liquiditätssteuerung sowie dem gruppenweiten Risikokapitalmanagement. Ferner unterstützt das Group Risk and Finance Committee den Konzern-Koordinationskreis in

Grundsatzfragen. Dem Gremium gehören die zuständigen Geschäftsleiter der DZ BANK für Konzern-Finanz, Konzern-Strategie und Controlling, Konzern-Risikocontrolling, Kredit, Kredit Spezial und Konzern-Treasury an. Des Weiteren sind darin die Geschäftsleiter verschiedener Gruppengesellschaften vertreten. Zur Entscheidungsvorbereitung und zur Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen hat das Group Risk and Finance Committee die folgenden Arbeitskreise eingesetzt:

- Der **Arbeitskreis Konzernrisikosteuerung** unterstützt das Group Risk and Finance Committee in allen Risikothemen, in Fragen der Risikokapitalsteuerung und Marktpreisrisikosteuerung der DZ BANK Gruppe sowie bei der externen Risikoberichterstattung. Auf der Ebene der DZ BANK wird die Steuerung und Überwachung der Gesamtbankrisiken durch das Risiko Komitee abgestimmt. Das Risiko Komitee gibt Empfehlungen an den Gesamtvorstand zu den Themen Gesamtbanksteuerung, Risikomethodik, Risiko-Richtlinien, Risikoprozesse und Steuerung operationeller Risiken.
- Der **Arbeitskreis Architektur und Prozesse Finanzen/Risiko** unterstützt das Group Risk and Finance Committee bei der Weiterentwicklung der integrierten Finanz- und Risikoarchitektur der DZ BANK Gruppe. Bezüglich der Unternehmenssteuerung in der DZ BANK Gruppe befasst sich das Gremium mit der Weiterentwicklung des Zielbilds der Fach-, Prozess- und Daten-Architektur, einer abgestimmten Roadmap, der Transparenz über das Projektportfolio sowie der Etablierung einer übergreifenden Data Governance.
- Die gruppenweite Steuerung von Kreditrisiken wird durch den **Arbeitskreis Konzernkreditmanagement** des Group Risk and Finance Committee

ABB. 1 – STEUERUNGSGREMIEN DER DZ BANK GRUPPE



verantwortet. Die Limitierung und Überwachung der Kreditrisiken basiert dabei auf vereinbarten und verbindlich geltenden Gruppenstandards und -vorgehensweisen unter Berücksichtigung der geschäftspolitischen Belange der einbezogenen Gesellschaften. Der Arbeitskreis Konzernkreditmanagement ist für die Weiterentwicklung der Konzernkreditrisikostrategie und des Konzernkredithandbuchs zuständig und unterstützt das Group Risk and Finance Committee bei der gruppenweiten Angleichung kreditbezogener Prozesse unter Berücksichtigung ihrer ökonomischen Erforderlichkeit. Die Steuerung und Überwachung des Gesamtportfolios für Kreditrisiken der DZ BANK wird durch das Kreditkomitee koordiniert. Das in der Regel zweiwöchentlich tagende Gremium trifft Entscheidungen über wesentliche Kreditengagements der DZ BANK unter Berücksichtigung der Kreditrisikostrategie der Bank und der Gruppe. Das Kreditkomitee ist darüber hinaus für die Steuerung des Kreditrisikos der Bank und des Länderrisikos in der DZ BANK Gruppe verantwortlich.

- Der **Arbeitskreis Markt** des Group Risk and Finance Committee begleitet die gruppenweite Umsetzung der Themen Liquiditätssteuerung, Refinanzierungstätigkeit, Bilanzstruktursteuerung und Eigenmittelsteuerung. Das Gremium befasst sich darüber hinaus mit der Koordination und Abstimmung von Funding-Strategien und Liquiditätsreserve-Policies sowie der Funding-Planung innerhalb der DZ BANK Gruppe. Auf der Ebene der DZ BANK ist das Asset Liability Committee/Treasury und Kapital Komitee das zentrale Gremium zur operativen Umsetzung der strategischen Vorgaben aus den Themenfeldern Kapitalsteuerung, Bilanz- und Bilanzstruktursteuerung, Liquiditäts- und Liquiditätsrisikosteuerung sowie GuV- und Profitabilitätssteuerung im Sinne einer integrierten Ressourcensteuerung. Darüber hinaus befasst sich das Gremium mit übergreifenden Fragestellungen sowie aktuellen regulatorischen Themen mit dem Ziel, Steuerungsbedarf zu identifizieren.
- Der **Arbeitskreis Finanzen** berät das Group Risk and Finance Committee in den Themengebieten der Konzernrechnungslegung, des Steuerrechts und des Aufsichtsrechts. Gesetzliche Neuerungen werden diskutiert und mögliche Umsetzungsalternativen erarbeitet.

Das **Group IT Committee**, das aus den IT-Vorständen der wesentlichen Gruppengesellschaften besteht,

unterstützt den Konzern-Koordinationskreis in Fragen der IT-Strategie. Das Gremium steuert alle IT-Aktivitäten der DZ BANK Gruppe, die unternehmensübergreifende Auswirkungen haben. Insbesondere entscheidet das Group IT Committee über Fragen der Zusammenarbeit, identifiziert und realisiert Synergien und initiiert gemeinsame Projekte.

Das **Group HR Committee** besteht aus den Personaldezernenten beziehungsweise Arbeitsdirektoren der wesentlichen Unternehmen der DZ BANK Gruppe. Es unterstützt den Konzern-Koordinationskreis in der Bearbeitung strategisch relevanter Personalthemen. Das Gremium initiiert und koordiniert HR-Themen mit unternehmensübergreifenden Auswirkungen unter Nutzung von Synergiepotenzialen. Darüber hinaus wird darin die Umsetzung regulatorischer Anforderungen an HR-Systeme gruppenweit koordiniert. Das Group HR Committee dient als Plattform zum personalpolitischen Erfahrungsaustausch innerhalb der DZ BANK Gruppe.

Die **Produkt- und Vertriebskomitees** nehmen Evidenz-, Koordinations- und Bündelfunktionen bezüglich des Leistungsangebots der DZ BANK Gruppe wahr.

Das Produkt- und Vertriebskomitee **Privatkunden** koordiniert die Produkt- und Leistungsangebote sowie die Marktbearbeitung seiner Mitglieder, sofern unternehmensübergreifende Interessen tangiert sind. Gemeinsames Ziel ist ein profitables Wachstum der Marktanteile der Genossenschaftsbanken und der Unternehmen der DZ BANK Gruppe mit Fokus auf Kundenbindung und Kundenneugewinnung durch bedarfsgerechte Lösungsangebote (Produkte und Prozesse) im Rahmen eines ganzheitlichen Beratungsansatzes über alle Vertriebskanäle (Omnikanal-Ansatz).

Das Produkt- und Vertriebskomitee **Institutionelle Kunden** trägt zur Stärkung der Marktposition der DZ BANK Gruppe im institutionellen Geschäft bei.

Das Produkt- und Vertriebskomitee **Firmenkunden** ist für die Koordination der Strategien, Planungen, Projekte und Vertriebsmaßnahmen im Firmenkundengeschäft der DZ BANK Gruppe verantwortlich, sofern übergreifende Interessen tangiert sind. Ziel ist eine engere Verzahnung sowohl im Meta-Geschäft mit den Genossenschaftsbanken als auch im Direktgeschäft mit den Firmenkunden der Unternehmen der DZ BANK Gruppe.

Der von der DZ BANK koordinierte **Arbeitskreis der Revisionsleiter** in der DZ BANK Gruppe stimmt gruppenrelevante Prüfungsthemen sowie die Planung gruppenübergreifender Prüfungen und Aktivitäten auf der Basis von gemeinsam erarbeiteten und von den jeweiligen Vorständen verabschiedeten Rahmenbedingungen ab. Darüber hinaus ist der Arbeitskreis die Plattform für den gruppenweiten fachlichen Austausch – insbesondere über aktuelle Revisionsentwicklungen – sowie die Erarbeitung von Best Practices für die Revisionsarbeit. Das Gremium berichtet an den Vorstandsvorsitzenden der DZ BANK und bei Bedarf an den Konzern-Koordinationskreis.

Der **Arbeitskreis Leiter Compliance**, dem die Leiter Compliance der Steuerungseinheiten sowie der ReiseBank und der GENO Broker GmbH angehören, unterstützt die DZ BANK bei der gruppenweiten Compliance-Steuerung, soweit rechtlich gefordert. Ferner berät er den Konzern-Koordinationskreis der DZ BANK Gruppe in Grundsatzfragen mit Compliance-Bezug. Der Arbeitskreis Leiter Compliance ist zudem insbesondere für die Erarbeitung von im Rahmen eines Comply-or-explain-Ansatzes abwählbaren Compliance-Standards der DZ BANK Gruppe zuständig und eine Plattform für den gruppenweiten fachlichen Austausch. Bei der Erfüllung seiner Aufgaben hat der Arbeitskreis Leiter Compliance die Eigenverantwortung der Leiter Compliance der Gruppenunternehmen und spezifische aufsichtsrechtliche Regelungen zu wahren. Der Arbeitskreis berichtet an den für Compliance zuständigen DZ BANK Dezernenten und bei Bedarf an den Konzern-Koordinationskreis.

Der **Volkswirtschaftliche Round Table**, dem die Volkswirte der wesentlichen Gruppengesellschaften angehören, unterstützt den Konzern-Koordinationskreis bei der Einschätzung der konjunkturellen Trends und der Kapitalmarktentwicklung als einheitliche Grundlage für gruppenweite konsistente Planungsszenarien und bei der Erarbeitung von aufsichtsrechtlich geforderten Risikoszenarien.

Der **Innovation Round Table** setzt sich zusammen aus Fach- und Führungskräften sowie Innovationsmanagern der verschiedenen Geschäftsbereiche der DZ BANK und der Gruppengesellschaften. Für den Konzern-Koordinationskreis ist der Innovation Round Table damit zentraler Ansprechpartner für gruppenrelevante Innovationsthemen und Trends. Ziele des Innovation Round Table sind die dauerhafte, systematische Bearbeitung von Innovationsthemen mit Gruppenrelevanz, die Vernetzung der in Innovations-

vorhaben involvierten Bereiche sowie die Schaffung von Transparenz bei Innovationsaktivitäten in der DZ BANK Gruppe. Die Innovationsthemen sind in der DZ BANK Gruppe breit verankert und werden über die Produkt- und Vertriebskomitees themenbezogen in den Fachbereichen der DZ BANK und den Tochtergesellschaften vorangetrieben.

3.3. Steuerungskennzahlen

Nachfolgend werden die Ergebnis-, Volumen- und Produktivitätskennzahlen sowie die Liquiditäts- und Kapitaladäquanz und der regulatorische Return On Risk-Adjusted Capital (RORAC) für die DZ BANK Gruppe dargestellt:

- **Ergebnisgrößen gemäß International Financial Reporting Standards (IFRS):**
Die Ergebnisgrößen (vor allem auch Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Konzernergebnis vor Steuern, Konzernergebnis) sind im Kapitel II., Abschnitte 3.1. und 3.2. dieses Konzernlageberichts sowie im Abschnitt 33 des Anhangs des Konzernabschlusses aufgeführt.
- **IFRS-Volumengrößen:**
Zu den wesentlichen Kennzahlen für Volumengrößen zählen das Eigenkapital und die Bilanzsumme. Diese sind im Kapitel II., Abschnitte 3.2. und 4. dieses Konzernlageberichts sowie im Abschnitt 33 des Anhangs des Konzernabschlusses dargestellt.
- **Produktivität:**
Eine der bedeutsamsten Kennzahlen für Produktivität ist die Aufwand-Ertrags-Relation. Diese Kennziffer ist im Kapitel II., Abschnitt 3.1. und 3.2. dieses Konzernlageberichts sowie im Abschnitt 33 des Anhangs des Konzernabschlusses aufgeführt.
- **Liquiditätsadäquanz:**
Die angemessene Ausstattung mit Liquiditätsreserven wird anhand der Kennziffern zur ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Liquiditätsadäquanz im Kapitel VI., Abschnitt 6. dieses Konzernlageberichts aufgezeigt. Der minimale Liquiditätsüberschuss spiegelt die ökonomische Liquiditätsadäquanz wider. Ausdruck der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsadäquanz ist die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR).
- **Kapitaladäquanz:**
Die Kennziffern und das Berechnungsverfahren der ökonomischen Kapitaladäquanz werden im

Kapitel VI., Abschnitt 7.2. dieses Konzernlageberichts dargestellt. Die Kennziffern der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz (Bedeckungssatz für das Finanzkonglomerat, Gesamtkapitalquote, Kernkapitalquote und harte Kernkapitalquote sowie Leverage Ratio) sind im Kapitel VI., Abschnitt 7.3. enthalten.

– **Regulatorischer RORAC:**

Der regulatorische RORAC ist ein risikoadjustiertes Performance-Maß. Er spiegelt im Berichtszeitraum das Verhältnis von adjustiertem Ergebnis (Ergebnis vor Steuern, im Wesentlichen unter Berücksichtigung der performancewirksamen Ertrags- und Kapitalstruktureffekte) zu dem auf Quartalsbasis ermittelten Jahresdurchschnittswert der Eigenmittel-/Solvabilitätskapitalanforderung wider. Damit bringt der regulatorische RORAC die Verzinsung des eingesetzten aufsichtsrechtlichen Risikokapitals zum Ausdruck. Diese Kennziffer ist im Kapitel II., Abschnitt 3.2. dieses Konzernlageberichts sowie im Abschnitt 33 des Anhangs des Konzernabschlusses dargestellt.

3.4. Steuerungsprozess

Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses erstellen die gruppenangehörigen Unternehmen ihre Geschäftsstrategie (Ziele, strategische Stoßrichtungen und Initiativen) und die aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Risikostrategien sowie die Finanz- und Kapitalbedarfsplanung.

Die Planungen der Steuerungseinheiten werden validiert sowie in Strategiegesprächen erörtert. Nach der Fertigstellung der Einzelplanungen mündet der Prozess in eine konsolidierte Gruppenplanung, die eine aktive Steuerung der ökonomischen und der aufsichts-

rechtlichen Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe ermöglicht.

Die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele werden unter anderem in sogenannten Quartalsdialogen mit den Tochterunternehmen und in Review-Meetings mit den Bereichen der DZ BANK besprochen.

Zur Erschließung identifizierter Potenziale in der gruppenweiten Marktbearbeitung werden gruppenübergreifende Initiativen durchgeführt. Dabei werden neue, innovative Produkte und Vertriebsansätze für die Geschäftsfelder Firmenkundengeschäft, Privatkundengeschäft, Transaction Banking und Kapitalmarktgeschäft entwickelt, durch die der Vertrieb der DZ BANK Gruppe sowie der Volksbanken und Raiffeisenbanken weiter gestärkt wird. Über die einzelnen Initiativen wird regelmäßig im jeweils zuständigen Produkt- und Vertriebskomitee berichtet. Fallweise kann bei Bedarf eine Behandlung der Initiativen im Konzern-Koordinationskreis erfolgen. Dies führt zu einer effizienteren Zusammenarbeit in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Am strategischen Planungsprozess sind auf der Ebene der DZ BANK im Wesentlichen die Unternehmensbereiche Konzern-Strategie und Controlling, Konzern-Risikocontrolling, Konzern-Finanz sowie Research und Volkswirtschaft beteiligt. Darüber hinaus sind die Planungsverantwortlichen der Marktbereiche der DZ BANK und der Tochtergesellschaften in den Prozess eingebunden. Die Gesamtkoordination einschließlich der strategischen Finanzplanung als Teil des strategischen Planungsprozesses verantwortet der Unternehmensbereich Konzern-Strategie und Controlling.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt im Jahresdurchschnitt 2016 um +1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Auch im Berichtsjahr setzte sich das aufwärtsgerichtete Wirtschaftswachstum der beiden Vorjahre mit einem im Jahresverlauf stabilen Erholungspfad fort.

Im ersten Quartal 2016 verzeichnete die gesamtwirtschaftliche Leistung eine Zunahme in Höhe von +0,7 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Quartal. Im zweiten Quartal belief sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf +0,5 Prozent. Nach einem im dritten Quartal erzielten verhaltenen Zuwachs in Höhe von +0,1 Prozent konnte die deutsche Konjunktur das vierte Quartal 2016 mit einer Steigerungsrate in Höhe von +0,4 Prozent abschließen.

Im Euro-Raum legte das Wirtschaftswachstum im Geschäftsjahr um +1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei schwächte sich die Wachstumsdynamik nach einer Veränderungsrate zu Jahresbeginn in Höhe von +0,5 Prozent (erstes Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal) im zweiten und im dritten Quartal 2016 auf eine Zuwachsrate in Höhe von +0,3 Prozent beziehungsweise in Höhe von +0,4 Prozent ab. Im vierten Quartal betrug das Plus erneut +0,4 Prozent.

Im Jahr 2016 erwies sich der private Konsum erneut als tragende Säule der wirtschaftlichen Erholung im Euro-Raum. Die geopolitischen Krisen und Konfliktherde sowie die mit dem Brexit-Votum und dem Ausgang der US-Präsidentenwahl verbundenen Unsicherheiten haben das Verbrauchervertrauen bislang nicht beeinträchtigt. Wie bereits im Vorjahr wurde die Ausgabebereitschaft der Privathaushalte auch im Berichtsjahr durch niedrigere Energiepreise positiv beeinflusst. Als Folge eines schwächeren Außenhandels mit den Schwellenländern hat der Außenbeitrag voraussichtlich keinen Beitrag zu der positiven Wirtschaftsentwicklung liefern können, da das Exportwachstum des Euro-Raums hinter der Zuwachsrate der Importe zurückgeblieben sein dürfte.

In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das volkswirtschaftliche Wachstum im Berichtszeitraum lediglich

um +1,6 Prozent. Die Entwicklung der US-Konjunktur war im Verlauf des Geschäftsjahres uneinheitlich. Nach einem schwachen Jahresauftakt hat sich diese in den beiden Folgequartalen beschleunigt, allerdings im vierten Quartal 2016 an Dynamik verloren. Insgesamt bleibt die Belebung des privaten Konsums die maßgebliche Stütze der US-Konjunktur, die auch von einer weiter verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt profitierte. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war von einer weiter gesunkenen Arbeitslosenquote und einem kräftigen Stellenaufbau gekennzeichnet. Der positive Trend einer Erholung im Wohnungsbau hat sich im Jahresverlauf verlangsamt. Die Investitionen der Unternehmen in Maschinen und Anlagen haben sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr vermindert.

In einigen der aufstrebenden Volkswirtschaften setzten sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Geschäftsjahr fort. Vor allem in Brasilien und Russland wirkte sich die Schwäche an den Rohstoffmärkten weiterhin nachteilig aus, auch wenn die Wirtschaftskrise in beiden Ländern allmählich abflaute. Die Volkswirtschaft Chinas stand weiterhin im Zeichen der Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums. Insgesamt lieferte die Nachfrage aus den Schwellenländern im Berichtsjahr erneut relativ geringe Wachstumsbeiträge für die deutsche Exportwirtschaft.

In Deutschland erhielt die Konjunktur im Berichtszeitraum bedeutende Impulse durch die Ausweitung der privaten und der staatlichen Konsumausgaben. Letztere waren auch bedingt durch zusätzliche Ausgaben, die im Zusammenhang mit der verstärkten Flüchtlingseinwanderung anfielen. Die private Konsumnachfrage stieg vor dem Hintergrund einer robusten Arbeitsmarktentwicklung und einer ausgesprochen niedrigen Verzinsung der Geldanlagen der Konsumenten um +2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Gleichzeitig blieben die Unternehmen angesichts der geopolitischen Unsicherheiten und Krisen bei ihren Ausrüstungsinvestitionen auch im Jahr 2016 zurückhaltend.

Die mit der stabilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einhergehenden zunehmenden Steuereinnahmen hatten zur Folge, dass der öffentliche Gesamthaushalt in Deutschland das Geschäftsjahr mit einem positiven Finanzierungssaldo von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abschließen konnte.

2. Die Kreditwirtschaft im Zeichen fortgesetzter Bemühungen um eine wirtschaftliche Stabilisierung des Euro-Raums

Auch im Geschäftsjahr standen auf EU-Ebene die Bemühungen im Vordergrund, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Euro-Raum zu stabilisieren.

Bei einem sich im Berichtsjahr fortsetzenden verhaltenen Wirtschaftswachstum im Euro-Raum zeigte sich der weltweite Konjunkturanstieg insgesamt auf moderatem Niveau stabil.

Die Fortschritte bei der Rückführung der Neu- und Gesamtverschuldung im Euro-Raum insgesamt blieben allerdings nach wie vor begrenzt. Mit einem Ausweis der Gesamtverschuldung der 19 Länder des Euro-Raums im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 90,1 Prozent zum Ende des dritten Quartals 2016 lag diese nur um -1,4 Prozentpunkte unter dem Wert in Höhe von 91,5 Prozent zum Schluss des dritten Quartals des Vorjahres.

Auf ihrem Weg zu wirtschaftlicher Erneuerung und fiskalpolitischer Gesundung erzielten die in der Staatsschuldenkrise auf EU-Hilfe angewiesenen Euro-Länder Portugal und Spanien im dritten Quartal 2016 weitere Zugewinne ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft gegenüber dem dritten Quartal 2015.

Auch wenn die für die gesamteuropäische Wirtschaftsentwicklung bedeutenden Länder Frankreich und Italien ihr Bruttoinlandsprodukt in diesem Zeitraum ebenfalls steigern konnten, weisen diese jedoch wie insbesondere auch Griechenland, Portugal und Spanien eine hohe Verschuldung auf.

Dabei hatten sich diese EU-Mitgliedstaaten Anfang des Jahres 2012 mit dem sogenannten Fiskalpakt unter Verschärfung ihres im Jahr 1997 beschlossenen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichtet, ihre Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt jährlich um ein Zwanzigstel des Abstandes zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent zu reduzieren.

Seit Ende 2011 haben sich die Schuldenquoten bis Ende 2016 (vorläufige Werte) jedoch für Griechenland von 172 auf 180, für Italien von 117 auf 133 und für Portugal von 111 auf 130 Prozent erhöht. In gleicher Weise nahm die Verschuldung Spaniens von 70 auf knapp 100 Prozent und Frankreichs von 85 auf 96 Prozent zu. Lediglich Deutschland, Malta, Irland und Lettland konnten seit Ende des Jahres 2011 bis

zum Jahresende 2015 im Euro-Raum rückläufige Schuldenquoten vorweisen.

Griechenland erhielt nach Erfüllung der Vorbedingung, eine Reihe von Reformen durchzuführen, im Juni und im Oktober 2016 jeweils einen Teilbetrag von 7,5 Mrd. € beziehungsweise von 2,8 Mrd. € von den europäischen Kreditgebern. Im Dezember 2016 einigte sich die Euro-Gruppe auf kurzfristige Schuldenerleichterungen, ohne dass die Frage einer weiteren Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) an dem Griechenland-Programm geklärt werden konnte. Der Deutsche Bundestag hatte dem Hilfsprogramm nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass der IWF auch zukünftig zu dem Kreis der Gläubiger zählt. Ungeachtet der Griechenland gewährten Schuldenerleichterungen stieg die Verschuldung Griechenlands im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 177 Prozent zum Jahresende 2015 auf voraussichtlich 180 Prozent zum Ende des Geschäftsjahres an.

Italien leidet nicht nur unter den akuten Problemen der Banken mit ausfallgefährdeten Krediten von rund 360 Mrd. €, sondern vor allem unter der nach Griechenland höchsten Staatsverschuldung im Euro-Raum. Das Scheitern der Verfassungsreform Anfang Dezember 2016 und der damit verbundene Rücktritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Matteo Renzi haben die politische Instabilität Italiens erneut offenkundig werden lassen. Eine Haushaltskonsolidierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes bleiben vor diesem Hintergrund eine schwierige Aufgabe.

Portugal hatte nach den Parlamentswahlen Anfang Oktober des Jahres 2015 unter der neuen Minderheitsregierung zunächst einige von der Vorgängerregierung beschlossene Strukturreformen wieder aufgehoben, konnte jedoch im Verlaufe des Jahres einige Stabilitätsfortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung erzielen. Allerdings gewährt ausschließlich die kanadische Ratingagentur DBRS Portugals Anleihen ein Investment Grade und sichert damit als einzige Ratingagentur den Zugang Portugals zum Ankaufprogramm für Staatsanleihen der Europäischen Zentralbank (EZB) und den der portugiesischen Banken zu den Refinanzierungsfazilitäten der EZB.

In Spanien kam nach der ersten Parlamentswahl gegen Ende des Vorjahres keine handlungsfähige Regierung zustande. Nach einem zweiten Wahlgang vom 26. Juni 2016 konnte schließlich Ende Oktober 2016 unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy

eine Minderheitsregierung gebildet werden. Trotz des im Geschäftsjahr erzielten wirtschaftlichen Wachstums steht Mariano Rajoy vor der Herausforderung erheblicher Konsolidierungsbemühungen, ohne die sich die Einhaltung der Defizitvorgabe der EU-Kommission und des EU-Ministerrats von 3,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes für das Jahr 2017 nicht erfüllen lässt.

Ähnlich wie Italien weist die wirtschaftliche Entwicklung auch in Frankreich strukturelle Defizite auf. Für die ungenügende Profitabilität der Unternehmen sind bürokratische Lasten und ein wachstumshemmendes Steuersystem maßgeblich. Die von der französischen Regierung im Sommer beschlossene Arbeitsmarktreform war im Vorfeld von massiven Streiks und Protesten begleitet gewesen und hatte zu spürbaren Produktionsausfällen geführt. Dies zeigt die Schwierigkeiten auf, die einer politischen Umsetzung von Strukturformen entgegenstehen.

Die unverändert anhaltende hohe Verschuldung des Euro-Raums trifft auf den mangelnden Willen der EU-Kommission zu einer konsequenten Einhaltung der EU-weit gemäß den Maastrichter Kriterien beschlossenen Zielvorgaben durch die einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Vorgaben reflektieren die grundlegende ökonomische Einsicht, dass langfristig solide Staatsfinanzen unabdingbar für eine funktionierende Volkswirtschaft sind und sich die Stabilität der staatlichen Finanzen ohne eine internationale Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates nicht erreichen lässt.

Ein wesentlicher Grund für die Zurückhaltung der EU-Kommission in der strikten Umsetzung der Stabilitätskriterien dürfte sicherlich auch die zunehmende EU-Skepsis sein. Diese zeigt sich in einer Vielzahl von politischen Strömungen in verschiedenen EU-Ländern, die den EU-solidarischen Stabilitätsbemühungen entgegengerichtet sind. Die diese politische Neuakzentuierung für sich proklamierenden Parteien haben in Griechenland und Portugal bei den Parlamentswahlen bereits einen unmittelbaren politischen Einfluss gewonnen, in anderen Euro-Ländern erschweren sie die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit.

Auch wenn das von der EZB vorgegebene Niedrigzinsniveau zu einer weitreichenden Zinsersparnis der öffentlichen Haushalte geführt hat, ist zu befürchten, dass diese Entwicklung die politische Handlungsbereitschaft der betroffenen Euro-Länder zu Struktur Anpassungen auch weiterhin nicht im erforderlichen

Maße stimulieren wird. Auch umgekehrt gilt: Je länger zahlreiche EU-Länder ihren Haushalt nicht nachhaltig konsolidieren, umso mehr erhöht sich der Druck auf die EZB, die Zinsen noch lange niedrig zu halten.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass eine Fortdauer struktureller Defizite einer Reihe von Euro-Ländern nicht erst im Falle einer umfassenden Rückführung der Anleihekäufe durch die EZB die Frage entstehen lässt, ob sich diese Länder höhere Zinsen überhaupt leisten können. Diese Frage kann sich auch im Falle einer marktbedingt spürbaren Erhöhung des Zinsniveaus stellen. So war bereits ein leichter Anstieg der langfristigen Zinsen als Folge der Wahl Donald Trumps zum nächsten US-Präsidenten am 8. November 2016 zu beobachten.

Auf ihrer Sitzung am 10. März 2016 traf die EZB die Entscheidung, den Leitzins in Höhe von 0,05 Prozent nochmals um 5 Basispunkte auf 0,00 Prozent und des Weiteren auch die Einlagefazilität für Banken erneut, nämlich von -0,20 Prozent auf -0,40 Prozent, abzusenken. Darüber hinaus legte sie fest, dass die monatlichen Anleihekäufe beginnend mit dem Monat April 2016 bis Ende März 2017 von 60 Mrd. € auf 80 Mrd. € ausgeweitet werden sollen. Am 8. Dezember 2016 beschloss die EZB, die monatlichen Anleihekäufe bis Ende 2017 mit einem auf 60 Mrd. € reduzierten Volumen fortzusetzen.

Es ist das erklärte Ziel der EZB, die Inflation wieder auf ein Niveau nahe, aber unter 2 Prozent zu steuern. Um dieses Ziel zu erreichen, soll über eine verstärkte Kreditvergabe seitens der Kreditinstitute eine Stärkung des Wachstums im Euro-Raum erzielt werden.

Demgegenüber behielt die US-Notenbank Fed nach ihrer Mitte Dezember 2015 eingeleiteten Zinswende die Leitzinsen für kurzfristige Ausleihungen zwischen Banken zur Deckung von Mindestreserveanforderungen im nahezu gesamten Berichtszeitraum in der Bandbreite zwischen 0,25 Prozent und 0,50 Prozent bei. Erst am 14. Dezember 2016 hob sie den Leitzins um 25 Basispunkte auf eine Spanne von 0,50 bis 0,75 Prozent an.

Der gravierende und weitreichende Eingriff in das wirtschaftliche Geschehen, den die Null- und Negativzinspolitik der EZB bedeutet, erschwert den Sparern einen angemessenen Kapitalaufbau und vor allem die Sicherung einer angemessenen Altersvorsorge. Im Übrigen trifft er nicht nur den Bankensektor, sondern

auch die Bausparkassen und die Lebensversicherungen in ihrer Ertragskraft empfindlich.

Als einen entscheidenden Grund für die Notwendigkeit ihrer ausgeweiteten geldpolitischen Maßnahmen führte die EZB die anhaltend niedrige Inflation an. Für den Monat Dezember 2016 erreichte diese im Euro-Raum einen Wert in Höhe von 1,1 Prozent. Im Juni 2016 hatte sie noch bei 0,1 Prozent gelegen. Der Anstieg der Inflationsrate seit Jahresmitte geht maßgeblich auf den gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert wieder gestiegenen Ölpreis zurück. Seit der unter den Mitgliedern der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) am 30. November 2016 erzielten Einigung auf eine Förderkürzung legte der Ölpreis je Barrel der Nordsee-Ölsorte Brent auf 56,8 US-Dollar zum 31. Dezember 2016 (31. Dezember 2015: 37,3 US-Dollar) zu. Die sogenannte Kerninflation, aus der die Energie- und Lebensmittelpreise herausgerechnet sind, veröffentlichte das Statistikamt Eurostat für den Monat Dezember 2016 mit einem Wert in Höhe von 0,9 Prozent.

Unverändert setzt die EZB auf die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums durch Liquiditätstransfer an die Banken des Euro-Raums, die auf diese Weise zu einer stärkeren Kreditvergabe angeregt werden sollen.

Hierbei gilt es jedoch in Rechnung zu stellen, dass die Kreditinstitute des Euro-Raums aufgrund erhöhter regulatorischer Anforderungen im Zuge der Einführung von Basel III selbst verpflichtet sind, ihre Kapital- und Liquiditätssituation zu verbessern.

Die Unternehmenskredite lassen EU-weit unverändert nur wenig Dynamik erkennen. Insbesondere für Deutschland gilt, dass die schwache Kreditnachfrage aus einer insgesamt verhaltenen Investitionstätigkeit resultiert. Hinzu kommt der gute Cashflow, der es Unternehmen erleichtert, Investitionen selbst zu finanzieren. Dagegen besteht das Problem in Italien und weiteren südeuropäischen Ländern auch auf der Angebotsseite. Hier spielt die Krise des Bankensektors mit der hohen Anzahl ausfallgefährdeter Kredite eine bedeutende Rolle.

Des Weiteren steht einer stärkeren Kreditnachfrage seitens der Unternehmen des Euro-Raums eine zurückhaltende Einschätzung des wirtschaftlichen Umfelds durch die Kreditnehmer entgegen, das durch geopolitische Krisen und im Euro-Raum durch die eingangs angeführten Instabilitäten sowie insbesondere auch

durch die Unsicherheiten über die Folgen des Brexit-Votums und die Konsequenzen der US-Präsidentenwahl gekennzeichnet ist.

Daher bleibt vor dem Hintergrund der die Realwirtschaft nur begrenzt erreichenden geldpolitischen Maßnahmen der EZB unverändert die Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen der vordringliche Weg aus dem hohen Schuldenstand einer Reihe von Ländern des Euro-Raums.

Die deutschen Großbanken mussten im Berichtsjahr bei ihren operativen Erträgen in einem herausfordernden Marktumfeld nahezu ausnahmslos Einbußen hinnehmen. Die Aufwendungen für die Kreditrisikoversorge legten bei den Großbanken gegenüber der im Vorjahr ausgewiesenen Risikoversorge im Kreditgeschäft zu. Die Verwaltungsaufwendungen haben sich mehrheitlich reduziert.

3. Ertragslage

In den nachfolgenden Ausführungen zu der Ertragslage der DZ BANK Gruppe im Berichtszeitraum sind die Ergebniswirkungen aus dem zur Mitte des Geschäftsjahres vollzogenen Unternehmenszusammenschluss der beiden genossenschaftlichen Zentralbanken gemäß IFRS 3 berücksichtigt. Diese zeigen sich zum einen in dem Posten „Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK“ mit einem Betrag in Höhe von 256 Mio. €. Zum anderen sind in der nachfolgend dargestellten Ertragslage des Geschäftsjahres auch die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum des zweiten Halbjahres 2016 für die vormalige WGZ BANK Gruppe enthalten. Weiterführende Erläuterungen sind dem Abschnitt „Unternehmenszusammenschlüsse“ des Anhangs zum Konzernabschluss zu entnehmen.

3.1. Ertragslage im Überblick

Die DZ BANK Gruppe hat sich in einem vor allem von dem ausgeprägten Niedrigzinsniveau beeinflussten schwierigen Marktumfeld im Berichtsjahr erfolgreich behauptet.

Das erwirtschaftete Ergebnis der DZ BANK Gruppe wies im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr in seinen Kerngrößen die nachfolgende Entwicklung auf:

Die **operativen Erträge** erreichten in der DZ BANK Gruppe einen Betrag von 6.110 Mio. € (Vorjahr: 5.858 Mio. €). Sie beinhalten neben dem Zins- und

ABB. 2 – ERGEBNISRECHNUNG

in Mio. €	2016	2015	Veränderung in %
Zinsüberschuss ¹	2.660	2.870	-7,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-569	-153	>100,0
Provisionsüberschuss ¹	1.698	1.632	4,0
Handelsergebnis	780	369	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	127	59	>100,0
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	51	300	-83,0
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft	760	676	12,4
Verwaltungsaufwendungen ¹	-3.600	-3.252	10,7
Personalaufwendungen	-1.760	-1.610	9,3
Sonstige Verwaltungsaufwendungen ^{1,2}	-1.840	-1.642	12,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	34	-48	>100,0
Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK	256	-	-
Konzernergebnis vor Steuern	2.197	2.453	-10,4
Ertragsteuern	-591	-657	-10,0
Konzernergebnis	1.606	1.796	-10,6

¹ Vorjahreswerte angepasst

² Sachaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und Investment Property sowie auf Sonstige Aktiva

Provisionsüberschuss das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Finanzanlagen, das Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten, das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft sowie das Sonstige betriebliche Ergebnis.

Der **Zinsüberschuss** (inklusive Beteiligungsergebnis) der DZ BANK Gruppe verminderte sich gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres um -7,3 Prozent auf 2.660 Mio. € (Vorjahr: 2.870 Mio. €).

Der Zinsüberschuss legte in der DZ BANK (ohne Beteiligungsergebnis) um +127 Mio. € zu. Ferner steuerte die WL BANK einen Betrag von 70 Mio. € zum Zinsüberschuss der DZ BANK Gruppe bei. In der BSH nahm der Zinsüberschuss um -263 Mio. €, in der VR LEASING um -15 Mio. €, in der DZ PRIVATBANK um -7 Mio. € und in der DG HYP um -5 Mio. € ab. In der DVB und in der TeamBank hat er sich um +32 Mio. € beziehungsweise um +6 Mio. € erhöht.

Das Beteiligungsergebnis der DZ BANK Gruppe verringerte sich um -47,2 Prozent auf 123 Mio. € (Vor-

jahr: 233 Mio. €). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere geprägt durch eine Ausschüttung seitens der EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main, (EKS) vor dem Hintergrund eines Ertrags der EKS aus dem Verkauf der MasterCard-Aktien in Höhe von 62 Mio. €, mit der im Vorjahr ein entsprechender Ausschüttungsbetrag in Höhe von 134 Mio. € korrespondierte.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** betrug im Berichtsjahr -569 Mio. € (Vorjahr: -153 Mio. €).

Für die Einzelwertberichtigungen der DZ BANK Gruppe ergab sich eine Nettozuführung in Höhe von -424 Mio. € (Vorjahr: Nettozuführung von -176 Mio. €). Die Portfoliowertberichtigungen der DZ BANK Gruppe wiesen eine Nettozuführung in Höhe von -79 Mio. € (Vorjahr: Nettoauflösung von 18 Mio. €) auf.

Weiterführende Angaben zur Risikosituation der DZ BANK Gruppe sind in diesem Konzernlagebericht unter VI. Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht enthalten.

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich in der DZ BANK Gruppe um +4,0 Prozent auf 1.698 Mio. € (Vorjahr: 1.632 Mio. €).

Der Provisionsüberschuss verzeichnete in der DZ BANK eine Zunahme in Höhe von +57 Mio. €. Des Weiteren hat sich das Provisionsergebnis der BSH um +26 Mio. € verbessert. In der DVB und in der DZ PRIVATBANK hat sich der Provisionsüberschuss um +16 Mio. € beziehungsweise um +4 Mio. € erhöht, während er sich in der UMH um -20 Mio. € ermäßigte. Auf die WL BANK entfiel ein Provisionsergebnis in Höhe von -10 Mio. €.

Das **Handelsergebnis** der DZ BANK Gruppe erreichte einen Wert in Höhe von 780 Mio. € gegenüber einem Vergleichswert des Vorjahres in Höhe von 369 Mio. €. Es geht weitgehend auf das Handelsergebnis der DZ BANK in Höhe von 746 Mio. € (Vorjahr: 332 Mio. €) zurück.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** nahm in der DZ BANK Gruppe um +68 Mio. € auf 127 Mio. € (Vorjahr: 59 Mio. €) zu.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen erklärt sich in seiner Veränderung gegenüber dem Vorjahr maßgeblich aus den in den Ausführungen zu den Segmenten

DZ BANK, DG HYP und DVB angeführten Einflüssen.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** der DZ BANK Gruppe betrug im Geschäftsjahr 51 Mio. € (Vorjahr: 300 Mio. €).

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Betrag der DZ BANK Gruppe betrifft mit einem Wert in Höhe von 100 Mio. € die WL BANK, in Höhe von -73 Mio. € (Vorjahr: 221 Mio. €) die DG HYP und in Höhe von -25 Mio. € (Vorjahr: 75 Mio. €) die DVB.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** der DZ BANK Gruppe beinhaltet die Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft, das Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstige Ergebnis der Versicherungsunternehmen, die Versicherungsleistungen sowie die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb. Es erhöhte sich im Geschäftsjahr um +12,4 Prozent auf 760 Mio. € (Vorjahr: 676 Mio. €).

Diese Ergebnisveränderung resultiert insbesondere aus einem merklich verbesserten Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnis der Versicherungsunternehmen bei leicht gestiegenen Beitragseinnahmen, dem erhöhte Versicherungsleistungen gegenüberstanden.

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen in der DZ BANK Gruppe gegenüber dem Vorjahr um +348 Mio. € oder +10,7 Prozent auf -3.600 Mio. € (Vorjahr: -3.252 Mio. €) zu, wobei sich die Personalaufwendungen um +150 Mio. € oder +9,3 Prozent auf -1.760 Mio. € (Vorjahr: -1.610 Mio. €) und die sonstigen Verwaltungsaufwendungen um +198 Mio. € oder +12,1 Prozent auf -1.840 Mio. € (Vorjahr: -1.642 Mio. €) veränderten.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** der DZ BANK Gruppe bezifferte sich auf 34 Mio. € (Vorjahr: -48 Mio. €).

Das Sonstige betriebliche Ergebnis erklärt sich in seiner Veränderung gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen aus den in den Ausführungen zu den Segmenten DZ BANK, DVB, R+V und VR LEASING angeführten Einflüssen.

Das **Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK** in Höhe von insgesamt 256 Mio. € betraf im Berichtszeitraum in Höhe von -135 Mio. € Restrukturierungsaufwendungen, in Höhe von

-112 Mio. € Sachaufwendungen für Transaktion und Migrationsvorbereitung, in Höhe von 344 Mio. € Erträge aus der Eliminierung vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehender Geschäftsbeziehungen sowie in Höhe von 159 Mio. € Erträge aus der ergebniswirksamen Vereinnahmung des negativen Unterschiedsbetrags.

Das **Konzernergebnis vor Steuern** schloss im Berichtsjahr mit einem Betrag von 2.197 Mio. € gegenüber einem Betrag in Höhe von 2.453 Mio. € im Vorjahr ab.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** als Quotient aus Verwaltungsaufwendungen und der Summe der operativen Erträge belief sich in der DZ BANK Gruppe im Berichtsjahr auf 58,9 Prozent (Vorjahr: 55,5 Prozent).

Der **regulatorische Return On Risk-Adjusted Capital (RORAC)** betrug 16,5 Prozent (vorläufiger Wert) gegenüber einem Ausweis in Höhe von 23,0 Prozent im Vorjahr.

Die **Ertragsteuern** der DZ BANK Gruppe bezifferten sich im Geschäftsjahr auf -591 Mio. € (Vorjahr: -657 Mio. €).

Sie beinhalten einen Aufwand für latente Ertragsteuern in Höhe von -243 Mio. € (Vorjahr: -143 Mio. €) sowie einen Aufwand für tatsächliche Ertragsteuern in Höhe von -348 Mio. € (Vorjahr: -514 Mio. €).

Das **Konzernergebnis** betrug 1.606 Mio. € nach 1.796 Mio. € im Vorjahr.

Bezüglich der vorstehenden und der nachfolgenden (Abschnitt 3.2.) Ausführungen zu der Ertragslage der DZ BANK Gruppe ergeben sich in Gegenüberstellung zu der entsprechenden Darstellung im Prognosebericht (Abschnitt V. des Konzernlageberichts des Vorjahres) die nachfolgenden Feststellungen.

Im Berichtsjahr wurde in der DZ BANK Gruppe ein deutlich überplanmäßiges Konzernergebnis vor Steuern erzielt. Hieran hatte vor allem das merklich über dem Plan liegende Handelsergebnis der DZ BANK einen maßgeblichen Anteil. Des Weiteren zeigte das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft der R+V einen in allen Ergebniskomponenten überplanmäßigen Verlauf. Im Übrigen war in der Planung 2016 noch nicht der positive Ergebnisbeitrag des Geschäftsjahres enthalten, der auf das Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK zurückgeht.

3.2. Ertragslage im Einzelnen

Im Einzelnen stellt sich die Ergebnisentwicklung der Geschäftssegmente der DZ BANK Gruppe im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr wie in der nachfolgenden Abb. 3 ersichtlich dar.

3.2.1. DZ BANK

Die zu diesem Segment nachfolgend aufgeführten Werte für die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung betreffen im Vorjahr ausschließlich die DZ BANK (vor Fusion). Im Geschäftsjahr sind aufgrund der zur Jahresmitte gemäß IFRS 3 vollzogenen Fusion der beiden genossenschaftlichen Zentralinstitute für das erste Halbjahr die entsprechenden Werte der DZ BANK (vor Fusion) und für das zweite Halbjahr die entsprechenden Werte der vereinigten Zentralbank für die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Der operative **Zinsüberschuss** (ohne Beteiligungsergebnis) der DZ BANK nahm um +29,5 Prozent auf 558 Mio. € (Vorjahr: 431 Mio. €) zu.

Bei einer konsequenten Steuerung der Refinanzierung auch unter Nutzung der internationalen Geldmärkte hat sich der Zinsüberschuss aus Geldmarktgeschäften trotz eines von historisch niedrigen Zinsen geprägten schwierigen Marktumfeldes verbessert. Ferner ist es gelungen, den Konditionsbeitrag im Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft in einem angespannten Wettbewerbsumfeld zu erhöhen.

In den Ausführungen zur Ertragslage wird die Ergebnisentwicklung in den Geschäftsfeldern auf der Grundlage betriebswirtschaftlicher Ergebniswerte des Finanzcontrollings dargestellt.

Das Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft der DZ BANK ist mit fünf regionalen Firmenkundenbereichen auf das inländische Firmenkundengeschäft fokussiert. Mit dem Zusammenschluss der DZ BANK und der WGZ BANK ist die vereinigte Zentralbank in den bisherigen vier regionalen Firmenkundenbereichen (Nord und Ost, Mitte, Baden-Württemberg und Bayern) sowie nunmehr auch in dem fünften Bereich (Region West) der vormaligen WGZ BANK bundesweit vertreten.

Zusätzlich ergänzen die Unternehmensbereiche Investitionsförderung und Strukturierte Finanzierung das Geschäft mit deutschen Firmenkunden und ausländischen Kunden mit Deutschlandbezug. Im Zuge der Fusion der beiden genossenschaftlichen Zentralinsti-

tute wurden das Förderkredit- und das Agrargeschäft im Unternehmensbereich Investitionsförderung am Standort Düsseldorf gebündelt.

Auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und orientiert an den Bedürfnissen der Unternehmen werden die Firmenkunden von der Genossenschaftsbank vor Ort betreut, gemeinsam mit der DZ BANK oder direkt durch die DZ BANK.

Durch die enge Begleitung der mittelständischen Unternehmen konnte die DZ BANK ihr inländisches Kreditvolumen leicht erhöhen und gleichzeitig ihre Margen in diesem hart umkämpften Geschäftsfeld nochmals verbessern.

Diese Steigerung ist vor allem auch auf die bewährte Aufgabenteilung in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und die hohe Investitionsbereitschaft des deutschen Mittelstands zurückzuführen.

Laut aktueller Mittelstandsumfrage der DZ BANK liegt die Investitionsneigung der befragten Unternehmen deutlich über dem entsprechenden langjährigen Mittelwert der Mittelstandsumfrage. Die DZ BANK konnte diese Investitionen als langfristiger Partner nachhaltig unterstützen. Die Unternehmen sind insgesamt krisenfest aufgestellt und zeigen sich, auch aufgrund ihrer soliden Kapital- und Liquiditätssituation, gut gerüstet für die Zukunft.

Allerdings bleiben auch die mittelständischen Unternehmen nicht von den im Euro-Raum bestehenden unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere auch mit Blick auf das positive Brexit-Votum, verschont. Hinzu kommen Belastungen aus einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in einigen großen Schwellenländern.

Im Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft nahm der Konditionsbeitrag insgesamt um +29,7 Prozent auf 349,9 Mio. € (Vorjahr: 269,9 Mio. €) zu.

In den fünf regionalen Firmenkundenbereichen hat sich der Konditionsbeitrag insgesamt um +41,9 Prozent auf 181,9 Mio. € (Vorjahr: 128,2 Mio. €) erhöht.

Im gewerblichen Immobiliengeschäft als eine Abteilung des Firmenkundenbereichs West wird den Immobilienkunden das spezielle Know-how dieser Abteilung für Bauträger, Projektentwickler und Immobilieninvestoren angeboten. Im Fokus stehen Einzelobjekte wie

ABB. 3 – SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

GESCHÄFTSJAHR 2016

in Mio. €	DZ BANK	BSH	DG HYP
Zinsüberschuss	1.199	655	303
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-132	-8	60
Provisionsüberschuss	346	-85	41
Handelsergebnis	746	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	104	19	18
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	23	-	-73
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	-	-	-
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	-	-	-
Versicherungsleistungen	-	-	-
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-	-	-
Verwaltungsaufwendungen	-1.346	-453	-127
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	30	15
Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK	-247	-	-
Konzernergebnis vor Steuern	702	158	237
Aufwand-Ertrags-Relation in %	55,5	73,2	41,8
RORAC regulatorisch in %	10,7	16,6	21,2
Durchschnittliche Eigenmittel-/Solvabilitätsanforderung	4.490	951	1.127
Bilanzsumme 31.12.2016	275.054	65.852	43.629

1 Vorläufiger Wert

GESCHÄFTSJAHR 2015

in Mio. €	DZ BANK	BSH	DG HYP
Zinsüberschuss ¹	1.192	918	308
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	44	-48	78
Provisionsüberschuss ¹	289	-111	30
Handelsergebnis	332	-	-19
Ergebnis aus Finanzanlagen	89	-	-60
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	31	3	221
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	-	-	-
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	-	-	-
Versicherungsleistungen	-	-	-
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-	-	-
Verwaltungsaufwendungen ¹	-1.109	-445	-122
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	24	11
Konzernergebnis vor Steuern	869	341	447
Aufwand-Ertrags-Relation in %	57,3	53,4	24,8
RORAC regulatorisch in %	14,0	41,0	39,2
Durchschnittliche Eigenmittel-/Solvabilitätsanforderung	4.188	833	1.150
Bilanzsumme 31.12.2015	216.452	61.217	46.926

1 Betrag angepasst

auch Portfolios mit überwiegender Fremdvermietung. Kurz- und langfristige Finanzierungslösungen werden individuell auf das Objekt und die Kundenziele abge-

stimmt entwickelt. In der Abteilung Immobilienkunden konnte im zweiten Halbjahr 2016 ein Konditionsbeitrag in Höhe von 17,4 Mio. € erzielt werden.

	DVB	DZ PRIVAT-BANK	R+V	TeamBank	UMH	VR LEASING	WL BANK	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
	220	140	-	414	12	147	70	-500	2.660
	-381	-	-	-80	-	-14	-9	-5	-569
	119	116	-	7	1.207	24	-10	-67	1.698
	5	9	-	-	-	-	-	20	780
	-12	1	-	-	-1	1	1	-4	127
	-25	4	-	-	-14	-	100	36	51
	-	-	14.658	-	-	-	-	-	14.658
	-	-	3.885	-	-	-	-	-70	3.815
	-	-	-15.400	-	-	-	-	-	-15.400
	-	-	-2.454	-	-	-	-	141	-2.313
	-190	-228	-	-207	-764	-157	-35	-93	-3.600
	-14	-39	-8	9	28	6	1	-3	34
	-	-	-	-	-	-	-	503	256
	-278	3	681	143	468	7	118	-42	2.197
	64,8	98,7	-	48,1	62,0	88,2	21,6	-	58,9
	-46,6	0,9	15,3 ¹	36,2	>100,0	2,2	75,1	-	16,5 ¹
	609	312	4.462 ¹	405	311	320	320	-	13.307 ¹
	27.658	17.669	97.286	7.284	2.038	4.463	43.761	-75.247	509.447

	DVB	DZ PRIVAT-BANK	R+V	TeamBank	UMH	VR LEASING	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
	188	147	-	408	17	162	-470	2.870
	-142	-	-	-81	-	2	-6	-153
	103	112	-	7	1.227	26	-51	1.632
	13	22	-	-	-	-	21	369
	35	-	-	-	-7	12	-10	59
	75	9	-	-	-15	-2	-22	300
	-	-	14.418	-	-	-	-	14.418
	-	-	3.132	-	-	-	-52	3.080
	-	-	-14.664	-	-	-	-	-14.664
	-	-	-2.287	-	-	-	129	-2.158
	-189	-219	-	-203	-703	-170	-92	-3.252
	-49	-33	26	1	37	-49	-17	-48
	34	38	625	132	556	-19	-570	2.453
	51,8	85,2	-	48,8	55,8	>100,0	-	55,5
	14,0	11,8	23,9	34,1	>100,0	0,1	-	23,0
	537	321	2.638	401	265	329	-	10.662
	26.549	17.496	90.280	6.866	2.072	4.909	-64.426	408.341

Im Unternehmensbereich Investitionsförderung konnte im Förderkreditgeschäft trotz weiter gesunkener Margen ein gegenüber dem Vorjahr deutlich

um +21,0 Prozent gesteigener Konditionsbeitrag in Höhe von 51,5 Mio. € (Vorjahr: 42,6 Mio. €) erzielt werden.

Die Förderschwerpunkte der klassischen Investitionsfinanzierung, zu denen vor allem Existenzgründungen und Finanzierungen von Innovationsvorhaben zählen, haben sich in einem intensiven Wettbewerbsumfeld stabil behauptet. Demgegenüber konnten die Förderkreditportfolios des privaten Wohnungsbaus sowie der gewerblichen Umweltfinanzierung ausgeweitet werden.

In den Produktfeldern des Bereichs Strukturierte Finanzierung ergaben sich die folgenden wesentlichen Veränderungen für die jeweiligen Konditionsbeiträge gegenüber dem Vorjahr:

Im Produktfeld Konsortialgeschäft/Erneuerbare Energien ist der Konditionsbeitrag im Geschäftsjahr um +3,6 Prozent auf 20,8 Mio. € (Vorjahr: 20,1 Mio. €) gestiegen. Auch bei einem zunehmenden Wettbewerb konnte das Geschäft mit Erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windenergieanlagen, im Berichtszeitraum ausgebaut werden.

Im Produktfeld Akquisitionsfinanzierung werden Fremdfinanzierungen für den Erwerb mittelständischer und großer Unternehmen vornehmlich im deutschsprachigen Raum arrangiert und strukturiert. Viele Kunden haben die hohe Liquidität in den Kredit- und Anleihemärkten zur Rückführung ihrer Kredite genutzt. Dies und die selektive Ausreichung von Neukrediten hatten einen gegenüber dem Vorjahr um -1,7 Prozent auf 23,5 Mio. € (Vorjahr: 24,0 Mio. €) verminderten Konditionsbeitrag zur Folge.

Das Produktfeld Projektfinanzierung verzeichnete im Geschäftsjahr mit einem Konditionsbeitrag in Höhe von 25,2 Mio. € (Vorjahr: 24,4 Mio. €) eine insgesamt positive Entwicklung (+3,3 Prozent).

Im Produktfeld Beratung und Vertrieb West, das produktübergreifend für Erneuerbare Energien, Syndizierte Kredite und Akquisitionsfinanzierung sowie für Außenhandels- und Exportfinanzierung zuständig ist, belief sich der im zweiten Halbjahr 2016 erwirtschaftete Konditionsbeitrag auf 11,6 Mio. €.

Im Produktfeld Internationale Handels- und Exportfinanzierung steht die Begleitung deutscher mittelständischer und auch großer Firmenkunden ins Ausland im Vordergrund. Der Konditionsbeitrag stieg von 34,7 Mio. € im Vorjahr auf 41,9 Mio. € im Berichtsjahr (+20,7 Prozent) an.

Im Produktfeld Asset Securitization werden strukturierte Anlagen- und Forderungsfinanzierungen für eine definierte Auswahl von Asset-Typen angeboten. Nicht notierte Unternehmen erhalten auf diese Weise Zugang zu den Kapitalmärkten und zu Finanzierungen auf der Grundlage ihres Forderungsportfolios. Die Liquiditätskosten im Produktfeld Asset Securitization in Höhe von -6,5 Mio. € für die Bereitstellung der Back-up-Linien für die vom Conduit zur Verfügung gestellten Finanzierungen lagen im Berichtsjahr um -2,5 Mio. € unter dem Vorjahreswert in Höhe von -4,0 Mio. €.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** belief sich auf -132 Mio. € (Vorjahr: Nettoauflösung in Höhe von 44 Mio. €) mit einer Nettozuführung zu den Einzelwertberichtigungen in Höhe von -5 Mio. € (Vorjahr: Nettoauflösung in Höhe von 24 Mio. €) und einer Nettozuführung zu den Portfoliowertberichtigungen in Höhe von -60 Mio. € (Vorjahr: Nettoauflösung in Höhe von 11 Mio. €).

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich um +19,7 Prozent auf 346 Mio. € (Vorjahr: 289 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft legte der Dienstleistungsbeitrag leicht um +9,6 Prozent auf 159,9 Mio. € (Vorjahr: 146,0 Mio. €) zu.

In den fünf regionalen Firmenkundenbereichen hat sich der Dienstleistungsbeitrag insgesamt um +28,7 Prozent auf 57,9 Mio. € (Vorjahr: 45,0 Mio. €) erhöht.

In der Abteilung Immobilienkunden konnte im zweiten Halbjahr 2016 ein Dienstleistungsbeitrag in Höhe von 2,6 Mio. € erzielt werden.

Für die jeweiligen Dienstleistungsbeiträge in den Produktfeldern des Bereiches Strukturierte Finanzierung ergaben sich die folgenden wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Im Produktfeld Konsortialgeschäft/Erneuerbare Energien lag der Dienstleistungsbeitrag mit einem Wert von 4,4 Mio. € im Berichtsjahr um +16,4 Prozent über dem Niveau des Ausweises für das Vorjahr (3,8 Mio. €).

Im Produktfeld Akquisitionsfinanzierung war im Geschäftsjahr eine deutliche Verstärkung des Wettbewerbs zu verzeichnen. Der Dienstleistungsbeitrag

verminderte sich daher um -16,6 Prozent auf 9,6 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €).

Im Produktfeld Projektfinanzierung erhöhte sich der Dienstleistungsbeitrag um +41,2 Prozent auf 13,5 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €).

Im Produktfeld Beratung und Vertrieb West bezifferte sich der im zweiten Halbjahr 2016 erwirtschaftete Dienstleistungsbeitrag auf 1,7 Mio. €.

Im Produktfeld Internationale Handels- und Exportfinanzierung blieb der Dienstleistungsbeitrag im Berichtszeitraum trotz eines gestiegenen Wettbewerbs mit einem Wert von 11,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Im Produktfeld Dokumentäres Auslandsgeschäft (Akkreditive, Garantien, Inkassos) konnte der Dienstleistungsbeitrag deutlich um +10,2 Prozent auf 14,1 Mio. € (Vorjahr: 12,8 Mio. €) gesteigert werden.

Im Produktfeld Asset Securitization lag der Dienstleistungsbeitrag im Berichtsjahr mit 47,5 Mio. € um -9,6 Prozent unter dem Wert in Höhe von 52,5 Mio. € für den vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Reduktion war maßgeblich beeinflusst durch das Auslaufen und die vertragsgerechte Rückführung einiger Portfolio-Transaktionen.

Im Geschäftsfeld Kapitalmärkte/Institutionelle Kunden sowie im Geschäftsfeld Kapitalmärkte/Privatkunden nahmen Kunden von Genossenschaftsbanken und Direktkunden der DZ BANK auch im Berichtsjahr das umfassende Beratungs-, Strukturierungs- und Platzierungsangebot bei Anlage-, Eigenkapital- und Mezzanineprodukten gerne und häufig in Anspruch.

In einem weiterhin hart umkämpften Marktumfeld gelang es der DZ BANK, sich gegen in- und ausländische Wettbewerber mit verschiedenen Produktangeboten durchzusetzen. Die erfolgreich umgesetzten Transaktionen sowie die Zufriedenheit der Auftraggeber spiegeln das hohe Produkt-Know-how und die Umsetzungsstärke in einem sich stetig ändernden Marktumfeld wider. Die Genossenschaftsbanken und Direktkunden schätzen die DZ BANK für die Transaktionssicherheit, die sie ihnen bei der Umsetzung von Eigenkapital- und Mezzanine-Transaktionen bietet.

Des Weiteren lag der im Geschäftsfeld Operations Services erzielte Dienstleistungsbeitrag aufgrund der

gestiegenen Erträge aus dem Wertpapierverwahrgeschäft über dem im Vorjahr ausgewiesenen Wert.

Das **Handelsergebnis** erreichte einen Wert in Höhe von 746 Mio. € (Vorjahr: 332 Mio. €).

Die maßgeblichen Einflussfaktoren für die Kapitalmarktentwicklung im Berichtsjahr waren die im Frühjahr 2016 von der EZB beschlossenen betragsmäßig und zeitlich ausgeweiteten geldpolitischen Maßnahmen (Quantitative Easing) bei gleichzeitiger Absenkung des Leitzinses sowie des negativen Zinssatzes für Zentralbankeinlagen. Anfang Dezember 2016 verlängerte die EZB ihr Anleihekaufprogramm bei Absenkung des monatlichen Ankaufvolumens bis Ende des Jahres 2017.

Des Weiteren waren die Finanzmärkte im Berichtszeitraum von der Unsicherheit über den Zeitpunkt und das Ausmaß einer Zinserhöhung in den USA im Jahr 2016 geprägt, die sich erst mit der Zinserhöhung der US-Notenbank Fed um 25 Basispunkte auf eine Spanne von 0,50 bis 0,75 Prozent Mitte Dezember 2016 auflöste.

Hinzu kam im Verlauf des ersten Halbjahres 2016 der belastende Einfluss der Ungewissheit über den Ausgang der Brexit-Entscheidung. Allerdings vermochten späterhin weder das ergangene Brexit-Votum vom 23. Juni 2016 noch der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA vom 8. November 2016 oder das Referendum über eine Verfassungsreform in Italien vom 4. Dezember 2016 die Aktiennotierungen an den europäischen Börsen dauerhaft zu beeinflussen. Insgesamt wiesen diese Aktiennotierungen im Geschäftsjahr einen im Vergleich zum Vorjahr deutlich volatilen Verlauf auf.

Darüber hinaus wirkte sich das regulatorische Umfeld auf die Märkte und Marktakteure aus, die sich auch im Berichtsjahr den anspruchsvollen Anforderungen der Bankenaufsicht stellen mussten.

Gleichwohl hat sich der Handelsbeitrag der DZ BANK im Berichtszeitraum deutlich verbessert.

Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft der DZ BANK richtet sein Leistungsangebot an den Bedürfnissen von Genossenschaftsbanken, Verbundunternehmen und deren Privat- und Firmenkunden aus. Diesen Fokus ergänzen Geschäftsbeziehungen zu direkt betreuten Firmenkunden und institutionellen Kunden im In- und Ausland. Die Angebotspalette umfasst Anlage- und Risikomanagementprodukte der

Vermögensklassen Zins, Aktien, Kredit und Währung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Ergänzt wird sie durch breit gefächerte Beratungs- und Researchleistungen, Strukturierungsexpertise und Plattformangebote.

Für den deutschen Privatanleger stehen Sicherheit sowie intelligente Anlagelösungen im aktuellen Negativzinsumfeld obenan. Mit Blick auf diesen Kundenbedarf gelang es der DZ BANK auf der Grundlage der intensiven Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihre Position im deutschen Derivatemarkt seit dem dritten Quartal 2015 weiter deutlich auszubauen. Gemessen an dem in strukturierten Wertpapieren investierten Marktvolumen konnte die DZ BANK ihre Marktführerschaft mit einem Marktanteil von 17,7 Prozent per Ende Dezember 2016 (vereinigte Zentralbank) eindrucksvoll bestätigen.

Ihre Aktivitäten zum Vertrieb börsengehandelter derivativer Wertpapierprodukte hat die DZ BANK im Berichtsjahr konsequent weiter forciert und so ihren Marktanteil von einem Jahresdurchschnittswert 2015 in Höhe von 9,2 Prozent auf einen Durchschnittswert für das Geschäftsjahr in Höhe von 11,0 Prozent (vereinigte Zentralbank) deutlich gesteigert. Daneben wurde ihr Weg der nachhaltigen und konsequenten Digitalisierung und Optimierung der Wertpapierprozesse im Privatkundengeschäft von namhaften Experten mit dem „Best Process Award 2016“ bestätigt.

In ihrem Eigengeschäft erwarben die Genossenschaftsbanken mit Blick auf die langfristige Stabilisierung ihrer Ertragslage Anlagen mit Restlaufzeiten von über 5 Jahren. Dabei wurden verstärkt Bonitätsprodukte wie Unternehmensanleihen und einfach strukturierte Kreditprodukte nachgefragt. Ferner strebten die Genossenschaftsbanken eine breite Diversifikation ihrer Wertpapierbestände an, insbesondere auch im Bereich der Aktien- und Fremdwährungsinvestments. Zu diesem Zweck wurde vermehrt in Fondsprodukte der Union Investment Gruppe investiert.

Des Weiteren stand für die Genossenschaftsbanken die bedarfsgerechte Steuerung ihrer Liquidity Coverage Ratio im Vordergrund. Mit verschiedenen Beratungs- und Produktinitiativen hat die DZ BANK die Banken in ihren Bemühungen um eine ertragsoptimierte Etablierung der aufsichtsrechtlich geforderten hochliquiden Aktiva unterstützt.

Das Geschäft mit institutionellen Kunden zeigte sich im Berichtsjahr strukturell robust. Das Niedrigzinsumfeld und die Regulatorik determinierten das Anla-

geverhalten. Versicherungsunternehmen zielten verstärkt auf den Einsatz von Zinsstrukturen, um die Renditeanforderungen erfüllen zu können. Die Negativverzinsung im kurzen Laufzeitensegment führte zu einer weiter steigenden Nachfrage nach langlaufenden Bank- und Unternehmensanleihen sowie nach ausländischen Pfandbriefen. Asset Manager verzeichneten im Jahresverlauf Zuflüsse im Geschäft mit nachrangigen Unternehmens- und Bankanleihen, aber auch mit Anleihen von Schwellenländern. Dies wirkte sich auf ihr Nachfrageverhalten aus. Darüber hinaus haben Asset Manager von einer Belebung des Neuemissionsgeschäfts der DZ BANK profitiert.

Im Wertpapiergeschäft mit Firmenkunden war bei Großanlegern vor dem Hintergrund des negativen Zinsumfeldes und reduzierter Renditen ein Nachfragerückgang nach Commercial Paper- und Anleiheemissionen zu verzeichnen. Gegenläufig nahm das Interesse der Firmenkunden an strukturierten Anlagealternativen mit optionalen Komponenten sowie an forderungsbasierten Finanzierungen im Berichtszeitraum zu. Im Verlauf des Geschäftsjahres entwickelte die Kundschaft bei Geldmarktanlagen eine zunehmende Akzeptanz für das negative Zinsumfeld, sodass Einlagen von Großanlegern zurückgewonnen werden konnten.

Im Währungsmanagement führten die anhaltende Schwäche des Euro und eine rückläufige Marktvolatilität im Berichtsjahr zu durchschnittlichen Umsätzen mit Firmenkunden und institutionellen Kunden. Mittelständische Unternehmen nahmen das unvermindert niedrige Zinsniveau mit weiter deutlich ausgeprägten Negativzinsen im Geldmarkt zum Anlass, insbesondere Zinssicherungen mit langen Laufzeiten von 10 bis 30 Jahren abzuschließen.

Das Anleiheemissionsgeschäft war im Berichtszeitraum von der im März 2016 durch die EZB beschlossenen Ausweitung ihres umfangreichen Anleihekaufprogramms geprägt. Anfang Juni 2016 startete die EZB über ihr Corporate Sector Purchase Program (CSPP) mit dem Kauf von Unternehmensanleihen. Dies führte zu einem beträchtlichen Anstieg der Volumina im Corporate-Schuldschein-Markt sowie zu einer vermehrten Hinwendung der Supra-Sovereign-Agency(SSA)-Emittenten zu Laufzeiten mit mehr als 10 Jahren. Erste Erfolge im Geschäft mit Privatplatzierungen und in der erhofften Wechselwirkung zu Benchmark-Mandaten konnten dank der neu geschaffenen MTN(Medium Term Note)-Originationseinheit realisiert werden.

Für die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Verbindlichkeiten ergab sich im Berichtsjahr ein positiver Ergebniseffekt in Höhe von 104 Mio. € (Vorjahr: -49 Mio. €).

Des Weiteren berücksichtigt das Handelsergebnis zinsinduzierte Marktwertänderungen der Cross-Currency-Basisswaps zur Absicherung von Währungsrisiken in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €).

Darüber hinaus konnte im Berichtszeitraum als Folge des erfolgreichen Abschlusses des Mediationsverfahrens im Rahmen des Rechtsstreits mit Lehman Brothers International Europe ein Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozess- und Anwaltskosten in Höhe von rund 50 Mio. € erzielt werden.

Ferner ergab sich für die DZ BANK ein Saldo aus realisierten und unrealisierten Ergebnissen betreffend Asset-Backed Securities (ABS) in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: -11 Mio. €).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** legte um +15 Mio. € auf 104 Mio. € (Vorjahr: 89 Mio. €) zu.

Es enthält Erträge in Höhe von 98 Mio. € aus der Veräußerung der Beteiligung der DZ BANK (vor Fusion) an der VISA Europe Ltd., London. Darüber hinaus ergab sich ein positiver Ergebniseffekt aus ABS in Höhe von 11 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €), im Wesentlichen bedingt durch Verkäufe von in früheren Perioden wertberechtigten ABS.

Der Vorjahresausweis beinhaltete ferner einen Ertrag in Höhe von 65 Mio. € aus der Veräußerung der Beteiligung der DZ BANK an der VISA Inc., San Francisco, sowie einen positiven Ergebnisbeitrag aus der Veräußerung von Italien-Bonds in Höhe von 7 Mio. €.

Die **Verwaltungsaufwendungen** lagen in der DZ BANK mit einem Betrag von -1.346 Mio. € um +237 Mio. € oder +21,4 Prozent über dem Vergleichswert des Vorjahres in Höhe von -1.109 Mio. €.

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen nahmen um +117 Mio. € auf -695 Mio. € (Vorjahr: -578 Mio. €) zu, insbesondere aufgrund der Zuführung zu einer Rückstellung für Brandschutzmaßnahmen betreffend das Gebäude Cityhaus I der DZ BANK (soweit bankbetrieblich genutzt) in Höhe von -35 Mio. € sowie infolge der gegenüber dem Vorjahr um 34 Mio. € gestiegenen Unternehmensberatungskosten im Rahmen von Projekten.

Der Anstieg der Personalaufwendungen um +120 Mio. € auf -651 Mio. € (Vorjahr: -531 Mio. €) ist vor allem auch auf eine erhöhte Mitarbeiterzahl sowie auf vorgenommene Gehaltsanpassungen zurückzuführen.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) berücksichtigt vor allem auch eine Zuführung zur Rückstellung für Brandschutzmaßnahmen betreffend das Gebäude Cityhaus I der DZ BANK (soweit nicht bankbetrieblich genutzt) in Höhe von -14 Mio. € und einen Aufwand aus Verlustübernahme der DZ BANK in Höhe von -5 Mio. € (Vorjahr: -10 Mio. €) zugunsten der GENO Broker GmbH. Im Vorjahr beinhaltete das Sonstige betriebliche Ergebnis des Weiteren einen Aufwand aus der Restrukturierung der Geschäftsaktivitäten der DZ BANK in Polen in Höhe von -9 Mio. €.

Das **Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WZ BANK** in Höhe von insgesamt -247 Mio. € beinhaltete im Berichtszeitraum in Höhe von -135 Mio. € Restrukturierungsaufwendungen sowie in Höhe von -112 Mio. € Sachaufwendungen für Transaktion und Migrationsvorbereitung.

Das **Ergebnis vor Steuern** lag im Berichtsjahr mit einem Betrag von 702 Mio. € maßgeblich aufgrund der oben genannten Veränderungen um -167 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres in Höhe von 869 Mio. €.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des Berichtszeitraums belief sich in der DZ BANK auf 55,5 Prozent (Vorjahr: 57,3 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug 10,7 Prozent (Vorjahr: 14,0 Prozent).

3.2.2. BSH

Im BSH-Teilkonzern verminderte sich der **Zinsüberschuss** um -28,6 Prozent auf 655 Mio. € (Vorjahr: 918 Mio. €).

Der Zinsüberschuss des Geschäftsjahres war erneut durch die Niedrigzinsphase belastet. Der abermalige Rückgang des Anlagezinssatzes konnte nur teilweise durch das insgesamt gestiegene Bestandsvolumen kompensiert werden, das auf das hohe Neugeschäft der vergangenen Jahre zurückgeht.

Des Weiteren enthält der Zinsüberschuss im Berichtsjahr eine ergebnismäßige Zusatzbelastung in Höhe von -175 Mio. € aus der Erhöhung baupartechnischer

Rückstellungen. Diese spiegeln im Wesentlichen zukünftige Verpflichtungen der Bausparkasse Schwäbisch Hall zu Zahlungen in Form von Treueprämie und Bonus an diejenigen Bausparkunden wider, die auf die vertraglich zugesicherte Darlehensausreichung verzichten.

Im Ergebnis aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen ergab sich maßgeblich aufgrund einer vorgenommenen Wertanpassung in Höhe von -23 Mio. € ein Rückgang in Höhe von -23 Mio. € auf 4 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €). Für die erwähnte Veränderung in Höhe von -23 Mio. € war eine vorgenommene Wertminderung des IFRS-At Equity-Buchwertes der chinesischen Beteiligung der Bausparkasse Schwäbisch Hall ursächlich.

Ein deutlicher Anstieg der Kredite in der Vor- und Zwischenfinanzierung hatte trotz einer gesunkenen Durchschnittsverzinsung eine Stärkung der Zinsertragsbasis im außerkollektiven Baufinanzierungsgeschäft zur Folge. Gleichzeitig verminderte sich der Zinsertrag im Bauspardarlehensgeschäft insbesondere infolge eines verringerten Bestandes sowie mit Blick auf rückläufige durchschnittliche Zinsen. Zudem blieb der Ergebnisbeitrag aus freien Mitteln auch bei einem im Vorjahresvergleich leicht ausgeweiteten Anlagevolumen bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau hinter dem entsprechenden Vorjahresbetrag zurück.

Das Volumen der Bauspareinlagen legte im Berichtsjahr bei einem erhöhten Zinsaufwand um weitere +3,2 Mrd. € auf 55,4 Mrd. € gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2015 zu. Die erhöhte Kundennachfrage im Bausparen spiegelt die Bevorzugung einer Geldanlage in Sachwerten auf einem stabilen Finanzierungsfundament wider.

Die Kundenakzeptanz des Schwäbisch Hall-Tarifwerks vertiefte die Bausparkasse Schwäbisch Hall darüber hinaus mit dem weiteren Ausbau der Online-Verfügbarkeit ihrer Vertriebs- und Serviceleistungen in Zeiten fortschreitender Digitalisierung. Ihre führende Marktposition im Bauspargeschäft wurde durch diese Kundenakzeptanz erneut bestätigt.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** verzeichnete vor dem Hintergrund stabiler konjunktureller Rahmenbedingungen im Inland einen Rückgang um 40 Mio. € auf -8 Mio. € (Vorjahr: -48 Mio. €). Dabei entfällt ein Betrag in Höhe von -25 Mio. € auf den Wegfall eines Sondereffektes des Vorjahres.

Das **Provisionsergebnis** verbesserte sich im BSH-Teilkonzern um 26 Mio. € auf -85 Mio. € (Vorjahr: -111 Mio. €).

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall leistet an die Genossenschaftsbanken sowie an den integrierten bankgestützten Außendienst Provisionen für Vertragsabschlüsse. Das verminderte Neugeschäftsvolumen und ein damit verbundener reduzierter Provisionsaufwand haben im Geschäftsjahr zu einem verbesserten Provisionsergebnis geführt. Hinzu kam eine ergebnismäßige Zusatzbelastung in Höhe von -5 Mio. € aus der Erhöhung bauspartechnischer Rückstellungen.

Im Geschäftsfeld „Bausparen“ konnte die Bausparkasse Schwäbisch Hall mit rund 627 Tausend neu abgeschlossenen Bausparverträgen ein anspruchsvolles Bausparneugeschäft mit einer Bausparsumme von 29,2 Mrd. € (-16,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr) erzielen.

Im Geschäftsfeld „Baufinanzierung“ erreichte die Bausparkasse Schwäbisch Hall ein realisiertes Neugeschäftsvolumen von 12,0 Mrd. €, das um lediglich -0,2 Mrd. € hinter dem Rekordwert des Vorjahres in Höhe von 12,2 Mrd. € zurückblieb. Nicht berücksichtigt in diesem Wert sind die Bauspardarlehensverträge und Zwischenkredite der Bausparkasse Schwäbisch Hall sowie sonstige Vermittlungen in Höhe von 1,9 Mrd. €. Unter deren Einbeziehung ergibt sich ein Gesamtaufinanzierungsvolumen von 13,9 Mrd. € (Vorjahr: 14,4 Mrd. €).

Das Bausparen und die Baufinanzierung sind unverändert bevorzugte Instrumente der Altersvorsorge. Dabei richtet sich das Anlegerinteresse vor allem auf die Eigenheimrente, für die die Bausparkasse Schwäbisch Hall im Geschäftsjahr rund 78 Tausend neu abgeschlossene Fuchs Wohn-Rente-Verträge auf sich vereinigen konnte. Seit Mitte des Berichtsjahres hält die Bausparkasse Schwäbisch Hall hier mit ihrem neuen Tarifangebot „FuchsChance“ eine zukunftsweisende Produktvariante bereit. Bei einer am Marktzins orientierten Produktgestaltung mit einer entsprechend variablen Zinsfestlegung mit Zinssätzen von 0,25 bis 1,25 Prozent erhält der Bausparkunde erstmalig die Chance auf Teilhabe an steigenden Zinsen.

Zusätzliche Impulse ergeben sich für das Bausparen und die Baufinanzierung vor dem Hintergrund stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch aus der erhöhten Wohnraumnachfrage, die im Berichtszeitraum zu einer nochmals gestiegenen Zahl fertiggestell-

ter Wohneinheiten geführt haben dürfte. Allerdings kann diese Neubautätigkeit dem Bedarf an neuem Wohnraum insbesondere in den großen Städten angesichts der im Wohnimmobilienmarkt festzustellenden Trends einer zunehmenden Urbanisierung sowie einer sinkenden Personenzahl je Haushalt nach wie vor nicht vollumfänglich entsprechen.

Bedeutende Zukunftspotenziale resultieren für das Bauspar- und Baufinanzierungsgeschäft vor allem auch aus dem beachtlichen Modernisierungsbedarf von Bestandsimmobilien mit Blick auf die Verbesserung der Energieeffizienz, zumal rund 85 Prozent aller Wohnflächen bereits im Jahr 1999 oder früher erbaut wurden. Darüber hinaus gewinnen die energetischen Investitionen insbesondere durch die aktuellen Bestrebungen der Bundesregierung zur Reduzierung der Klima- und Umweltbelastung an Bedeutung.

Hinzu kommt ein beachtliches Nachfragepotenzial, das auf das Zukunftsfeld des altersgerechten Wohnens zurückzuführen ist, denn immerhin leben bisher nur rund 5 Prozent der etwa 11 Millionen Seniorenhaushalte in barrierefreien Wohnungen.

Im Geschäftsfeld „Weitere Vorsorge“ vermittelte der Außendienst der Bausparkasse Schwäbisch Hall im Rahmen des Cross-Sellings wieder in erheblichem Umfang Vorsorgeprodukte der Genossenschaftsbanken, Investmentfonds der Union Investment Gruppe und Versicherungen der R+V.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) geht auf Verkäufe von Wertpapieren zurück.

Die Erhöhung der **Verwaltungsaufwendungen** um +8 Mio. € auf -453 Mio. € (Vorjahr: -445 Mio. €) resultiert bei den Personalaufwendungen (Zunahme um +4 Mio. € auf -228 Mio. €) vor allem aus Zuführungen zu den Personalarückstellungen und bei den sonstigen Verwaltungsaufwendungen (Anstieg um +4 Mio. € auf -225 Mio. €) vornehmlich aus Mehraufwendungen für regulatorische Anforderungen und strategische Projekte.

Das **Ergebnis vor Steuern** erreichte im Geschäftsjahr maßgeblich aufgrund der oben genannten Veränderungen einen Wert von 158 Mio. € (Vorjahr: 341 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der Berichtsperiode betrug 73,2 Prozent (Vorjahr: 53,4 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf 16,6 Prozent (Vorjahr: 41,0 Prozent).

3.2.3. DG HYP

Der **Zinsüberschuss** der DG HYP in Höhe von 303 Mio. € verringerte sich leicht um -1,6 Prozent gegenüber dem Wert des Vorjahres in Höhe von 308 Mio. €.

Diese Ermäßigung erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass die Vorjahresperiode durch deutlich höhere Vorfälligkeitsentgelte (Geschäftsjahr: 31,2 Mio. €, Vorjahr: 57,8 Mio. €) begünstigt war.

Der deutsche Investmentmarkt für gewerblich genutzte Immobilien ist geprägt durch eine stabile Inlandskonjunktur sowie durch eine nach wie vor hohe Liquidität angesichts der unverändert expansiven Geldpolitik der EZB. Zudem steht mit Blick auf das historisch niedrige Zinsniveau nur eine begrenzte Anzahl von Anlagealternativen mit Aussicht auf eine auskömmliche Rendite zur Verfügung.

Diese Rahmenbedingungen haben zu einem starken Interesse in- und ausländischer Investoren an einem Investment in gewerblich genutzte Immobilien in einem gleichzeitig herausfordernden Wettbewerbsumfeld geführt.

Allerdings steht der beachtlichen Nachfrage ein zunehmend eingeschränktes Angebot gegenüber. Das im Berichtszeitraum am inländischen Markt erzielte Transaktionsvolumen gewerblich genutzter Immobilien (ohne Wohnimmobilien) belief sich auf 52,9 Mrd. € und blieb damit um rund 4 Prozent hinter dem entsprechenden Wert des Vorjahres in Höhe von 55,1 Mrd. € zurück. Auf dem Wohnimmobilieninvestmentmarkt waren die Folgen eines mangelnden Angebots noch offenkundiger. Das Transaktionsvolumen belief sich im Berichtsjahr auf 13,7 Mrd. € gegenüber einem Volumen von 25,0 Mrd. € im Vorjahr, wenngleich das Vorjahr in besonderem Maße durch großvolumige Transaktionen geprägt war. Im Übrigen ist die Verkaufsneigung angesichts des Niedrigzinsumfeldes nach wie vor gering.

Der mit der Angebotsverknappung einhergehende Anstieg der Immobilienpreise sorgte auch im Geschäftsjahr für einen weiteren Rückgang der Anfangsrenditen für gewerblich genutzte Immobilien, insbesondere für Büroimmobilien, sowie für Wohnimmobilien. Vor diesem Hintergrund hat sich die Nachfrage nach Objekten jenseits der etablierten Nutzungsarten im

Berichtsjahr weiter verstärkt. Ursächlich für dieses Investorenverhalten war vor allem auch das Bestreben, einer zu starken Disparität zwischen der Bewertung der jeweiligen gewerblichen Immobilie und dem mit ihr erzielbaren Cashflow entgegenzuwirken.

Diesem letztgenannten Ziel ist die DG HYP auch im Berichtszeitraum mit ihrer konservativen Geschäftsstrategie begegnet, für die ein dem jeweiligen Anlage- risiko Rechnung tragendes Vorgehen bei der Vergabe von Finanzierungen kennzeichnend ist.

Dabei kommt der dezentralen Organisation der Genossenschaftlichen FinanzGruppe eine besondere Bedeutung zu: Das bestehende weitverzweigte regionale Netz der örtlichen Genossenschaftsbanken und ihre Nähe zum Kunden stellen für den gewerblichen Immobilienfinanzierer einen hohen Mehrwert dar. Die DG HYP arbeitet derzeit mit mehr als 400 Volksbanken und Raiffeisenbanken regelmäßig zusammen. Darüber hinaus ergeben sich im Hinblick auf die Allokation der Risiken Vorteile, weil die Möglichkeit besteht, Kreditportfolios regional nach Branchen und Kundengruppen stärker zu differenzieren. Die ausgeprägten Kenntnisse der Volksbanken und Raiffeisenbanken finden zudem eine zielführende Ergänzung in dem Immobilienfinanzierungs-Know-how der DG HYP.

Mit dieser auch im Berichtsjahr konsequent verfolgten Marktstrategie erzielte die DG HYP mit einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von 7.418 Mio. € (Vorjahr: 5.722 Mio. €) eine deutliche Steigerung. Davon entfielen 7.140 Mio. € (Vorjahr: 5.637 Mio. €) auf den deutschen Markt.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken in der gemeinsamen Marktbearbeitung hat die DG HYP erfolgreich fortgeführt und weiter intensiviert. Das gemeinschaftlich dargestellte Kreditgeschäft lag im Berichtsjahr mit einem Volumen von 3.159 Mio. € (Vorjahr: 2.825 Mio. €) über dem Vorjahresniveau.

Im Interesse der Genossenschaftlichen FinanzGruppe unterstützt die DG HYP die Volksbanken und Raiffeisenbanken bei Finanzierungsanfragen der öffentlichen Hand. Unter Berücksichtigung der Bonität der Schuldner werden Finanzierungsangebote erstellt, die über die Genossenschaftsbanken an die Kommunen herangetragen werden. Im Geschäftsjahr hat die DG HYP ein Finanzierungsvolumen in Höhe von 257 Mio. € (Vorjahr: 378 Mio. €) generiert.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** mit einer Nettoauflösung in Höhe von 60 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €) weist in der Einzelwertberichtigung eine Nettoauflösung in Höhe von 45 Mio. € (Vorjahr: 49 Mio. €) und in der Portfoliowertberichtigung einen Auflösungsbetrag in Höhe von 15 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €) auf.

Der Anstieg im **Provisionsüberschuss** um +11 Mio. € auf 41 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) geht vor allem auf gestiegene Provisionserträge im Kreditgeschäft zurück, die sich abhängig vom jeweiligen Produktmix entwickeln.

Das **Handelsergebnis** hat sich marktbedingt um +19 Mio. € auf 0 Mio. € (Vorjahr: -19 Mio. €) verbessert. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf einen veränderten Euro/US-Dollar-Wechselkurs zurückzuführen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 18 Mio. € (Vorjahr: -60 Mio. €) beinhaltet insbesondere die Wertaufholung eines Bonds der HETA ASSET RESOLUTION AG, Klagenfurt, mit einem Betrag von 20 Mio. €. Im Jahresausweis war eine Wertberichtigung auf diesen Bond mit einem Betrag von -25 Mio. € enthalten. Darüber hinaus berücksichtigte das Ergebnis aus Finanzanlagen des Vorjahres im Wesentlichen Ergebniseffekte für Mortgage-Backed Securities einschließlich der Vorsorge für latente Risiken in Höhe von -16 Mio. € sowie einen Realisierungseffekt in Höhe von -21 Mio. € aus dem Verkauf einer der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zuzuordnenden Anleihe zum Zwecke der Reduzierung von nicht strategischen Risikopositionen.

Im **Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** standen einer Ausweitung der Credit Spreads für PIIGS-Anleihen im Berichtszeitraum, insbesondere im ersten Halbjahr, mit einem Ergebniseffekt in Höhe von -73 Mio. € Einengungen dieser Credit Spreads im Vorjahr (Ergebniseffekt in Höhe von 221 Mio. €) gegenüber.

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen um +5 Mio. € auf -127 Mio. € (Vorjahr: -122 Mio. €) zu. Bei gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Personalaufwendungen in Höhe von -53 Mio. € (Vorjahr: -52 Mio. €) haben sich die sonstigen Verwaltungsaufwendungen um +4 Mio. € auf -74 Mio. € (Vorjahr: -70 Mio. €) maßgeblich bedingt durch den gestiegenen Mitteleinsatz infolge wachsender regulatorischer Anforderungen erhöht.

Das **Ergebnis vor Steuern** hat sich im Berichtsjahr deutlich um -210 Mio. € auf 237 Mio. € (Vorjahr: 447 Mio. €) vermindert. Für diese Ermäßigung ist vorrangig die Verringerung im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten mit den oben genannten Einflussfaktoren ursächlich.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des Geschäftsjahres belief sich auf 41,8 Prozent (Vorjahr: 24,8 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug 21,2 Prozent (Vorjahr: 39,2 Prozent).

3.2.4. DVB

Der **Zinsüberschuss** des DVB-Teilkonzerns konnte aufgrund des Neugeschäfts um +17,0 Prozent auf 220 Mio. € (Vorjahr: 188 Mio. €) gesteigert werden.

Der operative Zinsüberschuss (ohne Beteiligungsergebnis) erhöhte sich vor allem auch aufgrund geringerer Sonderabschreibungen auf Leasinggegenstände um +26 Mio. € auf 210 Mio. € (Vorjahr: 184 Mio. €).

Daneben war das Zinsergebnis unverändert durch einen spürbaren Druck auf die Zinsmargen infolge des weltweit steigenden Finanzierungswettbewerbs an den Transportmärkten belastet.

Das Beteiligungsergebnis nahm gegenüber dem Ausweis für das Vorjahr um +6 Mio. € auf 10 Mio. € zu.

Der weltweite Güter- und Passagierverkehr war im Berichtszeitraum in allen Sparten von einem verhaltenen Konjunkturanstieg in der Euro-Zone, einem moderaten Wachstum der US-Wirtschaft und einer schwächeren Konjunktorentwicklung in den Schwellenländern, vor allem in China, beeinflusst. Gleichzeitig wies der Welthandel eine unverändert geringe Dynamik auf.

Darüber hinaus war die internationale Verkehrswirtschaft von einem insbesondere in einzelnen Teilmärkten der internationalen Seeschifffahrt bestehenden Überangebot an Transportkapazitäten geprägt, mit der Folge deutlich rückläufiger Frachtraten vor allem im zweiten Halbjahr 2016. Die Offshoremärkte litten unter dem im Berichtsjahr andauernden niedrigen Rohölpreinsniveau.

Vor diesem Hintergrund erzielte der DVB-Teilkonzern im Kreditgeschäft des Transport Finance im Geschäftsjahr ein Neugeschäftsvolumen von 6,5 Mrd. € (Vorjahr: 7,2 Mrd. €) bei einer Gesamtzahl von 157 Trans-

aktionen (Vorjahr: 190 Transaktionen). Dabei ist die DVB Bank unverändert in Amsterdam, London, Oslo und Singapur mit Zweigniederlassungen vertreten.

Die Zunahme der **Risikoversorge im Kreditgeschäft** um 239 Mio. € auf -381 Mio. € (Vorjahr: -142 Mio. €) geht vor dem Hintergrund der erwähnten angespannten Marktlage vor allem auf einen erhöhten Risikoversorgebedarf für Altengagements der DVB in der Schiffs- und Offshorefinanzierung zurück. Im Bereich Shipping Finance sowie im Bereich Offshore Finance stieg die Nettozuführung zur Kreditrisikoversorge um -157 Mio. € auf -245 Mio. € (Vorjahr: -88 Mio. €) beziehungsweise um -42 Mio. € auf -64 Mio. € (Vorjahr: -22 Mio. €).

Der **Provisionsüberschuss** legte um +15,5 Prozent auf 119 Mio. € (Vorjahr: 103 Mio. €) zu.

Im Neugeschäft des Transport Finance nahmen die erzielten Provisionseinnahmen um +9 Mio. € auf 68 Mio. € zu. Im laufenden Kreditgeschäft reduzierten sie sich um -2 Mio. € auf 16 Mio. €. Demgegenüber haben sich die Provisionseinnahmen im Asset Management und in der Beratung um +4 Mio. € auf 12 Mio. € beziehungsweise um +5 Mio. € auf 23 Mio. € erhöht.

Das Kreditgeschäft des Transport Finance im DVB-Teilkonzern stand in seinen Kerngeschäftsfeldern Shipping Finance, Aviation Finance, Offshore Finance und Land Transport Finance im Berichtsjahr im Zeichen einer verhaltenen Weltkonjunktur sowie eines von schwacher Dynamik gekennzeichneten Welthandels und der damit verbundenen Auswirkungen auf die internationalen Güter- und Verkehrsmärkte.

Die Verminderung im **Handelsergebnis** um -8 Mio. € auf 5 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) ist wesentlich auf die Veränderung des US-Dollar/Euro-Wechselkurses zurückzuführen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von -12 Mio. € (Vorjahr: 35 Mio. €) ging im Vorjahr insbesondere auf die Teilveräußerung von Anteilen an der Wizz Air Holdings Plc, London, in Höhe von 65 Mio. € zurück. Im Ausweis für das Berichtsjahr sind Abschreibungen auf die Buchwerte von 7 nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen enthalten.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** hat sich marktbedingt um -100 Mio. € auf -25 Mio. € (Vorjahr: 75 Mio. €) vermindert.

Die **Verwaltungsaufwendungen** in Höhe von -190 Mio. € (Vorjahr: -189 Mio. €) blieben in ihrer Höhe sowohl bei den Personalaufwendungen als auch bei den sonstigen Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von -14 Mio. € (Vorjahr: -49 Mio. €) beinhaltetete im Vorjahr vor allem eine auf Konzernebene vorgenommene Wertberichtigung auf den Geschäfts- und Firmenwert des Segments DVB in Höhe von -28 Mio. € sowie eine außerplanmäßige Abschreibung eines Schadenersatzanspruchs in Höhe von -36 Mio. € der konsolidierten Tochtergesellschaft Dalian Deepwater Developer Ltd.

Das **Ergebnis vor Steuern** lag im Geschäftsjahr mit einem Betrag von -278 Mio. € im Wesentlichen infolge der oben erwähnten Einflussfaktoren um -312 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres in Höhe von 34 Mio. €.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der Berichtsperiode betrug 64,8 Prozent (Vorjahr: 51,8 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf -46,6 Prozent (Vorjahr: 14,0 Prozent).

3.2.5. DZ PRIVATBANK

Der **Zinsüberschuss** der DZ PRIVATBANK verringerte sich um -4,8 Prozent auf 140 Mio. € (Vorjahr: 147 Mio. €).

Die Verminderung im Zinsüberschuss resultiert insbesondere aus dem nochmals gesunkenen Zinsniveau, der Umsetzung einer unverändert risikobewussten Anlagestrategie sowie aus einem verminderten Ergebnisbeitrag aus dem Währungskreditgeschäft LuxCredit.

Die DZ PRIVATBANK fungiert im zinsabhängigen Geschäft als Kompetenzzentrum für die Währungsfinanzierung und -anlage. Das durchschnittliche Kreditvolumen des avalierten LuxCredit-Geschäfts war mit einem Wert von 5,0 Mrd. € im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr (5,7 Mrd. €) rückläufig.

Des Weiteren war der Zinsüberschuss im Vorjahr von der günstigen Refinanzierungssituation im Schweizer Franken und einem währungsbedingt positiven Ergebniseffekt aus den in Schweizer Franken notierten Finanzinstrumenten geprägt.

Mit Blick auf das schwierige Markt- und Zinsumfeld hat die DZ PRIVATBANK im Geschäftsjahr weitere

Maßnahmen zur Effizienz- und Produktivitätssteigerung umgesetzt. Im Rahmen der Redimensionierung ihrer Auslandsstandorte wurde die Tochtergesellschaft Europäische Genossenschaftsbank S.A. auf die DZ PRIVATBANK S.A. verschmolzen; die DZ PRIVATBANK Singapore Ltd. befindet sich in Liquidation. Um den Kunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe weiterhin den Zugang zu dem bedeutenden Finanzplatz Singapur zu bieten, hat die DZ PRIVATBANK S.A. eine Kooperation mit der Bank of Singapore, Singapur, einem der renommiertesten Anbieter in Südostasien, geschlossen.

Die Koordination der subsidiären Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsbanken in Deutschland erfolgt über die 8 Niederlassungen der DZ PRIVATBANK in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Nürnberg und Stuttgart.

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich um +3,6 Prozent auf 116 Mio. € (Vorjahr: 112 Mio. €).

Das gegenüber dem Vorjahr reduzierte durchschnittliche Kreditvolumen des avalierten LuxCredit-Geschäfts hatte einen im Vorjahresvergleich geringeren Aufwand aus Vermittlungsprovisionen in diesem Geschäft zur Folge. Der damit verbundenen Ergebnisverbesserung standen ein geringerer Ergebnisbeitrag aus dem Private Banking sowie ein erhöhter Ergebnisbeitrag aus dem Fonds-Dienstleistungsgeschäft gegenüber.

Das betreute Fondsvolumen wuchs zum 31. Dezember 2016 um +2,1 Mrd. € auf 100,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 97,9 Mrd. €) an. Die Anzahl der Fondsmandate belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 590 Mandate (31. Dezember 2015: 604 Mandate). Die verwalteten Anlagemittel von vermögenden Privatkunden sind zum Ende des Berichtsjahres insgesamt auf 16,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 15,6 Mrd. €) gestiegen.

Der Rückgang im **Handelsergebnis** um -13 Mio. € auf 9 Mio. € (Vorjahr: 22 Mio. €) ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Devisenergebnis des Vorjahres aufgrund eines erhöhten kundeninduzierten Transaktionsvolumens im Anschluss an die Freigabe des Schweizer Franken-Wechselkurses durch die Schweizerische Nationalbank positiv beeinflusst war.

Die Zunahme der **Verwaltungsaufwendungen** des Berichtsjahres um +9 Mio. € auf -228 Mio. € (Vorjahr: -219 Mio. €) ist bei leicht erhöhten Personalaufwendungen auf gestiegene sonstige Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen. Für die letztere Veränderung

war insbesondere die Zunahme der regulatorisch bedingten Beiträge ursächlich.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von -39 Mio. € (Vorjahr: -33 Mio. €) beinhaltet vor allem weitere Zuführungen zu Rückstellungen im Zusammenhang mit Risiken aus dem Privatkundengeschäft in Höhe von -16 Mio. € (Vorjahr: -21 Mio. €), planmäßige Abschreibungen auf erworbene Kundenbeziehungen in Höhe von -16 Mio. € (Vorjahr: -16 Mio. €) sowie die Bildung einer Restrukturierungsrückstellung in Höhe von -9 Mio. €.

Das **Ergebnis vor Steuern** belief sich mit Blick auf die vorstehend erläuterten Einflussfaktoren auf 3 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des Berichtsjahres belief sich in der DZ PRIVATBANK auf 98,7 Prozent (Vorjahr: 85,2 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug 0,9 Prozent (Vorjahr: 11,8 Prozent).

3.2.6. R+V

Die **Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft** stiegen auf der Grundlage der festen Verankerung des R+V-Teilkonzerns in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe um +240 Mio. € auf 14.658 Mio. € (Vorjahr: 14.418 Mio. €). Damit wurde das anspruchsvolle Beitragsniveau des Vorjahres um +1,7 Prozent überschritten. Auch die gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres übertrafen mit einem Anstieg um +1,6 Prozent auf 14.767 Mio. € (Vorjahr: 14.536 Mio. €) das anspruchsvolle Niveau des Vorjahres.

Im Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft der R+V verminderten sich die Beitragseinnahmen insgesamt um -3,5 Prozent.

Im Lebensversicherungsgeschäft waren um -4,2 Prozent niedrigere Beitragseinnahmen zu verzeichnen. Dem Beitragsrückgang in den Geschäftsfeldern bAV und pV Fonds stand ein Beitragsanstieg im Geschäftsfeld pV klassisch gegenüber.

Die Beitragseinnahmen in der Krankenversicherung konnten dagegen um +8,4 Prozent gesteigert werden, resultierend aus der erfreulichen Entwicklung bei den laufenden sowie den Einmal-Beiträgen.

Im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft stiegen die Beitragseinnahmen um +5,3 Prozent an. Wachs-

tumsträger waren hier insbesondere die Sparten Kraftfahrtversicherung und Firmenkunden.

In der Übernommenen Rückversicherung zeigte sich ebenfalls ein Anstieg der Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr, und zwar um +16,1 Prozent. Ursächlich für diese Veränderung waren vor allem die positiven Entwicklungen in den Geschäftsparten betreffend die Kfz- und Feuer-/Sachversicherungen.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstige Ergebnis der Versicherungsunternehmen** nahm um +24,0 Prozent auf 3.885 Mio. € (Vorjahr: 3.132 Mio. €) zu.

Das langfristige Zinsniveau ist im Berichtsjahr seit Jahresbeginn deutlich gesunken, während es im Vorjahr noch gestiegen war. Die für die R+V relevanten Aktienmärkte haben sich im Verlauf des Berichtszeitraums schwächer entwickelt als im Vorjahr. Die Währungskurse verzeichneten in der Berichtsperiode für die R+V einen im Vergleich mit dem Jahr 2015 ungünstigeren Verlauf.

Insgesamt resultiert aus diesen Entwicklungen ein gegenüber dem Vorjahr höheres Kapitalanlageergebnis mit erhöhten realisierten sowie nicht realisierten Ergebnissen bei einem gleichzeitig niedrigeren Währungsergebnis.

Die Veränderung des Kapitalanlageergebnisses wirkte sich infolge gegenläufiger Effekte aufgrund der Berücksichtigung von Rückstellungen für Beitragsrückstellungen insbesondere im Geschäftsbereich Leben/Kranken sowie der Ansprüche der Versicherungsnehmer im fondsgebundenen Lebensversicherungsgeschäft in dem nachfolgend dargestellten Posten „Versicherungsleistungen“ jedoch nur zum Teil auf das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft vor Steuern des Geschäftsjahres aus.

Die **Versicherungsleistungen** wiesen eine Veränderung um +5,0 Prozent auf -15.400 Mio. € (Vorjahr: -14.664 Mio. €) auf.

Bei den Personenversicherungsunternehmen waren insbesondere korrespondierend zu der Entwicklung der Beitragseinnahmen sowie des Ergebnisses aus Kapitalanlagen höhere versicherungstechnische Rückstellungen zu dotieren. Des Weiteren wurde der Zinszusatzrückstellung ein Betrag in Höhe von 626 Mio. € (Vorjahr: 559 Mio. €) zugeführt.

Im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft sowie in der Übernommenen Rückversicherung lagen die Schadenbelastungen im Rahmen der Erwartungen für den Berichtszeitraum.

Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** haben sich mit einem Anstieg um insgesamt +7,3 Prozent auf -2.454 Mio. € (Vorjahr: -2.287 Mio. €) in allen 3 Geschäftsbereichen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erhöht.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von -8 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €) beinhaltet im Vorjahr einen Abgangsgewinn in Höhe von 39 Mio. € von Anteilen an einem assoziierten Unternehmen, das zur Veräußerung gehalten wurde.

Das **Ergebnis vor Steuern** legte im Geschäftsjahr vor dem Hintergrund der oben genannten Einflussfaktoren um +56 Mio. € auf 681 Mio. € (Vorjahr: 625 Mio. €) zu.

Der **regulatorische RORAC** betrug 15,3 Prozent (vorläufiger Wert) gegenüber 23,9 Prozent im Vorjahr.

3.2.7. TeamBank

Der **Zinsüberschuss** der TeamBank lag mit einem Betrag in Höhe von 414 Mio. € infolge eines gestiegenen Neugeschäfts und eines höheren Bestands im easyCredit sowie aufgrund günstigerer Refinanzierungskonditionen um +1,5 Prozent über dem Wert des Vorjahres in Höhe von 408 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden erstmalig die Zahlungen für Vermittlungsprovisionen an die Partnerbanken in diesem Posten ausgewiesen, die im Konzernlagebericht 2015 noch im Provisionsergebnis ausgewiesen worden waren. Der Wert für den Zinsüberschuss des Vorjahres wurde entsprechend angepasst. In Übereinstimmung mit IAS 8.41 ff. wurde per 30. Juni 2016 eine Ausweisänderung der Transaktionskostenkomponenten von Forderungen an Kunden vorgenommen, die gemäß IAS 39 als „Kredite und Forderungen“ kategorisiert sind. Im Zusammenhang mit der effektivzinskonformen Bewertung dieser Forderungen erfolgte eine Neueinwertung der Vermittlungsprovisionen.

Der Markt für Konsumfinanzierungen war auch im Geschäftsjahr bei einer ganzjährig regen privaten Konsumnachfrage von einem starken Preis- und Verdrängungswettbewerb geprägt. Gleichzeitig stellte das historisch niedrige Zinsniveau die TeamBank vor

besondere Herausforderungen. Hinzu traten erhöhte Marktanforderungen, die sich aus der voranschreitenden Digitalisierung ergaben.

In diesem anspruchsvollen Umfeld ist es dem Ratenkreditspezialisten der Genossenschaftlichen FinanzGruppe gelungen, die Forderungen gegenüber Kunden erneut zu steigern, und zwar um +4,4 Prozent auf 7.284 Mio. € (31. Dezember 2015: 6.977 Mio. €). Dabei hat sich die Anzahl der Kunden in der Berichtsperiode um weitere 16 Tausend auf 638 Tausend deutlich erhöht.

Die feste Einbindung der TeamBank in das Vertriebsnetz der Volksbanken und Raiffeisenbanken und die konsequente Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit auf die genossenschaftlichen Leitideen der Fairness und Transparenz bildeten auch im Geschäftsjahr die wesentlichen Voraussetzungen für die überzeugende Marktpositionierung des Unternehmens.

Zum Ende des Berichtszeitraumes arbeitete die TeamBank im Inland mit 835 der insgesamt 984 Genossenschaftsbanken sowie über ihre Zweigniederlassung in Österreich, der TeamBank Österreich, Wien, mit 99 Partnerbanken zusammen. Der Marktanteil der TeamBank in Deutschland konnte im Geschäftsjahr auf einem hohen Niveau von zuletzt 4,0 Prozent (Stand: 30. September 2016) gehalten werden. In Österreich belief sich dieser auf 3,4 Prozent (Stand: 30. September 2016).

Dabei stand das Berichtsjahr im Zeichen der digitalen Transformation, die darauf abzielt, dem Kunden ein einheitliches Produktangebot über alle Vertriebskanäle hinweg online wie offline zur Verfügung zu stellen.

Als einer der ersten Anbieter am Markt setzt der Ratenkreditspezialist seit Anfang Juli 2016 den vollständigen Online-Vertragsabschluss für den Ratenkredit ohne Medienbruch via Video-Legitimation, elektronischem Upload-Service und E-Signatur um. Ferner startete die TeamBank im Oktober 2016 eine Pilotphase mit ausgewählten Händlern mit dem Ziel, ihren Online-Ratenkauf vom ersten Quartal 2017 an auch im stationären Handel, das heißt am „Point of Sale“, in einer identisch gestalteten Teilzahlungslösung anzubieten. Darüber hinaus hat die TeamBank eine vorausschauende Finanz-App für das Liquiditätsmanagement namens „fymio“ entwickelt.

Auch im Geschäftsjahr war das Unternehmen mit seinen am Markt etablierten Produktvarianten erfolgreich.

Die easyCredit-Finanzreserve als eine am Markt bisher einzigartige Kreditkarte mit Ratenkreditfunktion hält für den Kunden eine faire Finanzierungsoption bereit, die im Berichtsjahr insgesamt 485 Partnerbanken und rund 90 Tausend Kunden eingesetzt haben. Seit Oktober 2016 profitieren Kunden auch von der easyCredit-Finanzreserve ohne Karte. Die kostenlose Bereitstellung einer Liquiditätsreserve mit einfacher Abruf-Funktion bietet den Partnerbanken ein Kundenbindungsinstrument mit wirksamer Besetzung der Kundenschnittstelle.

Mit dem begehrten Beratungskonzept des easyCredit-Liquiditätsberaters gewann der genossenschaftliche Gedanke an Gewicht. Im Berichtszeitraum wurden rund 143 Tausend Mitglieder gefördert. Davon konnten rund 30 Tausend Mitglieder neu für die Genossenschaftliche FinanzGruppe gewonnen werden.

Das im Vorjahr eingeführte Produkt Ratenkauf by easyCredit bietet die Möglichkeit, online bequem und einfach per Raten zu bezahlen. Seit seiner Einführung im Sommer 2015 wurden 2.023 Ratenkäufe mit einem Kreditvolumen von insgesamt 1.676 Tausend € abgeschlossen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** bezifferte sich in der Berichtsperiode vor allem aufgrund weiterhin niedriger Mahnquoten und geringer Kündigungsvolumina auf -80 Mio. € (Vorjahr: -81 Mio. €).

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €). Im Berichtszeitraum wurden die bisher im Provisionsergebnis erfassten Vermittlungsprovisionen erstmalig im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Wert für das Provisionsergebnis des Vorjahres wurde entsprechend angepasst.

Die **Verwaltungsaufwendungen** sind gegenüber dem Vorjahr um +4 Mio. € auf -207 Mio. € (Vorjahr: -203 Mio. €) gestiegen.

Die Personalaufwendungen reduzierten sich im Geschäftsjahr als Folge der Schließung der easyCredit-Shops und nicht besetzter Positionen um -5 Mio. € auf -81 Mio. € (Vorjahr: -86 Mio. €). Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um +9 Mio. € auf -126 Mio. € (Vorjahr: -117 Mio. €), vor allem aufgrund von Investitionen in Zukunftsthemen sowie gestiegenen Kosten für IT und Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (+8 Mio. €) bei rückläufigen Beiträgen und Gebühren (-2 Mio. €).

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** hat sich bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen um +8 Mio. € auf 9 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) verbessert.

Das **Ergebnis vor Steuern** nahm im Berichtsjahr infolge der oben genannten Einflussfaktoren um +11 Mio. € auf 143 Mio. € (Vorjahr: 132 Mio. €) zu.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der Berichtsperiode betrug in der TeamBank 48,1 Prozent (Vorjahr: 48,8 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf 36,2 Prozent (Vorjahr: 34,1 Prozent).

3.2.8. UMH

Der **Provisionsüberschuss** des UMH-Teilkonzerns verringerte sich geringfügig um -1,6 Prozent auf 1.207 Mio. € (Vorjahr: 1.227 Mio. €).

Die Veränderung des Provisionsüberschusses resultiert im Wesentlichen aus den folgenden Einflussfaktoren: Die Erträge aus erfolgsabhängiger Verwaltungsvergütung haben sich im Geschäftsjahr merklich vermindert. Der im Berichtsjahr mit den durchschnittlichen Assets under Management der Union Investment Gruppe erzielte volumenabhängige Ergebnisbeitrag lag leicht über dem Niveau des Vorjahres. Dieser Ergebnisbeitrag der Berichtsperiode belief sich auf 86,1 Prozent des Provisionsüberschusses. Die Erträge aus Transaktionsvergütung bei den Immobilienfonds legten gegenüber dem Vorjahr geringfügig zu.

Die internationalen Kapitalmärkte standen auch im Berichtszeitraum im Zeichen einer expansiven Geldpolitik der Notenbanken mit historisch niedrigen Zinsen. Das durchschnittliche Kursniveau der Aktienmärkte lag im Geschäftsjahr merklich unter dem vergleichbaren Niveau des Vorjahres.

Der in diesem Umfeld erwirtschaftete beachtliche Provisionsüberschuss des Berichtsjahres ist das Ergebnis einer erfolgreichen Vertriebspartnerschaft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken, die es der Union Investment Gruppe ermöglichte, im Privatkundengeschäft einen Nettomittelzufluss in Höhe von 7,1 Mrd. € zu generieren.

Die bewährte Zusammenarbeit mit den Partnern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe gewinnt zusätzlich an Bedeutung in Zeiten der besonderen Herausforderungen durch eine anhaltende Niedrigzinsphase. Dabei ist es Union Investment gelungen, die bisher im

Vordergrund stehenden zinsbasierten Anlagen um ausgewogene und breit diversifizierte Investmentlösungen zu ergänzen, die dem Kunden die Chance auf eine langfristig auskömmliche Rendite eröffnen.

Eine weiterhin hohe Nachfrage verzeichneten im Geschäftsjahr die Multi-Asset-Lösungen von Union Investment, die sich im gegenwärtigen Zinstief als ein bevorzugtes Anlageinstrument bewährt haben. Das innovative Anlagekonzept der PrivatFonds trägt mit seinen 6 verschiedenen Produktvarianten einem kundenindividuell abgestuften Risikoprofil Rechnung. Bei Nettozuflüssen von 3,0 Mrd. € legte der Bestand der PrivatFonds zum 31. Dezember 2016 um +23,8 Prozent auf 16,1 Mrd. € zu.

Auch der seit dem Jahr 2014 am Markt erfolgreich eingeführte Fonds UniAbsoluterErtrag, der eine stetige Ertragsgenerierung in allen Marktphasen anstrebt, trug mit einem Neugeschäft von 1,1 Mrd. € dazu bei, die Vermögensanlage stärker zu diversifizieren und Anlagerisiken zu minimieren.

Eine bedeutende Anlagealternative in einem Umfeld volatiler Kapitalmärkte stellen die in Sachwerte investierenden Offenen Immobilienfonds dar, die im Berichtsjahr im Privatkundengeschäft ein Nettoneugeschäft in Höhe von 2,3 Mrd. € auf sich vereinigen konnten.

Neben den von Union Investment angebotenen Lösungen für eine Einmalanlage lag im Berichtszeitraum der Fokus auf dem Vermögensaufbau durch langfristige Ansparprozesse. So stieg die Zahl der klassischen Fondssparpläne bis zum Ende des Geschäftsjahres auf 1,5 Millionen Verträge bei einem Anstieg des 12-Monats-Sparvolumens auf 2,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 1,8 Mrd. €). Dieses Wachstum erklärt sich auch vor dem Hintergrund der Entscheidung von Union Investment, die Mindestsparrate für einen Sparplan auf 25 € zu senken.

Des Weiteren investierten die Kunden im Berichtsjahr insgesamt 1,2 Mrd. € in die fondsbasierte Riester-Rente (UniProfiRente und UniProfiRente Select) des Marktführers Union Investment Gruppe. Das Bestandsvolumen der Lösungen zur Riester-Rente erhöhte sich im Berichtszeitraum um +1,5 Mrd. € auf 15,0 Mrd. €.

Im institutionellen Geschäft konnte die Union Investment Gruppe einen Nettoabsatz in Höhe von 16,1 Mrd. € für sich verbuchen. Dabei wurden im

Geschäftsjahr 74 institutionelle Kunden neu hinzugewonnen.

In einem verfestigten Niedrigrenditeumfeld standen in der Berichtsperiode im institutionellen Geschäft risikokontrollierte und breit diversifizierte Anlagelösungen im Vordergrund. Nachgefragt wurden vor allem Hochzinsanleihen, geldmarktnahe Produkte sowie Verbriefungen, Aktienstrategien und Immobilieninvestments.

Auch im Berichtsjahr war bei den institutionellen Anlegern die Kompetenz von Union Investment im Risikomanagement sowie im Angebot chancenorientierter Lösungen gefragt. Einen starken Zuspruch erfuhren unverändert die Wertsicherungskonzepte der Union Investment Gruppe, in die zum Ende 2016 ein Volumen von 23,4 Mrd. € angelegt war.

Ein starkes Wachstum verzeichneten insbesondere auch nachhaltige Investments. Nachhaltige Investmentstrategien haben sich inzwischen am Markt in der institutionellen Kapitalanlage fest etabliert. Dies spiegelt sich in dem Bestand nachhaltiger Fonds der Union Investment Gruppe wider, der sich beim führenden Asset Manager zum Ende des Geschäftsjahres auf 25,3 Mrd. € belief.

Die Zunahme der **Verwaltungsaufwendungen** um +61 Mio. € auf -764 Mio. € (Vorjahr: -703 Mio. €) resultiert bei den Personalaufwendungen (+15 Mio. € auf -354 Mio. €) maßgeblich aus den durchschnittlichen Gehaltsanpassungen sowie der Besetzung neuer und offener Stellen. Der Anstieg der sonstigen Verwaltungsaufwendungen (+46 Mio. € auf -410 Mio. €) ist insbesondere auf gestiegene Kosten für Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, IT und Beratung zurückzuführen.

Die Verringerung im **Sonstigen betrieblichen Ergebnis** um -9 Mio. € auf 28 Mio. € (Vorjahr: 37 Mio. €) beruht maßgeblich darauf, dass im Vorjahresausweis Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für Forderungen der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) enthalten waren.

Das **Ergebnis vor Steuern** hat sich vor allem aufgrund der oben erläuterten Veränderungen insgesamt um -88 Mio. € auf 468 Mio. € (Vorjahr: 556 Mio. €) ermäßigt.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des Berichtsjahres belief sich auf 62,0 Prozent (Vorjahr: 55,8 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug >100,0 Prozent (Vorjahr: >100,0 Prozent).

3.2.9. VR LEASING

Der **Zinsüberschuss** des VR LEASING-Teilkonzerns lag mit einem Betrag von 147 Mio. € um -9,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres in Höhe von 162 Mio. €.

Der operative Zinsüberschuss (ohne Beteiligungsergebnis) verringerte sich um -16 Mio. € auf 140 Mio. € (Vorjahr: 156 Mio. €), neben einem Rückgang im Kerngeschäftsfeld Inland (-4 Mio. €) vor allem geprägt durch einen Rückgang in den Bereichen Immobilienleasing sowie Autohändler- und Autoflottengeschäft, die ebenso wie das Auslandsgeschäft der VR LEASING zum definierten Nicht-Kerngeschäft zählen und zurückgeführt werden. Hier konnte mit dem Verkauf der ungarischen Tochtergesellschaft Lombard Lizing Ende April 2016 ein entscheidender Meilenstein erreicht werden.

Ferner ist der Rückgang der Zinserträge auf das anhaltend geringe Zinsniveau sowie auf das weiterhin leicht rückläufige Vertragsvolumen der Finance Lease-Verträge zurückzuführen. In diesem Zusammenhang werden höher verzinsten Altverträge sukzessive durch niedriger verzinsten Neuverträge ausgetauscht.

Das Beteiligungsergebnis blieb mit einem Wert von 7 Mio. € gegenüber dem Ausweis für das Vorjahr in Höhe von 6 Mio. € nahezu unverändert.

Die Entwicklung im Zinsüberschuss spiegelt die konsequente Fortführung der strategischen Positionierung des Unternehmens in der Berichtsperiode wider.

Die Geschäftstätigkeit der VR LEASING im genossenschaftlichen Bankensektor ist mit der innovativen Produktpalette auf einfache Lösungen für den regional verwurzelten deutschen Mittelstand ausgerichtet. Das Produktangebot umfasst Leasing, Factoring, Miete, Mietkauf, Kredit und Zentralregulierung. Damit hat sich die VR LEASING im Geschäftsjahr erneut als erfolgreicher subsidiärer Dienstleister für die Genossenschaftsbanken erwiesen.

Mit der digitalen Beratungsunterstützung VR Leasy-Online, die über eine integrierte, automatisierte Entscheidungsfindung verfügt, können die Volksbanken und Raiffeisenbanken Finanzierungsanfragen insbesondere ihrer Geschäfts- und Gewerbekunden bis zu einem Betrag von 200.000 € innerhalb weniger Minuten entscheiden. Das starke Wachstum im Online-Ge-

schäft von +9,9 Prozent im Berichtsjahr bestätigt die Vorteilhaftigkeit dieser geschäftsstrategischen Ausrichtung. Dazu hat zum einen die seit dem Jahr 2013 für Mietkauf angebotene, über VR-LeasyOnline abschließbare Finanzierungslösung VR Leasing express beigetragen.

Darüber hinaus lieferte zum anderen der im Geschäftsjahr am Markt eingeführte Unternehmerkredit VR Leasing flexibel merkliche Wachstumsimpulse. Diese Produktinnovation bietet neben einem Kreditrahmen bis zu einem Betrag von 50.000 € sechs Zusatzoptionen für kundenindividuell nutzbare Kreditfazilitäten und steht den Genossenschaftsbanken ebenfalls über VR-LeasyOnline zur Verfügung.

In einem von der anhaltenden Niedrigzinsphase und einem zunehmenden Wettbewerbs- und Margendruck geprägten wirtschaftlichen Umfeld ist es der VR LEASING im Berichtszeitraum gelungen, die Bankenprovision um +18,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Der Vorjahreswert wurde im Zuge der Umstellung von Abschluss- auf Bestandsprovision entsprechend dem Ausweis des Geschäftsjahres auf Bestandsprovision umgerechnet.

Die Veränderung der **Risikoversorge im Kreditgeschäft** um -16 Mio. € auf -14 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) resultiert aus einem Anstieg des negativen Risikoversorgesaldos im Inland in Höhe von 4 Mio. € auf -19 Mio. € (Vorjahr: -15 Mio. €) und aus einem um 12 Mio. € auf 5 Mio. € verminderten positiven Risikoversorgesaldo im Ausland (Vorjahr: 17 Mio. €).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich auf 1 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €). Es beinhaltet wie im Vorjahr eine Wertaufholung für die nach der Equity-Methode einbezogene 50-Prozent-Beteiligung der VR-LEASING AG an der VB-Leasing International Holding GmbH, Wien, (VBLI).

Die **Verwaltungsaufwendungen** ermäßigten sich um -13 Mio. € auf -157 Mio. € (Vorjahr: -170 Mio. €) mit verminderten Personalaufwendungen um -7 Mio. € auf -94 Mio. € durch den Verkauf der Lombard Lizing Ende April 2016 sowie einen Rückgang der Mitarbeiterkapazitäten im Inland. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich maßgeblich bedingt durch Kosteneinsparmaßnahmen um -6 Mio. € auf -63 Mio. €.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: -49 Mio. €) ist vor allem auf Effekte in Höhe von insgesamt 31 Mio. € betreffend die Ende

April 2016 verkaufte Lombard Lizing zurückzuführen. In dem letztgenannten Betrag ist neben einem sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von 27 Mio. € ein Ertrag in Höhe von 4 Mio. € aus der Entkonsolidierung der ungarischen Lombard Lizing enthalten. Die VR LEASING hat zur Erhaltung ihrer Zukunftsfähigkeit Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ergriffen und fokussiert sich auf nachhaltiges Wachstum und eine weitere Senkung der Kosten. In diesem Zuge werden die Vollzeitstellen der VR LEASING im Geschäftsjahr 2017 um 120 reduziert werden. Hierauf entfällt der wesentliche Teil der Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von -39 Mio. €.

Der Ausweis des Vorjahres enthielt neben einer auf Konzernebene vorgenommenen Wertberichtigung in Höhe von -19 Mio. € auf den Geschäfts- und Firmenwert des Segments VR LEASING insbesondere die Bildung einer Rückstellung für erwartete Belastungen aus dem Verkauf der Tochtergesellschaft Lombard Lizing in Höhe von -81 Mio. €. Dem standen im Vorjahr Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 60 Mio. € gegenüber, welche wiederum maßgeblich auf die Auflösung der im Jahr 2014 gebildeten Rückstellung für die Risiken aus der geänderten Bankengesetzgebung in Ungarn zurückgingen.

Das **Ergebnis vor Steuern** der VR LEASING belief sich im Wesentlichen infolge der oben genannten Einflussfaktoren auf 7 Mio. € (Vorjahr: -19 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der Berichtsperiode betrug 88,2 Prozent (Vorjahr: >100,0 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf 2,2 Prozent (Vorjahr: 0,1 Prozent).

3.2.10. WL BANK

Die WL BANK wurde gemäß IFRS 3 auf der Grundlage einer Neubewertung aller ihrer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Purchase Price Allocation, PPA) erstmals in den Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2016 der DZ BANK einbezogen. Sie wird in der Gewinn- und Verlustrechnung der DZ BANK Gruppe für das Jahr 2016 als eigenständiges Segmentunternehmen mit ihrem Ergebnis für den Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2016 ausgewiesen, vergleiche Abbildung 3 dieses Konzernlageberichts.

Der **Zinsüberschuss** belief sich im zweiten Halbjahr 2016 auf 70 Mio. €. Er ist durch die positive operative Geschäftsentwicklung im Immobilienkreditgeschäft und im Kommunalgeschäft geprägt.

Innerhalb der DZ BANK Gruppe kommt der WL BANK die Kompetenzcenter-Funktion für das Geschäft mit Öffentlichen Kunden zu. Zu diesem Geschäftsfeld zählen vor allem die Kundenbeziehungen mit den inländischen kommunalen Gebietskörperschaften sowie mit deren rechtlich unselbstständigen Eigenbetrieben, die unter enger Einbindung der Volksbanken und Raiffeisenbanken bundesweit betreut werden.

Ihre geschäftlichen Aktivitäten nimmt die WL BANK an ihrem Hauptsitz in Münster sowie über ihre Repräsentanzen in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München und ihre Vertriebsstandorte in Frankfurt am Main, Heidelberg und Schwäbisch Gmünd wahr.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** des zweiten Halbjahres 2016 in Höhe von -9 Mio. € geht wesentlich auf eine Nettozuführung zur Portfoliowertberichtigung mit einem Betrag in Höhe von -7 Mio. € zurück.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** belief sich in den letzten 6 Monaten des Berichtsjahres auf 100 Mio. €. Es beinhaltet im Wesentlichen Ergebniseffekte aus den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren, Kommunalkrediten und eigenen Emissionen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** des zweiten Halbjahres 2016 betragen -35 Mio. €. Wesentliche Kostenbestandteile der sonstigen Verwaltungsaufwendungen waren Aufwendungen für die Weiterentwicklung der gemeinsam mit den Partnerbanken genutzten IT-Plattformen bank21 und agreeBAP, Aufwendungen für die perspektivische Migration auf agree21, Beratungsaufwendungen, die aus den zunehmenden regulatorischen Anforderungen resultierten, sowie Beratungs- und Projektaufwendungen im Zuge der Integration der WL BANK in die DZ BANK Gruppe. Die Aufwendungen für die europäische Bankenabgabe waren im ersten Halbjahr gebucht worden, sodass diese das IFRS-Ergebnis des zweiten Halbjahres 2016 nicht belastet haben.

Das **Ergebnis vor Steuern** der WL BANK belief sich im zweiten Halbjahr 2016 maßgeblich aufgrund der oben genannte Einflüsse auf 118 Mio. €.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des zweiten Halbjahres 2016 betrug 21,6 Prozent.

Der **regulatorische RORAC** belief sich im zweiten Halbjahr 2016 auf 75,1 Prozent.

3.2.11. Sonstige/Konsolidierung

Unter Sonstige/Konsolidierung sind neben den sonstigen Konzerngesellschaften Anpassungen der Geschäftssegmentergebnisse vor Steuern an das Konzernergebnis vor Steuern ausgewiesen. Diese Anpassungen resultieren aus der Konsolidierung konzerninterner sowie fusionsbedingter Transaktionen sowie aus der Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode.

Die auf den Zinsüberschuss entfallenden Anpassungen resultieren im Wesentlichen aus der Konsolidierung konzerninterner Dividendenzahlungen und Ausschüttungen auf konzerninterne Anteile stiller Gesellschafter sowie aus der vorzeitigen Tilgung von ausgegebenen Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren, die durch vom Emittenten abweichende Unternehmen der DZ BANK Gruppe erworben wurden.

Die Konsolidierungen im Provisionsüberschuss betreffen insbesondere das Provisionsgeschäft der TeamBank und der BSH mit der R+V.

Die übrigen Anpassungen sind im Wesentlichen ebenfalls auf die Aufwands- und Ertragskonsolidierung zurückzuführen.

Des Weiteren sind der Ertrag aus der erfolgswirksamen Vereinnahmung des negativen Unterschiedsbetrages aus dem Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK in Höhe von 159 Mio. € sowie Erträge aus der Eliminierung vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehender Geschäftsbeziehungen in Höhe von 344 Mio. € enthalten.

4. Vermögenslage

Die nachfolgenden Ausführungen zu der Vermögenslage zum Ende des Berichtszeitraumes betreffen die DZ BANK (inklusive WGZ BANK), nachfolgend DZ BANK genannt, sowie die DZ BANK Gruppe (inklusive WGZ BANK Gruppe), nachfolgend DZ BANK Gruppe genannt.

Die **Bilanzsumme** der DZ BANK Gruppe nahm zum 31. Dezember 2016 um +101,1 Mrd. € oder +24,8 Prozent auf 509,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 408,3 Mrd. €) zu. Dieser Anstieg geht im Wesentlichen auf die Veränderungen als Folge des Unternehmenszusammenschlusses der beiden genossenschaftlichen

Zentralbanken zurück. Vor allem vor diesem Hintergrund hat sich die Bilanzsumme der DZ BANK um +58,6 Mrd. € erhöht. Die Bilanzsumme der neu hinzugekommenen Tochtergesellschaft WL BANK hat mit einem Betrag in Höhe von 43,8 Mrd. € zu dem oben genannten Zuwachs der Bilanzsumme der DZ BANK Gruppe zum 31. Dezember 2016 beigetragen.

Die **Kapitalrendite**, berechnet als Quotient aus Konzernergebnis des Geschäftsjahres und Bilanzsumme zum 31. Dezember 2016, beträgt 0,3 Prozent.

Das **Geschäftsvolumen**, definiert als Summe aus der Bilanzsumme, den Assets under Management der UMH zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 292.272 Mio. € (31. Dezember 2015: 260.802 Mio. €), den Finanzgarantien und Kreditzusagen in Höhe von 40.287 Mio. € (31. Dezember 2015: 31.293 Mio. €), dem Volumen der Treuhandgeschäfte in Höhe von 1.124 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.155 Mio. €), belief sich auf 843.130 Mio. € (31. Dezember 2015: 701.591 Mio. €).

Die **Forderungen an Kreditinstitute** der DZ BANK Gruppe erhöhten sich um +26,5 Mrd. € oder +32,8 Prozent auf 107,3 Mrd. €. Die Forderungen an inländische Kreditinstitute stiegen um +27,3 Mrd. € auf 98,5 Mrd. €, die Forderungen an ausländische Kreditinstitute verminderten sich um -0,8 Mrd. € auf 8,8 Mrd. €.

Die **Forderungen an Kunden** der DZ BANK Gruppe legten um +49,7 Mrd. € oder +39,2 Prozent auf 176,5 Mrd. € zu. Neben den neu hinzugekommenen Kundenforderungen der WL BANK in Höhe von 33,3 Mrd. € war bei den Forderungen an Kunden jeweils insbesondere bei der DZ BANK (+12,0 Mrd. €), der BSH (+3,6 Mrd. €), der DVB Bank (+0,7 Mrd. €), der DG HYP (+0,4 Mrd. €) sowie bei der TeamBank (+0,3 Mrd. €) ein Anstieg zu verzeichnen. Demgegenüber haben sich die Kundenforderungen der DZ PRIVATBANK (-0,3 Mrd. €) und der VR LEASING (-0,2 Mrd. €) vermindert.

Die **Handelsaktiva** betragen zum Ende des Berichtsjahres 49,3 Mrd. € und verminderten sich damit gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2015 um -0,2 Mrd. € oder -0,5 Prozent. Einer Zunahme des Betrages der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um +1,9 Mrd. € standen Verminderungen bei den Anleihen und Schuldverschreibungen (-1,6 Mrd. €) und bei den Forderungen aus Geldmarktgeschäften (-0,5 Mrd. €) gegenüber.

Die **Finanzanlagen** nahmen um +15,9 Mrd. € oder +29,2 Prozent auf 70,2 Mrd. € zu. Ursächlich für diese Veränderung waren vor allem die Anleihen und Schuldverschreibungen mit einem Anstieg in Höhe von +15,5 Mrd. € sowie ein Zuwachs der Geldmarktpapiere (+0,3 Mrd. €) und der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere (+0,1 Mrd. €).

Die **Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen** haben sich um +5,6 Mrd. € oder +6,6 Prozent auf 90,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 84,8 Mrd. €) erhöht. Dabei legten insbesondere die festverzinslichen Wertpapiere um +4,2 Mrd. € auf 40,9 Mrd. € und die nicht festverzinslichen Wertpapiere um +1,1 Mrd. € auf 8,4 Mrd. € zu.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verzeichneten in der DZ BANK Gruppe zum 31. Dezember 2016 gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2015 einen Anstieg um +32,1 Mrd. € oder +33,0 Prozent auf 129,3 Mrd. € bei einem um +29,7 Mrd. € auf 118,0 Mrd. € gestiegenen Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten und einem um +2,4 Mrd. € auf 11,3 Mrd. € erhöhten Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** wuchsen um +28,2 Mrd. € oder +29,4 Prozent auf 124,4 Mrd. € an. Die Kundenverbindlichkeiten der WL BANK trugen mit einem Betrag in Höhe von 17,4 Mrd. € zu dem oben genannten Ausweis für die DZ BANK Gruppe zum Ende des Berichtszeitraumes bei. In der DZ BANK sowie in der BSH nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um +10,1 Mrd. € beziehungsweise um +3,0 Mrd. € zu, in der DG HYP hingegen um -1,8 Mrd. € ab.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** erreichten zum Ende der Berichtsperiode in der DZ BANK Gruppe einen Wert in Höhe von 78,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 55,0 Mrd. €). Die Zunahme in Höhe von +23,2 Mrd. € resultiert neben dem neu hinzugekommenen entsprechenden Betrag der WL BANK in Höhe von 15,1 Mrd. € im Wesentlichen aus einer Ausweitung des Bestands der Verbrieften Verbindlichkeiten jeweils bei der DZ BANK in Höhe von +9,5 Mrd. € sowie bei der DZ PRIVATBANK S.A. in Höhe von +0,8 Mrd. €. Diese Gesamtzunahme in Höhe von +25,4 Mrd. € hat den Rückgang im Bestand der Verbrieften Verbindlichkeiten bei der DG HYP (-2,2 Mrd. €) und bei der DVB BANK (-0,4 Mrd. €) überkompensiert.

Die **Handelspassiva** zeigten eine Veränderung in Höhe von +4,8 Mrd. € oder +10,6 Prozent auf 50,2 Mrd. €. Der Betrag der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (+1,4 Mrd. €), die begebenen Schuldverschreibungen (+2,9 Mrd. €) und die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften (+0,9 Mrd. €) sind im Berichtszeitraum angestiegen.

Die **Versicherungstechnischen Rückstellungen** erhöhten sich um +5,2 Mrd. € oder +6,6 Prozent auf 84,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 78,9 Mrd. €). Dies resultiert maßgeblich jeweils aus dem Anstieg der Deckungsrückstellung (+2,6 Mrd. €), der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (+1,0 Mrd. €) sowie der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (+0,8 Mrd. €).

Das bilanzielle **Eigenkapital** der DZ BANK Gruppe belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 22,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 19,7 Mrd. €). Der Anstieg des Gezeichneten Kapitals (+1,0 Mrd. €) und die Zunahme der Kapitalrücklage (+2,8 Mrd. €) reflektieren die im ersten Halbjahr 2016 vorgenommene Kapitalerhöhung. Die Durchführung der Kapitalerhöhung erfolgte durch Ausgabe von Aktien der DZ BANK als Gegenleistung für die Übertragung des Reinvermögens der WGZ BANK auf die DZ BANK.

Des Weiteren wurde das Eigenkapital der Gruppe zum 31. Dezember 2016 durch das im Berichtsjahr erwirtschaftete Konzernergebnis in Höhe von 1.606 Mio. € gestärkt. Dies führte neben einem zum 31. Dezember 2016 ausgewiesenen Konzerngewinn in Höhe von 326 Mio. € und einer Dotierung der nicht beherrschenden Anteile in Höhe von 138 Mio. € zu einer Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 1.142 Mio. €. Der gleichzeitige Rückgang der Gewinnrücklagen in Höhe von -0,3 Mrd. € resultiert im Wesentlichen aus dem im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss der beiden genossenschaftlichen Zentralbanken stehenden Erwerb von weiteren Beteiligungen an Verbundunternehmen so-

ABB. 4 – BILANZSUMME



wie aus der Neubewertung von leistungsorientierten Plänen aufgrund der Absenkung des Abzinsungssatzes für leistungsorientierte Pläne zum Abschlussstichtag. Der unter dem Posten „Nicht beherrschende Anteile“ zum 31. Dezember 2016 ausgewiesene Betrag in Höhe von 2,8 Mrd. € hat sich vor allem mit Blick auf den oben genannten Erwerb von weiteren Beteiligungen an Verbundunternehmen um -1,9 Mrd. € gegenüber dem Ausweis zum 31. Dezember 2015 in Höhe von 4,7 Mrd. € vermindert.

Die **Eigenmittel- und Solvabilitätssituation der DZ BANK Gruppe** wird in diesem Konzernzwischenlagebericht unter VI. Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht im Kapitel 7. Kapitaladäquanz dargestellt.

5. Finanzlage

Die nachfolgenden Ausführungen zu der **Liquiditätssteuerung** im Geschäftsjahr betreffen die DZ BANK sowie die DZ BANK Gruppe. Die Liquiditätssteuerung der beiden Banken WGZ BANK und DZ BANK (vor Fusion) erfolgte bis zur rechtlichen Umsetzung der Fusion zum 29. Juli 2016 in wesentlichen Teilen mit zentraler Verantwortung jeweils in beiden Häusern. Die beiden Unternehmen der WGZ BANK Gruppe, WL BANK und DZ BANK IRELAND plc, Dublin, (DZ BANK IRELAND) wurden im Anschluss an die vollzogene Fusion in die Liquiditätssteuerung des Konzern-Treasury der DZ BANK integriert.

Die Liquiditätssteuerung der Unternehmen der DZ BANK Gruppe erfolgt im Konzern-Treasury der DZ BANK und in den einzelnen Tochterunternehmen. Hierzu werden die einzelnen Unternehmen durch die DZ BANK mit Refinanzierungsmitteln versorgt (Gruppenrefinanzierung) oder sie tauschen über die DZ BANK untereinander Zahlungsmittel aus (Group Clearing). Die Liquiditätssteuerung innerhalb der DZ BANK erfolgt durch das Treasury des Haupthauses in Frankfurt und durch die Treasuries der Auslandsfilialen, wobei Frankfurt die primäre Verantwortung trägt.

Im Rahmen der Liquiditätssteuerung unterscheidet die DZ BANK Gruppe zwischen der operativen Liquidität (Liquidität im Laufzeitenband bis zu einem Jahr) und der strukturellen Liquidität (Liquidität im Laufzeitenband von über einem Jahr). Für beide Liquiditätssichten sind bedarfsgerechte Steuerungskreise etabliert.

Im Bereich der **operativen Liquidität** verfügt die DZ BANK Gruppe über eine breit diversifizierte Refinanzierungsbasis. Hieran haben die Geldmarktaktivitäten aus der Liquiditätsausgleichsfunktion mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken einen maßgeblichen Anteil. Demnach können Volksbanken und Raiffeisenbanken, die über freie Liquidität verfügen, diese bei der DZ BANK anlegen, sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken, die einen Liquiditätsbedarf haben, diesen über die DZ BANK decken. Hieraus resultiert traditionell ein Liquiditätsüberhang als wesentliche Basis für die kurzfristige Refinanzierung am unbesicherten Geldmarkt. Firmenkunden und institutionelle Kunden bilden eine weitere wichtige Refinanzierungsquelle für die Bedarfe der operativen Liquidität. Damit steht der DZ BANK Gruppe eine komfortable Liquiditätsausstattung zur Verfügung. Die Refinanzierung am Interbankenmarkt hat für die DZ BANK Gruppe als Refinanzierungsquelle keine strategische Bedeutung.

Verbriefte Geldmarktprodukte begibt die DZ BANK Gruppe über die wesentlichen Standorte Frankfurt, New York, Hongkong, London und Luxemburg. Die DZ BANK hat ein einheitliches konzernweites Multi-Issuer-Euro Commercial Paper-Programm initiiert, im Rahmen dessen die DZ BANK und die DZ PRIVAT-BANK S.A. Ziehungen vornehmen können.

Besicherte Geldmarktaktivitäten, die bei der DZ BANK im Geschäftsfeld Konzern-Treasury zentral gebündelt sind, runden die Geldmarktrefinanzierungen ab und bilden die Basis für eine breit diversifizierte Refinanzierung am Geldmarkt. Hierzu sind wesentliche Repo- und Wertpapierleiheaktivitäten sowie der Collateral Management-Prozess zentral im Konzern-Treasury angesiedelt. Weiterhin steht dem Konzern-Treasury ein Wertpapierportfolio mit erstklassigen liquiden Wertpapieren zur Verfügung (Liquiditätspool). Die Wertpapiere können über Repos zur Refinanzierung an Märkten genutzt werden und sind auch zentralbankfähig.

Im Bereich der **strukturellen Liquidität** wird der Bedarf an langfristigen Finanzierungen (über 1 Jahr) der DZ BANK und in Abstimmung mit den Gruppenunternehmen der Bedarf der DZ BANK Gruppe gesteuert und gedeckt.

Die Messung der strukturellen Liquidität wird sowohl für die DZ BANK Gruppe insgesamt als auch für jedes Unternehmen der DZ BANK Gruppe auf Grundlage der Liquiditätsgesamtabläufe vorgenommen und

erfolgt auf täglicher Basis. Daneben wird in der DZ BANK die Steuerung der strukturellen Liquidität durch die Long-term Ratio unterstützt. Diese Kennzahl wird ebenfalls täglich ermittelt und quantifiziert auf Cashflow-Basis den Anteil der Mittelherkunft an der Mittelverwendung mit Restlaufzeit von über einem Jahr.

Zum 31. Dezember 2016 betrug die **Long-term Ratio** der DZ BANK 94 Prozent (31. Dezember 2015: 89 Prozent). Damit sind die liquiditätsbindenden Positionen im Restlaufzeitenbereich von über einem Jahr zu großen Teilen mit Mitteln refinanziert, die ebenfalls Restlaufzeiten von über einem Jahr aufweisen.

Im Bereich der strukturellen Liquidität wird die Refinanzierung über strukturierte und nicht strukturierte Kapitalmarktprodukte sichergestellt, die hauptsächlich für das Eigengeschäft (Depot A) und das Kundengeschäft (Depot B) der Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie an institutionelle Kunden vertrieben werden. Die ungedeckte, langfristige Refinanzierung wird durch eine systematische Verzahnung innerhalb der Unternehmen der DZ BANK Gruppe sichergestellt. Die Möglichkeiten einer gedeckten Mittelaufnahme über Pfandbriefe beziehungsweise über DZ BANK BRIEFE werden dezentral, das heißt basierend auf den unterschiedlichen Deckungsmassen bei der DZ BANK, der DG HYP, der WL BANK und der DVB, genutzt.

Der langfristige Refinanzierungsbedarf in Fremdwährungen wird fristenkongruent über den Basis-swapmarkt abgedeckt.

Das Konzern-Treasury der DZ BANK führt jährlich eine gruppenweite **Liquiditätsplanung** durch. Auf Basis der abgestimmten Geschäftspläne der einzelnen Gesellschaften wird dabei der Refinanzierungsbedarf der DZ BANK Gruppe für das nächste Geschäftsjahr ermittelt. Die Liquiditätsplanung wird innerhalb des Geschäftsjahres laufend aktualisiert.

Daneben werden monatlich **Strukturanalysen** der diversifizierten Ressourcen der Passivseite der DZ BANK durchgeführt. Diese Analysen dienen der Information des Managements und sind die Basis der aktiven Steuerung des Verbindlichkeitsprofils.

Ergänzend zur Darstellung der Refinanzierungsstruktur sind Erläuterungen zum **Liquiditätsrisiko** in diesem Konzernlagebericht unter VI. Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht im Kapitel 6. Liquiditätsadäquanz enthalten. Die Veränderungen der Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit sowie aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit sind für das Berichtsjahr wie für das entsprechende Vorjahr in der **Kapitalflussrechnung** im Konzernabschluss aufgeführt. Die vertraglich vereinbarten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse sind aus der **Fälligkeitsanalyse** im Abschnitt 84 des Anhangs des Konzernabschlusses ersichtlich.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

IV. Personalbericht und Nachhaltigkeit

1. Personalbericht

Der Zusammenschluss zwischen DZ BANK und WGZ BANK war Schwerpunkt in deren Personalarbeit im Geschäftsjahr. Die wesentlichen Meilensteine für die HR-Teams beider Häuser waren hierbei die Grundsatzvereinbarung mit der Arbeitnehmervertretung sowie Interessenausgleich und Sozialplan. Aber auch die personalwirtschaftlichen Planungen zur Zusammenführung der Mitarbeiter beider Häuser in 29 Fachbereichen waren bedeutend. Die frühzeitige Befassung mit diesen Themenstellungen trug maßgeblich dazu bei, einen einvernehmlichen Fusionsprozess unter Wahrung des Betriebsfriedens sicherzustellen. Insgesamt standen für die Unternehmen der Gruppe die bestehenden Kernthemen, wie die Neufassung der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) oder Innovation und Digitalisierung, im Fokus der gemeinsamen Personalarbeit.

1.1. Gruppenübergreifende Personalarbeit

Innerhalb der bestehenden HR-Gremien gab es im Geschäftsjahr insgesamt 45 Kontaktpunkte, um die gemeinsame Personalarbeit voranzutreiben. Das Group HR Committee (GHRC, Funktion siehe 3.2.3., I. Grundlagen der DZ BANK Gruppe) tagte zweimal und die Personalleiter fünfmal. Innerhalb der sechs Arbeitskreise gab es vom Arbeitskreistreffen bis zur Telefonkonferenz insgesamt 38 Kontaktpunkte.

Der Arbeitskreis Vergütung hat neben der regelmäßigen Aktualisierung der Vergütungsstrategie gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, (AVR), dem Bundesverband Investment und Asset Management, (BVI) und der deutschen Kreditwirtschaft das Konsultationsverfahren zur Institutsvergütungsverordnung begleitet. Die neue Verordnung wird voraussichtlich zum 1. März 2017 in Kraft treten.

Mit dem gemeinsam entwickelten KPI Cockpit Personal (Key Performance Indicators) hat der Arbeitskreis Personalcontrolling einen wesentlichen Beitrag zur Messbarkeit und Steuerung der Personalarbeit innerhalb der DZ BANK Gruppe geschaffen. Die vorliegenden Erfahrungswerte erhöhen die Transparenz und Vergleichbarkeit innerhalb der einzelnen Unternehmen.

Durch eine verbesserte Verzahnung untereinander wurden auch Austausch und Kenntnis von gegenseitigen Best Practice-Ansätzen gefördert. Darüber hinaus stand auch das Thema Digitalisierung und Innovation auf der Agenda. Vor dem Hintergrund aktueller Markttrends (Big Data etc.) fand ein Austausch mit externen Fachexperten statt. Um die Zukunft des Personalcontrollings der Unternehmen weiter gestalten zu können und die Digitalisierung voranzutreiben, erfolgte im Geschäftsjahr eine Bestandsaufnahme der „HR-IT-Landschaften“ der einzelnen Personalbereiche.

Frauen- und Nachwuchsförderung standen im Mittelpunkt beim Arbeitskreis Personalentwicklung. Die Zielquoten der gesetzlichen Vorgaben wurden in den einzelnen Unternehmen umgesetzt. Das Karriereprogramm für Frauen in der DZ BANK ist im Geschäftsjahr erstmals mit einem Seminar für Mitarbeiterinnen aus allen Gruppenunternehmen gestartet. An zwei Terminen mit je zehn Teilnehmerinnen war das Training „Erfolgsstrategien für Frauen im Business“ nicht nur ausgebaut, sondern bot vor dem Hintergrund von Austausch und der Netzwerkerweiterung auch einen echten Mehrwert für die Teilnehmerinnen. Das Feedback war durchweg positiv, sodass die Reihe im Geschäftsjahr 2017 fortgeführt wird. Das Cross-Mentoring-Programm für Abteilungsleiterinnen/-leiter startete im zweiten Quartal des Geschäftsjahres mit 18 Tandems aus acht Unternehmen der DZ BANK Gruppe. Zwei Mentorinnen hatten das Programm bereits als Mentees kennengelernt. Der vierte Programmstart ist für das Geschäftsjahr 2018 vorgesehen.

Neben konzernübergreifenden Maßnahmen bei Personalentwicklungsthemen, wie zum Beispiel bei Führungskräfte-Trainings, pilotierte das Projekt „Informationswoche: Das WIR in der DZ BANK Gruppe erleben“ des Arbeitskreises Karriere erfolgreich. Die Einführung von Informationsformaten trägt als aktiver Beitrag zur Förderung des Gruppengedankens bei. Der „Blick über den Tellerrand“ fördert das Verständnis für die Besonderheiten der anderen Unternehmen, intensiviert den fachlichen Austausch und generiert dadurch „Multiplikatoren“. Daneben werden neue Berufsfelder dargestellt, die übergreifende Nachfolge- und Karriereplanung unterstützt und die Positionierung der DZ BANK Gruppe als attraktiver Arbeitgeber gefördert. Die Teilnahme war für alle Mitarbeiter nach einem festen Anmeldeprozess möglich. Es fanden zweimal Informationswochen statt: eine bei der TeamBank in Nürnberg und die zweite bei der Union Investment in Frankfurt. Das Feedback der insgesamt

52 Kollegen, die aus verschiedenen Unternehmen der DZ BANK Gruppe kamen, war positiv. Man war sich einig über die jeweils gelungene Vermittlung praxisnaher Inhalte und der inspirierenden Arbeitswelt im jeweiligen Unternehmen. Für das Geschäftsjahr 2017 sind drei weitere Informationswochen bei der DZ BANK, DZ PRIVATBANK und der R+V Versicherung geplant.

1.2. Employer Branding-Kampagne der DZ BANK Gruppe

Ziel der Kampagne ist es, den Arbeitgeber DZ BANK Gruppe am Markt zu etablieren und so langfristig die passenden Mitarbeiter zu gewinnen beziehungsweise zu binden und damit die Zukunftsfähigkeit der DZ BANK Gruppe zu sichern.

Im Geschäftsjahr 2014 mit einer unternehmensinternen Kommunikations- und Austauschplattform gestartet, wurde im Geschäftsjahr eine gemeinsame externe Karriereseite mit Konzernjobbörse veröffentlicht. Diverse Kommunikationsmaßnahmen haben die Einführung der Arbeitgebermarke auf dem externen Arbeitsmarkt begleitet.

1.3. Nachwuchskräfte

Innerhalb der DZ BANK Gruppe waren im Geschäftsjahr im In- und Ausland zum Stichtag 31. Dezember 1.083 Nachwuchskräfte beschäftigt. Die Nachwuchskräftequote lag bei 3,5 Prozent. Mit dem Ziel, die Vernetzung in der DZ BANK Gruppe zu fördern, findet jährlich ein Workshop aller Trainees der Gruppenunternehmen statt. Darüber hinaus ist seit dem Vorjahr für die Trainees eine Hospitation in einem anderen Unternehmen der DZ BANK Gruppe als fester Bestandteil des Traineeprogramms vorgesehen.

1.3.1. Traineeprogramm TeamUp

Im fünften Jahr seines Bestehens hat sich das Traineeprogramm für die Volksbanken und Raiffeisenbanken gut etabliert. Seit Programmstart im Oktober 2011 haben sich 47 junge Kollegen für einen Berufseinstieg über TeamUp entschieden.

Die Teilnehmer können zwischen drei Schwerpunktthemen wählen: Privatkunden und Private Banking, Firmenkunden sowie Bankensteuerung. Im Geschäftsjahr wurde „Innovation und Digitalisierung“ als viertes Schwerpunktthema konzipiert, welches ab dem Geschäftsjahr 2017 Bestandteil des Programms sein wird. Die DZ BANK reagierte damit auf den Bedarf der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Die Qualität des TeamUp-Traineeprogramms lebt von der Vielfalt der Möglichkeiten in den unterschiedlichen Unternehmen der FinanzGruppe. Die Erfolgsfaktoren sind unter anderem das Kennenlernen mehrerer Ebenen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, die Mischung aus praktischer Ausbildung und Qualifizierung sowie eine breite fachliche Expertise und damit verbunden ein früher Aufbau von Kontakten für das eigene berufliche Netzwerk.

1.3.2. Karriere-Preis der DZ BANK Gruppe

Der Karriere-Preis der DZ BANK Gruppe wurde im Geschäftsjahr zum achten Mal als gemeinsame Auszeichnung durch die Unternehmen der DZ BANK Gruppe ausgelobt, insgesamt aber bereits zum fünfzehnten Mal verliehen. Der mit 24.000 € ausgestattete Karriere-Preis prämiiert herausragende akademische Abschlussarbeiten im Bereich „Banking & Finance“. Im Geschäftsjahr wurden 248 Arbeiten eingereicht, davon 116 Arbeiten in der Kategorie Master-Thesen und 132 Arbeiten in der Kategorie Bachelor-Thesen. Die Arbeiten beschäftigen sich neben den klassischen Finanzthemen auch mit aktuellen Fragestellungen der Banken im Zeitalter der Digitalisierung.

1.3.3. Absolventenkongress

Die DZ BANK Gruppe ist mit ihren vielfältigen beruflichen Einstiegsmöglichkeiten bereits seit mehreren Jahren mit einem gemeinsamen Messestand beim Absolventenkongress in Köln, einer der größten Jobmessen für Berufseinsteiger und Young Professionals in Deutschland, präsent. Im Geschäftsjahr nahm die DZ BANK Gruppe zum sechsten Mal gemeinsam mit dem BVR als Genossenschaftliche FinanzGruppe teil.

1.4. Frauenförderung

Als Maßnahme für die nachhaltige Sicherstellung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit haben die Unternehmen der DZ BANK Gruppe bereits im Geschäftsjahr 2011 in einem Letter of Intent bekräftigt, Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung aktiv zu unterstützen. Gemeinsame Formate wie das Training „Erfolgsstrategien für Frauen im Business“ unterstützen die Initiative. Auch bei der Rekrutierung und Entwicklung des Führungsnachwuchses sollen gezielt die Potenziale von Frauen genutzt werden. Im aktuellen Cross-Mentoring-Programm liegt der weibliche Anteil der Teilnehmer bei 42 Prozent. In Ergänzung zur Führungskräfte-Entwicklung und Potenzialförderung haben die Unternehmen ein Cross-Mentoring-Programm aufgesetzt, welches im Geschäftsjahr bereits zum dritten

Mal gestartet ist. Der Frauenanteil innerhalb der Führungskräfte lag bei 20 Prozent. Weitere begleitende Maßnahmen hierzu sind zum Beispiel die regelmäßige Zertifizierung „auditberufundfamilie®“ oder die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ durch alle Unternehmen der DZ BANK Gruppe.

1.5. Corporate Campus für Management & Strategie

Gegründet als Think-Tank, Dialog- und Strategieplattform für das Top-Management der DZ BANK Gruppe im Geschäftsjahr 2010, ist der Corporate Campus für Management & Strategie im siebten Jahr seines Bestehens erfolgreich etabliert. Über 160 Teilnahmen an insgesamt 12 unterschiedlichen Formaten wurden im Geschäftsjahr verzeichnet. Das Teilnehmerfeedback war durchweg sehr positiv. An den Veranstaltungen nahmen Vorstände, Bereichsleiter sowie in einigen Formaten auch Mitarbeiter unterhalb der

Bereichsleiterenebene mit relevantem Themenbezug teil. Das Corporate Campus Creative Lab ergänzte das bereits etablierte Angebot mit neuen, kreativen Formaten im Themenschwerpunkt Digitalisierung, um die Innovationskraft der DZ BANK Gruppe weiter zu unterstützen. So wurde beispielsweise das Format „Digitaler Führerschein – Meine Rolle als Digital Leader“ eingeführt, das im Geschäftsjahr 2017 weiter umgesetzt werden soll.

Weitere Informationen unter:

www.corporatecampus.dzbankgruppe.de

1.6. Verantwortung für Mitarbeiter

In den einzelnen Unternehmen der DZ BANK Gruppe gab es auch im Geschäftsjahr gesundheitspräventive Angebote für Mitarbeiter, wie zum Beispiel attraktive Betriebssportarten oder spezielle Kurse zur Prophylaxe. Darüber hinaus gehören flexible Arbeitszeit- und Teilzeitmodelle sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ebenfalls zu den Angeboten und sind fester Bestandteil der jeweiligen Personalpolitik.

ABB. 5 – PERSONALKENNZAHLEN

Mitarbeiter (Anzahl im Jahresdurchschnitt, ohne Nachwuchskräfte)	2016	2015
Gesamt	29.341	30.029
Mitarbeiter (Anzahl zum Stichtag 31.12., inkl. Nachwuchskräfte)		
Gesamt	31.225	31.130
Mitarbeiter	30.142	30.031
Nachwuchskräfte	1.083	1.099
Nachwuchskräftequote (in %)	3,5	3,5
Inland	28.097	27.800
Ausland	3.128	3.330
Männlich	17.089	16.752
Weiblich	14.136	14.378
Frauenanteil gesamt (in %)	45,3	46,2
Führungskräfte gesamt	3.178	2.568
Frauenanteil Führungskräfte (in %)	20,0	23,7
Vollzeit	25.302	25.296
Teilzeit	5.923	5.834
Teilzeitquote (in %)	19,0	18,7
Betriebszugehörigkeit (in Jahren)	12,7	12,9
Fluktuationsquote (in %)	5,5	6,2
Eigenkündigungsquote (in %)	2,7	2,9
Weiterbildungstage je Mitarbeiter	3,3	3,6

2. Nachhaltigkeit

2.1. Genossenschaften: Verantwortung als Unternehmensziel

Der Gedanke, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam zu lösen, ist Grundlage der Genossenschaften und zugleich ein fundamentales Prinzip der Nachhaltigkeit.

Dass die Genossenschaftsidee weltweit wirkt, beweist die jüngste Entscheidung der UNESCO: Ende 2016 wurde die Genossenschaftsidee als „Immaterielles Kulturerbe der Menschheit“ ausgezeichnet.

Rund 150 Jahre nach dem Entstehen der ersten Genossenschaften sind diese somit aktueller denn je. In den Jahren der Finanzkrise haben Genossenschaften ihre Stabilität nachdrücklich unter Beweis gestellt und einen großen Zuspruch erfahren. So sind allein in Deutschland derzeit 22,4 Millionen Menschen in Genossenschaften organisiert. Die Genossenschaftliche FinanzGruppe zählt 18,3 Millionen Mitglieder.

Die Genossenschaften sind geleitet von Grundwerten wie Gegenseitigkeit, Fairness, Partnerschaft und Vertrauen. Die starke regionale Verankerung der Unternehmen und ihrer Geschäfte, insbesondere des genos-

senschaftlichen Bankensektors, ist eine Ausprägung des gemeinsamen genossenschaftlichen Leitgedankens und eine Stärke, die uns von anderen abhebt.

Die DZ BANK Gruppe gehört seit einigen Jahren zu den führenden Finanzinstituten auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit. Dies bestätigt regelmäßig das Nachhaltigkeits-Rating der Ratingagentur oekom research AG, die die DZ BANK Gruppe seit 2011 im Prime-Status hält und damit besonders nachhaltige Unternehmen auszeichnet.

Auch nach der Fusion von DZ BANK und WGZ BANK und der durch oekom research durchgeführten Konsolidierung der Prime-Ratings beider Häuser wird die DZ BANK Gruppe im Prime-Status geführt (Note C+).

2.2. Nachhaltigkeit im Unternehmen verankern: Beispiele der DZ BANK Gruppe

Als einer der führenden Allfinanzanbieter spielt die DZ BANK Gruppe eine bedeutende Rolle bei der Finanzierung der Energiewende. Das Angebot der DZ BANK Gruppe im Bereich der Erneuerbaren Energien erstreckt sich von der Finanzierung energie-sparender Lösungen bei Bau und Renovierung über die Unterstützung mittelständischer Betriebe bei der Nutzung von Windkraft, Biomasse oder Solarenergie bis hin zu großen Finanzierungsvorhaben wie Solar-parks und den dazu passenden Versicherungslösungen.

In der DZ BANK zählen die Erneuerbaren Energien bereits seit 2009 zu den strategischen Tätigkeitsfeldern. Das Engagement in diesem Bereich beläuft sich per 31.12.2016 auf ein Kreditvolumen von aktuell rund 4,8 Mrd. €, die in den Ausbau der Infrastruktur oder die Errichtung neuer leistungsfähigerer Anlagen fließen. Neben klassischen Bankdarlehen aus eigener Liquidität und der Vermittlung von Förderkrediten ist im Geschäftsfeld Erneuerbare Energien die Projektfinanzierung von großer Bedeutung.

Seit Januar 2013 ist die DZ BANK Unterzeichner der Äquator-Prinzipien, einem weltweiten Standard in der Projektfinanzierung. Seitdem werden alle Projektfinanzierungen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 10 Mio. US-Dollar einer zusätzlichen Prüfung konform zu den Äquator-Prinzipien unterzogen. Zu den Richtlinien im Kreditgeschäft gehört für die DZ BANK außerdem eine eigene Nachhaltigkeitsprüfung, die sich an den Prinzipien des UN Global Compact orientiert. Daneben zeigen Branchenricht-

linien und die Kreditrisikostategie, welche Finanzierungen aufgrund ihrer Umwelt- oder Sozialrisiken ausgeschlossen werden müssen. Seit 2014 veröffentlicht die DZ BANK auch ihre grundlegenden Ausschlusskriterien für die Kreditvergabe.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind für Hauseigentümer und Bauherren zentrale Themen geworden: Gesunder Wohnkomfort, erneuerbare Energien und die Vermeidung von klimabelastenden Emissionen beim Bauen und Wohnen beschäftigen die Menschen hierzulande immer stärker. Bauspar- und Finanzierungsprodukte der Bausparkasse Schwäbisch Hall, die helfen, die eigenen vier Wände klimagerecht zu modernisieren oder neu zu bauen, sind gefragter denn je. Gleichmaßen darf das Unternehmen, in dem 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kundenbetreuung, Verwaltung und Facilities beschäftigt sind, nicht zurückstehen: Dazu wurde ein nachhaltiges Gebäudemanagement entwickelt und ein Umweltmanagementsystem eingerichtet. In Kooperation mit den Stadtwerken läuft der Bausparbetrieb in Schwäbisch Hall seit sechs Jahren klimaneutral.

Union Investment ist mit rund 25,3 Mrd. € Assets under Management in nachhaltigen Vermögensanlagen einer der größten deutschen Anbieter für nachhaltige Investments. Sie bietet ein breites Spektrum an Fonds- und Mandatslösungen an, die unter Einhaltung von Nachhaltigkeits-Anforderungen gemanagt werden. Im Rahmen von UnionEngagement setzt sich die Fondsgesellschaft als aktiver Aktionär im Sinne ihrer Kunden ein: Gezielt adressiert Union Investment soziale, ökologische und Corporate-Governance-Themen bei Investorengesprächen sowie auf Hauptversammlungen und nimmt damit in vielen Fällen Einfluss auf Entscheidungsprozesse von Unternehmen. Auch die Ratingagentur Feri belegt die Kompetenz der Fondsgesellschaft beim nachhaltigen Asset Management: Sie zeichnete bei den Feri EuroRating Awards 2016 Union Investment zum wiederholten Male als besten Asset Manager in der Kategorie Socially Responsible Investing aus.

DG HYP und DZ PRIVATBANK haben in ihren Häusern feste Zuständigkeiten für Nachhaltigkeits-themen geschaffen und nehmen seit 2012 am Group Coporate Responsibility Committee teil.

Die R+V hat ihren dritten Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht. Dieser gibt einen kompletten Überblick über alle nachhaltigen Aktivitäten des Versicherers.

Zentrale Themen darin sind die ethischen Richtlinien der R+V-Kapitalanlage, die zahlreichen Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz sowie das soziale Engagement.

2.3. Group Corporate Responsibility Committee

Seit 2010 bündeln die Unternehmen der DZ BANK Gruppe ihre Aktivitäten stärker und richten sie auf ein gemeinsames Ziel aus: Marktchancen nutzen, Risiken vermeiden und zugleich den gesellschaftlichen Beitrag steigern.

2014 haben die Unternehmen ein ständiges Komitee, das Group Corporate Responsibility Committee, gegründet. Vertreter des Komitees sind Nachhaltigkeitsbeauftragte und Kommunikationsleiter der jeweiligen Unternehmen. Treffen finden regelmäßig statt. Das Group Corporate Responsibility Committee berichtet an den Konzern-Koordinationskreis. Seit Herbst 2016 ist auch die WL BANK, vormals Tochterunternehmen der WGZ BANK, ständiges Committee-Mitglied.

Ergebnis dieser Aktivitäten sind beispielsweise die Einführung gruppenweiter Zuliefererstandards, eine gemeinsame Datenbankstruktur und die gemeinsame Unterzeichnung des UN Global Compact. Auch beim Thema Umwelt- und Klimaschutz arbeiten die Gruppenunternehmen seit einigen Jahren zusammen.

Ende 2016 hat das Group Corporate Responsibility Committee mit der Entwicklung einer gruppenweiten Klimastrategie begonnen, die sich am nationalen Klimaschutzplan der Bundesregierung sowie an den Grundsätzen der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen orientiert.

2.4. Transparenz der Nachhaltigkeitsaktivitäten

Die DZ BANK Gruppe berichtet mit der jährlichen Fortschrittsmitteilung zum Global Compact der Vereinten Nationen regelmäßig über ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten. Zudem wird von vielen Unternehmen ein eigener Nachhaltigkeitsbericht erstellt oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung in den Geschäftsbericht integriert. Von der DZ BANK ist im Geschäftsjahr bereits der achte Nachhaltigkeitsbericht nach dem internationalen Berichtsstandard der Global Reporting Initiative (GRI) erschienen.

Stakeholder-Umfrage liefert wichtige Informationen

Um Nachhaltigkeit in der DZ BANK Gruppe erfolgreich zu steuern, ist es wichtig, die sozialen, ökologi-

schon und ökonomischen Interessen, Erfahrungen und Erwartungen der Anspruchsgruppen möglichst genau zu kennen. Wichtige Informationen lieferte eine erste gruppenweite Online-Befragung zum Nachhaltigkeitsengagement, die im Vorjahr unter externen und internen Stakeholdern durchgeführt wurde.

Bei der Auswahl der befragten Interessengruppen wurde deren Vielfalt und Relevanz für die Unternehmen der DZ BANK Gruppe berücksichtigt. Folgende Gesichtspunkte waren dabei leitend: Genossenschaftsbanken als Kunden und Eigentümer, Firmen- und Privatkunden der Unternehmen der DZ BANK Gruppe sowie deren Mitarbeiter gehören zu den wichtigsten Stakeholdern. Lieferanten und Dienstleister sowie Verbände und Investoren besitzen eine hohe wirtschaftliche Relevanz für die Gruppenunternehmen. Kritische Stimmen von Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organisations, NGOs), Ratingagenturen sowie aus Wissenschaft und Politik wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die Umfrage umfasste fünf Handlungsfelder mit untergeordneten Themen und basierte auf Analysen zu den vorherrschenden gesellschaftlichen Nachhaltigkeitstrends. Mit einer Rücklaufquote von 46 Prozent lieferte sie wertvolle Hinweise für die Arbeits- und Berichtsschwerpunkte der Gruppenunternehmen.

Die Bewertungen der Stakeholder unterstrichen erneut die Notwendigkeit, Nachhaltigkeit über alle Handlungsfelder hinweg strategisch in das Kerngeschäft der Unternehmen der DZ BANK Gruppe zu integrieren. So haben die Befragten den Feldern „Nachhaltige Unternehmensführung“ und „Nachhaltige Produkt- und Dienstleistungen“ höchste Relevanz beigemessen. Innerhalb dieser Bereiche wurden die Themen „genossenschaftliche Prinzipien und Werte“ und „Unternehmensstrategie & -erfolg“ mit deutlichen Höchstnoten bewertet.

Für die DZ BANK Gruppe bedeutet dies, das im genossenschaftlichen Modell bereits im Kern enthaltene Prinzip der Nachhaltigkeit noch weiter zu systematisieren und im Geschäftshandeln voranzustellen und immer wieder mit den genossenschaftlichen Werten eng zu verknüpfen, um die Erwartungen der Stakeholder an die Nachhaltigkeitsleistung der Gruppenunternehmen zu erfüllen. Die Ergebnisse der Befragung dienen der DZ BANK Gruppe auch als Richtschnur bei der Themenauswahl für die künftige Nachhaltigkeits-Berichterstattung.

Die Nachhaltigkeits-Berichterstattung der
DZ BANK Gruppe:

DZ BANK:
www.nachhaltigkeit.dzbank.de

BSH:
www.schwaebisch-hall.de/unternehmen/nachhaltigkeit-und-einkauf/nachhaltigkeit-in-der-schwaebisch-hall-gruppe.html

DG HYP:
www.dghyp.de/de/nachhaltigkeit.html

DVB:
www.dvbbank.com/about-us/sustainability?sc_lang=de-DE

DZ PRIVATBANK:
www.dz-privatbank.com/dzpb/de/nachhaltigkeit.html

R+V:
www.nachhaltigkeitsbericht.ruv.de

TeamBank:
www.easycredit.de/Verantwortung.htm

UMH:
<https://unternehmen.union-investment.de/startseite-unternehmen/nachhaltigkeit/nachhaltige-unternehmensfuehrung.html>

VR LEASING:
www.vr-leasing-gruppe.de/unternehmen/verantwortung_engagement/index.html

WL BANK:
www.wlbank.de/Ueber-uns/Wir-ueber-uns/Nachhaltigkeit/

V. Prognosebericht

1. Entwicklung gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1. Entwicklung Weltwirtschaft

Trotz des schwachen Welthandels ist weltweit die Stimmung im industriellen Sektor besser als Anfang 2016. In den beiden größten Volkswirtschaften der Welt – den Vereinigten Staaten und China – notieren die Umfragewerte der Einkaufsmanagerindizes oberhalb der Wachstumsschwelle. Positive Stimmungslagen herrschen auch im Euro-Raum und in Deutschland vor.

Die Produktionszahlen spiegeln die Stimmungsaufhellung allerdings nicht komplett wider. Dennoch hat sich die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern im Verlauf des Jahres 2016 trotz geopolitischer Krisen als stabil erwiesen. Demgegenüber wird das Wirtschaftswachstum in einigen Schwellenländern nach wie vor durch strukturelle Probleme sowie makroökonomische und finanzielle Ungleichgewichte geschwächt. Zudem belastet der relativ niedrige Ölpreis in vielen Schwellenländern die Konjunkturentwicklung. Allerdings besteht die Möglichkeit, dass rohstoffexportierende Länder ihren konjunkturellen Tiefpunkt im Jahr 2017 hinter sich lassen könnten.

Vor diesem Hintergrund ist beim globalen Wirtschaftswachstum nur mit einem leichten Anstieg von circa 2,9 Prozent im Jahr 2016 auf circa 3,2 Prozent im Jahr 2017 zu rechnen.

Bedingt durch die Erwartung steigender Rohstoffpreise dürfte sich die Inflationsrate deutlich von circa 3,3 Prozent auf 3,7 Prozent erhöhen.

1.2. Entwicklung Vereinigte Staaten

Die US-Notenbank hat im Dezember 2016 die seitens des Markts erwartete Erhöhung der Federal Funds Rate um 0,25 Prozent auf eine Spanne von 0,5 Prozent bis 0,75 Prozent beschlossen und weitere Erhöhungen dieses Leitzinses in Aussicht gestellt.

Aus Sicht der amerikanischen Notenbank sei die US-Wirtschaft ausreichend robust, um die Zinserhöhung verkraften zu können. Als Indikatoren für die positive Wirtschaftsentwicklung gelten die allseits gute Stimmungslage, die robuste Konsumtätigkeit und nicht zuletzt die verbesserte Auftragslage in der Industrie.

Möglicherweise spielt bei der durchgehend positiven Entwicklung der Stimmungswerte ein Erwartungsvorschuss nach der jüngsten US-Wahl eine Rolle. Schwer abzuschätzen sind die wirtschaftlichen Auswirkungen eines möglichen Politikwechsels in den USA mit unter Umständen protektionistischen Tendenzen.

Im Jahr 2017 dürfte sich der Beschäftigtenaufbau weiter fortsetzen und die Arbeitslosenquote auf 4,7 Prozent sinken. Das Wirtschaftswachstum wird, vor allem getragen durch steigende Investitionen im Jahr 2017, voraussichtlich bei circa 2,2 Prozent erwartet. Die US-Inflation wird im Jahr 2017 vor dem Hintergrund höherer Energiepreise und Kosten im Bereich Wohnen deutlich auf circa 2,3 Prozent steigend prognostiziert.

1.3. Entwicklung Euro-Raum

Die Europäische Zentralbank hat auf ihrer letzten Sitzung des Jahres 2016 die Leitzinsen erwartungsgemäß unverändert gelassen und zugleich das zunächst bis März 2017 befristete Anleihekaufprogramm bei einem verminderten Volumen bis zum Jahresende 2017 verlängert. Mit diesen Maßnahmen verfolgt sie das Ziel, Banken einen Anreiz zur Kreditvergabe zu setzen und somit positive Impulse für die Konjunktur zu setzen.

Die langsame konjunkturelle Erholung innerhalb der europäischen Währungsunion hält aktuell weiter an. Als maßgebliche Stütze der Konjunktur lassen sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte identifizieren. Die allmähliche Verbesserung an den europäischen Arbeitsmärkten führt zu einer robusteren Einkommenssituation der Verbraucher und fördert die Ausgabebereitschaft. Positive Stimmungslagen in der Wirtschaft und steigende Investitionen tragen zum aktuell guten Konjunkturbild bei.

Für das Jahr 2017 wird ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit auf circa 9,9 Prozent erwartet. Die konjunkturelle Erholung dürfte sich mit einer leicht schwächeren Dynamik fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich mit einer Rate von 1,5 Prozent wachsen. Das verhaltene Wachstum ist vor allem der Entwicklung in den großen europäischen Wirtschaftsnationen Frankreich und Italien mit starken politischen Einflussfaktoren geschuldet. Daneben muss sich erst herauskristalisieren, welches Einflusspotenzial die Austrittsverhandlungen zwischen der EU und Großbritannien, das nach wie vor hohe Verschuldungsniveau einiger europäischer Staaten sowie der möglicherweise veränderte wirtschaftspolitische Kurs der USA haben. Die Inflationsrate dürfte sich im Jahr 2017 angesichts steigender Energiepreise auf 1,6 Prozent erhöhen.

1.4. Entwicklung Deutschland

In einem schwierigen internationalen Umfeld hält sich die deutsche Konjunktur seit einigen Jahren beeindruckend stabil. Vor allem die politische Entwicklung in Europa und der Welt birgt für das Jahr 2017 jedoch eine Reihe von Risiken, die die widerstandsfähige deutsche Wirtschaft vor größere Herausforderungen stellen könnten.

Die Risiken im internationalen Umfeld wie die Schwäche des Welthandels oder das nachlassende Wachstumstempo in China haben zumindest bislang nicht dazu geführt, dass Unternehmen ihre hohe Zuversicht mit Blick auf die kommende Entwicklung zurücknehmen.

Die privaten Konsumausgaben bilden auch weiterhin die zentrale Stütze der deutschen Konjunktur. Sie profitieren vom Wachstum der nominal verfügbaren Einkommen, das wiederum die gute Beschäftigungslage widerspiegelt. Für das Jahr 2017 wird mit einem Anstieg des privaten Verbrauchs um 1,3 Prozent gerechnet.

Neben dem privaten Verbrauch werden besonders die Wohnungsbauinvestitionen durch die expansive Geldpolitik der EZB stimuliert. Mit dem allmählichen Abarbeiten des aufgelaufenen Auftragsbestands könnten diese im Lauf des Jahres 2017 etwas an Schwung verlieren.

Vom Außenhandel dürfte im Jahr 2017 – ähnlich wie im Jahr 2016 – aufgrund der zögerlichen Erholung der Weltwirtschaft ein verhaltener Impuls für die Gesamtwirtschaft ausgehen.

Im Jahr 2017 wird die Beschäftigung mit einer im Vergleich zum Jahr 2016 verminderten Wachstumsrate voraussichtlich weiter ansteigen. Aufgrund der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Asylbewerbern dürfte der sinkende Trend der Arbeitslosigkeit im Jahr 2017 zu Ende gehen und die Arbeitslosenquote könnte leicht von 6,1 auf 6,2 Prozent steigen.

Der Ausblick auf das Jahr 2017 verspricht eine im Vergleich zum Jahr 2016 etwas schwächere Zunahme der Wirtschaftsleistung um etwa 1,2 Prozent. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu beachten, dass ein Teil des Wachstumsrückgangs im Vergleich zum Jahr 2016 auf eine geringere Anzahl an Arbeitstagen im Jahr 2017 zurückzuführen ist.

Die Inflationsrate in Deutschland wird im Jahresdurchschnitt 2017 bei 1,6 Prozent erwartet. Diese

Aufwärtsbewegung hängt jedoch weniger mit einem aktuellen Preisdruck zusammen, selbst wenn die Ölpreise in den letzten Wochen des Geschäftsjahres etwas angezogen haben. Sie geht vielmehr auf die niedrige Vergleichsbasis zurück, da der Ölpreis im Januar 2016 zeitweise unter die Marke von 30 US-Dollar fiel und die Inflationsrate damit temporär unter die Nulllinie drückte. Nach dem Auslaufen dieses Basiseffekts dürfte die Inflationsrate nicht weiter ansteigen.

1.5. Entwicklung Finanzsektor

Seit der Finanzkrise steht der Finanzsektor unter erheblichem Anpassungs- und Kostendruck, um die aufsichtsrechtliche Reformagenda mit ihren höheren Eigenkapitalanforderungen und veränderten Regulierungsverfahren umzusetzen.

Im Jahr 2016 wurden die in der CRD IV geregelten Kapitalerhaltungspuffer und antizyklischen Kapitalpuffer erstmals wirksam und erhöhten die verbindlich einzuhaltende Mindestquote für das harte Kernkapital. Ab dem Jahr 2017 sind sogenannte anderweitig systemrelevante Institute (A-SRI), die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sowie ihrer grenzüberschreitenden Aktivitäten negative Effekte verursachen können, verpflichtet, einen zusätzlichen Kapitalpuffer vorzuhalten.

Daneben behält sich die europäische Bankenaufsicht vor, im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) zusätzliche Kapitalzuschläge einzufordern.

Infolge dieser aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen haben die Banken ihren Verschuldungsgrad über die letzten Jahre reduziert und die Risikotragfähigkeit durch eine verbesserte Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung deutlich gestärkt.

Im Jahr 2017 wird im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Agenda voraussichtlich die CRD V/CRR II verabschiedet werden, die unter anderem die finale Umsetzung der Vorgaben des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Verschuldungsobergrenze (Leverage Ratio), zur strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio) sowie zum Kapital zur Absorption von Verlusten (Total Loss-Absorbing Capacity) beinhaltet.

Viele Geschäftsmodelle innerhalb der Finanzindustrie stehen aufgrund der Notwendigkeit zur Steigerung der Effizienz zum Beispiel durch die Digitalisierung von Geschäfts- und IT-Prozessen zunehmend auf dem

Prüfstand. Entsprechende Investitionen dürften zunächst die Kostenseite der Branche belasten.

Besonders herausgefordert wird der Finanzsektor auch im Jahr 2017 durch das voraussichtlich anhaltend niedrige absolute Zinsniveau werden, das mit einer relativ flachen Zinsstrukturkurve einhergehen wird. Folgen sind voraussichtlich die Belastung der Ertragslage von Banken und Versicherungen und die verminderte Fähigkeit zur Eigenkapitalbildung.

Unabhängig von dieser Erwartung wird seitens der deutschen Bankenaufsicht das deutlichste Risiko für die Finanzstabilität des Geschäftsjahres 2017 darin gesehen, dass die Marktteilnehmer in Erwartung dauerhaft niedriger Zinsen und hoher Vermögenspreise zu große Risiken eingehen könnten. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Dezember 2016 einen Eigenkapitalpuffer für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch für diejenigen deutschen Kreditinstitute festgesetzt, die nicht der europäischen Bankenaufsicht unterliegen.

Nicht abschätzbar sind aus heutiger Sicht die möglichen Implikationen unsicherer politischer Entwicklungen auf die Kapitalmärkte und letztendlich auf die Finanz- und Ertragslage des Finanzsektors. Als Risikofaktoren sind in diesem Zusammenhang neben den genannten Austrittsverhandlungen zwischen der EU und Großbritannien beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung einiger Banken in Italien und die weitere politische Entwicklung in Ländern wie Frankreich, den Niederlanden und Griechenland anzusehen.

2. Entwicklung der Ertragslage

Der Ausblick auf die Geschäftsentwicklung der DZ BANK Gruppe für das Geschäftsjahr 2017 ist vor dem Hintergrund der äußerst guten Ergebnissituation der Vorjahre zu beurteilen, die zum Teil durch positive Einmaleffekte beeinflusst worden ist.

Einmaleffekte, wie beispielsweise das IFRS-bedingte Bewertungsergebnis aus der Fusion der DZ BANK und der WGZ BANK, sind nicht Gegenstand der Prognose für das Geschäftsjahr 2017.

Vor diesem Hintergrund wird sich das **Ergebnis vor Steuern** im Geschäftsjahr 2017 verringern und voraussichtlich am unteren Ende der nachhaltigen Ergebnisspanne von 1,5 Mrd. € bis 2,0 Mrd. € bewegen.

Durch die im Geschäftsjahr realisierte Fusion der DZ BANK und der WGZ BANK werden neben umfangreichen Kostensynergien auch Wachstums- und Ertragspotenziale insbesondere durch die Segmente DZ BANK und WL BANK erwartet, die ab dem Geschäftsjahr 2017 erschlossen werden sollen. Gegenläufig werden fusionsbedingte Restrukturierungsaufwendungen, für die im Geschäftsjahr entsprechende Rückstellungen gebildet wurden, wirken.

Die Ergebnisentwicklung wird durch das nach wie vor durch die expansive Geldpolitik der EZB bedingte Niedrigzinsniveau und das Aufwand verursachende aufsichtsrechtliche Umfeld beeinflusst werden.

Risiken für die künftige Ergebnisentwicklung der DZ BANK Gruppe können sich auch aus dem skizzierten politischen und gesamtwirtschaftlichen Umfeld vor allem in den Vereinigten Staaten, im Euro-Raum sowie in Deutschland ergeben. Das Management der sich hieraus ergebenden möglichen Implikationen auf die Finanz- und Ertragslage ist Gegenstand der strategischen und operativen Geschäfts- und Ressourcensteuerung der DZ BANK Gruppe.

Der **Zinsüberschuss** inklusive der **Beteiligungserträge** wird sich im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich in den meisten Segmenten positiv entwickeln, obgleich insbesondere die zinsensitiven Geschäftsmodelle innerhalb der DZ BANK Gruppe Ertragsvolatilitäten aufweisen könnten.

Das verhaltene Wirtschaftswachstum im Euro-Raum verbunden mit dem nach wie vor vorherrschenden Niedrigzinsniveau könnte im Geschäftsjahr 2017 den Zinsüberschuss negativ beeinflussen.

Die Aufwendungen für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** dürften im Geschäftsjahr 2017 nach den Belastungen im Geschäftsjahr insbesondere durch das Segment DVB insgesamt auf ein Normalniveau zurückfinden und sich im Einklang mit dem Kreditbestand sowie dem angestrebten Neugeschäftsvolumen und den langjährigen Standardrisikokosten entwickeln.

Mögliche Implikationen unsicherer politischer Entwicklungen auf die Kapitalmärkte könnten sich belastend auf die Risikovorsorge auswirken.

Der **Provisionsüberschuss** wird voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 2017 weiterhin auf hohem Niveau zum Ergebnis der DZ BANK Gruppe beitragen.

Auf Basis der positiven Fortentwicklung der Assets unter Management und der damit verbundenen volumenabhängigen Erträge wird die UMH einen wesentlichen Beitrag zum Provisionsüberschuss leisten.

Eine dauerhafte Verunsicherung an den Kapital- und Finanzmärkten könnte das Vertrauen und die Stimmung von privaten und institutionellen Anlegern negativ beeinflussen und damit das Provisionsergebnis belasten.

Das **Handelsergebnis** wird für das Geschäftsjahr 2017 rückläufig erwartet, da das Ergebnis im Geschäftsjahr insbesondere im Segment DZ BANK durch positive Sondereffekte beispielsweise aus der Bewertung von Finanzinstrumenten geprägt war.

Positive Impulse dürften im Geschäftsjahr 2017 aus dem kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft kommen. Die weiterhin konsequente Umsetzung der strategischen Maßnahmen insbesondere bei institutionellen Kunden, aber auch im Privatkundenbereich spiegelt sich in der positiven Ertragseinschätzung wider.

Als Voraussetzung für ein stetiges Handelsergebnis wird primär ein stabiles Kapitalmarktumfeld angesehen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** wird sich aufgrund geplanter Veräußerungstransaktionen von Beteiligungen im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich auf einem ähnlichen Niveau wie im Geschäftsjahr bewegen.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** lässt im Geschäftsjahr 2017 eine positive Entwicklung erwarten. Hintergrund hierfür ist das Wertaufholungspotenzial der Portfolios staatlicher Emittenten in den Segmenten DG HYP und WL BANK.

Volatilitäten auf den Kapitalmärkten und insbesondere die Ausweitung der Credit Spreads bei Wertpapieren staatlicher Emittenten könnten die Ergebniserwartung negativ beeinflussen.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** dürfte im Geschäftsjahr 2017 rückläufig ausfallen. Unter der Annahme wachsender Nettobeiträge in den verschiedenen Geschäftsbereichen wird die Ergebnisreduktion dem voraussichtlich niedrigeren Kapitalanlageergebnis im aktuellen Niedrigzinsumfeld geschuldet werden.

Außerordentliche Ereignisse auf den Finanz- und Kapitalmärkten sowie Änderungen in der Versicherungs-

technik beziehungsweise mögliche Anpassungen im aufsichtsrechtlichen Umfeld der Versicherer (Solvency II) können die Ergebniserwartungen aus dem Versicherungsgeschäft negativ beeinflussen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein deutlicher Anstieg der **Verwaltungsaufwendungen** erwartet. Als wesentlicher Aufwandstreiber sind die erstmalige vollständige Einbeziehung der vormaligen WGZ BANK sowie der WL BANK in das Ergebnis sowie fusionsbedingte Aufwendungen zu nennen.

Bedingt durch den höheren Aufwand bei zugleich niedrigeren Ertragserwartungen wird die **Aufwand-Ertrags-Relation** der DZ BANK Gruppe im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich ansteigen. Vor diesem Hintergrund wird ein hohes Augenmerk auf die Realisierung der Fusionssynergien sowie das Wachstum im operativen Geschäft gelegt.

Der **regulatorische RORAC** als risikoadjustiertes Performancemaß bezogen auf das aufsichtsrechtliche Risikokapital wird sich im Geschäftsjahr 2017 bedingt durch eine reduzierte Ergebniserwartung deutlich verringern. Ungeachtet dessen wird diese Kennzahl auf einem – auch im Branchenvergleich – sehr respektablen Niveau liegen.

3. Entwicklung der Liquiditäts- und Kapitaladäquanz

Ausgehend vom Geschäftsjahr geht die DZ BANK Gruppe auch für das Geschäftsjahr 2017 im Hinblick auf die ökonomische und die aufsichtsrechtliche Liquiditätsadäquanz von einer ausreichenden Ausstattung mit liquiden Mitteln aus.

Der operativen Steuerung der Liquidität dienen neben der Sicherstellung der Verfügbarkeit liquider Wertpapiere die stabilen Einlagen der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Daneben liefern Geldmarktgeschäfte, die mit institutionellen Anlegern sowie Zentralbanken, sonstigen Kreditinstituten und Firmenkunden abgeschlossen werden, auch weiterhin einen nachhaltigen Beitrag zur breiten Diversifikation der Refinanzierung.

Im Bereich der strukturellen Steuerung der Liquidität der DZ BANK Gruppe wird von einem weiterhin stabilen Absatz der verschiedenen Kapitalmarktprodukte bei einer breiten und etablierten Kundenbasis, insbesondere bestehend aus Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie institutionellen Kunden, ausgegangen.

Die Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe im Sinn der ausreichenden Ausstattung mit Risikodeckungsmasse zur Abdeckung der mit dem Finanzgeschäft verbundenen Risiken und sonstigen aus dem Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken ist sowohl unter ökonomischen als auch unter aufsichtsrechtlichen Aspekten aus heutiger Sicht auch für das Geschäftsjahr 2017 sichergestellt.

In den vergangenen Jahren hat die DZ BANK Gruppe ihre Kapitalbasis aus eigener Kraft sowohl durch Theaurierung als auch durch Risikorückführung und durch eine Kapitalerhöhung gestärkt. Maßnahmen zur Steuerung des Eigenkapitals werden auch im Geschäftsjahr 2017 weiterhin eine hohe Priorität genießen.

4. Entwicklung der Segmente

4.1. DZ BANK

Das Ergebnis der DZ BANK steht trotz operativer Wachstumsaussichten vor allem aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, geringerer Wertaufholungspotenziale sowie notwendiger Investitionen in die Migrationsaktivitäten und Innovationen bei einem gleichzeitig nur eingeschränkt berechenbaren regulatorischen Umfeld unter Druck.

Das **Ergebnis vor Steuern** wird vor diesem Hintergrund im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich deutlich zurückgehen. Künftig entfallende positive Sondereffekte sowie fusionsbedingte Effekte im Geschäftsjahr sind ebenfalls wesentliche Gründe für diese erwartete Entwicklung.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein **Zinsüberschuss** ohne Beteiligungserträge deutlich über dem Niveau des Geschäftsjahres erwartet. Damit wird trotz der Herausforderungen im aktuellen Markt- und Wettbewerbsumfeld die Wachstumsstrategie im Firmenkundengeschäft bestätigt.

Belastende Effekte können aus einem Rückgang der Zinserträge aus den Geldmarktgeschäften resultieren.

Die **Beteiligungserträge** werden im Geschäftsjahr 2017 aufgrund der Sonderausschüttung der EKS im Geschäftsjahr voraussichtlich einen deutlichen Rückgang erfahren.

Die Aufwendungen für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** dürften im Geschäftsjahr 2017 ansteigen.

Die Erwartung entspricht der Entwicklung des Expected Loss aus dem Kreditgeschäft.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** dürfte sich aufgrund geplanter Veräußerungstransaktionen von Beteiligungen im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich auf einem ähnlichen Niveau wie im Geschäftsjahr bewegen.

Beim **Handelsergebnis** wird vor dem Hintergrund der Einmaleffekte im Geschäftsjahr und geringerer Wertaufholungen für das Geschäftsjahr 2017 ein starker Rückgang erwartet. Durch die Bündelung der Marktbearbeitung sollen allerdings zusätzliche operative Erträge im Kapitalmarktgeschäft realisiert werden.

Die **Verwaltungsaufwendungen** werden aller Voraussicht nach im Geschäftsjahr 2017 leicht ansteigen. Gründe hierfür sind vor allem fusionsbedingte Effekte. Gegenläufig werden erste entlastende Auswirkungen aus der Fusion durch die Realisierung von Kostensynergien für das Geschäftsjahr 2017 erwartet.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** wird im Geschäftsjahr 2017 aus heutiger Sicht aufgrund der genannten entfallenden Sondereffekte bei den Erträgen und fusionsbedingter Effekte deutlich ansteigen.

Der **regulatorische RORAC** dürfte sich wegen ansteigender Eigenmittelanforderungen, insbesondere aber aufgrund künftig entfallender positiver Sondereffekte des Geschäftsjahres im Ergebnis im Geschäftsjahr 2017, stark verringern.

4.2. BSH

Der Wohnungsbau in Deutschland ist kräftig in Schwung gekommen. Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die Kreditanstalt für Wiederaufbau die Fertigstellung von deutlich mehr als 300.000 Wohnungen. Auch die Modernisierungsinvestitionen werden sich im Geschäftsjahr 2017 nach allgemeinen Erwartungen auf hohem Niveau bewegen. Weiteren Auftrieb wird der im November 2016 von der Bundesregierung verabschiedete Klimaschutzplan 2050 verleihen.

Trotz skeptischer Berichterstattung der Presse über die Kündigung von Bausparverträgen bleibt die positive Einstellung der Bevölkerung zum Bausparen ungebrochen. Wohneigentum ist begehrt, die Zinsen für Finanzierungen sind niedrig und der Bausparvertrag ist ideal, um sich diese langfristig zu sichern.

Nach der im Geschäftsjahr erwartungsgemäß erfolgten Normalisierung im Bausparneugeschäft erwartet die BSH für das Geschäftsjahr 2017 eine Stabilisierung auf einem Niveau von rund 30 Mrd. €. Hierzu soll auch die im August 2016 eingeführte teilvariable Tarifvariante beitragen. Im Baufinanzierungsgeschäft soll der Rekordwert aus dem Vorjahr erreicht werden.

Eine Herausforderung für die Bausparkasse bleiben die anhaltende Niedrigzinsphase und hohe regulatorische Anforderungen. Mit Blick auf die Anforderungen durch die Digitalisierung werden im Geschäftsjahr 2017 erneut erhebliche Mittel in die IT investiert werden.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein starker Anstieg des **Ergebnisses vor Steuern** erwartet, bedingt durch einen starken Anstieg des **Zinsüberschusses**.

Das Geschäftsjahr war geprägt von einem Rückgang des Marktzinsniveaus auf Rekordtiefststände. In der Folge wurden im Geschäftsjahr erhöhte Anpassungen bei den baupartechnischen Rückstellungen zulasten des Zinsaufwands notwendig. Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die Bausparkasse eine Stabilisierung des Zinsniveaus und damit eine Normalisierung bei der Bildung baupartechnischer Rückstellungen. Davon ausgehend wird der **Zinsüberschuss** im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich stark ansteigen.

Bei der **Risikoversorge im Kreditgeschäft** wird die BSH weiter von der guten Konjunktur in Deutschland verbunden mit einer geringen Erwerbslosenquote profitieren. In der Folge wird die Risikoversorge im Geschäftsjahr 2017 trotz des in den Vorjahren deutlich ausgeweiteten außerkollektiven Kreditgeschäfts auf dem relativ niedrigen Niveau des Geschäftsjahres verbleiben.

Der **Provisionsüberschuss** dürfte entsprechend der erwarteten Stabilisierung im Bausparneugeschäft im Geschäftsjahr 2017 besser als im Geschäftsjahr ausfallen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** werden im Geschäftsjahr 2017 deutlich höher ausfallen. Ursächlich hierfür wird im Wesentlichen das bereits gestartete IT-Projekt zur Modernisierung der Unternehmensplattform sein. Eine stringente Kostendisziplin und Einsparungen werden den Anstieg begrenzen.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** wird sich aus heutiger Sicht deutlich verbessern, getrieben von der Verbesse-

rung des Zinsergebnisses, trotz deutlich gestiegenem Verwaltungsaufwand.

Der **regulatorische RORAC** dürfte sich bei leicht steigenden Eigenmittelanforderungen und einem deutlichen Ergebnisanstieg ebenfalls deutlich erhöhen.

4.3. DG HYP

In einem schwierigen internationalen Umfeld hält sich die deutsche Konjunktur schon seit rund 3 Jahren beeindruckend stabil. Auch im Geschäftsjahr 2017 dürfte sich der deutsche Gewerbeimmobilienmarkt nach den Erwartungen der DG HYP weiterhin widerstandsfähig und stabil zeigen. Die hohe Menge des nach Immobilien suchenden Kapitals, gepaart mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands und der expansiven Geldpolitik der EZB wird abermals in einen hohen Umsatz am Gewerbeimmobilienmarkt münden. Der robuste Arbeitsmarkt wird für eine gute Büroflächennachfrage sorgen. Steigende Löhne werden den Einzelhandel stützen und den privaten Haushalten helfen, die weiter anziehenden Wohnungsmieten zu zahlen.

Der **Zinsüberschuss** wird für das Geschäftsjahr 2017 aufgrund des erfolgreichen Neugeschäftsvolumens des Geschäftsjahres leicht ansteigend prognostiziert. Dabei wird das nicht strategische private Immobilienkreditgeschäft weiter sukzessive durch höhermarginiges gewerbliches Immobilienkreditgeschäft ersetzt werden.

Die **Risikoversorge im Kreditgeschäft** wird in einer normalisierten Höhe prognostiziert. Nettoauflösungen von Wertberichtigungen in der Größenordnung des Geschäftsjahres werden nicht erwartet.

Der **Provisionsüberschuss** wird bei einem geringeren Neugeschäftsvolumen kräftig unter dem erfreulichen Wert des Geschäftsjahres prognostiziert, aber in Abhängigkeit des Produktmixes auch im Geschäftsjahr 2017 ein nachhaltiger Ertragsbestandteil bleiben.

Die Spreads bei den Staatsfinanzierungen werden sich im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich nicht wesentlich verändern. Das im Geschäftsjahr negative **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** wird somit laufzeitbedingt positiv prognostiziert, sodass das **Ergebnis vor Steuern** voraussichtlich stark ansteigen wird.

Die **Verwaltungsaufwendungen** werden durch regulatorisch getriebenen Druck auf die Personal- und IT-Kosten leicht ansteigen.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** wird aus heutiger Sicht durch das gestiegene Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten gegenüber dem Geschäftsjahr deutlich besser ausfallen.

Der **regulatorische RORAC** dürfte in der Folge eines stark verbesserten Ergebnisses im Geschäftsjahr 2017 kräftig ansteigen.

4.4. DVB

Das Geschäftsjahr war für die DVB ein herausforderndes Jahr. Die Bank musste dem anhaltenden Abschwung in der Schifffahrt ebenso Tribut zollen wie den weiterhin ölpreisbedingt schwierigen Rahmenbedingungen an den Offshore-Märkten. Positiv ist festzuhalten, dass es der Bank in allen Transport Finance-Geschäftsbereichen gelang, stabiles und werthaltiges Neugeschäft abzuschließen und damit in ihrem Kerngeschäft die Basis für die künftige solide operationale Performance zu legen.

Die DVB beabsichtigt, die gesamtwirtschaftliche Ausgangslage für das Geschäftsjahr 2017 dazu zu nutzen, ihre Finanzierungs-, Beratungs- und Servicedienstleistungen rund um die Verkehrsmittel weiter anzubieten. Die DVB wird ihren Verkehrskunden daher auch im Geschäftsjahr 2017 im Neugeschäft weiterhin selektiv zur Verfügung stehen.

Insbesondere im Shipping Finance-Portfolio könnte es jedoch auch im Geschäftsjahr 2017 aufgrund der weiterhin bestehenden Verwerfungen an vielen Seeschifffahrtsmärkten zu Belastungen im Altbestand des Portfolios kommen. Auch im neunten Jahr der Schifffahrtskrise besteht nach Einschätzung der DVB in vielen Segmenten der internationalen Schifffahrt weiterhin das Risiko hoher Tonnage-Überkapazitäten. Dieses strukturelle Überangebot würde sowohl die Charraten als auch die Schiffswerte weiter unter Druck setzen.

Die Offshore-Branche ist weiterhin durch den niedrigen Ölpreis belastet. Die DVB geht davon aus, dass diese Belastungen auch im Geschäftsjahr 2017 anhalten werden und sich in weiteren Ergebnisbelastungen auswirken könnten.

Vor diesem Hintergrund wird die Bank alle Anstrengungen unternehmen, um einen Verlustausweis im **Ergebnis vor Steuern** im Geschäftsjahr 2017 zu vermeiden. Die Bank beabsichtigt, die gestiegenen Risikokosten im Shipping Finance und Offshore Finance in den kommenden Geschäftsjahren 2017 und 2018

zu reduzieren. Dies setzt allerdings voraus, dass der in einigen Segmenten der Schifffahrt bestehende Tonnageüberhang nicht weiter anwächst und die Charterraten sowie die Schiffswerte keinen weiteren Verfall verzeichnen.

Die DVB plant, die gute Geschäftsentwicklung in den Bereichen Aviation Finance und Land Transport Finance fortzuschreiben und die Ertragskraft in diesen Bereichen weiter zu stärken.

Die DVB strebt eine unverändert gute operative Ertragsituation vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und vor dem Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten an. Neben der Kreditvergabe im Transportfinanzierungsgeschäft wird sie ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf wertschöpfende Angebote für ihre Kunden, wie zum Beispiel Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen, richten.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** wird voraussichtlich weiterhin auf einem stabilen Niveau liegen.

4.5. DZ PRIVATBANK

Die deutsche Konjunktur hält sich seit 3 Jahren in einem schwierigen internationalen Umfeld stabil. Insgesamt dürfte sich im Geschäftsjahr 2017 der Aufschwung der deutschen Konjunktur fortsetzen, jedoch mit einer abgeschwächten Zunahme der Wirtschaftsleistung. Gegen ein stärkeres Wachstum im Geschäftsjahr 2017 sprechen besonders die moderate Exportentwicklung sowie die politischen Risiken. Daneben werden das weiterhin niedrige Zinsniveau sowie der regulatorisch bedingte Kostenauftrieb das Segment belasten.

Für das Geschäftsjahr 2017 werden steigende Erträge erwartet. Nach Schließung der DZ PRIVATBANK Singapore Ltd., der eingeleiteten Redimensionierung der DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG, Zürich, sowie dank einem strikten Kostenmanagement können die **Verwaltungsaufwendungen** voraussichtlich stabil gehalten werden.

Der **Zinsüberschuss** wird im Geschäftsjahr 2017 aufgrund des weiterhin anhaltend niedrigen Zinsumfelds und nicht adäquater Ersatzmöglichkeiten für auslaufende Zinspositionen voraussichtlich zurückgehen.

Im Geschäftsjahr 2017 wird der **Provisionsüberschuss** voraussichtlich nachhaltig ansteigen. Bezüglich des Fondsvolumens als wesentlicher Werttreiber wird sowohl bei den Dritt- als auch bei den Unionsfonds

von einem weiteren Wachstum ausgegangen. Auch die verwalteten Anlagemittel im Private Banking werden sich aufgrund sinkender Abflussquoten und Steigerungen insbesondere aus dem eigenständigen Vertrieb der Partnerbanken positiv entwickeln. Gleichzeitig besteht nach wie vor ein intensiver Wettbewerb, der sich im anhaltenden Druck auf die Margen widerspiegelt.

Das **Handelsergebnis** ist geprägt vom kundengetriebenen Devisengeschäft. Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Anstieg des Ergebnisses erwartet.

Insgesamt wird die Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2017 abhängig vom Geld- und Kapitalmarktumfeld sein. Die Niedrigzinspolitik der EZB und der regulierungsbedingte Kostenauftrieb werden belastend wirken.

Das **Ergebnis vor Steuern** wird sich im Geschäftsjahr 2017 aufgrund des Wegfalls von Sondereffekten im Geschäftsjahr entsprechend verbessern.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** und der **regulatorische RORAC** werden sich aus heutiger Sicht unter anderem aufgrund des Wegfalls der genannten Sondereffekte verbessern.

4.6. R+V

Das Geschäftsjahr 2017 wird aus Sicht der R+V weiterhin von herausfordernden Rahmenbedingungen geprägt sein. Das Marktumfeld wird mit den Themen Politik, Regulatorik, volatile Kapitalmärkte, Niedrigzinsumfeld, Konjunktur und Verbraucherverhalten weiterhin sehr anspruchsvoll bleiben.

Mit Werten wie Finanzstärke, Solidität, faire Beratung, guter Service und passgenaue Lösungen können die DZ BANK, die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken und ihr genossenschaftlicher Versicherer bei den Kunden punkten.

Auf dieser Grundlage plant die R+V, auch im Geschäftsjahr 2017 ihr ertragsorientiertes Wachstum weiter fortzusetzen. Mit ihrem leistungsstarken Produktportfolio beabsichtigt die R+V als Allspartenanbieter, die Marktdurchdringung in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken kontinuierlich zu erhöhen. Die Marktanteile sollen durch organisches Wachstum und durch die Nutzung von Verbundpotenzialen, die Erhöhung der Cross-Selling-Rate, innovative Produkte und den Ausbau von Internet/Multikanal nachhaltig gesteigert werden.

Für die gebuchten **Bruttobeiträge** wird ein leichtes Wachstum geplant. Dieses soll sowohl durch das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft als auch durch die übernommene Rückversicherung getragen werden.

Im Bereich der Schaden- und Unfallversicherungen wird für das Geschäftsjahr 2017 ein deutliches Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge erwartet. Die Schadenquote soll durch weiterhin vorsichtige Zeichnung und gezielte Sanierung gesenkt werden. Bei einer stabilen Kostenquote ist insgesamt eine Verbesserung der **Combined Ratio** (Summe der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und für Versicherungsfälle im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen aus dem Versicherungsgeschäft) geplant.

Im Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft sollen die Erfolge der Vorjahre durch eine nachhaltige Diversifikationsstrategie abgesichert werden. Dabei liegt der für das Geschäftsjahr 2017 erwartete gebuchte Bruttobeitrag auf ähnlichem Niveau wie im Geschäftsjahr.

Die auf Sicherheit bedachte langfristige Anlagestrategie verbunden mit einem modernen Risikomanagement wird auch im Geschäftsjahr 2017 bestimmend sein. Das geplante **Kapitalanlageergebnis** weist vor dem Hintergrund des andauernden Niedrigzinsumfelds für das Geschäftsjahr 2017 einen Rückgang auf. Damit wird es aber auch künftig maßgeblich zum Gesamtergebnis beitragen.

Insgesamt resultiert hieraus erwartungsgemäß ein deutlicher Rückgang des **Ergebnisses vor Steuern**, jedoch auf einem zufriedenstellenden Niveau.

Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung erwartet die R+V als Komplettanbieter mittelfristig sehr positive Auswirkungen im Zusammenhang mit der Reform der betrieblichen Altersversorgung. Dabei ergeben sich für die R+V mittelfristig hervorragende Aussichten für den weiteren Ausbau der Branchenversorgungswerke.

Es wird weiterhin mit einem starken Wettbewerb in der Rückversicherungsbranche gerechnet. Ein guter Schadenverlauf im Geschäftsjahr und die am Markt verfügbaren Kapazitäten werden das Preisniveau niedrig halten. Die Bedeutung dieses weichen Markts wird nach Sparten und Regionen allerdings unterschiedlich eingeschätzt. Der Geschäftsbereich der übernommenen Rückversicherung der R+V wird seine Strategie des ertragsorientierten Wachstums fortsetzen, insbesondere durch die gezielte Zeichnung von Risiken in

weniger vom weichen Markt betroffenen Regionen und Sparten.

Aufwandsseitig wird für das Geschäftsjahr 2017 eine stabile **Verwaltungskostenquote** (Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Verhältnis zu den verdienten Nettobeiträgen) und eine verbesserte **Combined Ratio** erwartet.

Der **regulatorische RORAC** wird im Geschäftsjahr 2017 bei erwartetem rückläufigem IFRS-Ergebnis in Verbindung mit leicht ansteigenden Kapitalanforderungen planmäßig sinken.

4.7. TeamBank

Die gute Arbeitsmarktsituation und die gegenwärtige Niedrigzinsphase stimulieren sowohl den Konsum als auch die Kreditaufnahmebereitschaft der Verbraucher. Positive Rahmenbedingungen für weiteres Wachstum des Ratenkreditmarkts sind daher auch im Geschäftsjahr 2017 gegeben. Bei anhaltend hoher Regulierungsdichte besteht jedoch weiterhin intensiver Wettbewerbs-, Kosten- und Margendruck. Die Digitalisierung wird weiter zunehmen, wobei technologiegetriebene Marktplayer (FinTechs) die etablierten Anbieter zusätzlich unter Druck setzen werden.

Die TeamBank strebt für das Geschäftsjahr 2017 gemeinsam mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken ein deutliches über dem Markt liegendes Wachstum an. Weiterhin liegt ein besonderes Augenmerk auf der Vernetzung der Kundenkanäle mit dem Ziel, Kunden für die Genossenschaftliche FinanzGruppe zu gewinnen beziehungsweise sie dort zu binden.

Für das Geschäftsjahr 2017 geht die TeamBank bei kräftigem Bestandswachstum von einer deutlichen Steigerung des **Zinsüberschusses** aus.

Die konservative Risikovorsorgepolitik wird auch im Geschäftsjahr 2017 fortgeführt werden. Entsprechend der positiven Bestandsentwicklung und leicht steigenden Mahnquoten ist jedoch von einem Anstieg der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** auszugehen.

Konsequentes Kostenmanagement durch Fokussierung auf das Kerngeschäft und gezielte Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der TeamBank werden die **Verwaltungsaufwendungen** im Geschäftsjahr 2017 nur leicht über die Verwaltungsaufwendungen des Geschäftsjahres ansteigen lassen.

Die deutliche Steigerung des **Zinsüberschusses**, die gering steigenden Verwaltungsaufwendungen und die steigende **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** werden erwartungsgemäß erneut zu einem **Ergebnis vor Steuern** auf hohem Niveau führen, obgleich eines deutlichen Ergebnisrückgangs.

In der Folge wird die **Aufwand-Ertrags-Relation** auf dem erfreulich niedrigen Niveau des Geschäftsjahres bleiben und voraussichtlich weiter unter dem Branchendurchschnitt liegen.

Die steigenden Mindestkapitalanforderungen werden im Geschäftsjahr 2017 zu einem Absinken des **regulatorischen RORAC** führen.

4.8. UMH

Die UMH setzt sich auch für das Geschäftsjahr 2017 weiterhin ambitionierte Ziele, nachdem das Geschäftsjahr mit einem hohen Konzernergebnis und Nettoabsatz sowie einem neuen Rekordstand der Assets unter Management abgeschlossen hatte.

Angesichts der fortwährend schwierigen Rahmenbedingungen – gestiegene Unsicherheit im Kapitalmarktumfeld aufgrund der Wahlentscheidungen zu Brexit und der US-Präsidentenwahl sowie der kommenden Wahlen in Frankreich und Deutschland, anhaltendes Niedrigzinsumfeld, andauernde europäische Staatsschuldenkrise sowie geopolitische Konflikte – will die Union Investment Gruppe konsequent Chancen für eine positive Geschäftsentwicklung im nationalen sowie internationalen Umfeld nutzen.

Die UMH strebt auch für das Geschäftsjahr 2017 eine Fortsetzung des Neugeschäfts auf sehr hohem Niveau an und erwartet bei moderaten Gesamtperformance-Annahmen eine weiterhin positive Fortentwicklung der Assets unter Management auf einen erneuten Höchststand.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein geringer Rückgang des **Provisionsüberschusses** erwartet. Die volumenabhängigen Erträge werden aufgrund der höheren durchschnittlichen Assets unter Management steigen. Bedingt durch eine starke Reduzierung der Ertrags-erwartungen für erfolgsabhängige Vergütung sowie einen voraussichtlich starken Rückgang der Transaktionsvergütungen im Immobilienbereich wird dies jedoch überkompensiert werden.

Die **Verwaltungsaufwendungen** werden voraussichtlich im Geschäftsjahr 2017 deutlich ansteigen. Diese Entwicklung wird auf Infrastruktur-Investitionen und deren Betriebsfolgekosten zurückzuführen sein. Darüber hinaus sind für das Geschäftsjahr 2017 Maßnahmen zur Stärkung der Marke Union Investment geplant. Der Personalaufwand wird unter anderem durch den erwarteten Mitarbeiteraufbau im Geschäftsjahr 2017 steigen. Gegenläufig wird die Reduzierung variabler Vergütungsbestandteile wirken.

Aufgrund der oben beschriebenen Effekte wird für das Geschäftsjahr 2017 erneut ein hohes **Ergebnis vor Steuern** erwartet, wenngleich dieses im Vergleich zum Geschäftsjahr einen deutlichen Rückgang verzeichnen wird.

Analog dazu wird ein Anstieg der **Aufwand-Ertrags-Relation** und ein Rückgang des **regulatorischen RORAC** erwartet.

4.9. VR LEASING

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die VR LEASING ein herausforderndes Umfeld. So werden die anhaltende Niedrigzinsphase, der unter anderem daraus folgende intensive Wettbewerb um Kunden sowie die umfangreichen regulatorischen Anforderungen als zentrale Herausforderungen bestehen bleiben.

Im Geschäftsjahr 2017 beabsichtigt die VR LEASING, plangemäß zu wachsen. Die Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen und Produkten sowie die Steigerung des Online-Geschäfts stellen dabei wesentliche strategische Ziele dar. Die online verfügbaren Finanzierungslösungen werden konsequent weiterentwickelt werden.

Mit der von der VR LEASING angebotenen Online-Bestellstrecke soll es den Unternehmenskunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ab Mitte des Geschäftsjahres 2017 erstmals möglich sein, Finanzierungsvorhaben bis zu einem Volumen von 50.000 € vollständig online und damit rund um die Uhr zu realisieren. Der Zugang für Kunden soll dabei über die Websites der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken erfolgen. Die Online-Bestellstrecke soll zudem das gemeinsam mit der DZ BANK entwickelte Online-Anfrage-Tool VR BusinessOnline über die Erweiterung um die Vollabschlussfähigkeit unterstützen.

Weiterhin befindet sich ein digitaler Mehrwertdienst in der Vorbereitung zur Markteinführung, der den Geschäfts- und Gewerbekunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken einfach, intuitiv und übersichtlich ihr Liquiditätsmanagement erleichtern soll.

Schließlich sollen gezielte Maßnahmen im Geschäft ab 200.000 € die Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken bei der Erschließung zusätzlicher Potenziale unterstützen. Neben wettbewerbsfähigen Konditionen werden die Banken mit mehr Handlungsspielraum beim Beratungsgespräch ausgestattet werden und einfach und schnell eine verbindliche Kreditentscheidung für Engagements von 200.000 € bis 750.000 € erhalten.

Darüber hinaus steht im Geschäftsjahr 2017 die Umsetzung der anstehenden Meilensteine von regulatorischen Anforderungen unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und Proportionalität für den Geschäftsbetrieb der VR LEASING im Fokus.

Das nachhaltig veränderte Marktumfeld erhöht auch bei der VR LEASING den Druck, neben der Weiterentwicklung innovativer, standardisierter und digitaler Produkte die Kosten durch Hebung von Effizienzen deutlich zu reduzieren. Mit im Geschäftsjahr initiierten Maßnahmen zur Effizienzsteigerung soll die Rentabilität der VR LEASING in den nächsten Jahren deutlich gesteigert werden.

Die positiven Impulse aus den eingeleiteten Initiativen in Vertrieb und Produktstrategie sowie bei Produktionsprozessen werden sich im Geschäftsjahr 2017 in steigenden Erträgen aus dem Kerngeschäft widerspiegeln. Durch das auslaufende Nicht-Kerngeschäft wird der **Zinsüberschuss** erwartungsgemäß im Geschäftsjahr 2017 gegenüber dem Geschäftsjahr stark sinken.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wird durch die zunehmende Marktdurchdringung des Unternehmerkredits VR Leasing flexibel voraussichtlich strukturell bedingt von einem niedrigen Niveau im Geschäftsjahr stark ansteigen.

Die eingeleiteten Effizienzsteigerungen und die damit einhergehende deutliche Reduktion der **Verwaltungsaufwendungen** werden allerdings den Ertragsrückgang überkompensieren und dürften zu einer stark verbesserten **Aufwand-Ertrags-Relation** führen. Die zusätzlichen Belastungen aus den regulatorischen

Anforderungen sollen durch eingeleitete Kostensparmaßnahmen und eine konsequente Kostensteuerung kompensiert werden.

Das **Ergebnis vor Steuern** wird sich im Geschäftsjahr 2017 trotz regulatorischer Vorgaben erwartungsgemäß verbessern.

Aufgrund der erwarteten Ergebnisverbesserung und im Vergleich zum Geschäftsjahr stabiler risikogewichteter Aktiva wird für das Geschäftsjahr 2017 von einer Erhöhung des **regulatorischen RORAC** ausgegangen.

4.10. WL BANK

Auch im Geschäftsjahr 2017 wird die im Jahr 2010 beschlossene strategische Akzentverschiebung der WL BANK hin zur Kundenbank des Immobilien- und Kommunalkreditgeschäfts konsequent fortgeführt werden. Die Erfolgsfaktoren zur Erreichung des Zielbilds werden weiterhin im bundesweiten Kundenzugang verbunden mit einer starken Geschäftsvermittlung durch die Genossenschaftsbanken sowie in den beständig günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten, insbesondere über den Pfandbrief, liegen.

Der direkte Zugang zu Kapitalmarktpartnern und das große Vertrauen der Investoren sind weiterhin unerlässliche Bausteine der günstigen Refinanzierung. Nach der erfolgreichen Fusion von DZ BANK und WGZ BANK bindet sich die WL BANK seit Mitte des Geschäftsjahres sukzessive in die aufbauorganisatorischen Strukturen sowie die Gremienarbeiten der DZ BANK Gruppe ein. Auch im Geschäftsjahr 2017 geht die Integration der WL BANK in die fachlichen, methodischen und technischen Prozesse, wie beispielsweise die Einbindung in das Meldewesen oder in die Risikomanagementsysteme, weiter. Der am Ende des Geschäftsjahres auslaufende Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der vormaligen WGZ BANK beziehungsweise DZ BANK wurde verlängert.

Vor dem Hintergrund der fusionsbedingt separat zu betrachtenden Halbjahre des Geschäftsjahres ist ein Vergleich zwischen den Ertrags- und Ergebniskomponenten des Geschäftsjahres und des Geschäftsjahres 2017 nicht sinnvoll durchführbar. Daher wird ein qualitativer Mehrjahresvergleich hinsichtlich der Aufwands-, Ertrags- und Ergebniskomponenten durchgeführt.

Die weiterhin positive konjunkturelle Entwicklung mit einer günstigen Arbeitsmarktlage und steigenden Tariflöhnen gepaart mit einem historisch niedrigen Zinsniveau wird auch im Geschäftsjahr 2017 für gute Bedingungen in den Immobilienmärkten sorgen. Die deutsche Bauwirtschaft rechnet mit einem Anhalten des aktuellen Baubooms.

Für das Geschäftsjahr 2017 ist ein Neugeschäft sowohl im Immobilien- als auch im Kommunalkreditgeschäft auf dem hohen Niveau des Geschäftsjahres geplant. Der daraus resultierende Bestandsaufbau wird zu Teilen durch den weiteren Abbau des Wertpapier- und Schuldscheindarlehenportfolios kompensiert werden, sodass die Bilanzsumme nur leicht ansteigen wird.

Der **Zinsüberschuss** wird wie in den Vorjahren als Folge des seit 2010 angepassten Geschäftsmodells kräftig ansteigend erwartet.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wird wie in den Vorjahren konservativ geplant und auf einem relativ niedrigen Niveau erwartet.

Nach der Erstbewertung der Finanzinstrumente im Zusammenhang mit der Fusion der Zentralbanken wird das Ergebnis im Geschäftsjahr 2017 per saldo einen merklichen positiven Effekt im Zuge der Folgebewertung, insbesondere im **Zinsüberschuss** und im **Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten**, enthalten.

Der **Provisionsüberschuss** wird sich planmäßig analog zum akquirierten Neugeschäft entwickeln.

Die **Verwaltungsaufwendungen** werden erneut von den Folgen der weiterhin hohen regulatorischen Anforderungen und der Fusionen der Zentralbanken und Rechenzentralen geprägt sein und leicht steigend erwartet.

Das **Ergebnis vor Steuern** wird für das Geschäftsjahr 2017 infolge der genannten Effekte steigend erwartet.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** wird sich erwartungsgemäß deutlich verbessern.

Der **regulatorische RORAC** wird sich voraussichtlich deutlich erhöhen.

VI. Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht

1. Konzept der Offenlegung

Mit dem Chancen- und Risikobericht setzt die DZ BANK als Mutterunternehmen des DZ BANK Konzerns die für die DZ BANK Gruppe geltenden chancen- und risikobezogenen Transparenzanforderungen nach §§ 37v und 37y WpHG sowie gemäß § 315 HGB in Verbindung mit dem DRS 20 um. Darüber hinaus werden mit dem Chancen- und Risikobericht die für die DZ BANK als Einzelunternehmen maßgeblichen chancen- und risikobezogenen Transparenzanforderungen des § 289 HGB unter Beachtung des DRS 20 erfüllt.

Des Weiteren werden in dem vorliegenden Bericht die international geltenden Anforderungen zur Risikoberichterstattung umgesetzt. Dabei handelt es sich um die Regelungen des IAS 1.134-136 (Kapital), IFRS 7.31-42 (Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben) und IFRS 4.38-39A (Art und Ausmaß der Risiken, die sich aus Versicherungsverträgen ergeben). Die Fälligkeitsanalyse finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten gemäß IFRS 7.39(a) und (b) wird im Konzernanhang (Abschnitt 84) offengelegt.

Die Anforderungen des IFRS 7 sind grundsätzlich auf Finanzinstrumente beschränkt und rücken damit Kreditrisiken, Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Im Unterschied dazu steht in der DZ BANK Gruppe beim Einsatz des Instrumentariums der Risikosteuerung und hinsichtlich der Einschätzung der Risikolage eine gesamthafte Betrachtungsweise im Vordergrund. Dies hat zur Folge, dass neben den Risiken, die in besonderer Weise mit Finanzinstrumenten verknüpft sind, auch alle weiteren relevanten Risikoarten in das gruppenweite Risikomanagement eingebunden werden. Diese integrative Vorgehensweise spiegelt sich in dem vorliegenden Chancen- und Risikobericht wider.

Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus berücksichtigt der vorliegende Chancen- und Risikobericht jene risikobezogenen Offenlegungsempfehlungen des Finanzstabilitätsrats (Financial Stability Board, FSB),

der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA) sowie der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, ESMA), die zur Verbesserung der Entscheidungsnützlichkeit der Angaben beitragen.

Die quantitativen Angaben in diesem Chancen- und Risikobericht beruhen aufgrund gesetzlicher Anforderungen grundsätzlich auf Informationen, die dem Vorstand vorgelegt und zur internen Steuerung verwendet werden (sogenannter Management Approach). Auf diese Weise soll die gesetzlich geforderte Entscheidungsnützlichkeit sichergestellt werden.

Aufgrund der Integration der vormaligen WGZ BANK Gruppe in die DZ BANK Gruppe sind die in diesem Chancen- und Risikobericht zum 31. Dezember 2016 offengelegten quantitativen Angaben in vielen Fällen nicht unmittelbar mit den entsprechenden Angaben aus dem Chancen- und Risikobericht 2015 stammenden Vorjahresangaben zum 31. Dezember 2015 vergleichbar. Wesentliche Abweichungen werden im Rahmen der Erläuterungen zum Zahlenwerk verbal dargestellt.

In den Chancen- und Risikobericht der DZ BANK Gruppe sind die Angaben der DZ BANK integriert. Eine separate Chancen- und Risikoberichterstattung der DZ BANK erfolgt nicht. Sofern nicht anders dargestellt, gelten die Angaben zur DZ BANK Gruppe und zum Sektor Bank auch für die DZ BANK.

DZ BANK Gruppe

2. Zusammenfassung

2.1. Erklärungen des Vorstands

Dieser Abschnitt stellt die **Risikoerklärung** des Vorstands gemäß Artikel 435 Absatz 1f CRR dar.

Der Vorstand der DZ BANK erachtet das bestehende **Risikomanagementsystem** gemäß Artikel 435 Absatz 1e CRR als dem Risikoprofil und der Risikostrategie der DZ BANK Gruppe grundsätzlich angemessen. Die EZB hat für einige Elemente des Risikomanagementsystems Weiterentwicklungsbedarf festgestellt. Die DZ BANK hat die erforderlichen

Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems eingeleitet und Mechanismen zur konsequenten und unverzüglichen Umsetzung dieser Maßnahmen implementiert.

2.2. Auswirkungen der Fusion

Im Zuge der Fusion zwischen der DZ BANK (vor Fusion) und der vormaligen WGZ BANK wurden zahlreiche Aktivitäten gestartet, um unter anderem die Prozesse, Methoden und verwendeten IT-Systeme des Risikomanagements anzugleichen und zu vereinheitlichen. So wurde ein Großteil der bisher geltenden **Risikostrategien** der beiden früheren Zentralbankgruppen, das **Rahmendokument Risikostrategie** sowie das **Risikoappetit-Statement** und das **Risikohandbuch** der DZ BANK Gruppe (vor Fusion) an die Erfordernisse der vereinigten Zentralbank angepasst und mit Wirkung ab August 2016 vom Vorstand verabschiedet.

Darauf aufbauend wurden die **weiterführenden Dokumente und Vorgaben zum Risikomanagement** in einer Übergangsphase bis zum Geschäftsjahresende überarbeitet. Zudem wurden die **strategische und operative Planung** für das Geschäftsjahr 2017 unter Berücksichtigung der Fusion durchgeführt. Aufgrund dieser Maßnahmen wurde die Vereinheitlichung wesentlicher Elemente des Risikomanagementsystems der beiden früheren Zentralbankgruppen zum 31. Dezember 2016 abgeschlossen. Die **Berichterstattung** an den Vorstand über die ökonomische Liquiditäts- und Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe (nach Fusion) ist erstmals im dritten Quartal 2016 erfolgt.

Im Geschäftsjahr 2017 wird die im Geschäftsjahr bereits begonnene **schrittweise Migration der Geschäftsdatenbestände** aus den IT-Systemen der vormaligen WGZ BANK in die IT-Systeme der DZ BANK weitergeführt werden. Bis zur vollständig abgeschlossenen Migration werden wesentliche IT-Systeme zum Teil parallel betrieben werden. Die mit der Migration verbundene Zusammenführung der Risikopositionen wird planmäßig im Geschäftsjahr 2017 erfolgen.

2.3. Chancen- und Risikomanagementsystem

In der DZ BANK und der DZ BANK Gruppe werden **Chancen** als positive unerwartete Abweichungen von der erwarteten Ertragslage verstanden.

Risiken ergeben sich aus nachteiligen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage und bestehen in der Gefahr von zukünftigen Verlusten

beziehungsweise eines zukünftigen Liquiditätsbedarfs. Dabei werden die Ressourcen Liquidität und Kapital unterschieden. Schlagend werdende Risiken können grundsätzlich auf beide Ressourcen wirken.

Das **Chancenmanagement** der DZ BANK und DZ BANK Gruppe ist in den jährlichen strategischen Planungsprozess eingebunden. Die strategische Planung ermöglicht die Identifizierung und Analyse von Diskontinuitäten auf Basis unterschiedlicher makroökonomischer Szenarien, Trends und Veränderungen im Marktumfeld und ist Grundlage für die Evaluierung von Chancen. Attraktive Chancen werden in den Geschäftsstrategien berücksichtigt.

Die **Berichterstattung** über die Chancen der künftigen Geschäftsentwicklung basiert auf den Ergebnissen der Geschäftsstrategien. Im Rahmen der Kommunikation der Geschäftsstrategien werden die Mitarbeiter über die identifizierten Chancenpotenziale informiert.

Die DZ BANK und die DZ BANK Gruppe verfügen über ein umfangreiches **Risikomanagementsystem**, das grundsätzlich den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen gerecht wird und die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Zudem ist das Management von Chancen und Risiken integraler Bestandteil des gruppenweiten strategischen Planungsprozesses. Das Risikomanagement basiert auf Risikostrategien, die aus den Geschäftsstrategien abgeleitet und vom Vorstand verabschiedet wurden.

Das Risikomanagement weist aufgrund seiner besonderen Bedeutung für den Fortbestand der DZ BANK und der DZ BANK Gruppe sowie der umfassenden gesetzlichen Anforderungen einen höheren Detaillierungsgrad auf als das Chancenmanagement. Die Steuerung von Chancen basiert auf einem qualitativen Ansatz und ist eng mit dem strategischen Planungsprozess verknüpft.

Die auf die Ressourcen Liquidität und Kapital wirkenden Risiken werden über das gruppenweite Liquiditätsrisikomanagement und das gruppenweite Risikokapitalmanagement gesteuert. Das **Liquiditätsrisikomanagement** soll die angemessene Ausstattung mit Liquiditätsreserven in Bezug auf die Risiken aus zukünftigen Zahlungsverpflichtungen sicherstellen (Liquiditätsadäquanz). Das **Risikokapitalmanagement** soll die Angemessenheit der Kapitalausstattung im Verhältnis zu den eingegangenen Risiken sicherstellen (Kapitaladäquanz).

In allen Risikofeldern kommen leistungsfähige Steuerungs- und Controlling-Instrumente zum Einsatz, die sukzessive verfeinert und weiterentwickelt werden. Die Entwicklung dieser Instrumente wird geleitet von den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und orientiert sich hinsichtlich des Risikomanagements an den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die eingesetzten Methoden zur Risikomessung sind in das Risikomanagementsystem eingebunden. Die mit den Risikomodellen ermittelten Ergebnisse werden zur Steuerung der DZ BANK Gruppe und der in die Gruppe einbezogenen Unternehmen genutzt.

Aufgrund der implementierten Methoden, organisatorischen Regelungen und IT-Systeme sind die DZ BANK und ihre Tochterunternehmen weitestgehend in der Lage, die materiellen Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und angemessene Steuerungsmaßnahmen sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der einzelnen Steuerungseinheiten zu ergreifen. Dies gilt insbesondere für die Früherkennung von bestandsgefährdenden Risiken.

Die zur Risikosteuerung eingesetzten Instrumente ermöglichen auch auf stärkere Marktbewegungen eine angemessene Reaktion. So spiegeln sich mögliche Veränderungen der Risikofaktoren, wie beispielsweise Ratingverschlechterungen oder Ausweitungen der Bonitäts-Spreads von Wertpapieren, bei der modellbasierten Messung von Kreditrisiken und Marktpreisrisiken in adjustierten Risikowerten wider. Konservativ gewählte Krisenszenarien für die kurz- und mittelfristige Liquidität sollen sicherstellen, dass Krisensituationen auch in der Liquiditätsrisikosteuerung angemessen berücksichtigt werden. Aufgrund des an der Risikotragfähigkeit ausgerichteten Limitsystems, eines alle wesentlichen Risikoarten umfassenden Stress-Testings und eines flexiblen internen Berichtswesens ist das Management grundsätzlich in der Lage, bei Bedarf gezielte Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten.

In das gruppenweite Chancen- und Risikomanagement sind alle Unternehmen der DZ BANK Gruppe integriert. Die DZ BANK und die wesentlichen Tochterunternehmen – auch als **Steuerungseinheiten** bezeichnet – bilden den Kern der Allfinanzgruppe. Aufgrund der Fusion ergänzt die WL BANK den Kreis der für die Risikosteuerung der DZ BANK Gruppe materiellen Gruppenunternehmen. Diese als Steuerungseinheiten bezeichneten Unternehmen bilden jeweils eigene Segmente und sind den Sektoren wie folgt zugeordnet:

Sektor Bank:

- DZ BANK
- BSH
- DG HYP
- DVB
- DZ PRIVATBANK
- TeamBank
- UMH
- VR LEASING
- WL BANK

Sektor Versicherung:

- R+V

Die DG HYP und die WL BANK wenden die sogenannte **Waiver-Regelung** nach § 2a Absatz 1, 2 und 5 KWG in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 und 5 CRR sowie Artikel 7 CRR an. Demnach sind die Vorschriften der Teile 2 bis 5 sowie der Teile 7 und 8 CRR durch die DG HYP und die WL BANK als Einzelinstitute nicht mehr anzuwenden, sondern werden auf Ebene der DZ BANK Gruppe abgedeckt.

Die Steuerungseinheiten repräsentieren die Geschäftssegmente der DZ BANK Gruppe. Sie werden hinsichtlich ihres Beitrags zum Gesamtrisiko der DZ BANK Gruppe als wesentlich betrachtet und daher unmittelbar in das Risikomanagement einbezogen.

Die weiteren Tochter- und Beteiligungsunternehmen werden mittelbar über das Beteiligungsrisiko erfasst.

Die Steuerungseinheiten stellen sicher, dass ihre eigenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen ebenfalls – mittelbar über die direkt erfassten Unternehmen – in das Risikomanagement der DZ BANK Gruppe einbezogen werden und die gruppenweit geltenden Mindeststandards erfüllen.

2.4. Risikofaktoren, Risiken und Chancen

2.4.1. Risikofaktoren

Die DZ BANK Gruppe und die DZ BANK sind **markt- und branchenbezogenen Risikofaktoren** ausgesetzt, die sich auf die Liquiditäts- und die Kapitaladäquanz auswirken können.

Das für die Kreditwirtschaft geltende **regulatorische Umfeld** ist durch sich ständig verschärfende aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie Prozess- und Berichterstattungsanforderungen

geprägt. Diese Entwicklungen haben insbesondere Auswirkungen auf das Geschäftsrisiko.

Für die DZ BANK Gruppe bedeutsame **gesamtwirtschaftliche Risikofaktoren** bestehen in der konjunkturellen Entwicklung, der europäischen Staatsschuldenkrise und dem schwierigen Marktumfeld im Schiffsfinanzierungsgeschäft.

Die gesamtwirtschaftlichen Risikofaktoren haben im Sektor Bank potenziell negative Auswirkungen insbesondere auf das Kreditrisiko, das Beteiligungsrisiko, das Marktpreisrisiko, das Geschäftsrisiko und das Reputationsrisiko sowie im Sektor Versicherung auf das Marktrisiko und das Gegenparteiausfallrisiko. Das nachhaltig niedrige Zinsniveau wird zu Ergebnisbelastungen führen.

Darüber hinaus unterliegt die DZ BANK Gruppe **unternehmensspezifischen Risikofaktoren**, die auf mehrere Risikoarten wirken. Dies betrifft potenzielle Unzulänglichkeiten des Risikomanagementsystems, mögliche Herabstufungen des Ratings der DZ BANK oder ihrer Tochterunternehmen und die Unwirksamkeit von Sicherungsbeziehungen. Diese Risiken werden grundsätzlich im Rahmen der Steuerung berücksichtigt.

2.4.2. Risiken und Chancen

Die wesentlichen **Merkmale der unmittelbar gesteuerten Risiken** und ihre Bedeutung für die Geschäftssegmente im Sektor Bank und im Sektor Versicherung werden in Abb. 6 beziehungsweise in Abb. 7 dargestellt.

Zur Wahrung der Übersichtlichkeit der Angaben sind die im Chancen- und Risikobericht enthaltenen Angaben zum Risikomanagementsystem auf die Unternehmen mit erhöhter Wesentlichkeit beschränkt (in Abb. 6 durch einen Punkt auf dunkelgrauem Untergrund gekennzeichnet). Dieser Auswahl liegt ein Materialitätskonzept zugrunde, mit dem je Risikoart der Risikobeitrag der Steuerungseinheiten zum Gesamtrisiko der DZ BANK Gruppe berücksichtigt wird. Dessen ungeachtet umfasst das im Chancen- und Risikobericht abgebildete Zahlenwerk sämtliche in die interne Berichterstattung einbezogenen Steuerungseinheiten (in Abb. 6 zusätzlich durch einen Punkt auf hellgrauem Untergrund gekennzeichnet).

Bei den in Abb. 6 genannten Unterarten des Kreditrisikos und des Marktpreisrisikos handelt es sich um solche mit wesentlicher Bedeutung für den Sektor Bank. Weitere Ausprägungen des Kreditrisikos und des Marktpreisrisikos werden in der Risikosteuerung

berücksichtigt, jedoch aufgrund ihrer insgesamt untergeordneten Bedeutung nicht im Chancen- und Risikobericht dargestellt. In dem offengelegten Zahlenwerk sind diese Unterrisikoarten enthalten.

Die **Zahlungsfähigkeit** der DZ BANK Gruppe war im Berichtszeitraum zu keiner Zeit gefährdet. Durch das Vorhalten von Liquiditätsreserven kann möglichen krisenbezogenen Liquiditätsbelastungen angemessen begegnet werden. Darüber hinaus wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Liquiditätsadäquanz jederzeit erfüllt. Die DZ BANK Gruppe hat sich im Geschäftsjahr im Rahmen ihrer ökonomischen **Risikotragfähigkeit** bewegt. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Kapitaladäquanz wurden jederzeit erfüllt. Eine **Bestandsgefährdung** der DZ BANK Gruppe oder einzelner Steuerungseinheiten einschließlich der DZ BANK ist nicht zu erkennen.

Die **Chancen** der voraussichtlichen Entwicklung stehen in einem angemessenen Verhältnis zu den eingegangenen Risiken.

3. Grundlagen des Managements von Chancen und Risiken

3.1. Aufsichtsrechtlicher Rahmen des Risikomanagements

Das **konglomeratweite Risikomanagementsystem** entspricht grundsätzlich den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 25 Absatz 1 FKAG in Verbindung mit § 25a KWG und den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für den Bankensektor (MaRisk BA). Darüber hinaus werden für die betroffenen Steuerungseinheiten im Rahmen des Risikomanagements § 26 und § 27 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG) und § 28 des Kapitalanlagegesetzbuchs in Verbindung mit den MaRisk für Investmentgesellschaften (InvMaRisk) beachtet.

Bei der Gestaltung des Risikomanagementsystems der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK orientiert sich die DZ BANK an den Leitlinien der EBA und der European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) sowie an den Verlautbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) und des FSB zu Fragen des Risikomanagements.

Gemäß den Anforderungen der Bankenaufsicht hat die DZ BANK im Geschäftsjahr 2013 erstmalig einen

Sanierungsplan erstellt, der jährlich zu aktualisieren ist. Der **Sanierungsplan** orientiert sich an den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) vom April 2014. Zusätzlich wurden ab dem Vorjahr neben weiteren aufsichtsrechtlichen Vorgaben im Wesentlichen die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen der EBA sowie das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der Fusion hat die DZ BANK im Geschäftsjahr gemäß der Absprache mit der EZB ein Übergangsdokument erstellt und bei der EZB eingereicht. Ein vollständig aktualisierter Sanierungsplan ist im Geschäftsjahr 2017 zu erstellen.

Gemäß Artikel 7 Absatz 2 der EU-Verordnung Nr. 806/2014 ist das Einheitliche Aufsichtsgremium (Single Resolution Board, SRB) als europäische Abwicklungsbehörde zuständig für die Erstellung der Abwicklungspläne und für sämtliche Beschlüsse im Zusammenhang mit einer Abwicklung für alle Institute unter direkter EZB-Aufsicht. Für Institute, die einer Beaufsichtigung auf konsolidierter Basis unterliegen, wird ein Gruppenabwicklungsplan erstellt. Das SRB arbeitet eng mit den nationalen Abwicklungsbehörden (in Deutschland ist dies die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, FMSA) zusammen. Ziel des **Abwicklungsplans** ist die Sicherstellung der Abwicklungsfähigkeit der Institutsgruppe. Nach § 42 Absatz 1 SAG kann die Abwicklungsbehörde verlangen, dass das Institut bei der Erstellung und Aktualisierung des Abwicklungsplans umfassend unterstützt. Die DZ BANK hat vor diesem Hintergrund auch im Geschäftsjahr 2016 bei der laufenden Erstellung des Abwicklungsplans für die DZ BANK Gruppe mit Zulieferungen von Textbausteinen und Analysen an die FMSA mitgewirkt.

3.2. Risikostrategien

Die Wahrnehmung von Geschäftschancen sowie die gezielte und kontrollierte Übernahme von Risiken unter Beachtung von Renditezielen ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK. Die aus dem Geschäftsmodell resultierenden Aktivitäten erfordern die Fähigkeit zur Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Chancen und Risiken. Darüber hinaus sind eine angemessene Liquiditätsreservehaltung und die adäquate Unterlegung der Risiken mit Eigenkapital als notwendige Bedingungen für das Betreiben des Geschäfts von grundlegender Bedeutung.

Für die DZ BANK Gruppe und die DZ BANK gilt daher als ein Grundsatz der Risikokultur, dass Risiken

bei allen Aktivitäten nur in dem Maße eingegangen werden, wie dies zur Erreichung der geschäftspolitischen Ziele unter Berücksichtigung des Leitmotivs „Verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe“ erforderlich ist und soweit die Steuerungseinheiten ein angemessenes Verständnis und die Expertise für die Messung und Steuerung der Risiken besitzen. Dabei haben die Unternehmen der DZ BANK Gruppe alle wesentlichen Risiken in den Dimensionen Kapital/Ertrag und Liquidität im Blick und vermeiden eine aggressive Risikonahme.

Zur Umsetzung dieses Grundsatzes hat der Vorstand der DZ BANK Risikostrategien für die wesentlichen Risiken festgelegt, die auf den Geschäftsstrategien aufbauen. Die bisher geltenden Risikostrategien der DZ BANK (vor Fusion) wurden an die Erfordernisse der Fusion angepasst. Die Risikostrategien umfassen jeweils die wesentlichen risikotragenden Geschäftsaktivitäten, die Ziele der Risikosteuerung einschließlich der Vorgaben zur Akzeptanz und Vermeidung von Risiken und die Maßnahmen zur Zielerreichung. Der Planungshorizont beträgt ein Jahr.

Die jährliche Aktualisierung der Risikostrategien ist mit dem strategischen Planungsprozess eng verzahnt und erfolgt durch die Unternehmensbereiche Konzern-Risikocontrolling, Kredit, Kredit Spezial sowie Konzern-Strategie und Controlling in enger Abstimmung mit den weiteren betroffenen Unternehmensbereichen der DZ BANK und den Tochterunternehmen.

Die Risikostrategien werden in den nachfolgenden Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten dargestellt.

3.3. Risikoappetit

Das **Risikoappetit-Statement** enthält **Leitsätze** zur Risikoneigung in der DZ BANK Gruppe. Die Leitsätze sind übergeordnete Aussagen, die im Einklang mit dem Geschäftsmodell stehen und sich in konsistenter Form in den Geschäfts- und Risikostrategien sowie in weiterführenden Dokumenten wiederfinden. Ergänzt werden die qualitativ ausgerichteten Leitsätze durch quantitative **Kennzahlen**, für die Mindestziele festgelegt werden. Diese Kennzahlen stellen die risikoorientierten Leistungsindikatoren der DZ BANK Gruppe dar.

Angaben zum Geschäftsmodell und zu den Geschäftsstrategien sind im Abschnitt I.1. (Geschäftsmodell) beziehungsweise im Abschnitt I.2. (Strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe als verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe) des (Konzern-)Lageberichts enthalten.

ABB. 6 – RISIKEN UND GESCHÄFTSSEGMENTE IM SEKTOR BANK¹

			Risiken
Risikoarten	Definitionen	Risikofaktoren	
NICHT KAPITALUNTERLEGTE RISIKEN			
Liquiditätsrisiko	Gefahr, dass liquide Mittel zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen (Zahlungsunfähigkeitsrisiko)	<ul style="list-style-type: none"> – Refinanzierungsstruktur der Aktivgeschäfte – Unsicherheit der Liquiditätsbindung – Volumenänderungen bei Einlagen und Ausleihungen – Refinanzierungspotenzial am Geld- und Kapitalmarkt – Marktwertschwankungen und Veräußerbarkeit von Wertpapieren sowie deren Beleihungsfähigkeit in der besicherten Refinanzierung – Ausübung von Liquiditätsoptionen – Verpflichtung zur Stellung eigener Sicherheiten 	
KAPITALUNTERLEGTE RISIKEN			
Finanzwirtschaftliche Risiken	Kreditrisiko – Klassisches Kreditrisiko – Emittentenrisiko – Wiedereindeckungsrisiko	Gefahr von Verlusten aus dem Ausfall von Gegenparteien (Kreditnehmer, Emittenten, Kontrahenten)	<ul style="list-style-type: none"> – Konzentration des Kreditvolumens mit längerer Restlaufzeit bei Bonitätseinstufungen unterhalb des Investment Grade – Verschlechterung der Kreditqualität von Anleihen der öffentlichen Hand – Erhöhter Kreditrisikovorsorgebedarf
	Beteiligungsrisiko	Gefahr von Verlusten aufgrund negativer Wertveränderungen jenes Teils des Beteiligungsportfolios, bei dem die Risiken nicht im Rahmen anderer Risikoarten berücksichtigt werden	Erhöhter Abschreibungsbedarf auf Beteiligungsbuchwerte
	Marktpreisrisiko – Zinsrisiko – Spread-Risiko – Aktienrisiko – Fondspreisrisiko – Währungsrisiko – Rohwarenrisiko – Asset Management-Risiko – Marktliquiditätsrisiko	<ul style="list-style-type: none"> – Gefahr von Verlusten aus Finanzinstrumenten oder anderen Vermögenswerten, die durch Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern verursacht werden (Marktpreisrisiko im engeren Sinne) – Gefahr von Verlusten aufgrund nachteiliger Veränderungen der Marktliquidität (Marktliquiditätsrisiko) 	<ul style="list-style-type: none"> – Ausweitung der Credit Spreads europäischer Staatsanleihen – Marktliquiditätsengpässe
Leistungswirtschaftliche Risiken	Bauspartechnisches Risiko ² – Neugeschäftsrisiko – Kollektivrisiko	<ul style="list-style-type: none"> – Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund möglicher Abweichungen vom geplanten Neugeschäftsvolumen (Neugeschäftsrisiko) – Gefahr negativer Auswirkungen, die sich aufgrund anhaltender und signifikanter nicht zinsinduzierter Verhaltensänderungen der Kunden durch Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs ergeben können (Kollektivrisiko) 	<ul style="list-style-type: none"> – Neugeschäftsrückgang – Verändertes (nicht zinsinduziertes) Kundenverhalten
	Geschäftsrisiko	Gefahr von Verlusten aus Ergebnisschwankungen, die bei gegebener Geschäftsstrategie aus Veränderungen von externen Rahmenbedingungen resultieren	<ul style="list-style-type: none"> – Kosten der Regulierung – Fusion von DZ BANK und WGZ BANK – Verschärfter Preis- und Konditionenwettbewerb – Unzureichende Wettbewerbsfähigkeit elektronischer Handelsplattformen – Digitalisierung und demografischer Wandel
	Reputationsrisiko ³	Gefahr von Verlusten aus Ereignissen, die das Vertrauen in die Unternehmen des Sektors Bank oder in die angebotenen Produkte und Dienstleistungen insbesondere bei Kunden (hierzu zählen auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken), Anteilseignern, Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt, in der Öffentlichkeit und bei der Aufsicht beschädigen	<ul style="list-style-type: none"> – Neu- und Bestandsgeschäftsrückgang – Refinanzierungsschwierigkeiten
	Operationelles Risiko	Gefahr von Verlusten, die durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagement-schwächen oder externe Ereignisse hervorgerufen werden	<ul style="list-style-type: none"> – Betriebsunterbrechungen – Unzureichende Mitarbeiterverfügbarkeit – Fehlfunktionen oder Störungen von Datenverarbeitungssystemen – Störungen bei ausgelagerten Prozessen und Dienstleistungen – Fehlerhafte externe Rechnungslegung – Auswirkungen von Marktmanipulationen und von Bilanz- oder Steuertraftaten – Nichterkennen von Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen

¹ Mit Ausnahme der Migrationsrisiken bei klassischen Krediten, die über den Kapitalpuffer abgedeckt werden

² Einschließlich Geschäftsrisiko und Reputationsrisiko der BSH

³ Das Reputationsrisiko des Sektors Bank ist im Risikokapitalbedarf für das Geschäftsrisiko enthalten. Ausgenommen hiervon ist das Reputationsrisiko der BSH, das über das bauspartechnisches Risiko abgedeckt wird.

Offengelegte Kennziffern der Risikosteuerung		Geschäftssegmente								
		DZ BANK	BSH	DG HYP	DVB	DZ PRIVATBANK	TeamBank	Union Asset Management Holding	VR LEASING	WL BANK
<ul style="list-style-type: none"> - Liquide Wertpapiere - Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen - Unbesicherte kurz- und mittelfristige Refinanzierung - Minimaler Liquiditätsüberschuss - LCR 	Abschnitt 6.2.6. Abschnitt 6.2.6. Abschnitt 6.2.6. Abschnitt 6.2.7. Abschnitt 6.3.3.	●	●	●	●	●	●	●	●	
<ul style="list-style-type: none"> - Kreditvolumen - Kreditrisikovorsorge - Risikokapitalbedarf 	Abschnitte 8.5., 8.6. und 8.7. Abschnitt 8.8. Abschnitt 8.9.	●	●	●	●	●	●	●	●	
<ul style="list-style-type: none"> - Beteiligungsvolumen - Risikokapitalbedarf 	Abschnitt 9.4.	●	●	●	●	●	●	●	●	
<ul style="list-style-type: none"> - Risikokapitalbedarf - Value-at-Risk 	Abschnitt 10.6.1. Abschnitt 10.6.2.	●	●	●	●	●	●	●	●	
Risikokapitalbedarf	Abschnitt 11.5.	□	●	□	□	□	□	□	□	
Risikokapitalbedarf	Abschnitt 12.4.	●	□	●	●	●	●	●	●	
		●	●	●	●	●	●	●	●	
<ul style="list-style-type: none"> - Verluste aus Schadenfällen - Risikokapitalbedarf 	Abschnitt 14.6. Abschnitt 14.7.	●	●	●	●	●	●	●	●	

Berücksichtigung der Steuerungseinheiten im Chancen- und Risikobericht:

quantitative und qualitative Angaben
 quantitative Angaben
 nicht relevant
 nicht relevant

ABB. 7 – RISIKEN IM GESCHÄFTSSEGMENT UND SEKTOR VERSICHERUNG

	Risikoarten	Definitionen	Risikofaktoren	Offengelegte Kennziffern der Risikosteuerung
KAPITALUNTERLEGTE RISIKEN NACH SOLVENCY II				
Finanzwirtschaftliche Kernrisiken	Versicherungstechnisches Risiko – Versicherungstechnisches Risiko Leben – Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit – Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben	– Versicherungstechnisches Risiko Leben: Gefahr, die sich aus der Übernahme von Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts – Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit: Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen ergibt und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts – Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben: Risiko, das sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts	– Bei langfristigen Garantieprodukten weicht aufgrund der langen Vertragsdauern der tatsächliche Vertragsverlauf von den bei Vertragsabschluss getroffenen Kalkulationsannahmen ab. – Die Leistungsanspruchnahme aufgrund der Verhaltensweisen von Versicherten und Leistungserbringern führt zu einem Anstieg der Aufwendungen für Versicherungsfälle, der über die Kalkulationsannahmen hinausgeht. – Die tatsächliche Schadenbelastung, insbesondere aus Katastrophenrisiken, übersteigt die erwartete Belastung.	– Schadenentwicklung in der Nicht-Lebensversicherung – Gesamtsolvabilitätsbedarf Abschnitt 16.6. Abschnitt 16.7.
	Marktrisiko – Zinsrisiko – Spread-Risiko – Aktienrisiko – Währungsrisiko – Immobilienrisiko	Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen	– Die bei Vertragsabschluss für bestimmte Produkte vereinbarte garantierte Mindestverzinsung kann nicht dauerhaft am Kapitalmarkt erwirtschaftet werden. – Eine Ausweitung der Credit Spreads im Hinblick auf Staatsanleihen oder andere Anleihen führt zum Rückgang der Marktwerte mit der Folge temporärer oder dauerhafter Ergebnisbelastungen. – Eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten beziehungsweise Schuldnern führt zum teilweisen oder vollständigen Ausfall von Forderungen oder zu bonitätsbedingten Wertminderungen.	– Kreditvolumen – Gesamtsolvabilitätsbedarf Abschnitte 17.4. und 17.5. Abschnitt 17.6.
	Gegenparteiausfallrisiko	Gefahr von möglichen Verlusten, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen während der folgenden 12 Monate ergeben	Unerwarteter Ausfall oder Verschlechterung der Bonität von Kontrahenten von derivativen Finanzinstrumenten, Rückversicherungskontrahenten und Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern	– Kreditvolumen – Gesamtsolvabilitätsbedarf Abschnitte 17.4. und 17.5. Abschnitt 18.3.
Leistungswirtschaftliche Risiken	Operationelles Risiko	Verlustgefahr, die sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt (einschließlich Rechtsrisiken)	– Betriebsunterbrechung – Unzureichende Mitarbeiterverfügbarkeit – Fehlfunktionen oder Störungen von Datenverarbeitungssystemen	Gesamtsolvabilitätsbedarf Abschnitt 19.4.
KAPITALUNTERLEGTE RISIKEN NACH SOLVABILITÄT I				
	Unternehmen aus anderen Finanzsektoren	Zu den Unternehmen aus anderen Finanzsektoren zählen im Wesentlichen Pensionskassen und Pensionsfonds zur betrieblichen Altersvorsorge.	Grundsätzlich entsprechend den Risikofaktoren der kapitalunterlegten Risiken nach Solvency II	Gesamtsolvabilitätsbedarf Abschnitt 20.

3.4. Chancen- und risikoorientierte Unternehmensführung

3.4.1. Governance-Struktur

Das **Risikomanagement** der DZ BANK Gruppe baut auf den vom Vorstand der DZ BANK verabschiedeten Risikostrategien auf. Es stützt sich auf drei miteinander verbundene und in das Kontroll- und Überwachungsumfeld eingebettete Säulen. Damit verfügen die DZ BANK Gruppe und die DZ BANK über eine MaRisk-konforme Governance-Struktur, die den

Handlungsrahmen für das Risikomanagement absteckt. Die Governance-Struktur des Risikomanagements wird in Abb. 8 schematisch dargestellt.

Das **Drei-Säulen-Modell** verdeutlicht das Verständnis von Risikomanagement innerhalb der DZ BANK Gruppe und legt klar formulierte und voneinander abgegrenzte Rollen und Verantwortlichkeiten fest. Durch das integrative Zusammenspiel der drei Funktionsbereiche („Säulen“) sind die Voraussetzungen für ein effektives gruppenweites

Risikomanagement geschaffen. Hierbei übernehmen die einzelnen Säulen folgende Aufgaben:

- **1. Säule:** operatives Eingehen von Risiken und deren Steuerung
- **2. Säule:** Etablierung und Weiterentwicklung eines Rahmenwerks für das Risikomanagement; Überwachung der Einhaltung des Rahmenwerks durch Säule 1 und diesbezügliche Berichterstattung an den Aufsichtsrat und den Vorstand
- **3. Säule:** prozessunabhängige Prüfung und Beurteilung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse in den Säulen 1 und 2; Berichterstattung an den Vorstand sowie an den Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss; Kommunikation mit den externen Kontrollinstanzen

Der Aufsichtsrat überwacht die Unternehmensführung und evaluiert kontinuierlich das Risikomanagementsystem und das interne Kontrollsystem auf Angemessenheit.

Externe Wirtschaftsprüfer sowie die Banken- und Versicherungsaufsicht bilden das **externe Kontrollumfeld**, wobei die Aufsicht den Wirtschaftsprüfern gegebenenfalls Prüfungsschwerpunkte vorgibt und die

Wirtschaftsprüfer die Aufsicht über die Ergebnisse ihrer Abschluss- und Sonderprüfungen informieren.

Die **Gremien** des Chancen- und Risikomanagements als Teil der Governance-Struktur werden im Rahmen der Grundlagen der DZ BANK Gruppe im Abschnitt I.3.1.3. (Gremien der Unternehmenssteuerung) des (Konzern-)Lageberichts erörtert.

Die **Geschäftschancen** werden im Rahmen des strategischen Planungsprozesses auf Ebene der einzelnen Steuerungseinheiten und in den Vorstandsklausuren besprochen.

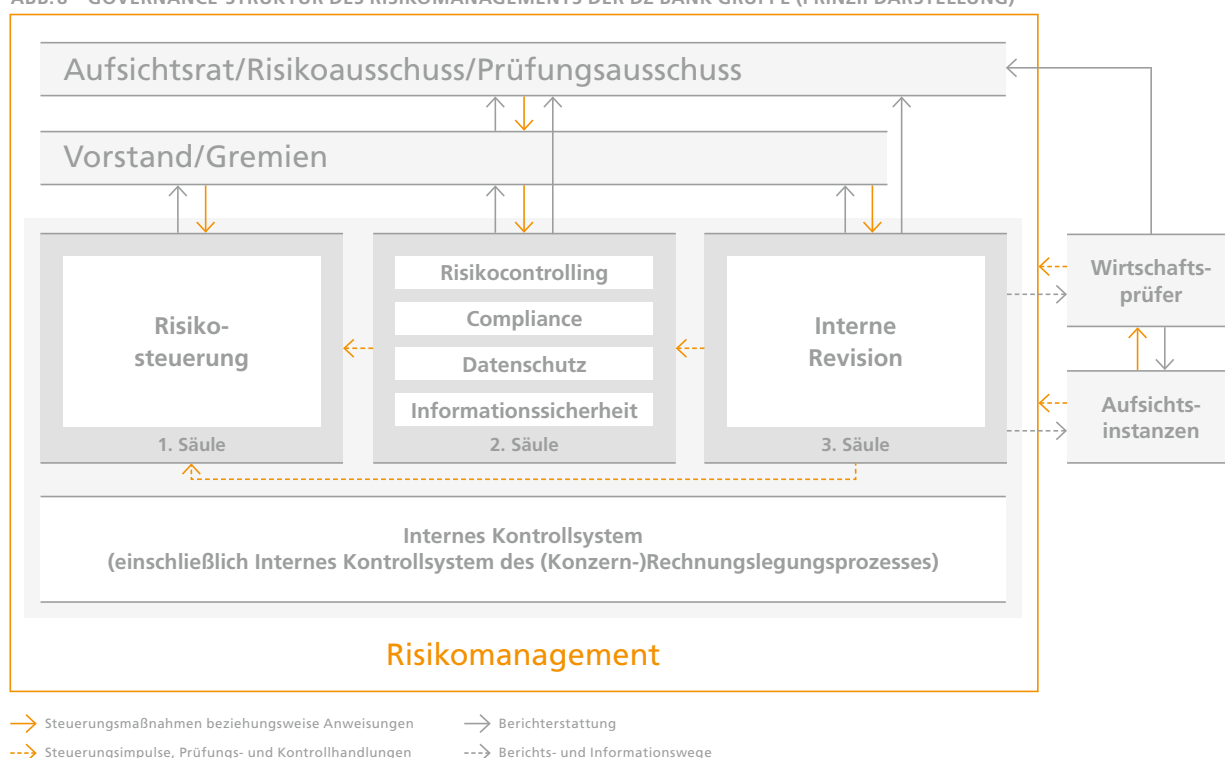
3.4.2. Risikosteuerung

Unter Risikosteuerung wird die operative Umsetzung der Risikostrategien in den risikotragenden Geschäftseinheiten auf Basis gruppenweit geltender Vorgaben verstanden.

Die Steuerungseinheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dabei haben sie die zentral vorgegebenen Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen zu beachten.

Die für die Risikosteuerung verantwortlichen Unternehmensbereiche sind organisatorisch und funktional von den nachgeordneten Bereichen getrennt.

ABB. 8 – GOVERNANCE-STRUKTUR DES RISIKOMANAGEMENTS DER DZ BANK GRUPPE (PRINZIPDARSTELLUNG)



3.4.3. Risikocontrolling

Das zentrale Risikocontrolling der DZ BANK ist für die Identifikation, Messung und Bewertung von Risiken in der DZ BANK Gruppe verantwortlich. Damit einher geht die Planung der Verlustobergrenzen. Dies schließt die Früherkennung, möglichst vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Darüber hinaus berichtet das Risikocontrolling die Risiken an den Aufsichtsrat, den Vorstand und die Steuerungseinheiten.

Das Risikocontrolling der DZ BANK macht grundlegende Vorgaben für die gruppenweit anzuwendenden Risikomessmethoden und stimmt deren Umsetzung mit dem Risikocontrolling der weiteren Steuerungseinheiten ab. Damit soll ein gruppenweit konsistentes Risikokapitalmanagement sichergestellt werden.

Im Risikocontrolling der DZ BANK wird in Zusammenarbeit mit den weiteren Steuerungseinheiten ein gruppenweites Risikoberichtswesen über alle wesentlichen Risikoarten auf Basis von vorgegebenen Mindeststandards nach abgestimmten Methoden erstellt.

Sowohl in der DZ BANK als auch in den weiteren Steuerungseinheiten ist das Risikocontrolling für die Transparenz der eingegangenen Risiken zuständig und soll die Aktualität der verwendeten Risikomessmethoden sicherstellen. Die Risikocontrolling-Einheiten der Steuerungseinheiten überwachen zudem die Einhaltung der auf Basis des von der DZ BANK zugewiesenen Risikokapitals gesetzten unternehmensbezogenen Limite. Ferner verantwortet das Risikocontrolling der DZ BANK das Risikoberichtswesen auf Gruppenebene. Darauf aufbauend sind die Steuerungseinheiten für ihr eigenes Risikoberichtswesen verantwortlich.

3.4.4. Compliance, Datenschutz und Informationssicherheit

Compliance

Grundsätzlich sind der Vorstand der DZ BANK und die Vorstände der weiteren Steuerungseinheiten für die Einhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben sowie der zu diesem Zweck implementierten Grundsätze und Maßnahmen verantwortlich. Die Vorstände bedienen sich zur Erfüllung dieser Aufgaben in der Regel einer unabhängigen Compliance-Funktion.

Die wichtigsten Aufgaben der Compliance-Funktion sind die Identifizierung, das Management und die Minderung von Compliance-Risiken, um die Kunden, die DZ BANK und die Unternehmen der

DZ BANK Gruppe sowie die Mitarbeiter dieser vor Verstößen gegen rechtliche Regelungen und Vorgaben zu schützen. Darüber hinaus obliegt der Compliance-Funktion die Überwachung der Einhaltung der rechtlichen Regelungen und Vorgaben. Eine weitere Aufgabe der Compliance-Funktion ist die Information des Managements und der Fachbereiche über Änderungen des rechtlichen Umfelds sowie die Beratung hinsichtlich der Umsetzung neuer Regelungen und Vorgaben.

Gemäß den Anforderungen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess zur Baseler Säule 2 (SREP) ist es erforderlich, ein einheitliches Compliance-Rahmenwerk für die wesentlichen Unternehmen der DZ BANK Gruppe zu schaffen, in dem die Zusammenarbeit, die Kompetenzen und die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Compliance-Funktion geregelt sind.

Die DZ BANK hat in Abstimmung mit den weiteren Steuerungseinheiten ein solches Rahmenwerk für die DZ BANK Gruppe erarbeitet mit dem Ziel, ein gruppenweites Compliance Management-System zu schaffen. Das Compliance-Rahmenwerk der DZ BANK Gruppe besteht aus der Compliance-Richtlinie, welche Anforderungen an die Einrichtung beziehungsweise Ausgestaltung sowie die Aufgaben der Compliance-Funktionen formuliert, und wird hinsichtlich der operativen Umsetzung dieser Anforderungen durch Compliance-Standards ergänzt.

Sofern einzelne Anforderungen aus den Compliance-Standards auf Ebene der Steuerungseinheiten nicht umgesetzt werden können, beispielsweise weil lokale oder spezialgesetzliche Anforderungen dem entgegenstehen, hat die betroffene Steuerungseinheit dies zu begründen.

Die Compliance-Richtlinie wurde vom Vorstand der DZ BANK im ersten Quartal des Geschäftsjahres beschlossen und in Kraft gesetzt.

Datenschutz

Die Unternehmen der DZ BANK Gruppe haben Vorkehrungen getroffen, um die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen im Hinblick auf Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter zu gewährleisten. Insbesondere wurde die Funktion des Datenschutzbeauftragten geschaffen und einheitliche Datenschutzgrundsätze erlassen. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter regelmäßig mit den aktuell gültigen Datenschutzbestimmungen vertraut gemacht. Der

Datenschutzbeauftragte unterrichtet den Vorstand über Fragen zur Datenschutzorganisation.

Informationssicherheit

Unter Informationssicherheit wird in der DZ BANK Gruppe die operative Sicherheit von Prozessen, IT-Anwendungen und IT-Infrastrukturen verstanden.

Die DZ BANK hat ein Informationssicherheitsmanagement-System (ISMS) implementiert, dessen Regelungsinhalte und methodischer Rahmen sich am Standard ISO/IEC 27001:2013 orientieren. Das ISMS ist darauf ausgerichtet, die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Authentizität von Informationswerten und Informationsträgern (IT-Anwendungen, IT-Systemen und Infrastrukturkomponenten) sicherzustellen. Das implementierte Governance-Modell definiert Methoden, Verfahren, Rollen, Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Berichtswege, die zur Operationalisierung der strategischen Ziele und Aufgaben im Bereich der Informationssicherheit erforderlich sind. Es bildet zugleich den Handlungsrahmen zur einheitlichen quantitativen und qualitativen Bewertung und Steuerung von Informationssicherheitsrisiken als Teil der operationellen Risiken.

3.4.5. Kontrollinstanzen

Interne Revision

Die **Internen Revisionen** der DZ BANK und aller wesentlichen Tochterunternehmen nehmen prozessunabhängig Überwachungs- und Kontrollaufgaben wahr. Sie führen hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben systematisch und regelmäßig risikoorientierte Prüfungen durch, prüfen und beurteilen die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der Risikosteuerung und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung und überwachen die Behebung der getroffenen Prüfungsfeststellungen.

Die Internen Revisionen der DZ BANK und der weiteren Steuerungseinheiten sind grundsätzlich jeweils dem Vorsitzenden oder einem anderen Mitglied der Geschäftsleitung unterstellt. Die in den MaRisk festgelegten besonderen Anforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision werden sowohl in der DZ BANK als auch in den betroffenen Tochterunternehmen befolgt.

Die Aufgaben der Konzernrevision werden von der Internen Revision der DZ BANK wahrgenommen.

Dies erfolgt insbesondere durch die Koordination von unternehmensübergreifenden Prüfungen, deren Durchführung in Verantwortung der jeweiligen Internen Revision der Steuerungseinheiten liegt, sowie durch die Auswertung von Prüfungsberichten aus den Steuerungseinheiten mit Relevanz für die gesamte Gruppe. Die Zusammenarbeit der Internen Revisionen in der DZ BANK Gruppe wird durch gesonderte Rahmenbedingungen geregelt.

Aufsichtsrat

Mit den folgenden Angaben werden die Offenlegungspflichten gemäß Artikel 435 Absatz 2d und 2e CRR (Risikoausschuss und risikobezogener Informationsfluss an den Aufsichtsrat) umgesetzt.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat der DZ BANK regelmäßig und zeitnah über die Risikolage, die Risikostrategien sowie den Stand und die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK. Des Weiteren berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig über wesentliche Kredit- und Beteiligungsengagements und die damit verbundenen Risiken. Der Aufsichtsrat erörtert diese Themen mit dem Vorstand, berät den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung stets eingebunden.

Der Aufsichtsrat hat einen Risikoausschuss eingesetzt, der sich eingehend mit Fragen der risikobezogenen Unternehmensführung befasst. Der Vorsitzende des Risikoausschusses unterrichtet den Gesamtaufwichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wesentlichen Ergebnisse der Ausschussarbeit. Im Geschäftsjahr fanden 5 Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Im Rahmen der vierteljährlichen schriftlichen Information über die Risikosituation in der DZ BANK Gruppe stellt der Vorstand den Mitgliedern des Risikoausschusses sowie den weiteren Mitgliedern des Aufsichtsrats den quartalsweise erstellten Gesamtrisikobericht zur Verfügung. Zudem werden dem Risikoausschuss in quartalsweisem Turnus der Kreditrisikobericht, der Bericht zu ökonomischen Stresstests und der Bericht zur aktuellen Entwicklung der Indikatoren gemäß den MaSan zur Kenntnis gebracht. Der Gesamtaufwichtsrat wird hierüber spätestens in seiner nächsten Sitzung durch den Vorsitzenden des Risikoausschusses unterrichtet. Die Protokolle der Sitzungen des Risikoausschusses werden regelmäßig sämtlichen Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Verfügung gestellt.

Bankexterne Kontrollinstanzen

Externe **Wirtschaftsprüfer** beurteilen gemäß § 29 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2a KWG in Verbindung mit § 25a Absatz 1 Satz 3 KWG im Rahmen der Jahresabschlussprüfung, ob das Risikomanagement einschließlich der internen Kontrollverfahren der Unternehmen des Sektors Bank ihre Aufgaben erfüllen können. Für den Sektor Versicherung erfolgt gemäß § 35 Absatz 2 VAG eine Prüfung der Solvabilitätsübersicht sowie gemäß § 35 Absatz 3 VAG in Verbindung mit § 317 Absatz 4 HGB und § 91 Absatz 2 des Aktiengesetzes (AktG) im Rahmen der Jahresabschlussprüfung eine Beurteilung der Eignung des Risikofrüherkennungssystems einschließlich des internen Überwachungssystems der R+V.

Darüber hinaus nehmen die **Banken- und die Versicherungsaufsicht** risikoorientierte Prüfungen vor.

3.4.6. Generelles internes Kontrollsystem

Mit dem gruppenweiten internen Kontrollsystem setzt die DZ BANK die entsprechenden aufsichtlichen Anforderungen der MaRisk um. Darüber hinaus berücksichtigen die internen Kontrollsysteme der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) aufgestellte und branchenübergreifend geltende Rahmenwerk für interne Kontrollen.

Ziel der internen Kontrollsysteme ist es, durch geeignete Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Risikomanagementaktivitäten in der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK sicherzustellen.

Aufbauorganisatorische Vorkehrungen und Kontrollen in den Arbeitsabläufen dienen einer prozessintegrierten Überwachung der Risikomanagementaktivitäten.

Eine kompetenzabhängige Berechtigungsverwaltung und technische Sicherungsmaßnahmen sollen die IT-Systeme gegen unbefugte Zugriffe innerhalb und außerhalb der Steuerungseinheiten systematisch schützen.

3.4.7. Internes Kontrollsystem des (Konzern-) Rechnungslegungsprozesses

Zielsetzung und Zuständigkeiten

Die DZ BANK ist zur Erstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts sowie eines Jahresabschlusses und eines Lageberichts verpflichtet.

Primäres Ziel der externen (Konzern-)Rechnungslegung der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK ist die Bereitstellung entscheidungsnützlicher Informationen für die Berichtsadressaten. Damit verbunden ist das Bestreben, die Ordnungsmäßigkeit der (Konzern-) Rechnungslegung sicherzustellen und damit Verstöße gegen Rechnungslegungsnormen, die zu unrichtiger Information der Berichtsadressaten oder zu Fehlsteuerungen der Gruppe führen können, mit hinreichender Sicherheit zu vermeiden.

Die DZ BANK und ihre Tochterunternehmen haben ein auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess bezogenes internes Kontrollsystem als Bestandteil des für den generellen Risikomanagementprozess implementierten Kontrollsystems eingerichtet, um operationelle Risiken in diesem Bereich zu begrenzen. In diesem Rahmen werden das Handeln der Mitarbeiter, die implementierten Kontrollen, die eingesetzten Technologien und die Gestaltung der Arbeitsabläufe darauf ausgerichtet, die Erreichung der mit der (Konzern-) Rechnungslegung verbundenen Zielsetzung sicherzustellen.

Die Gesamtverantwortung für die (Konzern-)Rechnungslegung obliegt in erster Linie den Unternehmensbereichen Konzern-Finanz und Konzern-Risikocontrolling der DZ BANK. Die Verantwortung für die Aufbereitung und Kontrolle der quantitativen und qualitativen Informationen, die für die Konzernrechnungsführung erforderlich sind, tragen alle konsolidierten Unternehmen der DZ BANK Gruppe.

Anweisungen und Regelungen

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses innerhalb der DZ BANK Gruppe anzuwendenden Methoden sind in einem Konzernhandbuch schriftlich fixiert. Die zur Aufstellung des Jahresabschlusses innerhalb der DZ BANK anzuwendenden Methoden sind in der Schriftlich Fixierten Ordnung niedergelegt. Beide internen Regelwerke werden fortlaufend aktualisiert. Basis der externen Risikoberichterstattung ist die vom Vorstand verabschiedete Offenlegungsrichtlinie, in der Prinzipien und grundlegende Entscheidungen zur methodischen, organisatorischen und technischen Gestaltung der Risikopublizität der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK dokumentiert sind. Darüber hinaus regelt die Offenlegungsrichtlinie die Einbettung der Risikopublizität in die allgemeine Finanzpublizität und stellt die Verbindung zum internen Risikoberichtswesen her. Mit dieser Richtlinie hat der Vorstand zudem die wesentlichen Elemente der risikobezogenen Offenlegungspolitik festgelegt und innerhalb der

DZ BANK Gruppe kommuniziert. Die Anweisungen und Regelungen werden im Rahmen regelmäßiger Angemessenheitsprüfungen an veränderte unternehmensinterne und -externe Rahmenbedingungen angepasst.

Ressourcen und Verfahren

Ausgehend von den Vorgaben des Arbeitskreises Finanzen und unter Beachtung der Regelungen des Risikohandbuchs sowie der Richtlinie zur Risikopublizität sind in der DZ BANK und ihren Tochterunternehmen Prozesse installiert, die – unter Nutzung geeigneter IT-Systeme – ein effizientes Risikomanagement hinsichtlich der Rechnungslegung ermöglichen sollen.

Die Konzernrechnungslegung der DZ BANK Gruppe ist dezentral organisiert. Die Aufbereitung und Kontrolle von quantitativen und qualitativen Informationen, die für die Konzernrechnungslegung erforderlich sind, obliegt den organisatorischen Einheiten der DZ BANK Gruppe. Die Bereiche Konzern-Financen und Konzern-Risikocontrolling der DZ BANK führen entsprechende Kontrollen und Prüfungen bezüglich der Datenqualität und im Hinblick auf die Beachtung der einheitlichen Regelungen der DZ BANK Gruppe durch. In einer für das Risikocontrolling der Steuerungseinheiten geltenden Richtlinie zum Datenqualitätsmanagement und zum internen Kontrollsystem sind die Standards zur Sicherstellung der Datenqualität im Prozess der ökonomischen Kapitaladäquanzsteuerung festgelegt.

Buchungsvorgänge für einzelne Geschäftsvorfälle und Transaktionen werden bei den organisatorischen Einheiten vorgenommen. Konsolidierungsvorgänge erfolgen durch den Bereich Konzern-Financen der DZ BANK sowie durch das Rechnungswesen in den jeweiligen Teilkonzernen der DZ BANK Gruppe. Dies dient der ordnungsgemäßen Kontrolle und Protokollierung sämtlicher Buchungs- und Konsolidierungsvorgänge.

Die (Konzern-)Rechnungslegung liegt im Wesentlichen in der Verantwortung von Mitarbeitern der DZ BANK und der weiteren organisatorischen Einheiten der DZ BANK Gruppe. Für bestimmte rechnungslegungsbezogene Kalkulationen, wie die Ermittlung von Pensionsverpflichtungen oder die Bewertung von Sicherheiten, werden, soweit erforderlich, externe Gutachter einbezogen.

Für die Konzernrechnungslegung gelten zwischen dem Bereich Konzern-Financen der DZ BANK und

dem Rechnungswesen der einzelnen organisatorischen Einheiten der DZ BANK Gruppe vereinbarte verbindliche Ablaufpläne. Sie regeln die Erhebung und die Generierung der quantitativen und qualitativen Angaben, die für die Erstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichte der Unternehmen und als eine Grundlage der internen Steuerung der operativen Einheiten der DZ BANK Gruppe erforderlich sind.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts sowie des Jahresabschlusses und des Lageberichts wird auf allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zurückgegriffen, deren Angemessenheit regelmäßig überprüft wird.

Um die Wirtschaftlichkeit der (Konzern-)Rechnungslegung zu gewährleisten, werden die zugrunde liegenden Daten mittels geeigneter IT-Systeme weitgehend automatisiert verarbeitet. Umfangreiche Kontrollmaßnahmen sollen dabei die Qualität der Verarbeitung sicherstellen und dazu beitragen, operationelle Risiken zu begrenzen. So werden die Input- und Output-Daten der (Konzern-)Rechnungslegung zahlreichen maschinellen und manuellen Prüfschritten unterzogen.

Zudem sind geeignete Notfallkonzepte implementiert, mit denen die Verfügbarkeit von personellen und technischen Ressourcen für die Durchführung der (Konzern-)Rechnungslegungsprozesse sichergestellt werden soll. Die Notfallkonzepte werden kontinuierlich weiterentwickelt und im Rahmen geeigneter Tests regelmäßig überprüft.

Informationstechnologie

Die für die (Konzern-)Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme müssen die gebotenen Sicherheitsanforderungen hinsichtlich Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Authentizität erfüllen. Über IT-gestützte Kontrollen soll erreicht werden, dass die verarbeiteten (konzern-)rechnungslegungsrelevanten Daten den maßgeblichen Anforderungen an Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit entsprechen. Im Zusammenhang mit IT-gestützten (Konzern-)Rechnungslegungsprozessen betrifft dies insbesondere Kontrollen für eine konsistente Berechtigungsvergabe, Kontrollen zur Stammdatenänderung und logische Zugriffskontrollen sowie Kontrollen im Bereich des Change Managements im Zusammenhang mit der Entwicklung, Einführung und Änderung von IT-Anwendungen.

Die für die Verwendung von IT-gestützten (Konzern-)Rechnungslegungsverfahren erforderliche IT-Infrastruktur unterliegt den im Rahmen des generellen

IT-Sicherheitskonzepts der DZ BANK und der weiteren Unternehmen der DZ BANK Gruppe implementierten Sicherheitskontrollen.

Die für Zwecke der Konzernrechnungslegung eingesetzte Informationstechnologie verfügt über Funktionalitäten für die Vornahme der Buchungsvorgänge bei den einzelnen organisatorischen Einheiten sowie der Konsolidierungsvorgänge im Konzernrechnungswesen der DZ BANK beziehungsweise im Rechnungswesen der Teilkonzerne.

Die Prüfung der IT-gestützten (Konzern-)Rechnungslegungsprozesse ist integraler Teil der internen Revisionsprüfungen der DZ BANK und der weiteren Unternehmen der DZ BANK Gruppe.

Weiterentwicklung und Sicherstellung der Wirksamkeit
Eingeführte Prozesse werden regelmäßig auf ihre Zweckmäßigkeit und Angemessenheit überprüft und hinsichtlich neuer Produkte und Sachverhalte sowie veränderter gesetzlicher Regelungen angepasst. Zur Sicherstellung und Steigerung der Qualität der (Konzern-)Rechnungslegung in der DZ BANK und den weiteren Unternehmen der DZ BANK Gruppe werden die mit der Berichterstattung betrauten Mitarbeiter bedarfsorientiert im Hinblick auf die gesetzlichen Regelungen und die angewandten IT-Systeme geschult. Bei der Implementierung von gesetzlichen Änderungen werden externe Berater und Wirtschaftsprüfer frühzeitig zur Qualitätssicherung der Berichterstattung hinzugezogen. Die Interne Revision führt in regelmäßigen Abständen Prüfungen des auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess bezogenen internen Kontrollsystems durch.

3.5. Instrumente des Risikomanagements

3.5.1. Bilanzielle Grundlagen

Bilanzielle Grundlagen der Risikomessung

Die dem Konzernabschluss der DZ BANK zugrunde liegenden Geschäftsdaten stellen eine Basis für die gruppenweite Risikomessung dar. Dies gilt in gleicher Weise für den Jahresabschluss der DZ BANK. Darüber hinaus fließt eine Vielzahl weiterer Faktoren in die Risikorechnung ein. Diese Faktoren werden im weiteren Verlauf des Chancen- und Risikoberichts erläutert.

Die Positionen des Konzernabschlusses mit Bedeutung für die Risikomessung werden in Abb. 9 dargestellt. Die Darstellung gilt analog für die Risikomessung für den Jahresabschluss und die Risikomessung der

DZ BANK, wobei das baupartechnische Risiko und die Risiken im Sektor Versicherung nicht relevant sind.

Im Folgenden werden für einzelne Risikoarten zusätzliche Erläuterungen zu ihrer Verknüpfung mit dem Konzernabschluss gegeben.

Die zur Ermittlung des **Kreditrisikos** verwendeten Positionen des Konzernabschlusses werden in Abschnitt 8.5.2. weiter aufgeschlüsselt.

Bei den zur Messung des **Beteiligungsriskos** herangezogenen Finanzanlagen handelt es sich um die im Abschnitt 55 des Konzernanhangs ausgewiesenen Positionen Aktien und sonstiger Anteilsbesitz, Anteile an Tochterunternehmen, Anteile an assoziierten Unternehmen und Anteile an Joint Ventures.

Im **Sektor Bank** stützt sich die Bewertung von Finanzinstrumenten sowohl für Zwecke der Marktpreisrisikomessung als auch der Bilanzierung auf die zentrale ökonomische Marktdatenversorgung. Geringe Abweichungen resultieren aus dem unterschiedlichen Ansatz von Bewertungsabschlägen bei der Marktpreisrisikomessung und bei der Bilanzierung. Mit Ausnahme dieser Unterschiede spiegeln die Angaben zum **Marktpreisrisiko** die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wider.

Grundlage für die Messung des **baupartechnischen Risikos** sind neben den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden (Bauspardarlehen) auch die den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden zugeordneten und im Abschnitt 63 des Konzernanhangs dargestellten Bauspareinlagen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen stellen eine maßgebliche bilanzielle Bestimmungsgröße für alle Ausprägungen des **versicherungstechnischen Risikos** dar. Darüber hinaus wird die Bilanzposition Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen zur Ermittlung aller Ausprägungen des **Marktrisikos** sowie des **Gegenparteiausfallrisikos** herangezogen. Die Bilanzposition Sonstige Aktiva wird bei der Ermittlung des versicherungstechnischen Risikos und des Gegenparteiausfallrisikos berücksichtigt.

Die Messung von **operationellen Risiken**, **Geschäftsrisiken** und **Reputationsrisiken** erfolgt unabhängig von den im Konzernabschluss ausgewiesenen bilanziellen Positionen.

ABB. 9 – RISIKOTRAGENDE POSITIONEN DES KONZERNABSCHLUSSES¹

KONZERNABSCHLUSS	SEKTOR BANK										SEKTOR VERSICHERUNG											
	Kreditrisiko			Marktpreisrisiko							Versicherungs- technisches Risiko				Marktkrisiko							
	Klassisches Kreditrisiko	Emittentenrisiko	Wiedereindeckungsrisiko	Beteiligungsrisiko	Zinsrisiko	Spread-Risiko	Aktienrisiko	Währungsrisiko	Rohwarenrisiko	Handelsportfolios	Nichthandelsportfolios	Bauspartechnisches Risiko	Leben	Gesundheit	Nicht-Leben	Zinsrisiko	Spread-Risiko	Aktienrisiko	Währungsrisiko	Immobilienrisiko	Gegenparteiausfallrisiko	
Risikotragende Aktiva																						
Forderungen an Kreditinstitute	•		•		•	•	•			•	•	•										
Forderungen an Kunden	•				•	•	•			•	•	•										
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten			•		•	•	•	•	•	•	•											
Handelsaktiva		•	•		•	•	•	•	•	•												
Finanzanlagen		•	•	•	•	•	•					•										
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen															•	•	•	•	•	•	•	•
Sonstige Aktiva												•	•	•								•
Finanzgarantien und Kreditzusagen	•				•			•			•											
Risikotragende Passiva																						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					•	•		•		•	•	•										
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					•	•		•		•	•	•										
Verbriefte Verbindlichkeiten					•	•	•	•	•	•	•											
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten			•		•	•	•	•	•	•	•											
Handelspassiva			•		•	•	•	•	•	•												
Versicherungstechnische Rückstellungen												•	•	•	•							

¹ Da grundsätzlich alle Positionen des Konzernabschlusses in die Ermittlung des Liquiditätsrisikos einfließen, wird zur Wahrung einer übersichtlichen Darstellung auf Angaben zum Liquiditätsrisiko verzichtet.
² Angaben für das Bankgeschäft

Die Ermittlung des **Liquiditätsrisikos** fußt auf zukünftigen Zahlungsströmen, die grundsätzlich mit allen bilanziellen Positionen des Konzernabschlusses korrespondieren.

Bilanzielle Grundlagen der Risikodeckung
Die bilanzielle Herkunft der zur Ermittlung der öko-

nomischen Liquiditätsadäquanz verwendeten verfügbaren Liquiditätsreserven geht aus Abschnitt 6.2.6. hervor.

Der Bezug der zur Ermittlung der ökonomischen Kapitaladäquanz verwendeten Risikodeckungsmasse zur Konzernbilanz geht aus Abschnitt 7.2.2. hervor.

3.5.2. Messung von Risiken und Risikokonzentrationen

Rahmenkonzept

Das Risikomanagement der DZ BANK Gruppe basiert auf einer **ressourcenorientierten Betrachtungsweise von Liquidität und Kapital**. Es reflektiert damit die durch den SREP festgelegten aufsichtlichen Anforderungen an die Beurteilung der Angemessenheit der internen Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process, ILAAP) und an die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Weiterhin wird zwischen **ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Liquiditäts- beziehungsweise Kapitaladäquanz** unterschieden. Für alle Risikoarten wird ihre Wirkung sowohl auf das ökonomische Kapital als auch auf die ökonomische Liquidität berücksichtigt. Die Wirkungsweise und Wesentlichkeit der verschiedenen Risikoarten kann, abhängig von der betrachteten Ressource, unterschiedlich ausgeprägt sein.

Ökonomische Liquiditätsadäquanz

Zur Feststellung der ökonomischen Liquiditätsadäquanz der DZ BANK Gruppe wird im Rahmen der **Liquiditätsrisikoermittlung** für verschiedene Szenarien der Überhang an Zahlungsmitteln ermittelt, der bei Eintreten der Szenarien innerhalb des nächsten Jahres mindestens vorhanden wäre.

Konzentrationen von Liquiditätsrisiken können in erster Linie aufgrund der Häufung von Auszahlungen zu bestimmten Tageszeiten oder Tagen (Laufzeitkonzentrationen), der Verteilung der Refinanzierung auf bestimmte Währungen, Märkte, Produkte und Liquiditätsgeber (Refinanzierungskonzentrationen) sowie der Verteilung der Liquiditätsreserve auf bestimmte Währungen, Bonitäten und Emittenten (Reservekonzentrationen) auftreten. Für das Liquiditätsrisiko erfolgt keine Kapitalunterlegung.

Das Liquiditätsrisiko des **Sektors Versicherung** ist auf Ebene der DZ BANK Gruppe von untergeordneter Bedeutung. Dies ist einerseits auf die für das Versicherungsgeschäft typische langfristige Liquiditätsbindung von Verbindlichkeiten und Vermögenswerten zurückzuführen. Andererseits ist die R+V durch ihre breite Diversifizierung hinsichtlich Produkten und Kunden sowie die hohe Qualität und Liquidität ihrer Kapitalanlagen nur geringfügigen Liquiditätsrisiken ausgesetzt. Daher wird die R+V im Rahmen des Liquiditätsrisikomanagements der DZ BANK Gruppe nicht berücksichtigt.

Ökonomische Kapitaladäquanz

Im **Sektor Bank** wird für Kreditrisiken, Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken, bauspartechische Risiken, operationelle Risiken und Geschäftsrisiken zur Feststellung der ökonomischen Kapitaladäquanz **ökonomisches Kapital** (Risikokapitalbedarf) ermittelt. Die Berechnung erfolgt grundsätzlich als Value-at-Risk mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,90 Prozent.

Der Kapitalbedarf für die einzelnen Risikoarten wird unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zum gesamten Risikokapitalbedarf des Sektors Bank aggregiert. Der diversifizierte Risikokapitalbedarf reflektiert die zwischen den einzelnen Risikoarten bestehenden Abhängigkeiten. Die Risiken der Sektoren Bank und Versicherung werden unter Vernachlässigung von Diversifikationseffekten zwischen den Sektoren additiv zusammengeführt.

Die Risikomessung im **Sektor Versicherung** orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II mit dem grundsätzlichen Ziel der Bestimmung des Value-at-Risk als Maßgröße für das **ökonomische Kapital**. Der Value-at-Risk der Veränderung der ökonomischen Eigenmittel wird mit einem Konfidenzniveau von 99,50 Prozent über den Zeitraum eines Jahres ermittelt.

Das Management von **Risikokonzentrationen** hat zum Ziel, mithilfe von Portfoliobetrachtungen mögliche Verlustrisiken zu erkennen, die sich aus der Kumulierung von Einzelrisiken ergeben können, und gegebenenfalls notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dabei erfolgt eine Unterscheidung in Risikokonzentrationen, die innerhalb einer Risikoart auftreten (Intra-Risikokonzentrationen), und in Risikokonzentrationen, die durch das Zusammenwirken verschiedener Risikoarten entstehen (Inter-Risikokonzentrationen). Inter-Risikokonzentrationen werden implizit bei der Bestimmung von Korrelationsmatrizen zur Inter-Risikoaggregation berücksichtigt. Ihre Steuerung erfolgt insbesondere über quantitative Stresstest-Ansätze und qualitative Analysen, durch die eine ganzheitliche, risikoartenübergreifende Sicht gewährleistet ist. Im Folgenden wird die Abbildung von Intra-Risikokonzentrationen für jede Risikoart dargestellt.

Kapitalunterlegte Risiken im Sektor Bank

Für die kreditrisikotragenden Geschäfte der Unternehmen des Sektors Bank werden im Rahmen der Kreditportfolioanalyse erwartete und unerwartete Verluste ermittelt. Der Kapitalbedarf für das **Kreditrisiko** wird

als unerwarteter Verlust durch Differenzbildung aus dem Value-at-Risk und dem erwarteten Verlust bestimmt. Grundlage dieser Rechnung sind aus historischen Verlustdaten abgeleitete Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten, die zusätzlich geschäftsspezifische Besonderheiten berücksichtigen und dem aktuellen Rating des Schuldners entsprechen. Die Ratingeinstufung spiegelt die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Leistungskraft des Schuldners wider. In die Ermittlung des ausfallrisikobehafteten Exposures fließen unter anderem bewertbare Sicherheiten, Netting-Verträge und aufgrund historischer Erfahrungen erwartete Wiedereinbringungsquoten (Recovery Rates) ein.

Um die Konzentrationen des Kreditrisikos darzustellen, wird das Exposure auf Portfolioebene unter anderem Branchen, Ländergruppen, Restlaufzeiten, Größenklassen und Bonitätsklassen zugeordnet. Darüber hinaus werden die Risiken, die aus großen Engagements gegenüber einzelnen Kreditnehmereinheiten resultieren, eng überwacht und gesteuert. Zur Bestimmung von Kreditrisikokonzentrationen ist insbesondere der gemeinsame Ausfall mehrerer Kreditnehmer, die ein oder mehrere übereinstimmende Merkmale aufweisen, maßgeblich. Deshalb ist die Ermittlung des korrelierten Verlustrisikos im Rahmen der Ermittlung des Risikokapitalbedarfs für Kreditrisiken wesentlich für das Management von Risikokonzentrationen.

Seit dem ersten Quartal 2016 wird das **Beteiligungsrisiko** auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation bestimmt, in der Portfoliokonzentrationen auf Branchen und Einzeladressen durch eine Simulation von branchenweiten und beteiligungsindividuellen Risikofaktoren Rechnung getragen wird.

Der Kapitalbedarf für das **Marktpreisrisiko** wird auf Basis von Simulationsrechnungen als Value-at-Risk über einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet. Dabei werden Stresstestresultate einbezogen. Ergänzend zur ökonomischen Kapitalrechnung und für Zwecke der operativen Steuerung wird für das Marktpreisrisiko im Rahmen des Internen Modells ein Value-at-Risk für eine Haltedauer von einem Handelstag mit einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,00 Prozent ermittelt.

Konzentrationen im marktpreisrisikobehafteten Portfolio werden durch die Zuordnung des Exposures zu korrespondierenden Risikofaktoren im Zins-, Spread-, Migrations-, Aktien-, Währungs- und Rohwarenbe- reich abgebildet. Dabei werden Wirkungszusammenhänge zwischen diesen Risikofaktoren insbesondere

in Stressphasen berücksichtigt. Das Marktliquiditätsrisiko ist Gegenstand von Stresstests.

Die Messung der **bauspartech-nischen Risiken** erfolgt auf Basis einer speziellen Kollektivsimulation, in der ein verändertes (negatives) Kundenverhalten und ein Neugeschäftsrückgang integrativ abgebildet werden. Konzentrationen im bauspartech-nischen Risiko können sich vor allem aus dem Neugeschäftsrisiko ergeben.

Das **Geschäftsrisiko** wird mit einem Risikomodell ermittelt, das auf einem Earnings-at-Risk-Ansatz basiert. Durch eine Fokussierung von Unternehmensaktivitäten auf wenige Geschäftsbereiche können grundsätzlich Risikokonzentrationen entstehen. Konzentrationen des Geschäftsrisikos werden anhand qualitativer Kriterien im Rahmen der strategischen Steuerung begrenzt. Das **strategische Risiko** wird für den Sektor Bank als unwesentlich eingestuft und im Kontext des Geschäftsrisikos betrachtet.

Das **Reputationsrisiko** des Sektors Bank ist über das Geschäftsrisiko implizit in die Risikomessung und Kapitalabdeckung einbezogen.

Die Abschätzung des ökonomischen Kapitalbedarfs für **operationelle Risiken** erfolgt anhand eines Portfolio-modells. Risikokonzentrationen können im Rahmen von internen Verlusten, Risikoindikatoren oder Risk Self-Assessments identifiziert werden. Sie sind beispielsweise darauf zurückzuführen, dass IT-Systeme von wenigen Anbietern bereitgestellt oder Geschäftsprozesse auf eine begrenzte Anzahl von Dienstleistungsunternehmen ausgelagert werden. Das **Refinanzierungsrisiko** ist aus Sicht der ökonomischen Kapitaladäquanz unwesentlich.

Risiken im Sektor Versicherung

Zur Messung des **versicherungstechnischen Risikos** werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency-II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen oder eine interne Risikobetrachtung ergänzt werden.

Bei Teilen des Prämien- und Reserverisikos sowie des Nicht-Leben-Katastrophenrisikos findet eine Modellierung und Risikoquantifizierung auch auf der Basis von historischen Schadendaten statt. Diese basieren sowohl auf dem eigenen Bestand als auch, im Falle von Naturkatastrophen, auf Daten von Drittanbietern. Im Rahmen des Risikomanagements werden auch mögliche Risikokonzentrationen analysiert, überwacht und gesteuert.

Die Analyse, Überwachung und Steuerung von Konzentrationen des versicherungstechnischen Risikos erfolgt im Rahmen des Risikomanagements. Die grundsätzlich möglichen Risikokonzentrationen ergeben sich aus der Kombination unterschiedlicher Risikoarten mit der Konzentrationsdimension (beispielsweise Einzeladresse, Branche, Ländergruppe). Auf Ebene der DZ BANK werden dieselben Risikokonzentrationen untersucht.

Bei der Messung des **Markttrisikos** werden Schockszenarien betrachtet, die aus den Solvency-II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das **Gegenparteausfallrisiko** sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Kontrahent.

Die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs für **operationelle Risiken** im Sektor Versicherung erfolgt auf Basis eines Faktoransatzes auf Volumenmaße von Prämien und Rückstellungen sowie, im Falle des fondsgebundenen Geschäfts, auf Kosten. Darüber hinaus werden die operationellen Risiken mithilfe eines szenario-basierten Risk Self-Assessments identifiziert und quantifiziert. Reputationsrisiken begegnet die R+V durch geeignete Qualitätsstandards und Kommunikationsstrategien.

Für **nicht beherrschte Versicherungsunternehmen** wird der anteilige Risikokapitalbedarf gemäß Solvency II berücksichtigt. Die Risikoquantifizierung bei **Unternehmen aus anderen Finanzsektoren** erfolgt gemäß den derzeit gültigen regulatorischen Vorgaben der Versicherungsaufsicht. Demnach sind gemäß Solvabilität I die Kapitalanforderungen anzusetzen, die sich im Wesentlichen durch Anwendung eines Faktors auf die Volumenmaße Deckungsrückstellungen und riskiertes Kapital errechnen.

Das **strategische Risiko** wird für den Sektor Versicherung als unwesentlich eingestuft. Die R+V analysiert und prognostiziert laufend nationale und globale Sachverhalte mit Einfluss auf geschäftsrelevante Parameter. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden beispielsweise hinsichtlich der Bedürfnisse der Kunden ausgewertet und finden Eingang in die Entwicklung neuer Versicherungsprodukte.

3.5.3. Stresstests

Die Risikomessungen werden ergänzt durch die Analyse der Auswirkungen extremer, aber plausibler

Ereignisse. Mit derartigen Stresstests wird überprüft, ob die Risikotragfähigkeit der DZ BANK Gruppe auch unter extremen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sichergestellt werden kann. Stresstests werden sowohl hinsichtlich der ökonomischen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten als auch bezüglich der Liquidität durchgeführt.

3.5.4. Limitierungskonzepte

In der DZ BANK Gruppe sind Limitsysteme implementiert, die dazu dienen, die Risikotragfähigkeit zu gewährleisten. Je nach Geschäfts- und Risikoart handelt es sich dabei um Risikolimits oder um Volumenlimits. Während Risikolimits bei allen Risikoarten das mit einem ökonomischen Modell gemessene Exposure begrenzen, werden Volumenlimits ergänzend bei kontrahentenbezogenen Geschäften verwendet. Darüber hinaus wird das Risikomanagement durch die Limitierung von steuerungsrelevanten Kennzahlen unterstützt.

Mit der gezielten Veränderung von Risikopositionen aufgrund der Anpassung von Volumen und Risikostruktur der Grundgeschäfte soll sichergestellt werden, dass das gemessene Exposure die eingeräumten Volumen- und Risikolimits nicht überschreitet.

Das eingegangene Risiko wird den allozierten Limits (Verlustobergrenzen) gegenübergestellt und mittels eines Ampelsystems überwacht. Im Rahmen der Liquiditätsadäquanz wird anhand des Limitsystems überwacht, ob die ökonomische Liquiditätsadäquanz sowohl auf Ebene der DZ BANK Gruppe als auch auf Ebene der Steuerungseinheiten sichergestellt ist.

3.5.5. Sicherungsziele und Sicherungsbeziehungen

Liquiditätsrisiken, Kreditrisiken, Marktpreisrisiken, Markttrisiken, versicherungstechnische Risiken und operationelle Risiken werden an geeigneter Stelle durch den Einsatz von **Sicherungsmaßnahmen** möglichst weitgehend auf Kontrahenten außerhalb der DZ BANK Gruppe transferiert. Die Sicherungsmaßnahmen werden grundsätzlich unter Beachtung der jeweiligen schriftlich fixierten und gruppenweit geltenden strategischen Vorgaben angewendet. Zur Absicherung gegen Kreditrisiken und Marktpreisrisiken werden unter anderem derivative Finanzinstrumente eingesetzt.

Sofern sich aus der Absicherung von Risiken aus Finanzinstrumenten bei der **Bilanzierung** Ansatz- oder Bewertungsinkongruenzen zwischen den gesicherten

Grundgeschäften einerseits und den eingesetzten derivativen Sicherungsinstrumenten andererseits ergeben, werden zu deren Beseitigung oder Reduktion im Rahmen der Regelungen des IAS 39 Sicherungsbeziehungen designed oder es wird die Fair Value Option ausgeübt. Die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen in der DZ BANK Gruppe umfasst Absicherungen von Zins- und Währungsrisiken und betrifft damit das Marktpreisrisiko (Sektor Bank) und das Marktrisiko (Sektor Versicherung). Dieser Sachverhalt wird im Abschnitt 82 des Konzernanhangs dargestellt.

Die DZ BANK hat das Wahlrecht gemäß § 254 HGB ausgeübt und grundsätzlich keine bilanziellen Bewertungseinheiten gebildet, obwohl ökonomische Sicherungsbeziehungen bestehen. Dessen ungeachtet existiert eine einzelne Bewertungseinheit, über die im Abschnitt 41 des Anhangs zum Jahresabschluss der DZ BANK berichtet wird.

3.5.6. Risikoberichtswesen und Risikohandbuch

Der quartalsweise erstellte **Gesamtrisikobericht** umfasst die von der DZ BANK gruppenweit identifizierten Risiken. Er ist zusammen mit dem ebenfalls vierteljährlich erstellten **Stresstestbericht** und dem monatlich und vierteljährlich erstellten **Sanierungsindikatorenbericht** das zentrale Instrument zur Berichterstattung der Risiken der DZ BANK Gruppe und der Steuerungseinheiten an den Aufsichtsrat, den Vorstand und das Group Risk and Finance Committee. Daneben erhält der Vorstand portfolio- und engagementbezogene Steuerungsinformationen im Rahmen des vierteljährlich erstellten **Kreditrisikoberichts**. Des Weiteren wird der Gesamtvorstand monatlich über das **Liquiditätsrisiko** der DZ BANK Gruppe und der Steuerungseinheiten informiert. Diese Angaben entsprechen den Offenlegungspflichten gemäß Artikel 435 Absatz 2e CRR hinsichtlich des risikobezogenen Informationsflusses an den Vorstand.

Darüber hinaus sind in der DZ BANK und in den wesentlichen Tochterunternehmen für alle relevanten Risikoarten Berichtssysteme installiert, die unter Berücksichtigung der Materialität von Risikopositionen sicherstellen sollen, dass die Entscheidungsträger und Aufsichtsgremien jederzeit Transparenz über das Risikoprofil der von ihnen verantworteten Steuerungseinheiten erhalten.

Im **Risikohandbuch**, das allen Mitarbeitern der Steuerungseinheiten zur Verfügung steht, sind die Rahmenbedingungen der Identifizierung, Messung sowie Beur-

teilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken dokumentiert, die das Risikomanagement in der DZ BANK Gruppe sicherstellen sollen. Das Handbuch bildet die Basis für ein gruppenweites gemeinsames Verständnis der Mindeststandards im Risikomanagement.

In den wesentlichen Tochterunternehmen sind zusätzliche Risikohandbücher vorhanden, die den Besonderheiten dieser Steuerungseinheiten Rechnung tragen. In der R+V wurde das zusätzliche Risikohandbuch zum 1. Januar 2016 durch die Solvency-II-Leitlinien abgelöst.

3.5.7. Risikoinventur und Angemessenheitsprüfung

Die von der DZ BANK jährlich durchgeführte **Risikoinventur** hat zum Ziel, die für die DZ BANK Gruppe relevanten Risikoarten zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu beurteilen. Darüber hinaus wird die Risikoinventur im Verlauf eines Geschäftsjahres anlassbezogen durchgeführt, um gegebenenfalls wesentliche Veränderungen des Risikoprofils auch unterjährig zu erkennen. Für jene Risikoarten, die aufgrund der Geschäftsaktivitäten der Unternehmen der DZ BANK Gruppe grundsätzlich auftreten können, wird eine Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt. Für die als wesentlich eingestufteten Risikoarten erfolgt im nächsten Schritt eine Evaluierung, in welchem Umfang im Sektor Bank, im Sektor Versicherung und sektorübergreifend Risikokonzentrationen vorliegen. Die Risikoinventur kam zu dem Ergebnis, dass auch nach der Fusion dieselben wesentlichen Risiken wie im Vorjahr vorliegen. Bei den Risikokonzentrationen wurde eine im Vorjahr noch als wesentlich eingestufte Konzentration als unwesentlich klassifiziert.

Darüber hinaus nimmt die DZ BANK eine jährliche **Angemessenheitsprüfung** auf Ebene der DZ BANK Gruppe vor. Die Angemessenheitsprüfung kann auch anlassbezogen durchgeführt werden. Ziel ist die Überprüfung der aktuellen gruppenweiten Vorgaben zur Risikotragfähigkeitsanalyse. Des Weiteren werden im Rahmen der Angemessenheitsprüfung die eingesetzten Risikomessmethoden für alle als wesentlich eingestufteten Risikoarten auf ihre Eignung hin untersucht. Die Angemessenheitsprüfung kam zu dem Ergebnis, dass die Risikomessung in der DZ BANK Gruppe grundsätzlich angemessen ist. Verbesserungspotenziale wurden hinsichtlich der Risikomessung identifiziert. Die Umsetzung der identifizierten Verbesserungspotenziale wird über die Definition und Durchführung geeigneter Maßnahmen vorangetrieben.

Risikoinventur und Angemessenheitsprüfung sind inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmt. In beide Prozesse werden alle Steuerungseinheiten der DZ BANK Gruppe einbezogen. Die Erkenntnisse aus der Risikoinventur und der Angemessenheitsprüfung werden in der Risikosteuerung berücksichtigt.

Risikoinventur und Angemessenheitsprüfung werden für die wesentlichen Tochterunternehmen grundsätzlich in vergleichbarer Weise durchgeführt.

4. Chancen

4.1. Chancenmanagement

Das Chancenmanagement der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK ist in den jährlichen **strategischen Planungsprozess** eingebunden. Die strategische Planung ermöglicht die Identifizierung und Analyse von Diskontinuitäten auf Basis unterschiedlicher makroökonomischer Szenarien, Trends und Veränderungen im Marktumfeld und ist Grundlage für die Evaluierung von Chancen. Identifizierte Chancen werden in den Geschäftsstrategien berücksichtigt.

Details zum strategischen Planungsprozess werden im Abschnitt I.3.4. des (Konzern-)Lageberichts dargestellt.

Die **Berichterstattung** über die Chancen der künftigen Geschäftsentwicklung basiert auf den Ergebnissen der Geschäftsstrategien. Im Rahmen der Kommunikation der Geschäftsstrategien werden die Mitarbeiter über die identifizierten Chancenpotenziale informiert.

4.2. Chancenpotenziale

4.2.1. Strategische Ausrichtung

Die DZ BANK ist mit ihren Kernfunktionen als Zentralbank, Geschäftsbank und Holding klar auf ihre Kunden und Eigentümer, die Volksbanken und Raiffeisenbanken, ausgerichtet.

Die **Fokussierung auf die Genossenschaftsbanken** ist vor dem Hintergrund des Managements knapper Ressourcen und der Bewältigung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen von entscheidender Bedeutung. Durch die weitere Schärfung der Fokussierung auf die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken soll eine höhere Ausschöpfung der Kernaktivitäten, insbesondere des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, erreicht werden.

Das Leitmotiv „**Verbundfokussierte Zentralbank/ Allfinanzgruppe**“ bedeutet auch eine Konzentration der Geschäftsaktivitäten auf das Geschäftsgebiet der Genossenschaftsbanken und die weitere Steigerung der Zufriedenheit der Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Dazu stellt die DZ BANK Gruppe als Allfinanzanbieter subsidiäre Produkte, Plattformen und Dienstleistungen zur Verfügung.

Die DZ BANK Gruppe leistet mit ihrer Fokussierung unter dem Stichwort „Verbund First“ einen wesentlichen Beitrag zur **Stärkung der Marktposition der Genossenschaftsbanken**. So erhalten die Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht nur wesentliche finanzielle Beiträge in Form von Provisionen und Gewinnausschüttungen, sondern werden auch über die Weitergabe von Kostenvorteilen sowie die Bereitstellung von wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen unterstützt.

Die genannten Kernaktivitäten werden durch **komplementäre Aktivitäten** unter Nutzung vorhandener Produkte, Plattformen und Dienstleistungen ergänzt. Hierbei tritt die DZ BANK gegenüber Dritten als Geschäftsbank auf. Diese Aktivitäten treten nicht in direkte Konkurrenz zu den Genossenschaftsbanken, sondern erlauben die Generierung von weiteren Skaleneffekten für die gesamte Genossenschaftliche FinanzGruppe.

Durch die **Fusion** der beiden ehemaligen Zentralbankgruppen werden umfangreiche Synergien auch in Bezug auf Wachstums- und Ertragspotenziale erwartet. Nach Abschluss der Integration wird unmittelbar mit Ertrags- und Kostensynergien von mindestens 100 bis 150 Mio. € pro Jahr für die vereinigte Zentralbank gerechnet. In Bezug auf die Ertragssynergien ist davon auszugehen, dass sich konkrete Chancen durch die gebündelte Marktbearbeitung und das verbreiterte Produktspektrum ergeben werden.

Im **Prognosebericht** des (Konzern-)Lageberichts (Abschnitt V.) werden die erwarteten Markt- und Umfeldentwicklungen sowie die Geschäftsstrategien mit ihren Implikationen für die erwartete Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Diese Faktoren sind wesentliche Bestimmungsgrößen für die **strategische Positionierung** und die daraus resultierenden Chancen in Form von Ertragssteigerungs- und Kostensenkungspotenzialen.

4.2.2. Digitalisierung und demografischer Wandel

Unter **Digitalisierung** werden Entwicklungen verstanden, die auf der Verbreitung von mobilen Endgeräten und internetbasierten Dienstleistungen fußen und durch die sogenannte Konsumerisierung von Technologien – also der Verfügbarkeit von hochtechnologischen Endgeräten beim Privatkunden – flankiert werden. Diese Entwicklungen fördern die Intermediation von neuen Wettbewerbern an der Schnittstelle zwischen Kunden und Bankdienstleistung.

In der Folge der gesamthaften zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche eröffnet dieser Wandel Chancen bei dem Angebot alltäglicher Bankgeschäfte und hier insbesondere dem Zahlungsverkehr. Dies wird durch den **demografischen Wandel** und die daraus resultierenden Änderungen im Kundenverhalten der jüngeren Generation verstärkt. So zeichnet sich beispielsweise mit der vermehrten Nutzung von mobilen Endgeräten im Zahlungsverkehr gerade im „bargeldlastigen“ Deutschland die Substitution der bisher in bar durchgeführten Transaktionen durch den elektronischen Zahlungsverkehr ab. Damit könnte auch eine Reduzierung der den Banken entstehenden Kosten der Bargeldver- und -entsorgung einhergehen.

Die Unternehmen der DZ BANK Gruppe haben diese Entwicklungen schon seit längerem durch die verstärkte Bereitstellung innovativer Dienstleistungen aufgegriffen. Beispiele hierfür sind die testweise Einführung biometrischer Verfahren durch den Zahlungsverkehrsprovider equensWorldline SE, Utrecht, die Kooperation mit der Firma iZettle zur Entwicklung des „Mobile Point Of Sale“ und die Einführung des bankenübergreifenden E-Commerce-Bezahlverfahrens paydirekt sowie die erste transatlantische Zahlung auf einer Blockchain-Plattform zwischen der ReiseBank und der ATB Financial, Calgary.

Mit diesem Maßnahmenportfolio wird die Substitution von Bargeld durch elektronische beziehungsweise mobile Bezahlverfahren vorangetrieben, um an der verstärkten Zunahme von elektronischen Zahlungstransaktionen zu partizipieren und Ertragssteigerungen zu realisieren. Darüber hinaus werden zukünftig potenziell interessante Technologien und Entwicklungen – wie das Thema „Blockchain“ im Zahlungsverkehr und im Wertpapiergeschäft – vom Geschäftsfeld Transaction Banking in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Technologieunternehmen erprobt und auf deren Einsatzfähigkeit geprüft.

Begleitend zu diesen Maßnahmen wurde ein sektorübergreifendes Innovationsmanagement mit einem Innovation Round Table eingeführt, um Innovationsaktivitäten in der Gruppe zu koordinieren, Marktentwicklungen zu überwachen und zielgerichtete Innovationsprojekte anzustoßen.

4.2.3. Rating

Die Bonität der DZ BANK wird von den drei großen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch eingestuft. Darüber hinaus erhalten einzelne Tochterunternehmen der DZ BANK ein eigenes Rating. Aufgrund der hohen Kohäsion innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe wird von Fitch und Standard & Poor's ein Verbundrating vergeben. Im Rahmen des Verbundratings werden die genossenschaftlichen Finanzinstitute konsolidiert betrachtet. Kriterien sind neben der geschäftlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit Faktoren wie die Strategie, Risikobewertung, Transparenz und Solidarität innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Das Rating ist ein bedeutender Bestimmungsfaktor für die Refinanzierungsmöglichkeiten am Geld- und Kapitalmarkt. Es eröffnet den Unternehmen der DZ BANK Gruppe zusätzliche geschäftliche Handlungsoptionen und Chancenpotenziale.

Die Ratingagenturen haben die Bonitätseinschätzungen der DZ BANK im Geschäftsjahr überprüft. Dabei hat Moody's zu Beginn des Geschäftsjahres im Rahmen einer branchenweiten Ratingaktion nach der Anpassung des deutschen Bankenabwicklungsgesetzes das Langfrustrating der DZ BANK (vor Fusion) für ungedeckte, nicht nachrangige Anleihen auf Aa3 herabgestuft sowie das Langfrustrating für Depositen auf Aa1 heraufgestuft. Auf die Refinanzierung der DZ BANK Gruppe hatten diese beiden Ratingänderungen keine Auswirkung. Im weiteren Jahresverlauf hat Moody's das Langfrustrating für ungedeckte, nicht nachrangige Anleihen mit einem positiven Ausblick versehen. Grund hierfür ist die Erwartung von Moody's, dass zukünftig aufgrund des Zusammenschlusses der DZ BANK (vor Fusion) mit der vormaligen WGZ BANK ein höheres Volumen an vorrangigen, ungedeckten Papieren zur Erfüllung von Gläubigeransprüchen im Falle einer Abwicklung der Bank zur Verfügung stehen wird.

Zudem hat Standard & Poor's im Dezember des Geschäftsjahres vor dem Hintergrund der EU-Richtlinie

2014/59 (sogenannte Bankenabwicklungsrichtlinie – Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) und deren Umsetzung in deutsches Recht mit Wirkung zum 1. Januar 2017 das Rating für ungedeckte, nicht nachrangige Anleihen auf CreditWatch negativ gesetzt. Als Folge daraus hat Standard & Poor's im Februar 2017 das Rating für diese Anleihen unterteilt in ein Rating für ungedeckte vorrangige und eines für ungedeckte nachrangige Anleihen dieser Kategorie. Das Rating für ungedeckte nachrangige Anleihen dieser Kategorie wurde um eine Stufe reduziert.

Die Ratingagenturen Fitch und Standard & Poor's haben die Ratings für die DZ BANK bestätigt. Das Rating von Fitch für die gedeckten Schuldverschreibungen der DZ BANK wurde eingestellt.

Abb. 10 zeigt die Ratings der DZ BANK im Überblick.

ABB. 10 – RATINGS DER DZ BANK

	Standard & Poor's		Moody's		Fitch	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Langfristrating für ungedeckte, nicht nachrangige Anleihen	AA-	AA-	Aa3	Aa2	AA-	AA-
Langfristrating für Depositen	–	–	Aa1	Aa2	–	–
Gedekte Schuldverschreibungen (DZ BANK BRIEFE)	AA+	AA+	–	–	–	AA+
Kurzfristrating	A-1+	A-1+	P-1	P-1	F1+	F1+

Das Langfristrating der Genossenschaftlichen Finanzgruppe wurde zum 31. Dezember 2016 von Fitch und Standard & Poor's unverändert mit AA- eingestuft.

5. Übergreifende Risikofaktoren

5.1. Markt- und branchenbezogene Risikofaktoren

Die DZ BANK Gruppe unterliegt einer Reihe von Risikofaktoren, die grundsätzlich für die europäische und deutsche Kreditwirtschaft insgesamt gelten. Diese markt- und branchenbezogenen Risikofaktoren haben

Auswirkungen auf die Liquiditäts- und die Kapitaladäquanz. Sie sind im Wesentlichen den Geschäftsrisiken zuzuordnen, werden aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die DZ BANK Gruppe jedoch an dieser Stelle gesondert behandelt.

5.1.1. Handelsrechtliches Umfeld

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DZ BANK Gruppe wird im Einklang mit IFRS dargestellt. Veränderungen der IFRS oder der dazugehörigen Interpretationen können dazu führen, dass die ausgewiesenen Ergebnisse und die Finanzposition in Zukunft von den aktuellen Erwartungen abweichen, oder dass bei einer Einführung von geänderten (Konzern-) Rechnungslegungsstandards mit rückwirkendem Effekt historische Ergebnisse von den zuvor offengelegten Ergebnissen abweichen. Derartige Änderungen könnten sich auch auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die finanziellen Leistungsindikatoren auswirken.

Die Unternehmen der DZ BANK Gruppe beobachten potenzielle Veränderungen in der (Konzern-) Rechnungslegung und prüfen deren mögliche Auswirkungen.

Wesentliche Risiken einer veränderten (Konzern-) Rechnungslegung ergeben sich für die DZ BANK Gruppe aus der Umsetzung des IFRS 9 Finanzinstrumente in europäisches Recht. Die Regelungen des IFRS 9 Finanzinstrumente ersetzen künftig die Inhalte des IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung. Der IFRS 9 enthält dabei Vorgaben zu den grundlegend überarbeiteten Regelungsbereichen Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte sowie Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Insbesondere die Reformierung des Risikovororgemodells und neue Regelungen zur Kategorisierung von Finanzinstrumenten führen zu Anpassungsbedarf von Geschäftsprozessen und IT-Systemen. Die DZ BANK hat zur Umsetzung des IFRS 9 Projekte aufgesetzt.

5.1.2. Aufsichtsrechtliches Umfeld

Basel IV

Derzeit werden vom BCBS umfassende Neuregelungen in Teilbereichen der aufsichtsrechtlichen Risikoeermittlung vorbereitet. Ein erster Entwurf zur Überarbeitung der CRR (sogenannte CRR II) liegt bereits vor. Aufgrund dieser Neuregelungen, die größtenteils erst 2 Jahre nach Inkrafttreten anzuwenden sind, ist eine Erhöhung der Eigenmittelanforderungen für die

DZ BANK Institutsgruppe und die DZ BANK zu erwarten.

Leverage Ratio

Die Leverage Ratio setzt das Kernkapital einer Bank in Beziehung zu ihrem Gesamtengagement. Im Gegensatz zu den auf Modellannahmen gestützten, risikobasierten Eigenkapitalanforderungen werden die einzelnen Positionen im Rahmen der Leverage Ratio nicht mit einem individuellen Risikogewicht versehen, sondern grundsätzlich ungewichtet im Gesamtengagement berücksichtigt. Seit dem Geschäftsjahr 2014 sind alle Kreditinstitute zur Meldung der Leverage Ratio verpflichtet. Die Pflicht zur Offenlegung besteht seit dem Vorjahr.

Eine verbindliche Mindestquote für die Leverage Ratio wurde auf europäischer Ebene zunächst nicht festgelegt. Im aktuellen CRR-II-Entwurf der Europäischen Kommission ist vorgesehen, ab dem 1. Januar 2019 eine Mindestquote in Höhe von 3 Prozent einzuführen. Darüber hinaus ist in dem Entwurf die Anpassung der Berechnungsmethode für das Gesamtengagement zu einem späteren Zeitpunkt geplant.

Die Festlegung einer verbindlichen Mindestquote für die Leverage Ratio über den vorliegenden CRR-II-Entwurf hinaus könnte bei dem aktuellen Geschäftsvolumen zu einem zusätzlichen Kapitalbedarf der DZ BANK Gruppe beziehungsweise der DZ BANK führen. Auch sind Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Wettbewerbsposition der DZ BANK Gruppe nicht auszuschließen.

Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities

Mit der BRRD, der Verordnung zur Einrichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism) und dem SAG wurden auf europäischer beziehungsweise auf nationaler Ebene die rechtlichen Voraussetzungen für die neue aufsichtliche Kennziffer Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities (MREL) geschaffen.

Die MREL soll sicherstellen, dass Kreditinstitute zu jedem Zeitpunkt eine hinreichend große Masse an Eigenkapital und an sogenannten bail-in-fähigen Verbindlichkeiten vorhalten, um eine Abwicklung geordnet durchführen zu können. Bail-in-fähige Verbindlichkeiten sind solche Verbindlichkeiten, die eine Beteiligung der Gläubiger bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kreditinstituts vorsehen. Die Abwicklung soll dabei ohne Inanspruchnahme von

Staatshilfen und ohne Gefährdung der Stabilität des Finanzsystems erfolgen.

Die MREL-Quote ergibt sich aus den Eigenmitteln und den bail-in-fähigen Verbindlichkeiten im Verhältnis zu den Gesamtverbindlichkeiten und Eigenmitteln der Bank.

Das SRB initiierte im Februar 2016 eine Datenabfrage mit dem Ziel, eine MREL-Mindestquote institutspezifisch festzulegen beziehungsweise eine Indikation über die institutsspezifischen MREL- und Bail-in-Verbindlichkeiten zu erlangen. Eine diesbezügliche Festlegung für die DZ BANK Institutsgruppe beziehungsweise die DZ BANK steht bisher noch aus. Daher können die Auswirkungen der MREL gegenwärtig nicht abgeschätzt werden.

Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess

Die EBA hat am 19. Dezember 2014 die „Guidelines on Common Procedures and Methodologies for the Supervisory Review and Evaluation Process“ veröffentlicht. Die dort niedergelegten Regelungen sind am 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Mit dem SREP strebt die Europäische Bankenaufsichtsbehörde unter anderem die EU-weite Harmonisierung des in der Baseler Säule 2 verankerten aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses an. Dadurch sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen in den betroffenen Jurisdiktionen geschaffen werden. Jeweils am Ende eines Geschäftsjahres kann der SREP in einer Festlegung individueller Kapital- und Liquiditätsanforderungen durch die Aufsichtsbehörden münden, die über die bisherigen Anforderungen hinausgeht.

Im Geschäftsjahr hat die DZ BANK Gruppe den vollständigen Überprüfungs- und Bewertungsprozess auf Basis der EBA-Leitlinien durchlaufen.

Einheitliche Definition des Ausfalls von Kreditnehmern

Im Geschäftsjahr hat die EBA Details zur Harmonisierung der Definition des Schuldnerausfalls gemäß Artikel 178 CRR veröffentlicht. Die Umsetzung ist verpflichtend für alle Institute, die für die Anwendung des Kreditrisiko-Standardansatzes (KSA) beziehungsweise der auf internen Ratings basierenden Ansätze (IRB-Ansätze) zugelassen sind. Sie erfordert umfassende Anpassungen des Datenmanagements, der Ratingmodelle, der Kreditprozesse und der internen Kontrollprozesse. Ziel ist die Harmonisierung der Definition von Kreditausfällen im KSA und in den IRB-Ansätzen sowie die damit verbundene Vereinheitlichung der Eigenmittelunterlegung von Kreditrisiken.

Die DZ BANK hat die geplanten neuen Anforderungen und deren Auswirkungen analysiert und an der qualitativen und quantitativen Auswirkungsstudie teilgenommen. Änderungen der Ausfallhistorie und damit verbundene Auswirkungen auf die Ratingsysteme, insbesondere notwendig werdende Rekalibrierungen, sind nicht auszuschließen. Dies könnte zu einer erhöhten aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung und einem erhöhten Kreditrisikokapitalbedarf führen.

Eigenkapitalunterlegung von Marktpreisrisiken

Nach 3 Konsultationspapieren zum Fundamental Review of the Trading Book vom Mai 2012, Oktober 2013 und Dezember 2014 wurden die finalen Regelungen zur grundlegenden Überarbeitung der Eigenkapitalunterlegung von Marktpreisrisiken im Handelsbuch am 14. Januar 2016 vom BCBS veröffentlicht.

Wesentliche Neuerungen sind unter anderem die Überarbeitung der Abgrenzung zwischen Handels- und Anlagebuch, die Einführung eines neuen Standardansatzes, die vollständige Überarbeitung des Risikomessansatzes für das interne Marktpreisrisikomodell sowie eine Verschärfung bei der Genehmigung interner Marktpreisrisikomodelle bis auf Ebene einzelner, nach aufsichtsrechtlichem Verständnis definierter Handelstische. Zudem wird eine stärkere Verzahnung des Standardansatzes mit dem Internen Modellansatz angestrebt.

Der neue Standardansatz ist von allen Kreditinstituten der DZ BANK Gruppe anzuwenden. Da die Anforderungen Interne-Modell-Banken einschließen, muss auch die DZ BANK den Standardansatz neu einführen und damit parallel zum Internen Modell die Eigenkapitalunterlegung von Marktpreisrisiken des Handelsbuchs verpflichtend berechnen. Die Umsetzung der Neuregelungen zieht weitreichende und aufwendige Änderungen bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung von Marktpreisrisiken im Handelsbuch nach sich.

Die neuen Baseler Anforderungen sind von den Banken nach erfolgter Umsetzung in nationales Recht voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2020 anzuwenden. Die Anwendung führt erwartungsgemäß zu zusätzlichem Kapitalbedarf für die DZ BANK Gruppe und die DZ BANK. Zudem sind negative Auswirkungen auf die Kostenstruktur sowie Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen, das Risikomanagement, das Geschäftsmodell und die Wettbewerbsposition nicht auszuschließen.

Risikodatenmanagement

Im Januar 2013 hat das BCBS Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung veröffentlicht. Die Grundsätze sollen die Aggregationskapazitäten für sämtliche Risikodaten, die zur internen Risikosteuerung verwendet werden, stärken und die Risikomanagement- und Entscheidungsprozesse einschließlich der internen Risikoberichterstattung von Banken verbessern. Die Anforderungen waren von den global systemrelevanten Banken (global systemically important banks, G-SIB) bis zum Ende des Geschäftsjahres umzusetzen. Für national systemrelevante Banken sollen die Grundsätze 3 Jahre nach ihrer Einstufung als A-SRI in Kraft treten. Die DZ BANK wurde von der BaFin im zweiten Quartal des Geschäftsjahres als A-SRI eingestuft. Darüber hinaus plant die BaFin mit der 5. Novelle der MaRisk BA die Übernahme von Teilen der Regelungen zum Risikodatenmanagement in nationale Vorgaben.

Die Umsetzung der neuen Anforderungen, aber auch deren möglicherweise unzureichende Umsetzung, könnte Änderungen des Geschäftsmodells der DZ BANK Gruppe beziehungsweise der DZ BANK nach sich ziehen, die Wettbewerbsposition negativ beeinflussen oder die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals notwendig machen. Darüber hinaus kann nicht abgeschätzt werden, ob die Grundsätze in der ursprünglich vom BCBS vorgesehenen Version oder davon abweichend umgesetzt werden.

Novellierung der Bausparkassengesetzgebung

Mit der bereits im Dezember 2015 erfolgten Neufassung des Gesetzes über Bausparkassen und der Verordnung zum Gesetz über Bausparkassen hat der Gesetzgeber auf das anhaltend niedrige Kapitalmarktzinsniveau reagiert. Die Novelle hat unter anderem die Gewährung des Pfandbriefprivilegs für Bausparkassen und eine Erweiterung des Katalogs zulässiger Geldanlagen zum Gegenstand. Die Nutzung von Neuregelungen kann sich auf die jeweiligen Risikoarten auswirken.

Solvency II

Solvency II definiert EU-weit seit dem 1. Januar 2016 geltende Anforderungen an die Kapitalausstattung und das Risikomanagement sowie an ein einheitliches Berichtswesen von Versicherungsunternehmen. Das neue Aufsichtssystem soll auf der Basis eines stärker prinzipien- und risikobasierten Ansatzes eine flexiblere Aufsicht ermöglichen.

Für die R+V ergeben sich aus Solvency II wesentliche Änderungen bei den Kapital- und Eigenmittelanfor-

derungen sowie der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Darüber hinaus sind ergänzende Regelungen zur Geschäftsorganisation und zu Berichts- und Veröffentlichungspflichten zu beachten. Weitere Änderungen betreffen die Gruppenvorschriften.

Instant Payments

Das Euro Retail Payments Board, die EZB und die Europäische Kommission haben seit Ende 2014 ein neues Zahlungsverkehrssystem (SEPA Instant Payments) vorangetrieben, dessen Einführung ab November 2017 geplant ist. In der DZ BANK Gruppe ist von Instant Payments insbesondere die DZ BANK betroffen. Die DZ BANK hat die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Anforderungen eingeleitet. Insbesondere wurden Projekte zur Bewertung der mit dieser neuen Technologie verbundenen Chancen und Risiken und zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen initiiert. Eine verspätete oder unzureichende Umsetzung der Vorgaben könnte zu Sanktionen der Bankenaufsicht und zu Reputationsschäden führen.

Weitere aufsichtsrechtliche Risikofaktoren

Neben den bisher genannten aufsichtsrechtlichen Regularien können die folgenden Initiativen zu Risiken für die DZ BANK Gruppe führen:

- einheitlicher Aufsichtsmechanismus
- Reform der Einlagensicherungssysteme
- Trennbankengesetz in Deutschland
- EU-Trennbankenverordnung
- Veröffentlichung der Ergebnisse von aufsichtsrechtlichen Prüfungen

5.1.3. Gesamtwirtschaftliche Risikofaktoren

Konjunkturelle Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK wird insbesondere von der konjunkturellen Lage Deutschlands und der Situation an den Finanz- und Kapitalmärkten beeinflusst. Neben zyklischen Nachfrage- und Produktionsschwankungen sind dabei auch außerordentliche oder einmalige Ereignisse von Bedeutung. So wird die deutsche Wirtschaft weiterhin durch die Folgen der Staatsschuldenkrise in Europa beeinflusst. Deutschland ist als exportorientiertes Land in hohem Maße vom grenzüberschreitenden Handel abhängig. Ein anhaltend schwaches Wachstum, eine Stagnation oder ein Einbruch des internationalen Handels hätte einen Rückgang der Produktion und damit einen entsprechend geringeren Finanzierungsbedarf der Unternehmen zur Folge.

Europäische Staatsschuldenkrise

Die verhaltene internationale Konjunktur und die expansive Geldpolitik der Notenbanken beeinflussten auch im Geschäftsjahr die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten. Zwar haben sich die weltweite Wirtschaftsentwicklung und insbesondere die Lage an den Finanzmärkten seit der europäischen Staatsschuldenkrise wieder etwas verbessert, die Konjunktur, das Vertrauen der Finanzmarktteilnehmer und der Umfang der Kundenaktivitäten im Bankgeschäft werden jedoch nach wie vor auch durch die Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise und insbesondere durch die Reaktion der Geldpolitik beeinflusst.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in **Portugal, Italien, Griechenland** und **Spanien** ist weiterhin durch eine in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hohe Staatsverschuldung geprägt, deren Abbau sich nach wie vor schwierig gestaltet. Die Länder bleiben in der Folge anfällig gegenüber Schwankungen in der Risikoeinschätzung der Investoren.

In **Italien** stehen nach dem Scheitern der von Ministerpräsident Renzi im Rahmen des Referendums vom 4. Dezember 2016 eingebrachten Verfassungsreform und nach der anschließenden Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten Monate politischer Unsicherheit bevor. Populistische oppositionelle Kräfte, wie die eurofeindliche Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo, könnten nach ihrem Erfolg bei der Ablehnung der Verfassungsreform weiter erstarken. Sollte es Gegnern von Euro und EU gelingen, sich in der nächsten Parlamentswahl als einflussreichste politische Kraft zu etablieren, dürfte sich Italien einem nachhaltigen Vertrauensverlust in der internationalen Politik und bei Investoren gegenübersehen. Damit dürfte die Refinanzierungsfähigkeit des Lands über die internationalen Kapitalmärkte stark negativ beeinträchtigt werden.

Auch nach der Vereinbarung des dritten bis August 2018 laufenden Hilfspakts aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus können die Zahlungsfähigkeit **Griechenlands** und der Verbleib des Lands in der Euro-Zone nicht als gewährleistet angesehen werden. Im Falle eines sogenannten Grexit wären Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten mit negativen Auswirkungen auf die Länder der Euro-Zone nicht auszuschließen.

Die extrem expansive Geldpolitik der EZB und insbesondere das Ankaufprogramm am Anleihemarkt verhindern derzeit weitgehend, dass sich die strukturellen

Probleme in einigen EWU-Mitgliedsländern auch am Kapitalmarkt entsprechend niederschlagen. Es besteht jedoch das Risiko, dass sich dies durch einen unvorhergesehenen Wechsel in der Geldpolitik ändern könnte. Die Refinanzierung der hoch verschuldeten Länder auf dem Kapitalmarkt würde sich in diesem Fall erheblich schwieriger gestalten.

Schiffsfinanzierungen

Im **Schiffsfinanzierungsgeschäft** belasten die schwache Weltkonjunktur und die europäische Staatsschuldenkrise in Verbindung mit einem Überangebot an Schiffstonnage weiterhin die Objektwerte und die Kundenbonität.

Niedrigzinsumfeld

Das historisch tiefe Zinsniveau geht sowohl mit einer niedrigen Aktivverzinsung als auch mit einer relativ kleinen Zinsspanne einher und schränkt die Ertragsmöglichkeiten **im klassischen Bankgeschäft** ein. Das Risikoszenario eines sehr lang anhaltenden Niedrigzinsumfelds, möglicherweise kombiniert mit einer deflationären Entwicklung, würde daher auch eine erhebliche Belastung für die Ertragskraft der DZ BANK Gruppe beziehungsweise der DZ BANK darstellen.

Für die DZ BANK Gruppe könnte bei einem lang anhaltenden Niedrigzinsniveau das Risiko sinkender Erträge auch aus dem umfangreichen **Bauspar- und Bausparfinanzierungsgeschäft** der BSH resultieren. Bei einem sehr niedrigen Zinsniveau sind Bauspardarlehen für Kunden weniger interessant, während insbesondere hochverzinsliche Bauspareinlagen attraktiver werden. Folglich würden die Zinserträge aus Bauspardarlehen sinken und der Zinsaufwand für Bauspareinlagen steigen. Die zur Verfügung stehende Liquidität könnte darüber hinaus nur niedrigverzinslich angelegt werden. Dies hätte eine zusätzliche Ergebnisbelastung zur Folge. Unter anderem dienen Maßnahmen zur Optimierung des Bausparbestands und Weiterentwicklungen des Bausparprodukts – wie zum Beispiel die Einführung neuer Bauspar-Tarife im November 2015 und Juni 2016 – der Abmilderung der Risiken aus dem Niedrigzinsniveau.

Die gesamte **Versicherungsbranche** steht unter dem Einfluss historisch niedriger Zinsen am Kapitalmarkt. Dieses anhaltende Niedrigzinsumfeld wirkt sich kurz- und mittelfristig durch den Aufbau der bilanziellen Zinszusatzrückstellungen belastend auf die Personenversicherer aus. Allerdings werden durch die Bildung dieser zusätzlichen Rückstellungen langfristig wichtige

Voraussetzungen für die Risikobegrenzung im Lebens- und Pensionsversicherungsgeschäft geschaffen.

Für die umfangreichen, in der UMH gebündelten **Asset Management-Aktivitäten** der DZ BANK Gruppe besteht aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds die Herausforderung, die gegenüber den Kunden geleisteten Garantiezusagen einzelner Sondervermögen aus den Fonds sicherzustellen. Dies betrifft insbesondere das Produkt UniProfiRente und die Produktklasse der Garantiefonds. Bei der UniProfiRente handelt es sich um eine staatlich geförderte und zertifizierte Altersvorsorgelösung (sogenannte Riester-Rente). Dabei werden dem Anleger die während der Ansparphase eingezahlten Beträge und erhaltenen staatlichen Zulagen zum Rentenbeginn garantiert und dann in Form eines Auszahlplans mit anschließender lebenslanger Leibrente ausgezahlt. Bei Garantiefonds handelt es sich um Produkte, bei denen die UMH je nach genauer Produktspezifikation einen zumindest anteiligen Kapitalerhalt garantiert. Für die DZ BANK Gruppe besteht die Gefahr, dass auf Teile der Verwaltungsvergütung verzichtet werden muss, um die Garantiezusagen zu erfüllen. Sollte dieser Fall eintreten, könnten erhebliche negative Auswirkungen für die Ertragslage der DZ BANK Gruppe die Folge sein.

Auch mit einem rapiden **Anstieg des Zinsniveaus** am Kapitalmarkt können Risiken verbunden sein. Die aus einer solchen Entwicklung resultierenden Kursverluste für festverzinsliche Wertpapiere und notwendige Neubewertungen von niedrig verzinsten langlaufenden Aktivgeschäften könnten das Ergebnis der DZ BANK Gruppe negativ beeinflussen. Ein über längere Zeit anhaltendes Niedrigzinsumfeld erhöht auch das Risiko von **Fehlbewertungen an den Finanz- und Immobilienmärkten**.

Latente Risikofaktoren

Die möglichen negativen Auswirkungen des aufgrund des Referendums vom 23. Juni 2016 zu erwartenden **EU-Austritts Großbritanniens** (sogenannter Brexit) stellen ein Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sowohl auf EU-Ebene als auch insbesondere Großbritanniens dar. Zudem ist zu erwarten, dass von niedrigeren Exporten sowie von einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen aufgrund der gestiegenen Unsicherheit dämpfende Effekte auf die deutsche Konjunktur ausgehen werden. Das Rating für Großbritannien wurde im Anschluss an das Referendum von Standard & Poor's von AAA auf AA herabgestuft, wobei der Ausblick negativ ist. Von Moody's wurde

die Einstufung Aa1 beibehalten, der Ausblick jedoch auf negativ gesetzt. Die Einstufungen beider Ratingagenturen entsprechen damit weiterhin der für die DZ BANK Gruppe geltenden internen VR-Ratingklasse 1A.

Im Zuge des Brexit sind europäische Bankaktien unter Druck geraten und damit auch die Probleme des **italienischen Bankensektors**, der einen der EU-weit höchsten Anteile an notleidenden Krediten aufweist, wieder in den Fokus der Finanzmärkte gerückt. Bei den notleidenden Krediten in Höhe von insgesamt 360 Mrd. € handelt es sich zum großen Teil um konjunkturell bedingte Altlasten. Bei zahlreichen italienischen Banken war im Geschäftsjahr zwar eine Stabilisierung der notleidenden Kundenforderungen, wenn auch auf hohem Niveau, zu beobachten. Aufgrund der lediglich mäßigen Konjunkturaussichten ist jedoch eine endgültige Trendwende noch nicht in Sicht. Eine politische Destabilisierung in Italien kann zudem bei störanfälligen Kapitalmärkten notwendige Kapitalerhöhungen erschweren. Da die seitens der Regierung Renzi angestrebte Bankenrettung mithilfe von Steuergeldern vor dem Hintergrund der geltenden neuen europäischen Regeln (Bail-in) grundsätzlich nicht mehr zulässig ist, werden zur Rekapitalisierung und Sanierung der italienischen Kreditinstitute nun die privat finanzierten Rettungsfonds Atlante und Atlante 2 eingesetzt. Aufgrund des unzureichenden Fondsvolumens werden im Einzelfall weitere Alternativen, darunter die Umwandlung von Bankanleihen in Aktien, in Betracht gezogen.

Der Putschversuch in der **Türkei** vom 14. und 15. Juli 2016 und die daraus resultierenden negativen politischen Folgen führten zu einer Erhöhung der Risiken. Kritische Faktoren sind insbesondere eine mögliche Verschlechterung des schon angespannten Verhältnisses der Türkei zur EU aufgrund des harten Vorgehens gegen politische Gegner sowie der potenzielle Abzug von internationalem Investitionskapital aufgrund sinkenden Investorenvertrauens. Die gesamten Auswirkungen der politischen Veränderungen in der Türkei sind derzeit noch nicht überschaubar. Die weitere Entwicklung wird eng verfolgt.

In einigen europäischen Ländern stehen im Geschäftsjahr 2017 wichtige Wahlen an, etwa in den **Niederlanden**, in **Frankreich** und in **Deutschland**. Es besteht das Risiko, dass EU-feindliche Kräfte an Einfluss gewinnen und den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der Gemeinschaft schwächen. In der Folge könnte sich der Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene

immer schwieriger gestalten. Sollten EU-feindliche Kräfte in wichtigen Mitgliedsländern die Regierung stellen, könnte längerfristig sogar ein Zerfall der EU drohen. Das hätte nicht nur schwerwiegende politische Folgen, sondern würde auch die exportabhängige deutsche Wirtschaft erheblich belasten.

In den **Vereinigten Staaten** hat Donald Trump die Präsidentschaftswahlen im November 2016 gewonnen. Gleichzeitig errangen die Republikaner eine Mehrheit im Kongress. Damit hat der neue US-Präsident große politische Gestaltungsmöglichkeiten. Mittelfristig besteht das Risiko, dass eine Zunahme von Handelshemmnissen den Ausblick nicht nur für die US-Wirtschaft, sondern auch für die Weltwirtschaft insgesamt belastet. Zudem könnte der US-Dollar nachhaltig an Wert verlieren, da die US-Notenbank an Glaubwürdigkeit einbüßen könnte.

Risikowirkungen

Negative gesamtwirtschaftliche Entwicklungen haben Auswirkungen auf verschiedene Risiken der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK. Dies gilt im **Sektor Bank** für das Kreditrisiko (Verschlechterung der Kreditqualität von Anleihen der öffentlichen Hand sowie bei Schiffsfinanzierungen, von Objektwerten und der Kundenbonität, Erhöhung der Kreditrisikoversorge), das Beteiligungsrisiko (erhöhter Abschreibungsbedarf auf Beteiligungsbuchwerte), das Marktpreisrisiko (Erhöhung der Bonitäts-Spreads, Verringerung der Marktliquidität), das Geschäftsrisiko (Rückgang der Nachfrage nach Finanzdienstleistungen) und das Liquiditätsrisiko (eine Kombination aus den zuvor genannten Wirkungen).

Im **Sektor Versicherung** ist von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen insbesondere das Marktrisiko betroffen. Sollten die Zinsen steigen oder sich die Bonitäts-Spreads im Hinblick auf Staatsanleihen oder andere Anlagen im Markt ausweiten, wird dies zu einem Rückgang der Marktwerte führen. Solche Marktwertverluste können temporäre oder dauerhafte Ergebnis- beziehungsweise Eigenkapitalbelastungen zur Folge haben.

5.2. Unternehmensbezogene Risiken mit übergeordnetem Charakter

Die DZ BANK Gruppe ist den im Folgenden dargestellten unternehmensspezifischen Risikofaktoren ausgesetzt, die Auswirkungen auf mehrere für die Liquiditäts- und die Kapitaladäquanz maßgebliche Risikoarten haben. Diese Risikofaktoren werden grundsätzlich im Rahmen der Steuerung berücksichtigt.

5.2.1. Unzulänglichkeiten des Risikomanagementsystems

Ungeachtet der grundsätzlichen Eignung der in der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK eingesetzten Risikomessverfahren sind Umstände denkbar, in denen Risiken nicht rechtzeitig identifiziert werden oder eine angemessene Reaktion auf Risiken nicht umfassend möglich ist. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können Konstellationen entstehen, bei denen die tatsächlichen Verluste oder Liquiditätsbedarfe höher ausfallen als durch die Risikomodelle und Stressszenarien ermittelt.

So wird der für die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs verwendete Value-at-Risk bei einem gegebenen Konfidenzniveau maßgeblich durch extreme Ereignisse mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmt. Gerade die Schätzung dieser seltenen Ereignisse ist jedoch prinzipiell mit hoher Unsicherheit behaftet (sogenanntes Modellrisiko). Hinzu kommt, dass in den meisten Fällen keine umfangreichen historischen Beobachtungen zu derart extremen Verlusten vorliegen, was die Modellvalidierung erschwert. Darüber hinaus sind wichtige Inputparameter der Messmodelle mit Unsicherheiten behaftet, da sie ihrerseits bereits Schätzungen sind.

Vergleichbare Modellrisiken bestehen bei der Liquiditätsrisikomessung in Bezug auf die Ausgestaltung von Modellen und Parametern sowie bei deren Validierung. Darüber hinaus werden Szenarien, die über den vom Vorstand festgelegten Risikoappetit für schwerwiegende Krisen hinausgehen, akzeptiert und daher nicht steuerungswirksam berücksichtigt.

Trotz der kontinuierlichen Überprüfung der Krisenszenarien ist eine abschließende Erfassung aller potenziellen negativen ökonomischen Rahmenbedingungen nicht möglich. Daher kann durch die Betrachtung von Krisenszenarien bei den Stresstests nicht gewährleistet werden, dass das Auftreten weiterer krisenhafter Situationen nicht zu größeren Verlusten oder Liquiditätsbedarfen führt.

5.2.2. Ratingherabstufungen

Eine Herabstufung des Ratings der DZ BANK beziehungsweise des Verbundratings der Genossenschaftlichen FinanzGruppe hätte nachteilige Auswirkungen auf die Kosten der Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung und könnte zum Entstehen neuer oder zur Fälligkeit bestehender Verbindlichkeiten führen, die von der Aufrechterhaltung eines bestimmten Ratings abhängen.

Das Rating der DZ BANK ist zudem ein wichtiges komparatives Element im Wettbewerb mit anderen Banken. Es hat auch einen bedeutenden Einfluss auf die Ratings wesentlicher Tochterunternehmen der DZ BANK. Eine Herabstufung oder die bloße Möglichkeit der Herabstufung des Ratings der DZ BANK oder eines ihrer Tochterunternehmen kann nachteilige Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Kunden und auf den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen haben.

Daneben könnte der Fall eintreten, dass die DZ BANK Gruppe beziehungsweise die DZ BANK nach einer Ratingherabstufung im Zusammenhang mit ratingabhängigen Sicherheitenvereinbarungen für Derivategeschäfte (geregelt durch den Credit Support Annex beziehungsweise den Besicherungsanhang) zusätzliche Sicherheiten stellen muss oder nicht mehr als Gegenpartei für Derivategeschäfte in Frage kommt. Sollte das Rating der DZ BANK oder eines ihrer Tochterunternehmen aus dem Bereich der vier höchsten Bewertungsstufen (Investment Grade-Rating ohne Berücksichtigung von Bewertungszwischenstufen) herausfallen, können das operative Geschäft der DZ BANK oder des betroffenen Tochterunternehmens und damit auch die Refinanzierungskosten aller weiteren Steuerungseinheiten beeinträchtigt werden.

5.2.3. Unwirksamkeit von Sicherungsbeziehungen

Die DZ BANK Gruppe und die DZ BANK sind dem Risiko ausgesetzt, dass die Gegenpartei eines Sicherungsgeschäfts insolvent wird und damit nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das Absicherungsinstrument könnte sich folglich als ineffektiv erweisen und die DZ BANK Gruppe beziehungsweise die DZ BANK wäre Risiken ausgesetzt, von deren Absicherung sie ausgegangen sind.

Unvorhergesehene Marktentwicklungen könnten die Effektivität von Maßnahmen, die zur Absicherung von Marktpreisrisiken ergriffen wurden, beeinträchtigen. So könnte sich die DZ BANK Gruppe oder die DZ BANK teilweise nur schwer oder nicht angemessen gegen Risiken im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise absichern. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass einigen der quantitativen Messmethoden und Risikokennzahlen im Risikomanagement Erfahrungswerte zugrunde liegen. Zudem berücksichtigt das quantitative Risikomanagement nicht alle Risiken und trifft Annahmen im Hinblick auf das Marktumfeld, die nicht auf konkrete Ereignisse gestützt sind. Es können Markt-konstellationen auftreten, in denen die verwendeten

Messmethoden und Risikokennzahlen bestimmte Verlustpotenziale nicht korrekt prognostizieren, sodass es zu Fehleinschätzungen kommen kann.

Im Rahmen der Steuerung des Marktpreisrisikos kommen zur Verringerung des Emittentenrisikos von Anleihen und Derivaten mithilfe von Kreditderivaten neben Credit-Linked Notes und Credit Default Swaps auch Total Return Swaps zum Einsatz. Dabei wird die Absicherung gegen Underlying- sowie Spread- und Migrationsrisiken in der Regel in Form eines Makro-Hedges dynamisch vorgenommen. In einzelnen Fällen werden auch sogenannte Back-to-Back-Transaktionen abgeschlossen. Sollten sich diese Instrumente und Maßnahmen als nicht oder nur teilweise wirksam erweisen, ist es möglich, dass die DZ BANK Gruppe beziehungsweise die DZ BANK Verluste erleidet, gegen die eigentlich Absicherung bestehen sollte. Darüber hinaus verursachen die Hedging-Maßnahmen Kosten und können zusätzliche Risiken verursachen. Gewinne und Verluste aus ineffektiven Risikoabsicherungsmaßnahmen können die Volatilität des erzielten Ergebnisses erhöhen.

6. Liquiditätsadäquanz

6.1. Grundlagen

Das Management der Liquiditätsadäquanz ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK. Unter Liquiditätsadäquanz wird die ausreichende Ausstattung mit Liquiditätsreserven verstanden. Die Liquiditätsadäquanz wird sowohl unter ökonomischen als auch unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet. Während die ökonomische Betrachtung die Anforderungen der MaRisk BA umsetzt, trägt die aufsichtsrechtliche Betrachtung den Anforderungen aus Basel III Rechnung.

Das Management der ökonomischen Liquiditätsadäquanz erfolgt auf Basis des internen Liquiditätsrisikomodells, das bei der Messung des Liquiditätsrisikos auch die Auswirkungen anderer Risiken auf die Liquidität berücksichtigt. Durch die Steuerung der ökonomischen Liquiditätsadäquanz wird der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsadäquanz Rechnung getragen.

Zur Bestimmung der ökonomischen Liquiditätsadäquanz sind neben der DZ BANK die Steuerungseinheiten BSH, DG HYP, DVB, DZ PRIVATBANK, TeamBank, VR LEASING und WL BANK maßgeblich.

Aufgrund der engen Verknüpfung des Managements der ökonomischen Liquiditätsadäquanz der DZ BANK mit dem der DZ BANK Gruppe gelten die folgenden Angaben zur ökonomischen Liquiditätsadäquanz grundsätzlich auch für die DZ BANK.

6.2. Ökonomische Liquiditätsadäquanz

6.2.1. Risikodefinition und Risikofaktoren

Risikodefinition

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass liquide Mittel zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Damit hat das Liquiditätsrisiko den Charakter eines Zahlungsunfähigkeitsrisikos.

Risikofaktoren

Liquiditätsrisiken erwachsen aus dem zeitlichen und betragsmäßigen Auseinanderfallen der Zahlungsflüsse. Folgende Einflussfaktoren sind hierfür wesentlich:

- die Refinanzierungsstruktur der Aktivgeschäfte
- die Unsicherheit der Liquiditätsbindung bei der Refinanzierung über strukturierte Emissionen und Zertifikate mit Kündigungsrechten und Vorfälligkeiten
- die Volumenänderungen bei Einlagen und Ausleihungen, wobei die Liquiditätsausgleichsfunktion in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe einen wesentlichen Treiber darstellt
- das Refinanzierungspotenzial am Geld- und Kapitalmarkt
- die Marktwertschwankungen und die Veräußerbarkeit von Wertpapieren sowie deren Beleihungsfähigkeit in der besicherten Refinanzierung beispielsweise mittels bilateraler Repo-Geschäfte oder am Tri-Party-Markt
- die potenzielle Ausübung von Liquiditätsoptionen wie etwa Ziehungsrechte bei unwiderruflichen Kredit- oder Liquiditätszusagen sowie Kündigungs- und Währungswahlrechte im Kreditgeschäft
- die Verpflichtung zur Stellung eigener Sicherheiten in Form von Geld oder Wertpapieren beispielsweise für Derivategeschäfte oder für die Gewährleistung des Zahlungsverkehrs im Rahmen der Intraday-Liquidität

Liquiditätsrisiken resultieren außerdem aus der Veränderung der eigenen Bonität, wenn die Pflicht zur Stellung von Sicherheiten vertraglich in Abhängigkeit vom Rating geregelt ist.

6.2.2. Risikostrategie

Für die Unternehmen der DZ BANK Gruppe gilt der Grundsatz, dass die Übernahme von Liquiditätsrisiken nur unter Abwägung der damit verbundenen Chancen und im Einklang mit dem vom Vorstand festgelegten **Risikoappetit** zulässig ist. Dabei muss die Zahlungsfähigkeit auch bei schwerwiegenden Krisenereignissen gewährleistet sein. Der Risikoappetit wird ausgedrückt durch die Krisenszenarien, die im Rahmen der Stresstests abgedeckt werden müssen. Die Krisenszenarien berücksichtigen auch die spezifischen Anforderungen der MaRisk BA an die Ausgestaltung der Stressszenarien bei kapitalmarkt-orientierten Kreditinstituten.

In Abgrenzung dazu werden weitere extreme Szenarien nicht vom Risikoappetit abgedeckt. Die hieraus entstehenden Risiken werden akzeptiert und daher nicht steuerungswirksam berücksichtigt. Dies betrifft beispielsweise einen weitgehenden Abzug der Kundeneinlagen, der aufgrund einer Schädigung der Reputation des Bankensystems auftreten kann (Bank Run), oder ein vollständiges und nachhaltiges Austrocknen aller unbesicherten Refinanzierungsquellen am Geldmarkt, das auch Geschäfte mit eng an die Unternehmen der DZ BANK Gruppe gebundenen Firmenkunden, institutionellen Kunden und Kundenbanken umfasst. Das Risiko des zeitweiligen Wegfalls der unbesicherten Refinanzierung bei institutionellen Anlegern wird dagegen nicht akzeptiert und ist Gegenstand der relevanten Stressszenarien.

Um auch im Krisenfall zahlungsfähig zu bleiben, werden Liquiditätsreserven in Form von liquiden Wertpapieren vorgehalten. **Refinanzierungspotenziale** am besicherten und unbesicherten Geldmarkt werden durch eine breite Diversifikation der nationalen und internationalen Kundenbasis, bestehend beispielsweise aus Firmenkunden, institutionellen Kunden oder Kundenbanken, gewährleistet. Dies erfolgt durch aktive Markt- und Kundenbetreuung, die intensive Pflege von Kundenbeziehungen sowie die gute Reputation am Geldmarkt. Darüber hinaus stellen die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine wesentliche und stabile Refinanzierungsquelle dar.

Die Liquiditätsrisikostrategie wird konsistent zu den **Geschäftsstrategien** erstellt und in diesem Rahmen mindestens jährlich überprüft und im Bedarfsfall angepasst.

6.2.3. Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen

Organisation und Verantwortung

Die strategischen Rahmenvorgaben für das Management des Liquiditätsrisikos für die Unternehmen der DZ BANK Gruppe werden durch das **Group Risk and Finance Committee** verabschiedet. Auf Ebene der DZ BANK ist hierfür das Asset Liability Committee/Treasury und Kapital Komitee zuständig.

Das **Liquiditätsrisikocontrolling** der DZ BANK Gruppe wird über den Arbeitskreis Konzernrisikosteuerung abgestimmt und unabhängig von den für die Liquiditätsrisikosteuerung zuständigen Einheiten im Risikocontrolling der DZ BANK durchgeführt. Hierbei werden die auf Basis von gruppen-internen Vorgaben durch die Tochterunternehmen ermittelten Risikoinformationen zu einer Gruppensicht zusammengeführt.

Risikoberichtswesen

Die Liquidität bis zu 1 Jahr und die strukturelle Liquidität ab 1 Jahr werden auf täglicher Basis den für die Liquiditätsrisikosteuerung und das Liquiditätsrisikocontrolling zuständigen **Vorstandsdezenten** der DZ BANK berichtet. Der **Gesamtvorstand** wird monatlich über die aktuelle Situation zum Liquiditätsrisiko sowie über die Entwicklung des vergangenen Monats informiert.

Die für die Steuerung des Liquiditätsrisikos zuständigen Einheiten im **Treasury** der DZ BANK und in den Tochterunternehmen erhalten ebenfalls auf täglicher Basis Detailaufstellungen, die den Beitrag der jeweiligen Einzelpositionen zur Gesamtposition zeigen.

Das **Group Risk and Finance Committee** wird quartalsweise über das Liquiditätsrisiko der DZ BANK Gruppe und der einzelnen Steuerungseinheiten unterrichtet.

In den **Unternehmen der DZ BANK Gruppe** existieren zur Unterstützung der Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos auf Einzelunternehmensebene entsprechende Berichtsverfahren. Die größten Liquiditätsgeber der DZ BANK am unbesicherten Geldmarkt werden auf täglicher Basis an das Konzern-Treasury und monatlich an das **Asset Liability Committee Treasury und Kapital Komitee** und an den **Gesamtvorstand** berichtet. Die Bericht-

erstattung differenziert nach Kunden und Banken und bezieht sich auf die DZ BANK in Frankfurt und auf jede Auslandsniederlassung. Mögliche Konzentrationsrisiken hinsichtlich der Liquiditätsgeber können hierdurch frühzeitig transparent gemacht werden.

6.2.4. Liquiditätsrisikomessung

Die **Intraday-Liquidität** wird im Rahmen der fortlaufenden Disposition der bei Zentral- und Korrespondenzbanken im In- und Ausland geführten Konten durch die für die Liquiditätsrisikosteuerung zuständigen Einheiten der Unternehmen der DZ BANK Gruppe sichergestellt und überwacht. Hierzu werden in der DZ BANK für jeden Geschäftstag die innertägigen Zahlungsflüsse, aufgeteilt nach Tageszeitintervallen, sowie die zur Ausführung der Zahlungen notwendigen Sicherheiten gemessen. Dadurch können mögliche tageszeitbezogene Konzentrationsrisiken frühzeitig identifiziert werden. Die Messergebnisse dienen auch zur Modellierung des Sicherheitenbedarfs aus der Intraday-Liquidität im Rahmen der Messung des Liquiditätsrisikos.

Innerhalb der DZ BANK Gruppe sind die bedeutendsten innertägigen Zahlungsströme in der DZ BANK zu verzeichnen.

Die DZ BANK verwendet zur Ermittlung des Liquiditätsrisikos für den **Zeithorizont von 1 Jahr** ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren, das von der BaFin gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) zur Beurteilung der ausreichenden Liquidität nach § 2 LiqV anstelle des aufsichtsrechtlichen Standardverfahrens zugelassen worden ist.

Das interne Liquiditätsrisikomodell dient auch zur Ermittlung des Liquiditätsrisikos auf Ebene der DZ BANK Gruppe. Mit dem Verfahren, in das alle für das Liquiditätsrisiko bedeutenden Unternehmen der DZ BANK Gruppe integriert sind, werden täglich neben einem Risikoszenario vier Stressszenarien simuliert. In dem Modell werden auch die aus der kurzfristigen Refinanzierung der Asset-Backed Commercial Papers-Programme (ABCP-Programme) entstehenden Liquiditätsrisiken berücksichtigt.

Je Szenario wird die Kennzahl **Minimaler Liquiditätsüberschuss** errechnet, die den Überhang an Zahlungsmitteln quantifiziert, der bei sofortigem Eintreten des Szenarios innerhalb des nächsten

Geschäftsjahres mindestens vorhanden wäre. Zu diesem Zweck werden die kumulierten Liquiditätsflüsse (Forward Cash Exposure) den verfügbaren Liquiditätsreserven (Counterbalancing Capacity) taggenau gegenübergestellt.

Die **kumulierten Liquiditätsflüsse** umfassen sowohl erwartete als auch unerwartete Zahlungen.

Die **verfügbaren Liquiditätsreserven** beinhalten Salden auf Nostrokonten, liquide Wertpapiere und unbesicherte Refinanzierungskapazitäten bei Kunden, Banken und institutionellen Anlegern. Durch die Berücksichtigung der verfügbaren Liquiditätsreserven wird bereits bei Ermittlung des Minimalen Liquiditätsüberschusses die Liquiditätswirkung der Maßnahmen berücksichtigt, die zur Liquiditätsgenerierung in den jeweiligen Szenarien durchgeführt werden könnten. Zu den Maßnahmen zählt beispielsweise die besicherte Refinanzierung der Wertpapierbestände am Wertpapierpensionsgebermarkt.

Stresstests werden anhand von vier der Limitierung unterliegenden Szenarien (Downgrading, Unternehmenskrise, Marktkrise und Kombinationskrise) sowohl für die kumulierten Liquiditätsflüsse als auch für die verfügbaren Liquiditätsreserven durchgeführt. Die Stressszenarien betrachten sowohl marktbezogene als auch institutseigene Ursachen. Darüber hinaus wird eine Kombination von markt- und institutsspezifischen Ursachen betrachtet. Im Bereich der institutsspezifischen Ursachen, wie einer nachteiligen Veränderung der eigenen Reputation, wird beispielsweise unterstellt, dass eine unbesicherte Refinanzierung bei Kunden, Banken und institutionellen Anlegern im Prognosezeitraum von 1 Jahr nur noch sehr eingeschränkt möglich ist. Jedes Stressszenario stellt, bezogen auf das simulierte Ereignis, eine schwerwiegende Verschlechterung der Rahmenbedingungen dar.

Das Stressszenario mit dem geringsten Minimalen Liquiditätsüberschuss wird als Engpassszenario verstanden. Die ökonomische Liquiditätsadäquanz ergibt sich als Höhe des Minimalen Liquiditätsüberschusses im Engpassszenario.

Ergänzend zu den bestehenden und der Limitierung bereits unterliegenden Stressszenarien simulieren **Fremdwährungsstresstests** den zusätzlichen Ausfall des Devisenswap-Markts. Betrachtet werden hierbei die Währungen der bedeutenden Lokationen

(US-Dollar, Britisches Pfund, Schweizer Franken, Hongkong-Dollar, Singapur-Dollar). Die Limitierung der Währungen bezieht sich nur auf den kritischen Bereich des ersten Monats.

Neben den der Limitierung unterliegenden Szenarien werden weitere Stressszenarien betrachtet sowie ein **inverser Stresstest** vorgenommen und monatlich berichtet.

Das interne Liquiditätsrisikomodelle wird im Rahmen einer **Angemessenheitsprüfung** fortlaufend überprüft und an neue Markt-, Produkt- und Prozessgegebenheiten angepasst. Die Angemessenheitsprüfung wird für jedes Unternehmen der DZ BANK Gruppe durchgeführt und auf Gruppenebene zusammengeführt.

6.2.5. Risikomanagement

Limitsteuerung des Liquiditätsrisikos

Die Limitierung des Liquiditätsrisikos erfolgt mit dem Ziel, die ökonomische Liquiditätsadäquanz sicherzustellen. Sie basiert auf dem Minimalen Liquiditätsüberschuss, der für die vier der Limitierung unterliegenden Stressszenarien ermittelt wird. Hierfür hat der Vorstand der DZ BANK ein **Limit** und eine **Beobachtungsschwelle** oberhalb des Limits festgelegt. Auf Ebene der Unternehmen der DZ BANK Gruppe hat der Vorstand der DZ BANK für jedes Unternehmen der DZ BANK Gruppe ausschließlich ein Limit festgelegt. Die Überwachung der Limite und der Beobachtungsschwelle erfolgt durch das Liquiditätsrisikocontrolling der DZ BANK.

Durch das Limitsystem wird die Zahlungsfähigkeit auch in schwerwiegenden Stressszenarien sichergestellt. Um auf Krisenereignisse schnell und koordiniert reagieren zu können, sind **Liquiditätsnotfallpläne** vorhanden, die in jährlichem Turnus überarbeitet werden.

Liquiditätsrisikominderung

Maßnahmen zur Reduzierung der Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Liquiditätssteuerung durch die Treasuries der Steuerungseinheiten initiiert. Mit dem Vorhalten von Zahlungsmitteln und liquiden Wertpapieren sowie der Gestaltung des Fristigkeitsprofils im Geld- und Kapitalmarktbereich stehen zahlreiche Instrumente zur Verfügung, um das Liquiditätsrisiko aktiv zu steuern.

Liquiditätstransferpreissystem

Die DZ BANK Gruppe verfolgt das Ziel, die Resource und den Erfolgsfaktor Liquidität chancen- und risikogerecht einzusetzen. Auf Basis des Liquiditätstransferpreissystems werden Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken innerhalb der Unternehmen der DZ BANK Gruppe mittels interner Preise zwischen den liquiditätsgenerierenden und liquiditätsverbrauchenden Einheiten verrechnet. Hierbei wird auf die Konsistenz der Transferpreise mit der Risikomessung und Risikosteuerung geachtet.

Transferpreise werden in der DZ BANK für die Liquiditätskosten von allen wesentlichen Produkten angesetzt. Das Transferpreissystem berücksichtigt Laufzeit und Marktliquidität der Produkte und hat wesentlichen Einfluss auf die Ertrags- und Risikosteuerung.

6.2.6. Quantitative Einflussgrößen

Die verfügbaren liquiden Wertpapiere sowie die unbesicherte kurz- und mittelfristige Refinanzierung bestimmen maßgeblich die Höhe des Minimalen Liquiditätsüberschusses. Ferner spielen zusätzliche vertragliche Verpflichtungen, die im Falle der Herabstufung des eigenen Ratings der DZ BANK zu leisten sind, bei der Liquiditätsrisikomessung eine Rolle. Diese Faktoren werden im Folgenden dargestellt.

Liquide Wertpapiere

Liquide Wertpapiere bilden zusammen mit Salden auf Nostrokonten und unbesicherten Refinanzierungskapazitäten die **verfügbaren Liquiditätsreserven** (Counterbalancing Capacity). Die liquiden Wertpapiere werden im Wesentlichen entweder in Portfolios der Treasuries der Unternehmen der DZ BANK Gruppe oder in Portfolios des Bereichs Kapitalmärkte Handel der DZ BANK gehalten. Als liquide Wertpapiere werden ausschließlich Inhaberschuldverschreibungen angerechnet.

Liquide Wertpapiere umfassen neben hochliquiden, für die besicherte Refinanzierung an privaten Märkten geeigneten Wertpapieren weitere zentralbankfähige Wertpapiere und sonstige Wertpapiere, die in dem für das Liquiditätsrisiko relevanten Prognosebereich von 1 Jahr liquidiert werden können.

Eine Anrechnung erfolgt nur dann, wenn keine Belastung – beispielsweise durch besicherte Refinanzierung – vorliegt. Entlichene Wertpapiere oder als Sicherheiten im Derivategeschäft beziehungsweise im Rahmen der

ABB. 11 – LIQUIDE WERTPAPIERE

in Mrd. €	31.12.2016	31.12.2015
GC-Pooling-fähige liquide Wertpapiere (ECB-Basket)¹	38,0	37,1
Wertpapiere im eigenen Bestand	36,5	31,2
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	11,8	12,5
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-10,3	-6,6
Zentralbankfähige liquide Wertpapiere	17,7	11,8
Wertpapiere im eigenen Bestand	16,2	10,3
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	4,6	3,7
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-3,1	-2,2
Sonstige liquide Wertpapiere	7,1	5,1
Wertpapiere im eigenen Bestand	6,9	4,9
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	0,2	0,4
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-0,1	-0,2
Summe	62,8	54,0
Wertpapiere im eigenen Bestand	59,6	46,5
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	16,6	16,5
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-13,4	-9,0

¹ GC=General Collateral, ECB-Basket= bei der EZB refinanzierungsfähige Sicherheiten

besicherten Finanzierung entgegengenommene Wertpapiere werden nur dann als liquide Wertpapiere angerechnet, wenn die freie Übertragbarkeit sichergestellt ist. Die Anrechnung erfolgt taggenau und berücksichtigt auch zeitliche Restriktionen in der Verfügbarkeit.

Der Liquiditätswert der liquiden Wertpapiere, der sich bei einer besicherten Refinanzierung oder im Falle einer Veräußerung ergeben würde, wird in Abb. 11 beziffert.

Auf Ebene der **DZ BANK Gruppe** belief sich der Liquiditätswert zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt 62,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 54,0 Mrd. €). Für die **DZ BANK** betrug der Liquiditätswert zum 31. Dezember 2016 insgesamt 45,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 42,1 Mrd. €).

Die liquiden Wertpapiere stellen damit sowohl für die **DZ BANK Gruppe** als auch für die **DZ BANK** den bedeutendsten Teil der Counterbalancing Capacity dar und tragen wesentlich dazu bei, dass die Zahlungsfähigkeit in den der Limitierung unterliegenden Stressszenarien im relevanten Prognosezeitraum durchgehend aufrechterhalten werden kann. Insbesondere in dem für Krisen kritischen Zeitraum des ersten Monats basiert die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit in den der Limitierung unterliegenden Stressszenarien nahezu vollständig auf den liquiden Wertpapieren.

Refinanzierung und Zahlungsmittelfälligkeiten

Die Höhe des Liquiditätsrisikos der **DZ BANK Gruppe** und der **DZ BANK** wird durch die kurz- und mittelfristige Refinanzierung geprägt. Die wesentlichen Refinanzierungsquellen am unbesicherten Geldmarkt gehen aus Abb. 12 hervor. Die Veränderung in der Zusammensetzung der wesentlichen Refinanzierungsquellen im Vergleich zum 31. Dezember 2015 ist auf ein verändertes Kunden- und Investorenverhalten aufgrund der geldmarktpolitischen Maßnahmen der EZB zurückzuführen.

Weitere Angaben zur Refinanzierung werden im Wirtschaftsbericht des (Konzern-)Lageberichts im Abschnitt II.5. (Finanzlage) dargestellt.

Die Fälligkeitsanalyse der vertraglich vereinbarten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse wird im Konzernanhang (Abschnitt 84) offengelegt. Diese Angaben entsprechen nicht den für die interne Steuerung der **DZ BANK Gruppe** verwendeten erwarteten und unerwarteten Zahlungsströmen.

Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen

Einige OTC-Besicherungsverträge, die Unternehmen der **DZ BANK Gruppe** abgeschlossen haben, beinhalten ratingabhängige Trigger-Vereinbarungen. Eine Herabstufung des eigenen Ratings würde demnach Sicherheitenforderungen durch die Vertragsparteien auslösen. Da diese Sicherheiten im Falle ihres Abrufs nicht mehr zur Liquiditätsgenerierung zur Verfügung stehen, werden in den Stressszenarien auch die

ABB. 12 – UNBESICHERTE KURZ- UND MITTELFRISTIGE REFINANZIERUNG

in %	DZ BANK Gruppe		DZ BANK	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Volksbanken und Raiffeisenbanken	46	46	49	49
Sonstige Kreditinstitute, Zentralbanken	11	12	10	10
Firmenkunden, institutionelle Kunden	12	10	11	8
Geldmarktpapiere (institutionelle Anleger)	30	32	29	32

Belastungen berücksichtigt, die sich aus diesen zusätzlichen vertraglichen Verpflichtungen ergeben würden.

Abb. 13 zeigt die zusätzlichen Sicherheiten über alle Währungen, die im Falle einer Ratingherabstufung der DZ BANK gegenüber den Vertragspartnern zu stellen wären. Die Angaben spiegeln die Situation nahezu in der gesamten DZ BANK Gruppe wider, da die zusätzlichen vertraglichen Verpflichtungen der anderen Unternehmen der DZ BANK Gruppe aufgrund des geringen Volumens potenzieller Nachschusspflichten vernachlässigbar sind.

Die Veränderungen der zusätzlichen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem 31. Dezember 2015 gehen im Wesentlichen auf neue Geschäfte sowie Marktwert- und Nominalwertveränderungen zurück.

Die zusätzlichen vertraglichen Verpflichtungen stellen ein nur untergeordnetes Liquiditätsrisiko dar, das über die der Limitierung unterliegenden Stressszenarien bereits abgedeckt ist.

6.2.7. Risikolage

Die Ergebnisse der Liquiditätsrisikomessung in den vier der Limitierung unterliegenden Stressszenarien gehen aus Abb. 14 hervor. Die Messergebnisse basieren auf einer taggenauen Berechnung und Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsflüsse und

der verfügbaren Liquiditätsreserven. Dabei werden jene Werte ausgewiesen, die an dem Tag auftreten, an dem der im Prognosezeitraum von 1 Jahr berechnete Liquiditätsüberschuss minimal ist.

Der zum Berichtsstichtag für die DZ BANK Gruppe auf Basis einer Prognose von 1 Jahr gemessene Minimale Liquiditätsüberschuss betrug für das der Limitierung unterliegende Stressszenario mit dem geringsten Minimalen Liquiditätsüberschuss (ökonomische Liquiditätsadäquanz) zum 31. Dezember 2016 11,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 8,9 Mrd. €).

Im Berichtszeitraum kam es in keinem der Limitierung unterliegenden Stressszenarien zu einer Unterschreitung der vom Vorstand für das Geschäftsjahr festgelegten internen Mindestziele (Beobachtungsschwelle: 4,0 Mrd. €, Limit: 1,0 Mrd. € – beide im Vergleich zum Vorjahr unverändert).

Der für die DZ BANK gemessene Minimale Liquiditätsüberschuss betrug zum 31. Dezember 2016 3,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 4,0 Mrd. €). Der Wert ergibt sich aus dem der Limitierung unterliegenden Stressszenario mit dem geringsten Minimalen Liquiditätsüberschuss und bezieht sich auf den für die Limitierung festgelegten Prognosezeitraum von 1 Monat. Das Limit wurde im Berichtszeitraum zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die Auswirkungen der Stressszenarien werden für die DZ BANK über den Limitie-

ABB. 13 – ZUSÄTZLICHE VERTRAGLICHE VERPFLICHTUNGEN

in Mio. €	Einstufige Verschlechterung des Ratings		Zweistufige Verschlechterung des Ratings		Dreistufige Verschlechterung des Ratings	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen aufgrund von Collateral Agreements	120	115	212	188	822	840

ABB. 14 – LIQUIDITÄT BIS 1 JAHR IN DEN DER LIMITIERUNG UNTERLIEGENDEN STRESSZENARIEN: AUSWEIS DER MINIMALEN LIQUIDITÄTSÜBERSCHÜSSE

in Mrd. €	Forward Cash Exposure		Counterbalancing Capacity		Minimaler Liquiditätsüberschuss	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Downgrading	-62,0	-54,8	85,4	71,6	23,3	16,8
Unternehmenskrise	-62,5	-53,1	73,8	62,0	11,2	8,9
Marktkrise	-65,4	-51,2	84,4	70,8	19,1	19,6
Kombinationskrise	-66,6	-31,4	79,8	45,8	13,2	14,5

rungszeitraum von 1 Monat hinaus bis zu 1 Jahr taggenau gemessen und analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die ökonomische Liquiditätsadäquanz im Berichtszeitraum jederzeit sichergestellt war. In den der Limitierung unterliegenden Stressszenarien, die auf Basis des Risikoappetits festgelegt wurden, war der Minimale Liquiditätsüberschuss zum 31. Dezember 2016 positiv. Dies ist darauf zurückzuführen, dass je Szenario die verfügbaren Liquiditätsreserven an jedem Tag des festgelegten Prognosezeitraums oberhalb der kumulierten Zahlungsmittelabflüsse lagen. Die unterstellten krisenbezogenen Zahlungsmittelabflüsse konnten damit mehr als ausgeglichen werden.

6.2.8. Mögliche Auswirkungen realisierter Liquiditätsrisiken

Die Steuerungseinheiten stellen als eine wesentliche Geschäftsaktivität ihren Kunden langfristige Liquidität mit unterschiedlicher Fristigkeit und in verschiedener Währung, zum Beispiel in Form von Krediten, bereit. Die **Refinanzierung** orientiert sich grundsätzlich an diesen liquiditätsbindenden Geschäften. Dabei wird der Refinanzierungsbedarf, der nicht über die Volksbanken und Raiffeisenbanken gedeckt ist, auf dem Geld- und Kapitalmarkt geschlossen, wobei Bodsätze aus dem Geldmarkt-Funding den Bedarf an langfristiger Refinanzierung reduzieren. Es ist damit nicht auszuschließen, dass Refinanzierungsmittel auslaufen und eine Anschluss-Refinanzierung zu ungünstigen Konditionen erforderlich wird, um länger laufende Geschäfte weiter zu finanzieren.

Des Weiteren besteht für die Unternehmen der DZ BANK Gruppe grundsätzlich die Gefahr, dass der **Minimale Liquiditätsüberschuss** die Beobachtungsschwelle oder das Limit unterschreitet. Bei vermehrter Unterschreitung der Beobachtungsschwelle erhöht sich das Risiko, dass auch das Limit in der Folge nicht eingehalten werden kann. Sollte das Limit für einen längeren Zeitraum unterschritten werden, sind Reputationsschäden und eine Herabstufung des Ratings nicht auszuschließen.

Die Realisierung von Liquiditätsrisiken führt zu einer unerwarteten Verringerung des Liquiditätsüberschusses mit negativen Folgen für die Finanzlage. Sollten Krisen eintreten, die hinsichtlich ihrer Ausprägung gravierender oder hinsichtlich ihrer Zusammensetzung signifikant anders als die unterstellten Stressszenarien ausfallen, besteht die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit.

6.3. Aufsichtsrechtliche Liquiditätsadäquanz

6.3.1. Aufsichtsrechtlicher Rahmen

Die im Basel-III-Rahmenwerk und mit der CRR sowie der Delegierten Verordnung 2015/61 in geltendes Recht überführte aufsichtsrechtliche Liquiditätsdeckungsquote (LCR) und die auf dem Basel-III-Rahmenwerk (BCBS 295) fußende strukturelle Liquiditätsquote ergänzen das interne Liquiditätsrisikomanagement.

Durch die kurzfristig ausgerichtete **Liquiditätsdeckungsquote** soll die Widerstandskraft von Instituten in einem Liquiditätsstressszenario mit einer Dauer von 30 Tagen sichergestellt werden. Die Kennzahl wird definiert als Quotient aus dem verfügbaren Bestand an hochliquiden Aktiva und den Nettzahlungsmittelabflüssen unter definierten Stressbedingungen in den nächsten 30 Tagen. Seit dem 1. Januar 2016 muss eine LCR von mindestens 70 Prozent eingehalten werden. Die LCR wird sich ab dem 1. Januar 2017 auf 80 Prozent erhöhen. Die ab dem 1. Januar 2018 geltende Mindestquote wird 100 Prozent betragen. Die DZ BANK meldet die gemäß der CRR in Verbindung mit der Delegierten Verordnung 2015/61 für das Einzelinstitut und für die Institutsgruppe ermittelte LCR monatlich an die Aufsicht.

Die langfristig ausgerichtete **strukturelle Liquiditätsquote** (NSFR) soll sicherstellen, dass die Institute Inkongruenzen zwischen den Fristenstrukturen von Aktiv- und Passivgeschäften begrenzen. Sie setzt den verfügbaren Betrag stabiler Refinanzierung (Eigenmittel und Verbindlichkeiten) ins Verhältnis zu dem erforderlichen Betrag stabiler Refinanzierung (Aktivgeschäft). Hierbei werden die Refinanzierungsquellen beziehungsweise Vermögenswerte in Abhängigkeit ihres Stabilitätsgrads beziehungsweise in Abhängigkeit des Grads ihrer Liquidierbarkeit mit von der Aufsicht definierten Anrechnungsfaktoren gewichtet. Im Gegensatz zur Liquiditätsdeckungsquote wird die Einhaltung der strukturellen Liquiditätsquote frühestens ab dem Geschäftsjahr 2019 mit Inkrafttreten der CRR II verpflichtend werden.

Im April des Geschäftsjahres wurde das monatliche Meldewesen um die zusätzlichen Liquiditätsüberwachungsinstrumente, das heißt die **Additional Liquidity Monitoring Metrics** (ALMM) gemäß der Durchführungsverordnung vom 1. März 2016 erweitert. Die ALMM umfassen insgesamt 5 weitere Liquiditätsmetriken, jeweils auf Ebene der DZ BANK Institutsgruppe und der DZ BANK. Mit den ALMM ist keine einzuhaltende Kennzahl verbunden.

6.3.2. Organisation, Verantwortung und Berichtswesen

Die aus der CRR, dem Basel-III-Rahmenwerk und der Delegierten Verordnung resultierenden aufsichtlichen Liquiditätsmeldegrößen werden durch den Unternehmensbereich **Konzern-Finanz** für die DZ BANK ermittelt und unter Berücksichtigung der entsprechenden Werte der Steuerungseinheiten auf Ebene der DZ BANK Institutsgruppe zusammengeführt.

Sowohl das **Asset Liability Committee/Treasury und Kapital Komitee** als auch der **Gesamtvorstand** werden monatlich über die LCR sowie quartalsweise über die NSFR informiert.

6.3.3. Liquiditätsdeckungsquote

Die nach der Delegierten Verordnung zum 31. Dezember 2016 ermittelte LCR der **DZ BANK Institutsgruppe** und der **DZ BANK** ist aus Abb. 15 ersichtlich.

ABB. 15 – LIQUIDITÄTSDECKUNGSQUOTEN UND DEREN BESTIMMUNGSFAKTOREN

in Mrd. €	DZ BANK Institutsgruppe		DZ BANK	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Erstklassige liquide Aktiva insgesamt	67,8	46,4	46,9	31,2
Nettozahlungsmittelabflüsse	44,9	36,9	33,5	29,3
LCR	151,0 %	125,8 %	139,9 %	106,6 %

Im Berichtszeitraum wurde die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestquote in Höhe von 70 Prozent auf Ebene der DZ BANK Institutsgruppe und von der DZ BANK zu jedem Stichtag deutlich überschritten.

6.4. Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2017 ist die Fortsetzung des im Vorjahr begonnenen Ausbaus der **Messung der Intraday-Liquidität** vorgesehen. Des Weiteren soll die Integration der neuen aufsichtsrechtlichen Liquiditätsmeldegrößen in die Liquiditätsrisikosteuerung fortgesetzt werden, wobei der Schwerpunkt der Arbeiten auf der NSFR liegen wird.

Darüber hinaus ist für das Geschäftsjahr 2017 hinsichtlich der ökonomischen Liquiditätsadäquanz die

Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der **Risikodatenaggregation** und der **Risikoberichterstattung** vorgesehen.

7. Kapitaladäquanz

7.1. Grundlagen

Das Management der Kapitaladäquanz ist ein integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK. Neben der DZ BANK werden alle weiteren Steuerungseinheiten in das gruppenweite Management der Kapitaladäquanz einbezogen. Durch die aktive Steuerung der ökonomischen Kapitaladäquanz auf Basis der internen Risikomessmethoden und der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzanforderungen soll gewährleistet werden, dass die Risikonahme jederzeit im Einklang mit der Kapitalausstattung der Gruppe steht.

Neben der ökonomischen Kapitalsteuerung werden die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen für das DZ BANK Finanzkonglomerat, die DZ BANK Institutsgruppe und die R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe beachtet.

7.2. Ökonomische Kapitaladäquanz

Aufgrund der engen Verknüpfung des Managements der ökonomischen Kapitaladäquanz der DZ BANK mit dem der DZ BANK Gruppe gelten die folgenden Angaben grundsätzlich auch für die DZ BANK.

7.2.1. Strategie, Organisation und Verantwortung

Der **Vorstand der DZ BANK** legt die geschäftspolitischen Ziele und die Kapitalausstattung der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK nach Rendite- und Risikogesichtspunkten fest. Der Vorstand strebt bei seiner Steuerung des Risikoprofils ein angemessenes Verhältnis zur Risikodeckungsmasse an. Für das Risiko- und Kapitalmanagement und die Einhaltung der Kapitaladäquanz auf Gruppenebene ist die DZ BANK verantwortlich.

Die Steuerung der ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz orientiert sich an internen Zielwerten. Um unerwartete Belastungen der **Zielwerte und Kapitalquoten** zu vermeiden und eine strategiekonforme Entwicklung der Risiken sicherzustellen, werden jährlich im Rahmen des **strategischen Planungsprozesses** gruppenweit ökonomische Verlustobergrenzen und risikogewichtete Aktiva als Limite für den Risikokapitalbedarf geplant. Dieser Prozess mündet in eine Bedarfsplanung für das in der Gruppe benö-

tigte ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapital. Die Durchführung entsprechender Emissionsmaßnahmen wird durch das Asset Liability Committee/Treasury und Kapital Komitee genehmigt und anschließend über das Konzern-Treasury der DZ BANK koordiniert.

Durch die Integration der ökonomischen Risikokapitalbedarfsplanung in den strategischen Planungsprozess soll für kapitalunterlegte Risikoarten die Verzahnung der Risikostrategie mit den Geschäftsstrategien erreicht werden.

7.2.2. Messmethoden

Das ökonomische Kapitalmanagement basiert auf internen Risikomessmethoden, die alle aus Sicht der Kapitaladäquanz wesentlichen Risikoarten berücksichtigen. Der Risikokapitalbedarf resultiert aus einer Aggregation der relevanten Risikoarten aller Steuerungseinheiten. Die gewählten Methoden dienen der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an ein gruppenweit integriertes Risikokapitalmanagement.

Im Rahmen der **Risikotragfähigkeitsanalyse** wird dem Risikokapitalbedarf die Risikodeckungsmasse, vermindert um einen Kapitalpuffer, gegenübergestellt, um die ökonomische Kapitaladäquanz zu ermitteln. Anhand der Risikodeckungsmasse sowie in Kenntnis des benötigten Kapitalpuffers legt der Vorstand die Verlustobergrenzen, die den Risikokapitalbedarf begrenzen, für das jeweilige Geschäftsjahr fest. Die Verlustobergrenzen können bei Bedarf, zum Beispiel bei sich verändernden Rahmenbedingungen, unterjährig angepasst werden.

Die **Risikodeckungsmasse** setzt sich aus dem Eigenkapital und eigenkapitalnahen Bestandteilen zusammen. Sie wird grundsätzlich quartalsweise überprüft. Die Risikodeckungsmasse wird wie folgt ermittelt:

- Die Risikodeckungsmasse aus dem **Sektor Bank** wird grundsätzlich auf Basis von IFRS-Daten (FINREP), jedoch ohne Einbeziehung der R+V berechnet.
- Die Risikodeckungsmasse aus dem **Sektor Versicherung** beruht auf den Eigenmitteln der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe gemäß Solvency II.

Die Risikodeckungsmassen beider Sektoren werden zur Risikodeckungsmasse der DZ BANK Gruppe zusammengefasst. Dabei werden Konsolidierungseffekte zwischen den Sektoren Bank und Versicherung berücksichtigt, woraus eine Verringerung der auf

Gruppenebene zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse resultiert.

Aufgrund der im zweiten Quartal 2016 für den Sektor Versicherung auf Basis des Konzernabschlusses 2015 der R+V turnusgemäß vorgenommenen Parameteränderungen der Risikomessverfahren und der Aktualisierung von versicherungsmathematischen Annahmen war eine **Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs** zum 31. Dezember 2015 erforderlich. In die Neukalkulation fließen aktualisierte Bewertungen der versicherungstechnischen Rückstellungen auf Basis von jährlichen aktuariellen Analysen sowie Aktualisierungen von Parametern in der Risikokapitalberechnung ein. Aufgrund der Komplexität und des Zeitaufwands wird in der unterjährigen Berechnung auf eine vollständige Aktualisierung von Parametern verzichtet und eine geeignete Fortschreibung vorgenommen.

Mit der Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs zum 31. Dezember 2015 hat die R+V die seit dem 1. Januar 2016 geltenden finalen Vorgaben von **Solvency II** umgesetzt. So wurde die Risikoermittlung auf die von der EIOPA vorgegebene Zinsstrukturkurve ohne Zinsaufschlag umgestellt. Für die Berechnungen der Lebensversicherer wurde ein stochastisches Modell verwendet. Zudem wurde die Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs für Berufsunfähigkeitsversicherungen aus dem Modul versicherungstechnisches Risiko Leben in das Modul versicherungstechnisches Risiko Gesundheit verlagert. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Neukalkulation Anpassungen des Konsolidierungskreises vorgenommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Einbeziehung der italienischen Tochterunternehmen Assimoco S.p.A., Segrate, (Assimoco) und Assimoco Vita S.p.A., Segrate, (Assimoco Vita). Die Umsetzung von Solvency II hat sich sowohl auf den Gesamtsolvabilitätsbedarf als auch auf die Eigenmittel der R+V ausgewirkt, wobei die ökonomische Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe weiterhin sichergestellt ist.

Die Neukalkulation führte zu Veränderungen bei den Risikokennzahlen auf Ebene der DZ BANK Gruppe. Die in diesem Chancen- und Risikobericht ausgewiesenen Werte zum 31. Dezember 2015 wurden entsprechend angepasst und sind nicht unmittelbar mit den Angaben im Chancen- und Risikobericht 2015 vergleichbar.

7.2.3. Kapitalpuffer

Der Kapitalpuffer dient zur Abdeckung von Unschärfen in der Risikomessung und von Risiken, die nicht

im Rahmen des Risikokapitalbedarfs gemessen und nicht über Risikolimits (Verlustobergrenzen) gesteuert werden. Dies gilt beispielsweise für **Migrationsrisiken bei klassischen Krediten**. Die einzelnen Bestandteile des Kapitalpuffers werden über ein experten-, szenario- oder modellbasiertes Vorgehen quantifiziert.

Der Kapitalpuffer beinhaltet auch Bestandteile, die im Rahmen der **Fusion** eingerichtet wurden, um der noch nicht vollständig integrierten Risikomessung der DZ BANK Gruppe (vor Fusion) und der vormaligen WGZ BANK Gruppe Rechnung zu tragen. Die betroffenen Kapitalpufferbestandteile werden hinfällig werden, sobald die Systemintegration vollständig abgeschlossen ist.

7.2.4. Risikotragfähigkeit

Die der DZ BANK Gruppe zur Verfügung stehende **Risikodeckungsmasse** betrug zum 31. Dezember 2016 26.408 Mio. € (31. Dezember 2015: 22.518 Mio. €; ursprünglicher Wert: 22.616 Mio. €). Zum 31. Dezember 2016 betrug der **Kapitalpuffer** 1.929 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.526 Mio. €). Die höheren Werte sind im Wesentlichen auf Fusionseffekte zurückzuführen. Der Anstieg der Risikodeckungsmasse resultiert darüber hinaus auch aus der positiven Ergebnisentwicklung.

Die aus der um den Kapitalpuffer verminderten Risikodeckungsmasse abgeleitete **Verlustobergrenze** der DZ BANK Gruppe belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 22.299 Mio. € (31. Dezember 2015: 16.866 Mio. €). Zum 31. Dezember 2016 wurde ein **Risikokapitalbedarf** in Höhe von 14.975 Mio. € (31. Dezember 2015: 12.098 Mio. €; ursprünglicher Wert: 12.167 Mio. €) ermittelt. Die Erhöhung der Verlustobergrenze ist im Wesentlichen auf die Fusion, auf die Modelländerungen bei der R+V wegen der Einführung von Solvency II sowie die Weiterentwicklung von Risikomodellen bei der DZ BANK zurückzuführen. Der Anstieg des Risikokapitalbedarfs resultiert ebenfalls aus den vorgenannten Effekten und aus dem Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus.

Die **ökonomische Kapitaladäquanz** der DZ BANK Gruppe wurde zum 31. Dezember 2016 mit 163,5 Prozent (31. Dezember 2015: 173,5 Prozent; ursprünglicher Wert: 173,3 Prozent) ermittelt. Abb. 16 zeigt die ökonomische Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe im Überblick.

Die Verlustobergrenzen und Risikokapitalbedarfe nach Risikoarten für den Sektor Bank gehen aus Abb. 17 hervor.

Abb. 18 stellt die Verlustobergrenzen und Gesamtsolvabilitätsbedarfe nach Risikoarten unter Berücksichtigung der Versicherungsnehmerbeteiligung für den Sektor Versicherung dar. Bei der Festlegung der Verlustobergrenzen und der Ermittlung der Gesamtsolvabilitätsbedarfe wird ein Entlastungseffekt aus der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern, die aus dem Wegfall passiver latenter Steuern im Verlustszenario resultiert, berücksichtigt. Darüber hinaus werden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten in Anrechnung gebracht. Aufgrund dieser Wirkungszusammenhänge sind der Gesamtsolvabilitätsbedarf und die Verlustobergrenzen je Risikoart nicht additiv.

Da im Rahmen der Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs zum 31. Dezember 2015 keine rückwirkende Anpassung der Verlustobergrenzen erfolgt ist, kam es bei einigen Risikoarten im Sektor Versicherung rückwirkend zu Überschreitungen der Verlustobergrenzen des Vorjahres. Die gesamte Verlustobergrenze des Sektors Versicherung war davon nicht betroffen.

7.2.5. Ökonomische Stresstests

Ökonomische Stresstests auf Ebene der DZ BANK Gruppe Mithilfe ökonomischer Stresstests überprüft die DZ BANK laufend, ob die Risikotragfähigkeit der DZ BANK Gruppe auch unter extremen, aber plausiblen Szenarien zukünftig weiterhin gegeben wäre. Das ökonomische Stresstestkonzept umfasst mehrere **risikoartenübergreifende ökonomische Szenarien** und **spezifische Stresstests für die einzelnen Risikoarten** der DZ BANK Gruppe.

Die Stresstests werden grundsätzlich mindestens auf der Grundlage eines 1-jährigen Szenario-Horizonts berechnet. Dabei werden sowohl makroökonomische Szenarien als auch historische Situationen, die für das Geschäftsmodell und die Portfolios der DZ BANK Gruppe besonders relevant sind, betrachtet. Die risikoartenspezifischen Stresstests sind hypothetische Szenarien, deren Stressmaße eine Krise, die alle 10 Jahre vorkommen kann, abbilden.

Inverse Stresstests ergänzen die genannten Szenario-Betrachtungen um die Untersuchung der Fragestellung, welche hypothetischen Szenarien von hinreichender Plausibilität und Relevanz denkbar sind, die die Überlebensfähigkeit der DZ BANK Gruppe gefährden könnten.

Das ökonomische Stresstestkonzept bezieht sich auf alle wesentlichen **Verlustrisiken** der DZ BANK

ABB. 16 – ÖKONOMISCHE KAPITALADÄQUANZ DER DZ BANK GRUPPE

in Mio. €	31.12.2016	30.09.2016	30.06.2016	31.03.2016	31.12.2015
Risikodeckungsmasse	26.408	26.929	23.745	24.028	22.518
Kapitalpuffer	-1.929	-1.994	-1.014	-1.493	-1.526
Risikodeckungsmasse nach Kapitalpuffer	24.479	24.935	22.731	22.534	20.992
Verlustobergrenze	22.299	22.299	19.244	19.244	16.866
Risikokapitalbedarf (nach Diversifikation)	14.975	15.836	13.695	14.177	12.098
Ökonomische Kapitaladäquanz	163,5 %	157,5 %	166,0 %	159,0 %	173,5 %

ABB. 17 – VERLUSTOBERGRENZEN UND RISIKOKAPITALBEDARF IM SEKTOR BANK

in Mio. €	Verlustobergrenzen					Risikokapitalbedarf				
	31.12. 2016	30.09. 2016	30.06. 2016	31.03. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	30.09. 2016	30.06. 2016	31.03. 2016	31.12. 2015
Kreditrisiko	6.606	6.609	4.973	4.973	4.860	4.472	4.773	3.780	3.843	3.569
Beteiligungsrisiko	1.468	1.405	1.299	1.299	1.081	1.263	1.178	1.068	1.045	854
Marktpreisrisiko ¹	7.582	7.651	6.490	6.490	5.830	4.347	4.599	3.748	3.377	3.204
Bauspartechnisches Risiko ²	600	600	600	600	550	541	541	541	541	549
Geschäftsrisiko ³	1.024	997	847	847	775	912	813	707	743	579
Operationelles Risiko	1.152	1.152	1.052	1.052	1.150	892	897	870	886	871
Summe (nach Diversifikation)	17.089	17.089	14.034	14.034	13.066	11.105	11.525	9.511	9.228	8.391

1 Das Marktpreisrisiko beinhaltet Spread- und Migrationsrisiken.

2 Einschließlich Geschäftsrisiko und Reputationsrisiko der BSH

3 Das Reputationsrisiko ist mit Ausnahme der BSH im Risikokapitalbedarf für das Geschäftsrisiko enthalten.

ABB. 18 – VERLUSTOBERGRENZEN UND GESAMTSOLVABILITÄTSBEDARF IM SEKTOR VERSICHERUNG

in Mio. €	Verlustobergrenzen					Gesamtsolvabilitätsbedarf				
	31.12. 2016	30.09. 2016	30.06. 2016	31.03. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	30.09. 2016	30.06. 2016	31.03. 2016	31.12. 2015
Versicherungstechnisches Risiko Leben	1.200	950	750	680	520	702	813	659	438	403
Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit	330	330	330	330	70	148	181	200	286	162
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben	3.250	3.250	3.100	2.900	2.600	2.691	2.762	2.692	2.692	2.651
Marktrisiko	3.540	3.650	3.900	4.100	2.950	2.761	2.965	2.959	3.724	2.578
Gegenparteausfallrisiko	110	110	110	110	50	73	79	75	107	67
Operationelles Risiko	640	640	600	580	470	512	534	532	533	478
Nicht beherrschte Versicherungsunternehmen und Unternehmen aus anderen Finanzsektoren	120	120	120	120	80	101	101	100	100	100
Summe (nach Diversifikation)	5.210	5.210	5.210	5.210	3.800	3.870	4.311	4.184	4.949	3.706

Gruppe inklusive derjenigen Risiken, die aufgrund der jeweiligen Geschäftsmodelle nur in einzelnen Steuerungseinheiten zum Tragen kommen. Die Stresstests setzen dabei grundsätzlich auf den Methoden und Verfahren auf, die für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit zum Einsatz kommen. Die ökonomischen Stresstests bilden darüber hinaus jedoch auch Ereignisse ab, die über die für die

Risikotragfähigkeitsberechnung etablierten Methoden hinausgehen.

Die Stresstestmethoden sind so konzipiert, dass die Spezifika des Geschäftsmodells und der Risiko- und Kapitalsteuerung der R+V bei der Ermittlung der Stresstestergebnisse für die DZ BANK Gruppe angemessen und vollständig berücksichtigt werden können.

Die Szenarien des ökonomischen Stresstests übersetzen mögliche **krishafte Entwicklungen** von makroökonomischen Kennzahlen und Marktpreisen in Veränderungen der Risikodeckungsmasse und des Risikokapitalbedarfs. Dies ermöglicht eine umfassende und konsistente Berücksichtigung der Wirkung von externen ökonomischen Entwicklungen auf die Risikotragfähigkeit der DZ BANK Gruppe.

Die DZ BANK hat für die ökonomischen Stresstests ein Schwellenwertkonzept als **Frühwarnmechanismus** implementiert. Im laufenden Berichtswesen wird bei den risikoartenübergreifenden Szenarien und bei den risikoartenspezifischen Stresstests die Einhaltung der Schwellenwerte überwacht. In Abhängigkeit von diesen Frühwarnsignalen werden verschiedene **Risiko-managementprozesse** angestoßen, um frühzeitig auf die von den Stresstests aufgezeigten Gefährdungspotenziale zu reagieren.

Die Stresstests werden quartalsweise berechnet und vom **Risiko Komitee** beziehungsweise vom Gesamtvorstand der DZ BANK verabschiedet.

Ökonomische Stresstests im Sektor Bank

Die Stresstestmethodik im Sektor Bank umfasst mögliche **Verluste an Risikodeckungsmasse** und Veränderungen der Risikopositionen als Auswirkung der Szenarien. Diese Verluste können beispielsweise durch Bewertungsverluste bei handelbaren Finanzinstrumenten, Abschreibungsverluste der Beteiligungsbuchwerte aufgrund geänderter Marktpreise, Verluste aus Kreditausfällen und Wertänderungen aufgrund verschlechterter Bonitäten und Verlustquoten, Verluste aus operationellen Risiken sowie durch veränderte Ertragsmöglichkeiten aufgrund sich wandelnder ökonomischer Rahmenbedingungen oder Wettbewerbssituationen verursacht werden.

In den Stressszenarien wird zudem die Risikomessung für das Marktpreisrisiko, Beteiligungsrisiko, Kreditrisiko, baupartechnische Risiko, das Geschäftsrisiko und operationelle Risiko im Sektor Bank so angepasst, dass die unterstellte krisenhafte Veränderung grundsätzlich angemessen reflektiert wird. Dabei werden die Eingangsparameter für die Risikomessung so skaliert, dass sie dazu geeignet sind, die extremen negativen hypothetischen oder historischen Situationen widerzuspiegeln. Bei der Aggregation der Risikoarten zu einem Stresstestergebnis für alle Steuerungseinheiten und Risikoarten wird analog zur regulären Risikomessung vorgegangen. In den hypothetischen risikoartenübergreifen-

den Szenarien wird auch eine erhöhte Risikoartenkorrelation unterstellt.

Beim **inversen Stresstest** wird die Gefährdung der Risikotragfähigkeit mit Szenarien simuliert, bei denen die Fortführung des Geschäftsmodells sich als nicht mehr durchführbar beziehungsweise sich das Geschäftsmodell als nicht mehr tragbar erweist. Somit steht bei den inversen Stresstests im Vordergrund, erstens relevante Szenario-Ansätze zu identifizieren mit dem grundsätzlichen Potenzial, die Überlebensfähigkeit zu gefährden, und zweitens zu analysieren, für wie wahrscheinlich beziehungsweise plausibel ein derartiges konkretes, hinreichend schweres Szenario eingeschätzt wird.

Die DZ BANK ist in die standardisierten Stresstests des Risikokapitalbedarfs der DZ BANK Gruppe integriert. Parallel zu dem standardisierten Stresstestverfahren auf Gruppenebene werden in der DZ BANK zusätzlich Krisenszenarien auf Basis des internen Marktpreisrisikomodells erstellt und unter Berücksichtigung aktueller Marktdaten ständig angepasst.

Ökonomische Stresstests im Sektor Versicherung

Die R+V führt analog zu den weiteren Steuerungseinheiten der DZ BANK Gruppe regelmäßig die gruppenweit geltenden ökonomischen Stresstests auf Basis einer separaten Stresstestmethodik für den Sektor Versicherung durch. Dadurch werden die Spezifika des Geschäftsmodells und der Risiko- und Kapitalsteuerung der R+V grundsätzlich angemessen Rechnung getragen. Insbesondere wird die Beteiligung der Versicherungsnehmer entsprechend berücksichtigt.

In den **risikoartenübergreifenden ökonomischen Szenarien** werden mindestens das Markt- und das Kreditrisiko abgedeckt, während das versicherungstechnische Risiko über die gestresste Zinskurve einbezogen wird. Verändert werden die Parameter Zinskurve, Wechselkurse, Aktienkurse, Zinsvolatilität und Bonitäts-Spreads.

Im Rahmen der **spezifischen ökonomischen Stresstests** des versicherungstechnischen Risikos werden die Parameter Stornofunktion und Sterblichkeitsniveau in der Lebensversicherung sowie die erwartete Anzahl der Naturkatastrophenschäden in der Nicht-Lebensversicherung explizit verändert.

7.2.6. Mögliche Auswirkungen realisierter Risiken
Treten kapitalunterlegte Risiken tatsächlich ein, so hat dies negative Auswirkungen sowohl auf die Ertrags-

lage als auch auf die Vermögenslage. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen fallen höher beziehungsweise die darin ausgewiesenen Erträge niedriger aus als ursprünglich erwartet. Damit geht eine Reduzierung des bilanziellen Nettovermögens einher, da Vermögenswerte unerwartet sinken beziehungsweise Schulden unerwartet steigen. Durch Spread-Ausweitungen bei fungiblen Finanzinstrumenten können auch erfolgsneutrale Verschlechterungen der Vermögenslage auftreten.

Im Falle einer Verschlechterung der Ertragslage besteht die Gefahr einer nachhaltig **negativen risikoadjustierten Profitabilität**, mit der die Kapitalkosten nicht gedeckt werden können und der Economic Value Added (EVA) einen negativen Wert annimmt. In einer solchen Situation wäre die Fortführung des Geschäftsbetriebs in betriebswirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr lohnend.

Diese Wirkungskette gilt in reiner Ausprägung insbesondere bei einem unbedingten Gewinnmaximierungskalkül der Eigenkapitalgeber. Im Falle der DZ BANK ist allerdings erheblich, dass die Eigentümer, die vielfach Kunden der DZ BANK und ihrer Tochterunternehmen sind, mit der Hingabe von Eigenkapital neben der Realisierung einer möglichst markt- und risikogerechten Rendite auch das Ziel verfolgen, die subsidiären Dienstleistungen der DZ BANK als Zentralbank in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe in Anspruch zu nehmen. Der bei rein monetärer Betrachtung zu berücksichtigende Kapitalverzinsungsanspruch ist daher im Fall der DZ BANK um einen Nutzeneffekt zu bereinigen. Vor diesem Hintergrund ist der EVA zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit des Investments in die DZ BANK nur eingeschränkt geeignet. Ein negativer Wertebereich des EVA ist damit auch nicht zwingend mit der Aufgabe der Geschäftsaktivitäten der DZ BANK oder ihrer Tochterunternehmen verbunden.

Infolge der Realisierung von Risiken und aufgrund der damit einhergehenden Verluste besteht die Gefahr einer **Verfehlung des ökonomischen Kapitaladäquanzziels** der DZ BANK Gruppe. Dieser Fall könnte aber auch bei einer Erhöhung von Risiken aufgrund zunehmender Marktvolatilität oder infolge von Änderungen der Geschäftsstruktur eintreten. Zudem könnte eine Verringerung der Risikodeckungsmasse, etwa weil deren Bestandteile auslaufen oder nicht mehr anrechenbar sind, zu einer Überschreitung der Risikodeckungsmasse durch den Risikokapitalbedarf führen. Ebenso könnten zusätzliche

oder verschärfte aufsichtsrechtliche Anforderungen negative Auswirkungen auf die ökonomische Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe haben.

In einer Situation, in der die ökonomische Kapitaladäquanz der DZ BANK Gruppe nicht gewährleistet ist, steht nicht genügend Kapital zur Verfügung, um den eigenen Sicherheitsanspruch an die Abdeckung bestehender Risiken zu erfüllen. Dies kann zu einer Verschlechterung des Ratings der DZ BANK und ihrer Tochterunternehmen führen. Sofern damit auch der von der Aufsicht geforderte Sicherheitsanspruch nicht erfüllt wird, könnte sie Maßnahmen ergreifen, die im Extremfall die Abwicklung der DZ BANK oder ihrer Tochterunternehmen zum Ziel hätten.

7.3. Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz

7.3.1. Grundlagen

Für die Überwachung der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz ist in der DZ BANK der Unternehmensbereich Konzern-Finanz zuständig. Durch das regelmäßige Monitoring soll die jederzeitige Einhaltung der jeweils geltenden aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Solvabilität sichergestellt werden. Das Monitoring erfolgt für das DZ BANK Finanzkonglomerat fortlaufend, für die DZ BANK Institutsgruppe und DZ BANK auf monatlicher Basis und für die R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe mindestens auf vierteljährlicher Basis. Über die Ergebnisse werden der Vorstand und die Aufsicht im Rahmen der vierteljährlichen Berichterstattung zum Kapitalmanagement unterrichtet.

7.3.2. DZ BANK Finanzkonglomerat

Die rechtliche Grundlage für die Beaufsichtigung des DZ BANK Finanzkonglomerats bildet im Wesentlichen das Gesetz zur zusätzlichen Aufsicht über beaufsichtigte Unternehmen eines Finanzkonglomerats.

Der Bedeckungssatz für das Finanzkonglomerat ist das Verhältnis, das sich aus der Summe der anrechenbaren Eigenmittel des Finanzkonglomerats und der Summe der Solvabilitätsanforderungen des Konglomerats ergibt. Das Ergebnis muss mindestens 100 Prozent betragen.

Die Berechnungen zur Finanzkonglomerate-Solvabilität beinhalten zum 31. Dezember 2015 letztmalig die nach Solvency I ermittelten Werte der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe. In den vorläufigen Werten zum 31. Dezember 2016 sind erstmals die nach Solvency II berechneten Werte der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe enthalten.

Zum 31. Dezember 2016 betrug die anrechenbaren Eigenmittel des DZ BANK Finanzkonglomerats nach vorläufiger Berechnung 25.637 Mio. € (31. Dezember 2015: endgültige anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 20.760 Mio. €). Dem standen vorläufige Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 14.358 Mio. € (31. Dezember 2015: endgültige Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 11.213 Mio. €) gegenüber. Daraus ergibt sich ein vorläufiger Bedeckungssatz von 178,6 Prozent (31. Dezember 2015: endgültiger Bedeckungssatz in Höhe von 185,1 Prozent), mit dem die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen von 100 Prozent deutlich übertroffen wurden.

7.3.3. DZ BANK Institutsgruppe

Aufsichtsrechtlicher Rahmen

Zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen gemäß der CRR wendet die DZ BANK Institutsgruppe folgende Verfahren an:

- Kreditrisiko: IRB-Ansätze (überwiegend der einfache IRB-Ansatz sowie der IRB-Ansatz für das Mengengeschäft (die aufsichtsrechtliche Kreditrisikomessung der DVB basiert grundsätzlich auf dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz)
- Marktpreisrisiko: überwiegend eigene interne Modelle und in geringem Umfang die Standardverfahren
- Operationelles Risiko: Standardansatz

Die DZ BANK hat im Geschäftsjahr sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene die Fortentwicklung des Bankaufsichtsrechts durch eine nochmals intensivierte Mitarbeit in den relevanten Gremien begleitet.

Aufsichtsrechtliche Kennziffern gemäß CRR

Die bankaufsichtsrechtlichen **Eigenmittel** der **DZ BANK Institutsgruppe** beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt 22.066 Mio. € (31. Dezember 2015: 18.429 Mio. €).

Die deutliche Steigerung der Eigenmittel ist insbesondere auf den Anstieg des **harten Kernkapitals** um insgesamt 3.600 Mio. € zurückzuführen. Positive Fusionseffekte und ein thesaurierungsfähiges Jahresergebnis führten zu einer Erhöhung des Grundkapitals sowie der Kapital- und der Gewinnrücklagen um 4.415 Mio. €. Zusätzlich hat sich die Steigerung der nach der CRR berücksichtigungsfähigen Neubewertungsreserven um 355 Mio. € positiv ausgewirkt. Dagegen hat die Verringerung der nicht beherrschenden

Anteile (Minderheitsbeteiligungen) das harte Kernkapital mit 933 Mio. € belastet. Weitere Belastungen ergaben sich aus dem Anstieg der Abzugspositionen, die auf das harte Kernkapital wirken und unter anderem auf CRR-Effekte (sogenanntes Phase-in) zurückzuführen sind.

Bestandsveränderungen bei den emittierten Additional Tier-1-Anleihen (AT1-Anleihen) haben sich im Berichtszeitraum nicht ergeben. Die Steigerung in dieser Kapitalklasse von 1.748 Mio. € zum 31. Dezember 2015 um 87 Mio. € auf 1.835 Mio. € zum 31. Dezember 2016 ist maßgeblich mit den verringerten Kapitalabzügen zu erklären. Die Kapitalabzüge insbesondere aus immateriellen Vermögenswerten und dem Goodwill verlagern sich nach den CRR-Übergangsvorschriften in fünf Jahresschritten vom AT1 in das harte Kernkapital.

Das **Ergänzungskapital** hat sich gegenüber dem Vorjahresultimo geringfügig um 50 Mio. € verringert. Die aus der Fusion resultierenden zusätzlichen Ergänzungskapitalinstrumente wurden aufgrund der verminderten Anrechnung nach der CRR in den letzten 5 Jahren vor Endfälligkeit überkompensiert.

Die aufsichtsrechtlichen **Eigenmittelanforderungen** der DZ BANK Institutsgruppe wurden zum 31. Dezember 2016 mit 9.477 Mio. € (31. Dezember 2015: 7.828 Mio. €) ermittelt. Der signifikante Anstieg resultiert aus der erstmaligen Einbeziehung der vormaligen WGZ BANK Institutsgruppe zum 30. September 2016.

Die **harte Kernkapitalquote** der DZ BANK Institutsgruppe betrug zum 31. Dezember 2016 14,5 Prozent und übertraf deutlich den Vorjahresultimowert von 13,9 Prozent. Die **Kernkapitalquote** wurde zum 31. Dezember 2016 mit 16,0 Prozent festgestellt und lag damit über dem Vorjahresultimowert von 15,6 Prozent. Die **Gesamtkapitalquote** hat sich von 18,8 Prozent zum 31. Dezember 2015 auf 18,6 Prozent zum Berichtsstichtag vermindert.

Die **harte Kernkapitalquote** der DZ BANK wurde zum 31. Dezember 2016 mit 18,1 Prozent (31. Dezember 2015: 19,1 Prozent) ermittelt und lag damit unter dem Wert zum Vorjahrestichtag. Die **Kernkapitalquote** verminderte sich ebenfalls, und zwar von 20,2 Prozent zum 31. Dezember 2015 auf 19,1 Prozent zum 31. Dezember 2016. Bei der **Gesamtkapitalquote** ergab sich eine Verringerung von 26,6 Prozent zum 31. Dezember 2015 auf 24,4 Prozent zum Berichtsstichtag.

ABB. 19 – AUFSICHTSRECHTLICHE KAPITALKENNZIFFERN GEMÄSS CRR DER DZ BANK INSTITUTSGRUPPE

in Mio. €	31.12.2016	30.09.2016	30.06.2016 ¹	31.03.2016 ¹	31.12.2015 ¹
Kapital					
Hartes Kernkapital	17.154	16.472	13.101	13.318	13.554
Zusätzliches Kernkapital	1.835	1.840	1.890	1.879	1.748
Kernkapital	18.989	18.312	14.991	15.197	15.302
Summe des Ergänzungskapitals	3.077	3.134	2.800	3.005	3.127
Gesamtkapital	22.066	21.466	17.791	18.202	18.429
Eigenmittelanforderungen					
Kreditrisiko (inklusive Beteiligungen)	8.153	8.243	6.501	6.272	6.243
Marktpreisrisiko	510	507	693	809	872
Operationelles Risiko	814	814	712	712	713
Summe	9.477	9.564	7.906	7.793	7.828
Kapitalkennziffern					
Harte Kernkapitalquote (Mindestwert: 5,125 %)	14,5 %	13,8 %	13,3 %	13,7 %	13,9 %
Kernkapitalquote (Mindestwert: 6,625 %)	16,0 %	15,3 %	15,2 %	15,6 %	15,6 %
Gesamtkapitalquote (Mindestwert: 8,625 %)	18,6 %	17,9 %	18,0 %	18,7 %	18,8 %

¹ Angaben vor Fusion

Die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestwerte für die CRR-Kapitalquoten wurden im Geschäftsjahr sowohl auf Ebene der DZ BANK Institutsgruppe als auch von der DZ BANK jederzeit deutlich übertroffen.

Abb. 19 zeigt die aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern gemäß CRR der DZ BANK Institutsgruppe im Überblick.

SREP-Mindestkapitalquote

Die EZB hat gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess zur Baseler Säule 2 (Artikel 16 der EU-Verordnung Nr. 1024/2013) einen Beschluss erlassen, wonach von der DZ BANK Institutsgruppe im Geschäftsjahr eine harte Kernkapitalquote in Höhe von mindestens 9,5 Prozent einzuhalten ist. Hinzu kommt der antizyklische Kapitalpuffer, der zu jedem Meldestichtag institutsindividuell zu ermitteln ist. Zum 31. Dezember 2016 betrug der antizyklische Kapitalpuffer 0,023 Prozent. Daraus ergibt sich eine SREP-Mindestkapitalquote in Höhe von insgesamt 9,523 Prozent (31. Dezember 2015: 8,0 Prozent). Diese institutsgruppenspezifische Anforderung wurde im Verlauf des Geschäftsjahres jederzeit erfüllt.

Künftige aufsichtsrechtliche Kapitalkennziffern bei Vollenwendung der CRR

Nach den ab dem Geschäftsjahr 2019 geltenden Regularien, mit denen die CRR vollständig angewendet werden wird, ergeben sich für die DZ BANK Insti-

tutsgruppe und für die DZ BANK die in Abb. 20 dargestellten Kapitalkennziffern.

Die Kennziffern lagen im Geschäftsjahr jederzeit sowohl über den künftig vorgesehenen Mindestwerten als auch über der gegenwärtig gemäß SREP geltenden EZB-Vorgabe.

Leverage Ratio

Die Leverage Ratio, auch als Verschuldungsquote bezeichnet, setzt das Kernkapital einer Institutsgruppe oder einer Bank in Beziehung zu ihrer Gesamtrisikoposition. Im Gegensatz zu den auf Modellannahmen gestützten, risikobasierten Eigenkapitalanforderungen werden die einzelnen Positionen im Rahmen der Leverage Ratio nicht mit einem individuellen Risikogewicht versehen, sondern grundsätzlich ungewichtet berücksichtigt.

ABB. 20 – AUFSICHTSRECHTLICHE KAPITALKENNZIFFERN BEI VOLLANWENDUNG DER CRR

	DZ BANK Institutsgruppe		DZ BANK	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Gesamtkapital- quote	18,8 %	18,3 %	24,4 %	26,6 %
Kernkapitalquote	15,1 %	13,8 %	19,1 %	20,0 %
Harte Kernkapital- quote	14,5 %	13,0 %	18,1 %	19,0 %

ABB. 21 – LEVERAGE RATIOS

	DZ BANK Institutsgruppe		DZ BANK	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Leverage Ratio gemäß den CRR-Übergangs- regelungen	4,4 %	4,5 %	4,0 %	4,6 %
Leverage Ratio bei CRR-Voll- anwendung	4,1 %	4,0 %	4,0 %	4,6 %

Die Höhe der Leverage Ratios der DZ BANK Institutsgruppe und der DZ BANK – jeweils gemäß den aktuell maßgeblichen CRR-Übergangsregelungen und unter der Annahme der Vollenwendung der CRR – ist aus Abb. 21 ersichtlich.

Die leichte Verringerung der zum 31. Dezember 2016 nach den **CRR-Übergangsregelungen** ermittelten Leverage Ratio der **DZ BANK Institutsgruppe** im Vergleich zum Vorjahresstichtag resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Gesamtrisikoposition um 98,1 Mrd. €. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die Fusion und ferner auf die Ausweitung der bilanziellen Geschäfte im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zurückzuführen. Dieser die Leverage Ratio mindernde Effekt wurde jedoch durch einen Anstieg des Kernkapitals annähernd ausgeglichen.

Auf Ebene der **DZ BANK** betrug der Anstieg der Gesamtrisikoposition 101,4 Mrd. €. Diese Entwicklung war im Wesentlichen fusionsbedingt und darüber hinaus auf die aus der normalen Geschäftstätigkeit resultierende Ausweitung des bilanziellen Geschäfts zurückzuführen. Der Anstieg des Kernkapitals, der im Vergleich zur **DZ BANK Institutsgruppe** geringer ausfiel, führte zu einer signifikanten Verringerung der Leverage Ratio der **DZ BANK**.

Aufsichtsrechtliche Stresstests

Die **DZ BANK** führt auf Ebene der Institutsgruppe in vierteljährlichem Turnus die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Stresstests durch, mit denen die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung, auch in Krisensituationen, regelmäßig überprüft wird. Die **DZ BANK** unterscheidet dabei risikoartenübergreifende und -spezifische Szenarien. Aktuell werden zwei risikoartenübergreifende Stresstests durchgeführt sowie ein risikoartenspezifischer Kreditrisiko-Stresstest. Diese

Stressszenarien entsprechen denen im ökonomischen Stresstest.

In den Stressszenarien wird die aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz überprüft, indem das Konzernergebnis, die Neubewertungsrücklage und – darauf aufbauend – die Eigenmittel gemäß CRR sowie die risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko, das Marktpreisrisiko und das operationelle Risiko in Abhängigkeit vom jeweiligen Szenario gestresst werden.

Entsprechend den ökonomischen Stresstests ist für die aufsichtsrechtlichen Stresstests ebenfalls ein Schwellenwertkonzept als Frühwarnmechanismus implementiert. Im laufenden Berichtswesen wird bei den risikoartenübergreifenden Szenarien und bei dem risikoartenspezifischen Kreditrisikostresstest die Einhaltung der Schwellenwerte überwacht. In Abhängigkeit von diesen Frühwarnsignalen werden verschiedene Risikomanagementprozesse angestoßen, um frühzeitig auf die von den Stresstests aufgezeigten Gefährdungspotenziale zu reagieren. Die Stresstests werden quartalsweise berechnet und vom Risiko Komitee verabschiedet.

7.3.4. R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe

Die aufsichtsrechtlichen Solvenzvorschriften für Versicherungsunternehmen und Versicherungsgruppen stellen innerhalb der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe einen Ansatz zur Bewertung der Gesamtrisikolage dar.

Mit der Einführung von Solvency II zum 1. Januar 2016 erfolgt die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit mithilfe der Standardformel gemäß Solvency II. Die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Risikokapitalbedarfs erfolgt als Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,50 Prozent.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit wird durch das Verhältnis der auf Gruppenebene anrechnungsfähigen Eigenmittel zu den aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken abgebildet. Die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit aller Einzelunternehmen und der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe wird mindestens quartalsweise analysiert.

Zum 31. Dezember 2016 betrug die vorläufige aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe 182,4 Prozent. Zur Bedeckung der Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 5.083 Mio. € standen zum 31. Dezember 2016

aufsichtsrechtlich zulässige Eigenmittel in Höhe von 9.273 Mio. € zur Verfügung. Aufgrund der erstmaligen Anwendung von Solvency II ab dem 1. Januar 2016 liegen keine Vergleichswerte für das Vorjahr vor.

Die im Rahmen der internen Planung angewendeten Kapitalmarktszenarien ergeben, dass die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe nach Solvency II zum 31. Dezember 2017 oberhalb der gesetzlichen Mindestanforderung liegen wird. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, wobei die R+V die Risikotragfähigkeit durch geeignete Maßnahmen sicherstellen wird.

Durch die im Abschnitt 7.2.5. dargestellten unternehmensinternen Stresstests erfüllt die R+V die von der EIOPA und der BaFin vorgeschriebenen Stresstests und überprüft damit, ob sie trotz einer eintretenden anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

7.4. Ausblick

7.4.1. Neudefinition der ökonomischen Kapitaladäquanz

Die DZ BANK plant, ab dem Geschäftsjahr 2017 den ökonomischen Pufferkapitalbedarf nicht mehr von der Risikodeckungsmasse abzuziehen, sondern auf der Risikoseite den einzelnen Risikoarten zuzuordnen. Risiken, die keiner Risikoart zugeordnet werden können, werden gesondert ausgewiesen. Damit wird eine höhere Transparenz in der Darstellung der ökonomischen Kapitaladäquanz angestrebt. Unter sonst gleichen Umständen wird durch diese Umstellung die absolute Bedeckung der Risiken durch die Risikodeckungsmasse nicht verändert. Die Bedeckungsquote (Quotient aus Risikodeckungsmasse und Risikokapitalbedarf) wird sich durch die Umstellung erwartungsgemäß geringfügig reduzieren.

7.4.2. SREP-Mindestkapitalquote im Geschäftsjahr 2017

Für das Geschäftsjahr 2017 wird die EZB ein modifiziertes Konzept zur Ermittlung der SREP-Mindestquote anwenden. Die Aufsicht wird mit der zusätzlichen Eigenmittelanforderung der Säule 2 einen Pflichtzuschlag (Pillar 2 Requirement) vorgeben, der die Bemessungsgrundlage für die Ermittlung des

maximal ausschüttungsfähigen Betrags (sogenannter Maximum Distributable Amount, MDA) darstellen wird. Der Zuschlag wird aus den Ergebnissen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses abgeleitet werden. Diese verpflichtende Komponente wird um eine Eigenmittelempfehlung der Säule 2 (Pillar 2 Guidance) ergänzt werden, die ebenfalls aus dem SREP abgeleitet wird. Die Nichteinhaltung der Eigenmittelempfehlung der Säule 2 wird keinen Verstoß gegen aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen begründen. Gleichwohl wird dieser Wert im Sinne eines Frühwarnindicators für die Kapitalplanung relevant sein.

Die bindende SREP-Mindestkapitalquote und ihre Komponenten werden in Abb. 22 dargestellt.

ABB. 22 – SREP-MINDESKAPITALQUOTE IM GESCHÄFTSJAHR 2017

Mindestanforderung für die harte Kernkapitalquote	4,50 %
Zusätzliche Eigenmittelanforderung der Säule 2	1,75 %
Kapitalerhaltungspuffer	1,25 %
A-SRI-Puffer	0,33 %
Bindende Mindestanforderung für die harte Kernkapitalquote	7,83 %

Bei der Berechnung der SREP-Mindestkapitalquote ist künftig der antizyklische Kapitalpuffer hinzuzurechnen. Da dieser Wert institutsgruppenindividuell zu den künftigen Meldestichtagen ermittelt werden wird, besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Kenntnis über dessen Höhe im Geschäftsjahr 2017.

Die SREP-Mindestkapitalquote stellt zugleich die auf Ebene der DZ BANK Institutsgruppe zu beachtende aufsichtsrechtliche Mindestanforderung an die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote dar.

Nach den gegenwärtigen Planungen kann davon ausgegangen werden, dass sowohl die bindende als auch die empfohlene SREP-Mindestkapitalquote einschließlich des antizyklischen Kapitalpuffers eingehalten werden.

7.4.3. Künftiger A-SRI-Kapitalpuffer bis zum Geschäftsjahr 2019

Die BaFin hat einen Beschluss erlassen, wonach von der DZ BANK Institutsgruppe ab dem Geschäftsjahr 2017 ein aus hartem Kernkapital bestehender A-SRI-Kapitalpuffer im Sinne des § 10g Absatz 1 KWG in folgender Staffelung einzuhalten sein wird:

- vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017:
0,33 Prozent
- vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018:
0,66 Prozent
- ab dem 1. Januar 2019: 1,0 Prozent

7.4.4. Eigenkapitalunterlegung von Marktpreisrisiken

Zur Vorbereitung auf den voraussichtlich ab Ende des Geschäftsjahres 2019 geltenden neuen Baseler Standard zur aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung von Marktpreisrisiken hat die DZ BANK im Geschäftsjahr ein Konzeptions- und Umsetzungsprojekt gestartet. Die Bank wird zudem die Umsetzung der Baseler Anforderungen in nationales Recht eng verfolgen.

7.4.5. Risikodatenmanagement

Die Umsetzung der vom BCBS aufgestellten Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung hat hohe Priorität für die DZ BANK Gruppe. Nachdem im Vorjahr eine Ist-Analyse durchgeführt und der Handlungsbedarf identifiziert worden ist, wurde darauf aufbauend im Geschäftsjahr unter Einbeziehung der Steuerungseinheiten ein Zielbild für die DZ BANK Gruppe erstellt, aus dem ein stufenweiser Umsetzungsplan abgeleitet wurde, um die wesentlichen Anforderungen bis zum Ende des Jahres 2018 zu erfüllen. Die Umsetzung wird im Rahmen gruppenweiter Projekte erfolgen.

Sektor Bank

8. Kreditrisiko

8.1. Definition und Ursachen

8.1.1. Definition

Das **Kreditrisiko** bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus dem Ausfall von Gegenparteien (Kreditnehmer, Emittenten, Kontrahenten) und aus der Migration der Bonität dieser Adressen.

Kreditrisiken können sowohl bei klassischen Kreditgeschäften als auch bei Handelsgeschäften entstehen. Das **klassische Kreditgeschäft** entspricht im Wesentlichen dem kommerziellen Kreditgeschäft einschließlich Finanzgarantien und Kreditzusagen. Unter **Handelsgeschäft** werden im Kontext des Kreditrisikomanagements Produkte aus dem Kapitalmarktbereich wie Wertpapiere des Anlage- und des Handelsbuchs, Schuldscheindarlehen, Derivate- und besicherte Geldmarktgeschäfte (zum Beispiel Wertpapierpensionsgeschäfte) sowie unbesicherte Geldmarktgeschäfte verstanden.

Im **klassischen Kreditgeschäft** treten Kreditrisiken in Form von Ausfallrisiken auf. Unter dem Ausfallrisiko wird in diesem Zusammenhang die Gefahr verstanden, dass ein Kunde Forderungen aus in Anspruch genommenen Krediten (einschließlich Leasingforderungen) und aus überfälligen Zahlungen nicht begleichen kann oder dass aus Eventualverbindlichkeiten und extern zugesagten Kreditlinien Verluste entstehen.

Kreditrisiken aus **Handelsgeschäften** treten in Form von Ausfallrisiken auf, die, je nach Geschäftsart, in Emittentenrisiken, Wiedereindeckungsrisiken und Erfüllungsrisiken unterteilt werden.

Emittentenrisiken bezeichnen die Gefahr, dass Verluste aus dem Ausfall von Emittenten handelbarer Schuld- beziehungsweise Beteiligungstitel (zum Beispiel Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine) oder Verluste aus dem Ausfall von Underlyings derivativer Instrumente (zum Beispiel Kredit- und Aktien-derivate) beziehungsweise aus dem Ausfall von Fondsbestandteilen entstehen.

Bei **Wiedereindeckungsrisiken** aus Derivaten handelt es sich um die Gefahr, dass während der Laufzeit eines Handelsgeschäfts die Gegenpartei ausfällt und es für

die Unternehmen des Sektors Bank nur mit einem zusätzlichen Aufwand in Höhe des zum Ausfallzeitpunkt positiven Marktwerts möglich ist, ein gleichwertiges Geschäft mit einem anderen Kontrahenten abzuschließen.

Erfüllungsrisiken entstehen, wenn zwei sich bedingende Zahlungen bestehen und nicht sichergestellt ist, dass bei eigener Zahlung die Gegenleistung erfolgt. Das Erfüllungsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts, der dadurch entsteht, dass der Kontrahent seine Leistung nicht erbringt, während die Gegenleistung bereits erbracht worden ist.

Im Kreditrisiko wird auch das **Länderrisiko** berücksichtigt. Das Länderrisiko im engeren Sinne wird als sogenanntes KTZM-Risiko (Konvertierungsrisiko, Transferrisiko, Zahlungsverbot und Moratorium) bezeichnet. Es umfasst die Gefahr, dass eine ausländische Regierung Restriktionen erlässt, die den Transfer von Finanzmitteln von Schuldern dieses Lands an ausländische Gläubiger untersagen. Darüber hinaus sind Länderrisiken im weiteren Sinne Bestandteil des Kreditrisikos. Dabei handelt es sich um Risiken aus dem Exposure gegenüber dem Staat selbst (Sovereign Risk) und um das Risiko, dass die Qualität des Gesamtexposures in einem Land durch landesspezifische Ereignisse negativ beeinflusst wird.

8.1.2. Ursachen

Ausfallrisiken aus klassischen Kreditgeschäften entstehen vor allem in der DZ BANK, der BSH, der DG HYP, der DVB, der TeamBank und der WL BANK. Sie resultieren aus dem jeweils spezifischen Geschäft einer jeden Steuerungseinheit und weisen somit unterschiedliche Charakteristika hinsichtlich Streuung und Höhe im Verhältnis zum Geschäftsvolumen auf.

Ausfallrisiken aus Handelsgeschäften entstehen hinsichtlich der Emittentenrisiken insbesondere aus den Handelsaktivitäten und dem Kapitalanlagegeschäft der DZ BANK, der BSH, der DG HYP und der WL BANK. Wiedereindeckungsrisiken treten im Wesentlichen bei der DZ BANK, der DZ PRIVATBANK und der DVB auf.

8.2. Risikostrategie

Die Unternehmen des Sektors Bank verfolgen eine streng subsidiäre Geschäftspolitik zur Förderung der Genossenschaftsbanken und fühlen sich dem zentralen strategischen Leitmotiv „Verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe“ verpflichtet. Auf

Basis der Risikotragfähigkeit wird die Geschäfts- und Risikopolitik für die kreditrisikotragenden Kerngeschäftsbereiche der Gruppe formuliert. Damit bildet die Kreditrisikostategie die Grundlage für ein gruppenübergreifendes Kreditrisikomanagement und -berichtswesen und stellt den einheitlichen Umgang mit Kreditrisiken innerhalb der Gruppe sicher.

Die Kreditvergabe orientiert sich gruppenweit überwiegend am sogenannten VR-Rating, einem Verfahren zur Bonitätseinschätzung, das die DZ BANK in Zusammenarbeit mit dem BVR entwickelt hat.

Sowohl die DZ BANK als auch die Tochterunternehmen mit materiellem Kreditrisiko streben eine jederzeit gute Bonitätsstruktur in ihren Kreditportfolios an. Die Portfolios werden auch künftig von einem hohen Diversifizierungsgrad geprägt sein.

Der Vorstand der DZ BANK stellt mit unterjährigen Beschlüssen sicher, dass die Regelungen der mittel- und langfristigen ausgerichteten Kreditrisikostategie im Bedarfsfall an sich ändernde Rahmenbedingungen und aktuelle Entwicklungen angepasst werden.

Im Zuge der Fusion wurden in der DZ BANK Ergänzungen bezüglich des Immobilienkreditgeschäfts und der Treasury-Aktivitäten vorgenommen. Auf Ebene des Sektors Bank wurden die Mindestbonitätsvorgaben für das Gemeinschaftskreditgeschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken angeglichen. Zudem wurden die Größenvorgaben für Firmenkunden und Banken ausgeweitet und es erfolgte eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen für die gewerblichen und privaten Immobilienfinanzierungen.

8.3. Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen

Die Zuständigkeiten im Kreditprozess sind von der Beantragung über die Genehmigung bis zur Abwicklung einschließlich der periodischen Kreditüberwachung mit regelmäßiger Bonitätsanalyse definiert und in der Schriftlich Fixierten Ordnung dokumentiert. Die Entscheidungsbefugnisse sind in den jeweiligen **Kompetenzregelungen** festgelegt, die sich am Risikogehalt der Kreditgeschäfte orientieren.

Etablierte **Berichts- und Überwachungsprozesse** tragen zur Information der Entscheidungsträger über Veränderungen in der Risikostruktur der Kreditportfolios bei und sind die Grundlage für ein aktives Management der Kreditrisiken.

Im Rahmen des **Kreditrisikoberichts** wird das Group Risk and Finance Committee über den ökonomischen Kapitalbedarf für Kreditrisiken informiert. Neben Handlungsempfehlungen an das Management umfasst die interne Berichterstattung eine tiefer gehende Analyse der Portfoliostruktur hinsichtlich der Risikokonzentrationen anhand wesentlicher Risikomerkmale wie Länder, Branchen, Bonitätsklassen sowie des Kreditvolumens einzelner Namen. Die Berichte enthalten zudem Angaben zu Einzelengagements sowie zur Einzelrisikovorsorge. Darüber hinaus ist der Kreditrisikokapitalbedarf (Credit Value-at-Risk) im Kontext mit der das Risiko limitierenden Verlustobergrenze Gegenstand des Kreditrisikoberichts.

8.4. Risikomanagement

8.4.1. Ratingsysteme

Charakteristika der Ratingsysteme

Die Generierung von internen Ratingnoten für die Geschäftspartner der Unternehmen des Sektors Bank dient insbesondere zur Fundierung der Kreditentscheidung im Rahmen der Einzelgeschäftssteuerung. Mit dem verbundeneinheitlich eingesetzten **VR-Rating** werden ein hohes Niveau der Ratingmethodik und die Vergleichbarkeit der Ratingergebnisse innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe erreicht.

Zahlreiche Ratingsysteme wurden gemeinsam von der DZ BANK (vor Fusion) und der vormaligen WGZ BANK entwickelt und bereits vor der Fusion in beiden Häusern einheitlich eingesetzt. Die vereinigte Zentralbank hat aufgrund des einheitlichen Einsatzes sowie der Repräsentativität und Vergleichbarkeit der Ratingsysteme die aufsichtliche Genehmigung erhalten, die gemeinsam entwickelten Ratingverfahren in der Version der DZ BANK (vor Fusion) zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung auch für das Portfolio der vormaligen WGZ BANK anzuwenden.

Die DZ BANK setzt im Rahmen des Kreditrisikomanagements im Wesentlichen die Ratingsysteme Oberer Mittelstand, Großkunden, Banken, Länder, Investmentfonds sowie Projektfinanzierungen, Objektfinanzierungen und Akquisitionsfinanzierungen ein. Des Weiteren werden mit dem Internal Assessment Approach Liquiditätslinien und Credit Enhancements bewertet, die forderungsgedeckten Geldmarktpapierprogrammen zum Zweck der Begebung

von Asset-Backed Commercial Papers von der DZ BANK zur Verfügung gestellt werden. Die genannten Ratingsysteme sind von der BaFin für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalberechnung nach dem einfachen IRB-Ansatz zugelassen worden.

Darüber hinaus verwendet die DZ BANK zu Zwecken der internen Steuerung weitere Ratingsysteme für kleine mittelständische Unternehmen (Mittelstand), Agrarunternehmen, Gebietskörperschaften, Not-for-Profit-Unternehmen, ausländische mittelständische Unternehmen und Versicherungen. Diese genügen nach Einschätzung der Bank zwar den Anforderungen an den einfachen IRB-Ansatz, wurden aufgrund ihrer untergeordneten Materialität aber bisher noch nicht einer aufsichtsrechtlichen Prüfung unterzogen. Ebenfalls für interne Steuerungszwecke eingesetzt werden die in der vormaligen WGZ BANK Gruppe eingesetzten Ratingverfahren für offene Immobilienfonds und für gewerbliche Immobilien.

Die Mehrheit der weiteren Unternehmen des Sektors Bank verwendet ebenfalls die Ratingsysteme der DZ BANK für Banken, Länder und Großkunden. Darüber hinaus kommen in den einzelnen Tochterunternehmen geschäftsfeldspezifische Ratingsysteme zum Einsatz.

Entwicklung von Ratingsystemen

Das von der DZ BANK eingesetzte Ratingsystem für Projektfinanzierungen wurde im Geschäftsjahr weiter überarbeitet. Die Überarbeitung soll im Geschäftsjahr 2017 fertiggestellt werden. Zudem wurde mit der Entwicklung des sogenannten aufsichtlichen Slotting Approachs für Projektfinanzierungen begonnen, der ab dem Jahr 2020 bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung zum Einsatz kommen soll. Des Weiteren wurde die Entwicklung des Ratingsystems für Versicherungen im Geschäftsjahr abgeschlossen. Die Einführung dieses Ratingsystems ist erfolgt. Eine IRB-Zulassungsprüfung ist für das Geschäftsjahr 2017 geplant. Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr die Weiterentwicklung des Ratingsystems für Banken fertiggestellt. Zur Einführung des Ratingsystems ist noch eine aufsichtliche IRB-Prüfung mit anschließender Genehmigung durch die Bankenaufsicht erforderlich.

Rating-Masterskala der DZ BANK

Die Rating-Masterskala dient dazu, die in den Unternehmen des Sektors Bank aufgrund von unterschiedlichen Geschäftsschwerpunkten ein-

gesetzten spezifischen Ratingsysteme auf einen gruppenweit gültigen Ratingmaßstab zu normieren und so eine einheitliche Sicht aller Steuerungseinheiten auf die Bonität von Geschäftspartnern herzustellen.

Die Rating-Masterskala der DZ BANK mit der Zuordnung der internen Bonitätseinstufungen zu den Ratingklassen von Moody's, Standard & Poor's und Fitch wird in Abb. 23 dargestellt. Hierbei ist zu beachten, dass aufgrund der höheren Granularität der Rating-Masterskala einigen internen Ratingklassen keine externen Rating-

klassen zugeordnet werden können. Für Verbriefungspositionen bestehen diverse abweichende Zuordnungen zu den externen Ratings in Abhängigkeit von Assetklasse und Region. Während bei der Masterskala der DZ BANK die Ausfallbänder zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit im Zeitablauf unverändert bleiben, sind bei den externen Ratings schwankende Ausfallraten zu beobachten. Daher ist eine direkte Überleitung der internen Ratingklassen zu den Bonitätseinstufungen der Ratingagenturen nicht möglich. Die Darstellung kann infolgedessen lediglich als Anhaltspunkt für

ABB. 23 – SEKTOR BANK: VR-RATING-MASTERSKALA DER DZ BANK UND EXTERNE RATINGKLASSEN

Interne Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Externe Ratingklassen			Bonitätskategorie
		Moody's	Standard & Poor's	Fitch	
1A	0,01 %	Aaa bis Aa2	AAA bis AA	AAA bis AA	Investment Grade
1B	0,02 %	Aa3	AA-	AA-	
1C	0,03 %				
1D	0,04 %	A1	A+	A+	
1E	0,05 %				
2A	0,07 %	A2	A	A	
2B	0,10 %	A3	A-	A-	
2C	0,15 %	Baa1	BBB+	BBB+	
2D	0,23 %	Baa2	BBB	BBB	
2E	0,35 %				
3A	0,50 %	Baa3	BBB-	BBB-	Non-Investment Grade
3B	0,75 %	Ba1	BB+	BB+	
3C	1,10 %	Ba2	BB	BB	
3D	1,70 %				
3E	2,60 %	Ba3	BB-	BB-	
4A	4,00 %	B1	B+	B+	
4B	6,00 %	B2	B	B	
4C	9,00 %	B3	B-	B-	
4D	13,50 %				
4E	30,00 %	Caa1 und schlechter	CCC+ und schlechter	CCC+ und schlechter	
5A	Überziehung >90 Tage				Default
5B	Einzelwert- berichtigung				
5C	Zinsfreistellung/ Sanierungs- umschuldung				
5D	Insolvenz				
5E	Zwangsweise Abwicklung/ Ausbuchung				
NR	Kein Rating notwendig oder nicht eingestuft				

einen Vergleich zwischen den internen und den externen Bonitätseinstufungen dienen.

Rating Desk der DZ BANK

Die VR-Ratingsysteme Banken und Länder stehen auch den Tochterunternehmen der DZ BANK und den Genossenschaftsbanken zur Verfügung. Nach Abschluss eines Rahmenvertrags kann der Nutzer die kostenpflichtigen Ratings über eine verbundweit angebotene IT-Anwendung (Rating Desk) abrufen. Dem Abruf der Ratings schließt sich eine Plausibilisierung durch die Unternehmen des Sektors Bank beziehungsweise die Genossenschaftsbanken an, bevor die Ratings im Kreditprozess des Nutzers verwendet werden.

8.4.2. Pricing im Kreditgeschäft

Die Steuerungseinheiten des Sektors Bank ziehen bei der Kreditvergabe das risikogerechte Pricing einer Finanzierung als ein Entscheidungskriterium heran. Dabei werden sowohl adäquate Standardrisikokosten als auch risikogerechte Kapitalkosten berücksichtigt. Die von den Steuerungseinheiten verwendeten Konzepte der Einzelgeschäftssteuerung entsprechen ihren produkt- und geschäftsbezogenen Besonderheiten.

Zur Sicherstellung der Rentabilität im Kreditgeschäft werden im Rahmen der Einzelgeschäftssteuerung in weiten Teilen des Sektors Bank **Standardrisikokosten** ermittelt. Sie dienen der Abdeckung der durchschnittlich erwarteten Verluste aus Ausfällen von Kreditgeschäften. Damit soll sichergestellt werden, dass die gebildete Nettorisikovorsorge durch die vereinnahmten Standardrisikokosten im Sinne einer versicherungsmathematischen Betrachtung im langfristigen Durchschnitt gedeckt wird.

Neben Standardrisikokosten werden **kalkulatorische Kapitalkosten** auf Basis des Kapitalbedarfs in die Deckungsbeitragskalkulation der DZ BANK integriert. Auf diese Weise wird eine risikoadäquate Verzinsung des gebundenen Kapitals ermöglicht, das zur Abdeckung der unerwarteten Verluste aus dem Kreditgeschäft dient. Ferner werden die Kosten von Risikokonzentrationen im Pricing angemessen berücksichtigt.

8.4.3. Management des Exposures aus klassischen Kreditgeschäften

Messung des Exposures aus klassischen Kreditgeschäften

Die Steuerung einzelner Kreditengagements erfolgt auf Basis der Analyse des Bruttokreditexposures. Der Betrachtungszeitraum entspricht hier grundsätzlich dem Überwachungszyklus von 1 Jahr. Das volumen-

orientierte Kreditrisikomanagement ist neben dem risikobezogenen Kreditportfoliomanagement ein Baustein des Managements von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft.

Das Kreditexposure beziehungsweise Kreditvolumen ist im klassischen Kreditgeschäft grundsätzlich gleichbedeutend mit dem nominellen Wert der gesamten Kreditforderung und spiegelt das maximale ausfallgefährdete Volumen wider. Das Kreditexposure stellt einen Bruttowert dar, da die risikotragenden Finanzinstrumente ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungen und vor dem Ansatz von Risikovorsorge bewertet werden.

Im Bauspargeschäft werden Nominalwerte und im Leasinggeschäft die Mindestleasingzahlungen als Bemessungsgrundlage für das Bruttokreditvolumen verwendet. Zudem werden die Forderungen an Kunden im Bauspargeschäft um die zugehörigen Einlagen gekürzt. Das maximale Kreditexposure umfasst die gesamten extern zugesagten Linien beziehungsweise, im Falle von Überziehungen, die höheren Inanspruchnahmen.

Limitsteuerung des Exposures aus klassischen Kreditgeschäften

Für die einzelnen Kreditnehmer und Gruppen verbundener Kunden sind in den relevanten Unternehmen des Sektors Bank **Limite** eingerichtet. Zudem erfolgt die Steuerung von Adressen auf Ebene des Sektors Bank zentral in Abhängigkeit von Limithöhe und Bonität.

Als Voraussetzung für eine zeitnahe Limitüberwachung sind in den Steuerungseinheiten mit wesentlicher Bedeutung für das Kreditrisiko des Sektors Bank **Frühwarnprozesse** implementiert. In diesem Zusammenhang werden Financial Covenants in Kreditverträgen regelmäßig als Frühwarnindikator für Bonitätsveränderungen eingesetzt. Sie stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements von Kreditengagements dar.

Ferner sind im Sektor Bank Prozesse zur Behandlung von **Überziehungen** festgelegt. Überziehungen sind von den jeweiligen Steuerungseinheiten nach den jeweils geltenden internen Vorgaben kompetenzgerecht zu genehmigen und gegebenenfalls zurückzuführen.

Das Management des Länderexposures aus klassischen Kreditgeschäften wird durch die **Länderlimitierung** für Industrieländer und Emerging Markets auf der Ebene des Sektors Bank unterstützt.

8.4.4. Management des Kreditexposures aus Handelsgeschäften

Messung des Kreditexposures aus Handelsgeschäften

Emittentenrisiken, Wiedereindeckungsrisiken und Erfüllungsrisiken sind exposureorientierte Maßgrößen für den potenziellen Verlust aus Handelsgeschäften. Sie werden ohne Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ausfalls ermittelt. Zur Bestimmung des Kreditexposures werden bei Wertpapieren des Anlage- und des Handelsbuchs überwiegend Marktwerte (im Bauspargeschäft Nominalwerte) und bei Derivategeschäften auf Marktwerten sowie (beim Erfüllungsrisiko) auf Cashflows basierende Anrechnungswerte verwendet.

Zur Ermittlung des **Emittentenrisikos** wird grundsätzlich der Marktwert einer Wertpapierposition angesetzt. Die Underlying-Risiken aus derivativen Positionen werden ebenfalls im Emittentenrisiko berücksichtigt.

Das **Wiedereindeckungsrisiko** aus bilateral „over-the-counter“ (OTC) gehandelten Derivaten wird auf Basis des Marktwerts und des Add-ons eines Einzelgeschäfts berechnet. Das Add-on berücksichtigt spezifische Risikofaktoren und Restlaufzeiten. Für börsengehandelte Derivate beziehungsweise über einen zentralen Kontrahenten abgewickelte OTC-Derivate (Client Clearing) setzt sich das Wiedereindeckungsrisiko gegenüber den Kunden im Kundenkommissiongeschäft beziehungsweise im Client Clearing grundsätzlich aus den tatsächlich ausgetauschten Sicherheiten – der Variation Margin und der Initial Margin –, dem Marktwert sowie zusätzlichen Sicherheitenerfordernissen zusammen. Zur Berechnung des gegenüber Börsen, zentralen Gegenparteien und Clearing-Brokern bestehenden Wiedereindeckungsrisikos werden zusätzlich Wertänderungspotenziale oder Einzelgeschäfts-Add-ons berücksichtigt. Auf Kontrahentenebene werden für alle Derivate Netting-Vereinbarungen und Collateral Agreements zur Exposure-Reduzierung eingesetzt, sofern sie rechtlich durchsetzbar sind. Für Repo- und Wertpapierleihe-Geschäfte werden anstelle des Add-ons Wertabschläge beziehungsweise Wertzuschläge (Haircuts) angerechnet. Die Anrechnung von unbesicherten Geldmarktgeschäften erfolgt zum Marktwert.

Bezogen auf das **Erfüllungsrisiko** ist der Anrechnungsbetrag die geschuldete Zahlung, das heißt die Höhe des Betrags, der tatsächlich vom Kontrahenten an die Bank zu leisten ist. Das Erfüllungsrisiko wird dabei auf einen festgelegten Erfüllungszeitraum an-

gerechnet. Es berücksichtigt die Höhe und die Zeitpunkte ausstehender Cashflows zur Steuerung des Risikos der beiderseitigen Erfüllung zu Zeitpunkten in der Zukunft. Diese künftigen Cashflows gehen bereits über die Marktwertmittlung in das Wiedereindeckungsrisiko und somit in die Unterlegung mit Risikokapital ein. Daher ist das Erfüllungsrisiko nicht zusätzlich zu den anderen handelsgeschäftsbezogenen Kreditrisikoarten mit Risikokapital zu unterlegen.

Limitsteuerung des Exposures aus Handelsgeschäften

Zur Begrenzung des Ausfallrisikos aus Handelsgeschäften hat die DZ BANK ein exposureorientiertes **Limitsystem** eingerichtet. Die Steuerung des Wiedereindeckungsrisikos erfolgt durch eine in Laufzeitebenen gegliederte Limitstruktur. Unbesichertes Geldmarktgeschäft wird hierbei separat limitiert. Zur Steuerung des Erfüllungsrisikos wird ein Tageslimit eingeräumt. Für das Emittentenrisiko wird pro Emittent ein bonitätsabhängiges Einzellimit oder unter bestimmten Voraussetzungen ein Pauschallimit vergeben. Gedeckte Schuldverschreibungen, die gemäß Artikel 52 Absatz 4 der EU-Richtlinie 2009/65 einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen, werden separat limitiert. Die wesentlichen Tochterunternehmen verfügen über vergleichbare Limitsysteme.

Die Emittentenrisiken des sogenannten Investitionsbuchs des Bereichs Treasury der vormaligen WGZ BANK werden neben der Einzelemittentenlimitierung zusätzlich durch Portfoliolimite beschränkt.

Die methodisch einheitliche Messung und Überwachung des Exposures aus Handelsgeschäften der DZ BANK erfolgt über ein zentrales, IT-gestütztes Limitmanagementsystem, an das alle relevanten Handelssysteme angeschlossen sind. Darüber hinaus erfolgt das Management des Exposures aus Handelsgeschäften im Sektor Bank auf Ebene der Steuerungseinheiten dezentral.

Wie im klassischen Kreditgeschäft sind auch für das Handelsgeschäft adäquate **Frühwarn- und Überwachungsprozesse** etabliert. Der für die Risikoüberwachung zuständige Vorstand erhält täglich eine Aufstellung zu den bedeutenden Überschreitungen der Handelslimite. Monatlich wird ein Bericht über die Auslastungen der Wiedereindeckungs- und Emittentenrisiken aus Handelsgeschäften erstellt.

Das Management des Länderexposures aus Handelsgeschäften wird analog zum Vorgehen für das klassi-

sche Kreditgeschäft durch die **Länderlimitierung** auf der Ebene des Sektors Bank unterstützt.

8.4.5. Management von Risikokonzentrationen und von Korrelationsrisiken

Risikokonzentrationen im Kredit- und Sicherheitenportfolio

Im Management des klassischen Kreditgeschäfts und des Handelsgeschäfts berücksichtigt die DZ BANK die Wechselwirkungen zwischen einer Sicherheit und dem Kreditnehmer, der die Sicherheit stellt, beziehungsweise zwischen einer Sicherheit und dem Kontrahenten, dessen Wiedereindeckungsrisiko die Sicherheit mindern soll. Besteht eine signifikante positive Korrelation zwischen einer Sicherheit und dem Kreditnehmer beziehungsweise dem Kontrahenten, der die Sicherheit stellt, so wird der Sicherheit grundsätzlich kein oder ein geminderter Sicherheitenwert beigemessen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Sicherungsgeber, Drittschuldner oder Emittent mit dem Kreditnehmer beziehungsweise mit dem Kontrahenten eine Gruppe verbundener Kunden oder eine vergleichbare wirtschaftliche Einheit bilden.

Korrelationsrisiken (Wrong-way Risk)

Im Rahmen der Handelstätigkeiten der DZ BANK können sogenannte **allgemeine Korrelationsrisiken** (General Wrong-way Risk) auftreten. Darunter wird das Risiko verstanden, dass eine positive Korrelation zwischen der Ausfallwahrscheinlichkeit einer Gegenpartei und dem Wiederbeschaffungswert (Wiedereindeckungsrisiko-Exposure) eines mit dieser Gegenpartei abgeschlossenen (Sicherungs-)Geschäfts aufgrund einer Veränderung der makroökonomischen Marktfaktoren des gehandelten Underlyings (zum Beispiel Preisveränderungen bei Wechselkursen) besteht.

Darüber hinaus können **spezifische Korrelationsrisiken** (Specific Wrong-way Risk) auftreten. Hierbei handelt es sich um das Risiko, dass eine positive Korrelation zwischen der Ausfallwahrscheinlichkeit einer Gegenpartei und dem Wiederbeschaffungswert (Wiedereindeckungsrisiko-Exposure) eines mit dieser Gegenpartei abgeschlossenen (Sicherungs-)Geschäfts aufgrund eines Anstiegs der Ausfallwahrscheinlichkeit des Emittenten des gehandelten Underlyings besteht. Insbesondere betroffen sind hiervon außerbörslich gehandelte Aktien- und Kreditderivate, deren Underlying ein (Referenz) Wertpapier beziehungsweise ein (Referenz-)Emittent ist.

Diese Risiken werden durch die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen angemessen überwacht und

signifikant reduziert. Infolgedessen sind insbesondere Korrelationsrisiken von untergeordneter Bedeutung für die DZ BANK.

Maßnahmen zur Vermeidung von Konzentrations- und Korrelationsrisiken

Zur Vermeidung unerwünschter Risiken, die aus Konzentrationen und Korrelationen von Sicherheiten im Handelsgeschäft sowie aufgrund allgemeiner Korrelationsrisiken entstehen können, hat die DZ BANK eine Collateral Policy und die bankinternen Mindestanforderungen an das bilaterale Reverse-Repo-Geschäft und das Wertpapierdarlehensgeschäft in Kraft gesetzt.

Demnach werden für die Absicherung von **OTC-Derivaten** auf der Basis des Credit Support Annex beziehungsweise des deutschen Besicherungsanhangs zum Deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte gemäß der Collateral Policy Barsicherheiten (vor allem Euro und US-Dollar), erstklassige Staatsanleihen und Pfandbriefe akzeptiert. Ausnahmen von dieser Regel sind nur für Volksbanken und Raiffeisenbanken zulässig, wobei weiterhin ein sehr gutes Rating (mindestens 2B auf der Rating-Masterskala der DZ BANK) für die entsprechenden Wertpapiersicherheiten gefordert wird. Zudem müssen die Sicherheiten bei der EZB hinterlegungsfähig sein. Im **Wertpapierpensionsgebergeschäft** werden auf Basis allgemein anerkannter Rahmenverträge und der bankinternen Mindestanforderungen ebenfalls hochwertige Sicherheiten eingefordert, wobei hier das Sicherheitspektrum etwas größer ist als bei OTC-Derivaten.

Darüber hinaus schließen die Mindestanforderungen an das bilaterale Reverse-Repo- und Wertpapierdarlehens-Geschäft unerlaubte Konzentrationen und Korrelationen aus und legen die Güte der Sicherheiten abhängig von dem Rating der Kontrahenten fest. Zusätzlich zu der täglichen Überwachung der entsprechenden Regelungen erfolgt eine halbjährliche Meldung an das Kreditkomitee, die ebenfalls eine Darlegung der verbleibenden Konzentrations- und Korrelationsrisiken umfasst.

Sollten materielle spezifische Korrelationsrisiken im Rahmen eines bilateralen OTC-Handelsgeschäfts vorliegen, werden diese bei der Ermittlung des Exposures berücksichtigt. Das Kreditkomitee wird entsprechend informiert.

Darüber hinaus wird im quartalsweisen Berichtswesen dem Kreditkomitee über spezifische Korrelationsrisiken

aus **Kreditderivaten berichtet**, bei denen Kontrahent und Underlying dem Finanzsektor zugeordnet sind.

8.4.6. Minderung von Kreditrisiken

Sicherheitenstrategie und gesicherte Grundgeschäfte

Entsprechend der Kreditrisikostategie stellt die **Kundenbonität** die Grundlage für die Kreditentscheidung dar. Sicherheiten haben keinen Einfluss auf die Bonitätsbeurteilung des Kreditnehmers. In Abhängigkeit von der Struktur eines Geschäfts können Sicherheiten aber wesentlich für die Risikobeurteilung einer Transaktion sein.

Bei mittel- oder langfristigen Finanzierungen wird grundsätzlich eine risikoadäquate Besicherung angestrebt. Insbesondere für das Neugeschäft mit Mittelstandskunden wird ab der Bonitätsklasse 3D der Rating-Masterskala eine werthaltige Besicherung in Höhe von 50 Prozent des Finanzierungsvolumens vorausgesetzt.

Bei Exportfinanzierungen oder bei strukturierten Handelsfinanzierungen werden Sicherheiten als adäquates Instrument zur Risikosteuerung der Transaktionen eingesetzt. Bei Projektfinanzierungen dienen typischerweise das finanzierte Projekt selbst sowie die Abtretung der Rechte aus den zugrunde liegenden Verträgen als Sicherheit.

Die **gesicherten Grundgeschäfte** im klassischen Kreditgeschäft umfassen das kommerzielle Kreditgeschäft einschließlich Finanzgarantien und Kreditzusagen. Der Absicherung der Grundgeschäfte gegen Ausfallrisiken dient im Rahmen von Einzelfallentscheidungen die Hereinnahme klassischer Sicherheiten.

Sicherheitenarten

In den Unternehmen des Sektors Bank kommen sämtliche **klassischen Kreditsicherheiten** zum Einsatz. Dies sind insbesondere Grundpfandrechte auf Wohn- und Gewerbeimmobilien, Registerpfandrechte an Schiffen und Flugzeugen, Garantien (einschließlich Bürgschaften, Kreditversicherungen und Patronats-erklärungen), finanzielle Sicherheiten (bestimmte festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Investmentanteile), abgetretene Forderungen (Globalzessionen aus Lieferungen und Leistungen sowie Einzelzessionen) sowie Sach- und Objektsicherheiten.

Für die aufsichtsrechtliche Anerkennung nach der CRR werden vorwiegend privilegierte Grundpfand-

rechte, Garantien und finanzielle Sicherheiten herangezogen.

Als **Sicherheiten für Handelsgeschäfte**, die aus den zur Verringerung des Risikos aus OTC-Derivaten abgeschlossenen Sicherheitenverträgen resultieren, werden entsprechend der Collateral Policy der DZ BANK in der Regel Barsicherheiten, erstklassige Staatsanleihen und Pfandbriefe akzeptiert. Darüber hinaus wird das Kreditrisiko aus OTC-Derivaten durch den Abschluss von Netting-Vereinbarungen reduziert. Eine zeitnahe Bewertung der Sicherheiten im Rahmen der vereinbarten Margining-Perioden trägt zur Risikobegrenzung bei.

Zur Verringerung des Emittentenrisikos von Anleihen und Derivaten mithilfe von Kreditderivaten kommen neben Credit-Linked Notes und Credit Default Swaps auch Total Return Swaps zum Einsatz. Dabei wird die Absicherung gegen Underlying- sowie Spread- und Migrationsrisiken in der Regel in Form eines Makro-Hedges dynamisch vorgenommen. In einzelnen Fällen werden auch sogenannte Back-to-Back-Transaktionen abgeschlossen. Die Sicherungswirkung des Kreditderivats wird zu Steuerungszwecken bezüglich der besicherten Einheit (Reference Entity) risikomindernd angerechnet. Als Garantiegeber beziehungsweise als Gegenpartei fungieren bei Kreditderivaten hauptsächlich Finanzinstitutionen, wobei es sich überwiegend um Kreditinstitute der VR-Ratingklassen 1A bis 2C innerhalb des Investment Grade handelt.

Management klassischer Kreditsicherheiten

Die Aufgaben des Sicherheitenmanagements werden grundsätzlich außerhalb der Marktbereiche und überwiegend durch **spezialisierte Einheiten** wahrgenommen. Zu deren Kernaufgaben gehören die Bestellung, Prüfung und Bewertung der Sicherheiten, deren Erfassung und Verwaltung sowie die Beratung aller Unternehmensbereiche bezüglich Sicherheiten.

Für die Sicherheitenbestellung und die damit in Zusammenhang stehenden Erklärungen werden weitgehend standardisierte Verträge verwendet. Sofern individuelle Sicherheitenverträge zu schließen sind, werden fachkundige Stellen eingeschaltet. Die Verwaltung der Sicherheiten erfolgt in eigenen IT-Systemen.

Die **Bewertung** der Sicherheiten erfolgt nach internen Richtlinien und ist grundsätzlich Aufgabe der Marktfolgeeinheiten. Die Überprüfung der Wertansätze wird mindestens im Regelfall jährlich oder zu den vereinbarten Einreichungsterminen für die

bewertungsrelevanten Unterlagen vorgenommen. Kürzere Überwachungsintervalle können bei kritischen Engagements festgelegt werden. Unabhängig davon wird die Werthaltigkeit der Sicherheiten unverzüglich überprüft, wenn negative Informationen bekannt werden.

Die Zuständigkeit für die **Verwertung von Sicherheiten** liegt bei den Workout-Einheiten. Bei Abwicklungskrediten können die Sicherheiten, abweichend von den allgemeinen Bewertungsrichtlinien, in Abhängigkeit von ihrem voraussichtlichen Realisierungswert und Realisierungszeitpunkt bewertet werden. In Abweichung von den generellen Beleihungsgrundsätzen können bei Sanierungsengagements Marktwerte beziehungsweise die voraussichtlichen Liquidationserlöse als Sicherungswert angesetzt werden.

Collateral Management

Als Instrument zur Reduktion des Kreditexposures aus OTC-Geschäften werden neben Netting-Vereinbarungen (ISDA Master Agreement und Deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte) auch Besicherungsverträge (Credit Support Annex zum ISDA Master Agreement und Besicherungsanhang zum Deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte) abgeschlossen.

Inhalt der Besicherungsverträge sowie Verantwortlichkeiten und Kompetenzen zur internen Umsetzung der daraus erwachsenden Rechte und Pflichten werden im Rahmen der Collateral Policy der DZ BANK geregelt. Dabei werden insbesondere Vertragsparameter wie Qualität der Sicherheit, Frequenz des Austauschs sowie Mindestaustausch- und Freibeträge vorgegeben. Die DZ BANK setzt regelmäßig beidseitige Collateral-Verträge ein. Ausnahmen bestehen für Deckungstöcke und Zweckgesellschaften, da hier wegen der besonderen rechtlichen Stellung des Kontrahenten nur unilaterale Sicherheitenverträge sinnvoll durchsetzbar sind, sowie für supranationale oder staatliche Unternehmen. Wenn auf die Beidseitigkeit verzichtet werden soll, ist dies ein Kompetenzvorgang, der entsprechend genehmigt werden muss.

Netting und Besicherung führen in der Regel zu einer signifikanten Reduzierung des Exposures aus Handelsgeschäften. Die Bewertung des Exposures und der Sicherheiten erfolgt systemunterstützt. Analog zur Collateral Policy wird das Margining bei der weit überwiegenden Zahl der Sicherheitenverträge täglich durchgeführt.

Die abgeschlossenen Besicherungsverträge weisen in der Regel ratingunabhängige Freibeträge (Thresholds) und Mindesttransferbeträge auf. Darüber hinaus existieren einige Verträge mit Trigger-Vereinbarungen, die in Abhängigkeit vom Rating geregelt sind. Bei diesen Vereinbarungen wird zum Beispiel der unbesicherte Teil des Exposures im Falle von Bonitätsverschlechterungen reduziert oder es sind zusätzliche Zahlungen zu leisten (beispielsweise sogenannte Independent Amounts).

Zentrale Gegenparteien

Die EU-Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (European Market Infrastructure Regulation, EMIR) hat das Umfeld für außerbörsliche Derivategeschäfte von Banken, Versicherungen und Fonds nachhaltig verändert. Die Verordnung verpflichtet die Marktteilnehmer, alle börsengehandelten Derivate und OTC-Derivate an zentrale Transaktionsregister zu melden sowie gemäß vordefinierten Umsetzungsstufen bestimmte standardisierte OTC-Derivate schrittweise über zentrale Gegenparteien, sogenannte Clearing-Häuser, zu handeln. Darüber hinaus sind für nicht zentral über ein Clearing-Haus abgewickelte OTC-Derivate Risikominimierungstechniken anzuwenden. Damit sollen Kontrahentenrisiken minimiert werden.

Marktteilnehmer, die keiner Befreiung von dieser neuen Clearing-Pflicht unterliegen, bedürfen eines Anschlusses an eine zentrale Gegenpartei. Dies kann über eine direkte Mitgliedschaft bei einem Clearing-Haus erfolgen oder die Marktteilnehmer wickeln ihr Derivategeschäft über ein Kreditinstitut ab, das Teilnehmer einer zentralen Gegenpartei ist.

Die DZ BANK ist Direktmitglied zum Clearing von Derivatepositionen beim größten europäischen Clearing-Haus für Zinsderivate, dem London Clearing House, und bei der Eurex Clearing AG. Die Bank verfügt damit über direkte Zugänge zu zentralen Kontrahenten für Derivategeschäfte.

8.4.7. Management von leistungsgestörten Kreditengagements

Steuerung und Überwachung von Problemengagements
Erkannte Problemkredite werden bereits in einem frühen Krisenstadium an die **Workout-Einheiten** übertragen. Diese Spezialeinheiten schaffen durch intensive Betreuung der kritischen Engagements und durch Anwendung erprobter Problemlösungskonzepte die

Voraussetzungen zur Sicherung und Optimierung problembehafteter Risikopositionen.

Für das klassische Kreditgeschäft verfügt die DZ BANK über ein umfangreiches Instrumentarium zur frühzeitigen Identifizierung, engen Begleitung und hoch qualifizierten Portfolioüberwachung der problembehafteten Kreditengagements. Das Teilportfolio der problembehafteten Kredite wird in einem vierteljährlichen Zyklus geprüft, aktualisiert und berichtet. Anlassbezogen geschieht dies auch in kürzeren Zyklen. Dieser Prozess wird umfassend systemtechnisch unterstützt. Wesentlicher Baustein ist dabei eine aussagekräftige, zielgruppenorientierte und zeitnahe interne Berichterstattung. Bei Bedarf wird die Intensivbetreuung von Einzeladressen auf eigens eingerichtete Task Forces übertragen. Die Risiken in Teilportfolios werden durch regelmäßige Reports beobachtet und analysiert.

In den wesentlichen Tochterunternehmen bestehen – soweit erforderlich – vergleichbare, an die Risikocharakteristika des jeweiligen Geschäfts angepasste Verfahren.

Richtlinien und Verfahren zur Bildung von Kreditrisikoversorge

Die folgenden Darstellungen gelten für die DZ BANK. Die wesentlichen Tochterunternehmen im Sektor Bank haben vergleichbare, ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit angepasste Richtlinien zur Bildung von Risikoversorge in Kraft gesetzt.

Das gesamte Geschäft gilt als „**überfällig**“, wenn Zahlungsrückstände in Form von nicht geleisteten Zins- und Tilgungszahlungen oder sonstigen Forderungen seit mehr als 1 Tag bestehen. Ein Kreditnehmer wird als „**ausgefallen**“ eingestuft, wenn nicht zu erwarten ist, dass der Kreditnehmer seine Zahlungsverpflichtungen ohne Rückgriff auf Maßnahmen wie die Verwertung gegebenenfalls vorhandener Sicherheiten vollständig erfüllt. Unabhängig davon werden Kreditnehmer als ausgefallen eingestuft, deren Forderungen nach den Kriterien der CRR seit mehr als 90 Tagen überfällig sind.

Liegen für **Kreditforderungen** objektive Hinweise auf eine Wertminderung vor, wird geprüft, ob zu erwarten ist, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht vollständig nachkommen wird, und ob daraus ein wirtschaftlicher Schaden entstehen kann. **Einzelwertberichtigungen** werden in Höhe der

Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten Zahlungen einschließlich der Sicherheitenerlöse ausgewiesen, sofern der Buchwert der Forderung größer als deren Barwert ist.

Rückstellungen für Kreditzusagen und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien werden in Höhe der Differenz zwischen dem Barwert der potenziellen Ausfallsumme und dem Barwert der erwarteten Zahlungen gebildet – unter der Voraussetzung, dass das Eintreten der Verpflichtung wahrscheinlich ist.

Sofern für Kreditforderungen keine Wertberichtigungen gebildet beziehungsweise für Kreditzusagen und Finanzgarantien keine Rückstellungen und Verbindlichkeiten erfasst werden, gehen die jeweiligen Geschäfte in die Ermittlung der **Portfoliorisikoversorge** ein. Die Portfoliorisikoversorge setzt sich aus den Portfoliowertberichtigungen für die Forderungsbestände und den Rückstellungen für Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien zusammen. Sobald bekannt wird, dass bei einem Geschäft eine Wertminderung vorliegt oder dass die Erfassung einer Rückstellung oder Verbindlichkeit erforderlich ist, wird das Geschäft aus der Portfoliobetrachtung herausgenommen und im Rahmen der Einzelrisikoversorgebildung berücksichtigt. Der Ermittlung der Portfoliorisikoversorge liegt grundsätzlich das für aufsichtsrechtliche Zwecke verwendete Verfahren zur Ermittlung der erwarteten Verluste zugrunde.

Das **latente Länderrisiko** wird im Rahmen der Portfoliorisikoversorge berücksichtigt.

Im Bereich der **Handelsgeschäfte** werden das Derivategeschäft und Teile des Wertpapier- und Geldmarktgeschäfts erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Auf diese Weise schlagen sich etwaige Wertminderungen unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung beziehungsweise in der Bilanz nieder, sodass die Bildung einer Risikoversorge nicht erforderlich ist. Für Wertpapiere und Geldmarktgeschäfte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, erfolgt die Ermittlung von Wertminderungen entsprechend der Vorgehensweise bei den Kreditforderungen.

Die BSH und die TeamBank bilden für ihr Mengengeschäft **pauschalierte Einzelwertberichtigungen**. Dabei werden die Zahlungsströme von Forderungsportfolios mit gleichen Risikocharakteristika unter Verwendung von Migrationsszenarien und Ausfall-

wahrscheinlichkeiten untersucht. Bei der BSH beinhaltet die Einzelrisikovorsorge insbesondere die pauschalierten Einzelwertberichtigungen.

Notleidende Kredite

Die Unternehmen des Sektors Bank klassifizieren einen Kredit als notleidend, wenn er auf der VR-Masterskala mit einer Ratingnote zwischen 5A und 5E eingestuft worden ist. Dies entspricht der von der CRR vorgegebenen Ausfalldefinition. Notleidende Kredite werden auch als Non-performing Loans (NPL) bezeichnet.

Die Steuerung notleidender Kredite erfolgt anhand der folgenden Kennziffern:

- Risikovorsorgequote (Anteil des Risikovorsorgebestands am gesamten Kreditvolumen)
- Risikodeckungsquote (Anteil des Risikovorsorgebestands am notleidenden Kreditvolumen)
- NPL-Quote (Anteil des notleidenden Kreditvolumens am gesamten Kreditvolumen)

Der Risikovorsorgebestand wird als Summe aus Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen und Rückstellungen für Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien ermittelt.

8.4.8. Kreditportfoliomanagement

Im Rahmen des risikobezogenen Kreditportfoliomanagements wird zwischen erwarteten Verlusten und unerwarteten Verlusten aus dem Kreditportfolio unterschieden. Die Kalkulation des erwarteten Verlusts je Einzelgeschäft beugt einem schleichenden Eigenkapitalverzehr vor. Die hierfür erforderliche Ermittlung bonitätsabhängiger Standardrisikokosten wird von der Mehrzahl der Steuerungseinheiten vorgenommen.

Mithilfe von Kreditportfoliomodellen werden darüber hinaus auf Basis von Value-at-Risk-Ansätzen unerwartete Verluste aus den Kreditportfolios der Steuerungseinheiten quantifiziert. Der Credit Value-at-Risk beschreibt das Risiko unerwarteter Verluste im Fall des Eintritts von Ausfallereignissen im Kreditportfolio. Zur Messung des Credit Value-at-Risk werden Kreditportfoliomodelle benutzt. Wesentliche Faktoren zur Bestimmung dieses Kreditrisikos sind das Kreditvolumen, Konzentrationseffekte hinsichtlich Branchen, Ländern und Kontrahenten sowie die Bonitätsstruktur des Kreditportfolios. In die Messung werden Ausfallrisiken sowohl aus Kreditgeschäften als auch aus Handelsgeschäften einbezogen.

Zur Steuerung des Kreditportfolios im Sektor Bank wird der Credit Value-at-Risk durch die für das Kreditrisiko bereitgestellte Verlustobergrenze limitiert.

8.5. Kreditvolumen

8.5.1. Kreditvolumen als Risikofaktor

Die Höhe und die Struktur des Kreditvolumens stellen wesentliche Bestimmungsgrößen für die Ermittlung des Kreditrisikos dar. Für die interne Kreditrisikosteuerung im Sektor Bank wird das Kreditvolumen nach kreditrisikotragenden Instrumenten – klassisches Kreditgeschäft, Wertpapiergeschäft sowie Derivate- und Geldmarktgeschäft – unterschieden. Diese Aufteilung entspricht den für die externe Berichterstattung über Risiken aus Finanzinstrumenten zu bildenden Klassen.

Um Volumenkonzentrationen zu erkennen, werden die kreditrisikotragenden Instrumente zusätzlich nach Branchen, Ländergruppen, Bonitäten und Restlaufzeiten kategorisiert. Insbesondere bei Häufungen von Engagements mit längerer Restlaufzeit, die eine Bonitätseinstufung unterhalb des Investment Grade aufweisen, besteht die Gefahr, dass Kreditrisiken zum Tragen kommen und in Form von Verlusten die Vermögens- und Ertragslage der DZ BANK Gruppe beeinträchtigen.

8.5.2. Überleitung des Kreditvolumens zum Konzernabschluss

Das der Risikosteuerung zugrunde liegende Bruttokreditvolumen wird in Abb. 24 zu einzelnen bilanziellen Posten übergeleitet, um Transparenz über die Verknüpfung zwischen Konzernabschluss und Risikosteuerung herzustellen. Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen weicht die Bewertung zwischen der internen Steuerung und der externen Konzernrechnungslegung bei einigen Produkten ab. Wesentliche Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Steuerung und der externen Konzernrechnungslegung liegen darüber hinaus in abweichenden Konsolidierungskreisen sowie in Ansatz- und Bewertungsunterschieden.

Die Unterschiede in den **Konsolidierungskreisen** sind darauf zurückzuführen, dass in der internen Kreditrisikosteuerung lediglich jene Unternehmen des Sektors Bank berücksichtigt werden, die einen wesentlichen Beitrag zum Gesamtrisiko dieses Sektors leisten.

Der aus abweichenden Wertansätzen resultierende Unterschiedsbetrag im **Wertpapiergeschäft** ist im

Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Kreditderivate im Rahmen der internen Steuerung grundsätzlich auf die mit den Underlyings verbundenen Emittentenrisiken angerechnet werden, während Kreditderivate im Konzernabschluss als derivative Finanzinstrumente mit ihrem beizulegenden Zeitwert in die Bilanzposten Handelsaktiva oder Handelspassiva eingehen.

Im **Derivategeschäft** und im **Geldmarktgeschäft** sind die Bewertungsunterschiede überwiegend darauf zurückzuführen, dass für Zwecke der Risikosteuerung eine Aufrechnung gegenläufiger Positionen erfolgt, während im Konzernabschluss kein derartiges Netting vorgenommen werden darf. Des Weiteren werden den gegenwärtigen Marktwerten derivativer Positionen in der internen Steuerung sogenannte Add-ons zugeschlagen, mit denen mögliche zukünftige Marktwertveränderungen berücksichtigt werden. Dagegen zielt die externe (Konzern-)Rechnungslegung ausschließlich auf die zum Bewertungszeitpunkt ermittelten beizulegenden Zeitwerte ab. Zudem dürfen im Konzernabschluss Sicherheiten im Gegensatz zur internen Vorgehensweise nicht risikomindernd verrechnet werden.

Darüber hinaus treten im **Geldmarktgeschäft** bei der Berücksichtigung von Wertpapierpensionsgeschäften Abweichungen zwischen Konzernabschluss und internem Kreditrisikoberichtswesen auf. Im Unterschied zur bilanziellen Behandlung werden die gelieferten oder erhaltenen Wertpapiersicherheiten für die interne Steuerung mit den jeweiligen Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten verrechnet.

8.5.3. Entwicklung des Kreditvolumens

Aufgrund der Fusion mit der vormaligen WGZ BANK Gruppe und der damit verbundenen erstmaligen Berücksichtigung der WL BANK war im Geschäftsjahr ein starker Anstieg des **gesamten Kreditvolumens im Sektor Bank** um 28 Prozent von 302,3 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 387,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2016 zu verzeichnen. Sofern nicht anders dargestellt, sind die nachfolgenden Exposure- und Risikoerhöhungen auf Fusionseffekte zurückzuführen.

Das Volumen im **klassischen Kreditgeschäft** ist um 31 Prozent von 209,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 275,8 Mrd. € zum Geschäftsjahresultimo angestiegen.

Für das Kreditvolumen im **Wertpapiergeschäft** war ein Anstieg um 22 Prozent von 78,4 Mrd. € zum

31. Dezember 2015 auf 95,5 Mrd. € zum 31. Dezember 2016 zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf die DZ BANK und die erstmalige Berücksichtigung der WL BANK zurückzuführen ist.

Für das Kreditvolumen im **Derivate- und Geldmarktgeschäft** zum 31. Dezember 2016 war eine Erhöhung um 16 Prozent von 14,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 16,3 Mrd. € zum Geschäftsjahresende zu verzeichnen.

In der DZ BANK stieg das **gesamte Kreditvolumen** um 30 Prozent von 158,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 205,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2016. Der Anstieg betraf insbesondere das **klassische Kreditgeschäft** (31. Dezember 2016: 136,1 Mrd. €; 31. Dezember 2015: 104,0 Mrd. €) und das **Wertpapiergeschäft** (31. Dezember 2016: 54,5 Mrd. €; 31. Dezember 2015: 41,7 Mrd. €). Für das **Derivate- und Geldmarktgeschäft** war eine Ausweitung um 23 Prozent von 12,3 Mrd. € zum Vorjahresresultimo auf 15,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2016 zu verzeichnen. Der Anstieg betrifft das Derivategeschäft.

8.5.4. Übernommene Sicherheiten

Die im Rahmen von Workout-Situationen von notleidenden Kreditnehmern übernommenen Sicherheiten spielten für den **Sektor Bank** im Geschäftsjahr unverändert zum Vorjahr angesichts des effizienten Abwicklungsprozesses eine zu vernachlässigende Rolle. Die von den Unternehmen des Sektors Bank übernommenen Sicherheiten beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 13 Mio. € (31. Dezember 2015: 18 Mio. €).

8.5.5. Branchenstruktur des Kreditportfolios

Die Aufteilung des Kreditportfolios nach Branchen geht aus Abb. 25 hervor, wobei die Zuordnung des Kreditvolumens grundsätzlich nach den Wirtschaftszweigschlüsseln der Deutschen Bundesbank erfolgt. Dies gilt auch für die weiteren kreditrisikobezogenen Branchendarstellungen in diesem Chancen- und Risikobericht.

Das Kreditvolumen im **Sektor Bank** war zum 31. Dezember 2016 mit 33 Prozent (31. Dezember 2015: 35 Prozent) weiterhin durch eine hohe Konzentration im Finanzsektor geprägt. Die Kreditnehmer in diesem Kundensegment setzten sich neben den Volksbanken und Raiffeisenbanken aus Banken anderer Sektoren der Kreditwirtschaft und sonstigen Finanzinstitutionen zusammen.

ABB. 24 – SEKTOR BANK: ÜBERLEITUNG DES KREDITVOLUMENS

in Mrd. €

	Kreditvolumen der internen Steuerung		Überleitung			
	31.12.2016	31.12.2015	Konsolidierungskreis		Ansatz und Bewertung	
			31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Klassisches Kreditgeschäft	275,8	209,8	1,8	1,9	18,8	9,6
Wertpapiergeschäft	95,5	78,4	–	–	-18,4	-15,3
Derivategeschäft	13,7	10,6	–	–	-17,5	-13,8
Geldmarktgeschäft	2,6	3,5	–	–	37,4	27,2
Summe	387,7	302,3	1,8	1,9	20,3	7,8

 nicht relevant

ABB. 25 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH BRANCHEN

in Mrd. €	Klassisches Kreditgeschäft		Wertpapiergeschäft		Derivate- und Geldmarktgeschäft		Summe	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Finanzsektor	88,7	68,2	28,2	26,8	11,5	9,7	128,4	104,7
Öffentliche Hand (Verwaltung/Staat)	11,1	6,2	54,5	45,4	1,0	0,8	66,6	52,4
Corporates	110,4	84,0	8,6	2,3	2,9	2,6	122,0	88,9
Retail	58,6	45,6	2,8	2,9	–	–	61,4	48,6
Branchenkonglomerate	6,5	5,4	1,4	1,1	0,9	0,8	8,8	7,2
Sonstige	0,5	0,5	–	–	–	–	0,5	0,5
Summe	275,8	209,8	95,5	78,4	16,3	14,0	387,7	302,3

Kreditvolumen des Konzernabschlusses				Abschnitt im Anhang
31.12.2016		31.12.2015		
292,9	79,5	65,8	Forderungen an Kreditinstitute	
	79,5	65,9	davon: Forderungen an Kreditinstitute ohne Geldmarktgeschäfte	50
	–	-0,1	davon: Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	52
	173,1	221,3	124,2 Forderungen an Kunden	
	175,5	126,2	Forderungen an Kunden ohne Geldmarktgeschäfte	51
	-2,4	-2,0	davon: Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	52
	40,3	31,3	Finanzgarantien und Kreditzusagen	87
77,2	77,2	63,2	Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere	
	9,3	10,9	davon: Handelsaktiva/Anleihen und Schuldverschreibungen ohne Geldmarktgeschäfte	54
	0,9	63,2	davon: Handelsaktiva/Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Forderungen	54
	67,0	51,5	davon: Finanzanlagen/Anleihen und Schuldverschreibungen ohne Geldmarktgeschäfte	55
	-3,9	-3,3	Derivative Finanzinstrumente	
-3,9	1,5	0,4	davon: Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	53
	23,6	-3,3	davon: Handelsaktiva/Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	54
	-3,9	-1,6	davon: Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	65
	-25,1	-23,7	davon: Handelspassiva/Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	66
	43,6	30,7	Geldmarktgeschäfte	
43,6	27,7	14,9	davon: Forderungen an Kreditinstitute/Geldmarktgeschäfte	50
	1,1	30,7	davon: Forderungen an Kunden/Geldmarktgeschäfte	51
	0,2	0,4	davon: Handelsaktiva/Geldmarktpapiere	54
	14,2	14,7	davon: Handelsaktiva/Forderungen aus Geldmarktgeschäften	54
	0,4	0,1	davon: Finanzanlagen/Geldmarktpapiere	55
409,8	312,0	Summe		
Unterschiedsbetrag 31.12.2016		22,1	5,7 %	
Unterschiedsbetrag 31.12.2015		9,7	3,2 %	

In der DZ BANK bestand zum 31. Dezember 2016 mit 55 Prozent (31. Dezember 2015: 57 Prozent) ebenfalls eine hohe Konzentration des Kreditvolumens im Finanzsektor, wobei die Zusammensetzung dieses Kundensegments der des Sektors Bank entsprach. Im Vergleich zum Vorjahr war ein Anstieg der Forderungen an öffentliche Schuldner vor allem in Deutschland um 3,4 Mrd. € zu verzeichnen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe als Zentralbank für die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken stellt die DZ BANK Refinanzierungsmittel für die Unternehmen des Sektors Bank

und für die Genossenschaftsbanken bereit. Daher entfällt auf die Genossenschaftsbanken auch eine der größten Forderungspositionen im Kreditportfolio der Gruppe. Des Weiteren begleitet die DZ BANK die Genossenschaftsbanken bei größeren Finanzierungen von Firmenkunden.

Das daraus resultierende Konsortialgeschäft, das Direktgeschäft der DZ BANK, der DG HYP und der DVB mit Firmenkunden im In- und Ausland, das in der BSH gebündelte Immobiliengeschäft mit Retail-Kunden, das Konsumentenkreditgeschäft der Team-Bank sowie das Immobilienkreditgeschäft und das

Kommunalkreditgeschäft der WL BANK bestimmen die Branchenzusammensetzung des restlichen Portfolios.

8.5.6. Geografische Struktur des Kreditportfolios

In Abb. 26 wird die nach Ländergruppen gegliederte geografische Verteilung des Kreditportfolios dargestellt. Dabei erfolgt die Zuordnung des Kreditvolumens zu den einzelnen Ländergruppen grundsätzlich anhand der jährlich aktualisierten Ländergruppeneinteilungen des IWF. Dies gilt auch für die weiteren kreditrisiko-bezogenen Länderdarstellungen in diesem Chancen- und Risikobericht.

Zum 31. Dezember 2016 konzentrierten sich die Ausleihungen im Sektor Bank mit 95 Prozent (31. Dezember 2015: 94 Prozent) und in der DZ BANK mit 96 Prozent (31. Dezember 2015: 95 Prozent) des gesamten Kreditvolumens auf Deutschland und die sonstigen Industrieländer.

8.5.7. Fälligkeitsstruktur des Kreditportfolios

Restlaufzeiten im gesamten Kreditportfolio

Die Betrachtung des Kreditportfolios nach Restlaufzeiten in Abb. 27 zeigt für den Sektor Bank zum 31. Dezember 2016 im Vergleich zum 31. Dezember 2015 einen Anstieg des Kreditvolumens um

7,1 Mrd. € im kurzen Laufzeitenband. Der Anstieg im mittelfristigen Laufzeitenband betrug 17,2 Mrd. €. Die größte Ausweitung des Kreditvolumens war mit 61,1 Mrd. € im längeren Laufzeitenband zu verzeichnen.

Überfälliges, nicht einzelwertberechtigtes Kreditvolumen

Abb. 28 und Abb. 29 zeigen den überfälligen, jedoch nicht einzelwertberechtigten Teil des Kreditvolumens. Die Angaben beziehen sich im Wesentlichen auf das klassische Kreditgeschäft.

Für diese Kredite wird keine Wertberichtigung vorgenommen, da grundsätzlich eine zeitnahe Rückführung der Überziehung unterstellt werden kann. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der gesamte vertraglich geschuldete Betrag durch die Verwertung von Sicherheiten erlöst werden kann. Aufgrund der konservativen Risikoversorgepolitik der Unternehmen des Sektors Bank macht der überfällige Teil nur einen relativ kleinen Anteil am gesamten Kreditportfolio aus.

Im Sektor Bank ist der Anstieg des überfälligen, nicht einzelwertberechtigten Kreditvolumens in der Branche Corporates von 522 Mio. € zum 31. Dezember 2015 auf 1.134 Mio. € zum 31. Dezember 2016 im Wesentlichen auf die Geschäftsbereiche Shipping und Offshore der DVB zurückzuführen. In der Branche Retail resultierte der Anstieg von 61 Mio. € zum Vorjahres-

ABB. 26 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mrd. €	Klassisches Kreditgeschäft		Wertpapiergeschäft		Derivate- und Geldmarktgeschäft		Summe	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	232,9	168,8	60,3	52,3	10,7	8,8	303,8	229,8
Sonstige Industrieländer	29,5	27,5	31,3	22,7	5,1	4,7	65,8	54,9
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	3,5	4,2	0,5	0,6	0,1	0,1	4,1	4,9
Emerging Markets	9,9	9,3	0,8	0,7	0,1	0,2	10,9	10,2
Supranationale Institutionen	–	–	2,7	2,2	0,4	0,3	3,0	2,5
Summe	275,8	209,8	95,5	78,4	16,3	14,0	387,7	302,3

ABB. 27 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mrd. €	Klassisches Kreditgeschäft		Wertpapiergeschäft		Derivate- und Geldmarktgeschäft		Summe	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
≤ 1 Jahr	49,9	44,0	15,0	15,3	11,0	9,5	75,9	68,8
> 1 Jahr bis ≤ 5 Jahre	55,2	47,3	38,5	29,4	2,1	1,8	95,8	78,6
> 5 Jahre	170,7	118,5	42,1	33,7	3,3	2,7	216,0	154,9
Summe	275,8	209,8	95,5	78,4	16,3	14,0	387,7	302,3

ultimo auf 388 Mio. € zum Berichtsstichtag aus einer Änderung der Ermittlungsmethode bei der BSH. Der ausgewiesene Anstieg stellt somit keine Verschlechterung des Portfolios dar. Bei dem Kreditvolumen mit Überfälligkeit von mehr als 3 Monaten in Höhe von 812 Mio. € (31. Dezember 2015: 237 Mio. €) handelt es sich überwiegend um Geschäfte, die durch Objektsicherheiten unterlegt sind.

In der DZ BANK verringerte sich das überfällige, nicht einzelwertberichtigte Kreditvolumen von 87 Mio. € zum 31. Dezember 2015 auf 61 Mio. € zum 31. Dezember 2016.

8.5.8. Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Bonitätsstruktur des gesamten Kreditvolumens

Abb. 30 beinhaltet das konsolidierte Kreditvolumen im Sektor Bank nach den Bonitätsklassen der VR-Rating-Masterskala. Die Rubrik „Nicht eingestuft“

setzt sich aus Geschäftspartnern zusammen, für die eine Ratingeinstufung nicht erforderlich ist.

Im Sektor Bank belief sich der Anteil der Ratingklassen 1A bis 3A (Investment Grade) am Gesamtkreditvolumen zum 31. Dezember 2016 auf 78 Prozent (31. Dezember 2015: 74 Prozent). Der Anteil des Kreditvolumens der Ratingklassen 3B bis 4E (Non-Investment Grade) am gesamten Kreditvolumen lag zum Berichtsstichtag bei 20 Prozent (31. Dezember 2015: 23 Prozent). Die durch die Ratingklassen 5A bis 5E repräsentierten ausgefallenen Forderungen hatten zum 31. Dezember 2016 einen Anteil von 1 Prozent am gesamten Kreditvolumen des Sektors Bank und verharrten damit auf dem niedrigen Vorjahresniveau.

Auch in der DZ BANK dominierten die Ratingklassen 1A bis 3A (Investment Grade) mit einem Anteil von 89 Prozent (31. Dezember 2015: 88 Prozent) am Gesamtkreditvolumen. Im Vergleich zum

ABB. 28 – SEKTOR BANK: ÜBERFÄLLIGES, NICHT EINZELWERTBERICHTIGTES KREDITVOLUMEN NACH BRANCHEN

in Mio. €	Überfälligkeit bis 5 Tage		Überfälligkeit > 5 Tage bis 1 Monat		Überfälligkeit > 1 Monat bis 2 Monate		Überfälligkeit > 2 Monate bis 3 Monate		Überfälligkeit > 3 Monate		Summe	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Finanzsektor	13	9	1	-	-	1	-	-	-	5	14	15
Öffentliche Hand (Verwaltung/Staat)	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Corporates	18	22	301	244	127	31	5	10	684	215	1.134	522
Retail	37	18	123	18	63	6	38	2	128	17	388	61
Branchenkonglomerate	9	3	-	-	-	-	-	-	-	-	9	4
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	76	53	425	263	190	39	42	13	812	237	1.545	603

ABB. 29 – SEKTOR BANK: ÜBERFÄLLIGES, NICHT EINZELWERTBERICHTIGTES KREDITVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mio. €	Überfälligkeit bis 5 Tage		Überfälligkeit > 5 Tage bis 1 Monat		Überfälligkeit > 1 Monat bis 2 Monate		Überfälligkeit > 2 Monate bis 3 Monate		Überfälligkeit > 3 Monate		Summe	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Deutschland	64	43	201	69	91	39	42	13	188	70	585	233
Sonstige Industrieländer	10	2	224	42	1	-	1	-	175	52	410	96
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	3	1	-	60	29	-	-	-	217	43	248	104
Emerging Markets	-	7	-	92	69	-	-	-	233	71	302	170
Supranationale Institutionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	76	53	425	263	190	39	42	13	812	237	1.545	603

ABB. 30 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH BONITÄTSKLASSEN

in Mrd. €		Klassisches Kreditgeschäft		Wertpapiergeschäft		Derivate- und Geldmarktgeschäft		Summe	
		31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Investment Grade	1A	6,1	1,8	38,4	26,9	1,4	1,2	45,9	30,0
	1B	2,5	1,8	10,1	10,3	1,9	1,1	14,5	13,3
	1C	82,5	63,9	9,2	11,8	4,3	3,9	96,0	79,6
	1D	4,8	2,3	2,4	2,6	0,2	0,3	7,5	5,2
	1E	7,0	2,3	2,2	1,3	1,9	0,4	11,1	4,0
	2A	12,7	7,8	2,5	1,7	0,7	2,0	16,0	11,5
	2B	11,7	6,2	10,4	8,5	1,9	1,5	24,0	16,2
	2C	14,5	11,6	4,8	2,4	0,9	0,9	20,2	15,0
	2D	15,6	9,1	2,5	3,0	0,7	0,7	18,8	12,8
	2E	21,4	16,5	7,2	4,2	1,0	0,8	29,6	21,5
Non-Investment Grade	3A	17,3	12,8	1,4	0,8	0,7	0,3	19,3	13,9
	3B	17,5	16,8	0,6	0,6	0,2	0,3	18,3	17,7
	3C	16,4	11,6	1,3	1,6	0,1	0,1	17,8	13,3
	3D	13,9	13,5	0,8	0,6	0,1	0,1	14,8	14,2
	3E	4,6	3,5	0,2	0,1	–	–	4,9	3,6
	4A	2,3	2,8	0,1	0,1	–	–	2,4	2,9
	4B	7,2	6,9	0,2	0,2	–	–	7,4	7,1
	4C	6,2	5,5	0,1	0,1	–	–	6,3	5,6
	4D	0,6	0,6	–	–	–	–	0,6	0,6
	4E	3,8	4,5	0,1	0,1	–	–	3,9	4,6
Default		5,6	5,0	0,2	0,2	–	–	5,8	5,2
Nicht eingestuft		1,7	2,8	0,8	1,2	0,4	0,4	2,8	4,5
Summe		275,8	209,8	95,5	78,4	16,3	14,0	387,7	302,3

Vorjahrestichtag war der Anteil des Kreditvolumens der Ratingklassen 3B bis 4E (Non-Investment Grade) am gesamten Kreditvolumen mit 10 Prozent unverändert. Die ausgefallenen Forderungen (Ratingklassen 5A bis 5E) hatten zum 31. Dezember 2016 einen Anteil von 1 Prozent. Dies entspricht wiederum der Größenordnung zum Vorjahrestichtag.

Namenskonzentrationen

Im **Sektor Bank** entfielen zum 31. Dezember 2016 9 Prozent (31. Dezember 2015: 11 Prozent) des gesamten Kreditengagements auf die 10 Adressen mit dem größten Kreditvolumen. In der **DZ BANK** lag dieser Anteil ebenfalls bei 9 Prozent (31. Dezember 2015: 11 Prozent). Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Kreditnehmer aus dem Finanzsektor und der öffentlichen Hand mit Sitz in Deutschland, die Ratingeinstufungen im Bereich des Investment Grade aufweisen.

Kreditvolumen mit einwandfreier Bonität

In Abb. 31 und Abb. 32 wird das weder wertberichtigte noch überfällige Kreditvolumen, das heißt das Port-

folio mit einwandfreier Bonität, als Teil des gesamten Kreditportfolios dargestellt.

Im **Sektor Bank** belief sich der Anteil dieses Portfolios am gesamten Kreditvolumen zum 31. Dezember 2016 im Vorjahresvergleich unverändert auf 98 Prozent.

In der **DZ BANK** zeigt sich ein ähnliches Bild. Hier betrug der Anteil des Kreditvolumens mit einwandfreier Bonität am gesamten Kreditvolumen zum 31. Dezember 2016 wie bereits zum Vorjahresresultimo 99 Prozent.

Der hohe Anteil an Geschäften mit guter Bonität ist wie in den Vorjahren auf die risikobewusste Kreditvergabepolitik der Unternehmen des Sektors Bank zurückzuführen.

8.5.9. Besichertes Kreditvolumen

Die Verteilung des besicherten Kreditvolumens auf Gesamtportfolioebene wird in Abb. 33 dargestellt. Dabei erfolgt eine Unterscheidung nach Sicherheitenarten und Klassen risikotragender Instrumente. Für das klassische

ABB. 31 – SEKTOR BANK: WEDER WERTBERICHTIGTES NOCH ÜBERFÄLLIGES KREDITVOLUMEN NACH BRANCHEN

in Mrd. €	Gesamtes Portfolio		Weder wertberichtigt es noch überfälliges Portfolio	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Finanzsektor	128,4	104,7	128,3	104,5
Öffentliche Hand (Verwaltung/Staat)	66,6	52,4	66,6	52,4
Corporates	122,0	88,9	117,3	85,4
Retail	61,4	48,6	60,2	47,5
Branchen- konglomerate	8,8	7,2	8,8	7,2
Sonstige	0,5	0,5	0,5	0,5
Summe	387,7	302,3	381,7	297,4

ABB. 32 – SEKTOR BANK: WEDER WERTBERICHTIGTES NOCH ÜBERFÄLLIGES KREDITVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mrd. €	Gesamtes Portfolio		Weder wertberichtigt es noch überfälliges Portfolio	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Deutschland	303,8	229,8	300,7	227,1
Sonstige Industrieländer	65,8	54,9	64,2	53,9
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	4,1	4,9	3,7	4,4
Emerging Markets	10,9	10,2	10,1	9,6
Supranationale Institutionen	3,0	2,5	3,0	2,5
Summe	387,7	302,3	381,7	297,4

ABB. 33 – SEKTOR BANK: BESICHERTES KREDITVOLUMEN NACH SICHERHEITENARTEN

in Mrd. €	Klassisches Kreditgeschäft		Wertpapiergeschäft		Derivate- und Geldmarktgeschäft		Summe	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bürgschaften, Garantien, Risiko-Unterbeteiligungen	7	6,9	–	–	0,3	0,3	7,3	7,3
Kreditversicherungen	3	2,7	–	–	–	–	3,1	2,7
Grundsschulden, Hypotheken, Registerpfandrechte	98,0	72,7	–	–	–	–	98,0	72,8
Sicherungsübereignungen, Zessionen, Verpfändung von Forderungen	5,8	5,3	–	–	–	–	5,8	5,3
Finanzielle Sicherheiten	1,5	1,6	–	–	0,1	0,3	1,6	1,9
Sonstige Sicherheiten	0,4	0,4	–	–	–	–	0,4	0,4
Besichertes Kreditvolumen	115,7	89,7	–	–	0,5	0,7	116,2	90,4
Bruttokreditvolumen	275,8	209,8	95,5	78,4	16,3	14,0	387,7	302,3
Unbesichertes Kreditvolumen	160,1	120,1	95,5	78,4	15,8	13,3	271,5	211,9
Besicherungsquote	41,9 %	42,7 %	–	–	3,0 %	5,2 %	30,0 %	29,9 %

Kreditgeschäft wird der Ausweis grundsätzlich vor der Anwendung von Aufrechnungsvereinbarungen vorgenommen, während im Wertpapiergeschäft sowie im Derivate- und Geldmarktgeschäft das besicherte Exposure auf genetteter Basis offengelegt wird.

Das besicherte Kreditvolumen im Sektor Bank erhöhte sich von 90,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 116,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2016. Die Besicherungsquote betrug zum Berichtsstichtag 30,0 Prozent (Vorjahresstichtag: 29,9 Prozent).

Im klassischen Kreditgeschäft des Sektors Bank stellten dingliche Sicherheiten wie Grundsschulden, Hypotheken

und Registerpfandrechte zum 31. Dezember 2016 mit 85 Prozent (31. Dezember 2015: 81 Prozent) den größten Anteil am besicherten Kreditvolumen dar. Diese Sicherheitenarten sind insbesondere für die BSH, die DG HYP, die DVB und die WL BANK von Bedeutung. Dagegen spielen dingliche Sicherheiten auf Ebene der DZ BANK eine untergeordnete Rolle, da die DZ BANK bei der Kreditvergabe in erster Linie auf die Bonität des Kreditnehmers abstellt.

Bei Wertpapiergeschäften werden über die bereits angerechneten Sicherungsmaßnahmen hinaus grundsätzlich keine weiteren Besicherungen vorgenommen. Auch im Derivate- und Geldmarktgeschäft sind im

Rahmen von Besicherungsverträgen erhaltene Sicherheiten bereits bei der Ermittlung des Bruttokreditvolumens berücksichtigt, sodass darüber hinaus nur vergleichsweise geringe Sicherheitenwerte (persönliche und finanzielle Sicherheiten) ausgewiesen werden.

Das besicherte Kreditvolumen der DZ BANK lag zum 31. Dezember 2016 mit 12,4 Mrd. € über dem Vorjahresniveau von 7,5 Mrd. €. Die Besicherungsquote betrug zum Berichtsstichtag 6 Prozent (Vorjahresultimo: 5 Prozent).

Wertpapiergeschäfte werden in Bezug auf klassische Sicherheiten grundsätzlich auf unbesicherter Basis abgeschlossen. Im Derivate- und Geldmarktgeschäft werden in geringem Umfang persönliche Sicherheiten (Bürgschaften und Garantien) und finanzielle Sicherheiten zur Risikominderung eingesetzt.

8.5.10. Verbriefungen

Das Asset-Backed-Securities-Portfolio (ABS-Portfolio) des Sektors Bank wird im Wesentlichen von der DZ BANK und der DG HYP gehalten. Zum Berichtsstichtag wies es einen beizulegenden Zeitwert von 3.430 Mio. € (31. Dezember 2015: 3.528 Mio. €) auf. Darin enthalten ist das ABS-Abbauportfolio aus der Zeit vor der Finanzkrise mit einem beizulegenden Zeitwert von 2.474 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.851 Mio. €).

Das Abbauportfolio entwickelte sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen im Rahmen der Erwartungen. Dies betrifft sowohl den Rückgang des Portfolios durch Tilgungen als auch die Wertentwicklung des Portfolios insgesamt.

Darüber hinaus tritt die DZ BANK als Sponsor von ABCP-Programmen auf, die durch die Emission von geldmarktnahen Asset-Backed Commercial Papers (ABCP) oder auch Liquiditätslinien refinanziert werden. Die ABCP-Programme werden für Kunden der Bank bereitgestellt, die über diese Gesellschaften eigene Forderungen verbrieften.

8.6. Portfolios mit erhöhtem Risikogehalt

Die folgenden Angaben zu Exposures von Teilportfolios sind in den vorausgegangenen Analysen des gesamten Kreditportfolios enthalten. Aufgrund ihrer Bedeutung für die Risikolage werden diese Teilportfolios einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Aufgrund der Reduzierung des Kreditengagements in **Russland** und **Ungarn** wurden diese beiden Länder bei unveränderter Bonitätseinschätzung nicht mehr unter den Portfolios mit erhöhtem Risikogehalt geführt. Daher wird von einer Offenlegung des zuletzt im Chancen- und Risikobericht 2015 (Abschnitt 8.6.1.) dargestellten russischen und ungarischen Kreditexposures abgesehen.

8.6.1. Europäisches Staatsschuldenportfolio

Die Forderungen an Adressen in den von der **europäischen Staatsschuldenkrise** unmittelbar betroffenen Ländern beliefen sich zum 31. Dezember 2016 im **Sektor Bank** und in der DZ BANK auf 8.721 Mio. € (31. Dezember 2015: 8.095 Mio. €) beziehungsweise 2.670 Mio. € (31. Dezember 2015: 3.196 Mio. €). Der Anstieg des Kreditexposures bei der öffentlichen Hand Italiens zum 31. Dezember 2016 auf 2.920 Mio. € ist auf die erstmalige Berücksichtigung der WL BANK zurückzuführen.

Infolge der Bonitätsverbesserung irischer Adressen wird das Irland zugeordnete Kreditexposure seit Anfang des Geschäftsjahres im internen Risikoberichtswesen nicht mehr gesondert ausgewiesen. Daher weicht die zum 31. Dezember 2015 ausgewiesene Summe des Kreditvolumens in den europäischen Peripheriestaaten von den entsprechenden Angaben im Chancen- und Risikobericht 2015 ab. Abb. 34 zeigt die Schuldnerstrukturen der Unternehmen des Sektors Bank in den europäischen Peripheriestaaten nach kreditrisikotragenden Instrumenten.

8.6.2. Schiffsfinanzierungsportfolio

Geschäftshintergrund

Im Sektor Bank ist insbesondere die DVB im Schiffsfinanzierungsgeschäft engagiert. Zu einem deutlich geringeren Anteil hat die DZ BANK derartige Finanzierungen in ihrem Kreditportfolio.

Die DVB ist ein international tätiger Finanzierer für Transportmittel wie Schiffe, Flugzeuge und Offshore-Serviceschiffe sowie Bohrplattformen und rollendes Eisenbahnmaterial. Kriterien für die Vergabe von Schiffskrediten sind die Qualität und die Werthaltigkeit des Schiffs, der Cashflow, den der Kreditnehmer mit diesem Schiff zur Schuldentilgung generieren kann, und die Wiedervermarktbarkeit des Schiffs. Die DVB schließt grundsätzlich nur Finanzierungen ab, die durch das finanzierte Schiff besichert sind.

ABB. 34 – SEKTOR BANK: FORDERUNGEN AN KREDITNEHMER IN DEN EUROPÄISCHEN PERIPHERIESTAATEN

in Mio. €	Klassisches Kreditgeschäft ¹		Wertpapiergeschäft		Derivate- und Geldmarktgeschäft		Summe	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Portugal	117	106	1.017	741	–	–	1.134	847
davon: Öffentliche Hand	–	–	894	645	–	–	894	645
davon: Nichtöffentliche Hand	117	106	122	96	–	–	240	202
davon: Finanzsektor	25	–	3	4	–	–	28	5
Italien	190	209	3.468	2.563	15	17	3.673	2.790
davon: Öffentliche Hand	–	–	2.920	2.088	–	–	2.920	2.088
davon: Nichtöffentliche Hand	190	209	548	475	15	17	753	702
davon: Finanzsektor	33	31	144	213	14	15	192	259
Griechenland	13	41	–	–	–	–	13	41
davon: Öffentliche Hand	–	–	–	–	–	–	–	–
davon: Nichtöffentliche Hand	13	41	–	–	–	–	13	41
davon: Finanzsektor	–	–	–	–	–	–	–	–
Spanien	319	336	3.555	4.055	26	26	3.901	4.416
davon: Öffentliche Hand	26	33	2.132	1.875	–	–	2.158	1.908
davon: Nichtöffentliche Hand	293	303	1.423	2.180	26	26	1.742	2.509
davon: Finanzsektor	39	20	575	1.370	21	22	636	1.412
Summe	639	692	8.040	7.360	41	43	8.721	8.095
davon: Öffentliche Hand	26	33	5.947	4.609	–	–	5.973	4.641
davon: Nichtöffentliche Hand	613	659	2.093	2.751	41	43	2.748	3.453
davon: Finanzsektor	98	51	722	1.588	36	37	855	1.675

¹ Klassisches Kreditgeschäft im Unterschied zu den sonstigen Darstellungen des Kreditvolumens inklusive Beteiligungen

Die DZ BANK betreibt Schiffsfinanzierungen im Rahmen des Gemeinschaftskreditgeschäfts mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Als Schiffsfinanzierung im engeren Sinne werden wirtschaftlich und rechtlich abgrenzbare, mobile Investitionsvorhaben verstanden, bei denen der Kreditnehmer typischerweise eine Zweckgesellschaft ist, die den Bau und Betrieb von Schiffen zum ausschließlichen Geschäftsgegenstand hat. Die Bedienung des Schuldendienstes erfolgt dabei aus dem erwirtschafteten Cashflow des Schiffs. Bei der Beurteilung des Kreditrisikos wird daher neben der Werthaltigkeit des Objekts insbesondere auf seine Ertragskraft abgestellt. Zur Risikoreduktion ist grundsätzlich die Besicherung durch eine erstrangige Schiffshypothek und die Abtretung der Versicherungsansprüche und Erlöse vorgesehen. Von den Schiffsfinanzierungen im engeren Sinne sind Finanzierungen von Werften und Reedereien abzugrenzen. Die folgenden Angaben zur DZ BANK beziehen sich ausschließlich auf Schiffsfinanzierungen im engeren Sinne.

Das mit Schiffsfinanzierungen verbundene Kreditvolumen der DVB und der DZ BANK besteht aus

Kundenforderungen, Garantien und Bürgschaften, unwiderruflichen Kreditzusagen, Wertpapieren und Derivaten.

Entwicklung des Kreditvolumens

Das Schiffsfinanzierungsportfolio im Sektor Bank hatte zum 31. Dezember 2016 einen Umfang von 12.763 Mio. € (31. Dezember 2015: 12.684 Mio. €). Abb. 35 zeigt die Portfoliostruktur nach Ländergruppen und kreditrisikotragenden Instrumenten.

Das Schiffsfinanzierungsportfolio der DVB umfasste zum 31. Dezember 2016 1.420 finanzierte Schiffe und 0,4 Millionen finanzierte Containerboxen (31. Dezember 2015: 1.328 Schiffe und 0,5 Millionen Containerboxen). Die durchschnittliche Größe der Engagements lag zum Berichtsstichtag bei 40 Mio. € (31. Dezember 2015: 41 Mio. €) und das größte Einzelengagement bei 237 Mio. € (31. Dezember 2015: 213 Mio. €).

Das Exposure der DVB stieg wechselkursbedingt (Aufwertung des US-Dollar) von 11.789 Mio. € zum

ABB. 35 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN AUS SCHIFFSFINANZIERUNGEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mio. €	Klassisches Kreditgeschäft		Wertpapiergeschäft		Derivategeschäft		Summe	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	1.504	1.588	–	–	3	12	1.507	1.599
Sonstige Industrieländer	7.453	7.004	–	–	5	15	7.458	7.020
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1.907	2.173	–	–	–	–	1.907	2.173
Emerging Markets	1.885	1.883	–	–	5	8	1.890	1.892
Summe	12.749	12.649	–	–	14	35	12.763	12.684

31. Dezember 2015 auf 11.948 Mio. € zum 31. Dezember 2016 an. Das Schiffsfinanzierungsportfolio war breit nach Weltregionen, Schiffstypen, Kreditnehmern, Charterern und Beschäftigung diversifiziert. Der größte Teil des Kreditvolumens entfiel auf die Finanzierung von Tankern. Dieser Anteil stieg zum 31. Dezember 2016 um 2 Prozentpunkte auf 48 Prozent am gesamten Schiffsfinanzierungsvolumen. Der Anstieg betraf die Marktsegmente der Rohöltanker-, der Chemietanker- und der Gastankerschiffahrt, während der Portfolioanteil von Produktentankern zum 31. Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahresresultato mit 11 Prozent nahezu konstant blieb. Das Portfolio war strategiekonform nahezu vollständig dinglich besichert.

Die bestehenden Überkapazitäten in einigen Shipping-Sektoren, vor allem im Bereich Massengutfrachter und Containerschiffe, übten unverändert Druck auf die Schiffswerte und Charterraten aus. Insgesamt ist im Shipping-Sektor aufgrund ausgeschöpfter Liquiditätsreserven mit steigenden Ausfallraten zu rechnen. Aufgrund dieser Entwicklungen wurden im Geschäftsjahr erhöhte Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge im Bereich Shipping vorgenommen.

Die DZ BANK war zum 31. Dezember 2016 mit 815 Mio. € (31. Dezember 2015: 895 Mio. €) in Schiffsfinanzierungen engagiert. Nach Art der finanzierten Schiffe lag der Schwerpunkt des Portfolios auf multifunktional einsetzbaren Schiffstypen für den Handelsverkehr. Hinsichtlich der Tragfähigkeit der Schiffe wurden fast ausschließlich kleine bis mittelgroße Objekte finanziert. Das Schiffsfinanzierungsportfolio der DZ BANK war im Geschäftsjahr wie bereits im Vorjahr im Wesentlichen auf Deutschland konzentriert und breit nach Schiffstypen, Kreditnehmern, Charterern und Beschäftigung diversifiziert.

8.7. Leistungsgestörtes Kreditvolumen

8.7.1. Einzelwertberichtigtes Kreditvolumen

In Abb. 36 und Abb. 37 wird das einzelwertberichtigte Kreditvolumen dargestellt. Die ausgewiesenen Sicherheiten stehen für die Bedeckung des Kreditvolumens nach Einzelwertberichtigung zur Verfügung. Die Angaben beziehen sich im Wesentlichen auf das klassische Kreditgeschäft.

Im **Sektor Bank** war das Kreditvolumen nach Wertberichtigung zum 31. Dezember 2016 mit 2.622 Mio. € gegenüber dem Vorjahrenstichtag (2.623 Mio. €) nahezu unverändert.

In der **DZ BANK** stieg das einzelwertberichtigte Kreditvolumen von 795 Mio. € zum 31. Dezember 2015 auf 835 Mio. € zum 31. Dezember 2016 an. Diese Entwicklung resultiert nahezu vollständig aus der Ausweitung des einzelwertberichtigten Kreditvolumens bei den Corporates.

8.7.2. Notleidendes Kreditvolumen

Der für den **Sektor Bank** im Geschäftsjahresverlauf zu verzeichnende Anstieg des notleidenden Kreditvolumens von 5,2 Mrd. € auf 5,8 Mrd. € führte bei einem ebenfalls zu verzeichnenden Anstieg des gesamten Kreditvolumens von 302,3 Mrd. € auf 387,7 Mrd. € zu einer im Vorjahresvergleich gesunkenen NPL-Quote von 1,5 Prozent (31. Dezember 2015: 1,7 Prozent).

In der **DZ BANK** kam es ebenfalls zu einer Ausweitung des notleidenden Kreditvolumens, und zwar von 1,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 2,3 Mrd. € zum Berichtsstichtag. Aufgrund dieser Entwicklung und in Verbindung mit einer Erhöhung des Gesamtkreditvolumens von 158,0 Mrd. € auf 205,8 Mrd. € war eine im Vorjahresvergleich leicht gesunkene NPL-Quote von 1,1 Prozent (31. Dezember 2015: 1,2 Prozent) zu verzeichnen.

ABB. 36 – SEKTOR BANK: EINZELWERTBERICHTIGTES KREDITVOLUMEN UND SICHERHEITEN NACH BRANCHEN

in Mio. €	Betrag vor Einzelwertberichtigung		Umfang der Einzelwertberichtigung		Betrag nach Einzelwertberichtigung		Sicherheiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Finanzsektor	81	148	41	46	40	102	31	66
Öffentliche Hand (Verwaltung/Staat)	–	–	–	–	–	–	–	–
Corporates	3.517	3.023	1.436	1.137	2.081	1.886	1.237	1.171
Retail	859	1.014	358	391	501	623	491	599
Branchenkonglomerate	2	18	1	6	1	12	–	11
Sonstige	–	27	–	27	–	–	–	–
Summe	4.458	4.230	1.836	1.607	2.622	2.623	1.758	1.847

ABB. 37 – SEKTOR BANK: EINZELWERTBERICHTIGTES KREDITVOLUMEN UND SICHERHEITEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mio. €	Betrag vor Einzelwertberichtigung		Umfang der Einzelwertberichtigung		Betrag nach Einzelwertberichtigung		Sicherheiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	2.521	2.554	1.221	1.183	1.300	1.371	913	1.022
Sonstige Industrieländer	1.226	918	365	239	861	679	459	352
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	219	341	132	94	87	247	101	166
Emerging Markets	492	417	118	91	374	326	285	308
Supranationale Institutionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe	4.458	4.230	1.836	1.607	2.622	2.623	1.758	1.847

Aus Abb. 38 sind die Kennziffern zum notleidenden Kreditvolumen ersichtlich.

ABB. 38 – SEKTOR BANK: KENNZIFFERN ZUM NOTLEIDENDEN KREDITVOLUMEN

8.8. Kreditrisikovorsorge

8.8.1. Kreditrisikovorsorge im Gesamtportfolio
Abb. 39 und Abb. 40 zeigen die Bestandsentwicklung der Wertberichtigungen (Einzelwertberichtigungen einschließlich der pauschalierten Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen) sowie der Rückstellungen für Kreditzusagen und der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien im Geschäftsjahr und im Vorjahr für das gesamte Kreditportfolio des Sektors Bank und der DZ BANK.

Diese Positionen werden für den Sektor Bank im Konzernanhang wie folgt offengelegt:

- Wertberichtigungen: Abschnitt 52 (Risikovorsorge)
- Rückstellungen für Kreditzusagen: Abschnitt 67 (Rückstellungen)
- Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien: Abschnitt 69 (Sonstige Passiva)

in Mrd. €	Sektor Bank		DZ BANK	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtes Kreditvolumen	387,7	302,3	205,8	158,0
Notleidendes Kreditvolumen	5,8	5,2	2,3	1,9
Risikovorsorgebestand	2,7	2,4	1,3	1,2
Risikovorsorgequote	0,7%	0,8%	0,6%	0,7%
Risikodeckungsquote	47,0%	47,1%	57,4%	60,2%
NPL-Quote	1,5%	1,7%	1,1%	1,2%

Der Einzelwertberichtigungsbestand im Sektor Bank hat sich im Verlauf des Geschäftsjahres um 229 Mio. € erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Bereiche Shipping und Offshore der DVB zurückzuführen. Dem standen Rückgänge bei der DG HYP und der

ABB. 39 – SEKTOR BANK: KREDITRISIKOVORSORGE IM GESAMTPORTFOLIO

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen ¹		Portfoliowertberichtigungen		Summe Wertberichtigungen		Rückstellungen für Kreditzusagen ² sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	
	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015
Stand zum 01.01.	1.607	1.908	466	480	2.073	2.388	148	167
Zuführungen	908	666	218	95	1.126	761	117	48
Inanspruchnahmen	-244	-377	–	–	-244	-377	–	–
Auflösungen	-416	-437	-139	-113	-555	-550	-71	-69
Zinserträge	-31	-45	–	–	-31	-45	2	2
Sonstige Veränderungen	12	-108	13	4	25	-104	58	–
Stand zum 31.12.	1.836	1.607	558	466	2.394	2.073	254	148
Direkte Wertberichtigungen	48	68	–	–	48	68		
Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen	-116	-121	–	–	-116	-121		

1 Einschließlich pauschalierter Einzelwertberichtigungen

2 Ohne Sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft

■ nicht relevant

ABB. 40 – SEKTOR BANK: KREDITRISIKOVORSORGE IM GESAMTPORTFOLIO DER DZ BANK

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Summe Wertberichtigungen		Rückstellungen für Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	
	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015
Stand zum 01.01.	825	958	119	129	944	1.087	138	157
Zuführungen	256	303	92	4	348	307	114	46
Inanspruchnahmen	-103	-182	–	–	-103	-182	–	–
Auflösungen	-192	-261	-32	-14	-224	-275	-66	-68
Zinserträge	-10	-15	–	–	-10	-15	3	2
Sonstige Veränderungen	10	22	–	–	10	22	53	1
Stand zum 31.12.	786	825	179	119	965	944	242	138
Direkte Wertberichtigungen	–	4	–	–	–	4		
Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen	-59	-71	–	–	-59	-71		

■ nicht relevant

TeamBank sowie bei der DZ BANK (39 Mio. €) gegenüber. Im Vorjahr kam es zu Bestandsverringerungen um 301 Mio. € (Sektor Bank) beziehungsweise 133 Mio. € (DZ BANK).

Im Sektor Bank einschließlich der DZ BANK war im Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Fusion eine Nettozuführung zur Einzelrisiko-

vorsorge zu verzeichnen. Der Bildung von Einzelrisikovorsorge – insbesondere im Firmenkundengeschäft – standen Auflösungen aus einer weiterhin erfolgreichen Sanierungsarbeit sowie Eingänge auf abgeschriebene Forderungen gegenüber. Insgesamt spiegelt die Entwicklung der Einzelrisikovorsorge – auch begünstigt durch die solide Konjunkturlage – ein stabiles Kreditportfolio und die nachhaltige Risikopolitik der

Unternehmen des Sektors Bank einschließlich der DZ BANK wider.

Auch der **Portfoliowertberichtigungsbestand** wurde im Geschäftsjahr aufgestockt. Die Erhöhung im **Sektor Bank** betrug insgesamt 92 Mio. € (Vorjahr: Rückgang um 14 Mio. €), wovon 60 Mio. € von der DZ BANK stammen (Vorjahr: Rückgang um 10 Mio. €). Bei der DVB und der TeamBank waren gleichermaßen Anstiege zu verzeichnen, denen ein Rückgang bei der DG HYP gegenüberstand.

Der Bestand an **Rückstellungen für Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien** ist im Geschäftsjahr ebenfalls angestiegen, und zwar sowohl im **Sektor Bank** (um 106 Mio. €; Vorjahr: Rückgang um 19 Mio. €) als auch in der DZ BANK (um 104 Mio. €; Vorjahr: Rückgang um 19 Mio. €).

8.8.2. Kreditrisikovorsorge in Portfolios mit erhöhtem Risikogehalt

Im Geschäftsjahr war eine geringe Rückführung des Einzelrisikovorsorgebestands für die Engagements des Sektors Bank in den **europäischen Peripheriestaaten** zu verzeichnen. Der Anfangsbestand der für die europäischen Peripheriestaaten gebildeten Kreditrisikovorsorge wurde analog dem Vorgehen für das Kreditvolumen um Irland bereinigt. Daher weicht der zum 1. Januar 2016 ausgewiesene Anfangsbestand von dem im Chancen- und Risikobericht 2015 zum 31. Dezember 2015 ausgewiesenen Endbestand ab.

Bei den Portfoliowertberichtigungen war im Berichtsjahr eine Nettoauflösung zu verzeichnen, zu der hauptsächlich die DG HYP beigetragen hat.

Für das **Schiffsfinanzierungsportfolio** der DVB wurden aufgrund der Eintrübung an den internationalen Schifffahrtsmärkten insbesondere in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres die Bestände an Einzelwertberichtigungen um 207 Mio. € und an Portfoliowertberichtigungen um 5 Mio. € erhöht. Dagegen konnten die Einzel- und Portfoliowertberichtigungen für das Schiffsfinanzierungsportfolio der DZ BANK geringfügig zurückgeführt werden.

Die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Kreditrisikovorsorge für Portfolios mit erhöhtem Risikogehalt im Geschäftsjahr und im Vorjahr wird in Abb. 41 (Sektor Bank) und in Abb. 42 (DZ BANK) dargestellt.

8.9. Risikolage

Die Höhe des Kapitalbedarfs für Kreditrisiken wird unter anderem vom Umfang des Kreditvolumens der einzelnen Adressen, den Bonitätseinschätzungen und der Branchenzugehörigkeit der Engagements bestimmt.

Der Risikokapitalbedarf im **Sektor Bank** betrug zum 31. Dezember 2016 4.472 Mio. € (31. Dezember 2015: 3.569 Mio. €). Den Risiken stand eine Verlustobergrenze von 6.606 Mio. € (31. Dezember 2015: 4.860 Mio. €) gegenüber.

Der Anstieg des Risikokapitalbedarfs und der Verlustobergrenze ist im Wesentlichen auf die erstmalige Berücksichtigung der vormaligen WGZ BANK Gruppe zurückzuführen.

Für die DZ BANK wurde zum 31. Dezember 2016 ein Risikokapitalbedarf von 1.577 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.249 Mio. €) gemessen. Dem stand eine Verlustobergrenze von 2.200 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.600 Mio. €) gegenüber. Auch hier sind die höheren Werte im Wesentlichen auf Fusions-effekte zurückzuführen.

Im Laufe des Geschäftsjahres lag der Risikokapitalbedarf sowohl im Sektor Bank als auch in der DZ BANK jederzeit unterhalb der jeweils gültigen Verlustobergrenze.

Abb. 43 stellt den Kreditrisikokapitalbedarf im Zusammenhang mit der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit und dem erwarteten Verlust dar.

Der Risikokapitalbedarf für Kreditportfolios im **Sektor Bank** und in der DZ BANK, die erhöhten Kreditrisiken ausgesetzt waren, geht aus Abb. 44 hervor.

Die im Vorjahresvergleich zu verzeichnende Erhöhung des Risikokapitalbedarfs für Engagements der Unternehmen des Sektors Bank in den **europäischen Peripheriestaaten** um 35 Prozent ist im Wesentlichen auf die erstmalige Berücksichtigung der WL BANK zurückzuführen. Aufgrund der Herausnahme irischer Adressen aus der Betrachtung besonders risikobehafteter Kreditportfolios wurde der im Chancen- und Risikobericht 2015 zum 31. Dezember 2015 ausgewiesene Risikokapitalbedarf für europäische Peripheriestaaten angepasst. Der Risikokapitalbedarf für **Schiffsfinanzierungen** im Sektor Bank stammte im Wesentlichen von der DVB.

ABB. 41 – SEKTOR BANK: KREDITRISIKOVORSORGE FÜR PORTFOLIOS MIT ERHÖHTEM RISIKOGEHALT

	Einzelwertberichtigungen ¹		Portfoliowertberichtigungen		Summe Wertberichtigungen		Rückstellungen für Kreditzusagen ² sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	
	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015
in Mio. €								
Europäisches Peripheriestaaten-Portfolio								
Stand zum 01.01.	13	8	14	20	27	29	–	–
Stand zum 31.12.	10	13	10	14	20	27	–	–
Schiffsfinanzierungsportfolio								
Stand zum 01.01.	327	349	43	39	369	388	2	4
Stand zum 31.12.	510	327	46	43	556	369	–	2

¹ Einschließlich pauschalierter Einzelwertberichtigungen
² Ohne Sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft

ABB. 42 – SEKTOR BANK: KREDITRISIKOVORSORGE FÜR PORTFOLIOS MIT ERHÖHTEM RISIKOGEHALT DER DZ BANK

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Summe Wertberichtigungen		Rückstellungen für Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	
	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015	Geschäftsjahr 2016	Geschäftsjahr 2015
in Mio. €								
Europäische Peripheriestaaten								
Stand zum 01.01.	5	5	3	2	8	7	–	1
Stand zum 31.12.	5	5	2	3	7	8	–	–
Schiffsfinanzierungsportfolio								
Stand zum 01.01.	184	247	20	19	204	266	2	4
Stand zum 31.12.	160	184	18	20	178	204	–	2

ABB. 43 – SEKTOR BANK: BESTIMMUNGSFAKTOREN DES KREDITRISIKOKAPITALBEDARFS

	Durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit				Erwarteter Verlust (in Mio. €)				Risikokapitalbedarf (in Mio. €)			
	Sektor Bank		DZ BANK		Sektor Bank		DZ BANK		Sektor Bank		DZ BANK	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Klassisches Kreditrisiko	0,7 %	0,7 %	0,2 %	0,2 %	503	409	112	104	2.566	2.091	974	811
Emittentenrisiko	0,2 %	0,3 %	0,2 %	0,2 %	70	78	38	32	1.571	1.183	325	238
Wiedereindeckungsrisiko	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	12	10	10	9	335	295	278	200
Summe					585	497	161	145	4.472	3.569	1.577	1.249
Durchschnitt	0,5 %	0,6 %	0,2 %	0,2 %								

■ nicht relevant

ABB. 44 – SEKTOR BANK: KREDITRISIKOKAPITALBEDARF FÜR KREDITPORTFOLIOS MIT ERHÖHEM RISIKOGEHALT

in Mio. €	Sektor Bank		DZ BANK	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
Europäisches Peripheriestaaten-Portfolio	946	701	16	17
Schiffsfinanzierungsportfolio	361	266	58	52

8.10. Fazit und Ausblick

Im Geschäftsjahr wurden alle internen und von der Bankenaufsicht für die Solvabilitätsmeldung zugelassenen **Ratingsysteme** validiert. Für das Geschäftsjahr 2017 plant die DZ BANK den Abschluss der Weiterentwicklungsarbeiten am Projektfinanzierungsratingsystem und die Entwicklung eines sogenannten aufsichtlichen Slotting Approach für Projektfinanzierungen, der ab dem Geschäftsjahr 2020 bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung zum Einsatz kommen soll. Weiterhin sind die aufsichtliche IRB-Prüfung des Ratingsystems für Versicherungsunternehmen und eine Validierung der IRB-Ratingsysteme unter Berücksichtigung der Portfolios der vormaligen WGZ BANK vorgesehen.

Gemäß der EU-Verordnung EMIR wird ab dem 1. März 2017 eine erhöhte umfassende Besicherungspflicht für außerbörsliche Derivategeschäfte bestehen. In diesem Zusammenhang wurde die **Collateral Policy** hinsichtlich einer weiteren Standardisierung von Vertragsparametern überarbeitet. Im Geschäftsjahr wurde die Einführung eines portfoliobasierten Ansatzes zur Messung des Wiedereindeckungsrisikos bei einem Großteil des **Derivateportfolios** konzeptionell weiter vorangetrieben und die Produktivsetzung technisch vorbereitet. Des Weiteren wurde die Anrechnung der **Börsentermingeschäfte** im Eigen- und Kundenkommissionshandel unter den Wiedereindeckungsrisiko-Limiten vervollständigt. Für das Geschäftsjahr 2017 ist insbesondere die **Migration und Integration der Geschäftsbestände** der vormaligen WGZ BANK vorgesehen. Daneben sind weitere Maßnahmen im Rahmen der kontinuierlichen Optimierung der internen **Kreditrisikomessung** geplant.

Die eingeschlagene **risikostrategische Ausrichtung** im Kreditgeschäft der Unternehmen des Sektors Bank wird auch im Geschäftsjahr 2017 weiter fortgesetzt

werden. Dies geht in der DZ BANK mit einer weiteren Forcierung des Verbund- und des weiteren Zielkundengeschäfts einher. Darüber hinaus ist geplant, den Marktanteil im Mittelstandsgeschäft weiter zu erhöhen und die Positionierung in diesem Kundensegment in Deutschland, insbesondere im gehobenen Mittelstand, zu stärken.

Aufgrund der Prognosen für die konjunkturelle Entwicklung ist für das Geschäftsjahr 2017 sowohl für den Sektor Bank als auch für die DZ BANK von einer Zuführung zur **Einzelrisikovorsorge** innerhalb des erwarteten Risikovorsorgeergebnisses auszugehen.

9. Beteiligungsrisiko

9.1. Definition und Ursachen

Unter Beteiligungsrisiko wird die Gefahr von Verlusten aufgrund negativer Wertveränderungen jenes Teils des Beteiligungsportfolios verstanden, bei dem die Risiken nicht im Rahmen anderer Risikoarten berücksichtigt werden.

Im Sektor Bank entstehen Beteiligungsrisiken vor allem bei der DZ BANK, der BSH und der DVB.

Die im Anlagebuch abgebildeten Beteiligungen werden im Wesentlichen aus strategischen Erwägungen gehalten und decken in der Regel Märkte, Marktsegmente oder Wertschöpfungsstufen ab, in denen die Unternehmen des Sektors Bank selbst oder die Genossenschaftsbanken nicht tätig sind. Damit unterstützen diese Beteiligungen Vertriebsaktivitäten der Genossenschaftsbanken oder tragen durch Bündelung von Aufgaben zur Kostenentlastung bei. Die Beteiligungsstrategie wird laufend auf die verbundpolitischen Bedürfnisse ausgerichtet.

9.2. Risikostrategie und Verantwortung

Im Rahmen des Managements von Beteiligungen sind die **risikostrategischen Vorgaben** zu beachten. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Übernahme von Beteiligungsrisiken, gemessen als Risikokapitalbedarf, nur unter Abwägung der damit verbundenen Chancen und lediglich unterhalb der bestehenden Verlustobergrenzen zulässig ist.

Die Entscheidung über das Eingehen oder Auflösen von **Beteiligungspositionen** treffen die Vorstände der Unternehmen des Sektors Bank in Abstimmung mit den zuständigen Gremien.

Für die **Mandatsbetreuung** ist in der DZ BANK der Unternehmensbereich Konzernstrategie und Controlling verantwortlich. In der BSH obliegt diese Aufgabe dem Bereich Auslandsmärkte sowie dem Bereich Controlling und Beteiligungsmanagement. In der DVB ist die Mandatsbetreuung dem Rechnungswesen und der Rechtsabteilung zugeordnet.

Messung und Überwachung von Beteiligungsrisiken sind Aufgaben der jeweiligen Controlling-Einheiten, die den Aufsichtsrat, den Vorstand und die Mandatsbetreuung im Rahmen von vierteljährlichen Berichten über das Ergebnis der quantitativen Messung und der Überwachung der Beteiligungsrisiken informieren.

9.3. Risikomanagement

Die **Geschäfts- oder Firmenwerte** der Beteiligungsunternehmen werden regelmäßig im letzten Quartal eines Geschäftsjahres auf eine mögliche Wertminderung geprüft. Sofern unterjährig Anhaltspunkte für eine mögliche Wertminderung vorliegen, wird der Werthaltigkeitstest auch häufiger durchgeführt. Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wird der Buchwert der Einheiten, die der Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts zugrunde liegen, mit dem Betrag verglichen, der zu diesem Zeitpunkt am Markt erzielt werden könnte.

Seit dem ersten Quartal 2016 wird der Kapitalbedarf für das Beteiligungsrisiko in der DZ BANK auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation bestimmt. Mit diesem Verfahren, das den bisher verwendeten Varianz-Kovarianz-Ansatz ablöst, werden Portfoliokonzentrationen bei Branchen und Einzeladressen durch eine Simulation von branchenweiten und beteiligungsindividuellen Risikofaktoren berücksichtigt.

In der BSH beruht die Risikoermittlung unverändert auf einem Varianz-Kovarianz-Ansatz, wobei der Value-at-Risk mit einer Haltedauer von 1 Jahr gemessen wird.

Risikotreiber sind insbesondere die Marktwerte der Beteiligungen, die Volatilitäten dieser Marktwerte und die Korrelationen zwischen den Marktwerten. Die Marktwertschwankungen werden überwiegend aus börsennotierten Referenzgrößen abgeleitet.

Bei der DVB wird der Kapitalbedarf für Beteiligungsrisiken seit dem zweiten Quartal des Geschäftsjahres nach einem Earnings-at-Risk-Verfahren ermittelt.

Bei der Messung des Beteiligungsrisikos werden neben den nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen auch die vollkonsolidierten Beteiligungsunternehmen betrachtet. Die Beteiligungsbuchwerte der vollkonsolidierten Tochterunternehmen werden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung bei der Konzernabschlussstellung mit dem jeweils anteiligen Eigenkapital verrechnet. Folglich sind die im Konzernanhang angegebenen Beteiligungsbuchwerte erheblich geringer als die zur Risikoermittlung verwendeten Buchwerte.

9.4. Risikofaktoren und Risikolage

Sollte es zukünftig im Rahmen einer Werthaltigkeitsprüfung zu einer signifikanten **Wertminderung** der in der Bilanz ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte der Beteiligungen kommen, kann dies die Vermögens- und Ertragslage der DZ BANK Gruppe beeinträchtigen.

Bei **Minderheitsbeteiligungen** besteht darüber hinaus die Gefahr, dass wesentliche Informationen aufgrund der Minderheitenposition nicht zeitnah zur Verfügung stehen oder beschafft werden können und somit das Abschreibungsrisiko erhöht wird.

Die für die Messung des Beteiligungsrisikos maßgeblichen **Beteiligungsbuchwerte** im Sektor Bank beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 2.786 Mio. € (31. Dezember 2015: 3.235 Mio. €). Der Rückgang ist vor allem durch eine Umstellung der Bewertungsmethode bei der DVB verursacht. Die Beteiligungsbuchwerte der DZ BANK betragen zum 31. Dezember 2016 1.709 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.544 Mio. €).

Der **ökonomische Kapitalbedarf** für Beteiligungsrisiken im Sektor Bank wurde zum Berichtsstichtag mit 1.263 Mio. € gemessen und lag damit über dem entsprechenden Vorjahreswert von 854 Mio. €. Die Verlustobergrenze betrug 1.468 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.081 Mio. €). Der ökonomische Kapitalbedarf für Beteiligungsrisiken der DZ BANK betrug zum 31. Dezember 2016 722 Mio. € (31. Dezember 2015: 439 Mio. €). Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Einführung eines neu entwickelten Risikomessmodells und aus Fusionseffekten. Dem stand zum 31. Dezember 2016 eine Verlustobergrenze von 760 Mio. € (31. Dezember 2015: 440 Mio. €) gegenüber. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden die für die Unternehmen des Sektors Bank einschließlich der DZ BANK geltenden Verlustobergrenzen zu keiner Zeit überschritten.

10. Marktpreisrisiko

10.1. Definition und Ursachen

Das Marktpreisrisiko des Sektors Bank setzt sich aus dem Marktpreisrisiko im engeren Sinne und dem Marktliquiditätsrisiko zusammen.

Das **Marktpreisrisiko im engeren Sinne** – im Folgenden als Marktpreisrisiko bezeichnet – ist die Gefahr von Verlusten aus Finanzinstrumenten oder anderen Vermögenswerten, die durch Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern verursacht werden. Das Marktpreisrisiko untergliedert sich gemäß den zugrunde liegenden Einflussfaktoren im Wesentlichen in Zinsrisiko, Spread- und Migrationsrisiko, Aktienrisiko, Fondspreisrisiko, Währungsrisiko, Rohwarenrisiko und Asset Management-Risiko. Diese Risiken werden durch Veränderungen der Zinsstrukturkurve, der Bonitäts-Spreads, der Wechselkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise verursacht.

Marktpreisrisiken entstehen insbesondere durch die Kundenhandelsaktivitäten der DZ BANK, die Liquiditätsausgleichsfunktion der DZ BANK für die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie durch das Kreditgeschäft, das Immobilienfinanzierungsgeschäft, das Bauspargeschäft, die Kapitalanlagen und die Eigenemissionen der jeweiligen Steuerungseinheiten. Das Spread-Risiko einschließlich des Migrationsrisikos ist die bedeutendste Marktpreisrisikoart im Sektor Bank. Darüber hinaus entstehen Marktpreisrisiken aus den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen direkter Pensionszusagen.

Das **Marktliquiditätsrisiko** ist die Gefahr eines Verlusts, der aufgrund nachteiliger Veränderungen der Marktliquidität – zum Beispiel durch Verschlechterung der Markttiefe oder durch Marktstörungen – eintreten kann. Es führt dazu, dass Vermögenswerte nur mit Abschlägen am Markt liquidiert werden können und ein aktives Risikomanagement nur eingeschränkt möglich ist. Marktliquiditätsrisiken entstehen vor allem aus im Bestand befindlichen Wertpapieren sowie aus Refinanzierungs- und Geldmarktgeschäften.

10.2. Risikostrategie

Für die DZ BANK und ihre Tochterunternehmen des Sektors Bank gelten die folgenden Grundsätze für das Management von Marktpreisrisiken:

- Marktpreisrisiken werden nur in dem Maß eingegangen, wie dies zur Erreichung der geschäftspolitischen Ziele erforderlich ist.
- Die Übernahme von Marktpreisrisiken ist nur unter Abwägung der damit verbundenen Chancen und innerhalb der bestehenden Limite zulässig.
- Gesetzliche, satzungsmäßige oder weitere in der Risikostrategie verankerte Restriktionen, die für einzelne Steuerungseinheiten das Eingehen bestimmter Marktpreisrisikoarten nicht zulassen, werden beachtet.

Die **DZ BANK** ist nach aufsichtsrechtlichen Kategorien ein Handelsbuchinstitut. Sie betreibt Handelstätigkeiten zur Erfüllung ihrer Zentralbankfunktion in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und – auf dieser Basis – als Geschäftsbank für Kunden außerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Für die Genossenschaftliche FinanzGruppe stellt die DZ BANK Anlage- und Risikomanagementprodukte, Plattformen, Research und Know-how zur Verfügung und nimmt die Losgrößentransformation vor. Darüber hinaus sorgt die DZ BANK für den Risikotransfer aus der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und den Liquiditätsausgleich innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Die Handelsstrategie der DZ BANK ist darauf ausgerichtet, Gewinne primär über Kunden- und Strukturierungsmargen zu erzielen.

Offene Marktpreisrisikopositionen, vornehmlich Spread- und Migrationsrisiken, resultieren zum einen aus dem Kundengeschäft und dem Vorhalten von Wertpapierbeständen für das Kundengeschäft. Zum anderen hält die DZ BANK im Rahmen der Limite zentralbankfähige Anleihen in Liquiditätsportfolios zur Unterstützung ihrer Liquiditätssteuerungsfunktion als Zentral- und Geschäftsbank und für die DZ BANK Gruppe. Außerdem hält sie Bestände an Bonds und Kreditderivaten, die der Aussteuerung des Kreditrisikos dienen. Die DZ BANK steuert das Marktpreisrisiko der Kreditgeschäfte und der Eigenemissionen und geht zudem Marktpreisrisiken aus dem Halten von Emissionen der Primärbanken und der Tochterunternehmen ein.

Die Risiken aus den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten direkter Pensionszusagen sind Bestandteil des täglichen Risikomanagementprozesses und werden darüber hinaus regelmäßig durch einen Anlageausschuss der DZ BANK beurteilt. Gegebenenfalls werden Maßnahmen zur Aussteuerung ergriffen. Änderungen von Gesetzgebung, Rechtsprechung und

Rechnungslegung können es erforderlich machen, bestehende Pensionsrückstellungen anzupassen.

In der **BSH** als aufsichtliches Anlagebuchinstitut bestehen Marktpreisrisiken vor allem in Form von Zinsrisiken sowie Spread- und Migrationsrisiken. Beim Zinsrisiko kommt dem Risiko aus dem kollektiven Geschäft besondere Bedeutung zu, da hier gegenüber den Kunden eine verbindliche Zinsgarantie sowohl für die Guthaben- als auch für die Darlehensverzinsung eingegangen wird, deren Inanspruchnahme in der Zukunft liegt. Dieser Geschäftsstruktur wird durch die bausparspezifische Ausprägung der Risikoquantifizierungsmodelle Rechnung getragen. Zur Steuerung des Zinsrisikos aus dem kollektiven Geschäft sowie zur Anlage freier Bauspareinlagen werden Kapitalmarktaktivitäten durchgeführt. Diese umfassen in erster Linie den Erwerb von Wertpapieren. Die **BSH** betreibt keinen Eigenhandel im Sinne der Ausnutzung von kurzfristigen Preisschwankungen. Aus dem Wertpapierbestand entstehen Spread- und Migrationsrisiken.

Die **DG HYP** ist nach aufsichtsrechtlichen Kategorien ebenfalls ein Anlagebuchinstitut. Aufgrund ihres Geschäftsmodells sind für die Marktpreisrisikosteuerung der **DG HYP** Zinsrisiken, Spread- und Migrationsrisiken sowie Währungsrisiken von Relevanz. Dabei ist der Anteil des Währungsrisikos gering, da dieses Risiko im Regelfall weitgehend ausgesteuert wird. Spread- und Migrationsrisiken werden im Rahmen der internen Berichterstattung überwacht. Aufgrund der Einstufung als Anlagebuchinstitut erfolgt kein Eigenhandel im Sinne der Ausnutzung von kurzfristigen Preis- und Kursschwankungen.

Die **DVB** besitzt nach aufsichtsrechtlicher Sicht die Handelsbucheigenschaft, wobei die Handelsbuchpositionen nahezu ohne Bedeutung sind. Sie ist aufgrund ihres Geschäftsmodells insbesondere Zins- und Währungsrisiken sowie in geringem Umfang Aktienrisiken ausgesetzt. Diese Erscheinungsformen des Marktpreisrisikos entstehen vorrangig aus dem Kunden- und dem Refinanzierungsgeschäft. Darüber hinaus unterliegt die **DVB** geringfügigen Spread- und Migrationsrisiken, die in erster Linie aus dem Halten von Wertpapieren zur Liquiditätssteuerung resultieren. Eigenhandel zur Erzielung von Gewinnen aus kurzfristigen Preis- und Kursschwankungen wird von der **DVB** nicht betrieben.

Zur Anlage eigener Mittel erwerben sowohl die Tochterunternehmen der **UMH** als auch diese selbst eigene Investmentfonds. Auch im Rahmen der Erstdotierung

von Sondervermögen übernehmen die **UMH** und ihre Tochterunternehmen Anteile an eigenen neu aufgelegten Fonds. Dabei ist die Erzielung von kurzfristigen Eigenhandelserfolgen nicht beabsichtigt. Zudem erfolgt die Anlage verpfändeter Mitarbeiteranlagen in Union Investment-Fonds zur Deckung von Pensionszusagen. Eine Zerlegung des Fondspreisrisikos in weitere Unterarten des Marktpreisrisikos wird im Rahmen der Steuerung nicht vorgenommen.

Des Weiteren ist die **UMH** dem Asset Management-Risiko ausgesetzt. Dieses Risiko resultiert aus der Übernahme von Nachschusspflichten bei Garantieprodukten. Die Nachschusspflichten entstehen aufgrund vertraglich vereinbarter Wertuntergrenzen, bei deren Unterschreitung zum Zeitpunkt der Fälligkeit eine Zahlungspflicht des Fondsanbieters ausgelöst wird.

Zinsrisiken entstehen im Zusammenhang mit der Bewertung von Pensionsverpflichtungen.

Darüber hinaus existierten bei der **UMH** und ihren ausländischen Tochterunternehmen in geringem Umfang auch Währungsrisiken, die hauptsächlich aus Positionen zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs und zur Sicherstellung der Liquidität resultieren.

Die **WL BANK** ist aus aufsichtsrechtlicher Sicht ein Anlagebuchinstitut. Aufgrund der geschäftsstrategischen Ausrichtung bestehen Marktpreisrisiken vor allem in Form von Zinsrisiken sowie von Spread- und Migrationsrisiken. Die Zinsrisiken entstehen im Wesentlichen durch eingegangene vorübergehende beziehungsweise dauerhafte Inkongruenzen bei den Zinsbindungsfristen der zinstragenden Geschäfte. Sie werden durch Limitvorgaben begrenzt und eng überwacht. Spread- und Migrationsrisiken werden im Rahmen des internen Berichtswesens überwacht. Mit Währungsrisiken behaftete Geschäfte werden durch gegenläufige Geschäfte eliminiert. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die **WL BANK** keinen Eigenhandel im Sinne der Ausnutzung kurzfristiger Preis- und Kursschwankungen.

10.3. Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen

10.3.1. Organisation und Verantwortung

In der **DZ BANK** als Handelsbuchinstitut wird das Marktpreisrisiko grundsätzlich dezentral nach Portfolios gesteuert, wobei die für die Steuerung der jeweiligen Portfolios zuständigen Händler die Verantwortung für Risiko und Performance tragen.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken der **BSH** wird auf Ebene der Gesamtbank und ausschließlich im Rahmen des Anlagebuchs vorgenommen. Das Marktpreisrisiko der **DG HYP**, der **DVB** und der **UMH** wird jeweils zentral durch spezialisierte Ausschüsse gesteuert. Die Ausschüsse geben auf Basis der Berichterstattung über das Marktpreisrisiko die Leitlinien für die Treasury-Aktivitäten vor. Die operative Umsetzung der Gremienbeschlüsse erfolgt durch das Portfoliomanagement beziehungsweise die Treasuries der Unternehmen. Das Marktpreisrisiko der **WL BANK** wird innerhalb der vom Vorstand der **WL BANK** beschlossenen Limitvorgabe durch das Pfandbrief-treasury weitgehend gesteuert.

10.3.2. Risikoberichtswesen

Die Kennzahlen des Marktpreisrisikos werden auf **Sektorebene** dem Group Risk and Finance Committee innerhalb des Gesamtrisikoberichts der **DZ BANK** Gruppe berichtet. Limitüberschreitungen auf der Ebene der Steuerungseinheiten werden im Rahmen eines Ad-hoc-Berichtswesens an die **DZ BANK** gemeldet.

In der **DZ BANK**, der **BSH**, der **DG HYP**, der **DVB** und der **WL BANK** informiert das Risikocontrolling im Rahmen der internen Berichterstattung sowohl die für die Risikosteuerung und das Risikocontrolling verantwortlichen Mitglieder der Geschäftsleitung als auch die Portfoliomanager auf täglicher, wöchentlicher oder monatlicher Basis über das Marktpreisrisiko. Die **UMH** ermittelt das Risiko aus den Eigenanlagen zweimal monatlich und informiert auf dieser Basis ihren Vorstand und das für die Steuerung der Eigenanlagen verantwortliche Gremium.

10.4. Risikomanagement

10.4.1. Weiterentwicklung der Portfoliostruktur

Zum 1. Januar 2016 wurde die bisherige Differenzierung des für die kurzfristige Risikosteuerung verwendeten Value-at-Risk nach Handelsbereichen und Nichthandelsportfolios durch eine Separation nach Handelsportfolios und Nichthandelsportfolios ersetzt. Unter dem Begriff **Handelsportfolios** werden nunmehr die den kapitalmarktnahen Handelseinheiten der **DZ BANK** zugeordneten Handels- und Anlagebücher subsumiert. Er unterscheidet sich von der zuvor verwendeten Bezeichnung Handelsbereiche insofern, als diese auch Teile der Portfolios des Treasurys umfasste.

Unter die **Nichthandelsportfolios** fallen in der neuen Abgrenzung unverändert sämtliche verbleibenden

Portfolios der **DZ BANK** sowie die Portfolios der weiteren Steuerungseinheiten innerhalb des Sektors Bank. Neu hinzugekommen sind die nicht zu den Handelsportfolios gehörenden Teile der Treasury-Portfolios. Darüber hinaus werden die aus nicht ausgelagerten Pensionsplänen resultierenden Planvermögen und leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen den Nicht-handelsportfolios zugeordnet.

10.4.2. Marktpreisrisikomessung

Messung des Marktpreisrisikos im engeren Sinne

Die **DZ BANK**, die **BSH**, die **DG HYP**, die **DVB**, die **UMH** und die **WL BANK** ermitteln das Marktpreisrisiko in der kurzfristigen (operativen) Sicht nach den Verfahren des **Value-at-Risk**.

Der Value-at-Risk ist eine Kennziffer, die beschreibt, welcher Verlust mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) und innerhalb einer bestimmten Haltedauer der Positionen bei normalen Marktbedingungen höchstens erwartet wird. Das Modell bildet nicht das maximal mögliche Verlustpotenzial ab, das bei extremen Marktsituationen auftreten kann, sondern legt historisch über Zeiträume von 250 Handelstagen (**DZ BANK**, **DG HYP**, **WL BANK**), 1.500 Handelstagen (**BSH**), 256 Handelstagen (**DVB**) beziehungsweise 1 Jahr (Eigenanlagen der **UMH**) beobachtete Marktszenarien zugrunde.

Die **DZ BANK**, die **BSH**, die **DVB** und die **DG HYP** erzeugen Marktszenarien auf Basis einer **historischen Simulation**. Dabei werden Haltedauern von 1 Tag beziehungsweise 10 Tagen verwendet.

Zur Ermittlung des Marktpreisrisikos aus ihren Eigenanlagen verwendet die **UMH** das Verfahren der **Monte-Carlo-Simulation**, wobei eine Durchschau auf die in den Fonds enthaltenen Einzeltitel stattfindet. Bei der Quantifizierung des Asset Management-Risikos wird für die Mehrzahl der Produkttypen ebenfalls dieses Messverfahren eingesetzt. Die Risikomessung beruht dabei jeweils auf einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einer Haltedauer von 1 Jahr.

Für die **DZ BANK**, die **BSH**, die **DG HYP**, die **DVB** und die **WL BANK** werden ein Gesamt-Value-at-Risk und gegebenenfalls jeweils ein Value-at-Risk für die Risikoarten Zins, Spread, Aktien, Währung und Rohwaren, getrennt nach Handelsportfolios und Nichthandelsportfolios, ermittelt. In dem Value-at-Risk der Nichthandelsportfolios ist das Risiko des

Anlagebuchs enthalten. Für die Eigenanlagen der **UMH** wird ein Gesamt-Value-at-Risk ermittelt. Zur Ermittlung von Risikowerten auf Ebene des Sektors Bank setzt die DZ BANK zudem ein zentrales, sektorweites Risikomodell ein, mit dem das Marktpreisrisiko des Sektors Bank unter Berücksichtigung von Konzentrations- und Diversifikationseffekten quantifiziert wird.

Zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos in einer längerfristigen (strategischen) Sicht berechnen die Kreditinstitute des Sektors Bank regelmäßig den **Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken** und stellen ihn der zugehörigen Verlustobergrenze gegenüber.

Die Risikomessungen in der operativen und der strategischen Sicht sind in den Kreditinstituten des Sektors Bank durch ein konsistentes **Limitsystem** miteinander verbunden. Im Unterschied dazu wird das Marktpreisrisiko der UMH unmittelbar auf Ebene des Risikokapitalbedarfs gesteuert. Ein Limitsystem zur Verbindung von operativer und strategischer Sichtweise ist daher nicht erforderlich.

Anpassung der Messung von Risiken aus Pensionszusagen
Mit der im Abschnitt 10.4.1. dargestellten Portfolioumgliederung ging eine Weiterentwicklung der Messung von Risiken aus Pensionszusagen im Sektor Bank einher. Die Marktpreisrisiken aus den **Pensionsverpflichtungen** werden nunmehr im Rahmen der täglichen Risikomessung der Nichthandelsportfolios berücksichtigt. Bis Mitte Juni 2016 wurden diese Risiken teilweise pauschal mit einem Kapitalpuffer unterlegt.

In der DZ BANK wurde zudem die Abbildung der den Pensionsverpflichtungen gegenüberstehenden Mittelanlagen weiterentwickelt. Diese als Fonds gehaltenen **Planvermögen** wurden bisher als Preisänderungsrisiko für Fonds beziehungsweise Aktien abgebildet. Für die Risikorechnung erfolgt nunmehr eine Zerlegung auf die Assetklassen des Fonds (Zinsen, Spreads, Aktien und Währungen). Da der Fonds einen nur geringen Aktienanteil aufweist, führt dies zu einer deutlichen Senkung des in der Kategorie Aktien ausgewiesenen Risikos.

Messung des Marktliquiditätsrisikos

Im **Sektor Bank** und in der **DZ BANK** werden Marktliquiditätseffekte bei der Ableitung des Risikokapitalbedarfs für Spread- und Migrationsrisiken zentral berücksichtigt.

Darüber hinaus wird das mit Zinsrisiken, Aktienrisiken, Fondspreisrisiken, Währungsrisiken, Rohwarenrisiken und Asset Management-Risiken verbundene Marktliquiditätsrisiko in Form von speziellen Stressszenarien bei der Ermittlung des Risikokapitalbedarfs für Marktpreisrisiken gemessen. Der in diesen Stressszenarien ermittelte ökonomische Kapitalbedarf wird der verfügbaren Deckungsmasse gegenübergestellt, um eine Aussage über die Kapitaladäquanz in Phasen einer nachteiligen Veränderung der Marktliquidität zu erhalten.

10.4.3. Backtesting und Stresstests

Die in den Unternehmen des Sektors Bank zur Quantifizierung des kontinuierlichen Marktpreisrisikos eingesetzten Verfahren unterliegen einem **Backtesting**, das dazu dient, die Prognosegüte dieser Verfahren zu überprüfen. Hierbei werden üblicherweise die handelsmäßigen Portfoliowertänderungen mit dem anhand der Risikomodellierung errechneten Value-at-Risk verglichen.

Risiken aus extremen Marktsituationen werden vor allem im Rahmen von **Stresstests** erfasst. Die den Stresstests zugrunde liegenden Krisenszenarien beinhalten die Simulation von großen Schwankungen der Risikofaktoren und dienen dem Aufzeigen von Verlustpotenzialen, die im Allgemeinen nicht über den Value-at-Risk erfasst werden. Im Rahmen der Stresstests werden sowohl tatsächlich in der Vergangenheit aufgetretene extreme Marktbewegungen als auch Krisenszenarien unterstellt, die – unabhängig von der Marktdatenhistorie – als ökonomisch relevant eingeschätzt werden. Die hierbei verwendeten Krisenszenarien werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Als wesentliche Risikofaktoren werden hierbei Zins-, Spread-, Migrations-, Aktien-, Währungs- und Rohwarenrisiken betrachtet.

10.4.4. Limitsteuerung von Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird in der **DZ BANK**, der **BSH** und der **DG HYP** über ein der Portfoliostruktur entsprechendes Limitsystem gesteuert, durch das neben dem eingegangenen Risiko in Teilen der Gruppe auch im Geschäftsjahresverlauf eventuell auftretende Verluste begrenzt werden.

Innerhalb der Handelsbereiche der **DZ BANK** und im Treasury der **DG HYP** wird die auf dem Value-at-Risk basierende Risikosteuerung durch eine an Sensitivitäten und Szenarien orientierte Limitierung sowie durch Stresstestlimite unterstützt. In der **DG HYP**

findet eine Limitierung auf Basis des Value-at-Risk und von Sensitivitäten durch das Treasury statt.

Sowohl die DVB als auch die UMH verfügen über eine auf dem Value-at-Risk beziehungsweise Risikokapitalbedarf basierende Limitierung auf oberster Portfolioebene.

Die WL BANK steuert die Zinsrisiken sowie die Spread- und Migrationsrisiken auf Gesamtbankebene im Rahmen der sektorbezogenen Limitvorgaben der DZ BANK.

10.4.5. Minderung von Marktpreisrisiken

Absicherung von Marktpreisrisiken

Im Rahmen der dezentralen Portfoliosteuerung wird die Absicherung der Marktpreisrisiken in der DZ BANK durch die Portfolioverantwortlichen vorgenommen. In der DG HYP ist das Treasury für die Absicherung verantwortlich. In der WL BANK liegt diese Zuständigkeit beim Pfandbrieftreasury. Dort werden Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch den Einsatz von außerbörslichen Geschäften mit geeigneten Kontrahenten abgesichert.

Zur Absicherung werden in der DZ BANK entweder interne Geschäfte mit dem jeweils produktzuständigen Handelsbereich, dem der Marktauftritt obliegt, oder externe börsliche und außerbörsliche Geschäfte abgeschlossen.

Die DG HYP setzt zur Absicherung ausschließlich unternehmensexterne börsliche und außerbörsliche Geschäfte ein, wobei die außerbörsliche Absicherung überwiegend mit Kontrahenten innerhalb des Sektors Bank erfolgt.

In der BSH werden Marktpreisrisiken über außerbörsliche Geschäfte im Rahmen von Beschlüssen des Asset Liability Committee gesteuert.

In der DVB werden Marktpreisrisiken durch den Einsatz von außerbörslichen Zins- und Währungsderivaten vom Treasury abgesichert.

Sofern Maßnahmen zur Reduzierung des aus den Eigenanlagen der UMH resultierenden Marktpreisrisikos erforderlich sind, wird die Zusammensetzung der in den Eigenanlagen enthaltenen Fondspositionen unmittelbar angepasst. Aus diesem Grund bestehen bei der UMH ausschließlich Fondspreisrisiken.

Wirksamkeit von Sicherungsbeziehungen

Die Marktpreisrisikomessung der DZ BANK basiert auf der Einbeziehung der marktpreisrisikobehafteten Einzelpositionen. Grundsätzlich entfällt daher eine Überwachung der ökonomischen Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen.

In der DG HYP wird die Wirksamkeit der getroffenen Sicherungsmaßnahmen auf täglicher Basis sowohl bezüglich des Risikos als auch der Performance überprüft und berichtet. Berichtsgegenstand ist dabei jeweils das Gesamtbuch der DG HYP. Zur Minderung von Marktpreisrisiken werden Derivate in unterschiedlichen Ausprägungen verwendet. Dabei handelt es sich überwiegend um Plain-Vanilla-Produkte.

In der DVB werden Zinsrisiken durch den Einsatz von Zinsswaps ausgeschlossen. Die Sicherung von Währungsrisiken erfolgt durch den Einsatz von Devisenswaps und Cross Currency Swaps, wobei grundsätzlich eine geschlossene Währungsposition angestrebt wird.

Die Marktpreisrisikomessung in der WL BANK erfolgt im Bereich Finanzen, der täglich über den Value-at-Risk des Gesamtzinsbuchs berichtet. Die Absicherung erfolgt überwiegend durch den Abschluss von Zinsderivaten.

10.4.6. Management der Marktpreisrisikoarten

Management von Zinsrisiken

In der DZ BANK entstehen Zinsrisiken aus dem Kundenhandelsgeschäft mit zinsreagiblen Produkten, aus der Strukturierung von Eigenemissionen im Kundenhandelsgeschäft und aus Positionen im Zusammenhang mit der Liquiditätssteuerung. Die Risiken im Kundenhandelsgeschäft werden im Rahmen der gesetzten Limite dynamisch abgesichert und die Risiken aus der Liquiditätssteuerung werden grundsätzlich minimiert. Zinsrisiken resultieren in der DZ BANK zudem aus den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen direkter Pensionszusagen.

Für die BSH ergibt sich ein besonderes Zinsrisiko aus dem kollektiven Geschäft, da hier gegenüber den Kunden eine verbindliche Zinsgarantie sowohl für die Guthaben- als auch für die Darlehensverzinsung eingegangen wird, deren mögliche Inanspruchnahme in der Zukunft liegt. Bei der Zinsrisikomessung der BSH wird mit einem auf Verhaltensparametern der Bauparer basierenden Simulationsmodell die Entwicklung

der kollektiven Bestände unter Berücksichtigung des geplanten Neugeschäfts und der verschiedenen Kundenoptionen prognostiziert.

Bei der **DG HYP** entstehen Zinsrisiken im Wesentlichen aus den Pfandbrief-Deckungsstöcken und den Refinanzierungsgeschäften. Diese Risiken werden regelmäßig durch Absicherungsgeschäfte ausgesteuert.

Zinsrisiken entstehen bei der **DVB** im Wesentlichen aus dem Kundengeschäft, dem Erwerb von Wertpapieren für das Liquiditätsportfolio und aus Refinanzierungsgeschäften. Diese Risiken werden grundsätzlich ausgesteuert.

Management von Spread- und Migrationsrisiken

Spread- und Migrationsrisiken von sämtlichen mit Bonitäts-Spread-Risiken behafteten Finanzinstrumenten sind Teil des Risikokapitalmanagements. Um eine effektive Steuerung des Risikokapitals für diese beiden Erscheinungsformen des Marktpreisrisikos sicherzustellen, wurden hierfür eine Verlustobergrenze und operative Limite sowie ein diesbezüglicher Überwachungsprozess eingeführt.

In der **DZ BANK** entstehen Spread- und Migrationsrisiken aus dem Vorhalten von Wertpapierbeständen für das Kundengeschäft, aus Eigenemissionen im Kundenhandelsgeschäft und aus der Liquiditätssteuerungsfunktion für den Sektor Bank. Die im Kundenhandelsgeschäft eingegangenen Risiken werden aktiv gesteuert. In der Liquiditätssteuerung werden die Risiken tendenziell auf das notwendige Volumen beschränkt, das sich aus den Aufgaben als Zentralbank und der Liquiditätssteuerungsfunktion ergibt.

Spread- und Migrationsrisiken entstehen in der **BSH** aus der Anlage von freien Bauspareinlagen in Wertpapieren. Die daraus resultierenden Risiken werden im Rahmen einer konservativen Anlagepolitik gesteuert.

Die Spread- und Migrationsrisiken der **DG HYP** resultieren im Wesentlichen aus dem Halten von Wertpapieren für die Pfandbrief-Deckungsstöcke. Die Risiken sind Gegenstand einer aktiven internen Berichterstattung und werden auf Tagesbasis überwacht. Migrationsrisiken sind in die tägliche Überwachung nicht einbezogen. Seit der Umstellung des Geschäftsmodells der **DG HYP** werden neue Spread- und Migrationsrisiken nicht beziehungsweise nur im Rahmen der Erfordernisse der Deckungsstocksteuerung eingegangen.

Spread- und Migrationsrisiken entstehen in der **DVB** aus dem Halten von Wertpapieren im Liquiditätsportfolio.

In der **WL BANK** entstehen Spread- und Migrationsrisiken aus dem Halten von Wertpapieren für die Pfandbrief-Deckungsstöcke und zu Liquiditätszwecken. Die Überwachung der aus diesen Positionen resultierenden Risiken ist Bestandteil der regelmäßigen Risikoüberwachung.

Management von Aktienrisiken

Aktienrisiken haben für die **DZ BANK** nur eine untergeordnete Bedeutung. Sie entstehen im Wesentlichen aus Kundengeschäften in den Produkten Aktien, Derivate auf Aktien und Aktienindizes, Investmentfonds und Alternative Investments, Optionsscheine und Zertifikate. Sie werden durch den Einsatz von Aktien, Börsentermingeschäften (Futures, Optionen) und OTC-Derivaten gesteuert.

Aktienrisiken entstehen in der **DVB** in erster Linie aus den im Bestand befindlichen eigenen Aktien. Das Risiko ist von untergeordneter Bedeutung.

Management von Fondspreisrisiken

Fondspreisrisiken entstehen in der **DZ BANK** im Wesentlichen aus dem Kundengeschäft. Darüber hinaus werden Fonds zur Bedeckung von Pensionsverpflichtungen verwendet, die allerdings für Zwecke der Risikorechnung in ihre Konstituenten zerlegt und damit nicht mehr als Fondspositionen behandelt werden. Die für die Konstituenten ermittelten Risiken werden aktiv im Rahmen der bestehenden Limite gesteuert.

Die Fondspreisrisiken der **BSH** resultieren aus der Anlage freier Bauspareinlagen in Spezialfonds. Darüber hinaus bestehen Fonds zur Bedeckung von Pensionsverpflichtungen. In beiden Fällen werden die Fonds für die Risikomessung in ihre Konstituenten zerlegt und nicht als Fondspositionen behandelt. Die ermittelten Risiken werden analog den anderen Risikoarten im Rahmen der bestehenden Limite gesteuert.

In der **UMH** entstehen Fondspreisrisiken aus der Anlage der eigenen Mittel in Sondervermögen und aus der Anlage von verpfändeten Mitarbeiteranlagen zur Deckung von Pensionszusagen. Während zur Messung des Marktpreisrisikos der gehaltenen Sondervermögen eine Durchschau auf Einzeltitelebene vorgenommen wird, erfolgt die Risikosteuerung der Eigenanlagen auf Fondsebene. Aus diesem Grund

wird für die UMH ausschließlich ein Fondspreisrisiko ausgewiesen. Die Steuerung des Fondspreisrisikos berücksichtigt insbesondere die Liquiditätsanforderungen der Tochterunternehmen der UMH sowie das Erfordernis zur Übernahme von Fondsanteilen im Rahmen der Erstdotation von Sondervermögen. Zudem werden Vorgaben aus einer konservativen Anlagepolitik beachtet.

Management von Währungsrisiken

Währungsrisiken treten in der DZ BANK in geringem Maße vor allem im Zusammenhang mit Zinsprodukten in fremder Währung und im Rahmen des Kundengeschäfts mit Devisenprodukten und Derivaten auf. Das Währungsrisiko wird im Wesentlichen ausgesteuert. Grundsätzlich werden keine bedeutsamen offenen Devisenpositionen gehalten.

In der BSH entstehen Währungsrisiken hauptsächlich aus Kapitaltransfers zwischen der BSH und Tochterunternehmen im Fremdwährungsland. Diese Risiken sind nicht wesentlich und werden gegebenenfalls durch Absicherungsgeschäfte ausgesteuert.

Das aus dem Kundengeschäft der DG HYP resultierende Währungsrisiko ist von untergeordneter Bedeutung und wird im Regelfall vollständig ausgesteuert.

Währungsrisiken ergeben sich in der DVB im Wesentlichen aus Kunden- und Refinanzierungsgeschäften in Fremdwährung. Sie werden grundsätzlich ausgesteuert.

Die mit Währungsrisiken behafteten Geschäfte der WL BANK sind von untergeordneter Bedeutung und werden grundsätzlich durch das Abschließen gegenläufiger Geschäfte eliminiert.

Management von Rohwarenrisiken

In der DZ BANK entstehen geringe Rohwarenrisiken aus dem Kundengeschäft mit Rohwaren-Derivaten. Die Positionen werden im Wesentlichen abgesichert oder durch direkte und vollständige Weitergabe an externe Kontrahenten über Back-to-Back-Geschäfte geschlossen.

Management von Asset Management-Risiken

Asset Management-Risiken entstehen durch Mindestzahlungszusagen der UMH beziehungsweise ihrer Tochterunternehmen bei Garantierprodukten. Die Risiken aus diesen Garantierprodukten unterliegen einer konservativen Steuerung.

Die Neuauflage von Garantierprodukten erfolgt gemäß den für die UMH geltenden Rahmenvorgaben der mittelfristigen Planung unter Berücksichtigung von Risikokapitalbedarf und verfügbarer Risikodeckungsmasse. Vor einer Auflage neuer Produkte werden die damit verbundenen Risiken analysiert und beurteilt. Während der Produktlaufzeit soll auf Einzelproduktebene eine Unterschreitung des Garantiewerts durch produktimmanente Steuerungsmechanismen vermieden werden.

Die Asset Management-Risiken sind Gegenstand einer gesonderten internen Berichterstattung und werden regelmäßig auf Ebene der Einzelprodukte von der UMH überwacht.

10.5. Risikofaktoren

Bonitäts-Spreads

Im Verlauf des Geschäftsjahres haben sich die Bonitätsaufschläge für Bank- und Unternehmensanleihen teilweise deutlich vermindert. Insbesondere bei Staatsanleihen und bei Unternehmensanleihen guter Bonität kam es zu sichtbaren Einengungen des Bonitäts-Spreads. Diese Entwicklung ging mit einem entsprechenden Anstieg der Marktwerte von Anleihen einher.

Sollten sich die Bonitäts-Spreads für Bank- und Unternehmensanleihen oder andere Anlagen, insbesondere Staatsanleihen, erneut ausweiten, würde dies zu einem Rückgang der Marktwerte führen. Solche Barwertverluste können temporäre oder dauerhafte Ergebnisbelastungen für die Unternehmen des Sektors Bank zur Folge haben.

Marktliquidität

Ein marktweiter Liquiditätsengpass kann die Geschäftsaktivitäten und damit die Vermögens- und Ertragslage der DZ BANK Gruppe beeinträchtigen. Einschränkungen der Marktliquidität treten insbesondere in gestressten Marktsituationen wie zum Beispiel während der Finanzkrise auf.

10.6. Risikolage

10.6.1. Risikokapitalbedarf

Der zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit verwendete Risikokapitalbedarf für Marktpreisrisiken belief sich für den Sektor Bank zum 31. Dezember 2016 auf 4.347 Mio. € (31. Dezember 2015: 3.204 Mio. €) bei einer Verlustobergrenze von 7.582 Mio. € (31. Dezember 2015: 5.830 Mio. €). Der Anstieg des

Risikokapitalbedarfs ist im Wesentlichen auf Fusionseffekte und auf die Übertragung von Risikopositionen vom Kapitalpuffer in die reguläre Marktpreisrisikoermittlung zurückzuführen.

Im Risikokapitalbedarf des Sektors Bank ist das **Asset Management-Risiko** enthalten. Das Asset Management-Risiko für Garantiefonds wurde zum 31. Dezember 2016 mit 50 Mio. € (31. Dezember 2015: 60 Mio. €) gemessen. Das Asset Management-Risiko für die UniProfiRente betrug zum Berichtsstichtag 28 Mio. € (31. Dezember 2015: 30 Mio. €).

Der Risikokapitalbedarf für Marktpreisrisiken der **DZ BANK** betrug zum 31. Dezember 2016 1.200 Mio. € (31. Dezember 2015: 752 Mio. €) bei einer Verlustobergrenze von 2.400 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.300 Mio. €). Die **DZ BANK** ist keinem Asset Management-Risiko ausgesetzt.

Der Risikokapitalbedarf lag sowohl auf Ebene des Sektors Bank als auch bei der **DZ BANK** zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres unterhalb der Verlustobergrenze.

10.6.2. Value-at-Risk

Die Entwicklung des Value-at-Risk der Handels- und der Nichthandelsportfolios sowie des Gesamtrisikos des Sektors Bank im Geschäftsjahr geht aus Abb. 45 hervor.

Ergänzend veranschaulicht Abb. 46 die handelstägliche Risikoentwicklung und die Ergebnisse des handelstäglich durchgeführten Backtestings für die Handelsportfolios.

Die Handelsportfolios des Sektors Bank bestehen ausschließlich aus den Handelsportfolios der **DZ BANK**. Daher entsprechen die diesbezüglichen Werte des Sektors Bank denen der **DZ BANK**.

Das **Gesamtrisiko** des Sektors Bank belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 119 Mio. € (31. Dezember 2015: 105 Mio. €). Für die **DZ BANK** wurde zum 31. Dezember 2016 ein Gesamtrisiko in Höhe von 33 Mio. € (31. Dezember 2015: 29 Mio. €) ermittelt. Damit stieg das Risiko trotz der Integration der vormaligen **WGZ BANK** und der **WL BANK** in das Risikomodell nur geringfügig an. Der Grund hierfür sind insbesondere rückläufige Volatilitäten in einem insgesamt stabilen Marktumfeld.

Der Value-at-Risk für die **Handelsportfolios** des Sektors Bank betrug zum 31. Dezember 2016 4 Mio. € (31. Dezember 2015: 27 Mio. €). Die erhebliche Verminderung des ausgewiesenen Risikos ist auf die Neueinteilung in Handels- und Nichthandelsportfolios und die damit verbundene Zuordnung von Teilen der Treasury-Portfolios zu den Nichthandelsportfolios zurückzuführen. Ohne die Anpassung in der Zuordnung wäre das Risiko der Handelsportfolios im Jahresverlauf nahezu unverändert geblieben.

Im Geschäftsjahr haben die hypothetischen Wertveränderungen den prognostizierten Risikowert an einem Handelstag überschritten.

Für die **Nichthandelsportfolios** des Sektors Bank wurde zum 31. Dezember 2016 ein Value-at-Risk von 119 Mio. € (31. Dezember 2015: 75 Mio. €) ermittelt. Der Risikoanstieg ist im Sektor Bank maßgeblich auf die Integration der **WL BANK** in das Risikomodell zurückzuführen. Darüber hinaus trugen die Weiterentwicklung der Portfoliostruktur und die erstmalige Abbildung von Pensionsverpflichtungen zum Risikoanstieg bei.

Das Risiko der Nichthandelsportfolios der **DZ BANK** stieg im Geschäftsjahresverlauf von 13 Mio. € auf 32 Mio. € an. Wesentlicher Grund ist die erstmalige Abbildung von Pensionspassiva im Risikomodell Mitte Juni 2016 sowie die Neuordnung von Teilen des Treasuries zu dieser Portfoliogruppe. Die sichtbare Erhöhung des Zinsrisikos auf 17 Mio. € zum 31. Dezember 2016 ist ebenfalls auf die Integration der Pensionsverpflichtungen zurückzuführen.

Gleichzeitig mit der Aufnahme der Pensionsverpflichtungen in die Risikomessung wurden die Planvermögen nicht mehr als Fonds ohne Durchschau, sondern mittels Zerlegung auf die Fondskonstituenten in das Modell integriert. Dies führte zu einem Rückgang des Aktienrisikos der **DZ BANK**.

10.7. Fazit und Ausblick

Im Geschäftsjahr hat die **DZ BANK** die Integrationstiefe der Marktpreisrisikomessung und -steuerung in den Steuerungseinheiten des Sektors Bank weiter erhöht. Hierzu zählt insbesondere der weitere Ausbau des sektorweiten Marktpreisrisikomodells.

Der Schwerpunkt des Handelsgeschäfts der **DZ BANK** wird im Geschäftsjahr 2017 wie in den Jahren zuvor auf dem Kundengeschäft liegen.

ABB. 45 – SEKTOR BANK: VALUE-AT-RISK DES MARKTPREISRISIKOS NACH HANDELSPORTFOLIOS UND NICHTHANDELSPORTFOLIOS^{1,2}

in Mio. €	Zinsrisiko		Spread-Risiko		Aktienrisiko ³		Währungsrisiko		Rohwarenrisiko		Diversifikationseffekt ⁴		Summe	
	Sektor Bank	DZ BANK	Sektor Bank	DZ BANK	Sektor Bank	DZ BANK	Sektor Bank	DZ BANK	Sektor Bank	DZ BANK	Sektor Bank	DZ BANK	Sektor Bank	DZ BANK
Gesamtrisiko⁵														
31.12.2016	18	17	108	20	7	3	2	4	-	-	-15	-12	119	33
31.12.2015	12	6	99	28	14	9	1	4	-	-	-22	-18	105	29
Handelsportfolios														
31.12.2016	2	2	4	4	1	1	1	1	-	-	-4	-4	4	4
Durchschnitt	3	3	4	4	1	1	1	1	-	-	-4	-4	4	4
Maximum	5	5	5	5	1	1	2	2	-	-	-4	-4	5	5
Minimum	2	2	3	3	-	-	-	-	-	-	-5	-5	3	3
31.12.2015	4	4	26	26	1	1	2	2	-	-	-7	-7	27	27
Nichthandelsportfolios														
31.12.2016	19	17	104	17	7	3	2	4	-	-	-13	-9	119	32
Durchschnitt	23	13	99	24	11	6	2	5	-	-	-26	-14	108	33
Maximum	44	21	124	27	15	11	3	6	-	-	-13	-9	140	42
Minimum	12	3	75	17	7	3	1	3	-	-	-42	-17	69	23
31.12.2015	11	3	68	3	14	9	1	2	-	-	-20	-4	75	13

1 Value-at-Risk bei 99,00 Prozent Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, 1 Jahr Beobachtungszeitraum auf Basis eines zentralen Marktpreisrisikomodells für den Sektor Bank. Die Risiken wurden unter vollumfänglicher Beachtung von Konzentrations- und Diversifikationseffekten ermittelt.

2 Die Angaben zum Minimum und Maximum können für die verschiedenen Unterarten des Marktpreisrisikos von unterschiedlichen Zeitpunkten aus der Berichtsperiode stammen. Sie lassen sich daher mit dem Diversifikationseffekt nicht additiv zum Minimum oder Maximum des Gesamtrisikos zusammenfassen.

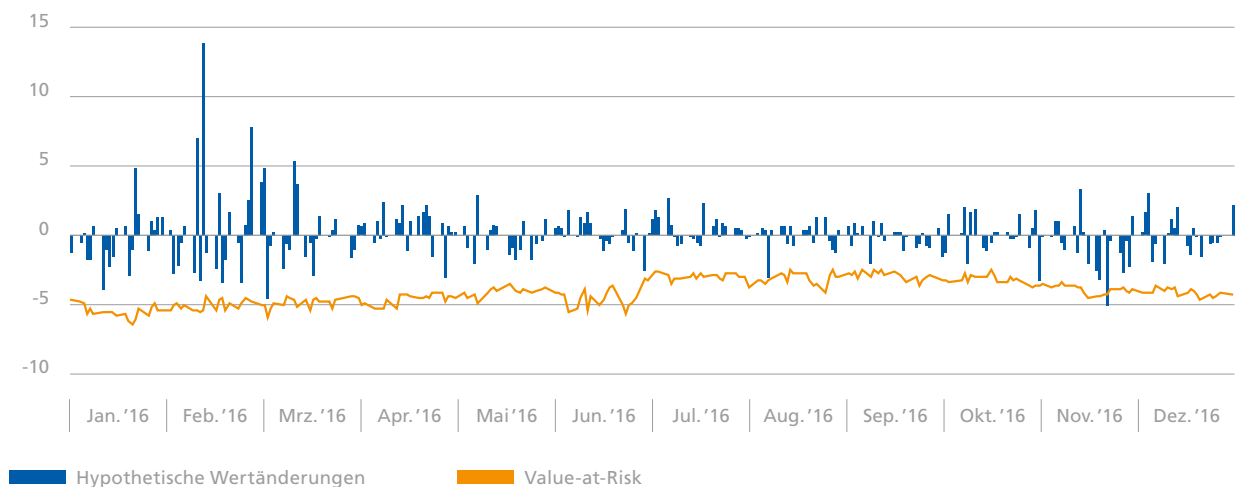
3 Einschließlich Fondsbeständen, sofern nicht zerlegt nach Konstituenten

4 Summe der Diversifikationseffekte zwischen den Marktpreisrisikoarten aller einbezogenen Steuerungseinheiten

5 Diversifikationseffekte zwischen Handelsportfolios und Nichthandelsportfolios führen dazu, dass die rechnerische Summe der Risiken über diese beiden Portfoliobestandteile vom Gesamtrisikoausweis abweicht.

ABB. 46 – SEKTOR BANK: VALUE-AT-RISK DES MARKTPREISRISIKOS UND HYPOTHETISCHE WERTÄNDERUNGEN DER HANDELSPORTFOLIOS

in Mio. €, Value-at-Risk bei 99,00 % Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, 1 Jahr Beobachtungszeitraum



11. Bauspartechnisches Risiko

11.1. Definition und Ursachen

Das bauspartechnische Risiko umfasst die beiden Komponenten Neugeschäftsrisiko und Kollektivrisiko. Beim **Neugeschäftsrisiko** handelt es sich um die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund möglicher Abweichungen vom geplanten Neugeschäftsvolumen.

Das **Kollektivrisiko** bezeichnet die Gefahr negativer Auswirkungen, die sich aufgrund anhaltender und signifikanter nicht zinsinduzierter Verhaltensänderungen der Kunden durch Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs ergeben können. Die Abgrenzung zum Zinsrisiko kann durch ein unabhängig vom Zinsniveau verändertes Kundenverhalten in der Kollektivsimulation gewährleistet werden. Entsprechend sind im Gegenzug beim Zinsrisiko nur zinsinduzierte Veränderungen des Kundenverhaltens relevant.

Im Sektor Bank entstehen bauspartechnische Risiken aus den Geschäftsaktivitäten der BSH. Das bauspartechnische Risiko bildet das unternehmensspezifische Geschäftsrisiko der Bausparkasse ab. Bausparen basiert auf einem zweckgebundenen Vorsparsystem. Der Kunde schließt einen Bausparvertrag mit festem Guthaben- und Darlehenszins ab, um später – nach der Sparphase (bei Regelbesparung etwa 6 bis 10 Jahre) – bei Zuteilung des Vertrags ein zinsgünstiges Bauspardarlehen (Laufzeit zwischen 6 und 14 Jahren) zu erhalten. Bausparen ist damit ein kombiniertes Passiv-Aktiv-Produkt mit sehr langer Laufzeit.

11.2. Risikostrategie und Verantwortung

Das bauspartechnische Risiko ist eng mit dem Geschäftsmodell der BSH verknüpft und kann daher nicht vermieden werden. Vor diesem Hintergrund zielt die **Risikostrategie** darauf ab, einer unkontrollierten Risikoausweitung vorzubeugen. Die Steuerung erfolgt insbesondere durch eine vorausschauende Tarif- und Produktpolitik sowie über entsprechende Marketingmaßnahmen und die Vertriebssteuerung.

Innerhalb des Sektors Bank obliegt der BSH die **Verantwortung** für das Management des bauspartechnischen Risikos. Dies umfasst die Risikomessung und die Kommunikation der Risiken an die Risikomanagementgremien der BSH sowie an den Vorstand und den Aufsichtsrat der BSH. Das bauspartechnische Risiko ist in die interne Risikoberichterstattung der DZ BANK Gruppe eingebunden.

11.3. Risikomanagement

Die **Messung des bauspartechnischen Risikos** erfolgt auf Basis einer speziellen Kollektivsimulation, in der ein verändertes (negatives) Kundenverhalten und ein Neugeschäftsrückgang integrativ abgebildet werden. Die Ergebnisse der Kollektivsimulation werden mittels einer langfristigen Ergebnisrechnung in eine periodische Gewinn- und Verlustrechnung überführt. Als Risikomaß wird die Abweichung zwischen dem tatsächlichen Ergebnis im Risikoszenario und dem notwendigen Ergebnis zur Erreichung der Zielvorgabe verwendet. Der Barwert der Differenzen wird durch Diskontierung bestimmt. Die Summe der barwertigen Differenzen stellt das bauspartechnische Risiko und somit den Risikokapitalbedarf für diese Risikoart dar.

Zur Ermittlung des bauspartechnischen Risikos im **Stressfall** werden die Stressparameter, insbesondere die Annahmen über das Kundenverhalten, starken Verschlechterungen ausgesetzt. Auf dieser Grundlage wird eine entsprechende Kollektivsimulation erstellt, die analog der Methodik zur laufenden Risikomessung ausgewertet wird. Die Stresstests werden in vierteljährlichem Turnus vorgenommen.

Das bauspartechnische Risiko wird für die barwertige Betrachtung im Liquidationsansatz innerhalb des **Gesamtbanklimitsystems** der BSH mit Risikokapital unterlegt.

11.4. Risikofaktoren

Weicht das tatsächliche von dem geplanten Neugeschäftsvolumen ab (Neugeschäftsrisiko), kann dies kurz- bis mittelfristig geringere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden zur Folge haben. Mittel- bis langfristig können sich durch das geringere Neugeschäft auch die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden reduzieren.

Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs aufgrund anhaltender und signifikanter nicht zinsinduzierter Verhaltensänderungen der Kunden (Kollektivrisiko) können ebenfalls zu verringerten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden führen.

Mittel- bis langfristig besteht die Gefahr, dass verringertes Neugeschäft und verändertes Kundenverhalten zu einem Abschmelzen des Zinsüberschusses führen und damit die Vermögens- und Ertragslage der DZ BANK Gruppe belasten. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich die Liquiditätssituation insbesondere aufgrund verringerter Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden verschlechtert.

11.5. Risikolage

Der Kapitalbedarf für das baupartechnische Risiko betrug zum 31. Dezember 2016 541 Mio. € (31. Dezember 2015: 549 Mio. €) bei einer Verlustobergrenze von 600 Mio. € (31. Dezember 2015: 550 Mio. €). Der Risikokapitalbedarf lag im Verlauf des Geschäftsjahres zu keiner Zeit über der jeweils gültigen Verlustobergrenze.

12. Geschäftsrisiko

12.1. Definition und Ursachen

Das Geschäftsrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Ergebnisschwankungen, die sich bei gegebener Geschäftsstrategie ergeben können und nicht durch andere Risikoarten abgedeckt sind. Insbesondere umfasst dies die Gefahr, dass den Verlusten aufgrund von Veränderungen wesentlicher Rahmenbedingungen (zum Beispiel regulatorisches Umfeld, Wirtschafts- und Produktumfeld, Kundenverhalten, Wettbewerbssituation) operativ nicht begegnet werden kann.

Die DZ BANK ist mit ihren Kernfunktionen als Zentralbank, Geschäftsbank und Holding auf ihre Kunden und Eigentümer, die Volksbanken und Raiffeisenbanken, ausgerichtet.

Maßgeblich für das Geschäftsrisiko des Sektors Bank sind neben der DZ BANK im Wesentlichen die Steuerungseinheiten DVB, DZ PRIVATBANK und UMH.

12.2. Organisation und Risikomanagement

Die Steuerung des Geschäftsrisikos ist originäre Aufgabe des **Vorstands der DZ BANK** und erfolgt in Abstimmung mit den Geschäftsleitern der wesentlichen Tochterunternehmen und den Leitern der betroffenen Geschäftsbereiche der DZ BANK. Die Gruppensteuerung ist in eine Gremienstruktur eingebettet, an deren Spitze der **Konzern-Koordinationskreis** steht. Der Bereich Konzernstrategie und Controlling unterstützt den Vorstand im Rahmen der Mandatsbetreuung von Tochterunternehmen.

Über den **Allfinanzbeirat** wird die Einbindung der Genossenschaftsbanken bei der Entwicklung und Vermarktung gemeinsamer Produkte und Leistungen der DZ BANK Gruppe intensiviert. Zudem dient das Gremium der engen Vernetzung mit dem BVR und dessen Fachräten. Der Allfinanzbeirat hat somit den Charakter eines Empfehlungsgremiums für Produkt-

und Vertriebsfragen bei der Zusammenarbeit von Genossenschaftsbanken und der DZ BANK Gruppe. Mit dieser Vorgehensweise wird ein hohes Maß an gegenseitiger Verbindlichkeit bei voller Subsidiarität zum Nutzen der Genossenschaftsbanken angestrebt.

Die Steuerung des Geschäftsrisikos ist eng mit der **Chancensteuerung** und dem Instrumentarium des strategischen Planungsprozesses verknüpft. Sie basiert auf der Ableitung von Zielgrößen für die in die aktive Steuerung eingebundenen Tochterunternehmen und für die Geschäftsbereiche der DZ BANK. Die **Risikoquantifizierung** basiert grundsätzlich auf einem Earnings-at-Risk-Ansatz.

Zur Identifikation strategischer Regulierungsinitiativen mit Auswirkungen auf die DZ BANK Gruppe und die einzelnen Steuerungseinheiten wurde in der DZ BANK eine zentrale **Regulatoriksteuerung** eingerichtet. Diese Stelle etabliert direkte Schnittstellen zu den relevanten Einheiten in der DZ BANK und den weiteren Steuerungseinheiten, organisiert den regelmäßigen bank- und gruppenweiten Austausch zu identifizierten und neuen strategischen Regulierungsinitiativen und berichtet mittels einer sogenannten regulatorischen Landkarte an die zuständigen Steuerungsgremien, den Vorstand und den Aufsichtsrat der DZ BANK.

12.3. Risikofaktoren

Kosten der Regulierung

Die Umsetzung der aus den gegenwärtig geplanten handelsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen Gesetzgebungsinitiativen resultierenden Anforderungen (vergleiche die Abschnitte 5.1.1. und 5.1.2.) wird in der DZ BANK Gruppe in den nächsten Jahren voraussichtlich zu **erhöhten Kosten** und damit zu Ergebnisbelastungen führen.

Fusion von DZ BANK und WGZ BANK

Der Integrationsprozess zur Umsetzung der Fusion der DZ BANK (vor Fusion) und der vormaligen WGZ BANK wird zu einem Restrukturierungsaufwand führen. Für den Regelbetrieb nach abgeschlossener Integration wird erwartet, dass die Kostensynergien im Rahmen von Strukturen, Prozessen sowie Infrastrukturen für das vereinigte Institut vollständig realisiert und Doppelinvestitionen vermieden werden können.

Preis- und Konditionenwettbewerb

Der deutsche Bankensektor ist durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet, der häufig über Preise

und Konditionen geführt wird. Dadurch können Margen entstehen, die wirtschaftlich nicht attraktiv oder nicht risikoadäquat sind. Insbesondere im **Geschäft mit Privatkunden** ist die Ertragssituation am Markt angespannt. Da sich viele Wettbewerber – zunehmend auch mit neuen, digitalen Geschäftsmodellen – stärker auf das Retail-Banking als auf das Kerngeschäft fokussieren, kann sich diese Entwicklung in Zukunft noch verschärfen.

Das **Firmenkundengeschäft** unterliegt ferner einem zunehmend internationalen Wettbewerb. So haben bereits zahlreiche ausländische Anbieter ihre Präsenz im deutschen Markt ausgebaut. Auch in Zukunft könnte die Wettbewerbsintensität daher zunehmen, mit der Folge, dass in einzelnen Segmenten oder Teilbereichen des Markts attraktive Margen und Provisionen nur schwer erzielbar wären.

Diese Entwicklung könnte sich im Falle eines erneuten wirtschaftlichen Abschwungs sogar noch verschärfen. So würden der daraus resultierende gesteigerte Preisdruck und ein geringeres Geschäftsvolumen den Wettbewerbsdruck zusätzlich erhöhen. Auch in diesem Fall könnten folglich Margen entstehen, die wirtschaftlich nicht attraktiv sind beziehungsweise das Risiko der entsprechenden Geschäfte nicht adäquat abdecken.

Wettbewerbsveränderungen durch elektronische Handelsplattformen

Die DZ BANK bietet ihren Kunden verstärkt die Möglichkeit, Geschäfte in ausgewählten Finanzinstrumenten über elektronische Handelsplattformen abzuschließen. Die europäische Regulierung zum Handel und zur Abwicklung von Finanzinstrumenten wird auch in Abhängigkeit von der Produktnachfrage der Marktteilnehmer voraussichtlich zu einer Verlagerung von Umsätzen bei bestimmten Produkten auf Handelsplattformen führen. Damit werden erwartungsgemäß eine **Veränderung der Wettbewerberstruktur** und eine **Verschärfung des Wettbewerbs im Kundenhandel** bestimmter Finanzinstrumente verbunden sein, sodass zukünftig die Gefahr einer Reduktion der Margen und Umsätze besteht.

Digitalisierung und demografischer Wandel

Die Verbreitung von mobilen Endgeräten und internetbasierten Dienstleistungen (**Digitalisierung**) fördert die Intermediation von neuen Wettbewerbern an der Schnittstelle zwischen Kunden und Bankdienstleistung. Hier sehen sich Banken oftmals neuen, nicht regulierten Wettbewerbern gegenüber, die häufig aus dem Nichtbankensektor stammen und den Kunden

oft nur selektiv margenstarke Produkte oder Dienstleistungen vermitteln oder selbst anbieten, während komplexe und damit risikoreiche Geschäftsfelder bei den etablierten Banken verbleiben. Wenn also traditionelle Finanzdienstleister als „Vollsortimenter“ einerseits an der margenstarken Spitze durch nicht oder wenig regulierte Wettbewerber bedroht werden und andererseits weiterhin die restlichen Standardprodukte anbieten sollen, dann kann dies die Ertragsaussichten der Unternehmen der DZ BANK Gruppe im Zahlungsverkehr und Kartengeschäft schmälern.

Darüber hinaus wird die Kreditwirtschaft in den nächsten Jahren vor Herausforderungen im Bereich der **demografischen Entwicklung** und den daraus resultierenden Änderungen im Kundenverhalten bei gleichzeitig zunehmender Regulierung stehen.

Die mit der Digitalisierung und dem demografischen Wandel verbundenen **Chancen** werden im Abschnitt 4.2.2. dargestellt.

12.4. Risikolage

Der ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko des **Sektors Bank** belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 912 Mio. € (31. Dezember 2015: 579 Mio. €). Der Anstieg resultiert insbesondere aus einer Neuberechnung aufgrund aktualisierter Geschäftserwartungen der DZ BANK. Die Verlustobergrenze betrug zum Berichtsstichtag 1024 Mio. € (31. Dezember 2015: 775 Mio. €).

Für die **DZ BANK** wurde zum 31. Dezember 2016 ein ökonomischer Kapitalbedarf von 717 Mio. € (31. Dezember 2015: 398 Mio. €) gemessen. Die Verlustobergrenze betrug zum 31. Dezember 2016 750 Mio. € (31. Dezember 2015: 550 Mio. €).

13. Reputationsrisiko

13.1. Definition und Ursachen

Das Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Ereignissen, die das Vertrauen in die Unternehmen des Sektors Bank oder in die angebotenen Produkte und Dienstleistungen insbesondere bei Kunden (hierzu zählen auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken), Anteilseignern, Mitarbeitern, auf dem Arbeitsmarkt, in der Öffentlichkeit und bei der Aufsicht beschädigen.

Reputationsrisiken können als eigenständiges Risiko auftreten (primäres Reputationsrisiko) oder sie ent-

stehen als mittelbare oder unmittelbare Folge anderer Risikoarten wie zum Beispiel Geschäftsrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko (sekundäres Reputationsrisiko).

13.2. Risikostrategie und Verantwortung

Dem Reputationsrisiko wird in der Reputationsrisikostrategie Rechnung getragen, indem folgende Zielbilder verfolgt werden:

- Vermeidung von Schäden aus Reputationsereignissen durch präventive Maßnahmen
- Verringerung von Reputationsrisiken durch präventive und reaktive Maßnahmen
- Stärkung des Bewusstseins für Reputationsrisiken innerhalb des Sektors Bank, unter anderem durch die Festlegung von Risikoverantwortlichen sowie die Etablierung eines sektorweit gültigen Rahmenwerks und eines Berichtswesens über Reputationsrisiken

Diese Zielbilder sind sowohl auf Ebene des Sektors Bank als auch für die Steuerungseinheiten gültig. Dabei sind die Steuerungseinheiten für die Einhaltung der Leitlinien sowie die angemessene Ausgestaltung der präventiven und reaktiven Maßnahmen verantwortlich.

Die Reputationsrisikostrategie baut auf den Geschäftsstrategien der jeweiligen Steuerungseinheiten auf und wird in diesem Rahmen mindestens jährlich überprüft und im Bedarfsfall angepasst.

Die Verantwortung für das Management von Reputationsrisiken liegt grundsätzlich bei den jeweiligen Steuerungseinheiten, wobei die im Rahmenwerk zum Reputationsrisiko definierten Vorgaben einzuhalten sind. Innerhalb der Steuerungseinheiten einschließlich der DZ BANK gilt das **Dezentralitätsprinzip** in gleicher Weise. In diesem Sinne liegt die Verantwortung für das Management von Reputationsrisiken bei den jeweiligen Unternehmensbereichen unter Einbeziehung weiterer Funktionseinheiten wie Kommunikation und Marketing, Notfallmanagement und Compliance.

13.3. Risikomanagement

Das Reputationsrisiko ist grundsätzlich über das Geschäftsrisiko implizit in die Risikomessung und -kaptalisierung des Sektors Bank einbezogen. Bei der BSH erfolgt die Messung und Kapitalisierung des Reputationsrisikos im Wesentlichen im Rahmen des baupar-technischen Risikos. Darüber hinaus wird die Gefahr

einer erschwerten Refinanzierung infolge eines Reputationssschadens im Rahmen des Liquiditätsrisikomanagements explizit berücksichtigt.

Eine auf das Reputationsrisiko ausgerichtete Krisenkommunikation soll bei Eintritt eines Ereignisses größeren Schaden von den Unternehmen des Sektors Bank abwenden. Die Steuerungseinheiten verfolgen daher eine Vorgehensweise, die sich auf die Anspruchsgruppen (Stakeholder) bezieht. Das Reputationsrisiko wird folglich in Abhängigkeit vom Stakeholder identifiziert und qualitativ bewertet.

13.4. Risikofaktoren

Bei einer negativen Reputation einzelner Steuerungseinheiten oder des Sektors Bank insgesamt besteht die Gefahr, dass bestehende oder potenzielle Kunden verunsichert werden, wodurch bestehende Geschäftsbeziehungen gekündigt oder erwartete Geschäfte nicht realisiert werden könnten. Auch besteht die Gefahr, dass der zur Durchführung des Geschäfts erforderliche Rückhalt von Anteilseignern oder Mitarbeitern nicht mehr gewährleistet ist. Schließlich könnte eine erschwerte Refinanzierung Folge eines Reputations-schadens sein.

14. Operationelles Risiko

14.1. Definition und Ursachen

In enger Anlehnung an die bankaufsichtsrechtliche Definition versteht die DZ BANK unter operationellem Risiko die Gefahr von Verlusten, die durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagementschwächen oder externe Ereignisse hervorgerufen werden. Das Rechtsrisiko ist in dieser Definition eingeschlossen.

Neben der DZ BANK sind die BSH, DG HYP, DVB, DZ PRIVATBANK und UMH besonders bedeutsam für das operationelle Risiko des Sektors Bank.

14.2. Risikostrategie

Die Unternehmen des Sektors Bank verfolgen das Ziel eines effizienten Managements operationeller Risiken. Die folgenden Grundsätze determinieren im Sinne von zu erfüllenden Nebenbedingungen, wie dieses zentrale Ziel erreicht werden soll:

- Das **Risikobewusstsein** soll kontinuierlich gesteigert werden und sich in einer entsprechenden Risikokultur widerspiegeln, die nicht nur den eigenen Verantwortungsbereich, sondern auch die übergeordneten

Interessen im Fokus hat. Eine umfassende und offene Kommunikation soll diese Zielsetzungen unterstützen.

- Ein offener und weitgehend sanktionsfreier **Umgang mit operationellen Risiken** soll das Auffinden von Problemlösungen fördern.
- Je nach Wesentlichkeit der identifizierten operationellen Risiken werden **Maßnahmen** zur Risikovermeidung, Risikoreduktion oder zum Risikotransfer ergriffen, oder aber es wird eine bewusste Entscheidung zur Risikoakzeptanz getroffen.
- Die **Risikoneigung** wird in Form der Verlustobergrenze und in Form von Beitragswarnschwellen für operationelle Risiken festgelegt und kontinuierlich an die jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst.
- Die einzelnen **Methoden** zum Management operationeller Risiken sind aufeinander abgestimmt, damit ein zutreffendes und umfassendes Bild der Risikolage gezeichnet werden kann, das sich schlüssig in die risikoartenübergreifende Gesamtsteuerung integriert.
- Auswirkungen auf das operationelle Risiko sind bei allen wesentlichen **Entscheidungen** zwingend mit zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für den Neue-Produkte-Prozess und für Notfallplanungen.
- Die **Steuerung** des operationellen Risikos erfolgt grundsätzlich dezentral, jedoch unter Einhaltung der im Rahmenwerk zum operationellen Risiko strategisch definierten Vorgaben.

14.3. Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen

Die Verantwortung für das Management operationeller Risiken liegt grundsätzlich bei den jeweiligen Steuerungseinheiten. Innerhalb der Steuerungseinheiten einschließlich der DZ BANK gilt das **Dezentralitätsprinzip** in gleicher Weise.

Das **Rahmenwerk zum operationellen Risiko** dient unter anderem der sektorweiten Harmonisierung der Organisationsstrukturen. Darüber hinaus wird die sektorweit abgestimmte Behandlung des operationellen Risikos durch ein **Gremium** gesteuert, das dem Arbeitskreis Konzernrisikosteuerung zugeordnet ist und in dem die DZ BANK und ihre wesentlichen Tochterunternehmen vertreten sind.

Eine in der DZ BANK für das Controlling operationeller Risiken zuständige und im Konzern-Risikocontrolling angesiedelte Einheit entwickelt die für den Sektor Bank geltenden Steuerungs- und Controlling-Methoden auf Basis aufsichtsrechtlicher Anforderungen

und betriebswirtschaftlicher Erfordernisse. Die Einheit stellt die unabhängige Überwachung der operationellen Risiken sicher und ist für das zentrale Berichtswesen verantwortlich.

Entsprechende Organisationseinheiten sind auch in den weiteren wesentlichen Unternehmen des **Sektors Bank** eingerichtet.

In der Mehrzahl der Steuerungseinheiten des Sektors Bank, einschließlich der DZ BANK, nehmen zusätzlich sogenannte Spezialbereiche mit zentraler Risikomanagementfunktion Aufgaben des Managements operationeller Risiken wahr. Im Rahmen ihrer übergreifenden Verantwortung erfüllen diese Spezialbereiche in den jeweiligen Unternehmen eine beratende beziehungsweise steuernde Funktion für die in ihrer Zuständigkeit liegenden Themen, wie zum Beispiel IT-Risiken.

Da operationelle Risiken alle Unternehmensbereiche betreffen können, sind in jedem Unternehmensbereich der wesentlichen **Steuerungseinheiten** dezentrale Koordinatoren für das operationelle Risiko als Schnittstelle zum zentralen Risikocontrolling eingesetzt. Dies gilt auch für die DZ BANK.

Regelmäßige **Berichte** über Verlustdaten, Risk Self-Assessments, Risikoindikatoren und Risikokapital an den Vorstand, das Group Risk and Finance Committee, das Risiko Komitee und das operative Management erlauben grundsätzlich eine zeitnahe und effektive Steuerung des operationellen Risikos.

14.4. Zentrales Risikomanagement

14.4.1. Messung operationeller Risiken

Für die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs für operationelle Risiken im Sektor Bank wird ein ökonomisches Portfoliomodell verwendet, wobei der Schadensverlauf über den durch das Modell berechneten erwarteten Verlust überwacht wird. Die Ergebnisse aus diesem Modell erlauben in Kombination mit den zur Risikoidentifizierung eingesetzten Instrumenten eine effiziente zentrale Steuerung operationeller Risiken.

14.4.2. Identifikation operationeller Risiken

Verlustdatensammlung

Die gruppenweite Sammlung von Verlustdaten in einer zentralen Datenbank ermöglicht es, Verlustereignisse zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten, um Muster, Trends und Konzentrationen operationeller Risiken erkennen zu können. Insbesondere werden

Verlustdaten erfasst, die aus eingetretenen Risiken, beispielsweise im Zusammenhang mit den im Abschnitt 14.5. genannten Risikofaktoren, resultieren. Die gesammelte Datenhistorie stellt ferner die Grundlage für die ökonomische Kapitalberechnung auf Basis eines Portfoliomodells dar. Verluste werden ab einem Schwellenwert von 1.000 € erfasst.

Risk Self-Assessment

Um alle wesentlichen operationellen Risiken zu identifizieren, zu bewerten und eine größtmögliche Transparenz der Risikolage zu schaffen, beurteilt das Management aller Steuerungseinheiten das operationelle Risiko im Rahmen eines szenariogestützten Risk Self-Assessments. Auf Basis von Risikoszenarien werden dabei die wesentlichen Risikopotenziale für alle Risikokategorien der ersten Ebene gemäß der CRR ermittelt und in Form von Szenarien beschrieben. Die Ergebnisse finden Eingang in das interne Portfoliomodell für operationelle Risiken, das zur Ermittlung eines gegebenenfalls notwendigen Pufferkapitalbedarfs verwendet wird. Zudem ermöglichen die Szenarien das Erkennen von Risikokonzentrationen.

Risikoindikatoren

Als Ergänzung zur Verlustdatensammlung und zum Risk Self-Assessment ermöglichen Risikoindikatoren frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen zu erkennen. Auf Basis vorgegebener Schwellenwerte werden Risikosituationen mittels einer Ampelschaltung signalisiert. Risikoindikatoren werden innerhalb des Sektors Bank in breitem Umfang systematisch und regelmäßig erhoben.

14.4.3. Limitierung operationeller Risiken

Die zentrale Überwachung des Risikokapitalbedarfs auf Ebene des Sektors Bank erfolgt auf Basis der Verlustobergrenze für operationelle Risiken. Um eine zentrale Überwachung der Steuerungseinheiten im Sektor Bank zu ermöglichen, wird der Risikokapitalbedarf des Sektors Bank durch ein risikosensitives Allokationsverfahren in Risikobeiträge je Steuerungseinheit zerlegt. Die zentrale Überwachung dieser Risikobeiträge erfolgt auf Basis von Beitragswarnschwellen für jede Steuerungseinheit.

14.4.4. Minderung und Vermeidung operationeller Risiken

Die Minderung operationeller Risiken soll unter anderem durch die fortlaufende Verbesserung der Geschäftsprozesse erreicht werden. Eine weitere Sicherungsmaßnahme ist der Risikotransfer durch

Versicherungen oder durch Outsourcing im Rahmen der Haftungsregelungen.

Eine **Vermeidung** operationeller Risiken wird beispielsweise durch den Verzicht auf risikoträchtige Produkte erreicht, die über den sogenannten Neuprodukte-Prozess identifiziert werden sollen.

Zur Sicherung der Betriebsfortführung im Falle von Prozessbeeinträchtigungen und Systemausfällen wurden in allen relevanten Steuerungseinheiten umfassende **Notfallpläne** für die erfolgskritischen Prozesse in Kraft gesetzt. Die Notfallpläne werden regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft und simuliert.

14.5. Management von Spezialrisiken

Als Spezialrisiken werden Risiken bezeichnet, die besondere Betrachtungsgegenstände oder Themenbereiche betreffen. Die Spezialrisiken haben überwiegend Auswirkungen auf operationelle Risiken, betreffen aber auch Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Dies gilt insbesondere für Teile der Personalrisiken, IT-Risiken, Outsourcing-Risiken und steuerlichen Risiken. Umfang und Detaillierungsgrad des im Folgenden dargestellten Risikomanagements weichen zwischen den Steuerungseinheiten aufgrund der unterschiedlichen Geschäfts- und Risikoprofile voneinander ab.

Die Steuerung und Überwachung der Spezialrisiken erfolgt überwiegend, aber nicht ausschließlich durch die meist gleichnamigen Spezialbereiche. Dies gilt für die Mehrzahl der Steuerungseinheiten im Sektor Bank, einschließlich der DZ BANK.

14.5.1. Personalrisiken

Risikomanagement

Die Unternehmen des Sektors Bank haben ein sogenanntes **KPI-Cockpit Personal** mit einheitlich definierten Kennzahlen entwickelt. Das KPI-Cockpit Personal soll die Verzahnung der Personalstrategien der Steuerungseinheiten und die Schaffung einer erhöhten Transparenz und Vergleichbarkeit des personellen Ressourcenmanagements im Sektor Bank sicherstellen sowie die Messbarkeit und Steuerung der Personalarbeit ermöglichen. Dazu wurden 21 wesentliche Leistungsindikatoren (KPIs) entlang der vier Kategorien Wertbeitrag/Finanzen, Arbeitgeberattraktivität, Organisation/Effizienz und Innovation/Lernen definiert.

Die Unternehmen des Sektors Bank verfolgen das Ziel, Personalrisiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren, indem negative Tendenzen und Auf-

fälligkeiten identifiziert und geeignete Korrekturmaßnahmen eingeleitet werden. Das Personalrisiko wird anhand der folgenden vier im KPI-Cockpit Personal verankerten Risikofaktoren gesteuert und überwacht:

- **Austrittsrisiko:** Das Austrittsrisiko wird anhand der Fluktuationsquote und der Eigenkündigungsquote gemessen und bewertet.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der quantitativen und qualitativen Personalausstattung wird in der strategischen und operativen Planung der Steuerungseinheiten auf jährlicher Basis vorgenommen. Messgrößen zu Krankheits- und Fehlzeiten sowie Besetzungsquoten für Schlüsselpositionen und in der Nachwuchsförderung tragen zur Minimierung dieses Risikofaktors bei.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Eignung und Qualifikation von Mitarbeitern wird über spezifische Kennzahlen zur Weiterbildung erfasst.
- **Motivationsrisiko:** Die Unternehmen des Sektors Bank ermitteln über standardisierte Mitarbeiterbefragungen, deren Ergebnisse im Cockpit transparent dargestellt werden, regelmäßig den sogenannten Organizational Commitment Index.

Dolosen Handlungen wird über die Compliance-Funktionen und ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt. Ein Beispiel hierfür sind interne Regelungen zur Mindestabwesenheit von Mitarbeitern mit Verantwortung für Handelspositionen.

Im Rahmen des Risikocontrollings der DZ BANK wurden relevante Kennzahlen des Personalrisikomanagements als Risikoindikatoren definiert. Die Kennzahlen werden monatlich im Rahmen des Risikoindikatorenprozesses erhoben. Dabei handelt es sich beispielsweise um Weiterbildungstage pro Mitarbeiter, Eigenkündigungsquote, Gesamtkündigungsquote und Anteil unbesetzter Stellen.

Der Personalbereich der DZ BANK ist in die Definition der personalrisikorelevanten Standardszenarien eingebunden und nimmt eine Plausibilisierung der dezentralen Szenariobewertung, insbesondere im Hinblick auf Ermittlungsgrundlage, Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe, vor.

Risikofaktoren

Ein Großteil der Mitarbeiter an den inländischen Standorten der Unternehmen des Sektors Bank fällt

in den Anwendungsbereich von Tarifverträgen und sonstigen kollektiven Vereinbarungen wie zum Beispiel Betriebsvereinbarungen. Die Unternehmen des Sektors Bank können von Gewerkschaften bestreikt werden. Aufgrund der im November 2012 vom Arbeitgeberverband gekündigten Tarifverträge besteht hinsichtlich der DZ BANK momentan keine Friedenspflicht.

Auch können andere Personalmaßnahmen, wie beispielsweise etwaige Personalanpassungen als Reaktion auf einen dauerhaften Nachfragerückgang oder zur Effizienzsteigerung, zu arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zwischen den Mitarbeitern beziehungsweise ihren Arbeitnehmervertretern/Gewerkschaften und den Unternehmen des Sektors Bank führen.

Die Unternehmen des Sektors Bank haben im Rahmen ihres Notfall- und Krisenmanagements eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um bei **Streiks und sonstigen Betriebsunterbrechungen** die Geschäftsfortführung aufrechtzuerhalten. Es ist dennoch nicht auszuschließen, dass bei zeitgleicher Arbeitsniederlegung an allen Standorten über mehrere Tage hinweg Prozesse und Arbeitsabläufe nachhaltig gestört werden. Darüber hinaus können neuralgische interne und externe Schnittstellen durch langfristige Betriebsunterbrechungen gefährdet werden.

Entsprechendes gilt bei Betriebsunterbrechungen, Streiks oder ähnlichen Maßnahmen bei Vertragspartnern, auf die die Unternehmen des Sektors Bank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit angewiesen sind.

Für ihren zukünftigen Erfolg benötigen die Unternehmen des Sektors Bank **leistungsfähige und qualifizierte Führungskräfte und Mitarbeiter**. Dies betrifft aufgrund der aktuellen Herausforderungen des regulatorischen Umfelds insbesondere die Bereiche aufsichtsrechtliches Meldewesen, externe (Konzern-) Rechnungslegung und Risikocontrolling. Um Führungskräfte und Mitarbeiter aus diesen Bereichen besteht auf dem Arbeitsmarkt wegen der hohen Nachfrage und der geringen Zahl geeigneter Personen erheblicher Wettbewerb.

Sofern geeignete Führungskräfte und Mitarbeiter nicht in der notwendigen Anzahl und binnen der erforderlichen Fristen gewonnen beziehungsweise bereits angestellte Führungskräfte und Mitarbeiter nicht in den Unternehmen des Sektors Bank gehalten werden können, besteht ein erhöhtes Risiko, dass die gesetzlichen Anforderungen an das aufsichtsrechtliche Mel-

dewesen, die externe (Konzern-)Rechnungslegung und das Risikocontrolling aufgrund qualitativ und quantitativ unzureichender Fachkompetenzen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden können.

Als Folge sind Sanktionen der Bankenaufsicht und Einschränkungen des Bestätigungsvermerks für die von den Unternehmen des Sektors Bank aufgestellten Konzern- und Jahresabschlüsse sowie Konzernlageberichte und Lageberichte möglich. Dies kann zudem negative Auswirkungen auf die Reputation der DZ BANK Gruppe insgesamt und einzelner Unternehmen des Sektors Bank nach sich ziehen.

14.5.2. IT-Risiken

Risikomanagement

Die Unternehmen des Sektors Bank nutzen Computer und Datenverarbeitungssysteme zur Durchführung ihrer Geschäftstätigkeit. Nahezu sämtliche Geschäftsvorfälle und Aktivitäten werden elektronisch mittels entsprechender IT-Verfahren abgewickelt. Diese Systeme sind miteinander vernetzt und im Betrieb voneinander abhängig.

Um ein angemessenes Management von IT-Risiken zu gewährleisten, werden die Abläufe in den IT-Bereichen der Unternehmen des Sektors Bank im Hinblick auf Risikogesichtspunkte ausgestaltet und mit ausgewählten Kontrollhandlungen überwacht. Ausgangspunkt ist die Festlegung, welche Risiken in bestimmten Themenfeldern der IT eingegangen werden dürfen. Daraus leiten sich detaillierte Vorgaben ab, die wiederum die Intensität der durchzuführenden Kontrollhandlungen bestimmen und die sicherstellen sollen, dass die zuvor definierte Risikoneigung eingehalten wird.

Die IT-Bereiche gewährleisten durch umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. Dem wird durch getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besondere Zutrittssicherungen, Brandschutzvorkehrungen und eine abgesicherte Stromversorgung über Notstromaggregate begegnet. Definierte Wiederanlaufverfahren für den Not- oder Krisenfall werden durch turnusmäßige Übungen auf ihre Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen jeweils in unterschiedlichen Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen.

Die zentrale Risikobewertungsmethode des IT-Bereichs der DZ BANK ist die Bewertung von sogenannten Risikoereignissen im Bericht zum IT-Risikoprofil. Als Risikoereignisse werden spezifische Szenarien verstanden, für die Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet werden. Im Rahmen der durch Führungskräfte des Bereichs IT vorgenommenen Bewertung werden die Ergebnisse des Berichts zum Self-Assessment bezüglich des internen Kontrollsystems, des Berichts über die Kontrollpunkte und des Berichts über Feststellungen und Vorfälle berücksichtigt.

Die Ergebnisse der in der DZ BANK vorgenommenen Einschätzung der IT-Risikoereignisse werden zur Erstellung der Risk Self-Assessment-Szenarien für den Bereich IT genutzt. Dabei sind den IT-Risikogruppen, IT-Betriebsrisiken, IT-Outsourcing-Risiken, IT-Sicherheitsrisiken und IT-Projektrisiken jeweils eines oder mehrere Szenarien im Risk Self-Assessment zugeordnet. Nach Abschluss des Risk Self-Assessments werden die Ergebnisse der dezentralen Risikoeinschätzung den IT-internen Einschätzungen gegenübergestellt und analysiert. Darüber hinaus werden die Ergebnisse des Risk Self-Assessments als Parameter für die Bewertung der IT-Risikoereignisse im Folgejahr genutzt.

Risikofaktoren

Fehlfunktionen oder Störungen der Datenverarbeitungssysteme oder der darauf genutzten Programme, einschließlich Angriffen von außen – zum Beispiel durch Hacker oder schädliche Software – könnten sich nachteilig auf die Fähigkeit der Unternehmen des Sektors Bank auswirken, die für die Durchführung der Geschäftstätigkeiten notwendigen Prozesse effizient aufrechtzuerhalten, gespeicherte Daten zu schützen, ein ausreichendes Controlling zu gewährleisten oder Angebote und Leistungen weiterzuentwickeln. Zudem könnten solche Fehlfunktionen oder Störungen zum vorübergehenden oder dauerhaften Verlust von Daten führen oder zusätzliche Aufwendungen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Leistungsfähigkeit oder zur Prävention gegen zukünftige Ereignisse erforderlich machen.

Auch Ereignisse, die außerhalb des Einflussbereichs der Unternehmen des Sektors Bank stehen, können den Betriebsablauf stören. So besteht etwa bei der Ausführung von Termin-, Währungs- und Rohstoffhandelsgeschäften insofern ein Risiko, als die entsprechenden Geschäfte – beispielsweise aufgrund von Systemstörungen bei Clearing-Agenten, Börsen, Clearing-Häusern oder anderen Finanzintermediären –

nicht zum vereinbarten Zeitpunkt abgewickelt werden können und damit auch die Unternehmen des Sektors Bank ihrerseits nicht in der Lage wären, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dies kann zum Rücktritt von Geschäftspartnern von mit den Unternehmen des Sektors Bank geschlossenen Vereinbarungen oder zu Schadensersatzansprüchen gegen die Unternehmen des Sektors Bank führen.

14.5.3. Outsourcing-Risiken

Risikomanagement

Die Unternehmen des Sektors Bank haben in erheblichem Umfang Tätigkeiten und Prozesse an externe Dienstleister verlagert.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit einer Auslagerung und die Risikoeinschätzung werden überwiegend vom auslagernden Bereich unter Einbeziehung der Unternehmens- beziehungsweise Funktionseinheiten Revision, Recht, Notfallmanagement, Compliance sowie der dezentralen Koordinatoren für das operationelle Risiko im Rahmen der Risikoanalyse für das Outsourcing vorgenommen.

Zur Koordination der Outsourcing-Aktivitäten ist in der DZ BANK das Zentrale Auslagerungsmanagement (ZAM) etabliert. Das ZAM fungiert als zentraler Ansprechpartner für Fragen zu Auslagerungen in der DZ BANK und setzt Standards für den Umgang mit und die operative Steuerung von Outsourcing-Maßnahmen. Im Rahmen des ZAM wurde im Geschäftsjahr das Auslagerungsmanagement-Tool RSA Archer implementiert, das als zentrale Anwendung zur Erfassung von Auslagerungsvorhaben in der DZ BANK dient und zur Steuerung der Outsourcing-Partner verwendet wird.

Wesentliche IT-Outsourcing-Partner der **DZ BANK** sind Fiducia & GAD und die T-Systems International GmbH (T-Systems), bei denen wesentliche IT-Anwendungen betrieben werden. Darüber hinaus wurde der vollständige Betrieb des Netzwerks der DZ BANK an die Ratiodata IT-Lösungen & Services GmbH, Münster, (Ratiodata) ausgelagert. Die Abwicklung der Wertpapierdienstleistungen und des Depotgeschäfts werden bei der Deutsche Wertpapier-Service Bank AG, Frankfurt am Main, betrieben. Der Dienstleister equensWorldline SE, Utrecht, ist mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs beauftragt. Die CardProcess GmbH, Karlsruhe, nimmt das Kreditkarten-Processing und das Acquiring-Processing für die DZ BANK vor.

Die **BSH** hat die Anwendungsentwicklung und den IT-Betrieb sowie das Kredit- und Bauspar-Processing ebenfalls an die Schwäbisch Hall Kreditservice GmbH (SHK) ausgelagert.

Die **DG HYP** hat ihren IT- und Netzwerk-Betrieb auf T-Systems und Ratiodata übertragen. Die Bearbeitung der Privat-Immobilienkredite wurde bis zum Ende des Geschäftsjahres durch die Hypotheken Management GmbH, Mannheim, eine mittelbare Tochter der BSH, vorgenommen. Mit dem Geschäftsjahr 2017 wird die DG HYP die Auslagerung beenden und das verbleibende Kreditportfolio wieder durch eigene Ressourcen bearbeiten.

Wesentlicher IT-Dienstleister der **DVB Bank** für den Betrieb der Kernbanksysteme auf Basis von SAP ist die itelligence Outsourcing & Services GmbH, Bautzen.

Für die **DZ PRIVATBANK** ist die EBRC, Luxembourg, als Outsourcing-Partner für die Rechenzentrum-Infrastruktur tätig. Weitere IT-Dienstleistungen werden von Ratiodata übernommen. Die Fondsbuchhaltung wurde der Union Investment Financial Services S.A., Luxembourg, übertragen.

Die wesentlichen IT-Dienstleister für die **UMH** sind T-Systems, Fiducia & GAD, Ratiodata und die Computacenter AG & Co. oHG. Darüber hinaus wurden weitere Tätigkeiten, beispielsweise im Depotgeschäft oder im Portfoliomanagement, ausgelagert.

Die Steuerung der Outsourcing-Partner erfolgt in den Unternehmen des Sektors Bank nach Maßgabe der geltenden Richtlinien für In- und Outsourcing-Maßnahmen. Zur Kommunikation und Abstimmung der extern erbrachten Dienstleistungen beziehungsweise IT-Serviceleistungen werden regelmäßige Servicemeetings mit den Dienstleistern durchgeführt. Die Überwachung der Einhaltung der vertraglich festgelegten Service-Level-Agreements erfolgt anhand von Statusberichten und Verfügbarkeitsstatistiken. Die Outsourcing-Partner legen jährlich Prüfungsberichte vor, mit denen sie die Wirksamkeit der allgemeinen Kontrollen und Verfahren beurteilen und bestätigen.

Risikofaktoren

Die Risiken aus der Auslagerung von Geschäftstätigkeiten sind auf das von der Aufsicht geforderte Maß begrenzt. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass ein Dienstleister aufgrund von unüberwindbaren techni-

schen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausfällt und nicht weiter zur Verfügung steht. Weiterhin besteht das Risiko, dass die vom Dienstleister erbrachten Leistungen nicht den vertraglichen Vorgaben entsprechen. Dies hätte zur Folge, dass ausgelagerte Prozesse nicht oder nur teilweise durchgeführt und ausgelagerte Dienstleistungen nicht oder nur teilweise erbracht werden können. In der Folge könnte es zu Geschäftsausfällen und zu Schadenersatzforderungen von Kunden kommen. Für diesen Fall bestehen Notfallpläne, explizite vertragliche Haftungsregelungen und Exit-Strategien, die Maßnahmen zur Reduzierung dieses Risikos vorsehen.

14.5.4. Risiken im Hinblick auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess

Risikomanagement

Die DZ BANK und die weiteren Unternehmen des Sektors Bank haben auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess bezogene interne Kontrollsysteme als Bestandteil der für den generellen Risikomanagementprozess implementierten Kontrollsysteme eingerichtet, um operationelle Risiken in diesem Bereich zu begrenzen. Die Funktionsweise dieser Kontrollsysteme wird im Abschnitt 3.4.7. dargestellt.

Risikofaktoren

Ein auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess bezogenes internes Kontrollsystem soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die wesentlichen Risiken im (Konzern-)Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht der DZ BANK Gruppe beziehungsweise die Konzernabschlüsse und die Konzernlageberichte sowie die Jahresabschlüsse und die Lageberichte der DZ BANK und der weiteren Unternehmen des Sektors Bank aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren in die DZ BANK Gruppe und in einzelne Unternehmen des Sektors Bank oder deren Reputation beeinträchtigt wird. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen.

Die (Konzern-)Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Angaben wesentlich von den

korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten. Das auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess bezogene interne Kontrollsystem hat das Ziel, diese Risiken zu reduzieren.

14.5.5. Rechtsrisiken

Risikomanagement

Rechtsrisiken können insbesondere aus Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen (Gesetze und Rechtsprechung), Veränderungen der behördlichen Auslegung, staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren und aus Änderungen des Geschäftsumfelds resultieren. In diesem Zusammenhang werden steuerliche Risiken mit rechtlichem Bezug nicht betrachtet. Deren Darstellung erfolgt im nachfolgenden Abschnitt 14.5.6.

In den Unternehmen des Sektors Bank liegt die Verantwortung für das Management rechtlicher Auseinandersetzungen im Regelfall bei den jeweiligen mit Rechtsfragen befassten Organisationseinheiten.

Die Unternehmen des Sektors Bank verfolgen eine Strategie der Vermeidung rechtlicher Risiken. Die mit der Beurteilung von Rechtsfragen befassten Organisationseinheiten verfolgen infolgedessen kontinuierlich rechtlich relevante Gesetzesvorhaben, aufsichtsrechtliche Vorgaben sowie die Entwicklung der Rechtsprechung. Die zuständigen Organisationseinheiten identifizieren auf dieser Basis rechtliche Risiken und wirken an der zeitnahen Information der betroffenen Fachbereiche sowie der Umsetzung etwaiger Anpassungen mit, soweit sich ein Handlungsbedarf ergibt. Die Rechtsbereiche übernehmen die Prüfung und Bewertung von Sachverhalten unter rechtlichen Gesichtspunkten und koordinieren auch etwaige Prozessverfahren. Letzteres gilt sowohl hinsichtlich der Abwehr von gegenüber den Unternehmen des Sektors Bank geltend gemachten Ansprüchen als auch hinsichtlich der Durchsetzung von Ansprüchen der Steuerungseinheiten gegenüber Dritten.

Bei Feststellung rechtlicher Risiken erfolgt in den betroffenen Steuerungseinheiten eine Beurteilung der Risikoparameter hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit sowie möglicher Auswirkungen. Ergänzend dazu werden quartalsweise die Streitwerte der Unternehmensbereiche im Rahmen der Erhebung von Risikoindikatoren ermittelt und im Falle der Über-

schreitung von Schwellenwerten von den betroffenen Unternehmensbereichen kommentiert. Darüber hinaus wird eine Erhebung von Standardszenarien zu Rechtsrisiken im Rahmen des jährlichen Risk Self-Assessments durch das Controlling operationeller Risiken unter Mitwirkung der Rechtsbereiche der Steuerungseinheiten durchgeführt. Die Ergebnisse werden bei der Ermittlung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt.

Identifizierte Risiken werden durch rechtliche beziehungsweise prozessuale Gestaltungsmaßnahmen begrenzt und gemindert oder mittels Rückstellungen beziehungsweise gleichwertiger Risikoversorge berücksichtigt.

Die Rechtsbereiche der Unternehmen des Sektors Bank berichten unabhängig von der institutionalisierten regelmäßigen Berichterstattung über rechtshängige Gerichtsverfahren auch risikorelevante Aspekte an den oder die zuständigen Vorstandsdezernenten.

Bilanzielle Vorsorge

Potenzielle Verluste aus Rechtsrisiken werden von den Unternehmen des Sektors Bank entsprechend den maßgeblichen (Konzern-)Rechnungslegungsvorschriften, auch im Hinblick auf die dafür gegebenenfalls zu bildenden Rückstellungen, berücksichtigt. Dies beinhaltet auch die aus rechtshängigen Gerichtsverfahren sich möglicherweise ergebenden Risiken.

Etwaige Risikokonzentrationen aufgrund der Vergleichbarkeit von Einzelfällen werden dabei berücksichtigt. Vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst.

Risikofaktoren

Die Unternehmen des Sektors Bank haben Vorsorge für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kapitalmarkt- und Kreditprodukten getroffen.

14.5.6. Steuerliche Risiken

Risikomanagement

Steuerliche Risiken können insbesondere aus Änderungen von steuerlichen Rahmenbedingungen (Steuergesetze, Rechtsprechung), Veränderungen der fiskalischen Auslegung, Änderungen nicht steuerlicher Regelungen sowie aus Änderungen des Geschäftsumfelds resultieren.

Die Unternehmen des Sektors Bank verfügen über dezentral organisierte Steuerrisikomanagementsysteme. Innerhalb der Steuerungseinheiten liegt die

Verantwortung für das Management steuerlicher Risiken im Regelfall bei den jeweiligen mit Steuerfragen befassten Organisationseinheiten.

Die Unternehmen des Sektors Bank verfolgen eine Strategie der Vermeidung steuerlicher Risiken. Den Ausgangspunkt für das Management steuerlicher Risiken bildet die fortlaufende Risikoidentifikation, -erfassung und -beobachtung. Bei Feststellung steuerlicher Risiken erfolgt eine Beurteilung der Risikoparameter hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit sowie möglicher Auswirkungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Identifizierte Risiken werden durch steuerliche Gestaltungsmaßnahmen begrenzt und gemindert.

Die Steuerabteilung der DZ BANK berichtet die risikorelevanten gruppenweiten Einflussgrößen an die Leitung des Unternehmensbereichs Konzern-Finanz und an den zuständigen Vorstandsdezernenten. Losgelöst davon und in Abhängigkeit von Wesentlichkeitsgrenzen erfolgt anlassbezogen eine Ad-hoc-Risikoberichterstattung an die genannten Adressaten.

Risikofaktoren

Die Unternehmen des Sektors Bank unterliegen regelmäßig **steuerlichen Außenprüfungen**.

Derzeit werden körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerliche Außenprüfungen bei der DZ BANK (inklusive des Organkreises) für die Veranlagungszeiträume der Geschäftsjahre 2010 und 2011 durchgeführt. Für den Folgezeitraum 2012 bis einschließlich 2014 ist im Herbst des Geschäftsjahres mit der Anschluss-Außenprüfung bei der DZ BANK begonnen worden. Für die vormalige WGZ BANK ist die steuerliche Außenprüfung für die Veranlagungszeiträume der Geschäftsjahre 2007 bis 2010 derzeit noch anhängig.

Für die Veranlagungszeiträume der Geschäftsjahre 2010 bis 2011 finden steuerliche Außenprüfungen derzeit auch bei **weiteren Unternehmen** des Sektors Bank statt beziehungsweise sind zwischenzeitlich bereits abgeschlossen. In Einzelfällen sind sie auch auf Folgejahre bis einschließlich des Geschäftsjahres 2014 erweitert worden.

Für Lohnsteuerzwecke ist bei der DZ BANK derzeit noch die Prüfung für die Geschäftsjahre 2007 bis einschließlich 2010 anhängig; für die Folgejahre von 2011 bis einschließlich 2014 wurde die Prüfung begonnen.

Im Rahmen der steuerlichen Außenprüfungen könnte es aufgrund unterschiedlicher Beurteilung der steuer-

lichen Risiken oder gegebenenfalls wegen anderer Sachverhalte zu Steuernachforderungen sowie zu Nachforderungen von Sozialversicherungsabgaben für bereits veranlagte Zeiträume kommen. Die Nachforderungen könnten sich, sofern sie die für steuerliche Risiken gebildeten Rückstellungen übersteigen, negativ auf die Ertragslage der DZ BANK Gruppe und einzelner Unternehmen des Sektors Bank auswirken.

Da steuerliche Außenprüfungen noch für mehrere Geschäftsjahre ausstehen, besteht die Gefahr von Steuernachzahlungen, die mit entsprechenden Zinszahlungen für fällige Steuerforderungen verbunden sind.

Die geschäftlichen Vorgänge werden auf der Basis der aktuellen Steuergesetzgebung und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung steuerlich beurteilt. Die Ergebnisse hieraus fließen in die Bemessung der Risikovorsorge ein. Aufgrund von **Änderungen im Steuerrecht beziehungsweise in der Rechtsprechung**, die gegebenenfalls auch Wirkung für die Vergangenheit entfalten, können sich weitere Risiken ergeben.

Die DZ BANK hat insbesondere in den Geschäftsjahren 2009 bis 2011 Kapitalertragsteuer aus Aktienkassageschäften im Zeitraum um den Dividendentstichtag (sogenanntes **Cum/Cum**) angerechnet. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur Versagung von Anrechnungsmöglichkeiten bei Wertpapierleihestrukturen vom 18. August 2015 wird aktuell diskutiert, wie die Grundsätze dieses Urteils unter anderem auch auf Aktienkassageschäfte zu übertragen sind.

Nach derzeitigem Sachstand erfüllt die DZ BANK auf Basis des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 11. November 2016 die Kriterien für eine Anrechnung der geltend gemachten Kapitalertragsteuer inklusive des Solidaritätszuschlags. Allerdings besteht Ungewissheit darüber, ob die Verlautbarung des BMF in dieser Form bestehen bleibt, da einige Bundesländer zu einer Überarbeitung des BMF-Schreibens drängen.

14.5.7. Compliance-Risiken

Risikomanagement

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit haben die Unternehmen des Sektors Bank unterschiedliche Rechtsvorschriften in einer Vielzahl von Ländern einzuhalten. Dies schließt Vorschriften über die Unzulässigkeit der Annahme oder Gewährung von Leistungen im Rah-

men von Geschäftsanbahnungen und andere unlautere Geschäftspraktiken ein.

Das Management von Risiken, die aus der Nichteinhaltung geltender Gesetze, regulatorischer Vorschriften und betrieblicher Regelwerke resultieren, wird im Abschnitt 3.4.4. dargestellt.

Risikofaktoren

Die Compliance- und Risikomanagementsysteme im Sektor Bank sind grundsätzlich angemessen. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass diese Systeme möglicherweise nicht ausreichen, um Verstöße gegen Rechtsvorschriften vollumfänglich zu verhindern beziehungsweise aufzudecken und alle relevanten Risiken für die Unternehmen des Sektors Bank zu identifizieren und zu bewerten sowie angemessene Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich das bestehende Compliance-System als unzureichend erweist oder dass Mitarbeiter der Unternehmen des Sektors Bank ungeachtet bestehender rechtlicher Vorschriften, interner Richtlinien oder Organisationsvorgaben zur Compliance und trotz entsprechender Schulungsmaßnahmen und Überprüfungen in- oder ausländische Rechtsvorschriften verletzen oder dass solche Handlungen nicht aufgedeckt werden.

Ein Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen kann zu rechtlichen Konsequenzen für die betroffenen Unternehmen beziehungsweise deren Organmitglieder oder Mitarbeiter führen. Dabei kann es sich zum Beispiel um Geldbußen und Strafen, Steuernachzahlungen oder Schadensersatzansprüche Dritter handeln. Zudem kann die Reputation der DZ BANK Gruppe insgesamt und einzelner Unternehmen des Sektors Bank hierunter leiden.

14.6. Schadenfälle

Die Entwicklung der Verluste aus operationellen Risiken verläuft nicht stetig. Das Gesamtrisikoprofil ergibt sich vielmehr aus dem langjährigen Verlustaufkommen und ist von wenigen großen Verlusten geprägt. Folglich sind Vergleiche der Nettoverluste der Berichtsperiode mit jenen der Vorjahresperiode nicht aussagekräftig. Daher wird auf die Angabe von Vorjahreswerten verzichtet.

Die im Geschäftsjahr gemeldeten und nach Ereigniskategorien klassifizierten Verluste aus Schadenfällen des **Sektors Bank** werden in Abb. 47 dargestellt. Aufgrund von im Einzelfall sehr geringen Eintrittshäu-

figkeiten für größere Schäden treten regelmäßig Schwankungen der Schadenverläufe im Zeitablauf auf. Die Selektion der Schadenfälle erfolgt auf Basis des Datums der Ausgabewirksamkeit und damit konsistent zu dem internen Berichtswesen.

Im **Sektor Bank** dominierten bei der Nettoverlusthöhe die Ereigniskategorien Kunden, Produkte und Geschäftsgpflogenheiten mit insgesamt 77 Prozent. Der Nettoverlust in der Ereigniskategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgpflogenheiten ist auf zwei Schadenfälle zurückzuführen. Ein Schadenfall resultiert aus Änderungen in der Rechtsprechung und Rechtsauslegung; ein weiterer Schadenfall bezieht sich auf einen bereits geschlossenen Standort.

In der **DZ BANK** lag der Schwerpunkt der Nettoverluste ebenfalls auf der Ereigniskategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgpflogenheiten mit einem Anteil von 90 Prozent an den gesamten Nettoverlusten. Die Nettoverluste sind auf den oben erwähnten Schadenfall aus einem bereits geschlossenen Standort zurückzuführen.

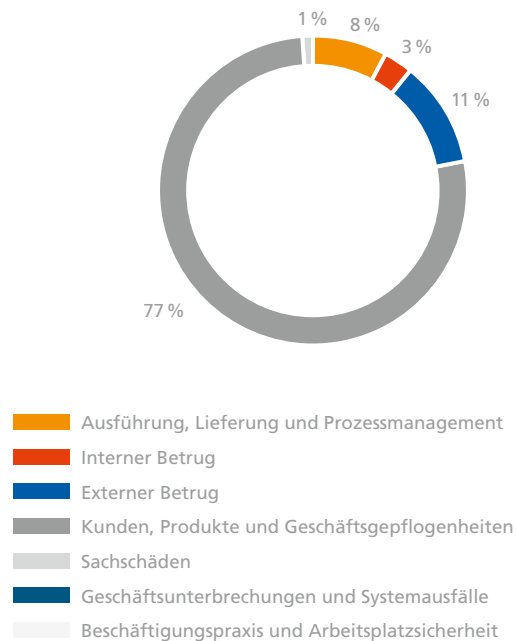
Der Schadenverlauf war im Geschäftsjahr in Bezug auf den erwarteten Verlust aus operationellen Risiken sowohl im **Sektor Bank** als auch in der **DZ BANK** zu jeder Zeit unkritisch.

14.7. Risikolage

Zum 31. Dezember 2016 wurde auf der Ebene des **Sektors Bank** gemäß dem internen Portfoliomodell ein Kapitalbedarf für operationelle Risiken in Höhe von 892 Mio. € (31. Dezember 2015: 871 Mio. €) ermittelt. Dem stand eine Verlustobergrenze von 1.152 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.150 Mio. €) gegenüber.

Der anhand des internen Portfoliomodells ermittelte Kapitalbedarf für operationelle Risiken der **DZ BANK** belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 439 Mio. € (31. Dezember 2015: 331 Mio. €). Die Beitragswarnschwelle betrug zum 31. Dezember 2016 479 Mio. € (31. Dezember 2015: 548 Mio. €). Der Risikokapitalbedarf lag im Verlauf des Geschäftsjahres sowohl im **Sektor Bank** als auch in der **DZ BANK** jederzeit

ABB. 47 – SEKTOR BANK: NETTOVERLUSTE NACH EREIGNISKATEGORIEN IM GESCHÄFTSJAHR¹



¹ In Anlehnung an die CRR werden auch solche durch operationelle Risiken verursachten Verluste ausgewiesen, die unter anderem im Zusammenhang mit Kreditrisiken stehen.

unterhalb der jeweils gültigen Verlustobergrenze beziehungsweise Beitragswarnschwelle.

14.8. Fazit und Ausblick

Seit dem Vorjahr wird ein Portfoliomodell zur Berechnung des ökonomischen Risikokapitalbedarfs für operationelle Risiken eingesetzt, das seit dem vierten Quartal 2016 auch auf die vereinigte Zentralbank und die **DZ BANK** Gruppe (nach Fusion) Anwendung findet. Auf Basis der Ergebnisse dieses Modells in Kombination mit den Wesentlichkeitsgrenzen, die für Verlustdatensammlung, szenariobasierte Risk Self-Assessments und Risikoindikatoren eingesetzt werden, ist eine effiziente Steuerung operationeller Risiken gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2017 soll der Anwendungsbereich des Rahmenwerks für operationelle Risiken ausgeweitet und die Anwendung der Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken qualitätsgesichert und optimiert werden.

Sektor Versicherung

15. Grundlagen des Risikomanagements im Sektor Versicherung

15.1. Risikostrategie

Die Grundsätze des Risikomanagements im Sektor Versicherung basieren auf der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der R+V. Die Risikostrategie leitet sich aus den Geschäftsstrategien unter Berücksichtigung der in der Frühjahrsklausur des Vorstands verabschiedeten strategischen 4-Jahres-Planung ab.

Das Management des **versicherungstechnischen Risikos Leben** verfolgt die Zielsetzung des Vorhaltens eines breit diversifizierten Produktportfolios sowie der Weiterentwicklung bestehender und der Konzeption neuer, innovativer Produkte. Zur Diversifikation des Lebensversicherungs- und Altersvorsorgeportfolios werden Renten-, Kapitallebens-, und Risikoversicherungen, Lebensarbeitszeit- und Altersteilzeitprodukte sowie Produkte mit Indexpartizipation so gezeichnet, dass eine Balance in den Produkt-Säulen erreicht wird. Die Rechnungsgrundlagen werden so bemessen, dass sie ausreichende Sicherheitsmargen enthalten und Anpassungen an neueste Erkenntnisse berücksichtigen, um neben der aktuellen Risikosituation auch einer veränderten Risikosituation standzuhalten. Bei Produkten mit Überschussbeteiligung stellt diese das zentrale Instrument zur Risikominderung dar. Ihre Festlegung erfolgt in angemessener Weise. Zeichnungsrichtlinien und Risikoprüfungen dienen der Vermeidung der Antiselektion. Die Risikoexposition für große Einzelrisiken wird gegebenenfalls durch Rückversicherungsverträge begrenzt.

Die Zielsetzungen des Managements des **versicherungstechnischen Risikos Gesundheit** bestehen in einer risikobewussten Annahmepolitik, einer konsequenten Leistungs- und Kostensteuerung sowie in der Weiterentwicklung bestehender und der Konzeption neuer, innovativer Produkte. Auch in diesem Fall werden die Rechnungsgrundlagen so bemessen, dass sie ausreichende Sicherheitsmargen enthalten und Anpassungen an neueste Erkenntnisse berücksichtigen, um neben der aktuellen Risikosituation auch einer veränderten Risikosituation standzuhalten. Die Risikoexposition für große Einzelrisiken wird gegebenenfalls durch Rückversicherungsverträge begrenzt.

Das Management des **versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben im selbst abgeschlossenen Geschäft** ist auf die Optimierung der Portfolios nach Ertrags- und Risikoaspekten ausgerichtet. Als Vollproduktanbieter im Bereich der Schadenversicherung liegt der Fokus der R+V auf nationalem Geschäft. Das Eingehen von Risiken im Zusammenhang mit dem Ausbau des Marktanteils wird grundsätzlich in dem Maße akzeptiert, in dem es sich um ertragreiches Geschäft handelt. Eine gezielte Risikoselektion erfolgt durch Zeichnungsrichtlinien und Größenrestriktionen. Zur Senkung der Ergebnisvolatilität und Absicherung von Groß- und Kumulschäden sowie zum Schutz und zur Stärkung der vorhandenen Finanz- und Ertragskraft wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Einkauf von Rückversicherungsdeckungen geprüft.

Auch im **übernommenen Geschäft Nicht-Leben** verfolgt die R+V das Ziel einer Portfoliooptimierung nach Ertrags- und Risikogesichtspunkten. Die Risikoselektion erfolgt anhand verbindlicher Zeichnungsrichtlinien und der darin enthaltenen Haftungsausschlüsse. Die Annahme von Rückversicherungsrisiken wird im Rahmen der Vertriebs- und Zeichnungspolitik über Einzelhaftungslimite und Kumullimite gesteuert.

Aus den Kapitalanlagen der R+V resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Die **Marktrisikostategie** der R+V wird durch die Bestimmungen der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze nach § 124 VAG und durch interne Regelungen determiniert.

Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden; außerdem muss die Belegenheit der Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit gewährleisten. Darüber hinaus wird im Rahmen des Asset Liability-Managements durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage der R+V sichergestellt, dass die Möglichkeiten der Vermögensanlage mit den passivischen Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsverträgen abgeglichen werden.

Die von der R+V eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der Strategischen Asset

Allocation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen an die Tochterunternehmen der R+V entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider. Sie werden unter Beachtung der auf Ebene der DZ BANK Gruppe festgelegten Verlustobergrenzen im Rahmen des Risikomanagements gesteuert.

Mit der Steuerung des Marktrisikos sind die grundsätzlichen risikopolitischen Ziele der Sicherstellung wettbewerbsfähiger Kapitalanlageergebnisse unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit, der Erreichung definierter Mindestkapitalanlageergebnisse unter Stressszenarien und der Sicherstellung eines angemessenen Aktivreserveniveaus zur Gewährleistung der Ergebniskontinuität verbunden. Zudem besteht die Zielsetzung der Gewährleistung eines hinreichenden Anteils an fungiblen Anlagen. Die Begrenzung des Risikos in der Lebensversicherung erfolgt unter anderem durch die Überschussbeteiligung, die Festlegung eines angemessenen Rechnungszinses und die Bildung von Zinszusatzrückstellungen.

Im Rahmen der Risikostrategie des **Gegenpartei-ausfallrisikos** werden der Erhalt des hohen Durchschnittsratings der Bestände, die Vermeidung von Emittentenkonzentrationen auf Portfolioebene und die Einhaltung der festgelegten Kontrahentenlimite gegenüber Gegenparteien und Schuldern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen angestrebt.

Die Risikostrategie des **operationellen Risikos** sieht eine weitere Steigerung des Risikobewusstseins für operationelle Risiken vor.

15.2. Organisation, Verantwortung und Risikoberichtswesen

Ein über alle Unternehmen des R+V-Teilkonzerns implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zur Identifikation, Analyse und Bewertung, Steuerung und Überwachung sowie zur Berichterstattung und Kommunikation der Risiken fest. Diese Regeln bilden die Grundlage für ein zentrales **Frühwarnsystem**.

Beteiligungen sind ebenfalls in das Risikomanagement des R+V-Teilkonzerns einbezogen. Das Risikomanagementsystem umfasst zudem ein Business Continuity Managementsystem. Die Überprüfung und Bewertung der Risikotragfähigkeit erfolgt mindestens vierteljährlich und umfasst auch eine qualitative Überprüfung verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte. Bei Überschreitung

eines definierten Indexwerts sind geeignete Maßnahmen einzuleiten. Die Risikotragfähigkeit und sämtliche wesentlichen Risiken werden vierteljährlich durch die Risikokommission abschließend bewertet.

Mit der Benennung der Inhaber von Schlüsselfunktionen sowie der Erstellung der gemäß Solvency II geforderten internen Leitlinien hat die R+V ihr Governance-System zum 1. Januar 2016 erweitert.

Das zentrale **Risikoberichtswesen** der R+V dient der Transparenz in der Berichterstattung. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an das für das betroffene Geschäftsfeld zuständige Vorstandsmitglied der R+V und das für das Risikomanagement zuständige Vorstandsmitglied der R+V vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien der R+V regelmäßig sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

16. Versicherungstechnisches Risiko

16.1. Definition und Ursachen

16.1.1. Definition

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Es wird gemäß Solvency II in die folgenden Kategorien unterteilt:

- Versicherungstechnisches Risiko Leben
- Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit
- Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben

Versicherungstechnisches Risiko Leben

Das versicherungstechnische Risiko Leben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts. Das versicherungstechnische Risiko Leben wird als Kombination der Kapitalanforderungen für mindestens folgende Untermodule berechnet:

- Das **Sterblichkeitsrisiko** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsraten ergibt, wenn der Anstieg der Sterblichkeitsrate zu

einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt.

- Das **Langlebigkeitsrisiko** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsraten ergibt, wenn der Rückgang der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt.
- Das **Invaliditätsrisiko** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Invaliditäts-, Krankheits- und Morbiditätsraten ergibt.
- Das **Lebensversicherungskatastrophenrisiko** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.
- Das **Stornorisiko** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsraten von Versicherungspolicen ergibt.
- Das **Lebensversicherungskostenrisiko** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen angefallenen Kosten ergibt.

Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.

Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben

Das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt,

und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts. Es wird als Kombination der Kapitalanforderungen für die folgenden Untermodule berechnet:

- Das **Prämien- und Reserverisiko** bezeichnet die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.
- Das **Katastrophenrisiko Nicht-Leben** beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.
- Das **Stornorisiko** beschreibt die Unsicherheit über das Fortbestehen von Erst- und Rückversicherungsverträgen. Es resultiert aus der Tatsache, dass der Wegfall von für das Versicherungsunternehmen profitablen Verträgen zur Verminderung der Eigenmittel führt.

16.1.2. Ursachen

In der DZ BANK Gruppe entstehen versicherungstechnische Risiken aus den Geschäftsaktivitäten der Versicherungstochter R+V und deren Tochterunternehmen. Sie resultieren aus dem selbst abgeschlossenen Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft, dem selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft und dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft.

Versicherungstechnische Risiken entstehen als Abweichungen vom erwarteten Schadenverlauf in Folge der zufälligen Ausprägung bezüglich Zeitpunkt, Häufigkeit und Höhe von Versicherungsfällen. Auch können unvorhersehbare Veränderungen der versicherten Risiken und der Schadenverteilungen, Erwartungswerte und Streuungen, zum Beispiel durch Veränderungen von klimatischen und geologischen Umweltbedingungen oder etwa durch technische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Veränderungen, Risikoursachen darstellen. Weitere Ursachen können unvollständige Informationen über die wahre Zufallsgesetzmäßigkeit der Schadenverteilung durch fehlerhafte statistische Analysen oder unvollständige Informationen über die zukünftige Gültigkeit der für die Vergangenheit festgestellten Schadengesetzmäßigkeiten sein.

Die versicherungstechnische Risikosituation von Lebensversicherungsunternehmen ist zudem maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien im Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen.

Die versicherungstechnische Risikosituation eines Krankenversicherungsunternehmens ist maßgeblich geprägt durch einen Anstieg der Aufwendungen für Versicherungsfälle, dessen Ursachen einerseits in der Entwicklung des Bestands und andererseits in den Verhaltensweisen der Versicherten und der Leistungserbringer liegen.

16.2. Management des versicherungstechnischen Risikos Leben

16.2.1. Risikomessung

Für die dem **Sterblichkeitsrisiko** unterliegenden Versicherungsverträge wird das Risiko über eine Erhöhung der Sterblichkeit um 15 Prozent abgebildet.

Für die dem **Langlebigkeitsrisiko** unterliegenden Versicherungsverträge wird das Risiko über eine Erhöhung der Langlebigkeit um 20 Prozent abgebildet.

Zur Bestimmung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs für das **Invaliditätsrisiko** werden ein dauerhafter Anstieg der für die folgenden 12 Monate erwarteten Invaliditätsraten um 35 Prozent, ein dauerhafter Anstieg der für den Zeitraum nach diesen 12 Monaten erwarteten Invaliditätsraten um 25 Prozent sowie eine dauerhafte Abnahme aller erwarteten Reaktivierungswahrscheinlichkeiten um 20 Prozent betrachtet.

Für die vom **Lebensversicherungskatastrophenrisiko** betroffenen Versicherungsverträge wird das Risiko über einen sofortigen Anstieg der Sterblichkeitsraten in den nächsten 12 Monaten um 0,15 Prozentpunkte abgebildet.

Für die dem **Stornorisiko** unterliegenden Versicherungsverträge wird das Risiko jeweils für die Szenarien Stornoanstieg mit einer Erhöhung der Stornorate um 50 Prozent, Stornorückgang mit einer Reduzierung der Stornoquote um 50 Prozent sowie Massenstorno mit einer Stornierung von 40 Prozent der Verträge abgebildet.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf für das **Lebensversicherungskostenrisiko** basiert auf den Stressszenarien eines dauerhaften Anstiegs der in der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen berücksich-

tigten Kosten um 10 Prozent und einer Erhöhung der Kosteninflationsrate um 1 Prozentpunkt.

16.2.2. Risikomanagement im selbst abgeschlossenen Lebensversicherungsgeschäft

Bereits bei der Produktentwicklung werden die versicherungstechnischen Risiken durch eine sorgfältige und vorsichtige Kalkulation minimiert. Dies gilt sowohl für die Weiterentwicklung bestehender Produkte als auch für die Konzeption innovativer neuer Absicherungen. Im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften geschieht dies durch eine Berücksichtigung ausreichender Sicherheitsmargen in den Rechnungsgrundlagen. Die Rechnungsgrundlagen werden so bemessen, dass sie sowohl der aktuellen Risikosituation genügen als auch einer sich möglicherweise ändernden Risikolage standhalten. Mittels aktueller Controllingsysteme wird regelmäßig geprüft, ob eine Änderung in der Kalkulation für zukünftiges Neugeschäft vorgenommen werden muss. Zudem wird die Berechnung laufend an neueste Erkenntnisse der Versicherungsmathematik angepasst. Die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen wird im Rahmen der Produktentwicklung und im Vertragsverlauf durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Um eine Konzentration nachteiliger Risiken im Bestand zu verhindern, wird eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Zur Begrenzung des **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisikos** werden vor Vertragsabschluss umfangreiche Risikoprüfungen vorgenommen. Insgesamt darf die Annahme von Risiken nur unter Einhaltung festgelegter Zeichnungsrichtlinien erfolgen. Hohe Einzel- oder Kumulrisiken werden durch angemessene Rückversicherungen begrenzt.

Grundsätzlich wirkt die breite Diversifikation der versicherten Risiken innerhalb der R+V risikomindernd. Eine Erhöhung der Sterblichkeit wirkt beispielsweise negativ bei kapitalbildenden Lebensversicherungen und Risikoversicherungen, gleichzeitig aber positiv auf das Langlebigkeitsrisiko bei Rentenversicherungen.

Das **Lebensversicherungskostenrisiko** wird durch Realisierung von Kosteneinsparpotenzialen und nachhaltiges Wirtschaften begrenzt.

Zur Minderung des **Stornorisikos** werden die Lebensversicherungsverträge so ausgestaltet, dass auf veränderte Lebensumstände der Versicherungsnehmer mit einem Höchstmaß an Flexibilität reagiert werden kann. Eine Auswahl unterschiedlicher Optionen ermöglicht

es dem Kunden, seinen Vertrag weiterzuführen statt zu kündigen. Die Gestaltung der Überschussbeteiligung mit einem attraktiven Schlussüberschussanteil wirkt ebenfalls dem Stornorisiko entgegen.

Darüber hinaus stellen die Deklarationen der zukünftigen **Überschussbeteiligung** ein wesentliches Instrument zur Verringerung der versicherungstechnischen Risiken der Lebensversicherung dar.

16.3. Management des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit

16.3.1. Risikomessung

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit wird als Kombination der Kapitalanforderungen für die Unterkategorien Gesundheit nach Art der Nicht-Lebensversicherung, Gesundheit nach Art der Lebensversicherung und Katastrophenrisiko Gesundheit berechnet.

Die Risikomessung in den Unterkategorien erfolgt grundsätzlich nach den in den Abschnitten zum versicherungstechnischen Risiko Leben beziehungsweise Nicht-Leben dargestellten Methoden.

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit beinhaltet neben dem Kranken- und dem Berufsunfähigkeitsversicherungsgeschäft unter anderem auch wesentliche Teile des Unfallversicherungsgeschäfts.

16.3.2. Risikomanagement im Kranken- und Unfallversicherungsgeschäft

Risikomanagement im Krankenversicherungsgeschäft

In der Krankenversicherung wird den versicherungstechnischen Risiken durch eine **risikobewusste Annahmepolitik**, die sich durch verbindliche Annahmerichtlinien und eine sorgfältige Risikoselektion auszeichnet, sowie durch zielgerichtetes Leistungs- und Kostenmanagement begegnet. Die Inanspruchnahme von Leistungen wird in vielen Tarifen im besonderen Maße durch Selbstbehalte gesteuert. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen wird durch den Verantwortlichen Aktuar überwacht.

Aufgrund der Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes vergleicht die R+V jährlich die erforderlichen mit den kalkulierten Versicherungsleistungen. Falls sich bei dieser Schadengegenüberstellung für eine

Beobachtungseinheit eines Tarifs eine nicht nur vorübergehende Abweichung ergibt, werden die **Tarifbeiträge** angepasst. Dabei erfolgt die Festlegung ausreichend sicherer Rechnungsgrundlagen in Abstimmung mit einem unabhängigen Treuhänder. Ein in die Beiträge eingerechneter Sicherheitszuschlag sorgt zudem für einen Ausgleich bei einem eventuell überrechnungsmäßigen Schadenverlauf.

In der Krankenversicherung enthält die **Ausscheidungsordnung** Annahmen zur Sterbewahrscheinlichkeit und zu sonstigen Abgangswahrscheinlichkeiten. Gemäß Krankenversicherungsaufsichtsverordnung sind diese unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Risikoeinschätzung festzulegen und regelmäßig zu überprüfen. Deshalb wird vom Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. (PKV) in Abstimmung mit der BaFin in regelmäßigen Abständen eine neue Sterbetafel entwickelt. Gemäß gesetzlichen Vorschriften vergleicht die R+V jährlich die kalkulierten mit den zuletzt veröffentlichten Sterbewahrscheinlichkeiten.

Bei der Festlegung der rechnungsmäßigen **Stornowahrscheinlichkeiten** werden sowohl eigene Beobachtungen verwendet als auch die aktuellen von der BaFin veröffentlichten Werte herangezogen.

Bei **Beitragsanpassungen**, die zum 1. Januar 2016 durchgeführt wurden, hat die R+V sowohl im Neugeschäft als auch im Bestand die PKV-Sterbetafel des Jahres 2016 eingesetzt.

Im **Neugeschäft** der R+V werden Unisextarife angeboten. Die Kalkulation dieser Tarife basiert nicht nur auf der bestehenden Geschlechterzusammensetzung, sondern berücksichtigt auch das erwartete Wechselverhalten des Bestands in die Neugeschäftstarife. Die Angemessenheit der rechnungsmäßigen Bestandszusammensetzung wird mit Vergleichsrechnungen aktuariell überprüft.

Risikomanagement im Unfallversicherungsgeschäft

Die Risikosituation in der Sparte Unfall ist dadurch geprägt, dass es sich um eine Summen- und nicht um eine Schadenversicherung handelt. Folglich ist die maximale Leistung je versicherter Person durch die versicherte Summe begrenzt.

In der Unfallversicherung erfolgt eine risikobewusste Annahmepolitik. Die Angemessenheit der Prämien wird kontinuierlich überprüft. Im Schadenfall erfolgt eine individuelle Leistungsprüfung. Die Auswahl der Sachverständigen und Gutachter erfolgt sehr sorgfältig,

um eine realistische und angemessene Einschätzung zu erhalten.

16.4. Management des versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben

16.4.1. Risikomessung

Die Berechnung der Kapitalanforderungen für das **Prämien- und Reserverisiko** beruht für alle betriebenen Versicherungszweige auf Risikofaktoren und Volumenmaßen. Die Volumenmaße berücksichtigen die geografische Diversifikation. Die Risikofaktoren (zum Beispiel die Standardabweichung in Prozent des Volumenmaßes) beschreiben die Gefährlichkeit des Risikos. Volumenmaße für das **Prämienrisiko** sind im Wesentlichen die verdienten Netto-Prämieneinnahmen des Geschäftsjahres sowie des ersten und zweiten Folgejahres. Das Volumenmaß für das **Reserverisiko** sind die Netto-Schadenrückstellungen in Form des besten Schätzwerts.

Die Kapitalanforderung für das **Katastrophenrisiko** wird als Aggregation von vier Risikomodulen ermittelt. Diese sind das Naturkatastrophenrisiko (gegliedert nach den Naturgefahren Hagel, Sturm, Überschwemmung, Erdbeben und Erdsenkung), das Katastrophenrisiko der nicht-proportionalen Rückversicherung in der Sachversicherung, das von Menschen verursachte Katastrophenrisiko und das sonstige Katastrophenrisiko in der Schadenversicherung. Zur Ermittlung des Katastrophenrisikos werden die Volumenmaße Versicherungssummen und Prämien herangezogen. Die Risikominderung durch Rückversicherung wird berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs werden im Rahmen der internen Risikobetrachtung für Teile des **Erstversicherungsbestands** empirische Verteilungen für die relevanten Kenngrößen, wie etwa Schadenhöhe oder Schadenanzahl pro Sparte und Schadenart (zum Beispiel Basisschäden, Großschäden, Katastrophenschäden), generiert. Damit kann der Value-at-Risk zum geforderten Konfidenzniveau direkt aus dem so modellierten versicherungstechnischen Ergebnis, aufgefasst als Verlustfunktion, ermittelt werden. Die Parametrisierung der betrachteten Verteilungen erfolgt auf den historischen Bestandsdaten sowie deren Plandaten und spiegelt damit die tatsächliche Risikolage des Unternehmens wider.

Dabei erfolgt die Risikomodellierung zur Berechnung der Basisschäden der Naturgefahr Erdbeben beziehungsweise der Basisschäden sowie der kleineren

Kumulereignisse der Naturgefahren Hagel, Sturm und Überschwemmung nach mathematisch-statistischen Verfahren. Die minimalen und maximalen Schadenhöhen für kleine Kumulereignisse werden anhand der eigenen Schadenerfahrung abgeleitet. Die Modellierung erfolgt auf Basis eigener Schadendaten.

Für die großen Kumulereignisse der Naturgefahren Hagel, Sturm sowie Überschwemmung und Erdbeben erfolgt die Risikomodellierung auf der Grundlage wahrscheinlichkeitsbasierter Naturgefahrenmodelle. Dazu werden von externen Anbietern modellierte Katastrophenschäden je Naturgefahr verwendet, die das spezifische Risikoprofil berücksichtigen.

Im **aktiven Rückversicherungsgeschäft** setzt die R+V ein Simulationstool zur stochastischen Risikomodellierung des Katastrophenrisikos ein. Zur einzelvertraglichen Modellierung des Naturkatastrophenrisikos werden Ereigniskataloge externer Anbieter herangezogen, die vordefinierte Szenarien auf Basis historischer Beobachtungen enthalten. Die Ereigniskataloge decken für die Risiken der aktiven Rückversicherung wesentliche Länder und Naturgefahren des gezeichneten Risikos ab. Darüber hinaus wird eine Modellierung auf Basis der eigenen Schadenhistorie verwendet. Auf Basis historischer Großschäden werden dabei Szenarien für das aktuelle Portfolio generiert.

Zur Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs des **von Menschen verursachten Katastrophenrisikos** wird bei der aktiven Rückversicherung eine Modellierung auf Basis der eigenen Schadenhistorie verwendet. Auf Basis der historischen Großschäden werden dabei Szenarien für das aktuelle Portfolio generiert.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf für das **Stornorisiko** wird auf Basis eines Stressszenarios ermittelt, das ein Storno von 40 Prozent derjenigen Versicherungsverträge unterstellt, bei denen ein Storno zu einer Erhöhung des besten Schätzwerts für die Prämienrückstellung führen würde.

16.4.2. Risikomanagement im selbst abgeschlossenen Geschäft Nicht-Leben

Die Steuerung des **Prämien- und Reserverisikos** erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die R+V bei großen Einzelrisiken auf adäquaten Rückversicherungsschutz.

Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Marktbeobachtungen und eine permanente Kontrolle der ergriffenen Maßnahmen ermöglichen frühzeitig Handlungsoptionen zur Geschäftssteuerung unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Risikoneigung.

Die Messung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs des **Naturkatastrophenrisikos** wird ergänzt durch regelmäßige Analysen des Versicherungsbestands. Gegenstand dieser Analysen, die unter anderem mithilfe des Geoinformationssystems ZÜRS (Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen) durchgeführt werden, sind Risikokonzentrationen und deren Veränderung im Zeitablauf. Die Nutzung geografischer Diversifikation und der Einsatz von Zeichnungsrichtlinien bilden die Basis der Steuerung des Risikos aus Naturkatastrophen.

Zur Risikominderung in der Versicherungstechnik kauft die R+V fakultativen und obligatorischen Rückversicherungsschutz ein, formuliert Risikoausschlüsse und gestaltet risikogerechte Selbstbehalt-Modelle. Im Zusammenhang mit Rückversicherungsentscheidungen erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Risikotragfähigkeit. Daraus leiten sich Rückversicherungsstrukturen und Haftungstrecken ab.

Zur Schadenbegrenzung und Schadenverhütung stellt die R+V ein Netz verschiedener Dienstleistungstöchter zur Verfügung, deren spezialisierte Serviceangebote die Kunden und Vertriebspartner in Vertrags-, Risikopräventions- oder Sanierungsfragen begleiten.

Die Schätzung der Verpflichtungen aus eingetretenen Schäden ist mit Unsicherheiten behaftet. In Übereinstimmung mit den Anforderungen von Solvency II werden zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen mithilfe von mathematisch-statistischen Verfahren ermittelt. Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt getrennt nach Prämien- und Schadenrückstellungen. Bei den Berechnungen werden unternehmenseigene Erfahrungen, aktuarielle Statistiken und zusätzliche Informations-

quellen verwendet. Die eingesetzten Methoden orientieren sich an allgemein anerkannten Grundsätzen versicherungsmathematischer Praxis.

16.4.3. Risikomanagement im übernommenen Geschäft Nicht-Leben

Dem **Prämien- und Reserverisiko** begegnet die R+V mit einer kontinuierlichen Marktbeobachtung der wirtschaftlichen und politischen Situation und einer Risikosteuerung gemäß der strategischen Ausrichtung unter Berücksichtigung einer risikogerechten Tarifierung. Die Risikosteuerung erfolgt durch eine klar strukturierte und ertragsorientierte Zeichnungspolitik. Die Übernahme von Risiken erfolgt innerhalb verbindlicher Zeichnungsrichtlinien und -limite, die die Haftungen sowohl im Einzelschaden- als auch im Kumulschadenbereich begrenzen. Bei der Zeichnung von Risiken berücksichtigt die R+V die ökonomischen Kapitalkosten. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird regelmäßig überwacht.

Die wesentlichen versicherungstechnischen Risiken im Portfolio der übernommenen Rückversicherung liegen in den **Katastrophenrisiken**, Long-Tail-Risiken, dem Reserverisiko und darüber hinaus in gravierenden Veränderungen in den Grundtrends der Hauptmärkte. Die tatsächliche und mögliche Belastung aus Höhe und Frequenz von Naturkatastrophenschäden wird mittels einer marktüblichen Software und durch eigene zusätzliche Verifizierungen erfasst und beurteilt. Es erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der möglichen Risikokonzentrationen aus Naturkatastrophenrisiken im Portfolio.

Die Zielsetzung der Steuerung des Katastrophenrisikos ist die Sicherstellung eines breiten Risikoausgleichs über alle Sparten hinweg und eine weltweite territoriale Diversifikation.

Für die zentrale Steuerung und die Begrenzung der Kumulrisiken aus einzelnen Naturgefahren werden Limite eingesetzt. Ein wichtiges Instrument zur Risikosteuerung ist eine systematische Kumulkontrolle der genehmigten Limite für Naturkatastrophenrisiken. Im Rahmen der Limitüberwachung und -steuerung erfolgen gegebenenfalls Kapazitätsumverteilungen oder -erweiterungen. Die modellierten Exponierungen bewegen sich innerhalb der genehmigten Limite.

Maßnahmen zur Risikominderung beinhalten unter anderem die Steuerung des Selbstbehalts und der Retrozession unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und der effektiven Retrozessionskosten.

Dabei gelten Mindestanforderungen bezüglich der Bonität der Retrozessionäre. Die Risikotragfähigkeit ist durch eine ausreichende Eigenmittel- und Reserveausstattung sichergestellt, sodass zurzeit kein Retrozessionseinkauf erfolgt.

Eine permanente und zeitnahe Beobachtung der Schadenentwicklungen ermöglicht die Ableitung von vorbeugenden Maßnahmen zur Erreichung eines ausreichenden Reserveniveaus. Die Überwachung der Reservestellung erfolgt unter anderem durch die jährliche Erstellung eines Reservegutachtens.

16.5. Risikofaktoren

Im **selbst abgeschlossenen Lebensversicherungsgeschäft** besteht bei langfristigen Garantieprodukten, die einen Großteil des Bestands ausmachen, aufgrund der langen Vertragsdauern das Risiko negativer Abweichungen von den Kalkulationsannahmen über die Laufzeit der Verträge. Risikofaktoren sind dabei zum Beispiel die Änderung der Lebenserwartung, die Zunahme von Invalidisierungen sowie überproportionale Kostensteigerungen.

Im Rahmen des **selbst abgeschlossenen und übernommenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts** betreibt die R+V Geschäfte, die die Abdeckung von Katastrophen zum Gegenstand haben. Dabei handelt es sich sowohl um Naturkatastrophen, wie zum Beispiel Erdbeben, Sturm oder Überschwemmung, als auch um durch menschliche Eingriffe verursachte Unglücke.

Diese Ereignisse sind unvorhersehbar. Es besteht grundsätzlich die Gefahr des Eintritts besonders großer Einzelschadenereignisse und auch die des Eintritts besonders vieler, nicht notwendigerweise großer Einzelschadenereignisse. Dadurch kann die tatsächliche Schadenbelastung aus Höhe und Frequenz von Schäden eines Jahres die erwartete Belastung deutlich übersteigen.

Ungünstige Schadenverläufe hätten eine Erhöhung der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Versicherungsleistungen zur Folge und könnten sich negativ auf das Ergebnis der DZ BANK Gruppe auswirken.

16.6. Schadenentwicklung in der Nicht-Lebensversicherung

Im **selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft** war der Schadenverlauf im Bereich der Elementarereignisse durch die 3 Tiefdruckgebiete Elvira (61 Mio. €), Friederike/Gisela (33 Mio. €) und

Neele/Oliane (52 Mio. €) mit einem Schadenvolumen von insgesamt 146 Mio. € geprägt. Darüber hinaus waren 2 Feuer-Einzelschadenereignisse in Höhe von insgesamt 66 Mio. € zu verzeichnen. Aufgrund dessen lag die Groß- und Kumulschadenlastquote oberhalb der Vergleichswerte der vorherigen Geschäftsjahre. Die Grundschaadenlastquote (ohne Groß- und Kumulschäden) unterschritt hingegen den 5-Jahres-Durchschnitt leicht. Insgesamt ergab sich eine Meldejahres-Schadenquote, die leicht über dem Schnitt der Vorjahreswerte liegt.

In der **übernommenen Rückversicherung** bewegten sich die im Geschäftsjahr angefallenen Groß- und Kumulschäden insgesamt auf einem durchschnittlichen Niveau und lagen im Erwartungsbereich.

Die Entwicklung der Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse (nach Rückversicherung) im selbst abgeschlossenen und übernommenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft geht aus Abb. 48 hervor.

16.7. Risikolage

Zum 31. Dezember 2016 betrug der **Gesamtsolvabilitätsbedarf für das versicherungstechnische Risiko Leben** 702 Mio. € (31. Dezember 2015: 403 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zinsentwicklung. Die **Verlustobergrenze** wurde zum Berichtsstichtag auf 1.200 Mio. € (31. Dezember 2015: 520 Mio. €) festgelegt. Die Verlustobergrenze wurde im Verlauf des Geschäftsjahres jederzeit eingehalten.

Der **Gesamtsolvabilitätsbedarf für das versicherungstechnische Risiko Gesundheit** wurde zum 31. Dezember 2016 mit 148 Mio. € (31. Dezember 2015: 162 Mio. €) gemessen. Dem stand eine **Verlustobergrenze** von 330 Mio. € (31. Dezember 2015: 70 Mio. €) gegenüber. Auch hier lag der Risikokapitalbedarf im Verlauf des Geschäftsjahres jederzeit unter der Verlustobergrenze.

Zum 31. Dezember 2016 betrug der **Gesamtsolvabilitätsbedarf des versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben** 2.691 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.651 Mio. €). Der leichte Anstieg resultiert aus der Erhöhung des Prämien- und Reserverisikos aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens. Der Rückgang des Katastrophenrisikos Nicht-Leben ist auf die Ausweitung des Rückversicherungsschutzes zurückzuführen. Die **Verlustobergrenze** wurde zum Berichtsstichtag auf 3.250 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.600 Mio. €) festgelegt. Sie wurde im Berichtszeitraum zu keinem Zeitpunkt überschritten.

ABB. 48 – SEKTOR VERSICHERUNG: SCHADENQUOTEN UND ABWICKLUNGSERGEBNISSE (NACH RÜCKVERSICHERUNG)¹

	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
Schadenquoten (netto) in % der verdienten Beiträge											
mit Groß- und Katastrophenschäden	76,1	76,2	75,5	78,2	75,6	77,7	77,3	73,0	72,6	73,7	71,0
ohne Groß- und Katastrophenschäden	72,3	74,0	73,8	69,1	72,7	71,4	75,0	73,0	70,6	70,1	69,8
Abwicklungsergebnisse (netto) in % der Eingangs- schadenrückstellung											
Schaden/Unfall	3,6	1,6	2,1	0,5	0,3	1,9	4,8	4,8	8,4	6,1	7,1

¹ Selbst abgeschlossenes und übernommenes Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf für die verschiedenen Ausprägungen des versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben ist aus Abb. 49 ersichtlich.

16.8. Fazit und Ausblick

Die R+V verfügt über zahlreiche Instrumente, um den identifizierten versicherungstechnischen Risiken wirkungsvoll zu begegnen und neue Risiken frühzeitig zu erkennen. Durch vorhandene Sicherungsmittel, ein breit diversifiziertes Produktportfolio, starke Vertriebswege und kostenbewusstes Wirtschaften können diese Risiken grundsätzlich beherrscht und sich ergebende Chancen genutzt werden.

Die Entwicklung des versicherungstechnischen Risikos im selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft im Geschäftsjahr 2017 wird von der Strategie eines nachhaltig ertragreichen Wachstums in allen Geschäftsbereichen der R+V geprägt sein.

In der übernommenen Rückversicherung ist ein Ausbau des geografisch und nach Sparten gut diversifizierten Portfolios durch die Fortführung der ertragsorientierten Zeichnungspolitik der Vorjahre vorgesehen.

17. Marktrisiko

17.1. Definition und Ursachen

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise für Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unter-

ABB. 49 – SEKTOR VERSICHERUNG: GESAMTSOLVABILITÄTSBEDARF FÜR DAS VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKO NICHT-LEBEN

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Prämien- und Reserverisiko	1.667	1.504
Katastrophenrisiko Nicht-Leben	1.736	1.839
Stornorisiko	48	46
Summe (nach Diversifikation)	2.691	2.651

nehmens beeinflussen. Es spiegelt die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere in Hinblick auf deren Laufzeit angemessen wider.

Das Marktrisiko setzt sich aus folgenden Unterkategorien zusammen:

- Das **Zinsrisiko** beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinsstrukturkurve oder auf die Volatilität der Zinssätze. Aufgrund des andauernden Niedrigzinsumfelds besteht insbesondere für die Versicherungsbestände der Lebensversicherung mit einer hohen Garantieverzinsung ein erhöhtes Risiko.
- Das **Spread-Risiko** beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Bonitäts-Spreads oberhalb der risikofreien Zinskurve. Weiterhin werden in dieser Unterkategorie Ausfallrisiken und Migrationsrisiken berücksichtigt. Als Bonitäts-Spread wird die Zinsdifferenz zwischen einer risikobehafteten und einer risikolosen Rentenanlage

bezeichnet. Änderungen dieser Bonitätsaufschläge führen zu Marktwertänderungen der korrespondierenden Wertpapiere.

- Das **Aktienrisiko** beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Das Beteiligungsrisiko wird ebenfalls im Aktienrisiko abgebildet. Aktienrisiken ergeben sich aus den bestehenden Aktienengagements durch Marktschwankungen.
- Das **Währungsrisiko** beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse. Währungsrisiken resultieren aus Wechselkurschwankungen entweder durch in Fremdwährungen gehaltene Kapitalanlagen oder bei Bestehen eines Währungsungleichgewichts zwischen den versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und den Kapitalanlagen.
- Das **Immobilienrisiko** beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien. Immobilienrisiken können sich aus negativen Wertveränderungen von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien ergeben. Diese können aus einer Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der Immobilie oder aus allgemeinen Marktwertveränderungen (zum Beispiel im Rahmen einer Immobilienkrise) resultieren.
- Das **Konzentrationsrisiko** beinhaltet zusätzliche Risiken für ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die entweder auf eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder auf eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten zurückzuführen sind.

Innerhalb des Marktrisikos wird gemäß der nach Solvency II vorgenommenen Abgrenzung auch der überwiegende Teil des Kreditrisikos dem Spread-Risiko zugeordnet. Weitere Teile des Kreditrisikos werden unter anderem im Gegenparteiausfallrisiko gemessen.

17.2. Risikomanagement

17.2.1. Marktrisikomessung

Bei der Messung der Marktrisiken werden Schockszenarien betrachtet, die aus den **Solvency-II-Vorgaben** übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Die Grundlage für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das **Zinsrisiko** stellen zu berechnende Schockszenarien für einen Zinsanstieg sowie für einen Zinsrückgang dar. Zur Berechnung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs des Zinsrisikos werden für die Laufzeiten, für die der Markt hinreichend liquide ist, eigene, aus Marktdaten hergeleitete Stressfaktoren verwendet.

Die Kapitalanforderungen für das **Spread-Risiko** werden mithilfe eines Faktoransatzes auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens berechnet. Die Höhe des Stressfaktors wird durch das Titel-Rating und die modifizierte Duration der Anlage bestimmt. Bei den Kreditverbriefungen wird zwischen einfacher und doppelter beziehungsweise mehrfacher Verbriefungsstruktur unterschieden und in Abhängigkeit davon werden unterschiedliche ratingabhängige Stressfaktoren herangezogen. Die R+V verwendet zur Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs eigene Stressfaktoren, die auf einem Portfoliomodell basieren und insbesondere das Konzentrationsrisiko berücksichtigen.

Die Grundlage für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das **Aktienrisiko** stellen zu berechnende Stressszenarien für einen Rückgang des Marktwerts dar. Die Stresshöhen sind abhängig vom Aktientyp, wie etwa der Notierung auf regulierten Märkten in Mitgliedsländern des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der Ermittlung des Kapitalbedarfs für das Aktienrisiko liegt das relevante Aktienexposure zugrunde. Die Ermittlung erfolgt über eine Modellierung und Risikoquantifizierung auf Basis von beobachtbaren Daten. Die Parameter werden erhöht, um dem Ausfall- und Konzentrationsrisiko Rechnung zu tragen. Das Ausfallrisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts aufgrund der Insolvenz des Emittenten.

Die Berechnung des **Währungsrisikos** erfolgt mithilfe eines Szenarioansatzes, der die Auswirkung eines Fremdwährungskursrückgangs sowie die Auswirkung eines Fremdwährungskursanstiegs berücksichtigt.

Der Stressfaktor zur Bestimmung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs basiert auf dem individuellen Währungsportfolio der R+V. Für Währungen, die an den Euro gebunden sind, werden niedrigere Faktoren als bei nicht an den Euro gebundenen Währungen herangezogen.

Bei der Ermittlung des **Immobilienrisikos** werden sowohl Immobilien im Direktbestand (beispielsweise Grundstücke und Gebäude) als auch Immobilienfonds berücksichtigt. Der Stressfaktor für die Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs für das Immobilienrisiko stellt ein gegenüber der Standardformel angepasstes Stressszenario dar und resultiert aus der überwiegenden Investition in deutsche Immobilien im Direktbestand sowie in weitgehend europäische Immobilien im Fondsbestand.

Eine separate Berechnung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs für das **Konzentrationsrisiko** erfolgt nicht, da dieses Risiko im Rahmen der Berechnungen für das Aktienrisiko, das Spread-Risiko und das Gegenparteausfallrisiko berücksichtigt wird.

17.2.2. Grundsätze des Managements von Marktrisiken

Das Management von Marktrisiken ist wesentlicher Teil des Managements der Gesamtrisiken der R+V. Die Marktrisiken werden bei der R+V unter anderem über die auf Ebene der DZ BANK Gruppe festgelegten Verlustobergrenzen limitiert.

Die Steuerung der Risiken aus den Kapitalanlagen erfolgt innerhalb der von der EIOPA vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlageleitlinien (Einzelheiten siehe Marktrisikostategie im Abschnitt 15.1). Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der R+V durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte.

Die R+V nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um

den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die R+V grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der R+V dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei allen Marktrisiken verfolgt die R+V deren Veränderung durch ständige Messung und durch Berichterstattung in den relevanten Gremien. Die Risiken aller Unterkategorien werden im Rahmen von spezifischen ökonomischen Berechnungen quantifiziert. Als wichtiges Instrument zur Früherkennung dienen Stress-tests. Zur Begrenzung von Risiken werden neben der natürlichen Diversifikation über Laufzeiten, Emittenten, Länder, Kontrahenten und Assetklassen Limitierungen eingesetzt.

In der R+V werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset Liability-Management durchgeführt. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft. Die R+V setzt derivative Instrumente zur Steuerung der Marktrisiken ein.

17.2.3. Management einzelner Marktrisikokategorien

Beim Management von **Zinsrisiken** befolgt die R+V den Grundsatz einer breiten Mischung und Streuung der Kapitalanlagen verbunden mit einer die Struktur der Verpflichtungen berücksichtigenden Steuerung der Duration und einer ausgewogenen Risikonahme in ausgewählten Assetklassen. Zusätzlich dient der Erwerb von Vorkäufen der Verstetigung der Anlage und dem Management von Zins- und Durationsentwicklungen.

Beim Management von **Spread-Risiken** achtet die R+V insbesondere auf eine hohe Bonität der Anlagen, wobei der weitaus überwiegende Teil der Rentenbestände im Investment Grade-Bereich investiert ist (siehe dazu auch Abb. 55 im Abschnitt 17.4.2.). Ein signifikanter Anteil der Bestände ist zudem zusätzlich

besichert. Die Nutzung eigener Kreditrisikobewertungen, die zum Teil strenger sind als die am Markt vorhandenen Bonitätseinschätzungen, vermindert Risiken zusätzlich.

Die Vergabe von Hypothekendarlehen erfolgt darüber hinaus anhand strenger interner Vorgaben, die zur Beschränkung der Ausfallrisiken beitragen. Analysen haben gezeigt, dass aus bilanziellen Aspekten keine Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vorgenommen werden müssen.

Das Management von **Aktienrisiken** beruht auf einem sogenannten Core-Satellite-Ansatz, bei dem Core-Aktien große stabile Unternehmen in absicherbaren Indizes umfassen und Satellite-Aktien zur Verbesserung des Rendite-Risiko-Profiles beigemischt werden. Zusätzlich werden asymmetrische Strategien verwendet, die regelbasiert das Aktienexposure vermindern oder erhöhen.

Währungsrisiken werden über ein systematisches Währungsmanagement gesteuert. Die Bestände der Rückversicherung werden nahezu vollständig währungskongruent bedeckt.

Immobilienrisiken werden über die Diversifikation in verschiedene Lagen und Nutzungsformen reduziert. Aufgrund der geringen Immobilienrisiken im Vergleich zum Gesamtrisiko und der vorsichtigen Investitionsstrategie sind diese Risiken für die R+V von nachrangiger Bedeutung.

Konzentrationsrisiken haben für die R+V eine untergeordnete Relevanz und werden durch Wahrung der angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen gemindert. Dies zeigt sich insbesondere in der granularen Aufstellung bei den Emittenten im Portfolio.

17.2.4. Besonderheiten des Marktrisikomanagements im Personenversicherungsgeschäft

Durch das andauernde Niedrigzinsumfeld besteht insbesondere für Lebensversicherungen sowie für Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr, die eine Garantieverzinsung beinhalten, ein erhöhtes Risiko, dass die bei Vertragsabschluss für bestimmte Produkte vereinbarte garantierte Mindestverzinsung nicht dauerhaft auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden kann. Bei langfristigen Garantieprodukten besteht aufgrund der langen Vertragsdauern das Risiko negativer Abweichungen von den Kalkulationsannahmen über die Laufzeit der Verträge. Wesentliche Ursachen

sind dabei die Änderung des Kapitalmarktumfelds sowie die Laufzeitinkongruenz von Kapitalanlagen und Versicherungsverträgen. Insbesondere erhöht ein lang anhaltendes Niedrigzinsumfeld das Marktrisiko aus Kapitalanlagen.

Gegensteuernde Maßnahmen sind zum einen das Zeichnen von Neugeschäft, das der aktuellen Kapitalmarktsituation Rechnung trägt, sowie die folgenden Maßnahmen, die die Risikotragfähigkeit des Bestands stärken. Wesentlich ist dabei der Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die auch in ungünstigen Kapitalmarktszenarien zur Verfügung stehen. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft.

Die in der Deckungsrückstellungsverordnung für die (Konzern-)Rechnungslegung geregelte Bildung einer Zinszusatzreserve sowie Zinsverstärkungen im Altbestand wirken grundsätzlich risikomindernd, indem die durchschnittliche Zinsverpflichtung der Passivseite reduziert wird. Im Geschäftsbereich Lebensversicherung wurden diese zusätzlichen Reserven im Geschäftsjahr um insgesamt 626 Mio. € auf 2.140 Mio. € aufgestockt. In der selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherung erfolgte eine Aufstockung um 9 Mio. € auf 23 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2017 werden weitere Zuführungen erwartet, die in den Planungsrechnungen berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus stellen die zukünftigen Deklarationen der Überschussbeteiligung ein wesentliches Instrument zur Verringerung des Marktrisikos aus Lebensversicherungen dar.

Die Zusammensetzung der Deckungsrückstellungen nach Rechnungszinssätzen für die wesentlichen Versicherungsbestände der Lebens- und Unfallversicherung ist in Abb. 50 dargestellt.

Eine Übersicht über die Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung der wesentlichen Versicherungsbestände der Lebens- und Unfallversicherung ist im Abschnitt 11 des Konzernanhangs im Rahmen der Erläuterungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Bilanzpostens Deckungsrückstellung dargestellt.

Bei der Festlegung des Rechnungszinses in der Krankenversicherung wird der actuarielle Unternehmenszins verwendet, der gemäß dem von der Deutschen

ABB. 50 – SEKTOR VERSICHERUNG: DECKUNGSRÜCKSTELLUNGEN NACH RECHNUNGSZINSEN FÜR DIE WESENTLICHEN VERSICHERUNGSBESTÄNDE¹

Rechnungszins	Anteil an der Gesamtdeckungs-rückstellung 2016 ²		Anteil an der Gesamtdeckungs-rückstellung 2015 ²	
	in Mio. €	in Prozent	in Mio. €	in Prozent
0,00 %	4.532	8,2	3.856	7,3
0,25 %	607	1,1	550	1,0
0,75 %	66	0,1	10	–
1,00 %	18	–	23	–
1,25 %	1.892	3,4	618	1,2
1,50 %	55	0,1	72	0,1
1,75 %	4.798	8,7	4.489	8,5
2,00 %	258	0,5	142	0,3
2,25 %	9.319	16,9	8.835	16,8
2,50 %	91	0,2	102	0,2
2,75 %	6.888	12,5	7.277	13,8
3,00 %	3.690	6,7	4.079	7,7
3,25 %	6.716	12,2	6.542	12,4
3,50 %	4.325	7,8	4.444	8,4
3,75 %	305	0,6	412	0,8
4,00 %	7.373	13,4	7.405	14,1

¹ Die Darstellung umfasst die folgenden Versicherungsprodukte mit enthaltener Zinsgarantie:
– Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr
– Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr als Rentenversicherung
– Rentenversicherungen
– Kapitalbildende Versicherungen einschließlich Vermögensbildungsversicherungen, Risiko- und Restkreditversicherungen, Pensionspläne mit versicherungsförmig garantierten Leistungen
– Kapitalisierungsprodukte
² Die Anteile aus Zusatzversicherungen an der Gesamtdeckungs-rückstellung sind unter den maßgebenden Rechnungsgrundlagen für die zugehörige Hauptversicherung aufgeführt.

Aktuarvereinigung e. V. (DAV) entwickelten Verfahren berechnet wird. Darauf aufbauend wird ein anzusetzender Rechnungszins abgeleitet, wobei sich das dabei angewandte Vorgehen an einem Fachgrundsatz der DAV zur Festlegung eines angemessenen Rechnungszinses orientiert. Aufgrund dieser Berechnungen wird im Geschäftsjahr 2017 für Beobachtungseinheiten mit einer Beitragsanpassung zum 1. Januar 2017 eine Absenkung des Rechnungszinses erfolgen. Der Grund für diese Maßnahme ist das weiterhin anhaltende Niedrigzinsniveau.

17.2.5. Management von Risiken aus Pensionsverpflichtungen

Bei den Unternehmen der R+V bestehen Pensionsverpflichtungen gegenüber ihren derzeitigen und ehemaligen Mitarbeitern. Durch das Eingehen unmittelbarer Pensionsverpflichtungen werden unter anderem bilanzielle Bewertungsrisiken, insbesondere aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes, Langleblichkeitsrisiken, Inflationsrisiken sowie Risiken

infolge von Gehaltssteigerungen und Rentenerhöhungen übernommen. Aufgrund von Rechtsprechung, Gesetzgebung und Änderungen in der (Konzern-)Rechnungslegung kann es erforderlich werden, bestehende Pensionsrückstellungen anzupassen. Das Planvermögen der R+V betrifft ausnahmslos Vermögen bei rückgedeckten Unterstützungskassen und unterliegt dem Zinsrisiko. Die Ausrichtung der Pensionsvermögen orientiert sich überwiegend an den Pensionsverpflichtungen.

17.3. Risikofaktoren

Der im Lebensversicherungsgeschäft zu erwirtschaftende Garantiezins kann die R+V bei einem anhaltenden Zinstief bis hin zu Negativzinsen und engen **Bonitäts-Spreads** vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Für den Bereich der Nicht-Lebensversicherung spielt das Zinsrisiko im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken eine eher untergeordnete Rolle.

Sollten die Zinsen steigen oder sich die Bonitätsaufschläge für Anleihen im Markt ausweiten, würde dies zu einem Rückgang der Marktwerte führen. Solche negativen Marktwertentwicklungen können temporäre oder bei erforderlicher Veräußerung dauerhafte Ergebnisbelastungen zur Folge haben. Angesichts der guten Prognostizierbarkeit der Zahlungsströme aus versicherungstechnischen Verpflichtungen aus dem Bereich der Lebensversicherung und der guten Diversifikation der Kapitalanlagen wird das Risiko, Anleihen vor Erreichen ihres Fälligkeitstermins mit Verlust veräußern zu müssen, reduziert.

Ausfallrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten beziehungsweise Schuldern und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlagen der R+V weisen grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Bei der R+V werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der **Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern** genutzt und es besteht nicht der Anspruch, aus den kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen. Aufgrund des

breit diversifizierten Kapitalanlageportfolios reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen.

17.4. Kreditvolumen

17.4.1. Überleitung des Kreditvolumens

Die Höhe und die Struktur des Kreditvolumens sind wesentliche Bestimmungsgrößen für die im Marktrisiko und im Gegenparteausfallrisiko abgebildeten Aspekte des Kreditrisikos. Zur Identifikation möglicher Risikokonzentrationen wird das kreditrisikobehaftete Volumen nach Branchen, Ländergruppen und Bonitätsklassen unterschieden.

Im Sektor Versicherung ist das Gegenparteausfallrisiko im Vergleich zum Marktrisiko und zum versicherungstechnischen Risiko grundsätzlich von nachrangiger Bedeutung.

Das der Risikosteuerung zugrunde liegende Kreditvolumen wird in Abb. 51 zu einzelnen bilanziellen Posten übergeleitet, um Transparenz über die Verknüpfung zwischen Konzernabschluss und Risikosteuerung herzustellen. Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen weicht die Bewertung zwischen der internen Steuerung und der externen (Konzern-)Rech-

nungslegung bei einigen Beständen ab. Weitere wesentliche Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der beiden Steuerungskreise liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen, in unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie in Ansatz- und Bewertungsunterschieden.

17.4.2. Entwicklung des Kreditvolumens

Im Geschäftsjahr war eine Erhöhung des gesamten Kreditvolumens der R+V um 10 Prozent von 74,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2015 auf 81,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2016 zu verzeichnen. Der Anstieg resultiert in Höhe von 3,3 Mrd. € aus der Einbeziehung der italienischen Tochterunternehmen der Assimoco-Gruppe in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis zum 1. Januar 2016. Die darüber hinausgehende Ausweitung der Anlagebestände ist auf das Wachstum des Versicherungsgeschäfts zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2016 bestand bei Baufinanzierungen ein Kreditvolumen von 9,5 Mrd. €. Dies entspricht dem Wert zum Vorjahresresultimo. Davon entfielen unverändert zum Vergleichsstichtag 91 Prozent auf Ausleihungen von unter 60 Prozent des Objektwerts. Das Baufinanzierungsvolumen teilte sich zum Berichtsstichtag auf folgende Finanzierungsformen auf (in Klammern die Werte zum 31. Dezember 2015):

ABB. 51 – SEKTOR VERSICHERUNG: ÜBERLEITUNG DES KREDITVOLUMENS

in Mrd. €

Kreditvolumen der internen Steuerung		Überleitung						Kreditvolumen des Konzernabschlusses		
		Konsolidierungskreis		Abgrenzung des Kreditvolumens		Ansatz und Bewertung				
31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	
								9,0	8,7	Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen (Abschnitt 56 im Anhang)
								8,2	8,8	davon: Hypothekendarlehen
								9,3	10,9	davon: Schuldscheinforderungen und Darlehen
								0,4	0,8	davon: Namensschuldverschreibungen
								8,4	7,3	davon: Sonstige Darlehen
								40,6	36,8	davon: Nicht festverzinsliche Wertpapiere
								0,4	0,5	davon: Festverzinsliche Wertpapiere
								0,4	0,5	davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten
								0,2	0,2	davon: Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft
81,7	74,0	-0,7	3,7	-	-	-4,5	-3,9	76,6	73,6	Summe
								-2,6	-3,2 %	Unterschiedsbetrag 31.12.2016
								-0,4	-0,6 %	Unterschiedsbetrag 31.12.2015

■ nicht relevant

- Private Wohnbaufinanzierung:
9,1 Mrd. € (9,0 Mrd. €)
- Gewerbliche Wohnbaufinanzierung:
0,2 Mrd. € (0,2 Mrd. €)
- Gewerbefinanzierung:
0,3 Mrd. € (0,4 Mrd. €)

Im Geschäftsfeld der Baufinanzierungen sind grundsätzlich für das gesamte ausgereichte Volumen klassische **Kreditsicherheiten** hinterlegt.

Der Finanzsektor und die öffentliche Hand als dominierende **Branchen** hatten zum 31. Dezember 2016 wie bereits zum Vorjahresstichtag einen Anteil von insgesamt 72 Prozent am gesamten Kreditvolumen. Dabei handelte es sich insbesondere um Forderungen in Form von gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen. Daneben zeigen Forderungen an die öffentliche Hand und private Wohnungsbaufinanzierungen (Retail) den Sicherheitscharakter der Anlage.

Die Branchenstruktur des Kreditvolumens im Sektor Versicherung geht aus Abb. 52 hervor.

Bei Betrachtung der **geografischen Struktur** des Kreditvolumens in Abb. 53 repräsentierten Deutschland und die sonstigen Industrieländer zum 31. Dezember 2016 mit 92 Prozent unverändert zum Vorjahresstichtag den wesentlichen Anteil am Kreditvolumen. Bei dem breit diversifizierten Engagement in Industrieländern dominierten die europäischen Länder.

Der hohe Anteil der Verpflichtungen aus dem Lebensversicherungsgeschäft erfordert Investitionen in lange Laufzeiten. Dies spiegelt sich auch in der in Abb. 54 dargestellten Verteilung der **Restlaufzeiten** wider. So hatten zum 31. Dezember 2016 81 Prozent (31. Dezember 2015: 80 Prozent) des gesamten Kreditvolumens eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren. Dagegen waren zum Berichtsstichtag lediglich 4 Prozent (31. Dezember 2015: 3 Prozent) des gesamten Kreditvolumens mit einer Frist bis zu 1 Jahr fällig. Der Anstieg bei den langen Restlaufzeiten resultiert im Wesentlichen aus Anlagen in Bonds.

Die **Bonitätsstruktur** des Kreditvolumens im Sektor Versicherung wird in Abb. 55 aufgezeigt. Vom gesamten Kreditvolumen entfielen zum 31. Dezember 2016 80 Prozent (31. Dezember 2015: 77 Prozent) auf den Investment Grade-Bereich. Damit wurde den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und der auf Sicherheit ausgelegten Risikostrategie der R+V Rechnung getragen. Die nicht eingestuftes Kreditvolumina in Höhe von

18 Prozent (31. Dezember 2015: 19 Prozent) des gesamten Kreditvolumens umfassten im Wesentlichen risikoarme private Baufinanzierungen, für die kein externes Rating vorlag.

Die R+V verwendet zur Bonitätseinstufung des Kreditvolumens generell zugelassene externe Ratings. Zusätzlich werden entsprechend den Vorgaben der Credit Rating Agency Regulation III interne Experteneinstufungen zur Plausibilisierung der externen Ratings vorgenommen. Die R+V hat das externe Rating als Maximum definiert, selbst wenn eigene Bewertungen zu einem besseren Ergebnis kommen. Die so ermittelten Ratings werden anhand der in Abb. 23 (Abschnitt 8.4.1.) dargestellten Vorgehensweise den Einstufungen der Rating-Masterskala der DZ BANK zugeordnet.

ABB. 52 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH BRANCHEN

in Mrd. €	31.12.2016	31.12.2015
Finanzsektor	37,5	35,6
Öffentliche Hand (Verwaltung/Staat)	21,5	17,4
Corporates	12,9	11,5
Retail	9,1	8,9
Branchenkonglomerate	0,7	0,6
Sonstige	–	–
Summe	81,7	74,0

ABB. 53 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mrd. €	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	32,5	32,6
Sonstige Industrieländer	42,4	35,3
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,1	1,0
Emerging Markets	3,6	3,4
Supranationale Institutionen	2,1	1,8
Summe	81,7	74,0

ABB. 54 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mrd. €	31.12.2016	31.12.2015
≤ 1 Jahr	2,9	2,3
> 1 Jahr bis ≤ 5 Jahre	12,9	12,3
> 5 Jahre	65,9	59,4
Summe	81,7	74,0

ABB. 55 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH BONITÄTSKLASSEN

in Mrd. €		31.12.2016	31.12.2015
Investment Grade	1A	23,2	20,2
	1B	5,8	6,3
	1C	–	–
	1D	8,9	7,1
	1E	–	–
	2A	6,1	6,1
	2B	5,2	7,0
	2C	6,3	5,6
	2D	8,5	3,5
	2E	–	–
Non-Investment Grade	3A	1,3	1,4
	3B	0,5	1,3
	3C	0,3	0,7
	3D	–	–
	3E	0,5	0,1
	4A	0,2	0,2
	4B	0,2	–
	4C	0,2	0,1
	4D	–	–
	4E	–	0,1
Default	0,1	0,1	
Nicht eingestuft	14,8	14,2	
Summe	81,7	74,0	

Auf die 10 Adressen mit dem größten Kreditvolumen entfielen zum Berichtsstichtag 23 Prozent (31. Dezember 2015: 21 Prozent) des gesamten Kreditvolumens der R+V.

17.5. Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt

Die folgenden Angaben sind in den vorausgegangenen Analysen des gesamten Kreditportfolios enthalten. Aufgrund der Bedeutung für die Risikolage des Sektors Versicherung wird das Engagement der R+V in Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Die R+V überprüft das Kreditportfolio fortlaufend im Hinblick auf krisenhafte Entwicklungen. Erkannte Risiken werden mithilfe einer regelmäßigen Berichterstattung und Diskussion in den operativen Entscheidungsgremien von der R+V beobachtet, analysiert und gesteuert. Bei Bedarf erfolgen Portfolioanpassungen.

Die Investments in den **europäischen Peripheriestaaten** beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 7.687 Mio. € (31. Dezember 2015: 4.286 Mio. €). Das entspricht einem Anstieg um 79 Prozent. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Einbeziehung der italienischen Tochterunternehmen der Assimoco-Gruppe in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis der R+V zum 1. Januar 2016. Abb. 56 gibt Aufschluss über die Länderzuordnung des Engagements.

Infolge der weiter fortgeschrittenen Bonitätsverbesserung wird Irland seit Anfang des Geschäftsjahres im internen Risikoberichtswesen nicht mehr gesondert ausgewiesen. Daher weicht die in diesem Chancen- und Risikobericht zum 31. Dezember 2015 dargestellte Summe des Kreditvolumens in den europäischen Peripheriestaaten von den entsprechenden Angaben im Chancen- und Risikobericht 2015 ab.

Das von der aktuellen **italienischen Bankenkrise** potenziell betroffene Investment der R+V betrug zum 31. Dezember 2016 911 Mio. € (31. Dezember 2015: 549 Mio. €). Davon entfielen 396 Mio. € (31. Dezember 2015: 87 Mio. €) auf besicherte Anleihen. Das angegebene Kreditvolumen ist in dem in Abb. 56 für den italienischen Finanzsektor ausgewiesenen Exposure enthalten.

Der zu erwartende EU-Austritt Großbritanniens und die politischen Unruhen in der Türkei haben zu Verschlechterungen der Bonitätsbeurteilungen dieser Länder geführt. Die R+V hielt zum 30. Dezember 2016 Investments der R+V in **Großbritannien** in Höhe von 4.096 Mio. € (31. Dezember 2015: 3.900 Mio. €) und in der **Türkei** in Höhe von 90 Mio. € (31. Dezember 2015: 106 Mio. €).

17.6. Risikolage

Der **Gesamtsolvabilitätsbedarf für das Marktrisiko** betrug zum 31. Dezember 2016 2.761 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.578 Mio. €). Dem stand eine **Verlustobergrenze** in Höhe von 3.540 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.950 Mio. €) gegenüber. Der höhere Gesamtsolvabilitätsbedarf ist auf einen Anstieg des Zins-, Spread- und Aktienrisikos zurückzuführen. Die Marktrisiken reagierten zum einen auf das geänderte Zinsniveau, zum anderen wurden im stochastischen Modell Parameter neu justiert. Die Verlustobergrenze wurde im Verlauf des Geschäftsjahres jederzeit eingehalten.

ABB. 56 – SEKTOR VERSICHERUNG: EXPOSURE IN DEN EUROPÄISCHEN PERIPHERIESTAATEN

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Portugal	7	15
davon: Öffentliche Hand	–	–
davon: Nichtöffentliche Hand	7	15
davon: Finanzsektor	1	8
Italien	5.763	2.327
davon: Öffentliche Hand	4.257	1.350
davon: Nichtöffentliche Hand	1.506	978
davon: Finanzsektor	986	551
Spanien	1.917	1.945
davon: Öffentliche Hand	1.239	1.347
davon: Nichtöffentliche Hand	678	598
davon: Finanzsektor	429	331
Summe	7.687	4.286
davon: Öffentliche Hand	5.496	2.697
davon: Nichtöffentliche Hand	2.190	1.590
davon: Finanzsektor	1.415	889

ABB. 57 – SEKTOR VERSICHERUNG: GESAMTSOLVABILITÄTSBEDARF FÜR DAS MARKTRISIKO

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Zinsrisiko	917	715
Spread-Risiko	1.339	1.259
Aktienrisiko	1.320	1.266
Währungsrisiko	196	272
Immobilienrisiko	139	123
Summe (nach Diversifikation)	2.761	2.578

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf für die verschiedenen Ausprägungen des Marktrisikos ist aus Abb. 57 ersichtlich.

17.7. Fazit und Ausblick

Wie in den Vorjahren waren die Marktrisiken auch im Geschäftsjahr beherrschbar und hatten keinen negativen Einfluss auf die Risiko- und Ertragslage der DZ BANK Gruppe.

Das Niedrigzinsumfeld stellt jedoch, zusammen mit einer möglichen erneuten Krise in Europa, ein Gefährdungspotenzial dar. Dem wird insbesondere bei den Zinsrisiken durch vorausschauendes und stringentes Asset Liability-Management sowie Risiko- und Kapitalanlagemanagement begegnet.

18. Gegenparteausfallrisiko

18.1. Definition und Ursachen

Das Gegenparteausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen während der folgenden 12 Monate ergeben. Es deckt risikomindernde Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken ab, soweit sie nicht anderweitig in der Risikomessung berücksichtigt werden.

Das Gegenparteausfallrisiko berücksichtigt die akzessorischen oder sonstigen Sicherheiten, die von dem oder für das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gehalten werden, und die damit verbundenen Risiken.

Bei der R+V bestehen derartige Risiken insbesondere bei Kontrahenten von derivativen Finanzinstrumenten, bei Rückversicherungskontrahenten und beim Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

18.2. Risikomanagement

Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Gegenparteausfallrisiko sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Kontrahent.

Die R+V steuert das Gegenparteausfallrisiko auf Ebene der Einzelunternehmen.

Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sind in internen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Es bestehen ausschließlich ökonomische Sicherungsbeziehungen, die im Konzernabschluss nicht zu einer saldierten bilanziellen Abbildung führen.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die R+V zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der

Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem wird dem Forderungsausfallrisiko durch angemessene Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind. Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen 3 Jahre im Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen belief sich unverändert zum Vorjahresresultimo auf 0,1 Prozent.

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen aus dem übernommenen und abgegebenen Rückversicherungsgeschäft wird durch die ständige Überwachung der Ratings und die Nutzung von sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt. Wie bereits zum Vorjahresresultimo bestanden auch zum 31. Dezember 2016 nahezu alle Forderungen aus dem abgegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 30 Mio. € (31. Dezember 2015: 45 Mio. €) gegenüber Unternehmen mit einem Rating gleich oder besser als A. Forderungen aus der Rückversicherung stellten im Geschäftsjahr aufgrund der hohen Bonität der Rückversicherer kein wesentliches Risiko dar. Im Geschäftsjahr und in den Vorjahren hat es keine wesentlichen Ausfälle gegeben.

Ausstehende Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurücklag, beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 34 Mio. € (31. Dezember 2015: 31 Mio. €).

18.3. Risikolage

Zum 31. Dezember 2016 betrug der **Gesamtsolvabilitätsbedarf für das GegenparteiAusfallrisiko** 73 Mio. € (31. Dezember 2015: 67 Mio. €) bei einer **Verlustobergrenze** von 110 Mio. € (31. Dezember 2015: 50 Mio. €). Die Verlustobergrenze wurde im Verlauf des Geschäftsjahres zu keinem Zeitpunkt überschritten.

19. Operationelles Risiko

19.1. Definition und Ursachen

Das operationelle Risiko bezeichnet die Verlustgefahr, die sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen

oder durch externe Ereignisse ergibt. Rechtsrisiken sind hierin eingeschlossen. Rechtsrisiken können insbesondere aus Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen (Gesetze und Rechtsprechung), Veränderungen der behördlichen Auslegung und aus Änderungen des Geschäftsumfelds resultieren.

19.2. Risikomanagement

Die Ermittlung des **Risikokapitalbedarfs** für operationelle Risiken im Sektor Versicherung erfolgt gemäß der Standardformel von Solvency II. Dabei wird ein Faktoransatz verwendet, der bei der Risikoermittlung Prämien und Rückstellungen sowie, im Falle des fondsgebundenen Geschäfts, Kosten berücksichtigt.

Die R+V setzt für das Management und Controlling operationeller Risiken szenariobasierte Risk Self-Assessments und Risikoindikatoren ein. Im Rahmen der **Risk Self-Assessments** werden operationelle Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenhöhe bewertet. In Ausnahmefällen können qualitative Bewertungen herangezogen werden.

Risikoindikatoren ermöglichen frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen zu erkennen. Auf Basis vorgegebener Schwellenwerte werden Risikosituationen mittels einer Ampellogik signalisiert. Risikoindikatoren werden systematisch und regelmäßig erhoben.

Zur Unterstützung des Managements des operationellen Risikos sind alle Geschäftsprozesse der R+V nach den Vorgaben der Rahmenrichtlinie für die Befugnisse und Vollmachten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaften der R+V strukturiert. Für die in dieser Richtlinie nicht geregelten Bereiche liegen weitere Richtlinien, insbesondere Annahme- und Zeichnungsrichtlinien, vor.

Ein wesentliches Instrument der R+V zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems durch die Konzern-Revision beugen dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen vor.

Auszahlungen werden weitgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenera-

tors geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Zur Sicherung der Betriebsfortführung verfügt die R+V über ein ganzheitliches Business Continuity Managementsystem mit einer zentralen Koordinationsfunktion. Ein Gremium mit den verantwortlichen Krisenmanagern für IT-Technik, für Gebäude und für Personal unterstützt hierbei in fachlichen Themenstellungen, dient der Vernetzung der Notfallmanagement-Aktivitäten im R+V-Teilkonzern und berichtet über wesentliche Feststellungen und über die durchgeführten Notfallübungen an die Risikokommission.

Durch das Business Continuity Management wird gewährleistet, dass der Geschäftsbetrieb der R+V im Krisenfall aufrechterhalten werden kann. Im Rahmen der Notfallplanung sind die zeitkritischen Geschäftsprozesse und die zu deren Aufrechterhaltung notwendigen Ressourcen erfasst.

19.3. Risikofaktoren

19.3.1. Personalrisiken

Für ihren zukünftigen Erfolg benötigt die R+V leistungsfähige und qualifizierte Führungskräfte und Mitarbeiter. Um Führungskräfte und Mitarbeiter besteht auf dem Arbeitsmarkt wegen der hohen Nachfrage und der geringen Zahl geeigneter Personen erheblicher Wettbewerb. Sofern geeignete Führungskräfte und Mitarbeiter nicht in der notwendigen Anzahl und binnen der erforderlichen Fristen gewonnen beziehungsweise bereits angestellte Führungskräfte und Mitarbeiter nicht gehalten werden können, besteht ein erhöhtes Risiko, dass Aufgaben aufgrund qualitativ und quantitativ unzureichender Fachkompetenzen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden können.

Durch eine nachhaltige Personalentwicklung und den Ausbau des Talent-Managements stellt die R+V sicher, dass die Mitarbeiter stetig gefördert und qualifiziert werden, damit zukünftiger Personalbedarf auch aus dem eigenen Haus gedeckt werden kann. Zu den dabei eingesetzten Instrumenten zählen unter anderem ein Potenzialeinschätzungsverfahren, die systematische Nachfolgeplanung und Qualifizierungsprogramme.

Im Interesse einer dauerhaften Personalbindung bestehen bei der R+V Programme zur Festigung und Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze, wie

zum Beispiel das betriebliche Gesundheitsmanagement, Unterstützungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die regelmäßige Durchführung von Mitarbeiterbefragungen.

Den operationellen Risiken im Vertrieb begegnet die R+V mit Weiterbildungsmaßnahmen für den Außendienst. Die R+V wendet den Verhaltenskodex des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) für den Vertrieb an, in dessen Mittelpunkt ein von Fairness und Vertrauen geprägtes Verhältnis zwischen Kunden, Versicherungsunternehmen und Vermittler steht. Die durch den Verhaltenskodex formulierten Anforderungen finden sich in den unternehmensindividuellen Grundsätzen, Richtlinien und Prozessen wieder.

19.3.2. IT-Risiken

Fehlfunktionen oder Störungen der Datenverarbeitungssysteme oder der darauf genutzten Programme, einschließlich Angriffen von außen – zum Beispiel durch Hacker oder schädliche Software – könnten sich nachteilig auf die Fähigkeit auswirken, die für die Durchführung der Geschäftstätigkeiten notwendigen Prozesse effizient aufrechtzuerhalten, gespeicherte Daten zu schützen, ein ausreichendes Controlling zu gewährleisten oder Angebote und Leistungen weiterzuentwickeln. Zudem könnten solche Fehlfunktionen oder Störungen zum vorübergehenden oder dauerhaften Verlust von Daten führen oder zusätzliche Aufwendungen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Leistungsfähigkeit oder zur Prävention gegen zukünftige Ereignisse erforderlich machen.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. In einer geschäftstäglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung der IT-Bereichsleiter geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Einhaltung von Service-Level-Agreements (zum Beispiel Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten) ergriffen.

Umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen gewährleisten die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Eine besondere Gefahr bestünde bei einem teilweisen oder totalen Ausfall von Datenverarbeitungssystemen.

Die R+V hat durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in verschiedenen Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Darüber hinaus werden die Daten auf einen Bandroboter an einem ausgelagerten und entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Die R+V hat im Rahmen ihres Notfall- und Krisenmanagements eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um Betriebsunterbrechungen entgegenzuwirken. Es ist dennoch nicht auszuschließen, dass über mehrere Tage hinweg Prozesse und Arbeitsabläufe nachhaltig gestört werden. Darüber hinaus können neuralgische interne und externe Schnittstellen durch langfristige Betriebsunterbrechungen gefährdet werden.

19.3.3. Rechtsrisiken

Die im Abschnitt 14.5.5. unter „Bilanzielle Vorsorge“ für den Sektor Bank genannten Sachverhalte treffen grundsätzlich auch auf den Sektor Versicherung zu.

Rechtsstreitigkeiten aus der Schaden- beziehungsweise Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen sind in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt und somit nicht Gegenstand des operationellen Risikos. Im Berichtszeitraum bestanden bei der R+V keine wesentlichen operationellen Risiken aus nichtversicherungstechnischen Rechtsstreitigkeiten.

19.3.4. Steuerliche Risiken

Die im Abschnitt 14.5.6. zu steuerlichen Risiken für den Sektor Bank genannten Sachverhalte treffen grundsätzlich auch auf den Sektor Versicherung zu.

19.4. Risikolage

Der **Gesamtsolvabilitätsbedarf für das operationelle Risiko** betrug zum 31. Dezember 2016 512 Mio. € (31. Dezember 2015: 478 Mio. €). Die für den Berichtsstichtag geltende **Verlustobergrenze** wurde mit 640 Mio. € (31. Dezember 2015: 470 Mio. €) festgelegt. Die Verlustobergrenze wurde im Verlauf des Geschäftsjahres jederzeit eingehalten.

20. Nicht beherrschte Versicherungsunternehmen und Unternehmen aus anderen Finanzsektoren

Die R+V bezieht die Beteiligung an einem spanischen Versicherungsunternehmen als nicht beherrschtes Versicherungsunternehmen in die Risikomessung ein. Für die betreffende Gesellschaft werden das anteilige Risikokapital und die anteiligen Eigenmittel gemäß Solvency II additiv in den Berechnungen von der R+V berücksichtigt.

Zu den nicht beherrschten Versicherungsunternehmen und den Unternehmen aus anderen Finanzsektoren zählen bei der R+V im Wesentlichen Pensionskassen und Pensionsfonds zur betrieblichen Altersvorsorge.

Die Risikoquantifizierung der Pensionskassen und Pensionsfonds erfolgt gemäß den derzeit gültigen Vorgaben der Versicherungsaufsicht, wonach die Kapitalanforderungen gemäß Solvabilität I angesetzt werden, die sich im Wesentlichen durch Anwendung eines Faktors auf die Volumenmaße von Deckungsrückstellungen und riskiertem Kapital errechnen.

Die R+V Pensionskasse AG ist vergleichbaren Risiken wie die Lebensversicherungsunternehmen im R+V-Teilkonzern ausgesetzt. Insbesondere gelten hier die entsprechenden Maßnahmen innerhalb des Risikomanagements wie in den Abschnitten zum versicherungstechnischen Risiko Leben, Marktrisiko, Gegenparteausfallrisiko sowie zum operationellen Risiko beschrieben.

Die Risikosituation eines Pensionsfonds ist wesentlich bestimmt durch die Art der angebotenen Pensionspläne. Bei den von der R+V angebotenen Pensionsplänen zur Durchführung einer Beitragszusage mit Mindestleistung ist zu gewährleisten, dass beim vereinbarten Rentenbeginn mindestens die Summe der eingezahlten Beiträge abzüglich eventueller Beiträge für übernommene biometrische Risiken zur Verfügung steht.

Des Weiteren werden Pensionspläne angeboten, die versicherungsförmig garantierte Leistungen auf Berufsunfähigkeits-, Alters- und Hinterbliebenenrenten zusagen. Hier sind das Marktrisiko sowie das gesamte Spektrum der versicherungstechnischen Risikoarten in der betrieblichen Altersversorgung relevant. Bei Ren-

tenbezug ist aufgrund der Leistungsgarantien das Risiko der Langlebigkeit von Bedeutung. Auch hier gelten die entsprechenden Maßnahmen innerhalb des Risikomanagements wie in den Abschnitten zum versicherungstechnischen Risiko Leben, Marktrisiko, Gegenparteausfallrisiko sowie zum operationellen Risiko beschrieben. In den laufenden Beiträgen und in der Deckungsrückstellung sind ausreichende Anteile zur Deckung der Kosten für die Verwaltung der Pensionsfondsverträge enthalten.

Bei den angebotenen Pensionsplänen zur Durchführung einer Leistungszusage ohne versicherungsförmige Garantien übernimmt die R+V weder pensionsfondstechnische noch Anlagerisiken, da die vom Pensions-

fonds zugesagten Leistungen unter dem Vorbehalt eines Nachschusses stehen. Das gilt auch für die Phase des Rentenbezugs. Sollte ein geforderter Nachschuss nicht erbracht werden, wird die Zusage der R+V nach Maßgabe des noch vorhandenen Kapitals auf versicherungsförmig garantierte Leistungen herabgesetzt.

Zum 31. Dezember 2016 belief sich der Gesamtsolvabilitätsbedarf für nicht beherrschte Versicherungsunternehmen und Unternehmen aus anderen Finanzsektoren auf 101 Mio. € (31. Dezember 2015: 100 Mio. €). Dem stand eine **Verlustobergrenze** in Höhe von 120 Mio. € (31. Dezember 2015: 80 Mio. €) gegenüber. Die Verlustobergrenze wurde im Verlauf des Geschäftsjahres zu keinem Zeitpunkt überschritten.

Konzernabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	188	» 24 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	232
Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	189	» 25 Verbriefte Verbindlichkeiten	232
Bilanz zum 31. Dezember 2016	190	» 26 Rückstellungen	232
Eigenkapitalveränderungsrechnung	191	» 27 Nachrangkapital	235
Kapitalflussrechnung	192	» 28 Eventualschulden	235
<hr/>			
ANHANG			
<hr/>			
A Allgemeine Angaben			
» 01 Grundlagen der Aufstellung des Konzernabschlusses	194	B Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	
» 02 Rechnungslegungsmethoden und Schätzungen	194	» 29 Anteile an Tochterunternehmen	236
» 03 Konsolidierungskreis	205	» 30 Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen	242
» 04 Konsolidierungsgrundsätze	206	» 31 Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	249
» 05 Finanzinstrumente	208	» 32 Förderung von nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	255
» 06 Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	216	<hr/>	
» 07 Währungsumrechnung	217	C Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Gesamtergebnisrechnung	
» 08 Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	218	» 33 Segmentberichterstattung	256
» 09 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	218	» 34 Zinsüberschuss	260
» 10 Sicherheiten	219	» 35 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	261
» 11 Versicherungsgeschäft	219	» 36 Provisionsüberschuss	261
» 12 Leasingverhältnisse	225	» 37 Handelsergebnis	262
» 13 Erträge	226	» 38 Ergebnis aus Finanzanlagen	262
» 14 Barreserve	227	» 39 Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	263
» 15 Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	227	» 40 Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	263
» 16 Risikovorsorge	228	» 41 Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	264
» 17 Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	228	» 42 Versicherungsleistungen	264
» 18 Handelsaktiva und -passiva	228	» 43 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	267
» 19 Finanzanlagen	229	» 44 Verwaltungsaufwendungen	268
» 20 Sachanlagen und Investment Property	230	» 45 Sonstiges betriebliches Ergebnis	268
» 21 Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	230	» 46 Ertragsteuern	269
» 22 Sonstige Aktiva	231	» 47 Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung	270
» 23 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden	231	» 48 Erfolgsneutrale Ertragsteuern	271

D Angaben zur Bilanz			
» 49	Barreserve	272	
» 50	Forderungen an Kreditinstitute	272	
» 51	Forderungen an Kunden	272	
» 52	Risikovorsorge	273	
» 53	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	274	
» 54	Handelsaktiva	274	
» 55	Finanzanlagen	275	
» 56	Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	275	
» 57	Sachanlagen und Investment Property	276	
» 58	Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	276	
» 59	Sonstige Aktiva	278	
» 60	Anlagespiegel	280	
» 61	Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden	282	
» 62	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	283	
» 63	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	284	
» 64	Verbriefte Verbindlichkeiten	285	
» 65	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	285	
» 66	Handelspassiva	286	
» 67	Rückstellungen	286	
» 68	Versicherungstechnische Rückstellungen	293	
» 69	Sonstige Passiva	295	
» 70	Nachrangkapital	295	
» 71	Eigenkapital	296	
E Angaben zu Finanzinstrumenten und beizulegenden Zeitwerten			
» 72	Klassen, Kategorien und beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	301	
» 73	Vermögenswerte und Schulden, die in der Bilanz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden	304	
» 74	Vermögenswerte und Schulden, die in der Bilanz nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden	316	
» 75	Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente	320	
» 76	Umgliederungen	321	
» 77	Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	322	
» 78	Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	323	
» 79	Sicherheiten	327	
» 80	Ertrags-, Aufwands-, Gewinn- und Verlustposten	328	
» 81	Derivative Finanzinstrumente	331	
» 82	Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	333	
» 83	Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten und Versicherungsverträgen ergeben	335	
» 84	Fälligkeitsanalyse	336	
» 85	Engagements in von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten	338	
F Sonstige Angaben			
» 86	Eventualschulden	341	
» 87	Finanzgarantien und Kreditzusagen	341	
» 88	Treuhandgeschäft	342	
» 89	Unternehmenszusammenschlüsse	342	
» 90	Leasingverhältnisse	349	
» 91	Patronatserklärungen	351	
» 92	Beschäftigte	351	
» 93	Abschlussprüferhonorar	352	
» 94	Vergütungen des Vorstands und des Aufsichtsrats der DZ BANK	352	
» 95	Anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	353	
» 96	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	356	
» 97	Corporate Governance	357	
» 98	Vorstand	358	
» 99	Aufsichtsrat	359	
» 100	Mandate von Vorständen und Mitarbeitern	361	
» 101	Liste des Anteilsbesitzes	370	

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Mio. €	(Anhang)	2016	2015
Zinsüberschuss	(34)	2.660	2.870
Zinserträge und laufendes Ergebnis		6.811	6.667 ¹
Zinsaufwendungen		-4.151	-3.797
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(35)	-569	-153
Provisionsüberschuss	(36)	1.698	1.632
Provisionserträge		3.236	3.159
Provisionsaufwendungen		-1.538	-1.527 ¹
Handelsergebnis	(37)	780	369
Ergebnis aus Finanzanlagen	(38)	127	59
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	(39)	51	300
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	(40)	14.658	14.418
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	(41)	3.815	3.080
Versicherungsleistungen	(42)	-15.400	-14.664
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	(43)	-2.313	-2.158
Verwaltungsaufwendungen	(44)	-3.600	-3.252 ¹
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(45)	34	-48
Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK	(89)	256	
Konzernergebnis vor Steuern		2.197	2.453
Ertragsteuern	(46)	-591	-657
Konzernergebnis		1.606	1.796
davon entfallen auf:			
Anteilseigner der DZ BANK		1.468	1.416
Nicht beherrschende Anteile		138	380

¹ Betrag angepasst

GEWINNVERWENDUNG

in Mio. €	2016	2015
Konzernergebnis	1.606	1.796
Nicht beherrschende Anteile	-138	-380
Einstellung in die Gewinnrücklagen	-1.142	-1.189
Konzerngewinn	326	227

Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Mio. €	(Anhang)	2016	2015
Konzernergebnis		1.606	1.796
Erfolgsneutrales Konzernergebnis		185	115
Bestandteile, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können		306	9
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	(47)	329	-116
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	(47)	-5	14
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	(47)	17	45
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	(47)	-1	-24
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen		-14	17
Ertragsteuern	(48)	-20	73
Bestandteile, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können		-121	106
Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen		-176	151
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen		-	-1
Ertragsteuern	(48)	55	-44
Gesamtkonzernergebnis		1.791	1.911
davon entfallen auf:			
Anteilseigner der DZ BANK		1.595	1.546
Nicht beherrschende Anteile		196	365

Bilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA

in Mio. €	(Anhang)	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve	(14, 49)	8.515	6.542
Forderungen an Kreditinstitute	(15, 50)	107.253	80.735
Forderungen an Kunden	(15, 51)	176.532	126.850
Risikovorsorge	(16, 52)	-2.394	-2.073
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(17, 53)	1.549	416
Handelsaktiva	(18, 54)	49.279	49.520
Finanzanlagen	(19, 55)	70.180	54.305
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	(56, 60)	90.373	84.744
Sachanlagen und Investment Property	(20, 57, 60)	1.752	1.710
Ertragsteueransprüche	(21, 58)	1.280	902
Sonstige Aktiva	(22, 59, 60)	4.970	4.270
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(23, 61)	182	166
Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten		-24	254
Summe der Aktiva		509.447	408.341

PASSIVA

in Mio. €	(Anhang)	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(24, 62)	129.280	97.227
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(24, 63)	124.425	96.186
Verbriefte Verbindlichkeiten	(25, 64)	78.238	54.951
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(17, 65)	3.874	1.641
Handelspassiva	(18, 66)	50.204	45.377
Rückstellungen	(26, 67)	4.041	3.081
Versicherungstechnische Rückstellungen	(11, 68)	84.125	78.929
Ertragsteuerverpflichtungen	(21, 58)	780	775
Sonstige Passiva	(69)	6.662	6.039
Nachrangkapital	(27, 70)	4.723	4.142
Zur Veräußerung gehaltene Schulden	(23, 61)	25	7
Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten		180	257
Eigenkapital	(71)	22.890	19.729
Eigenkapital der Anteilseigner		20.064	15.007
Gezeichnetes Kapital		4.657	3.646
Kapitalrücklage		4.904	2.101
Gewinnrücklagen		7.822	7.016
Neubewertungsrücklage		1.448	1.228
Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen		-11	-7
Rücklage aus der Währungsumrechnung		70	46
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		848	750
Konzerngewinn		326	227
Nicht beherrschende Anteile		2.826	4.722
Summe der Passiva		509.447	408.341

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Eigenkapital	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	Eigenkapital der Anteilseigner	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital insgesamt
Eigenkapital zum 01.01.2015	3.646	2.101	5.952	1.200	-16	24	-	12.907	5.338	18.245
Konzernergebnis	-	-	1.416	-	-	-	-	1.416	380	1.796
Erfolgsneutrales Konzernergebnis	-	-	91	8	9	22	-	130	-15	115
Gesamtkonzernergebnis	-	-	1.507	8	9	22	-	1.546	365	1.911
Kapitalerhöhung/-rückzahlung	-	-	-	-	-	-	750	750	-726	24
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	3	-	-	-	-	3	1	4
Erwerb/Veräußerung von nicht beherrschenden Anteilen	-	-	-9	20	-	-	-	11	-104	-93
Gezahlte Dividenden	-	-	-210	-	-	-	-	-210	-152	-362
Eigenkapital zum 31.12.2015	3.646	2.101	7.243	1.228	-7	46	750	15.007	4.722	19.729
Konzernergebnis	-	-	1.468	-	-	-	-	1.468	138	1.606
Erfolgsneutrales Konzernergebnis	-	-	-101	218	-4	14	-	127	58	185
Gesamtkonzernergebnis	-	-	1.367	218	-4	14	-	1.595	196	1.791
Kapitalerhöhung	1.011	2.803	-	-	-	-	-	3.814	31	3.845
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-3	1	-	-1	98	95	-21	74
Erwerb/Veräußerung von nicht beherrschenden Anteilen	-	-	-217	1	-	11	-	-205	-1.959	-2.164
Gezahlte Dividenden	-	-	-224	-	-	-	-	-224	-143	-367
Ausschüttung auf zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	-	-	-18	-	-	-	-	-18	-	-18
Eigenkapital zum 31.12.2016	4.657	4.904	8.148	1.448	-11	70	848	20.064	2.826	22.890

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in Abschnitt 71 erläutert.

Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2016	2015
Konzernergebnis	1.606	1.796
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Wertaufholungen von Vermögenswerten sowie sonstige zahlungsunwirksame Veränderungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	-1.333	-992
Zahlungsunwirksame Veränderungen der Rückstellungen	909	212
Veränderungen der Versicherungstechnischen Rückstellungen	5.489	7.262
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	948	106
Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten und Schulden	122	895
Saldo sonstige Anpassungen	-5.806	-3.349 ¹
Zwischensumme	1.935	5.930
Zahlungswirksame Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden aus der operativen Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute	-1.323	-1.664
Forderungen an Kunden	-7.043	-5.097
Andere Aktiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	-653	1.091
Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.447	-943
Handelsaktiva und -passiva	4.177	-1.449
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-9.862	8.096
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.251	307
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.087	-468
Andere Passiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	-33	-3.503
Erhaltene Zinsen, Dividenden und Einzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen	7.497	7.555 ¹
Gezahlte Zinsen	-4.339	-4.071
Ertragsteuerzahlungen	-392	-280
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	-251	5.504
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	11.090	9.629
Einzahlungen aus Abgängen von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	21.627	19.288
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen und Investment Property (ohne Leasinggegenstände)	14	8
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	14	7
Auszahlungen für Zugänge von Finanzanlagen	-6.680	-6.942
Auszahlungen für Zugänge von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-25.921	-24.067
Auszahlungen für Zugänge von Sachanlagen und Investment Property (ohne Leasinggegenstände)	-83	-60
Auszahlungen für Zugänge des immateriellen Anlagevermögens	-173	-179
Veränderungen des Konsolidierungskreises	236	-13
davon: Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilen an konsolidierten Tochterunternehmen abzüglich veräußerter Zahlungsmittel	2	-
Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an konsolidierten Tochterunternehmen abzüglich erworbener Zahlungsmittel	-	-14
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	124	-2.329

in Mio. €	2016	2015
Einzahlungen aus Kapitalerhöhung von Anteilseignern der DZ BANK	4.730	–
Einzahlungen aus Kapitalerhöhung von nicht beherrschenden Anteilen	31	24
Einzahlungen aus zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	–	750
Dividendenzahlungen an Anteilseigner der DZ BANK	-224	-210
Dividendenzahlungen an nicht beherrschende Anteile	-143	-152
Ausschüttung auf zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	-18	–
Sonstige Auszahlungen an Anteilseigner der DZ BANK	-916	–
Sonstige Auszahlungen an nicht beherrschende Anteile	–	-750
Saldo Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (inklusive Nachrangkapital)	-1.360	672
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.100	334

¹ Betrag angepasst

in Mio. €	2016	2015
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.	6.542	3.033
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	-251	5.504
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	124	-2.329
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.100	334
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	8.515	6.542

Die Kapitalflussrechnung stellt die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands während des Geschäftsjahres dar. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand, den Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie den Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen zusammensetzt. Die Barreserve enthält keine Finanzinvestitionen, deren Restlaufzeiten zum Erwerbszeitpunkt mehr als 3 Monate betragen. Veränderungen des Zahlungsmittelbestands werden der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Dem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit werden Zahlungsströme zugerechnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des Konzerns stehen oder aus sonstigen Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können. Zahlungsströme im Zusammenhang mit Zugängen und Abgängen von langfristigen Vermögenswerten werden der Investitionstätigkeit zugerechnet. Zum Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit zählen Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern sowie aus sonstigen Kapitalaufnahmen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit.

Durch Erstkonsolidierungen von Tochterunternehmen wurden Zahlungsmittel in Höhe von 236 Mio. € übernommen. Entkonsolidierungen von Tochterunternehmen führten zu einem Abgang von Zahlungsmitteln in Höhe von 2 Mio. €. Im Vorjahr gab es durch Erst- und Entkonsolidierungen von Tochterunternehmen keine Auswirkungen auf den Zahlungsmittelbestand.

Anhang

A Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, (DZ BANK) für das Geschäftsjahr 2016 ist gemäß der *Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002* nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind.

» 01
Grundlagen der
Aufstellung des
Konzernabschlusses

Des Weiteren werden die in § 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) genannten Vorschriften für kapitalmarktorientierte Unternehmen im Konzernabschluss der DZ BANK angewendet. Daneben werden grundsätzlich weitere vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. verabschiedete Standards beachtet, sofern sie vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gemäß § 342 Abs. 2 HGB im Bundesanzeiger bekannt gemacht wurden.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind bestimmte Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung, in der Gesamtergebnisrechnung und in der Bilanz zusammengefasst und durch zusätzliche Angaben im Anhang ergänzt. Sofern nicht abweichend gekennzeichnet, sind alle Beträge in Millionen Euro (Mio. €) dargestellt. Es wird kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Freigabe zur Veröffentlichung des Konzernabschlusses der DZ BANK erfolgt durch den Vorstand nach Billigung des Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat am 29. März 2017.

Änderungen der Rechnungslegungsmethoden

» 02
Rechnungslegungs-
methoden und
Schätzungen

Die Abschlüsse der in den DZ BANK Konzern einbezogenen Unternehmen werden nach einheitlichen Rechnungslegungsmethoden erstellt.

Im Geschäftsjahr 2016 erstmalig berücksichtigte Änderungen der IFRS

Im Konzernabschluss der DZ BANK für das Geschäftsjahr 2016 werden die folgenden geänderten Rechnungslegungsstandards sowie die genannten Verbesserungen der IFRS erstmalig berücksichtigt:

- Änderungen an IAS 19 – *Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge*,
- Änderungen an IFRS 11 – *Gemeinsame Vereinbarungen: Bilanzierung von Erwerben von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten*,
- Änderungen an IAS 1 – *Angabeninitiative*,
- Änderungen an IAS 16 und IAS 38 – *Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden*,
- Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28 – *Investmentgesellschaften: Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht*,
- *Jährliche Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2010–2012*,
- *Jährliche Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2012–2014*.

Durch die Änderungen an IAS 19 *Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge* wird ein Wahlrecht für die Bilanzierung leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen bezüglich verpflichtender Beiträge von Arbeitnehmern eingeführt. Sind solche Beiträge mit der Dienstzeit verknüpft, aber von der Anzahl der Dienstjahre unabhängig, darf ein Unternehmen diese Beiträge als Minderung des Dienstzeitaufwands in der Periode, in der die entsprechende Leistung erbracht wird, erfassen, anstatt sie über die Dienstzeit zu verteilen. Die Änderungen sollen erstmals für Geschäftsjahre angewendet werden, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen.

Die Änderungen an IFRS 11 *Gemeinsame Vereinbarungen: Bilanzierung von Erwerben von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten* stellen klar, dass der Erwerber eines Anteils an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 *Unternehmenszusammenschlüsse* darstellt, die entsprechenden Grundsätze für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen nach IFRS 3 anzuwenden hat. Außerdem wird klar gestellt, dass ein bislang gehaltener Anteil an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit bei einem Hinzuerwerb von Anteilen unter Beibehaltung der gemeinschaftlichen Führung nicht neu bewertet wird. Die Änderungen sind für die Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Die Änderungen an IAS 1 *Angabeninitiative* verdeutlichen, dass das Konzept der Wesentlichkeit für alle Bestandteile des IFRS-Abschlusses einschließlich des Anhangs gilt. Unwesentliche Informationen sind nicht anzugeben. Das gilt auch, wenn ihre Angabe in anderen Standards explizit gefordert wird. Zusätzlich werden Vorgaben zur Darstellung von Zwischensummen in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und im sonstigen Ergebnis eingefügt. Ferner wird die Darstellung des Anteils von nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen am sonstigen Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung geklärt. Diese Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Die Änderungen an IAS 16 und IAS 38 *Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden* verdeutlichen, dass eine umsatzabhängige Methode nicht für die Abschreibung von Sachanlagen herangezogen werden darf. Sowohl für Sachanlagen als auch für immaterielle Vermögenswerte wird zusätzlich klargestellt, dass ein Rückgang der Absatzpreise von Gütern und Dienstleistungen ein Indiz für deren wirtschaftliche Veralterung und damit ein Hinweis auf einen Rückgang des wirtschaftlichen Nutzenpotenzials der für die Herstellung notwendigen Vermögenswerte sein kann. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Die Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28 *Investmentgesellschaften: Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht* stellen klar, dass die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß IFRS 10.4(a) auch für Mutterunternehmen gilt, die selbst Tochterunternehmen einer Investmentgesellschaft sind. Ferner wird verdeutlicht, dass eine Investmentgesellschaft sämtliche Tochterunternehmen, die selbst die Definitionskriterien einer Investmentgesellschaft erfüllen, zum beizulegenden Zeitwert bewerten muss. Dies gilt auch dann, wenn die Tochterunternehmen anlagebezogene Dienstleistungen erbringen. Darüber hinaus wird klargestellt, dass eine Nicht-Investmentgesellschaft, die eine Investmentgesellschaft als assoziiertes Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezieht, die durch das assoziierte Unternehmen beziehungsweise das Gemeinschaftsunternehmen vorgenommene Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von Tochterunternehmen beibehalten darf. Diese Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Im Rahmen der *Jährlichen Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2010–2012* mit der erstmaligen Anwendung für die Geschäftsjahre beginnend am oder nach dem 1. Februar 2015 und *Zyklus 2012–2014* mit der erstmaligen Anwendung für die Geschäftsjahre beginnend am oder nach dem 1. Januar 2016 nimmt das IASB Klarstellungen und kleinere Änderungen an verschiedenen bestehenden Standards vor.

Aus den oben aufgeführten Änderungen und Verbesserungen an den IFRS ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der DZ BANK, da sich hieraus keine bedeutenden Sachverhalte ergeben.

Nicht angewendete übernommene Änderungen der IFRS

Von einer freiwilligen vorzeitigen Anwendung folgender neuer Rechnungslegungsstandards, für die die Übernahme durch die EU erfolgt ist, wird abgesehen:

- IFRS 9 *Finanzinstrumente*,
- IFRS 15 *Erlöse aus Verträgen mit Kunden*.

Die Regelungen des IFRS 9 *Finanzinstrumente* ersetzen künftig die Inhalte des IAS 39 *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung*. IFRS 9 enthält dabei Vorgaben zu den grundlegend überarbeiteten Regelungsbereichen Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte sowie Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Mit den Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung führt IFRS 9 zu einer Neuklassifizierung der finanziellen Vermögenswerte. Hierfür sind für Fremdkapitalinstrumente sowohl die Geschäftsmodelle der Portfolien als auch die Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme der einzelnen finanziellen Vermögenswerte zu betrachten. Als Ergebnis dieser Betrachtung können die finanziellen Vermögenswerte der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“, „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet“ oder „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ zugeordnet werden. Darüber hinaus räumt der Standard bei einer Einstufung einzelner finanzieller Vermögenswerte in die Kategorien „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet“ beziehungsweise „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ den Bilanzierenden im Falle von Rechnungslegungsanomalien das Wahlrecht ein, diese als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value Option) zu kategorisieren. Im DZ BANK Konzern ist die Nutzung der Fair Value Option vorgesehen. Für Eigenkapitalinstrumente gilt, wenn diese zu Handelszwecken gehalten werden, verpflichtend die Einstufung in die Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“. Für nicht zu Handelszwecken gehaltene Eigenkapitalinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet worden wären, besteht das Wahlrecht, die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Eigenkapitalinstrumente im Rahmen der Folgebewertung unwiderruflich im sonstigen Ergebnis zu erfassen (Fair Value OCI Option). Die grundsätzliche Anwendung des Wahlrechts zur Nutzung der Fair Value OCI Option ist im DZ BANK Konzern vorgesehen.

Für die Bilanzierung von aus der Änderung des Ausfallrisikos resultierenden Wertänderungen von zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften finanziellen Verbindlichkeiten schreibt IFRS 9 in Abweichung zu IAS 39 grundsätzlich eine erfolgsneutrale Erfassung vor. Die weiteren Vorschriften zu finanziellen Verbindlichkeiten wurden weitgehend unverändert aus IAS 39 übernommen.

Durch die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten ändert sich deren Erfassung grundlegend, da nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern bereits erwartete Verluste zu erfassen sind. Für den Umfang der Erfassung erwarteter Verluste ist grundsätzlich danach zu differenzieren, ob sich das Kreditrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich erhöht hat oder nicht. Liegt eine Erhöhung vor, sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate resultieren. Im DZ BANK Konzern wird eine wesentliche Erhöhung des Kreditrisikos grundsätzlich mittels eines Vergleichs der zum Stichtag aktuellen Ausfallwahrscheinlichkeit über die Restlaufzeit des Instruments mit der ursprünglich für denselben Zeitraum erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit bestimmt. Diese Prüfung wird um qualitative, kreditrisikoerhöhende Kriterien ergänzt, sofern diese nicht bereits in der Ausfallwahrscheinlichkeit berücksichtigt sind. Für Wertpapiere wird zudem die vom Standard vorgesehene Erleichterung genutzt, bei Instrumenten mit geringem Kreditrisiko auf eine Prüfung hinsichtlich wesentlicher Erhöhung des Kreditrisikos zu verzichten. Die Definition des geringen Kreditrisikos steht mit der weltweit verwendeten Definition eines geringen Kreditrisikos (z. B. Investment Grade) in Einklang.

Das neue Modell des IFRS 9 zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen fördert eine bessere Darstellung des internen Risikomanagements und ist mit umfangreichen Angabepflichten verbunden. Wie bisher sind zu Beginn einer Sicherungsbeziehung die jeweilige Risikomanagementstrategie sowie die Risikomanagementziele zu dokumentieren, wobei künftig das Verhältnis zwischen gesichertem Grundgeschäft und Sicherungsinstrument in der Regel den Vorgaben der Risikomanagementstrategie entsprechen muss. Ändert sich dieses Verhältnis während einer Sicherungsbeziehung, nicht aber das Risikomanagementziel, müssen die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Mengen des Grundgeschäfts und des Sicherungsinstruments angepasst werden, ohne dass die Sicherungsbeziehung aufgelöst werden darf. Die Auflösung einer Sicherungsbeziehung ist nach IFRS 9 nicht mehr jederzeit ohne Grund möglich. Darüber hinaus ändern sich die Vorgaben zum Nachweis der Effektivität von Sicherungsgeschäften. Nach IFRS 9 fallen sowohl der retrospektive Nachweis als auch das Effektivitätsband weg. Der Nachweis der gegenläufigen Wertänderungen aufgrund der wirtschaftlichen Beziehung zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument kann zukünftig ohne Bindung an quantitative Grenzwerte rein qualitativ erfolgen.

Zur Abschätzung der Auswirkungen der neuen Regelungen des IFRS 9 wurden beziehungsweise werden im DZ BANK Konzern 3 Simulationsrechnungen durchgeführt. Die beiden ersten Simulationsrechnungen zum Stichtag 31. Dezember 2015 beziehungsweise zum 30. Juni 2016 sind bereits erfolgt. Hieraus ist zu erkennen, dass die quantitativen Auswirkungen der Einführung des IFRS 9 in hohem Ausmaße von der Marktentwicklung bis zum Erstanwendungszeitpunkt abhängen. Überdies bestehen bezüglich einzelner Vorschriften des IFRS 9 offene Auslegungsfragen, sodass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine abschließende Aussage über die Höhe des Eigenkapitaleffekts getroffen werden kann. Zum aktuellen Zeitpunkt ist jedoch davon auszugehen, dass die wesentlichen Auswirkungen aus den neuen Vorschriften zu Bewertungskategorien resultieren.

Die Regelungen des IFRS 9 sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, erstmalig grundsätzlich retrospektiv anzuwenden. Es bestehen gleichwohl Erleichterungsvorschriften hinsichtlich der Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen, welche im DZ BANK Konzern genutzt werden.

Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 *Erlöse aus Verträgen mit Kunden* ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 *Umsatzerlöse* als auch des IAS 11 *Fertigungsaufträge*. Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Die Fragen, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt beziehungsweise über welchen Zeitraum Umsatz zu realisieren ist, sollen zukünftig in 5 Schritten beantwortet werden. Zunächst sind der Kundenvertrag sowie die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren. Anschließend ist der Transaktionspreis des Kundenvertrags zu ermitteln und auf die einzelnen Leistungsverpflichtungen aufzuteilen. Variable Bestandteile des Transaktionspreises sind unter Verwendung der Erwartungswertmethode oder der Methode des wahrscheinlichsten Betrags zu schätzen und nach den Begrenzungsvorschriften für die Einbeziehung variabler Gegenleistungen in den Transaktionspreis zu berücksichtigen. Abschließend ist nach dem neuen Modell für jede Leistungsverpflichtung ein Umsatz in Höhe des zugeordneten anteiligen Transaktionspreises zu realisieren, sobald die vereinbarte Leistung erbracht wurde beziehungsweise der Kunde die Verfügungsmacht darüber erlangt hat. Hierbei ist anhand vorgegebener Kriterien zwischen zeitpunktbezogenen und zeitraumbezogenen Leistungserfüllungen zu unterscheiden. Der neue Standard unterscheidet nicht zwischen unterschiedlichen Auftrags- und Leistungsarten, sondern stellt einheitliche Kriterien auf, wann eine Leistungserbringung zeitpunkt- oder zeitraumbezogen zu realisieren ist. Darüber hinaus ergeben sich aus IFRS 15 zusätzliche qualitative und quantitative Angabepflichten zu Art, Höhe und zeitlichem Verlauf von Umsatzerlösen und zu Zahlungsströmen sowie den damit verbundenen Unsicherheiten. Die Neuerungen aus IFRS 15 haben keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten gemäß IFRS 9 beziehungsweise IAS 39 bilanziert werden.

Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Dabei ist entweder die vollständige retrospektive Anwendungsmethode oder die modifizierte retrospektive Anwendungsmethode vorgeschrieben. Eine vorzeitige Anwendung des Standards ist im DZ BANK Konzern nicht vorgesehen.

Die Anwendung von IFRS 15 wird im DZ BANK Konzern nach der modifizierten retrospektiven Anwendungsmethode gemäß IFRS 15.C3(b) mit einer Erfassung der kumulierten Anpassungsbeträge aus der erstmaligen Anwendung zum Zeitpunkt der Erstanwendung erfolgen. Bei dieser Methode wird IFRS 15 auf neue und bestehende Verträge angewendet, die zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung noch nicht erfüllt sind. Bestehende Verträge sind so zu bewerten, als ob die Vorschriften von IFRS 15 schon immer auf diese Verträge angewendet worden wären.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde im DZ BANK Konzern eine vorläufige Beurteilung von IFRS 15 durchgeführt, die sich im Zuge weiterer detaillierterer Analysen möglicherweise ändern kann. Alle Konzernunternehmen haben mit der Vertragsanalyse nach IFRS 15 begonnen. Nach den ersten Einschätzungen sind die identifizierten Sachverhalte entweder als unbedeutend eingestuft worden oder von den Neuregelungen nicht betroffen. Gegenwärtig

werden keine wesentlichen bilanziellen Auswirkungen aus der Umsetzung von IFRS 15 erwartet. Eine verlässliche Schätzung der quantitativen Effekte ist erst nach Abschluss der laufenden detaillierten Analysen möglich.

Nicht übernommene verabschiedete Änderungen der IFRS

Für folgende durch das International Accounting Standards Board verabschiedete neue Rechnungslegungsstandards, Änderungen von beziehungsweise Klarstellungen zu Rechnungslegungsstandards und IFRIC Interpretationen sowie Verbesserungen der IFRS ist eine Übernahme durch die EU noch nicht erfolgt:

- IFRS 14 *Regulatory Deferral Accounts* (wird in dieser Fassung nicht in EU-Recht übernommen),
- IFRS 16 *Leases*,
- Amendments to IFRS 10 and IAS 28 – *Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture* (die Übernahme in EU-Recht ist auf unbestimmte Zeit verschoben),
- Amendments to IAS 12 – *Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses*,
- Amendments to IAS 7 – *Disclosure Initiative*,
- Clarifications to IFRS 15 *Revenue from Contracts with Customers*,
- Amendments to IFRS 2 – *Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions*,
- Amendments to IFRS 4 – *Applying IFRS 9 Financial Instruments with IFRS 4 Insurance Contracts*,
- Amendments to IAS 40 – *Transfers of Investment Property*,
- IFRIC 22 *Foreign Currency Transactions and Advance Consideration*,
- *Annual Improvements to IFRSs 2014–2016 Cycle*.

Die Regelungen des IFRS 16 *Leases* ersetzen künftig die Inhalte des IAS 17 *Leasingverhältnisse*. Die wesentlichen Neuerungen durch IFRS 16 betreffen die Bilanzierung beim Leasingnehmer. Leasingnehmer müssen zukünftig Nutzungsrechte an Leasinggegenständen (sogenannte „right-of-use assets“ oder RoU-Vermögenswerte) für alle Leasingverhältnisse sowie korrespondierende Leasingverbindlichkeiten für die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen in der Bilanz ansetzen. Anwendungserleichterungen werden für Leasinggegenstände von niedrigem Wert und für kurzfristige Leasingverhältnisse eingeräumt. Die Anhangangaben werden mit IFRS 16 im Vergleich zu IAS 17 für Leasingnehmer und Leasinggeber erheblich ausgeweitet. Von den Neuregelungen des IFRS 16 sind die DVB und VR LEASING als Leasinggeber sowie alle Konzerngesellschaften, die Objekte gemietet, geleast oder gepachtet haben, als Leasingnehmer betroffen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss der DZ BANK werden bei den Konzerngesellschaften untersucht. Der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt ist der 1. Januar 2019, wobei eine frühere Erstanwendung bei gleichzeitiger Anwendung von IFRS 15 möglich, aber im DZ BANK Konzern nicht geplant ist.

Die am 19. Januar 2016 vom IASB veröffentlichten Änderungen an IAS 12 *Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses* betreffen den Ansatz latenter Steueransprüche für unrealisierte Verluste. Mit den Anpassungen sollen diverse Fragestellungen in Bezug auf den Ansatz von aktiven latenten Steuern für nicht realisierte Verluste adressiert werden, die sich aus den Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Schuldinstrumenten ergeben und im sonstigen Ergebnis erfasst werden. Diese Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen.

Im Januar 2016 hat der IASB Änderungen an IAS 7 im Rahmen seines Projektes zur Angabeninitiative mit dem Ziel, Abschlussadressaten eine bessere Beurteilung von zahlungswirksamen als auch zahlungsunwirksamen Veränderungen bei den Finanzschulden zu ermöglichen, veröffentlicht. Finanzschulden sind als solche Schulden definiert, deren Zahlungsvorgänge in der Kapitalflussrechnung als Cashflows aus Finanzierungstätigkeit klassifiziert sind. Wenn diese Definition erfüllt ist, gelten die geforderten neuen Angaben auch für Veränderungen im Finanzvermögen. Aus diesen Neuerungen ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der DZ BANK. Die Neuerungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen.

Die im April 2016 veröffentlichten Klarstellungen an IFRS 15 adressieren 3 identifizierte Themen (Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Beurteilung und Lizenzen für geistiges Eigentum) und zielen auf Übergangserleichterungen für Verträge ab, die zu Beginn der frühesten dargestellten Periode abgeschlossen oder vor dieser Periode geändert wurden. Die Klarstellungen sind erstmals verpflichtend anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Die Änderungen an IFRS 2 *Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions* beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Die wesentlichste Änderung beziehungsweise Ergänzung besteht darin, dass in IFRS 2 nun Vorschriften enthalten sind, welche die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der aus anteilsbasierten Vergütungen resultierenden Verpflichtungen betreffen. Diese Änderungen sind verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Im September 2016 hat der IASB die Änderungen an IFRS 4 *Applying IFRS 9 Financial Instruments with IFRS 4 Insurance Contracts* veröffentlicht. Diese Änderungen zielen darauf ab, die Auswirkungen aus unterschiedlichen Erstanwendungszeitpunkten von IFRS 9 und dem Nachfolgestandard zu IFRS 4 vor allem bei Unternehmen mit umfangreichen Versicherungsaktivitäten zu verringern. Eingeführt werden 2 optionale Ansätze (Überlagerungsansatz und Aufschubansatz), die bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen von Versicherern genutzt werden können. Die Anwendung des Aufschubansatzes ist im DZ BANK Konzern nach derzeitiger Regelung nicht möglich. Die Neuregelungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Derzeit werden die Auswirkungen aus den übrigen oben aufgeführten Änderungen beziehungsweise Klarstellungen von Rechnungslegungsstandards und Verbesserungen der IFRS sowie aus der neuen IFRIC Interpretation auf den Konzernabschluss der DZ BANK geprüft.

Die Erstanwendungszeitpunkte der verabschiedeten Änderungen der IFRS gelten vorbehaltlich ihrer Übernahme in EU-Recht.

Änderung der Darstellung

Die mit der europäischen Bankenabgabe erhobenen Beiträge werden im Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2016 aufgrund ihrer geringen materiellen Bedeutung sowie entsprechend des Branchenstandards unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. In diesem Zusammenhang erfolgte in der Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres die Umgliederung der in dem Posten Beiträge an den Abwicklungsfonds ausgewiesenen Bankenabgabe in Höhe von 54 Mio. € in den Posten Verwaltungsaufwendungen.

Anpassung der Bewertung

In Übereinstimmung mit den Vorschriften des IAS 8.41 ff. erfolgte eine Ausweisänderung von Transaktionskostenkomponenten von Forderungen an Kunden, die gemäß IAS 39 als „Kredite und Forderungen“ kategorisiert sind. Im Zusammenhang mit der effektivzinskonformen Bewertung unter Berücksichtigung von Transaktionskostenkomponenten dieser Forderungen erfolgte eine Neueinwertung der Vermittlungsprovisionen. Diese wurden in der Vergangenheit als Provisionsaufwand und nicht als Minderung des Zinsertrags behandelt. Das Konzernergebnis wird durch diese Ausweisänderung nicht verändert.

Die Änderung des Ausweises erfolgte jeweils retrospektiv. Im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2016 werden daher Anpassungen der Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2015 vorgenommen. Die Anpassungen wurden mittels der Fußnoten „Betrag angepasst“ kenntlich gemacht.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

in Mio. €	2015 vor Anpassung	Anpassungs- betrag	2015 nach Anpassung
Zinsüberschuss	2.988	-118	2.870
Zinserträge und laufendes Ergebnis	6.785	-118	6.667
Zinsaufwendungen	-3.797	-	-3.797
(...)			
Provisionsüberschuss	1.514	118	1.632
Provisionserträge	3.159	-	3.159
Provisionsaufwendungen	-1.645	118	-1.527
(...)			
Verwaltungsaufwendungen	-3.198	-54	-3.252
(...)			
Konzernergebnis vor Beiträgen an den Abwicklungsfonds und vor Steuern	2.507	-54	2.453
Beiträge an den Abwicklungsfonds	-54	54	-
Konzernergebnis vor Steuern	2.453	-	2.453
Ertragsteuern	-657	-	-657
Konzernergebnis	1.796	-	1.796

Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

in Mio. €	2015 vor Anpassung	Anpassungs- betrag	2015 nach Anpassung
Konzernergebnis	1.796	–	1.796
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Wertaufholungen von Vermögenswerten sowie sonstige zahlungsunwirksame Veränderungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	-992	–	-992
Zahlungsunwirksame Veränderungen der Rückstellungen	212	–	212
Veränderungen der Versicherungstechnischen Rückstellungen	7.262	–	7.262
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	106	–	106
Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten und Schulden	895	–	895
Saldo sonstige Anpassungen	-3.467	118	-3.349
Zwischensumme	5.812	118	5.930
Zahlungswirksame Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden aus der operativen Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute	-1.664	–	-1.664
Forderungen an Kunden	-5.097	–	-5.097
Andere Aktiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	1.091	–	1.091
Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	-943	–	-943
Handelsaktiva und -passiva	-1.449	–	-1.449
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.096	–	8.096
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	307	–	307
Verbriefte Verbindlichkeiten	-468	–	-468
Andere Passiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	-3.503	–	-3.503
Erhaltene Zinsen, Dividenden und Einzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen	7.673	-118	7.555
Gezahlte Zinsen	-4.071	–	-4.071
Ertragsteuerzahlungen	-280	–	-280
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	5.504	–	5.504
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	9.629	–	9.629
Einzahlungen aus Abgängen von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	19.288	–	19.288
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen und Investment Property (ohne Leasinggegenstände)	8	–	8
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	7	–	7
Auszahlungen für Zugänge von Finanzanlagen	-6.942	–	-6.942
Auszahlungen für Zugänge von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-24.067	–	-24.067
Auszahlungen für Zugänge von Sachanlagen und Investment Property (ohne Leasinggegenstände)	-60	–	-60
Auszahlungen für Zugänge des immateriellen Anlagevermögens	-179	–	-179
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-13	–	-13
davon: Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an konsolidierten Tochterunternehmen abzüglich erworbener Zahlungsmittel	-14	–	-14
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.329	–	-2.329
Einzahlungen aus Kapitalerhöhung von nicht beherrschenden Anteilen	24	–	24
Einzahlungen aus zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	750	–	750
Dividendenzahlungen an Anteilseigner der DZ BANK	-210	–	-210
Dividendenzahlungen an nicht beherrschende Anteile	-152	–	-152
Sonstige Auszahlungen an nicht beherrschende Anteile	-750	–	-750
Saldo Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (inklusive Nachrangkapital)	672	–	672
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	334	–	334

in Mio. €	2015 vor Anpassung	Anpassungs- betrag	2015 nach Anpassung
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.	3.033	–	3.033
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	5.504	–	5.504
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.329	–	-2.329
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	334	–	334
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	6.542	–	6.542

Es ergeben sich keine Auswirkungen auf die Bilanz zum 31. Dezember 2015.

Darüber hinaus wurden aufgrund der retrospektiven Anpassung auch die entsprechenden Vergleichsangaben im Anhang geändert.

Quellen von Schätzungsunsicherheiten

Für die Ermittlung der Buchwerte der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte und Schulden sowie der Erträge und Aufwendungen sind in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Annahmen und Schätzungen vorzunehmen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen, Planungen und Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Annahmen und Schätzungen kommen vor allem bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten sowie der Erhebung der Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte zur Anwendung. Darüber hinaus haben Schätzungen einen wesentlichen Einfluss auf die Bestimmung der Werthaltigkeit von Geschäfts- oder Firmenwerten sowie von immateriellen Vermögenswerten, die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworben wurden. Annahmen und Schätzungen wirken sich des Weiteren auf die Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen, von Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer, von Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen, von bausparspezifischen Rückstellungen und von anderen Rückstellungen sowie auf den Ansatz und die Bewertung von Ertragsteueransprüchen und Ertragsteuerverpflichtungen aus.

Beizulegende Zeitwerte finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten

Die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten ist mit Schätzungsunsicherheiten verbunden, wenn für die jeweiligen Finanzinstrumente keine Kurse aktiver Märkte verfügbar sind. Schätzungsunsicherheiten treten vor allem dann auf, wenn die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte mittels Bewertungstechniken erfolgt, in die wesentliche nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter einfließen. Dies betrifft sowohl Finanzinstrumente, die mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden, als auch Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und deren beizulegende Zeitwerte im Anhang angegeben werden. Die der Bestimmung von beizulegenden Zeitwerten zugrunde liegenden Annahmen zu verwendeten Bewertungsparametern und Bewertungsmethoden sind in den Angaben zu Finanzinstrumenten in den Abschnitten 73 und 74 dargestellt.

Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

Bei der in Abschnitt 5 dargestellten Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs finanzieller Vermögenswerte der Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „Zur Veräußerung verfügbare

finanzielle Vermögenswerte“ sowie bei Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen sind die erwarteten künftigen Zahlungsströme aus Zins- und Tilgungsleistungen sowie aus der Verwertung von Sicherheiten zu ermitteln. Unsicherheiten ergeben sich aus den hierfür erforderlichen Einschätzungen und Annahmen hinsichtlich der Höhe sowie des zeitlichen Anfalls der künftigen Zahlungsströme. Zu den Einflussfaktoren auf den Wertberichtigungsbedarf, die durch Ermessensentscheidungen festgelegt werden, gehören beispielsweise wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten. Im Rahmen der Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs für Portfolios werden zudem mithilfe statistischer Modelle ermittelte Parameter, wie zum Beispiel die Ausfallwahrscheinlichkeit, in die Einschätzungen und Annahmen einbezogen.

Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte

Der Ansatz von Geschäfts- oder Firmenwerten basiert im Wesentlichen auf zukünftig erwarteten positiven Erträgen und Synergieeffekten sowie nicht ansetzbaren immateriellen Vermögenswerten, die sich aus Unternehmenszusammenschlüssen ergeben beziehungsweise im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworben werden. Die Werthaltigkeit wird mittels Planungsrechnungen überprüft, die im Wesentlichen auf Schätzungen beruhen. Im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbene identifizierbare immaterielle Vermögenswerte werden auf Basis ihres künftigen wirtschaftlichen Nutzens angesetzt. Dieser wird aufgrund angemessener und begründeter Annahmen durch das Management beurteilt. Die für Unternehmenszusammenschlüsse angewendeten Schätzungen sind in Abschnitt 89 dargestellt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden Ermessensausübungen, Schätzungen und Annahmen insbesondere in Bezug auf Sterblichkeit, Kapitalanlageverzinsung, Storno sowie Kosten vorgenommen. Es kommen aktuarielle Verfahren, statistische Schätzverfahren, Pauschalierungen und Bewertungen anhand von Erfahrungswerten der Vergangenheit zum Einsatz. Die Bewertungsgrundlagen sind in den Angaben zum Versicherungsgeschäft in Abschnitt 11 dargestellt.

Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer, Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen und andere Rückstellungen

Schätzungsunsicherheiten im Zusammenhang mit Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer ergeben sich vor allem aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen, auf deren Bewertung versicherungsmathematische Annahmen wesentlichen Einfluss haben. Die versicherungsmathematischen Annahmen beinhalten zahlreiche langfristige, zukunftsorientierte Faktoren wie Gehalts- und Rententrends oder durchschnittliche künftige Lebenserwartungen.

Bei den Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen ergeben sich Schätzungsunsicherheiten hinsichtlich der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts. Dieser berücksichtigt Annahmen zur Auszahlungshöhe in Abhängigkeit von der Entwicklung der in den zugrunde liegenden Vereinbarungen festgelegten Variablen.

Für die Bewertung der bauparspezifischen Rückstellungen werden baupartechnische Simulationsrechnungen (Kollektivsimulationen) eingesetzt, die das künftige Verhalten der Bauparere prognostizieren. Unsicherheiten bei der Bewertung der Rückstellungen resultieren aus den zu treffenden Annahmen über das künftige Kundenverhalten unter Berücksichtigung von Szenarien und Maßnahmen. Die wesentlichen Inputparameter der Kollektivsimulationen werden in Abschnitt 26 dargestellt.

Zukünftig tatsächlich eintretende Mittelabflüsse aufgrund von Sachverhalten, für die andere Rückstellungen erfasst wurden, können von der erwarteten Inanspruchnahme abweichen.

Die Bewertungsgrundlagen sowie die der Ermittlung der Rückstellungen zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen werden in Abschnitt 26 dargestellt.

Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Der Ermittlung der in Abschnitt 58 dargestellten latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen liegen Schätzungen zukünftiger zu versteuernder Einkommen der Steuer-subjekte zugrunde, welche sich insbesondere auf die Beurteilung der Werthaltigkeit latenter Ertragsteueransprüche auswirken. Weiterhin erfordert die Berechnung der tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erstellung der handelsrechtlichen Abschlüsse Einschätzungen ertragsteuerrelevanter Sachverhalte.

Änderung von Schätzungen

Für Zinsbonifikationen aus Alt-Tarifen werden die bausparspezifischen Rückstellungen gemäß IAS 37 auf Basis eines kollektiven Ansatzes gebildet. Werte aus der aktuellen Kollektivsimulation ergänzt um Expertenschätzungen führten im Geschäftsjahr zu einer erhöhten Rückstellungsbildung von 180 Mio. €.

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 sind neben der DZ BANK als Mutterunternehmen 28 Tochterunternehmen (Vorjahr: 27) und 6 Teilkonzerne (Vorjahr: 5) mit insgesamt 442 Tochterunternehmen (Vorjahr: 534) einbezogen. Die Einbeziehung in den Konsolidierungskreis als Tochterunternehmen erfolgt grundsätzlich ab dem Zeitpunkt, zu dem die DZ BANK die Beherrschung über das Beteiligungsunternehmen erlangt. Die DZ BANK beherrscht ein Beteiligungsunternehmen, wenn sie direkt oder indirekt die Verfügungsgewalt über ein Beteiligungsunternehmen besitzt, hierdurch erheblich schwankenden Renditen aus dem Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist und mittels dieser Verfügungsgewalt die Höhe der schwankenden Renditen aus dem Beteiligungsunternehmen beeinflussen kann. Bei der Beurteilung, ob die DZ BANK ein Beteiligungsunternehmen beherrscht, sind teilweise Ermessensausübungen erforderlich, wobei alle relevanten Sachverhalte und Umstände berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung von Prinzipal-Agenten-Beziehungen, die eine Einschätzung erfordern, ob die DZ BANK oder andere Parteien mit Entscheidungsrechten als Prinzipal oder als Agent einzustufen sind. Maßgebliche Ermessensausübungen im Zusammenhang mit Prinzipal-Agenten-Beziehungen umfassen die Beurteilung der Angemessenheit von vertraglich vereinbarten Vergütungen sowie den Umfang der damit erhaltenen variablen Rückflüsse.

» 03
Konsolidierungskreis

Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses der WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf, (WGZ BANK AG) mit der DZ BANK wurde der Konsolidierungskreis um die WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster, (WL BANK), WGZ BANK IRELAND plc, Dublin (seit dem 12. August 2016: DZ BANK IRELAND plc), PHOENIX Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, und die IMPETUS Bietergesellschaft mbH, Düsseldorf, erweitert.

Weiterhin wurde im Geschäftsjahr die Europäische Genossenschaftsbank S.A., Strassen, Luxemburg auf die DZ PRIVATBANK S.A., Strassen, Luxemburg, sowie die DZ Beteili-

gungsgesellschaft mbH Nr. 3, Frankfurt auf die KBIH Beteiligungsgesellschaft für Industrie und Handel mbH, Frankfurt, (KBIH) verschmolzen. Die KBIH wird seither in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Zudem erfolgte die Entkonsolidierung der DZ PRIVATBANK Singapore Ltd., Singapore, Singapur aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DZ BANK Konzerns.

Weitere Veränderungen innerhalb des Konsolidierungskreises resultieren aus Unternehmenszusammenschlüssen und sind in Abschnitt 89 dargestellt. Darüber hinaus ergaben sich keine weiteren wesentlichen Veränderungen.

Im Konzernabschluss werden 22 unter gemeinschaftlicher Führung mit mindestens einem konzernfremden Unternehmen stehende gemeinschaftliche Vereinbarungen als Gemeinschaftsunternehmen (Vorjahr: 24) und 37 assoziierte Unternehmen (Vorjahr: 31), auf die die DZ BANK maßgeblichen Einfluss ausübt, nach der Equity-Methode bilanziert. Gemeinschaftliche Vereinbarungen, die als gemeinschaftliche Tätigkeiten zu klassifizieren sind, liegen derzeit nicht vor. Die DZ BANK ist an der gemeinschaftlichen Führung über eine Vereinbarung beteiligt, wenn vertraglich vereinbart ist, dass Entscheidungen über die maßgeblichen Tätigkeiten der Vereinbarung, die einstimmige Zustimmung aller an der gemeinschaftlichen Führung beteiligten Parteien erfordert. Einen maßgeblichen Einfluss übt die DZ BANK über ein Beteiligungsunternehmen aus, wenn die Möglichkeit besteht, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens mitzuwirken, ohne die Beherrschung oder gemeinschaftliche Führung zu besitzen. Dies wird bei einem Stimmrechtsanteil zwischen 20 und 50 Prozent vermutet.

Im Geschäftsjahr fusionierte das assoziierte Unternehmen Equens SE, Utrecht, Niederlande, (Equens) mit den anderen Anteilseignern zu equensWorldline SE, Utrecht, Niederlande (equensWorldline). Dies führt zur Beendigung der Bilanzierung nach der Equity-Methode.

Die vollständige Liste des Anteilsbesitzes des DZ BANK Konzerns ist in Abschnitt 101 dargestellt.

Finanzinformationen im Konzernabschluss enthalten Daten des Mutterunternehmens inklusive seiner konsolidierten Tochterunternehmen dargestellt als wirtschaftliche Einheit.

» 04
Konsolidierungs-
grundsätze

Tochterunternehmen des DZ BANK Konzerns sind die direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Die Beherrschung eines Unternehmens durch den Konzern ist gegeben, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen schwankenden Renditen ausgesetzt ist und diese Renditen mittels seiner Fähigkeit der Verfügungsgewalt beeinflussen kann.

Beherrschung an einem Unternehmen liegt vor, soweit durch vertragliche Abreden nicht anders vereinbart wurde, wenn der Konzern mehr als die Hälfte der direkten oder indirekten Stimmrechte besitzt. Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, werden ebenfalls potentielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ebenfalls beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung von Unternehmen, an denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Unternehmenstätigkeit hat.

Der DZ BANK Konzern überprüft mindestens halbjährlich den Umfang der einzubeziehenden Tochterunternehmen.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung werden einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für gleichartige Geschäftsvorfälle verwendet.

Die konsolidierten Tochterunternehmen stellen ihren Jahresabschluss grundsätzlich zum Stichtag 31. Dezember 2016 auf. Die Einbeziehung von einem Tochterunternehmen (Vorjahr: 1) in den Konzernabschluss erfolgt mit abweichendem Abschlussstichtag. Die Abschlüsse der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen sind mit 42 (Vorjahr: 25) Ausnahmen zum Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Da die Auswirkungen bei den Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen jeweils unwesentlich sind, wird auf die Aufstellung von Zwischenabschlüssen verzichtet.

Konzerninterne Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen werden miteinander verrechnet. Zwischenergebnisse aufgrund konzerninterner Umsätze werden eliminiert.

Bei der Konsolidierung von Tochterunternehmen im Konzernabschluss wird der Buchwert von Anteilen an Tochterunternehmen mit dem anteiligen Eigenkapital des jeweiligen Tochterunternehmens verrechnet. Nicht dem Mutterunternehmen zuzurechnende Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden im Eigenkapital als nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Aktivische Unterschiedsbeträge aus erstmaliger Verrechnung der Anschaffungskosten eines Tochterunternehmens mit dem zum Erwerbszeitpunkt neu bewerteten Eigenkapital werden im Rahmen der Anwendung der Erwerbsmethode als Geschäfts- oder Firmenwerte angesetzt. Der Ausweis erfolgt in den Sonstigen Aktiva. Mindestens einmal jährlich werden die Geschäfts- oder Firmenwerte einem Werthaltigkeitstest unterzogen. Passivische Unterschiedsbeträge werden zum Erwerbszeitpunkt erfolgswirksam erfasst.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden die Vermögenswerte und Schulden des ehemaligen Tochterunternehmens ausgebucht. Der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen wird ausgebucht sowie der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung erfasst. Der Gewinn oder Verlust, der im Zusammenhang mit dem Verlust der Beherrschung resultiert, wird angesetzt.

Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und an assoziierten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bilanziert und in den Bilanzposten Finanzanlagen beziehungsweise Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ausgewiesen.

Nach der Equity-Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach Akquisition anfallenden Jahresergebnis oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert).

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung erfasst.

Kategorien von Finanzinstrumenten

» 05 Finanzinstrumente

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente („Financial instruments at fair value through profit or loss“)

Finanzinstrumente dieser Kategorie werden erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Kategorie setzt sich aus den folgenden Unterkategorien zusammen:

Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente („Financial instruments held for trading“)

Der Unterkategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ sind finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zuzuordnen, die mit der Absicht der kurzfristigen Weiterveräußerung oder Rückzahlung erworben beziehungsweise ausgegeben werden, die Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnrealisierungen bestehen, oder bei denen es sich um derivative Finanzinstrumente handelt, die nicht als Sicherungsinstrumente in effektiven Sicherungsbeziehungen designed sind.

Bedingte Gegenleistungen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen („Contingent considerations“)

Dieser Unterkategorie werden bedingte Gegenleistungen zugeordnet, die der Erwerber im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert hat.

Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente („Financial instruments designated as at fair value through profit or loss“; „Fair Value Option“)

Der Unterkategorie „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ dürfen durch Ausübung der Fair Value Option finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zugeordnet werden, wenn hierdurch Ansatz- oder Bewertungsinkongruenzen (Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich vermindert werden, diese als Portfolio auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden oder ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen („Held-to-maturity investments“)

Der Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ können nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, bei denen die Absicht und die Fähigkeit bestehen, diese bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt. Im Geschäftsjahr 2016 wird die Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ erstmalig im DZ BANK Konzern verwendet.

Kredite und Forderungen („Loans and receivables“)

Die Kategorie „Kredite und Forderungen“ umfasst nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Die Bewertung von Krediten und Forderungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte („Available-for-sale financial assets“)

Als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind finanzielle Vermögenswerte zu kategorisieren, die keiner anderen Bewertungskategorie zugeordnet werden können. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen 2 Abschlussstichtagen werden erfolgsneutral erfasst. Der bilanzielle Ausweis der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgt in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital. Bei der Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten dieser Kategorie werden in der Neubewertungsrücklage erfasste Gewinne und Verluste erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Eigenkapitalinstrumente dieser Kategorie werden zu Anschaffungskosten bewertet, wenn der beizulegende Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden kann.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten („Financial liabilities measured at amortised cost“)

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IAS 39, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Gemäß den Vorschriften des IAS 32 sind Anteile an Personengesellschaften in der Regel als Fremdkapitalinstrumente zu klassifizieren. Aufgrund ihres nachrangigen Charakters gegenüber den Verbindlichkeiten der jeweiligen Personengesellschaften werden nicht beherrschende Anteile als Nachrangkapital ausgewiesen. Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Ergebnisse werden grundsätzlich in den Sonstigen Passiva erfasst, sofern das hieraus resultierende Passivum keinen nachrangigen Charakter aufweist. Das auf nicht beherrschende Anteile entfallende Kapital und Ergebnis von Personengesellschaften wird als „Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital“ bezeichnet und der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet.

Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungsverpflichtungen gegenüber nicht beherrschenden Anteilen an konsolidierten Tochterunternehmen dieser Kategorie zugeordnet. Diese Verbindlichkeiten entstehen, wenn die DZ BANK oder ein anderes von der DZ BANK beherrschtes Unternehmen einen Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG) mit einem Tochterunternehmen geschlossen hat, bei welchem nicht beherrschende Anteile existieren. Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungsverpflichtungen werden in Höhe des auf den Abschlussstichtag diskontierten Betrags der Verpflichtung bilanziert.

Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften, die nicht den fondsgebundenen Versicherungen zuzuordnen sind, sind ebenfalls der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet. Mangels Übernahme eines signifikanten Versicherungsrisikos erfüllen diese Kapitalisierungsverträge nicht die Kriterien eines Versicherungsvertrags nach IFRS 4 und sind infolgedessen als Finanzinstrumente gemäß IAS 39 zu bilanzieren.

Weitere Finanzinstrumente

Derivative Sicherungsinstrumente

Die Designation von derivativen Finanzinstrumenten in Sicherungsbeziehungen wird durch IAS 39 geregelt. Bilanzierung und Bewertung der derivativen Sicherungsinstrumente werden in Abschnitt 17 dargestellt.

Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien

Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien, die nach den Vorschriften des IAS 39 bewertet werden, sind beim Garantiegeber zum Zeitpunkt der Zusage bilanziell in Höhe des beizulegenden Zeitwerts als Verbindlichkeit zu erfassen. Der beizulegende Zeitwert entspricht in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Finanzgarantie erhaltenen Gegenleistung. Im Rahmen der Folgebewertung ist die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer gemäß IAS 37 zu bildenden Rückstellung oder mit dem ursprünglichen Betrag abzüglich einer nachfolgend erfassten Amortisation zu bewerten. Für den Ausweis von Finanzgarantien werden die Forderungen auf die vom Garantiennehmer an den DZ BANK Konzern als Garantiegeber zu zahlenden Avalprovisionen mit den resultierenden Garantieverbindlichkeiten saldiert (Nettomethode).

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen fallen in den Anwendungsbereich des IAS 17 und werden in Abschnitt 12 erläutert.

Versicherungsspezifische finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

Neben Finanzinstrumenten im Anwendungsbereich des IAS 39 werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten im Rahmen des Versicherungsgeschäfts gehalten, die in Übereinstimmung mit IFRS 4 entsprechend den nationalen Vorschriften des HGB sowie anderen zusätzlich für Versicherungsunternehmen geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften bilanziert und bewertet werden.

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden mit den Nominalwerten ausgewiesen. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft werden mit den Nominalwerten abzüglich geleisteter Zahlungen bilanziert. Wertminderungen von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und von Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft werden direkt im Buchwert erfasst. Das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice wird erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert auf Basis der zugrunde liegenden Kapitalanlagen bewertet.

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft, Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft werden mit den Nominalwerten angesetzt.

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft sowie Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice werden in der Bilanz unter den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ausgewiesen. Der Ausweis von Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft, Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem

selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie Abrechnungsforderungen und Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft erfolgt unter den Sonstigen Aktiva beziehungsweise den Sonstigen Passiva.

Anwendung der Fair Value Option

Die Regelungen des IAS 39 ermöglichen die Ausübung der Fair Value Option in 3 unterschiedlichen Anwendungsfällen. Im DZ BANK Konzern wird die Fair Value Option auf Grundlage sämtlicher Anwendungsfälle eingesetzt.

Die Fair Value Option wird zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien eingesetzt, die aus der abweichenden Bewertung von nicht derivativen Finanzinstrumenten und zu deren Absicherung abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten resultieren. Derivative Finanzinstrumente sind erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, während bei nicht derivativen Finanzinstrumenten grundsätzlich die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt oder Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgsneutral erfasst werden. Sind die Voraussetzungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nicht erfüllt, führt dies zu Rechnungslegungsanomalien, die durch die Ausübung der Fair Value Option in bedeutendem Umfang vermindert werden. Im Zusammenhang mit der Vermeidung von Rechnungslegungsanomalien erfolgt die Ausübung der Fair Value Option bei finanziellen Vermögenswerten für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für auf den Inhaber lautende Anleihen und Schuldverschreibungen. Bei finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option in diesem Zusammenhang ausgeübt wird, handelt es sich um Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, auf den Namen oder den Inhaber lautende emittierte Pfandbriefe, sonstige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere sowie auf den Namen oder den Inhaber lautende nachrangige Verbindlichkeiten. Bei den emittierten Schuldscheindarlehen und Schuldverschreibungen handelt es sich teilweise um strukturierte Finanzinstrumente, die nicht trennungspflichtige derivative Finanzinstrumente in Form von Caps, Floors, Collars und Kündigungsrechten enthalten. Die derivativen Komponenten dieser Finanzinstrumente unterliegen einer wirtschaftlichen Absicherung, die für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften nicht geeignet ist.

Bei ausgewählten Eigenanlagen des DZ BANK Konzerns werden Risiken und Ergebnisse auf Basis des beizulegenden Zeitwerts ermittelt und berichtet. Die Ausübung der Fair Value Option führt für diese Eigenanlagen zu einer Harmonisierung der wirtschaftlichen Steuerung und der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Bei den Eigenanlagen handelt es sich um Anteile an Geldmarkt-, Renten-, Aktien-, Immobilienfonds und sonstigen Investmentprodukten mit einer hohen Risikodiversifikation. Primär erfolgen die Anlagen in Fonds der Union Investment Gruppe.

Darüber hinaus kommt die Fair Value Option bei strukturierten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten mit trennungspflichtigen eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zur Anwendung, sofern eine gesonderte Bewertung der eingebetteten derivativen Finanzinstrumente nicht möglich ist und die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten nicht als zu Handelszwecken gehalten eingestuft sind. Bei den emittierten Finanzinstrumenten handelt es sich vor allem um Garantie-, Discount- und Partizipationszertifikate, Vario-Zins-Anleihen, Inflation-Linked Notes, Collateralized Loan Obligations sowie Credit-Linked Notes.

Erstmaliger Ansatz und Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz von derivativen Finanzinstrumenten erfolgt am Handelstag. Marktübliche Käufe und Verkäufe von nicht derivativen finanziellen Vermögenswerten werden grundsätzlich am Erfüllungstag bilanziert. Bei konsolidierten Investmentfonds und Emissionen von bestimmten Wertpapieren erfolgt die Bilanzierung am Handelstag. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen Handelstag und Erfüllungstag werden entsprechend der Kategorisierung der finanziellen Vermögenswerte erfasst.

Sämtliche Finanzinstrumente werden beim erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Falle von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden, erfolgt der Ansatz unter Berücksichtigung von Transaktionskosten, die direkt dem Erwerb oder der Emission zuzurechnen sind.

Unterschiedsbeträge zwischen Transaktionspreisen und beizulegenden Zeitwerten werden beim erstmaligen Ansatz erfolgswirksam vereinnahmt, wenn die beizulegenden Zeitwerte überwiegend mit auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungstechniken ermittelt werden. Soweit der beizulegende Zeitwert zum Zugangszeitpunkt aus Transaktionspreisen abgeleitet wird und dieser darüber hinaus als Bewertungsmaßstab im Rahmen der Folgebewertung zur Anwendung kommt, werden Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nur dann erfolgswirksam erfasst, wenn sie auf die Veränderung von beobachtbaren Marktdaten zurückgeführt werden können. Beim erstmaligen Ansatz nicht erfasste Unterschiedsbeträge werden über die Laufzeit der betreffenden Finanzinstrumente verteilt und entsprechend vereinnahmt.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Zahlungsströme aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben. Sind die Ausbuchungskriterien für finanzielle Vermögenswerte nicht erfüllt, wird die Übertragung an Dritte als besicherte Kreditaufnahme bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen beziehungsweise aufgehoben wurden oder ausgelaufen sind.

Wertberichtigungen und Wertaufholungen von finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sind an jedem Abschlussstichtag daraufhin zu überprüfen, ob objektive Hinweise auf Wertminderungen bestehen.

Wichtige objektive Hinweise auf Wertminderungen von Fremdkapitalinstrumenten sind finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners, Ausfälle oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, die Nichteinhaltung von vertraglich vereinbarten Nebenabreden und der vertraglich vereinbarten Bereitstellung von Sicherheiten sowie erhebliche Herabstufungen des Ratings beziehungsweise die Einstufung des Geschäftspartners in ein Ausfallrating. Bei Verbriefungspositionen ist die Beurteilung der der Verbriefung zugrunde liegenden Vermögenswerte für die Feststellung der Werthaltigkeit erforderlich.

Bedeutende objektive Hinweise auf Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten sind eine nachhaltige Verschlechterung der Ertragslage, eine nachhaltige Erzielung von Verlusten oder der Verzehr des Eigenkapitals, signifikante Änderungen mit nachteiligen Folgen im technologischen, marktbezogenen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Umfeld des Emittenten sowie eine mit diesen Sachverhalten in Beziehung stehende signifikante oder länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts.

Sofern der Wertverlust auf den beizulegenden Zeitwert größer als 20 Prozent gegenüber den durchschnittlichen Anschaffungskosten ist oder eine über 6 Monate andauernde Verschlechterung des beizulegenden Zeitwerts unter den durchschnittlichen Anschaffungskosten vorliegt, können Indikatoren für eine Wertminderung bestehen.

Bei Wertpapieren kann das Verschwinden eines aktiven Markts für einen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Emittenten ein Hinweis auf einen Wertberichtigungsbedarf sein.

Kredite und Forderungen sowie Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen

Bei Vorliegen von objektiven Hinweisen ist der Wertberichtigungsbedarf bei finanziellen Vermögenswerten der Kategorie „Kredite und Forderungen“ und bei Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsströme zu ermitteln. Zu den erwarteten Zahlungsströmen zählen sowohl Zins- und Tilgungszahlungen als auch Zahlungsströme aus der Verwertung von Sicherheiten. In Höhe des ermittelten Wertberichtigungsbedarfs werden für die betreffenden finanziellen Vermögenswerte Einzelwertberichtigungen gebildet. Dies erfolgt entweder für einzelne finanzielle Vermögenswerte oder in Form von pauschalisierten Einzelwertberichtigungen.

Finanzielle Vermögenswerte mit ähnlichen Merkmalen, die nicht einzeln wertberichtigt werden, werden zu Portfolios zusammengefasst und gemeinsam auf mögliche Wertminderungen überprüft. Die Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs basiert auf historischen Ausfallquoten vergleichbarer Portfolios. Soweit ein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wird, erfolgt eine Portfoliowertberichtigung.

Die Veränderungen aus der Barwertfortschreibung der erwarteten künftigen Zahlungsströme zwischen 2 Abschlussstichtagen entsprechend den Bestimmungen des IAS 39.A93 (Unwinding) werden als Zinsertrag erfasst.

Wird im Rahmen eines Werthaltigkeitstests festgestellt, dass eine zuvor erfasste Wertminderung nicht mehr besteht, ist eine Wertaufholung zu erfassen. Diese ist auf die fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise auf den nach den Vorschriften für die Bilanzierung von Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen ermittelten Betrag begrenzt, der sich ohne zwischenzeitliche Wertberichtigung ergeben hätte.

Wertminderungen von Forderungen an Kreditinstitute und Kunden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ sowie Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen werden im DZ BANK Konzern unter Verwendung von Wertberichtigungskonten erfasst. Solange ein Forderungsausfall als wahrscheinlich angesehen wird, werden Wertminderungen in den Wertberichtigungskonten als Risikovorsorge bilanziert. Die Risikovorsorge wird gegen den finanziellen Vermögenswert ausgebucht, wenn der Forderungsausfall mit an Sicherheit

grenzender Wahrscheinlichkeit oder endgültig feststeht. Bedeutende Hinweise hierauf sind der Verbleib offener Forderungen nach Durchführung des Sicherheitenverwertungsprozesses oder die Feststellung der fehlenden Werthaltigkeit der Sicherheit sowie Insolvenz, dauernde Vermögenslosigkeit oder unbekannter Aufenthalt des Schuldners. Direkte Wertberichtigungen werden auch dann vorgenommen, wenn für die betreffenden Forderungen in den Vorjahren keine Risikovorsorge getroffen beziehungsweise letztere nicht in ausreichender Höhe gebildet wurde. Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen werden sofort erfolgswirksam vereinnahmt.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Besteht für einzelne finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zum Abschlussstichtag eine negative Neubewertungsrücklage, wird im Rahmen eines Werthaltigkeitstests geprüft, ob die genannten objektiven Hinweise auf Wertminderungen bei den jeweiligen finanziellen Vermögenswerten vorliegen. In diesem Fall ist der in der Neubewertungsrücklage kumulierte negative Betrag in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedern. Wertberichtigungen von zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumenten werden direkt vom Buchwert der betreffenden finanziellen Vermögenswerte abgesetzt und in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen.

Für Fremdkapitalinstrumente ist eine erfolgswirksame Wertaufholung vorzunehmen, wenn die Gründe der Wertminderung weggefallen sind und dies auf ein Ereignis nach dem Eintritt der Wertminderung zurückgeführt werden kann. Eine Wertaufholung von mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ist nicht zulässig. Zwischenzeitliche Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden im erfolgsneutralen Konzernergebnis erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten, die zu Anschaffungskosten bewertet werden, dürfen keine Wertaufholungen vorgenommen werden.

Eingebettete Derivate

Eingebettete derivative Finanzinstrumente, die mit einem nicht derivativen Finanzinstrument (Basisvertrag) zu einem zusammengesetzten Finanzinstrument kombiniert werden, sind grundsätzlich dann vom Basisvertrag abzuspalten und gesondert zu bilanzieren und zu bewerten, wenn ihre wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind, ein eigenständiges Instrument mit den gleichen Bedingungen die Definition eines Derivats erfüllen würde und das Gesamtinstrument nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wird. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, darf das eingebettete Derivat nicht vom Basisvertrag getrennt werden. Soweit eine Abspaltung vorzunehmen ist, werden die einzelnen Komponenten des zusammengesetzten Finanzinstruments nach den Regelungen für die jeweiligen originären Finanzinstrumente bilanziert und bewertet.

Nicht derivative Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten werden im DZ BANK Konzern im Wesentlichen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sofern ansonsten eine Trennungspflicht vorliegen würde.

Klassen von Finanzinstrumenten

Finanzinstrumente im Anwendungsbereich des IFRS 7 werden im DZ BANK Konzern für Angaben zur Bedeutung von Finanzinstrumenten für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage den im Folgenden dargestellten 7 Klassen von Finanzinstrumenten zugeordnet.

Klassen finanzieller Vermögenswerte

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

Die Klasse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte enthält finanzielle Vermögenswerte der folgenden Kategorien des IAS 39:

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente mit den Unterkategorien
 - Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente
 - Bedingte Gegenleistungen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen
 - Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Ausgenommen hiervon sind finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann und die daher zu Anschaffungskosten bewertet werden. Diese werden der Klasse der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte zugeordnet.

Neben den finanziellen Vermögenswerten der genannten Kategorien umfasst die Klasse von Finanzinstrumenten auch die als Vermögenswerte erfassten Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten, da diese ebenfalls zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte

Zur Klasse der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte zählen finanzielle Vermögenswerte der Kategorien „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“, „Kredite und Forderungen“ sowie der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Klasse der Finanzierungs-Leasingverhältnisse besteht im DZ BANK Konzern ausschließlich aus Forderungen im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Klassen finanzieller Verbindlichkeiten

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ mit den Unterkategorien „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ und „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ sowie Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten bilden im DZ BANK Konzern die Klasse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die Klasse der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten ist identisch mit der gleichnamigen Kategorie finanzieller Verbindlichkeiten.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Klasse der Finanzierungs-Leasingverhältnisse besteht im DZ BANK Konzern ausschließlich aus Verbindlichkeiten im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Finanzgarantien und Kreditzusagen

In der Klasse der Finanzgarantien und Kreditzusagen werden Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien und Rückstellungen für Kreditzusagen im Anwendungsbereich von IAS 37 zusammengefasst.

Allgemeine Erläuterungen zur Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

» 06
Bilanzierung
von Sicherungs-
geschäften

Im Rahmen der Risikomanagementstrategie werden im DZ BANK Konzern Absicherungen gegen Risiken aus Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Absicherungen erfolgen unter anderem durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Soweit sich aus der Absicherung von Risiken aus Finanzinstrumenten bei der Bilanzierung Ansatz- oder Bewertungsinkongruenzen zwischen den gesicherten Grundgeschäften und den eingesetzten Sicherungsderivaten ergeben, werden zu deren Beseitigung oder Verminderung im Rahmen der Regelungen des IAS 39 grundsätzlich Sicherungsbeziehungen designiert.

Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts

Durch die Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts sollen Änderungen von beizulegenden Zeitwerten der gesicherten Grundgeschäfte durch gegenläufige Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente ausgeglichen werden. Hierzu werden die auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der gesicherten Grundgeschäfte sowie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsinstrumente erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Absicherungen erfolgen sowohl durch Designation individueller Sicherungsbeziehungen als auch von Sicherungsbeziehungen auf Portfoliobasis.

Gesicherte Grundgeschäfte der Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ sowie Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen werden entsprechend den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen für diese Finanzinstrumente bewertet und jeweils um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst. Gesicherte Grundgeschäfte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei nur über die gesicherten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts hinausgehende Änderungen im erfolgsneutralen Konzernergebnis erfasst werden. Aus gesicherten Grundgeschäften sowie aus Sicherungsinstrumenten resultierende Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss erfasst.

Soweit Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts gegen Zinsrisiken auf Portfoliobasis erfolgen, werden die kumulierten und auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts für Portfolios finanzieller Vermögenswerte im Bilanzposten Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten und für Portfolios finanzieller Verbindlichkeiten im Bilanzposten Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bei vollständig effektiven Sicherungsbeziehungen gleichen sich die erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten auf das gesicherte Risiko zurückzuführenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts während der Laufzeit der Sicherungsbeziehungen vollständig aus. Die im Buchwert der gesicherten Grundgeschäfte erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden spätestens nach Beendigung der Sicherungsbeziehung erfolgswirksam amortisiert.

Absicherungen von Zahlungsströmen

Durch Absicherungen von Zahlungsströmen sollen Änderungen ungewisser künftiger Zahlungsströme aus den gesicherten Grundgeschäften durch gegenläufige Änderungen von Zahlungsströmen aus den Sicherungsinstrumenten ausgeglichen werden.

Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung entfallen, werden erfolgsneutral erfasst. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung entfallen, werden erfolgswirksam erfasst. Die Bilanzierung und Bewertung der gesicherten Grundgeschäfte erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der zugeordneten Bewertungskategorie. Nach der Beendigung einer Sicherungsbeziehung werden die erfolgsneutral gebuchten Wertänderungen zu dem Zeitpunkt erfolgswirksam, zu dem die gesicherten Grundgeschäfte oder Transaktionen die Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen.

Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe

Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe dienen der Kompensation von Währungsumrechnungsdifferenzen, die aus Nettoinvestitionen in fremder Währung resultieren.

Die Bilanzierung von Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe entspricht der Bilanzierung von Absicherungen von Zahlungsströmen.

Sämtliche monetären Vermögenswerte und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden mit dem Stichtagskurs in die jeweilige funktionale Währung der Unternehmen des DZ BANK Konzerns umgerechnet. Sorten werden mit dem Sortenankaufskurs am Abschlussstichtag bewertet. Die Umrechnung nicht monetärer Vermögenswerte und Schulden richtet sich nach den für sie angewendeten Bewertungsmaßstäben. Soweit nicht monetäre Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist die

» 07
Währungs-
umrechnung

Umrechnung mit dem historischen Kurs vorzunehmen. Mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete nicht monetäre Vermögenswerte werden mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Erträge und Aufwendungen sowie Gewinne und Verluste werden zum Zeitpunkt ihrer erfolgswirksamen oder erfolgsneutralen Erfassung umgerechnet.

Falls die funktionale Währung der in den Abschluss des DZ BANK Konzerns einbezogenen Tochterunternehmen von der Konzernberichtswährung Euro abweicht, werden sämtliche Vermögenswerte und Schulden mit dem Kurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt mit historischen Kursen. Die Umrechnung von Erträgen und Aufwendungen erfolgt mit dem Stichtagskurs, sofern sich hieraus keine wesentlichen Auswirkungen gegenüber der Anwendung von Durchschnittskursen ergeben. Aus dieser Vorgehensweise resultierende Unterschiedsbeträge werden in der Rücklage aus der Währungs-umrechnung ausgewiesen. Die funktionale Währung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen entspricht überwiegend der Konzernberichtswährung Euro.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert und in der Bilanz als Nettobetrag ausgewiesen, wenn der Konzern zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Rechtsanspruch darauf hat, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und die Absicht besteht, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

» 08
Saldierung von
finanziellen
Vermögenswerten
und finanziellen
Verbindlichkeiten

Der Rechtsanspruch auf Saldierung darf nicht von einem künftigen Ereignis abhängen und muss im normalen Geschäftsverlauf, im Falle eines Ausfalls sowie im Falle einer Insolvenz oder eines Konkurses des Unternehmens und sämtlicher Gegenparteien durchsetzbar sein.

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Transaktionen, bei denen Pensionsgeber und -nehmer einen Verkauf und einen späteren Rückkauf von Wertpapieren zu einem festgelegten Preis und Zeitpunkt vereinbaren. Die Chancen und Risiken aus in Pension gegebenen Wertpapieren verbleiben vollständig beim Pensionsgeber, sofern es sich um echte Pensionsgeschäfte handelt. Im Rahmen von Geschäften als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) bleiben veräußerte Wertpapiere aufgrund der Nichterfüllung der Ausbuchungskriterien des IAS 39 in der Konzernbilanz erfasst. In Höhe des erhaltenen Kaufpreises wird eine entsprechende Verbindlichkeit angesetzt. Im Rahmen von Geschäften als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) erworbene Wertpapiere dürfen in der Konzernbilanz nicht angesetzt werden. In Höhe des gezahlten Kaufpreises wird eine Forderung erfasst.

» 09
Wertpapierpensions-
und Wertpapier-
leihegeschäfte

Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehene Wertpapiere bleiben bilanziell angesetzt. Für in diesem Zusammenhang erhaltene Barsicherheiten werden Verbindlichkeiten erfasst. Entlehene Wertpapiere erfüllen nicht die Ansatzkriterien des IAS 39 und dürfen somit nicht bilanziell erfasst werden. Im Rahmen der Wertpapierentleihe gestellte Barsicherheiten werden als Forderungen ausgewiesen.

Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte führen zu Übertragungen, bei denen die übertragenen Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit bilanziert bleiben. Übertragungen, bei denen die übertragenen Vermögenswerte nach der Maßgabe ihres anhaltenden Engagements bilanziert werden oder Übertragungen finanzieller Vermögenswerte mit anhaltendem Engagement, die in ihrer Gesamtheit ausgebucht sind, liegen im DZ BANK Konzern nicht vor.

Als Sicherheiten gestellte Vermögenswerte in Form von Barsicherheiten führen zum Ansatz von Forderungen. Sonstige als Sicherheiten gestellte Vermögenswerte bleiben unverändert bilanziell erfasst. Für erhaltene Barsicherheiten werden in entsprechender Höhe Verbindlichkeiten angesetzt. Sonstige als Sicherheiten erhaltene finanzielle und nicht finanzielle Vermögenswerte werden nicht in der Bilanz erfasst, soweit diese nicht in Zusammenhang mit der Verwertung der Sicherheiten oder im Rahmen von Rettungserwerben übernommen werden.

» 10
Sicherheiten

Allgemeine Erläuterungen zur Bilanzierung des Versicherungsgeschäfts

» 11
Versicherungsgeschäft

Im Rahmen des Versicherungsgeschäfts des DZ BANK Konzerns werden Versicherungsverträge, Kapitalisierungsgeschäfte und Dienstleistungsverträge abgeschlossen. Darüber hinaus werden Finanzgarantien an Versicherungsnehmer gestellt.

Versicherungsverträge regeln die Übernahme signifikanter Versicherungsrisiken von einem Versicherungsnehmer durch Vereinbarung der Zahlung einer Entschädigung für den Fall, dass ein ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Versicherungsverträge werden gemäß den Vorschriften des IFRS 4 bilanziert. Bei Kapitalisierungsgeschäften handelt es sich insbesondere um Verträge der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung ohne Überschussbeteiligung, Pensionsfondsverträge auf der Basis leistungsbezogener Pensionspläne und Verträge zur Absicherung von Altersteilzeitmodellen. Kapitalisierungsgeschäfte werden als Finanzinstrumente im Anwendungsbereich des IAS 39 eingestuft. Dienstleistungsverträge sind insbesondere separierbare Bestandteile für die Übernahme der Verwaltung von Versicherungs- und Kapitalisierungsverträgen. Für diese gelten die Vorschriften des IAS 18 zur Ertragsvereinnahmung. Im Rahmen des Versicherungsgeschäfts abgeschlossene Verträge über Finanzgarantien werden nach den für Versicherungsverträge geltenden Vorschriften bilanziert.

Das Versicherungsgeschäft des DZ BANK Konzerns wird grundsätzlich in den versicherungsspezifischen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ausgewiesen. Wesentliche Bestandteile der versicherungsspezifischen Posten werden im Folgenden beschrieben.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

Die Bilanzierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die im Rahmen des Versicherungsgeschäfts gehalten oder eingegangen werden, erfolgt nach den in Abschnitt 5 dargestellten Rechnungslegungsmethoden für Finanzinstrumente. Der Ausweis der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen, den sonstigen Aktiva und den sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen. Wertberichtigungen von in den Kapitalanlagen und den sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen erfassten finanziellen Vermögenswerten werden direkt im Buchwert vorgenommen.

In den sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen sind die Leistungsverpflichtungen aus Kapitalisierungsverträgen enthalten, bei denen im Rahmen des Versicherungsabschlusses kein wesentliches Versicherungsrisiko übernommen wird. Sie sind unter den Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften ausgewiesen. Die diesen Verträgen zugrunde liegenden Finanzinstrumente sind im Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice unter den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ausgewiesen.

Investment Property

Das in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen enthaltene Investment Property wird nach dem Anschaffungskostenmodell zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Niedrigverzinsliche, nichtverzinsliche und erlassbare Darlehen werden wie Zuwendungen der öffentlichen Hand bilanziert. Der Umfang der Förderung beziehungsweise die Zuwendungen der öffentlichen Hand werden bei der Feststellung des Buchwerts des Vermögenswerts abgezogen und mittels eines reduzierten Abschreibungsbetrags über die Dauer der Förderung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die erzielbaren Werte von Immobilien werden im Rahmen von Werthaltigkeitstests sowie für die erforderlichen Anhangangaben gemäß den Regelungen des IFRS 13 ermittelt. Hierzu werden in der Regel normierte Bewertungsverfahren angewendet, die auf den Vorschriften der deutschen Immobilienwertermittlungsverordnung, der Wertermittlungsrichtlinie und des Baugesetzbuchs basieren. Demgemäß werden die Verkehrswerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie anhand der Bestimmungen der abgeschlossenen Verträge ermittelt.

Werterhöhende Ausgaben, die zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer oder zu einer erheblichen Verbesserung der Gebäudesubstanz führen, werden aktiviert. Instandhaltungsaufwendungen und Reparaturen werden als Aufwendungen erfasst.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungsunternehmen können während einer Übergangsphase die versicherungstechnischen Posten nach den bisher angewendeten Rechnungslegungsvorschriften bilanzieren und bewerten. Demgemäß werden die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend den nationalen Vorschriften des HGB sowie anderen zusätzlich für Versicherungsunternehmen geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften bilanziert und bewertet. Der Ansatz der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt vor Abzug des als Vermögenswert ausgewiesenen Anteils der Rückversicherer.

Beitragsüberträge

Die Rückstellung für Beitragsüberträge repräsentiert bereits vereinnahmte Beiträge, die auf zukünftige Perioden entfallen.

Die Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft der Schaden- und Unfallversicherung werden grundsätzlich aus den gebuchten Bruttobeiträgen nach dem 360stel-System berechnet. Für die Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmanteile wird das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt, laut dem in der Schaden- und Unfallversicherung 85 Prozent der Provisionen und Vertreterbezüge sowie Teile der Direktionspersonalkosten nicht übertragen werden können.

Die Beitragsüberträge in der Lebensversicherung werden unter Berücksichtigung der Beginn- und Fälligkeitstermine jeder einzelnen Versicherung und nach Abzug von nicht übertragungsfähigen Beitragsteilen ermittelt. In der Lebensversicherung sind die kalkulierten Inkassoaufwendungen bis zu einer Höhe von 4 Prozent der Beiträge nicht übertragungsfähig.

Die Beitragsüberträge der Krankenversicherung betreffen überwiegend das Auslandsreisekrankenversicherungsgeschäft.

Der Anteil der Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wird gemäß den Vorschriften der einzelnen Rückversicherungsverträge ermittelt.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung dient der dauernden Erfüllbarkeit der garantierten Ansprüche auf künftige Versicherungsleistungen. Hier werden garantierte Ansprüche der Versicherten in der Lebensversicherung und in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr sowie die Alterungsrückstellung in der Krankenversicherung ausgewiesen.

Die Deckungsrückstellung in der Lebensversicherung und in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr wird in Deutschland gemäß genehmigten Geschäftsplänen beziehungsweise den Grundsätzen, die den zuständigen Aufsichtsbehörden dargelegt wurden, generell einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine ermittelt. Dabei kommt in der Lebensversicherung mit Ausnahme der fondsgebundenen Versicherungen und der Kontoführungstarife sowie in der Unfallversicherung mit Ausnahme der beitragspflichtigen Verträge mit Beginn vor 1982 die prospektive Methode zur Anwendung, in den übrigen Tarifen die retrospektive Methode. Einzelvertraglich negative Deckungsrückstellungen werden in der Regel bilanziell mit null Euro angesetzt.

Die Rechnungsgrundlagen bestimmen sich nach den aktuellen Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung e. V., Köln, (DAV) und der Aufsichtsbehörde sowie anderen nationalen Rechtsvorschriften und Regelungen. Der Berechnung der Deckungsrückstellung liegen wie im Vorjahr im Allgemeinen Zinssätze zwischen 0,0 Prozent und 4,0 Prozent zugrunde. Die Zinssätze richten sich in der Regel nach den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszinsen. Die Rechnungsgrundlagen gelten grundsätzlich vom Vertragsabschluss bis zum Ablauf des Vertrags.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung kam für Vertragsabschlüsse bis einschließlich 2014 im Allgemeinen das Zillmerverfahren zur Anwendung. Seit dem Lebensversicherungsreformgesetz wird im Neugeschäft ab dem Geschäftsjahr 2015 größtenteils auf das Zillmerverfahren verzichtet. Insbesondere werden nach dem Altersvermögensgesetz förderfähige Rentenversicherungen und Rentenversicherungen zu in Rückdeckung übernommenen Pensionsplänen nicht gezillmert.

Aufwendungen für die Verwaltung werden in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung implizit berücksichtigt. Bei Versicherungen mit tariflich beitragsfreien Jahren, bei beitragsfrei gestellten Versicherungen und bei einem Teil des Altbestands wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Deckungsrückstellungen in der Krankenversicherung werden einzelvertraglich und prospektiv auf Basis der technischen Rechnungsgrundlagen der Tarife berechnet. Negative Deckungsrückstellungen werden gegen positive Deckungsrückstellungen aufgerechnet. In die Berechnung gehen als Rechnungsgrundlagen insbesondere Annahmen in Bezug auf Kapitalanlageverzinsung, Sterblichkeit, Storno sowie Kosten ein. Der Rechnungszins in der Krankenversicherung wird regelmäßig gemäß dem von der DAV entwickelten Verfahren zur Berechnung des aktuariellen Unternehmenszinses überprüft. Im Rahmen der Beitragsanpassung zum 1. Januar 2016 wurde im Bisex-Bestand eine Rechnungszinsabsenkung vorgenommen. In den Unisex-Tarifen bleibt der Rechnungszins unverändert. Es werden die Sterbetafeln der Privaten Krankenversicherung (PKV) sowie unternehmensindividuelle Stornowahrscheinlichkeiten und Kopfschadenprofile verwendet. Diese Annahmen werden in regelmäßigen Abständen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Im Allgemeinen werden bei der Berechnung der prospektiv ermittelten Deckungsrückstellungen die Rechnungsgrundlagen über die gesamte Vertragslaufzeit beibehalten. Falls die jährlich durchgeführten aktuariellen Analysen ein zu geringes Sicherheitsniveau bezüglich Biometrie oder Zins offenlegen, werden entsprechende Anpassungen vorgenommen. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen orientieren sich vor allem an den von der DAV veröffentlichten Sterbe- und Invalidisierungstafeln.

Seit 2011 werden für Verträge oberhalb des Referenzzinssatzes Zinszusatzrückstellungen gebildet. Für den Neubestand geschieht dies aufgrund der Regelungen der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV). Bei Verträgen mit einem Rechnungszins oberhalb des in der DeckRV definierten Referenzzinssatzes wird eine Zinszusatzreserve gebildet. Für Verträge des Altbestands wird mit Genehmigung der BaFin eine Zinsverstärkung vorgenommen. Ab dem Geschäftsjahr 2016 werden dabei erstmalig unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten angesetzt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle repräsentiert Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsfällen, bei denen die Höhe und/oder der Zeitpunkt der Zahlung noch nicht verlässlich ermittelt werden können. Die Rückstellung wird für gemeldete, aber auch für bereits eingetretene, noch nicht gemeldete Versicherungsfälle gebildet. Einbezogen werden sowohl interne als auch externe Aufwendungen sowie Schadenregulierungskosten.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts wird für bekannte Schadenfälle grundsätzlich individuell ermittelt. Die Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden verrechnet. Für die bis zum Abschlussstichtag eingetretenen oder verursachten, aber zum Abschlussstichtag noch nicht gemeldeten Schäden ist basierend auf den in Vorjahren beobachteten Nachmeldungen die Rückstellung um eine Spätschadenrückstellung erhöht worden. Bei der Ermittlung kommen statistische Schätzverfahren zur Anwendung. Abgesehen von der Rentendeckungsrückstellung findet keine Abzinsung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle statt. Die in diesem Posten ebenfalls enthaltenen Rückstellungen für Schadenregulierungsaufwendungen sind entsprechend den Vorschriften des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 beziehungsweise nach der Formel 48 (Verbandsformel) gemäß Schreiben vom 20. März 1973 berechnet worden. Demnach werden interne Schadenregulierungskosten für künftige Schadenfälle anhand der gegenwärtigen Aufwendungen mittels einer pauschalierten Schlüsselung hochgerechnet.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds erfolgt individuell. Sie wird für bis zum Abschlussstichtag bereits eingetretene und gemeldete, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle gebildet. Darüber hinaus enthält sie eine pauschale Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals unter Berücksichtigung von aktualisierten Erfahrungswerten für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle sowie für Ansprüche, die sich aus der Leistungsverpflichtung nach den BGH-Urteilen vom 7. Mai 2014 (IV ZR 76/11) und vom 17. Dezember 2014 (IV Z 260/11) ergeben.

Für bis zum Abschlussstichtag eingetretene und gemeldete Versicherungsfälle (ohne Abläufe) sowie für Spätschäden wird eine Rückstellung für Regulierungsaufwendungen in Höhe von 1 Prozent der Schadenrückstellung gebildet.

In der Krankenversicherung wird die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle auf Basis der im Geschäftsjahr gezahlten Aufwendungen für Versicherungsfälle

des Geschäftsjahres ermittelt. Dabei werden Erfahrungswerte der 3 vorangegangenen Geschäftsjahre zugrunde gelegt. Forderungen aus Regressen sowie anstehende Erstattungen gemäß Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz werden von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abgesetzt. In der bilanzierten Rückstellung sind die nach der steuerlichen Regelung ermittelten Schadenregulierungskosten enthalten. Der Anteil der Rückversicherer an der Rückstellung wird gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt. Für rückversicherungsrelevante Versicherungsfälle werden gegebenenfalls fallbezogene Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle gebildet.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) repräsentiert am Abschlussstichtag noch nicht fällige Verpflichtungen für Beitragsrückerstattungen an die Versicherten. Sie enthält Beträge, die den Versicherungsnehmern gemäß gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen für die erfolgsabhängige oder erfolgsunabhängige Überschussbeteiligung zugewiesen wurden. Zusätzlich enthält die RfB über die oben genannten Teile hinaus die aus zeitlich begrenzten kumulierten Ansatz- und Bewertungsunterschieden zwischen den Abschlussposten nach IFRS und HGB resultierende latente Rückstellung für Beitragsrückerstattung (latente RfB). Für erfolgsneutrale Bewertungsunterschiede, wie zum Beispiel unrealisierte Gewinne und Verluste von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, wird die korrespondierende latente RfB erfolgsneutral gebildet, andernfalls werden die Veränderungen der Rückstellung erfolgswirksam berücksichtigt.

Die latente RfB im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft wird in Höhe von 90 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und IFRS nach Abzug latenter Steuern gebildet.

Die RfB in den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds wird für Ansprüche der Versicherungsnehmer auf erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung gebildet. Die dadurch gebundenen Mittel stehen also grundsätzlich für eine künftige einzelvertragliche Zuteilung von Überschüssen an die Versicherungsnehmer zur Verfügung. Innerhalb der RfB wird zwischen Rückstellungen, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Überschussanteile (einschließlich der Beteiligung an Bewertungsreserven nach HGB) entfallen, dem Fonds, durch den künftige Schlusszahlungen finanziert werden, und der freien RfB unterschieden. Nach § 140 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) kann die RfB, soweit sie nicht auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Überschussanteile entfällt, zur Abwendung eines drohenden Notstands herangezogen werden und hat somit risikomindernden Charakter. Die latente RfB wird in Höhe von 90 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und IFRS nach Abzug latenter Steuern gebildet.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung in der Krankenversicherung enthält Beträge, die den Versicherungsnehmern gemäß gesetzlicher oder vertraglicher Regelungen für die erfolgsabhängige oder erfolgsunabhängige Überschussbeteiligung zugewiesen wurden. Die latente RfB wird in Höhe von 80 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und IFRS nach Abzug latenter Steuern gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung werden die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft im Verein Verkehrsofferhilfe e. V., Berlin, entsprechend der Aufgabe des Vereins angesetzt und die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen einzelvertraglich ermittelt. Die Stornorückstellung wird aufgrund von Erfahrungssätzen der Vergangenheit errechnet. Die Drohverlustrückstellung wird auf Basis der operativen Planung gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen werden im Bereich der Lebensversicherung einzelvertraglich aus schon fälligen, aber noch nicht gezahlten Beiträgen ermittelt, die noch nicht in die versicherungstechnische Rückstellung im Bereich der Lebensversicherung eingeflossen sind, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird.

In den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen der Krankenversicherung ist eine Stornorückstellung enthalten. Die Stornorückstellung wurde zur Berücksichtigung von erwarteten Verlusten gebildet und auf Basis von Erfahrungswerten aus dem überrechnungsmäßigen vorzeitigen Abgang der negativen Teile der Alterungsrückstellung berechnet.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die versicherungstechnischen Rückstellungen grundsätzlich nach den Vorgaben der Zedenten bilanziert. Sofern zum Abschlussstichtag keine Aufgaben vorliegen, wird die Rückstellung für das Geschäftsjahr geschätzt. Maßgebend hierfür sind die vertraglichen Bedingungen und der bisherige Geschäftsverlauf. Bei einigen erfahrungsgemäß zu niedrig angesetzten Schadenrückstellungen der Zedenten werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, nach aktuariellen Verfahren und nach Erfahrungswerten der Vergangenheit angemessene Erhöhungen vorgenommen.

Pensionsfondstechnische und versicherungstechnische Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird

Die pensionsfondstechnischen und versicherungstechnischen Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird, repräsentieren einen weitgehend mit dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice korrespondierenden Posten. Hier sind die Ansprüche der Versicherungsnehmer an ihren jeweiligen Fondsanteilen ausgewiesen, sofern es sich um Kapitalanlagen aus Verträgen handelt, die gemäß IFRS 4 zu bilanzieren sind. Sie werden mit dem beizulegenden Zeitwert auf Basis der zugrunde liegenden Finanzanlagen bewertet. Gewinne und Verluste des Fondsvermögens ziehen entsprechende analoge Veränderungen der Passivseite nach sich.

Angemessenheitstest für versicherungstechnische Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Verpflichtungen müssen regelmäßig mithilfe eines Angemessenheitstests für Verbindlichkeiten überprüft werden. Der Angemessenheitstest ermittelt, ob der Buchwert der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund eines Vergleichs mit den erwarteten künftigen Cashflows erhöht werden muss.

Im Hinblick auf die versicherungstechnischen Rückstellungen der Krankenversicherungsunternehmen werden regelmäßig die Barwerte erwarteter künftiger Versicherungsleistungen und Kosten den Barwerten erwarteter künftiger Beitragszahlungen gegenübergestellt. Sollten sich Defizite ergeben, hat das Versicherungsunternehmen die Möglichkeit zur Beitragsanpassung.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungs-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen sämtliche mit dem Eigentum am Leasingobjekt verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Verbleiben die Chancen und Risiken im Wesentlichen beim Leasinggeber, liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

» 12
Leasingverhältnisse

DZ BANK Konzern als Leasinggeber

Bei einer Klassifizierung als Finanzierungs-Leasingverhältnis ist eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer anzusetzen. Die Forderung wird mit dem Nettoinvestitionswert zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bewertet. Die vereinnahmten Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Während der Zinsanteil auf Basis des internen Zinssatzes des Leasingvertrags bei periodisch gleichbleibender Rendite als Zinsertrag vereinnahmt wird, mindert der Tilgungsanteil die angesetzte Forderung.

Soweit ein Leasingverhältnis als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert wird, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum am Leasinggegenstand beim DZ BANK Konzern. Leasinggegenstände werden als Vermögenswerte ausgewiesen. Die Bewertung von Leasinggegenständen erfolgt mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen und Wertberichtigungen. Die Leasingraten werden – sofern nicht eine andere Art der Verteilung den Verlauf des Ertragsprozesses besser abbildet – gleichmäßig über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und gehen in die im Zinsüberschuss ausgewiesenen laufenden Erträge aus Operating-Leasingverhältnissen ein. Darüber hinaus werden in den laufenden Erträgen aus Operating-Leasingverhältnissen Veräußerungsgewinne, Wertaufholungen, Abschreibungen, Veräußerungsverluste und Wertberichtigungen der zugrunde liegenden verleasten Vermögenswerte erfasst.

DZ BANK Konzern als Leasingnehmer

Bei einer Klassifizierung als Finanzierungs-Leasingverhältnis ist der DZ BANK Konzern wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingobjekts. Das Leasingobjekt ist dementsprechend im Abschluss als Vermögenswert auszuweisen. Zum Zugangszeitpunkt wird das Leasingobjekt mit dem beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser Wert niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe erfasst. Die gezahlten Leasingraten sind in einen Tilgungs- und einen Zinsanteil aufzuteilen.

Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen werden grundsätzlich linear über die jeweiligen Laufzeiten der Leasingverträge erfasst und als Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Zinsen und Dividenden

» 13
Erträge

Zinsen werden im DZ BANK Konzern durch Anwendung der Effektivzinsmethode abgegrenzt und periodengerecht erfasst.

Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen vertragliche Vereinbarungen im Zusammenhang mit den jeweiligen finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten.

Agien und Disagien werden über die Laufzeit der Finanzinstrumente effektivzinskonstant aufgelöst. Zusätzlich anfallende, direkt zurechenbare Transaktionskosten werden in die Berechnung des Effektivzinses einbezogen, wenn diese unmittelbar mit dem Erwerb oder der Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit im Zusammenhang stehen. Hierzu zählen unter anderem vereinnahmte Abschlussgebühren, die direkt mit der Anbahnung von Bausparverträgen zusammenhängen, sowie Bereitstellungsprovisionen für Kredite. Soweit für einen finanziellen Vermögenswert eine Wertberichtigung erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des jeweiligen Finanzinstruments eingestellt und werden die Zinserträge entsprechend der Barwertfortschreibung gemäß IAS 39.A93 (Unwinding) ermittelt.

Dividenden werden mit Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung vereinnahmt.

Zinserträge aus und Zinsaufwendungen für derivative Finanzinstrumente, die ohne Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder zur Absicherung von „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften Finanzinstrumenten“ eingesetzt werden, werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Daneben werden die Zinserträge und Zinsaufwendungen der zur ökonomischen Steuerung zwischen verschiedenen Organisationseinheiten abgeschlossenen Tages- und Termingelder sowie Abgrenzungseffekte aus zur ökonomischen Steuerung des Zinsergebnisses eingesetzten Devisenswaps entsprechend ihrer ökonomischen Zuordnung im Zinsüberschuss und im Handelsergebnis ausgewiesen.

Provisionen

Erträge aus Provisionen werden berücksichtigt, wenn die zugrunde liegenden Dienstleistungen erbracht wurden, es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der ökonomische Nutzen zufließen wird, und der Ertrag zuverlässig bestimmt werden kann. Erträge werden somit entweder über den Zeitraum vereinnahmt, über den die zugrunde liegende Leistung erbracht wird, oder direkt nach der Leistungserbringung erfolgswirksam erfasst.

Zu den Provisionen, die über den Zeitraum der Leistungserbringung verdient werden, gehören bestimmte Entgelte für Verwaltung und Verwahrung im Rahmen des Wertpapiergeschäfts und der Vermögensverwaltung sowie für die Bereitstellung von Finanzgarantien. Im Falle von erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütungen erfolgt die Ertragsvereinnahmung, wenn die vertraglich vereinbarten leistungsabhängigen Kriterien erfüllt sind.

Versicherungsgeschäft

Gebuchte Bruttobeiträge werden für jeden Versicherungsvertrag unter Berücksichtigung des Versicherungsbeginns zeitanteilig taggenau berechnet. Hierbei handelt es sich um im Geschäftsjahr fällig gewordene Beiträge und Beitragsraten sowie Einmalbeiträge für das selbst

abgeschlossene und in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft. Beiträge aus fondsgebundenen Lebensversicherungen, soweit es sich nicht um Kapitalisierungsverträge ohne Überschussbeteiligung handelt, werden ebenfalls als gebuchte Bruttobeiträge erfasst.

Die Beitragsanteile für Verwaltungsleistungen werden zeitanteilig als Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Für indexgebundene Policen und Dienstleistungsverträge werden Kostenzuschläge für Verwaltungsleistungen und Provisionen gemäß IAS 18 abgegrenzt und periodengerecht entsprechend der Leistungserbringung realisiert.

Als Barreserve werden der Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ausgewiesen.

» 14
Barreserve

Der Kassenbestand umfasst auf Euro und Fremdwährung lautende Bargeldbestände, die mit dem Nominalwert bewertet beziehungsweise dem Sortenankaufskurs umgerechnet werden. Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen werden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten der Barreserve werden als Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften erfasst.

Als Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind sämtliche auf den Namen lautende Forderungen erfasst, die nicht als „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ kategorisiert werden. Neben täglich fälligen und befristeten Forderungen aus dem Kredit-, Leasing- und Geldmarktgeschäft werden unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen bilanziert.

» 15
Forderungen an
Kreditinstitute
und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten nach der Effektivzinsmethode bewertet. Im Rahmen der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts werden die Buchwerte gesicherter Forderungen um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts adjustiert. Die daraus resultierenden Buchwertanpassungen werden als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Darüber hinaus erfolgt zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien für bestimmte Forderungen eine Einstufung zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert. Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen werden nach den Vorschriften für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen angesetzt und bewertet.

Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden unter den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften erfasst. Diese umfassen auch die Ergebnisse aus der Veräußerung von als „Kredite und Forderungen“ kategorisierten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die Amortisation von Buchwertanpassungen bei der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts. Ergebnisse aus der Bewertung von Forderungen, die zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuft sind, werden im gleichnamigen Ergebnis ebenfalls als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wird als gesonderter Bilanzposten offen aktivisch abgesetzt. Zuführungen zur und Auflösungen von Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

» 16
Risikovorsorge

Die Risikovorsorgebildung im DZ BANK Konzern umfasst darüber hinaus Veränderungen von Rückstellungen für Kreditzusagen, sonstigen Rückstellungen im Kreditgeschäft und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien. Zuführungen zu und Auflösungen von diesen Posten gehen ebenfalls erfolgswirksam in die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ein.

Als positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten werden die Buchwerte derivativer Finanzinstrumente ausgewiesen, die im Rahmen von effektiven und dokumentierten Sicherungsbeziehungen als Sicherungsinstrumente designiert sind.

» 17
Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Bewertung der derivativen Finanzinstrumente erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Sicherungsinstrumenten für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen 2 Abschlussstichtagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften ausgewiesen.

Bei derivativen Sicherungsinstrumenten, die Absicherungen von Zahlungsströmen beziehungsweise Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe dienen, werden die auf den effektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgsneutral erfasst. Der Ausweis erfolgt im Eigenkapital in der Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen beziehungsweise in der Rücklage aus der Währungsumrechnung. Die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts sind als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften enthalten.

Handelsaktiva und -passiva umfassen ausschließlich finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die der Bewertungskategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ zugeordnet werden.

» 18
Handelsaktiva und -passiva

Derivative Finanzinstrumente mit positiven beizulegenden Zeitwerten werden den Handelsaktiva zugeordnet, wenn diese mit Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder trotz Sicherungsabsicht die Voraussetzungen zu einer Bilanzierung als Sicherungsinstrument nicht erfüllen. Weiterhin beinhalten die Handelsaktiva Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Forderungen, die mit Handelsabsicht gehalten werden.

Die Handelspassiva umfassen Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen, begebene Schuldverschreibungen und andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie mit Handelsabsicht eingegangene Verbindlichkeiten. Die Zuordnung von derivativen Finanzinstrumenten mit negativen beizulegenden Zeitwerten zu den Handelspassiva entspricht der Vorgehensweise bei den Handelsaktiva.

In den Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesene Finanzinstrumente werden stets erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Ergebnisse aus der Bewertung, Zinserträge und -aufwendungen sowie Dividenden aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis erfasst, sofern bei den jeweiligen Instrumenten eine tatsächliche Handelsabsicht besteht.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden, jedoch nicht in die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen einbezogen sind, werden im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten als Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten erfasst. Werden Grundgeschäfte zur Vermeidung von Rechnungslegungsanomalien der Kategorie „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ zugeordnet, werden die Bewertungsergebnisse der zugeordneten Sicherungsderivate im Ergebnis aus zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften Finanzinstrumenten erfasst. Zinserträge aus und Zinsaufwendungen für derivative Finanzinstrumente, die ohne Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder zur Absicherung von „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften Finanzinstrumenten“ eingesetzt werden, werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Als Finanzanlagen werden auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie auf den Inhaber oder den Namen lautender sonstiger Anteilsbesitz an Unternehmen, bei denen kein maßgeblicher Einfluss besteht, ausgewiesen, sofern diese Wertpapiere beziehungsweise Unternehmensanteile nicht zu Handelszwecken gehalten werden. Darüber hinaus umfassen die Finanzanlagen Anteile an Tochterunternehmen sowie Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen.

» 19 Finanzanlagen

Der erstmalige Ansatz der Finanzanlagen erfolgt grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert. Aktien und sonstiger Anteilsbesitz, Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden oder bei denen der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann, werden beim Zugang mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Folgebewertung der Finanzanlagen erfolgt entsprechend den Grundsätzen der Bewertungskategorie, der sie zugeordnet sind. Bei Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen wird die Folgebewertung grundsätzlich nach der Equity-Methode vorgenommen.

Wertberichtigungen von Finanzanlagen werden nach den für die jeweilige Kategorie der finanziellen Vermögenswerte geltenden Vorschriften des IAS 39 beziehungsweise nach den für die finanziellen Vermögenswerte einschlägigen Rechnungslegungsstandards ermittelt und direkt im Buchwert der betreffenden Finanzanlagen vorgenommen.

Zinsen sowie über die Laufzeit unter Anwendung der Effektivzinsmethode amortisierte Agien und Disagien aus Finanzanlagen werden im Zinsüberschuss erfasst. Dividenden aus Eigenkapitalinstrumenten gehen in die laufenden Erträge im Zinsüberschuss ein. Ergebnisse aus der Anwendung der Equity-Methode werden ebenfalls im Zinsüberschuss ausgewiesen. Wertberichtigungen und Wertaufholungen sowie bei Veräußerungen realisierte Gewinne und Verluste aus nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzanlagen werden im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt.

Im Bilanzposten Sachanlagen und Investment Property werden durch die Unternehmen des DZ BANK Konzerns genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einer erwarteten Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr erfasst. Darüber hinaus werden Vermögenswerte als Leasinggegenstände ausgewiesen, die im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen gehalten werden. Das Investment Property umfasst Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen dienen oder mit der Absicht der Wertsteigerung gehalten werden.

» 20
Sachanlagen
und Investment
Property

Sachanlagen und Investment Property werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt, die in den folgenden Geschäftsjahren um die kumulierten Abschreibungen und kumulierten Wertberichtigungen reduziert werden. Die Abschreibungen erfolgen im Wesentlichen linear über die Nutzungsdauer. Die Bewertung der Werthaltigkeit erfolgt überwiegend durch externe Wertgutachten.

Ergeben sich aufgrund von Tatsachen oder Umständen Anhaltspunkte für eine Wertminderung (Impairment) auf Vermögenswerte, wird der erzielbare Betrag ermittelt. Dieser wird erfasst, wenn der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert ist, zu dem der Vermögenswert bilanziert wird. Der erzielbare Betrag bemisst sich als der höhere Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert.

Direkt zurechenbare Fremdkapitalkosten für Sachanlagen und Investment Property, bei denen es sich um qualifizierte Vermögenswerte handelt, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

Abschreibungen auf Sachanlagen und Investment Property werden als Verwaltungsaufwendungen erfasst. Wertberichtigungen und Wertaufholungen gehen in das Sonstige betriebliche Ergebnis ein.

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche werden im Posten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Posten Ertragsteuerverpflichtungen ausgewiesen. Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden in der Höhe angesetzt, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

» 21
Ertragsteuer-
ansprüche und
-verpflichtungen

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden für temporäre Differenzen zwischen dem handelsrechtlichen und dem steuerlichen Wertansatz sowie für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern deren Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Die Bewertung erfolgt mit dem landes- und unternehmensspezifischen Steuersatz, der voraussichtlich zum Zeitpunkt ihrer Realisierung Gültigkeit haben wird. Für Konzerngesellschaften, die in einem ertragsteuerlichen Organschaftsverhältnis zur DZ BANK stehen, kommt ein einheitlicher Organschaftsteuersatz zur Anwendung.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden nicht diskontiert. Soweit temporäre Differenzen erfolgsneutral entstanden sind, werden die daraus resultierenden latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ebenfalls erfolgsneutral erfasst. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern berücksichtigt.

Die Sonstigen Aktiva beinhalten unter anderem immaterielle Vermögenswerte. Diese werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Software, erworbene Kundenbeziehungen und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit bestimmter Nutzungsdauer werden bei der Folgebewertung um kumulierte Abschreibungen und kumulierte Wertberichtigungen reduziert. Geschäfts- oder Firmenwerte sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens einmal innerhalb des Geschäftsjahres auf Wertminderungen überprüft.

» 22
Sonstige Aktiva

Langfristige Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden, deren Veräußerung geplant ist, realisieren ihren Buchwert überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch ihre fortgesetzte Nutzung. Sie sind daher bei Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren.

» 23
Zur Veräußerung
gehaltene Ver-
mögenswerte
und Schulden

Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt.

Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte beziehungsweise Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Zur Veräußerung gehaltene Schulden. Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten. Sofern es sich um Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen aufgebener Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis aus diesen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen separat in einem Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

Als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden sämtliche auf den Namen lautende Verbindlichkeiten ausgewiesen, die nicht als „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ kategorisiert werden. Neben täglich fälligen und befristeten Verbindlichkeiten aus dem Einlagen-, Bauspar- und Geldmarktgeschäft zählen hierzu insbesondere emittierte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

» 24
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden grundsätzlich unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Soweit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden als gesichertes Grundgeschäft in einer effektiven Absicherung des beizulegenden Zeitwerts designiert sind, wird ihr Buchwert um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, für die zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien die Fair Value Option ausgeübt wird, werden am Abschlussstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden gesondert im Zinsüberschuss erfasst. Zu den Zinsaufwendungen zählen auch Ergebnisse aus der vorzeitigen Tilgung sowie die Amortisation von Buchwertanpassungen bei der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts. Aus der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts resultierende Anpassungen des Buchwerts werden innerhalb des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Soweit Verbindlichkeiten zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuft sind, erfolgt die Erfassung der Bewertungsergebnisse im gleichnamigen Ergebnis als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten.

In den Verbrieften Verbindlichkeiten werden Pfandbriefe, sonstige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere ausgewiesen, für die auf den Inhaber lautende übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

» 25
Verbriefte Verbindlichkeiten

Die Bewertung verbrieftter Verbindlichkeiten und die Erfassung der Bewertungsergebnisse erfolgen analog zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer

» 26
Rückstellungen

Die mit den Arbeitnehmern der Unternehmen des DZ BANK Konzerns vereinbarte betriebliche Altersvorsorge beruht auf verschiedenen Arten von Versorgungssystemen, die von den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Gegebenheiten des jeweiligen Landes abhängen und sowohl beitrags- als auch leistungsorientierte Versorgungspläne umfassen.

Bei Zusage von beitragsorientierten Versorgungsplänen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger geleistet. Die Höhe der Beiträge sowie die daraus erwirtschafteten Vermögenserträge bestimmen die Höhe der künftigen Pensionsleistungen. Die Risiken aus der Verpflichtung zur Zahlung entsprechender Leistungen in der Zukunft liegen beim

Versorgungsträger. Für diese mittelbaren Versorgungszusagen werden keine Rückstellungen gebildet. Die geleisteten Beiträge werden in den Verwaltungsaufwendungen als Aufwendungen für Altersversorgung erfasst.

Bei leistungsorientierten Plänen sagt der Arbeitgeber eine Leistung zu und trägt sämtliche Risiken aus der Zusage. Die Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen beruht auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Der Bewertung liegen verschiedene versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Dabei werden insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung getroffen. Die Annahmen zum Gehalts- und Rententrend stützen sich auf in der Vergangenheit beobachtete Entwicklungen und berücksichtigen Erwartungen zur künftigen Entwicklung des Arbeitsmarkts. Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Lebenserwartung bilden anerkannte biometrische Rechnungsgrundlagen (Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck). Der für die Abzinsung der künftigen Zahlungsverpflichtungen verwendete Zinssatz ist ein adäquater Marktzinssatz für erstrangige, festverzinsliche Industriefinanzen mit einer den leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen entsprechenden Laufzeit. Die Ableitung des Zinssatzes erfolgt entsprechend der Verpflichtungsstruktur (Duration) anhand eines Portfolios hochwertiger Unternehmensanleihen, die festgelegte Qualitätsmerkmale und Mengenkriterien (ausstehender Nennwert) erfüllen müssen. Als Qualitätsmerkmale gelten insbesondere ein durchschnittliches AA-Rating von Moody's Investors Service, New York, Standard & Poor's, New York, Fitch Ratings, New York/London, und DBRS, Toronto. Anleihen mit bestehenden Kündigungsrechten in Form eingebetteter Derivate werden hierbei nicht berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen und Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen von leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von Planvermögen und Erstattungsansprüchen werden in der Berichtsperiode, in der sie anfallen, im erfolgsneutralen Konzernergebnis erfasst.

Die Planvermögen der leistungsorientierten Pläne des DZ BANK Konzerns bestehen in bedeutendem Umfang aus dem Planvermögen der DZ BANK.

Die Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer enthalten neben den Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionspläne außerdem Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, Rückstellungen für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und Rückstellungen für kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer. Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer werden insbesondere für Altersteilzeitregelungen sowie für Zuwendungen anlässlich Dienstjubiläen gebildet. Rückstellungen für Vorruhestandsregelungen werden den Rückstellungen für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugeordnet.

Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen

Die Unternehmen des DZ BANK Konzerns haben mit Vorstandsmitgliedern sowie ausgewählten Angestellten verschiedene Vereinbarungen über variable Vergütungsbestandteile getroffen, deren Höhe und Auszahlung unter anderem von der Entwicklung des Werts des jeweiligen Unternehmens abhängen. Diese Vereinbarungen werden als anteilsbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich klassifiziert.

Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen werden dann angesetzt und mit ihrem beizulegenden Zeitwert erfasst, wenn eine künftige Auszahlung der Vergütung hinreichend wahrscheinlich ist. Somit liegt der Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung vor dem Zeitpunkt der Gewährung sowie der Auszahlung in den Folgejahren. Hieraus resultieren entsprechende Abweichungen zu den in Höhe ihrer Nominalbeträge in Abschnitt 95 angegebenen gewährten nicht ausbezahlten anteilsbasierten Vergütungen.

Die Folgebewertung der Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen erfolgt ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden erfolgswirksam erfasst.

Andere Rückstellungen

Rückstellungen stellen Schulden dar, die bezüglich ihrer Höhe oder Fälligkeit ungewiss sind. Sie werden für gegenwärtige Verpflichtungen angesetzt, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren, sofern ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen wahrscheinlich ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann.

Die Rückstellungen werden in Höhe der bestmöglichen Schätzung mit dem Barwert der zu erwartenden Inanspruchnahme angesetzt und bewertet. Dabei werden die mit dem jeweiligen Sachverhalt verbundenen Risiken und Unsicherheiten sowie künftige Ereignisse berücksichtigt.

Rückstellungen für Kreditzusagen und sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft berücksichtigen in branchenüblichem Umfang vorliegende Unsicherheiten. In die zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen fließen neben Erfahrungswerten aus der Vergangenheit auch Erwartungen und Prognosen hinsichtlich der künftigen Entwicklung ein.

Bausparspezifische Rückstellungen werden für den Fall gebildet, dass gemäß den Tarifbedingungen der Bausparverträge vereinbarte Bonifikationen zu leisten sind. Diese können in Form der Rückgewähr von Teilen der Abschlussgebühren oder in Form von Bonuszinsen für Einlagen auftreten. Die Bonifikationen stellen eigenständige Zahlungsverpflichtungen dar und sind in Anwendung von IAS 37 zu bewerten und zu bilanzieren. Für die Bewertung dieser Verpflichtungen werden bauspartechnische Simulationsrechnungen (Kollektivsimulationen) eingesetzt, die das künftige Verhalten der Bausparer prognostizieren. Unsicherheiten bei der Bewertung der Rückstellungen resultieren aus den zu treffenden Annahmen über das künftige Kundenverhalten unter Berücksichtigung von Szenarien beziehungsweise Maßnahmen. Wesentliche Inputparameter der Kollektivsimulationen sind hier die Darlehensverzichtsquote und das Kündigungsverhalten der Bausparer.

Für Risiken aus laufenden Rechtsstreitigkeiten werden Rückstellungen gebildet, die mögliche daraus resultierende Verluste decken. Diese Rückstellungen werden gebildet, wenn mehr Gründe dafür als dagegen sprechen, dass sich aus dem jeweiligen Rechtsstreit eine Zahlungsverpflichtung für ein Unternehmen des DZ BANK Konzerns ergibt. Etwaige Konzentrationsrisiken aufgrund der Vergleichbarkeit von Einzelfällen werden dabei berücksichtigt.

Die Höhe der gebildeten Rückstellungen für Risiken aus laufenden Rechtsstreitigkeiten basiert jeweils auf den verfügbaren Informationen und ist Gegenstand von Beurteilungsspielräumen und Annahmen. Diese können zum Beispiel darin begründet sein, dass insbesondere in einem frühen Verfahrensstadium den Unternehmen des DZ BANK Konzerns noch nicht

sämtliche Informationen zur abschließenden Beurteilung des Rechtsrisikos zur Verfügung stehen. Zudem können sich Prognosen der Unternehmen des DZ BANK Konzerns zu Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen und Veränderungen behördlicher Auslegungen sowie – im Rahmen von Gerichtsverfahren – zu verfahrensleitenden Verfügungen oder Entscheidungen der Gerichte oder dem zu erwartenden prozessualen Vortrag der Prozessgegner später als unzutreffend herausstellen.

Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen werden als Zinsaufwendungen im Zinsüberschuss erfasst.

Als Nachrangkapital werden sämtliche auf den Namen oder den Inhaber lautende Fremdkapitalinstrumente erfasst, die im Insolvenz- oder Liquidationsfall erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Verbindlichkeiten, jedoch vor Verteilung des Insolvenz- oder Liquidationserlöses an die Gesellschafter zurückgezahlt werden.

» 27
Nachrangkapital

Die nachrangigen Verbindlichkeiten umfassen im Wesentlichen nachrangige Inhaberschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen. Das Genussrechtskapital setzt sich aus begebenen Inhaber- und Namensgenussscheinen zusammen. Als sonstiges Hybridkapital wird aufsichtsrechtliches Kernkapital erfasst, welches die Eigenkapitalkriterien der IFRS nicht erfüllt. Das auf Verlangen rückzahlbare Anteilskapital umfasst als nachrangig einzustufende nicht beherrschende Anteile an Personengesellschaften, die durch Unternehmen des DZ BANK Konzerns beherrscht werden.

Die Bewertung des Nachrangkapitals und die Erfassung der Bewertungsergebnisse erfolgen analog zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Eventualschulden sind mögliche Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch zukünftige Ereignisse noch bestätigt wird, die nicht unter der Kontrolle der Unternehmen des DZ BANK Konzerns stehen. Darüber hinaus stellen gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch aufgrund eines unwahrscheinlichen Abflusses von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen nicht als Rückstellungen erfasst werden oder deren Höhe nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann, ebenfalls Eventualschulden dar.

» 28
Eventualschulden

Die Angabe der Höhe der Eventualschulden erfolgt im Anhang, es sei denn, die Wahrscheinlichkeit des Abflusses von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen ist äußerst gering.

Eventualschulden werden mit der bestmöglichen Schätzung der möglichen künftigen Inanspruchnahme bewertet.

Eventualschulden für Prozessrisiken werden ausgewiesen, wenn mehr Gründe dafür als dagegen sprechen, dass keine gegenwärtige Verpflichtung besteht, jedoch die Möglichkeit, dass sich aus dem jeweiligen Rechtsstreit eine Zahlungspflicht für ein Unternehmen des DZ BANK Konzerns ergibt, nicht unwahrscheinlich ist. Risiken aus Rechtsstreitigkeiten werden nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

B Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen

Anteil, den nicht beherrschende Anteile an den Tätigkeiten des DZ BANK Konzerns und den Cashflows ausmachen

» 29
Anteile an
Tochterunter-
nehmen

Bei den folgenden Tochterunternehmen bestehen im DZ BANK Konzern wesentliche nicht beherrschende Anteile am Kapital und am Ergebnis:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Teilkonzern R+V Versicherung	1.016	1.691
Teilkonzern Bausparkasse Schwäbisch Hall	221	948
DZ BANK Capital Funding Trust II	497	491
DZ BANK Capital Funding Trust III	349	339
DZ BANK Capital Funding Trust I	299	297
DZ BANK Perpetual Funding Issuer (Jersey) Limited	240	240
DZ PRIVATBANK	86	270
Teilkonzern Union Asset Management Holding	25	283
Sonstige	93	163
Insgesamt	2.826	4.722

R+V Versicherung

Der R+V Konzern ist als Teilkonzern des DZ BANK Konzerns mit seinen Einzelgesellschaften in allen Versicherungsarten und -sparten des Schaden-, Unfall-, des Lebens- sowie Krankenversicherungsgeschäfts tätig. Darüber hinaus wird auch übernommenes Rückversicherungsgeschäft am internationalen Markt gezeichnet.

Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, (R+V) ist das Mutterunternehmen des Teilkonzerns R+V. Die Hauptniederlassung der R+V ist in Wiesbaden. Die DZ BANK hält direkt 92,1 Prozent (Vorjahr: 77,0 Prozent) der Anteile an der R+V. Die Stimmrechtsquote entspricht der Beteiligungsquote. Auf nicht beherrschende Anteile entfallen 7,9 Prozent (Vorjahr: 23,0 Prozent) der Stimmrechts- und Beteiligungsquote. Diese werden zu 6,1 Prozent (Vorjahr: 6,1 Prozent) durch Volksbanken und Raiffeisenbanken gehalten. Die übrigen Anteile von 1,8 Prozent (Vorjahr: 1,9 Prozent) liegen bei sonstigen Unternehmen der Genossenschaftsorganisation. Im Vorjahr wurden weitere 15,0 Prozent durch die WGZ BANK gehalten, deren Anteile im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses auf die DZ BANK übertragen wurden.

Der anteilige Jahresüberschuss nicht beherrschender Anteile beträgt 76 Mio. € (Vorjahr: 136 Mio. €); dieser enthält den anteiligen Jahresüberschuss der nicht beherrschenden Anteile im Teilkonzern R+V in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €). Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile im DZ BANK Konzern beläuft sich auf 1.016 Mio. € (Vorjahr: 1.691 Mio. €); davon entfallen 552 Mio. € (Vorjahr: 517 Mio. €) auf die nicht beherrschenden Anteile des Teilkonzerns R+V. Die DZ BANK hat mit der R+V einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Dieser garantiert den außenstehenden Aktionären der R+V bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016 eine jährliche Ausgleichszahlung in Höhe von 9,95 € (nach Körperschaftsteuerbelastung und Nebensteuern) je Stückaktie. Im Geschäftsjahr wurden an außenstehende Aktionäre der R+V Garantiedividenden in Höhe von 11 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €) ausgeschüttet. Im Teilkonzern R+V wurden Dividenden in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) an nicht beherrschende Anteile ausbezahlt.

Zusammengefasste Finanzinformationen über den Teilkonzern R+V:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	97.286	90.280
Schulden	90.864	84.467

in Mio. €	2016	2015
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	14.658	14.418
Erfolgswirksames Ergebnis	351	363
Erfolgsneutrales Ergebnis	270	-129
Gesamtergebnis	621	234

Bausparkasse Schwäbisch Hall

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Schwäbisch Hall, (BSH) ist das Mutterunternehmen des Teilkonzerns BSH. Die Hauptniederlassung der BSH ist in Schwäbisch Hall. Die DZ BANK hält direkt 96,9 Prozent (Vorjahr: 81,9 Prozent) der Anteile an der BSH. Die Stimmrechtsquote entspricht der Beteiligungsquote. Auf nicht beherrschende Anteile entfallen 3,1 Prozent (Vorjahr: 18,1 Prozent) der Stimmrechts- und Beteiligungsquote. Diese werden mit 3,1 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent) im Wesentlichen von Volksbanken und Raiffeisenbanken gehalten. Im Vorjahr befanden sich weitere 15,0 Prozent im Besitz der WGZ BANK, deren Anteile im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses auf die DZ BANK übertragen wurden.

Der anteilige Jahresüberschuss nicht beherrschender Anteile beträgt 13 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €); dieser enthält den anteiligen Jahresüberschuss der nicht beherrschenden Anteile im Teilkonzern BSH in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €). Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile im DZ BANK Konzern beläuft sich auf 221 Mio. € (Vorjahr: 948 Mio. €); davon entfallen 88 Mio. € (Vorjahr: 79 Mio. €) auf nicht beherrschende Anteile des Teilkonzerns BSH. Die DZ BANK hat mit der BSH einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Dieser garantiert den außenstehenden Aktionären der BSH bis zum Ende des Geschäftsjahres 2020 eine Ausgleichszahlung in Höhe von 6,97 € (nach Körperschaftsteuerbelastung und Nebensteuern) je Stückaktie. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2015 galt ein Gewinnabführungsvertrag, der außenstehenden Aktionären der BSH eine Ausgleichszahlung in Höhe von 14,67 € (nach Körperschaftsteuerbelastung und Nebensteuern) je Stückaktie garantierte. Im Geschäftsjahr wurden an außenstehende Aktionäre der BSH Garantiedividenden in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) ausgeschüttet. Im Teilkonzern BSH wurden Dividenden in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) an nicht beherrschende Anteile ausbezahlt.

Zusammengefasste Finanzinformationen über den Teilkonzern BSH:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	65.852	61.217
Schulden	60.930	56.345

in Mio. €	2016	2015
Zins- und Provisionserträge	1.735	1.819
Erfolgswirksames Ergebnis	94	196
Erfolgsneutrales Ergebnis	-41	8
Gesamtergebnis	53	204
Cashflow	41	-38

DZ BANK Capital Funding Trust I, II und III sowie DZ BANK Perpetual Funding Issuer (Jersey) Limited und DZ BANK Perpetual Funding Private Issuer (Jersey) Limited

Die DZ BANK hat zum Zwecke der Erhöhung der Eigenmittel gemäß § 10a des Kreditwesengesetzes (KWG) Gesellschaften in Delaware, USA und Jersey, Kanalinseln, gegründet, deren Geschäftstätigkeit sich auf die Ausgabe von Eigenmittelinstrumenten, die unbefristet und ohne Tilgungsanreize zur Verfügung stehen, beschränkt. Diese begebenen Eigenmittelinstrumente werden durch stimmrechtslose nicht beherrschende Anteile am DZ BANK Konzern gehalten. Hierbei handelt es sich um die folgenden Gesellschaften:

- DZ BANK Capital Funding Trust I, Wilmington, Delaware,
- DZ BANK Capital Funding Trust II, Wilmington, Delaware,
- DZ BANK Capital Funding Trust III, Wilmington, Delaware,
- DZ BANK Perpetual Funding Issuer (Jersey) Limited, St. Helier, Jersey.

Die DZ BANK Perpetual Funding Private Issuer (Jersey) Limited, St. Helier, Jersey, wurde zum 31. Dezember 2015 entkonsolidiert.

Die Gesellschaften wurden an ihrem heutigen rechtlichen Sitz gegründet. Die Hauptniederlassung der Gesellschaften in Delaware ist in New York, USA. Die Hauptniederlassung der auf den Kanalinseln beheimateten Gesellschaften liegt in Frankfurt am Main. Auf die stimmrechtslosen nicht beherrschenden Anteile entfallen bei sämtlichen Gesellschaften nahezu 100 Prozent des begebenen Gesellschaftskapitals, während die Stimmrechte bei den Gesellschaften nur durch unwesentliche Kapitalanteile verbrieft sind. Somit entfallen nahezu sämtliche Gewinne und Verluste der Gesellschaften auf die nicht beherrschenden Anteile.

Die Jahresüberschüsse der Gesellschaften sind in folgender Übersicht dargestellt:

in Mio. €	2016	2015
DZ BANK Capital Funding Trust I	7	8
DZ BANK Capital Funding Trust II	7	8
DZ BANK Capital Funding Trust III	4	5
DZ BANK Perpetual Funding Issuer (Jersey) Limited	2	11
DZ BANK Perpetual Funding Private Issuer (Jersey) Limited	–	30

Dividendenausschüttungen an die nicht beherrschenden Anteile erfolgen grundsätzlich in Form einer variablen beziehungsweise festen Verzinsung, deren tatsächliche Auszahlung keiner vertraglichen Verpflichtung unterliegt.

Die im Geschäftsjahr an die nicht beherrschenden Anteile ausbezahlten Dividenden sind im Folgenden dargestellt:

in Mio. €	2016	2015
DZ BANK Capital Funding Trust I	7	8
DZ BANK Capital Funding Trust II	7	8
DZ BANK Capital Funding Trust III	4	5
DZ BANK Perpetual Funding Issuer (Jersey) Limited	2	11
DZ BANK Perpetual Funding Private Issuer (Jersey) Limited	–	30

Zusammengefasste Finanzinformationen über die DZ BANK Capital Funding Trust Gesellschaften und die DZ BANK Perpetual Funding Issuer Gesellschaften:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Langfristige Vermögenswerte	1.410	1.410
Schulden	–	–

in Mio. €	2016	2015
Zins- und Provisionserträge	20	62
Erfolgswirksames Ergebnis	20	62
Gesamtergebnis	20	62

DZ PRIVATBANK

Die DZ PRIVATBANK S.A., Strassen, Luxemburg, (DZ PRIVATBANK S.A.) ist mit ihrer Hauptniederlassung in Luxemburg sowie ihren 100-prozentigen Tochterunternehmen DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz, IPConcept (Luxemburg) S.A., Strassen, Luxemburg, IPConcept (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz, und DZ PRIVATBANK Singapore Ltd., Singapore, Singapur, das genossenschaftliche Kompetenzzentrum für Private Banking der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland. Bis zu ihrer Verschmelzung auf die DZ PRIVATBANK S.A. am 25. Juli 2016 war die Europäische Genossenschaftsbank S.A., Strassen, Luxemburg, ebenfalls ein 100-prozentiges Tochterunternehmen. Die DZ PRIVATBANK Singapore wurde am 31. Dezember 2016 entkonsolidiert.

Die DZ BANK hält direkt 90,6 Prozent (Vorjahr: 70,5 Prozent) der Anteile an der DZ PRIVATBANK S.A. Die Stimmrechtsquote entspricht der Beteiligungsquote. Die übrigen Anteile werden durch Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie durch genossenschaftliche Beteiligungsgesellschaften gehalten. Im Vorjahr wurden zudem 19,0 Prozent durch die WGZ BANK gehalten, deren Anteile im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses auf die DZ BANK übertragen wurden.

Auf die nicht beherrschenden Anteile entfällt wie im Vorjahr kein anteiliger Jahresüberschuss. Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile beträgt 86 Mio. € (Vorjahr: 270 Mio. €). Die Dividendenausschüttung an die nicht beherrschenden Anteile beläuft sich im Geschäftsjahr auf 3 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).

Zusammengefasste Finanzinformationen über den Teilkonzern DZ PRIVATBANK:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	17.669	17.496
Schulden	16.655	16.480

in Mio. €	2016	2015
Zins- und Provisionserträge	554	577
Erfolgswirksames Ergebnis	4	34
Erfolgsneutrales Ergebnis	5	12
Gesamtergebnis	9	46
Cashflow	1.626	1.829

Union Asset Management Holding

Die Union Asset Management Holding AG, Frankfurt am Main, (UMH) ist das Mutterunternehmen des Teilkonzerns UMH. Die Hauptniederlassung der UMH ist in Frankfurt am Main. Weitere wesentliche Standorte befinden sich in Hamburg und in Luxemburg. Die additive Beteiligungsquote der DZ BANK beträgt 96,5 Prozent (Vorjahr: 78,8 Prozent) der Anteile an der UMH. Die Stimmrechtsquote entspricht der additiven Beteiligungsquote. Auf die nicht beherrschenden Anteile entfallen 3,5 Prozent (Vorjahr: 21,2 Prozent). Die Anteile in Höhe von 3,5 Prozent (Vorjahr: 3,5 Prozent) werden im Wesentlichen von Volksbanken und Raiffeisenbanken gehalten. Im Vorjahr wurden weitere 17,7 Prozent durch die WGZ BANK gehalten, deren Anteile im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses auf die DZ BANK übertragen wurden. Der durchgerechnete Anteil der DZ BANK beläuft sich auf 95,7 Prozent (Vorjahr: 73,7 Prozent).

Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile im DZ BANK Konzern beläuft sich auf 25 Mio. € (Vorjahr: 283 Mio. €) und bezieht sich auf den multiplikativen Anteil am Kapital der UMH. Davon entfallen 15 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) auf nicht beherrschende Anteile im Teilkonzern UMH. Der anteilige Jahresüberschuss nicht beherrschender Anteile beträgt 20 Mio. € (Vorjahr: 103 Mio. €); dieser enthält den anteiligen Jahresüberschuss der nicht beherrschenden Anteile im Teilkonzern UMH in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €). Die Dividendenausschüttung an die nicht beherrschenden Anteile beläuft sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 98 Mio. € (Vorjahr: 68 Mio. €). Im Teilkonzern UMH wurden davon Dividenden in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) an nicht beherrschende Anteile ausbezahlt.

Zusammengefasste Finanzinformationen über den Teilkonzern UMH:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	2.038	2.072
Schulden	925	896

in Mio. €	2016	2015
Zins- und Provisionserträge	1.982	1.968
Erfolgswirksames Ergebnis	334	375
Erfolgsneutrales Ergebnis	-12	22
Gesamtergebnis	322	397

Wesensart und Umfang maßgeblicher Beschränkungen

Nationale regulatorische Anforderungen sowie vertragliche und gesellschaftsrechtliche Bestimmungen schränken die Fähigkeit des DZ BANK Konzerns ein, Vermögenswerte innerhalb des Konzerns zu transferieren. Sofern Beschränkungen konkret einzelnen Bilanzposten zuordenbar sind, können die Buchwerte der am Abschlussstichtag Beschränkungen unterliegenden Vermögenswerte und Schulden folgender Tabelle entnommen werden:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	78.322	74.732
Forderungen an Kunden	3.345	4.174
Finanzanlagen	308	–
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	74.665	70.552
Sonstige Aktiva	4	6
Schulden	126.234	119.148
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.903	1.690
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	53.771	50.926
Rückstellungen	915	653
Versicherungstechnische Rückstellungen	69.645	65.879

Wesensart der Risiken, die mit Anteilen an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen

Risiken aus Anteilen an konsolidierten strukturierten Unternehmen ergeben sich im Wesentlichen aus Krediten an vollkonsolidierte Fonds, die teilweise in Form von Nachrangdarlehen (Junior Loans) vergeben werden.

Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen

» 30
Anteile an
gemeinsamen
Vereinbarungen
und assoziierten
Unternehmen

Českomoravská stavební spořitelna

Die Českomoravská stavební spořitelna, a.s., Prag, Tschechien, (ČMSS) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der BSH mit der größten Bank Tschechiens, der Československá obchodní banka, a.s., Prag, Tschechien (ČSOB). Die Hauptniederlassung der ČMSS ist in Prag, Tschechien. Die ČMSS ist eine der größten Bausparkassen Europas. In Tschechien nimmt die ČMSS eine Spitzenstellung im Bausparen und in der Baufinanzierung ein. Die Beteiligungsquote der BSH beträgt am Abschlussstichtag unverändert wie im Vorjahr 45,0 Prozent. Die übrigen Anteile in Höhe von 55,0 Prozent (Vorjahr: 55,0 Prozent) entfallen auf die ČSOB. Die Anteile an der ČMSS werden im DZ BANK Konzern nach der Equity-Methode bilanziert. Im Geschäftsjahr hat die ČMSS eine Dividende in Höhe von 18 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) an die BSH ausgeschüttet.

Zusammengefasste Finanzinformationen über die ČMSS:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kurzfristige Vermögenswerte	1.022	993
davon: Barreserve	572	563
Langfristige Vermögenswerte	4.508	4.672
Kurzfristige Schulden	1.144	1.321
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	1.077	1.224
Langfristige Schulden	4.036	3.994
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	4.020	3.980

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	182	203
Zinsaufwendungen	-87	-104
Provisionserträge	32	32
Provisionsaufwendungen	-12	-12
Verwaltungsaufwendungen	-51	-45
Ertragsteuern	-11	-10
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	45	43
Erfolgsneutrales Ergebnis	-3	6
Gesamtergebnis	42	49

Überleitungsrechnung von den zusammengefassten Finanzinformationen zum Buchwert der Anteile an der ČMSS:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzielles Nettovermögen	350	350
Anteiliges Nettovermögen	158	157
Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode	158	157

Prvá stavebná sporiteľňa

Die Prvá stavebná sporiteľňa a.s., Bratislava, Slowakei, (PSS) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der BSH mit den Partnern Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, Österreich, Slovenská sporiteľňa, Bratislava, Slowakei, und der Erste Group Bank AG, Wien, Österreich. Die Hauptniederlassung der PSS ist in Bratislava, Slowakei. Die PSS ist Marktführer im Bauspargeschäft in der Slowakei. Die Beteiligungsquote der BSH an der PSS beläuft sich am Abschlussstichtag wie im Vorjahr auf 32,5 Prozent. Die Anteile an der PSS werden im DZ BANK Konzern nach der Equity-Methode bilanziert. Im Geschäftsjahr hat die PSS eine Dividende in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) an die BSH ausgeschüttet.

Zusammengefasste Finanzinformationen über die PSS:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kurzfristige Vermögenswerte	658	491
davon: Barreserve	23	19
Langfristige Vermögenswerte	2.211	2.250
Kurzfristige Schulden	807	627
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	785	601
Langfristige Schulden	1.802	1.852
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	1.788	1.832

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	114	118
Zinsaufwendungen	-53	-53
Provisionserträge	17	19
Provisionsaufwendungen	-2	-1
Verwaltungsaufwendungen	-34	-37
Ertragsteuern	-8	-8
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	20	23
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	3
Gesamtergebnis	20	26

Überleitungsrechnung von den zusammengefassten Finanzinformationen zum Buchwert der Anteile an der PSS:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzielles Nettovermögen	260	262
Anteiliges Nettovermögen	84	85
Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode	84	85

Zhong De Zuh Fang Chu Xu Yin Hang (Sino-German-Bausparkasse)

Die Zhong De Zuh Fang Chu Xu Yin Hang (Sino-German-Bausparkasse), Tianjin, China, (SGB) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der BSH mit der China Construction Bank Corporation, Beijing, China. Die Hauptniederlassung der SGB ist in Tianjin, China. Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der SGB liegen in den Regionen Tianjin mit rund 13 Millionen Einwohnern und Chongqing mit rund 30 Millionen Einwohnern. Die Beteiligungsquote der BSH an der chinesischen Bausparkasse beläuft sich wie im Vorjahr auf 24,9 Prozent. Die Anteile an der SGB werden im DZ BANK Konzern nach der Equity-Methode bilanziert. Grundlage der Anwendung der Equity-Methode bei der SGB ist ein nach Chinese Accounting Standards erstellter Abschluss. Im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr hat die SGB keine Dividende ausgeschüttet.

Zusammengefasste Finanzinformationen über die SGB:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kurzfristige Vermögenswerte	629	772
davon: Barreserve	452	439
Langfristige Vermögenswerte	3.254	3.159
Kurzfristige Schulden	2.700	2.945
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	2.660	2.902
Langfristige Schulden	793	610
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	793	610

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	146	199
Zinsaufwendungen	-76	-108
Provisionserträge	21	23
Provisionsaufwendungen	-11	-13
Verwaltungsaufwendungen	-38	-39
Ertragsteuern	-9	-9
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	27	27
Erfolgsneutrales Ergebnis	-14	22
Gesamtergebnis	13	49

Überleitungsrechnung von den zusammengefassten Finanzinformationen zum Buchwert der Anteile an der SGB:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzielles Nettovermögen	390	376
Anteiliges Nettovermögen	97	94
Kumulierte Wertminderungen des Beteiligungsbuchwerts	-42	-13
Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode	55	81

Deutsche WertpapierService Bank

Die Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main, (dwpbank) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der DZ BANK und wird nach der Equity-Methode in den DZ BANK Konzern einbezogen. Die Hauptniederlassung der dwpbank ist in Frankfurt am Main. Das Kapital der dwpbank ist eingeteilt in 20.000.000 Stück stimmberechtigte vinkulierte Namensaktien. Die DZ BANK hält an der dwpbank wie im Vorjahr 50,0 Prozent. Grundlage der Anwendung der Equity-Methode bei der dwpbank ist ein nach HGB erstellter Abschluss.

Die Anteile der dwpbank werden nicht an einem aktiven Markt gehandelt. Im Geschäftsjahr hat die dwpbank eine Dividende in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) an die DZ BANK ausbezahlt.

Zusammengefasste Finanzinformationen über die dwpbank:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	569	471
Schulden	389	289
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	194	113

Über Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente verfügt die dwpbank in nur geringfügigem Umfang.

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	4	4
Zinsaufwendungen	-1	-1
Provisionserträge	762	802
Provisionsaufwendungen	-540	-570
Verwaltungsaufwendungen	-208	-207
Ertragsteuern	-4	-6
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	9	11
Gesamtergebnis	9	11

Überleitungsrechnung von den zusammengefassten Finanzinformationen zum Buchwert der Anteile an der dwpbank:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzielles Nettovermögen	180	182
Anteiliges Nettovermögen	90	91
Aktivierung von Geschäfts- oder Firmenwerten	29	29
Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode	119	120

VB-Leasing International

Die VB-Leasing International Holding GmbH, Wien, Österreich, (VBLI) ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Teilkonzerns VR LEASING und wird nach der Equity-Methode in den DZ BANK Konzern einbezogen. Die Hauptniederlassung der VBLI ist in Wien, Österreich. Schwerpunkt der Gesellschaft ist das Halten von Mobilienleasinggesellschaften in Mittel- und Osteuropa. Die Beteiligungsquote des Teilkonzerns VR LEASING an der VBLI beläuft sich am Abschlussstichtag wie im Vorjahr auf 50,0 Prozent. Im Geschäftsjahr hat die VBLI keine Dividende an den Teilkonzern VR LEASING ausgeschüttet (Vorjahr: 65 Mio. €).

Zusammengefasste Finanzinformationen über die VBLI:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kurzfristige Vermögenswerte	51	189
Langfristige Vermögenswerte	192	276
Kurzfristige Schulden	51	313
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	42	301
Langfristige Schulden	80	46
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	80	46

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	21	33
Zinsaufwendungen	-4	-9
Provisionserträge	-	1
Provisionsaufwendungen	-	-
Verwaltungsaufwendungen	-11	-20
Ertragsteuern	-2	-7
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	6	2
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	-7
Gesamtergebnis	6	-5

Überleitungsrechnung von den zusammengefassten Finanzinformationen zum Buchwert der Anteile an der VBLI:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzielles Nettovermögen	112	106
Anteiliges Nettovermögen	56	53
Kumulierte Wertminderungen des Beteiligungsbuchwerts	-43	-44
Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode	13	9

Sonstige Gemeinschaftsunternehmen

Der Buchwert der einzeln nicht wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, beträgt am Abschlussstichtag 131 Mio. € (Vorjahr: 138 Mio. €).

Zusammengefasste Finanzinformationen über einzeln nicht wesentliche Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden:

in Mio. €	2016	2015
Anteiliges Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	2	4
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis	3	–
Anteiliges Gesamtergebnis	5	4

Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Anteile an assoziierten Unternehmen

Equens

Die DZ BANK war bis zum 30. September 2016 wie im Vorjahr mit 31,1 Prozent größter Anteilseigner an der Equens SE, Utrecht, Niederlande, (Equens) deren Anteile bis zu diesem Zeitpunkt im Konzernabschluss der DZ BANK nach der Equity-Methode bilanziert wurden. Zum 30. September 2016 fusionierte Equens mit anderen Anbietern von Zahlungsverkehrsdienstleistungen zu equensWorldline SE, Utrecht, Niederlande (equensWorldline). equensWorldline ist größter Anbieter für Zahlungsverkehrsdienstleistungen in Europa mit Hauptniederlassung in Utrecht, Niederlande. Der Anteil der DZ BANK an der equensWorldline beträgt am Abschlussstichtag 11,9 Prozent und führt zur Beendigung der Bilanzierung nach der Equity-Methode. Die Beteiligung an der equensWorldline ist zum Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert bewertet und wird in den Finanzanlagen unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen. Im Vorjahr betrug der Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode 126 Mio. €.

Cassa Centrale Banca

Die Cassa Centrale Banca – Credito Cooperativo del Nord Est S.p.A., Trento, Italien, (CC Banca) ist eine genossenschaftliche Zentralbank für über 300 italienische genossenschaftliche Verbundunternehmen. Die Hauptniederlassung befindet sich in Trient, Italien. Die CC Banca unterstützt die italienischen Aktivitäten des Teilkonzerns UMH sowie des Teilkonzerns R+V. Die Beteiligung dient darüber hinaus der paneuropäischen genossenschaftlichen Kooperation. Die DZ BANK hält wie im Vorjahr 25,0 Prozent der Anteile an der CC Banca und verfügt über 26,5 Prozent der Stimmrechte. Die Aktien der CC Banca sind nicht an einem aktiven Markt notiert. Die Bilanzierung der Anteile erfolgt im DZ BANK Konzern nach der Equity-Methode. Im Geschäftsjahr hat die CC Banca eine Dividende in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) an die DZ BANK ausgeschüttet.

Zusammengefasste Finanzinformationen über die CC Banca:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	4.028	5.524
davon: Barreserve	36	33
Schulden	3.772	5.272
davon: finanzielle Verbindlichkeiten	3.558	5.084

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	32	47
Zinsaufwendungen	-12	-24
Provisionserträge	85	78
Provisionsaufwendungen	-44	-41
Verwaltungsaufwendungen	-54	-51
Ertragsteuern	-7	-7
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	18	15
Gesamtergebnis	18	15

Überleitungsrechnung von den zusammengefassten Finanzinformationen zum Buchwert der Anteile an der CC Banca:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzielles Nettovermögen	256	252
Anteiliges Nettovermögen	64	63
Aktivierung von Geschäfts- oder Firmenwerten	4	4
Kumulierte Wertminderungen des Beteiligungsbuchwerts	-37	-37
Buchwert aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode	31	30

Sonstige assoziierte Unternehmen

Der Buchwert der einzeln nicht wesentlichen assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, beträgt am Abschlussstichtag 318 Mio. € (Vorjahr: 254 Mio. €).

Zusammengefasste Finanzinformationen über einzeln nicht wesentliche assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden:

in Mio. €	2016	2015
Anteiliges Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	-	6
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis	-	-5
Anteiliges Gesamtergebnis	-	1

Strukturierte Unternehmen sind Unternehmen, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder diesen vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Frage der Beherrschung über das Unternehmen sind. Im DZ BANK Konzern werden ausgehend von deren Ausgestaltung sowie den damit verbundenen Risiken die folgenden Arten von Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen unterschieden:

- Anteile an vom DZ BANK Konzern aufgelegten Investmentvermögen,
- Anteile an vom DZ BANK Konzern nicht aufgelegten Investmentvermögen,
- Anteile an Verbriefungsvehikeln,
- Anteile an Leasingobjektgesellschaften.

» 31
Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Anteile an vom DZ BANK Konzern aufgelegten Investmentvermögen

Die Anteile an vom DZ BANK Konzern aufgelegten Investmentvermögen umfassen im Wesentlichen Investmentvermögen, die von Unternehmen der Union Investment Gruppe nach dem Vertragsform-Modell ohne Stimmrechte und in geringerem Umfang in Gesellschaftsstrukturen mit eigener Rechtspersönlichkeit aufgelegt wurden. Die Anzahl der Anteilscheinattungen und das Volumen der vom Teilkonzern UMH aufgelegten und verwalteten Investmentvermögen verteilen sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl
Publikumsfonds	153.018	416	136.216	430
davon: Garantiefonds	5.845	59	7.847	71
Spezialfonds	88.584	389	80.550	362
davon: Garantiefonds	-	-	-	-
Insgesamt	241.602	805	216.766	792
davon: Garantiefonds	5.845	59	7.847	71

Zur Finanzierung von Transportmitteln stellt die DVB Bank SE, Frankfurt am Main, (DVB) darüber hinaus vollkonsolidierten Fonds Nachrangdarlehen zur Verfügung, die wiederum Nachrangdarlehen oder direkte Eigenkapitalbeteiligungen an nicht konsolidierte Unternehmen zur Verfügung stellen.

Die Höchstexponierung der vom DZ BANK Konzern aufgelegten und verwalteten Investmentvermögen ergibt sich als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten aus den unten stehenden Tabellen:

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

in Mio.€	Publikums- fonds	davon: Garantie- fonds	Spezial- fonds	davon: Garantie- fonds	Insgesamt
Vermögenswerte	1.380	–	3.773	–	5.153
Forderungen an Kunden	2	–	208	–	210
Finanzanlagen	1.158	–	298	–	1.456
Kapitalanlagen der Versicherungs- unternehmen	96	–	3.240	–	3.336
Sonstige Aktiva	104	–	8	–	112
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	20	–	19	–	39
Schulden	10	10	–	–	10
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	10	10	–	–	10
Bilanzielle Nettoexponierung	1.370	-10	3.773	–	5.143
Eventualschulden	–	–	–	–	–
Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	5.485	5.485	–	–	5.485
Finanzgarantien	–	–	–	–	–
Kreditzusagen	–	–	–	–	–
Sonstige Verpflichtungen	5.485	5.485	–	–	5.485
Tatsächliche Höchstexponierung	6.855	5.475	3.773	–	10.628

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

in Mio. €	Publikums- fonds	davon: Garantie- fonds	Spezial- fonds	davon: Garantie- fonds	Insgesamt
Vermögenswerte	1.242	–	1.729	–	2.971
Forderungen an Kunden	3	–	166	–	169
Finanzanlagen	1.031	–	257	–	1.288
Kapitalanlagen der Versicherungs- unternehmen	90	–	1.297	–	1.387
Sonstige Aktiva	102	–	9	–	111
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	16	–	–	–	16
Schulden	3	3	–	–	3
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3	3	–	–	3
Bilanzielle Nettoexposition	1.239	-3	1.729	–	2.968
Eventualschulden	–	–	–	–	–
Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	7.359	7.359	4	–	7.363
Finanzgarantien	–	–	–	–	–
Kreditzusagen	–	–	–	–	–
Sonstige Verpflichtungen	7.359	7.359	4	–	7.363
Tatsächliche Höchstexposition	8.598	7.356	1.733	–	10.331

In Bezug auf die Angabe der Höchstexposition ist zu berücksichtigen, dass in oben stehender Tabelle unter den sonstigen Verpflichtungen Marktpreisgarantien in Höhe der Nominalwerte der Garantiezusagen für Garantiefonds von 5.495 Mio. € (Vorjahr: 7.361 Mio. €) abzüglich 10 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) passivierte negative Marktwerte für die in diesen Produkten eingebetteten Put-Optionen enthalten sind. Im Vorjahr waren darüber hinaus 4 Mio. € aus noch offenen Zeichnungsverpflichtungen in Bezug auf einen Immobilien-Spezialfonds enthalten. Die Höchstexposition für die Marktpreisgarantien der Garantiefonds stellt nicht das ökonomische Risiko dieser Produktgattung dar, da bei diesem auch das zum Berichtsstichtag vorhandene Nettovermögen dieser Garantiefonds sowie das zur Sicherung der Mindestzahlungszusagen verwendete Steuerungsmodell dieser Produkte zu berücksichtigen sind. Die Leistung unter einer Marktpreisgarantie wird ausgelöst, wenn der Marktwert der betroffenen Anteilsscheine die garantierten Vorgaben an bestimmten Terminen nicht erreicht. Zum Bilanzstichtag verwaltet der Teilkonzern UMH Garantiefonds mit einem Volumen von 5.845 Mio. € (Vorjahr: 7.847 Mio. €) (Net Asset Value) und einem Nominalbetrag der Mindestzahlungszusage in Höhe von 5.495 Mio. € (Vorjahr: 7.361 Mio. €). Die in den Garantiefonds eingebetteten Put-Optionen wurden zum Bilanzstichtag mit 10 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) bewertet und als negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Aus Anteilen an vom DZ BANK Konzern aufgelegten und verwalteten Investmentvermögen sind im Geschäftsjahr Verluste in Höhe von -22 Mio. € (Vorjahr: -15 Mio. €) entstanden. Bei der Ermittlung der erlittenen Verluste pro Investmentvermögen wurden im Geschäftsjahr für dieses Investmentvermögen bezogene Ausschüttungen abgesetzt. Es gibt im Geschäftsjahr keine Verluste, die sich nur im erfolgsneutralen Konzernergebnis ausgewirkt haben (Vorjahr: -5 Mio. €). Darüber hinaus wurden 15 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) in die Risikovorsorge im Kreditgeschäft eingestellt.

Es wurden die folgenden Erträge aus vom DZ BANK Konzern aufgelegten Investmentvermögen erzielt:

GESCHÄFTSJAHR 2016

in Mio. €	Publikums- fonds	davon: Garantie- fonds	Spezial- fonds	davon: Garantie- fonds	Insgesamt
Zinserträge und laufendes Ergebnis	8	–	12	–	20
Provisionserträge	1.501	61	115	–	1.616
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	–	–	35	–	35
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	-2	-7	1	–	-1
Insgesamt	1.507	54	163	–	1.670

GESCHÄFTSJAHR 2015

in Mio. €	Publikums- fonds	davon: Garantie- fonds	Spezial- fonds	davon: Garantie- fonds	Insgesamt
Zinserträge und laufendes Ergebnis	13	–	10	–	23
Provisionserträge	1.504	80	99	–	1.603
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	–	–	20	–	20
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	-9	-3	-1	–	-10
Insgesamt	1.508	77	128	–	1.636

Anteile an vom DZ BANK Konzern nicht aufgelegten Investmentvermögen

Die Anteile an vom DZ BANK Konzern nicht aufgelegten Investmentvermögen umfassen insbesondere von Unternehmen der Union Investment Gruppe im Rahmen eigener Entscheidungskompetenz verwaltete und von konzernfremden Unternehmen aufgelegte Investmentvermögen beziehungsweise Teile von Investmentvermögen mit einem Volumen von 32.059 Mio. € (Vorjahr: 27.269 Mio. €). Darüber hinaus werden im DZ BANK Konzern Darlehen an Investmentvermögen vergeben, um Zinserträge zu generieren.

Zusätzlich bestehen von Konzernfremden aufgelegte Investmentvermögen im Zusammenhang mit der fondsgebundenen Lebensversicherung in Höhe von 7.031 Mio. € (Vorjahr: 7.351 Mio. €), aus denen jedoch keine Höchstexponierung resultiert.

Die Höchstexponierung aus den vom DZ BANK Konzern nicht aufgelegten Investmentvermögen ergibt sich als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten. Im Zusammenhang mit Anteilen an vom DZ BANK Konzern nicht aufgelegten Investmentvermögen werden in der Bilanz des DZ BANK Konzerns folgende Vermögenswerte und Schulden erfasst:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	2.433	2.026
Forderungen an Kunden	2.433	2.026
Schulden	-	-
Bilanzielle Nettoexponierung	2.433	2.026
Eventualschulden	-	-
Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	78	69
Finanzgarantien	-	-
Kreditzusagen	78	69
Sonstige Verpflichtungen	-	-
Höchstexponierung	2.511	2.095

Es wurden die folgenden Erträge aus Anteilen an vom DZ BANK Konzern nicht aufgelegten Investmentvermögen erzielt:

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	44	47
Provisionserträge	67	61
Insgesamt	111	108

Anteile an Verbriefungsvehikeln

Bei den Anteilen an Verbriefungsvehikeln handelt es sich um Anteile an Vehikeln, an denen der DZ BANK Konzern über die Investorenposition hinausgehend beteiligt ist. Im Zusammenhang mit diesen Anteilen werden in der Bilanz des DZ BANK Konzerns die unten aufgeführten Vermögenswerte und Schulden erfasst. Überdies ergibt sich eine sonstige Exponierung aus Eventualschulden sowie Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstigen Verpflichtungen, die mit ihren Nominalwerten angegeben werden. Dabei werden nur Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen berücksichtigt, für die keine Schulden oder Eventualschulden erfasst sind. Die Höchstexponierung wird als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten ermittelt.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	1.134	904
Forderungen an Kunden	997	801
Handelsaktiva	43	54
Finanzanlagen	94	49
Schulden	8	1
Bilanzielle Nettoexponierung	1.126	903
Eventualschulden	-	-
Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	3.254	2.556
Finanzgarantien	-	-
Kreditzusagen	3.254	2.556
Sonstige Verpflichtungen	-	-
Höchstexponierung	4.380	3.459

Es wurden die folgenden Erträge aus Anteilen an Verbriefungsvehikeln erzielt:

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	6	7
Provisionserträge	55	63
Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen	3	14
Insgesamt	64	84

Die wesentlichen Anteile an Verbriefungsvehikeln erstrecken sich auf die beiden Multiseller-Asset-Backed-Commercial-Paper-Programme (ABCP-Programme) CORAL und AUTOBAHN.

Die DZ BANK tritt bei beiden Programmen als Sponsor und Programm Agent auf. Bei AUTOBAHN übt sie zusätzlich die Funktion des Programm Administrators aus. Als Sponsor war die DZ BANK an der Errichtung der strukturierten Einheiten beteiligt und erbringt unterschiedliche Dienstleistungen für diese. Im Rahmen des CORAL-Programms verkaufen Kunden der Bank Forderungen an separate Zweckgesellschaften. Der Forderungsankauf umfasst im Wesentlichen Handels-, Kredit- und Leasingforderungen. Bei AUTOBAHN werden Forderungen nordamerikanischer Kunden an eigens gegründete Zweckgesellschaften verkauft und über die Emissionsgesellschaft durch die Emission von ABCP refinanziert.

Bei den Zweckgesellschaften handelt es sich um nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen. Aufgrund der zellularen Struktur der Transaktionen liegen keine zu beurteilenden Beteiligungsunternehmen vor. Die DZ BANK verfügt bei den einzelnen Silos über keine Beherrschung, da sie die Agentenfunktion einnimmt und keine Prinzipalstellung ausübt.

Die Refinanzierung des Forderungsankaufs erfolgt über Liquiditätslinien und durch die Emission von geldmarktnahen ABCP. Die DZ BANK ist Liquidity Agent des Programms und stellt in diesem Zusammenhang Liquiditätsfazilitäten zur Verfügung.

Die DZ BANK stellte beiden Programmen im Geschäftsjahr keine nicht-vertragliche Unterstützung zur Verfügung. Des Weiteren verfolgt sie derzeit auch nicht die Absicht, eine finanzielle oder sonstige Unterstützung zu gewähren. Da die ABCP-Programme als Fully Supported Program ausgestattet sind, trägt die DZ BANK das gesamte Ausfallrisiko. Im Geschäftsjahr sind der DZ BANK keine Verluste entstanden.

Anteile an Leasingobjektgesellschaften

Die Anteile an Leasingobjektgesellschaften umfassen Kommanditanteile sowie von diesen abweichende Stimmrechtsanteile an von der VR LEASING für Zwecke des Immobilienleasings gegründeten Personengesellschaften („Leasingobjektgesellschaften“), in denen das Objekt sowie die vereinzelt vom DZ BANK Konzern gestellte Finanzierung platziert werden.

Im Zusammenhang mit den Anteilen an Immobilienleasingobjektgesellschaften werden in der Bilanz des DZ BANK Konzerns die unten aufgeführten Vermögenswerte und Schulden erfasst. Darüber hinaus ergibt sich eine sonstige Exponierung aus Eventualschulden sowie Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstigen Verpflichtungen, die mit ihren Nominalwerten angegeben werden. Dabei werden nur Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen berücksichtigt, für die keine Schulden oder Eventualschulden erfasst sind. Die tatsächliche Höchstexponierung wird hierbei als Bruttowert ohne Anrechnung etwaig vorhandener Sicherheiten ermittelt.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	4	4
Forderungen an Kunden	3	4
Finanzanlagen	1	–
Schulden	18	5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18	5
Bilanzielle Nettoexponierung	-14	-1
Eventualschulden	–	–
Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	2	2
Finanzgarantien	2	2
Kreditzusagen	–	–
Sonstige Verpflichtungen	–	–
Höchstexponierung	-12	1

Aus Anteilen an Leasingobjektgesellschaften wurden Zinserträge und laufendes Ergebnis in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) erzielt.

Gegenüber Leasingobjektgesellschaften bestehen Bürgschaften in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Der DZ BANK Konzern fördert ein nicht konsolidiertes strukturiertes Unternehmen im Sinne des IFRS 12, wenn eine Beteiligung an der Gründung des strukturierten Unternehmens vorliegt oder eine namentliche Verbundenheit des strukturierten Unternehmens mit der DZ BANK oder einem Tochterunternehmen des DZ BANK Konzerns existiert und keine Anteile im Sinne des IFRS 12 an dem strukturierten Unternehmen bestehen. Auf Grundlage dieser Definition liegt derzeit keine Förderung eines nicht konsolidierten strukturierten Unternehmens im DZ BANK Konzern vor.

» 32
Förderung von
nicht konsolidierten
strukturierten
Unternehmen

C Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Gesamtergebnisrechnung

Angaben zu Geschäftssegmenten

» 33
Segmentbericht-
erstattung

GESCHÄFTSJAHR 2016

in Mio. €	DZ BANK	BSH	DG HYP
Zinsüberschuss	1.199	655	303
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-132	-8	60
Provisionsüberschuss	346	-85	41
Handelsergebnis	746	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	104	19	18
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	23	-	-73
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	-	-	-
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	-	-	-
Versicherungsleistungen	-	-	-
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-	-	-
Verwaltungsaufwendungen	-1.346	-453	-127
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	30	15
Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK	-247	-	-
Konzernergebnis vor Steuern	702	158	237
Aufwand-Ertrags-Relation in %	55,5	73,2	41,8
RORAC regulatorisch in %	10,7	16,6	21,2
Durchschnittliche Eigenmittel-/Solvabilitätsanforderung	4.490	951	1.127
Bilanzsumme 31.12.2016	275.054	65.852	43.629

GESCHÄFTSJAHR 2015

in Mio. €	DZ BANK	BSH	DG HYP
Zinsüberschuss ¹	1.192	918	308
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	44	-48	78
Provisionsüberschuss ¹	289	-111	30
Handelsergebnis	332	-	-19
Ergebnis aus Finanzanlagen	89	-	-60
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	31	3	221
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	-	-	-
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	-	-	-
Versicherungsleistungen	-	-	-
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-	-	-
Verwaltungsaufwendungen ¹	-1.109	-445	-122
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	24	11
Konzernergebnis vor Steuern	869	341	447
Aufwand-Ertrags-Relation in %	57,3	53,4	24,8
RORAC regulatorisch in %	14,0	41,0	39,2
Durchschnittliche Eigenmittel-/Solvabilitätsanforderung	4.188	833	1.150
Bilanzsumme 31.12.2015	216.452	61.217	46.926

¹ Betrag angepasst

	DVB	DZ PRIVAT- BANK	R+V	TeamBank	UMH	VR LEASING	WL BANK	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
	220	140	-	414	12	147	70	-500	2.660
	-381	-	-	-80	-	-14	-9	-5	-569
	119	116	-	7	1.207	24	-10	-67	1.698
	5	9	-	-	-	-	-	20	780
	-12	1	-	-	-1	1	1	-4	127
	-25	4	-	-	-14	-	100	36	51
	-	-	14.658	-	-	-	-	-	14.658
	-	-	3.885	-	-	-	-	-70	3.815
	-	-	-15.400	-	-	-	-	-	-15.400
	-	-	-2.454	-	-	-	-	141	-2.313
	-190	-228	-	-207	-764	-157	-35	-93	-3.600
	-14	-39	-8	9	28	6	1	-3	34
	-	-	-	-	-	-	-	503	256
	-278	3	681	143	468	7	118	-42	2.197
	64,8	98,7	-	48,1	62,0	88,2	21,6	-	58,9
	-46,6	0,9	15,3	36,2	>100,0	2,2	75,1	-	16,5
	609	312	4.462	405	311	320	320	-	13.307
	27.658	17.669	97.286	7.284	2.038	4.463	43.761	-75.247	509.447

	DVB	DZ PRIVAT- BANK	R+V	TeamBank	UMH	VR LEASING	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
	188	147	-	408	17	162	-470	2.870
	-142	-	-	-81	-	2	-6	-153
	103	112	-	7	1.227	26	-51	1.632
	13	22	-	-	-	-	21	369
	35	-	-	-	-7	12	-10	59
	75	9	-	-	-15	-2	-22	300
	-	-	14.418	-	-	-	-	14.418
	-	-	3.132	-	-	-	-52	3.080
	-	-	-14.664	-	-	-	-	-14.664
	-	-	-2.287	-	-	-	129	-2.158
	-189	-219	-	-203	-703	-170	-92	-3.252
	-49	-33	26	1	37	-49	-17	-48
	34	38	625	132	556	-19	-570	2.453
	51,8	85,2	-	48,8	55,8	>100,0	-	55,5
	14,0	11,8	23,9	34,1	>100,0	0,1	-	23,0
	537	321	2.638	401	265	329	-	10.662
	26.549	17.496	90.280	6.866	2.072	4.909	-64.426	408.341

Allgemeine Angaben zu Geschäftssegmenten

Die Angaben zu Geschäftssegmenten werden gemäß IFRS 8 entsprechend dem Management Approach erstellt. Danach sind in der externen Berichterstattung diejenigen Segmentinformationen zu berichten, die intern für die Steuerung des Unternehmens und die quantitative Berichterstattung an die Hauptentscheidungsträger des Unternehmens verwendet werden. Die Angaben zu Geschäftssegmenten der DZ BANK Gruppe werden somit auf der Grundlage des internen Managementberichtssystems erstellt.

Abgrenzung der Geschäftssegmente

Die Segmentierung orientiert sich an der Integrierten Risiko- und Kapitalsteuerung und stellt die Steuerungseinheiten DZ BANK, Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank AG, Hamburg, (DG HYP), TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg, (TeamBank), DZ PRIVATBANK sowie die Teilkonzerne BSH, DVB, R+V, UMH und VR LEASING separat dar. Für Abschlüsse nach dem 30. Juni 2016 werden die Steuerungseinheiten um die WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster, (WL BANK) ergänzt. Alle weiteren Gesellschaften des DZ BANK Konzerns, die keiner regelmäßigen quantitativen Berichterstattung an die Hauptentscheidungsträger unterliegen sowie die Konsolidierungen werden als „Sonstige/Konsolidierung“ zusammengefasst berichtet.

Darstellung der Geschäftssegmente

Die von den Geschäftssegmenten erwirtschafteten Zinserträge und die damit in Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen werden in den Angaben zu Geschäftssegmenten saldiert als Zinsüberschuss ausgewiesen, da die Steuerung der Geschäftssegmente aus Konzernsicht ausschließlich auf dieser Nettogröße basiert.

Bewertungsmaßstäbe

Die interne Berichterstattung an die Hauptentscheidungsträger der DZ BANK Gruppe basiert im Wesentlichen auf den für die DZ BANK Gruppe geltenden handelsrechtlichen Rechnungslegungsmethoden.

Geschäftssegmentübergreifende konzerninterne Transaktionen werden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Ihre Abbildung in der internen Berichterstattung erfolgt ebenfalls auf Basis der Rechnungslegungsmethoden der externen Rechnungslegung.

Der wesentliche Maßstab für die Beurteilung des Erfolgs der Geschäftssegmente sind das Konzernergebnis vor Steuern, die Aufwand-Ertrags-Relation sowie der Return On Risk-Adjusted Capital (RORAC regulatorisch).

Die Aufwand-Ertrags-Relation zeigt das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwendungen und operativen Erträgen und spiegelt die wirtschaftliche Effizienz der Segmente wider. Die operativen Erträge beinhalten den Zins- und Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Finanzanlagen, das Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten, das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft und das Sonstige betriebliche Ergebnis.

Der regulatorische RORAC ist ein risikoadjustiertes Performance-Maß. Er spiegelt im Berichtszeitraum das Verhältnis von adjustiertem Ergebnis (Ergebnis vor Steuern, im Wesentlichen unter Berücksichtigung der performancewirksamen Ertrags- und Kapitalstruktureffekte) zu dem auf Quartalsbasis ermittelten Durchschnittswert eines Jahres für die Eigenmittel gemäß Eigenmittel-/Solvabilitätsanforderung des Finanzkonglomerats wider. Damit bringt der regulatorische RORAC die Verzinsung des eingesetzten aufsichtsrechtlichen Risikokapitals zum Ausdruck. Für das aktuelle Geschäftsjahr wird für die Steuerungseinheit R+V sowie für die DZ BANK Gruppe ein vorläufiger regulatorischer RORAC ausgewiesen.

Sonstige/Konsolidierung

Die unter Sonstige/Konsolidierung ausgewiesenen konsolidierungsbedingten Anpassungen der Geschäftssegmentergebnisse vor Steuern auf das Konzernergebnis vor Steuern resultieren aus der Konsolidierung konzerninterner Transaktionen sowie aus der Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode.

Die auf den Zinsüberschuss entfallenden Anpassungen resultieren im Wesentlichen aus der Konsolidierung konzerninterner Dividendenzahlungen und Ausschüttungen auf konzerninterne Anteile stiller Gesellschafter sowie der vorzeitigen Tilgung von ausgegebenen Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren, die durch vom Emittenten abweichende Unternehmen der DZ BANK Gruppe erworben wurden.

Die Konsolidierungen im Provisionsüberschuss betreffen insbesondere das Provisionsgeschäft der TeamBank und des Teilkonzerns BSH mit dem Teilkonzern R+V.

Die übrigen Anpassungen sind im Wesentlichen ebenfalls auf die Aufwands- und Ertragskonsolidierung zurückzuführen.

Des Weiteren sind der Ertrag aus der Vereinnahmung des negativen Unterschiedsbetrags aus dem Unternehmenszusammenschluss mit der WGZ BANK sowie der Ertrag aus der Eliminierung vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehender Geschäftsbeziehungen enthalten (siehe Abschnitt 89).

Angaben auf Ebene der DZ BANK Gruppe

Informationen über geografische Bereiche

Die operativen Erträge der DZ BANK Gruppe entfallen auf die folgenden geografischen Bereiche:

in Mio. €	2016	2015
Deutschland	5.260	4.959
Übriges Europa	849	762
Übrige Welt	192	352
Konsolidierung/Überleitung	-191	-215
Insgesamt	6.110	5.858

Die Darstellung der Informationen über geografische Bereiche basiert auf dem Sitzlandprinzip der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Auf die gesonderte Angabe bestimmter langfristiger – im Wesentlichen materieller – Vermögenswerte wird aufgrund deren untergeordneter Bedeutung für das Geschäftsmodell der DZ BANK Gruppe verzichtet.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen

Die Informationen über Produkte und Dienstleistungen der DZ BANK Gruppe sind in den nachfolgenden Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

» 34
Zinsüberschuss

in Mio. €	2016	2015
ZINSERTRÄGE UND LAUFENDES ERGEBNIS	6.811	6.667
Zinserträge aus	6.698	6.434
Kredit- und Geldmarktgeschäften	6.464	6.081 ¹
davon aus: Kommunalkrediten	698	659
Hypothekendarlehen	700	757
Bauspardarlehen	101	126
Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	864	829
sonstigen Baudarlehen	71	77
Finanzierungs-Leasingverhältnissen	153	199
festverzinslichen Wertpapieren der Finanzanlagen	894	910
Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten	-566	-538
finanziellen Vermögenswerten mit negativer Effektivverzinsung	-94	-19
Laufendes Ergebnis aus	70	180
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren der Finanzanlagen	87	168
Anteilen an Tochterunternehmen	3	4
Anteilen an assoziierten Unternehmen	1	28
Operating-Leasingverhältnissen	-21	-20
Ergebnis aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode von	31	48
Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen	17	39
Anteilen an assoziierten Unternehmen	14	9
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	12	5
ZINSAUFWENDUNGEN FÜR	-4.151	-3.797
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-3.483	-3.026
davon für: Bauspareinlagen	-1.006	-823
Verbriefte Verbindlichkeiten	-577	-659
Nachrangkapital	-191	-153
Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten	12	19
finanzielle Verbindlichkeiten mit positiver Effektivverzinsung	94	29
Rückstellungen und Sonstige Passiva	-6	-7
Insgesamt	2.660	2.870

¹ Betrag angepasst

in Mio. €	2016	2015
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	-18	6
Zuführungen	-33	-3
Auflösungen	14	7
Direkte Wertberichtigungen	-	-2
Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen	1	4
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	-485	-164
Zuführungen	-1.093	-758
Auflösungen	541	543
Direkte Wertberichtigungen	-48	-66
Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen	115	117
Sonstige Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-66	5
Veränderung der Rückstellungen für Kreditzusagen	-35	13
Veränderung der sonstigen Rückstellungen im Kreditgeschäft	-21	-16
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	-10	8
Insgesamt	-569	-153

» 35
Risikovorsorge im
Kreditgeschäft

in Mio. €	2016	2015
Provisionserträge	3.236	3.159
Wertpapiergeschäft	2.321	2.323
Vermögensverwaltung	187	194
Zahlungsverkehr inklusive Kartengeschäft	231	185
Kredit- und Treuhandgeschäft	228	223
Finanzgarantien und Kreditzusagen	53	46
Auslandsgeschäft	8	6
Bauspargeschäft	11	5
Sonstiges	197	177
Provisionsaufwendungen	-1.538	-1.527
Wertpapiergeschäft	-885	-886
Vermögensverwaltung	-124	-131
Zahlungsverkehr inklusive Kartengeschäft	-125	-98
Kreditgeschäft	-116	-116 ¹
Finanzgarantien und Kreditzusagen	-6	-4
Bauspargeschäft	-120	-141
Sonstiges	-162	-151
Insgesamt	1.698	1.632

» 36
Provisions-
überschuss

¹ Betrag angepasst

» 37
Handelsergebnis

in Mio. €	2016	2015
Ergebnis aus nicht derivativen und eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten	-225	183
Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	627	58
Devisenergebnis	378	128
Insgesamt	780	369

» 38
Ergebnis aus
Finanzanlagen

in Mio. €	2016	2015
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	45	-46
Veräußerungen	17	-13
Wertberichtigungen	-14	-62
Wertaufholungen	42	29
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	99	146
Veräußerungen	102	147
Wertberichtigungen	-3	-1
Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen	-8	-12
Veräußerungen	1	-
Wertberichtigungen	-9	-12
Ergebnis aus Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen	-3	3
Wertberichtigungen	-7	-10
Wertaufholungen	4	13
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	-6	-32
Veräußerungen	11	5
Wertberichtigungen	-17	-37
Insgesamt	127	59

in Mio. €	2016	2015
Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	-15	38
Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten	18	-
Ergebnis aus zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften Finanzinstrumenten	48	262
Ergebnis aus nicht derivativen und eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten	206	344
Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	-158	-82
Insgesamt	51	300

» 39
Sonstiges
Bewertungs-
ergebnis
aus Finanz-
instrumenten

Das Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten resultiert aus Ergebnissen derivativer Finanzinstrumente, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, jedoch nicht in die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften einbezogen sind.

in Mio. €	2016	2015
Gebuchte Nettobeiträge	14.668	14.442
Gebuchte Bruttobeiträge	14.767	14.536
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-99	-94
Veränderung der Beitragsüberträge	-10	-24
Bruttobeträge	-8	-26
Anteil der Rückversicherer	-2	2
Insgesamt	14.658	14.418

» 40
Verdiente Beiträge
aus dem Versiche-
rungsgeschäft

in Mio. €	2016	2015
Erträge aus Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	5.255	5.210
Zinserträge und laufende Erträge	2.567	2.642
Erträge aus Wertaufholungen und nicht realisierte Gewinne	389	567
Bewertungsgewinne aus erfolgswirksamer Bewertung	1.158	1.063
Gewinne aus Veräußerungen	1.141	938
Aufwendungen für Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-1.577	-2.205
Aufwendungen für Verwaltung	-132	-115
Aufwendungen für Abschreibungen, Verluste aus Wertberichtigungen und nicht realisierte Verluste	-562	-565
Bewertungsverluste aus erfolgswirksamer Bewertung	-456	-1.069
Verluste aus Veräußerungen	-427	-456
Sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	137	75
Sonstiges versicherungstechnisches Ergebnis	178	183
Sonstiges nichtversicherungstechnisches Ergebnis	-41	-108
Insgesamt	3.815	3.080

» 41
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen

In den Erträgen aus und den Aufwendungen für Kapitalanlagen sowie im sonstigen Ergebnis sind Ergebnisse aus der Währungsumrechnung in Höhe von 138 Mio. € (Vorjahr: 286 Mio. €) enthalten.

in Mio. €	2016	2015
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE	-10.601	-9.850
Zahlungen für Versicherungsfälle	-9.777	-8.966
Zahlungen für Versicherungsfälle brutto	-9.826	-9.048
Anteil der Rückversicherer	49	82
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-824	-884
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle brutto	-844	-842
Anteil der Rückversicherer	20	-42
VERÄNDERUNG DER DECKUNGSRÜCKSTELLUNG UND DER SONSTIGEN VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN	-3.411	-4.050
Veränderung der Deckungsrückstellung	-3.398	-4.037
Veränderung der Deckungsrückstellung brutto	-3.395	-4.031
Anteil der Rückversicherer	-3	-6
Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen	-13	-13
AUFWENDUNGEN FÜR BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG	-1.388	-764
Aufwendungen für Beitragsrückerstattung brutto	-670	-665
Latente Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-718	-99
Insgesamt	-15.400	-14.664

» 42
Versicherungsleistungen

Das Rückversicherungsergebnis beträgt -12 Mio. € (Vorjahr: -36 Mio. €).

Schadenentwicklung für das selbst abgeschlossene Schaden-/ Unfallversicherungsgeschäft inklusive Schadenregulierungskosten

Brutto-Schadenrückstellungen im selbst abgeschlossenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. €	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
am Ende des Jahres	4.173	3.856	3.634	3.901	3.345	3.341	3.324	2.953	2.704	2.672	2.509
1 Jahr später	-	3.767	3.523	3.847	3.336	3.359	3.135	2.901	2.623	2.601	2.414
2 Jahre später	-	-	3.457	3.769	3.247	3.279	3.160	2.763	2.527	2.531	2.306
3 Jahre später	-	-	-	3.731	3.220	3.254	3.139	2.756	2.533	2.472	2.268
4 Jahre später	-	-	-	-	3.189	3.241	3.122	2.756	2.505	2.487	2.230
5 Jahre später	-	-	-	-	-	3.250	3.139	2.768	2.513	2.478	2.245
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	3.080	2.710	2.469	2.434	2.214
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	2.685	2.466	2.422	2.210
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	2.449	2.426	2.205
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.419	2.207
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.207
Abwicklungsergebnis	-	89	177	170	156	91	244	268	255	253	302

Netto-Schadenrückstellungen im selbst abgeschlossenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. €	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
am Ende des Jahres	4.110	3.827	3.574	3.669	3.313	3.298	3.254
1 Jahr später	-	3.736	3.460	3.613	3.300	3.317	3.056
2 Jahre später	-	-	3.393	3.533	3.211	3.236	3.077
3 Jahre später	-	-	-	3.490	3.180	3.208	3.057
4 Jahre später	-	-	-	-	3.139	3.194	2.939
5 Jahre später	-	-	-	-	-	3.191	3.049
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	2.957
Abwicklungsergebnis	-	91	181	179	174	107	297

Schadenentwicklung für das übernommene Rückversicherungsgeschäft

Brutto-Schadenrückstellungen im übernommenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. €	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
Brutto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.718	2.433	1.976	1.710	1.506	1.409	1.190	892	712	596	524
Kumulierte Zahlungen für das betreffende Jahr und für Vorjahre											
1 Jahr später	-	622	464	481	385	463	437	282	232	127	138
2 Jahre später	-	-	783	685	630	640	632	399	347	203	175
3 Jahre später	-	-	-	897	764	345	739	468	410	250	212
4 Jahre später	-	-	-	-	930	891	856	516	447	282	240
5 Jahre später	-	-	-	-	-	1.029	922	588	475	307	252
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	1.043	626	528	324	266
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	652	555	366	283
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	574	384	307
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	396	321
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	330
Brutto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprüngliche Rückstellung											
am Ende des Jahres	2.718	2.433	1.976	1.710	1.506	1.409	1.190	892	712	596	524
1 Jahr später	-	2.434	2.157	1.840	1.593	1.536	1.401	1.026	779	583	541
2 Jahre später	-	-	2.004	1.859	1.569	1.472	1.343	872	765	529	480
3 Jahre später	-	-	-	1.779	1.628	1.014	1.338	826	696	518	432
4 Jahre später	-	-	-	-	1.580	1.528	1.360	837	680	479	423
5 Jahre später	-	-	-	-	-	1.501	1.396	858	691	470	396
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	1.379	870	709	480	391
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	876	719	498	399
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	725	504	403
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	505	407
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	407
Abwicklungsergebnis	-	-1	-28	-69	-74	-92	-189	16	-13	91	117

Netto-Schadenrückstellungen im übernommenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. €	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Netto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.710	2.428	1.970	1.695	1.491	1.389	1.164
Kumulierte Zahlungen für das betreffende Jahr und für Vorjahre							
1 Jahr später	–	622	464	473	383	461	432
2 Jahre später	–	–	782	677	620	636	625
3 Jahre später	–	–	–	888	754	333	729
4 Jahre später	–	–	–	–	919	878	839
5 Jahre später	–	–	–	–	–	1.016	904
6 Jahre später	–	–	–	–	–	–	1.025
Netto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprüngliche Rückstellung							
am Ende des Jahres	2.710	2.428	1.970	1.695	1.491	1.389	1.164
1 Jahr später	–	2.429	2.152	1.827	1.576	1.519	1.377
2 Jahre später	–	–	1.999	1.845	1.554	1.454	1.321
3 Jahre später	–	–	–	1.766	1.612	997	1.314
4 Jahre später	–	–	–	–	1.566	1.510	1.337
5 Jahre später	–	–	–	–	–	1.484	1.372
6 Jahre später	–	–	–	–	–	–	1.357
Abwicklungsergebnis	–	-1	-29	-71	-75	-95	-193

in Mio. €	2016	2015
Aufwendungen brutto	-2.335	-2.178
Anteil der Rückversicherer	22	20
Insgesamt	-2.313	-2.158

» 43
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

» 44
Verwaltungs-
aufwendungen

in Mio. €	2016	2015
Personalaufwendungen	-1.760	-1.610
Löhne und Gehälter	-1.444	-1.329
Soziale Abgaben	-174	-161
Aufwendungen für Altersversorgung	-129	-107
Aufwendungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	-13	-13
Sachaufwendungen	-1.683	-1.502
Aufwendungen für Mietpersonal	-19	-22
Beiträge und Gebühren	-150	-147 ¹
davon: Beiträge an den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute	-57	-54 ¹
Beratung	-398	-336
Bürobetrieb	-193	-196
IT-Kosten	-386	-331
Grundstücks- und Raumkosten	-204	-177
Informationsbeschaffung	-65	-59
Öffentlichkeitsarbeit/Marketing	-163	-138
Sonstige sachliche Aufwendungen	-98	-90
Verwaltungsorgane	-7	-6
Abschreibungen	-157	-140
Sachanlagen und Investment Property	-71	-63
Sonstige Aktiva	-86	-77
Insgesamt	-3.600	-3.252

¹ Betrag angepasst aufgrund Neustrukturierung der Gewinn- und Verlustrechnung: Beiträge an den Abwicklungsfonds werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

» 45
Sonstiges betrieb-
liches Ergebnis

in Mio. €	2016	2015
Sonstiges Ergebnis aus dem Leasinggeschäft	-1	6
Ergebnis aus sonstigen Steuern	4	-14
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen	8	39
Aufwendungen für Restrukturierungen	-55	-22
Ergebnis aus Entkonsolidierungen	2	-4
Wertberichtigungen von Geschäfts- und Firmenwerten	-	-47
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	76	-6
Insgesamt	34	-48

Das Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen enthält realisierte Veräußerungsgewinne in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €), es sind Wertaufholungen in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: keine Wertaufholungen) und keine Wertberichtigungen enthalten (Vorjahr: Wertberichtigungen in nur geringem Umfang).

Im Vorjahr ergaben sich Wertminderungen der Geschäfts- und Firmenwerte des Segments Teilkonzern DVB in Höhe von -28 Mio. € und des Segments Teilkonzern VR LEASING in Höhe von -19 Mio. €.

Im übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnis sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden enthalten. Des Weiteren sind Mieteinnahmen aus Investment Property in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) und direkt zurechenbare Aufwendungen in Höhe von -3 Mio. € (Vorjahr: -1 Mio. €) enthalten.

» 46
Ertragsteuern

in Mio. €	2016	2015
Aufwendungen für tatsächliche Ertragsteuern	-348	-514
Aufwendungen für latente Ertragsteuern	-243	-143
Insgesamt	-591	-657

In den tatsächlichen Ertragsteuern sind Erträge in Höhe von 95 Mio. € (Vorjahr: Aufwendungen in Höhe von -14 Mio. €) enthalten, die Vorjahre betreffen. In den latenten Ertragsteuern sind Aufwendungen in Höhe von -267 Mio. € (Vorjahr: -89 Mio. €) auf das Entstehen beziehungsweise die Auflösung temporärer Differenzen zurückzuführen.

Unverändert zum Vorjahr wird ausgehend von einem Körperschaftsteuersatz von 15,0 Prozent unter Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags für die Berechnung der tatsächlichen Ertragsteuern bei inländischen Kapitalgesellschaften ein effektiver Körperschaftsteuersatz von 15,825 Prozent angewendet. Der zugrunde gelegte effektive Gewerbesteuersatz beträgt bei der DZ BANK und deren Organgesellschaften 15,330 Prozent (Vorjahr: 15,155 Prozent).

Für die Berechnung der latenten Ertragsteuern ist auf die Steuersätze abzustellen, die voraussichtlich zum Zeitpunkt ihrer Realisierung in Kraft sind. Dabei werden die Steuersätze verwendet, die zum Abschlussstichtag für diesen Zeitpunkt gültig oder angekündigt sind.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen den – unter Anwendung des in Deutschland geltenden Steuerrechts – erwarteten und den ausgewiesenen Ertragsteuern dar:

in Mio. €	2016	2015
Konzernergebnis vor Steuern	2.197	2.453
Konzernertragsteuersatz	31,155 %	30,980 %
Erwartete Ertragsteuern	-684	-760
Ertragsteuereffekte	93	103
Auswirkungen aus steuerfreien Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	-5	7
Abweichungen aufgrund anderer Ertragsteuerarten oder Gewerbesteuerhebesätze sowie Steuersatzänderungen	35	39
Steuersatzdifferenzen auf Ergebnisbestandteile, die in anderen Ländern der Besteuerung unterliegen	-46	11
Tatsächliche und latente Ertragsteuern, die Vorjahre betreffen	109	23
Veränderung der Wertberichtigungen von latenten Ertragsteueransprüchen	-28	17
Sonstige Effekte	28	6
Ausgewiesene Ertragsteuern	-591	-657

Folgende Beträge wurden im Berichtszeitraum aus dem erfolgsneutralen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert:

» 47
Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	2016	2015
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	329	-116
Im Berichtszeitraum angefallene Gewinne(+)/Verluste(-)	657	44
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgliederte Gewinne(-)/Verluste(+)	-328	-160
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	-5	14
Im Berichtszeitraum angefallene Gewinne(+)/Verluste(-)	-15	-32
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgliederte Gewinne(-)/Verluste(+)	10	46
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	17	45
Im Berichtszeitraum angefallene Gewinne(+)/Verluste(-)	20	45
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgliederte Gewinne(-)/Verluste(+)	-3	-
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	-1	-24
Im Berichtszeitraum angefallene Gewinne(+)/Verluste(-)	-6	-18
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgliederte Gewinne(-)/Verluste(+)	5	-6
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	-14	17
Im Berichtszeitraum angefallene Gewinne(+)/Verluste(-)	-14	21
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgliederte Gewinne(-)/Verluste(+)	-	-4

Auf die Bestandteile des Erfolgsneutralen Konzernergebnisses entfallen die folgenden Ertragsteuern:

» 48
Erfolgsneutrale
Ertragsteuern

in Mio. €	2016			2015		
	Betrag vor Steuern	Ertragsteuern	Betrag nach Steuern	Betrag vor Steuern	Ertragsteuern	Betrag nach Steuern
Bestandteile, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können	326	-20	306	-64	73	9
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	329	-22	307	-116	72	-44
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	-5	2	-3	14	-5	9
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	17	-	17	45	-2	43
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	-1	-	-1	-24	8	-16
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzier-ten Gemeinschaftsunter-nehmen und assoziierten Unternehmen	-14	-	-14	17	-	17
Bestandteile, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können	-176	55	-121	150	-44	106
Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	-176	55	-121	151	-44	107
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzier-ten Gemeinschaftsunter-nehmen und assoziierten Unternehmen	-	-	-	-1	-	-1
Insgesamt	150	35	185	86	29	115

D Angaben zur Bilanz

» 49 Barreserve

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kassenbestand	205	192
Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen	8.310	6.350
davon: bei der Deutschen Bundesbank	3.333	3.202
Insgesamt	8.515	6.542

Das durchschnittliche Mindestreserve-Soll des Geschäftsjahres betrug 1.903 Mio. € (Vorjahr: 1.323 Mio. €).

» 50 Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	Täglich fällig		Andere Forderungen		Insgesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Inländische Kreditinstitute	23.608	8.033	74.880	63.145	98.488	71.178
Angeschlossene Kreditinstitute	3.126	3.005	65.964	52.795	69.090	55.800
Andere Kreditinstitute	20.482	5.028	8.916	10.350	29.398	15.378
Ausländische Kreditinstitute	6.051	6.957	2.714	2.600	8.765	9.557
Insgesamt	29.659	14.990	77.594	65.745	107.253	80.735

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Geschäftsarten wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kommunalkredite	6.702	8.038
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	76	559
Finanzierungs-Leasinggeschäfte	14	80
Geldmarktgeschäfte	27.738	14.860
Übrige Forderungen	72.723	57.198
Insgesamt	107.253	80.735

» 51 Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an inländische Kunden	136.344	91.638
Forderungen an ausländische Kunden	40.188	35.212
Insgesamt	176.532	126.850

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Geschäftsarten wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kommunalkredite	23.540	12.359
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	46.753	19.936
Durch Schiffshypotheken gesicherte Kredite	1.413	1.437
Baudarlehen der Bausparkasse	37.253	33.659
davon: aus Zuteilung (Bauspardarlehen)	3.031	3.651
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	32.219	27.905
sonstige Baudarlehen	2.003	2.103
Finanzierungs-Leasingverhältnisse	3.156	3.548
Geldmarktgeschäfte	1.075	644
Übrige Forderungen	63.342	55.267
Insgesamt	176.532	126.850

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden hat sich wie folgt entwickelt:

» 52
Risikovorsorge

in Mio. €	Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute		Risikovorsorge für Forderungen an Kunden		Insgesamt
	Einzelwertberichtigungen	Portfoliowertberichtigungen	Einzelwertberichtigungen	Portfoliowertberichtigungen	
Stand zum 01.01.2015	89	20	1.819	460	2.388
Zuführungen	3	–	663	95	761
Inanspruchnahmen	-38	–	-339	–	-377
Auflösungen	-3	-4	-434	-109	-550
Zinserträge	–	–	-45	–	-45
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-15	–	1	–	-14
Sonstige Veränderungen	–	–	-94	4	-90
Stand zum 31.12.2015	36	16	1.571	450	2.073
Zuführungen	20	13	888	205	1.126
Inanspruchnahmen	-35	–	-209	–	-244
Auflösungen	-14	–	-402	-139	-555
Zinserträge	–	–	-31	–	-31
Sonstige Veränderungen	–	–	12	13	25
Stand zum 31.12.2016	7	29	1.829	529	2.394

Die Zinserträge resultieren aus der Barwertfortschreibung gemäß IAS 39.A93 (Unwinding) von wertberechtigten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Derivative Sicherungsinstrumente für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	1.545	415
Zinsbezogene Geschäfte	1.545	415
Derivative Sicherungsinstrumente für Absicherungen von Zahlungsströmen	2	1
Währungsbezogene Geschäfte	2	1
Derivative Sicherungsinstrumente für Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	2	–
Währungsbezogene Geschäfte	2	–
Insgesamt	1.549	416

» 53
Positive Marktwerte
aus derivativen
Sicherungs-
instrumenten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
POSITIVE MARKTWERTE AUS DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN	23.585	21.683
Zinsbezogene Geschäfte	20.438	19.848
Währungsbezogene Geschäfte	1.794	716
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	298	292
Sonstige Geschäfte	811	584
Kreditderivate	244	243
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	9.459	11.271
Geldmarktpapiere	172	392
von öffentlichen Emittenten	172	192
von anderen Emittenten	–	200
Anleihen und Schuldverschreibungen	9.287	10.879
von öffentlichen Emittenten	1.676	2.902
von anderen Emittenten	7.611	7.977
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	1.047	1.010
Aktien	1.026	999
Investmentanteile	16	7
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5	4
FORDERUNGEN	15.188	15.556
Forderungen aus Geldmarktgeschäften	14.238	14.723
an Kreditinstitute	10.742	11.189
davon: an angeschlossene Kreditinstitute	1.181	1.383
an andere Kreditinstitute	9.561	9.806
an Kunden	3.496	3.534
Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und sonstige Forderungen	950	833
an Kreditinstitute	532	667
davon: an andere Kreditinstitute	532	667
an Kunden	418	166
Insgesamt	49.279	49.520

» 54
Handelsaktiva

» 55
Finanzanlagen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	67.384	51.590
Geldmarktpapiere	366	104
von öffentlichen Emittenten	–	16
von anderen Emittenten	366	88
Anleihen und Schuldverschreibungen	67.018	51.486
von öffentlichen Emittenten	32.144	25.625
von anderen Emittenten	34.874	25.861
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	1.609	1.463
Aktien und sonstiger Anteilsbesitz	327	315
Investmentanteile	1.274	1.140
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8	8
ANTEILE AN TOCHTERUNTERNEHMEN	270	265
davon: an Kreditinstituten	16	30
an Finanzdienstleistungsinstituten	3	3
ANTEILE AN GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN	562	574
davon: an Kreditinstituten	416	444
ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN	355	413
davon: an Kreditinstituten	31	30
Insgesamt	70.180	54.305

Der Buchwert der nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an Gemeinschaftsunternehmen beträgt 560 Mio. € (Vorjahr: 569 Mio. €). Von den Anteilen an assoziierten Unternehmen sind 349 Mio. € (Vorjahr: 410 Mio. €) nach der Equity-Methode bilanziert.

» 56
Kapitalanlagen der
Versicherungsunter-
nehmen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Investment Property	2.470	2.251
Anteile an Tochterunternehmen	604	489
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	16	37
Anteile an assoziierten Unternehmen	1	2
Hypothekendarlehen	9.049	8.732
Schuldscheinforderungen und Darlehen	8.211	8.728
Namenschuldverschreibungen	9.338	10.244
Sonstige Darlehen	768	1.105
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.430	7.288
Festverzinsliche Wertpapiere	40.927	36.759
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	360	248
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	188	163
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice	10.011	8.698
Insgesamt	90.373	84.744

Der beizulegende Zeitwert des Investment Property beträgt 3.086 Mio. € (Vorjahr: 2.752 Mio. €). Vom Buchwert des Investment Property sind wie im Vorjahr Zuwendungen der öffentlichen Hand in Höhe von 5 Mio. € abgesetzt. Bei den Zuwendungen handelt es sich um un- und niedrigverzinsliche beziehungsweise erlassbare Darlehen.

Verfügungsbeschränkungen und Verpfändungen als Sicherheiten bestehen hinsichtlich der Bereitstellung von Investment Property als dingliche Sicherheiten in Höhe von 803 Mio. € (Vorjahr: 724 Mio. €). Es bestehen Investitionsverpflichtungen in Höhe von 92 Mio. € (Vorjahr: 316 Mio. €). Für Reparaturen und Instandhaltungen von Investment Property wurden im Geschäftsjahr 25 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) aufgewendet. Aus Leerständen resultieren Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Im Geschäftsjahr werden keine Anteile an Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode bilanziert. Der Buchwert der nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an Gemeinschaftsunternehmen betrug im Vorjahr 21 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Grundstücke und Gebäude	953	837
Betriebs- und Geschäftsausstattung	158	150
Leasinggegenstände	388	460
Investment Property	253	263
Insgesamt	1.752	1.710

» 57
Sachanlagen
und Investment
Property

Der beizulegende Zeitwert des Investment Property beträgt 329 Mio. € (Vorjahr: 342 Mio. €). Im Geschäftsjahr ist kein beizulegender Zeitwert von als Leasinggegenstände ausgewiesenem Investment Property enthalten. Im Vorjahr war als Leasinggegenstände ausgewiesenes Investment Property mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 4 Mio. € enthalten.

Geleistete Anzahlungen sind den betreffenden Sachanlagen zugeordnet.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Ertragsteueransprüche	1.280	902
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	432	371
Latente Ertragsteueransprüche	848	531
Ertragsteuerverpflichtungen	780	775
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	297	408
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	483	367

» 58
Ertragsteuer-
ansprüche und
-verpflichtungen

Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden für temporäre Differenzen der folgenden Sachverhalte sowie für steuerliche Verlustvorräte gebildet:

in Mio. €	Latente Ertragsteueransprüche		Latente Ertragsteuerverpflichtungen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Steuerliche Verlustvorräte	59	35		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden inklusive Risikovorsorge	82	39	293	134
Handelsaktiva/-passiva sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	787	596	29	28
Finanzanlagen	57	95	610	784
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	147	26	589	449
Sachanlagen und Investment Property	36	51	47	45
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	690	506	169	119
Verbriefte Verbindlichkeiten	119	87	11	14
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer und für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	511	450	183	33
Andere Rückstellungen	170	132	3	12
Versicherungstechnische Rückstellungen	73	118	395	288
Sonstige Bilanzposten	66	38	103	103
Insgesamt (Bruttowert)	2.797	2.173	2.432	2.009
Saldierung von latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen	-1.949	-1.642	-1.949	-1.642
Insgesamt (Nettowert)	848	531	483	367

Latente Ertragsteueransprüche für temporäre Differenzen und für steuerliche Verlustvorräte werden nur angesetzt, sofern ihre Realisierung in der Zukunft hinreichend wahrscheinlich ist. Für zeitlich unbegrenzt vortragbare körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 203 Mio. € (Vorjahr: 177 Mio. €) und für gewerbesteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 161 Mio. € (Vorjahr: 145 Mio. €) werden keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt. Weiterhin bestehen ausländische Verlustvorräte in Höhe von 489 Mio. € (Vorjahr: 923 Mio. €), die im Wesentlichen in spätestens 13 Jahren verfallen und für die keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt werden. Bei Gesellschaften beziehungsweise Betriebsstätten von Gesellschaften des DZ BANK Konzerns, die im Geschäftsjahr oder im Vorjahr in ihrem Steuerrechtskreis steuerliche Verluste erlitten haben, können zukünftig latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 58 Mio. € (Vorjahr: 68 Mio. €) realisiert werden, wenn in entsprechender Höhe zu versteuernde Einkünfte vorliegen. Hiervon wird aufgrund der steuerlichen Einkommensplanung ausgegangen.

Insgesamt besteht ein passiver latenter Steuerüberhang in Höhe von 260 Mio. €, der erfolgsneutral gebildet wurde. Im Vorjahr bestand ein passiver latenter Steuerüberhang in Höhe von 268 Mio. €. Der passive latente Steuerüberhang betrifft im Wesentlichen Finanzanlagen sowie Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen.

Latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 208 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. €) werden erwartungsgemäß erst nach Ablauf von 12 Monaten realisiert. Im Vorjahr bestanden latente Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 171 Mio. €, welche erwartungsgemäß erst nach Ablauf von 12 Monaten realisiert werden.

Im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen wurden zum 31. Dezember 2016 auf temporäre Differenzen in Höhe von 126 Mio. € (Vorjahr: 193 Mio. €) keine latenten Ertragsteuerverpflichtungen gebildet.

» 59
Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Aktiva der Versicherungsunternehmen	3.719	3.182
Geschäfts- oder Firmenwerte	169	169
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	462	406
davon: Software	326	248
Erworbene Kundenbeziehungen	79	96
Sonstige Forderungen	213	188
Übrige sonstige Aktiva	407	325
Insgesamt	4.970	4.270

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte enthalten selbst geschaffene Vermögenswerte in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €).

Die sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Immaterielle Vermögenswerte	156	155
Anteil der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen	224	208
Beitragsüberträge	6	8
Deckungsrückstellung	63	65
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	155	135
Forderungen	633	661
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	362	419
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	203	182
Sonstige Forderungen	68	60
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	738	241
Übrige sonstige Aktiva	1.968	1.917
Sachanlagen	418	437
Vorauszahlungen und Rechnungsabgrenzungsposten	23	34
Andere Aktiva der Versicherungsunternehmen	1.527	1.446
Insgesamt	3.719	3.182

Die immateriellen Vermögenswerte in den sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen enthalten selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 25 Mio. €).

Der jeweilige Anteil der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen hat sich wie folgt entwickelt:

ANTEIL DER RÜCKVERSICHERER AN DER ENTWICKLUNG DER BEITRAGSÜBERTRÄGE

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	8	6
Zuführungen	19	24
Entnahmen/Auflösungen	-21	-22
Stand zum 31.12.	6	8

ANTEIL DER RÜCKVERSICHERER AN DER ENTWICKLUNG DER DECKUNGRÜCKSTELLUNG

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	65	71
Zuführungen	4	4
Entnahmen/Auflösungen	-6	-10
Stand zum 31.12.	63	65

ANTEIL DER RÜCKVERSICHERER AN DER ENTWICKLUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	135	177
Schadenaufwendungen	63	33
Abzüglich Zahlungen	-43	-75
Stand zum 31.12.	155	135

Die Entwicklung des in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen enthaltenen Investment Property, der Sachanlagen und des Investment Property sowie der in den Sonstigen Aktiva enthaltenen immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

» 60
Anlagespiegel

in Mio. €	Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen
	Investment Property
Buchwerte zum 01.01.2015	1.924
Anschaffungskosten zum 01.01.2015	2.260
Zugänge	394
Zugänge aus kapitalisierten Fremdkapitalkosten	1
Umbuchungen	-
Umgliederungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-
Abgänge	-30
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-
Anschaffungskosten zum 31.12.2015	2.625
Wertaufholungen zum 01.01.2015	8
Zugänge	4
Umbuchungen	-
Wertaufholungen zum 31.12.2015	12
Abschreibungen und Wertberichtigungen zum 01.01.2015	-344
Zugänge aus Abschreibungen	-49
Zugänge aus Wertberichtigungen	-4
Umbuchungen	-
Umgliederungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-
Abgänge	11
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen zum 31.12.2015	-386
Buchwerte zum 31.12.2015	2.251
Anschaffungskosten zum 01.01.2016	2.625
Zugänge	307
Zugänge aus kapitalisierten Fremdkapitalkosten	1
Umbuchungen	-4
Umgliederungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-
Abgänge	-44
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-
Anschaffungskosten zum 31.12.2016	2.885
Wertaufholungen zum 01.01.2016	12
Zugänge	-
Umbuchungen	5
Wertaufholungen zum 31.12.2016	17
Abschreibungen und Wertberichtigungen zum 01.01.2016	-386
Zugänge aus Abschreibungen	-54
Zugänge aus Wertberichtigungen	-9
Umbuchungen	-
Umgliederungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-
Abgänge	17
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen zum 31.12.2016	-432
Buchwerte zum 31.12.2016	2.470

Sachanlagen und Investment Property				Sonstige Aktiva		
Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Leasing-gegenstände	Investment Property	Geschäfts- oder Firmenwerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	
844	155	1.200	93	216	329	
1.161	556	1.446	104	273	1.152	
15	44	129	172	-	174	
-	-	-	-	-	-	
-	-	-17	-	-	-	
-5	-3	-2	-	-	-6	
-4	-81	-840	-	-	-18	
-	2	118	-	-	1	
-	-1	-196	-	-	6	
1.167	517	638	276	273	1.309	
13	-	30	5	-	-	
-	-	10	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
13	-	40	5	-	-	
-330	-401	-276	-16	-57	-823	
-20	-41	-70	-2	-	-96	
-2	-1	-50	-	-47	-1	
-	-	19	-	-	-	
5	3	2	-	-	6	
4	74	148	-	-	13	
-	-2	-13	-	-	-1	
-	1	22	-	-	-1	
-343	-367	-218	-18	-104	-903	
837	150	460	263	169	406	
1.167	517	638	276	273	1.309	
57	45	143	-5	-	140	
-	-	-	-	-	-	
1	-	-62	-1	-	-	
-	-	-	-	-	-	
-50	-72	-201	-	-1	-42	
-	1	12	-	-	-	
118	9	-3	-	-	29	
1.293	500	527	270	272	1.436	
13	-	40	5	-	-	
-	-	1	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
13	-	41	5	-	-	
-343	-367	-218	-18	-104	-903	
-23	-44	-41	-4	-	-105	
-1	-	-26	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
14	69	108	-	1	31	
-	-	-4	-	-	-	
-	-	1	-	-	3	
-353	-342	-180	-22	-103	-974	
953	158	388	253	169	462	

Die Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden wie im Vorjahr 8 bis 50 Jahre, bei Betriebs- und Geschäftsausstattung 2,5 bis 25 Jahre (Vorjahr: 2,5 bis 25 Jahre) und bei Leasinggegenständen 6 Monate bis 25 Jahre analog dem Vorjahr. Bei Investment Property beträgt die Nutzungsdauer 5 bis 77 Jahre (Vorjahr: 3 bis 77 Jahre). Die Abschreibung der in den sonstigen immateriellen Vermögenswerten enthaltenen Software erfolgt über eine Nutzungsdauer von 1 bis 11 Jahren (Vorjahr: 3 bis 10 Jahre) und die der erworbenen Kundenbeziehungen über 10 bis 12 Jahre (Vorjahr: 10 bis 12 Jahre). Die Abschreibung erfolgt linear über die Nutzungsdauer.

Geleistete Anzahlungen sind den betreffenden Sachanlagen zugeordnet.

Im Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr Fremdkapitalkosten in Höhe von 1 Mio. € bei den Investment Property der Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen aktiviert. Fremdkapitalkosten werden im Geschäftsjahr bei Leasinggegenständen wie im Vorjahr nicht aktiviert. Der für die Fremdkapitalkosten zugrunde gelegte Finanzierungskostensatz bei Investment Property der Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen beträgt 1,28 Prozent (Vorjahr: 2,0 Prozent).

In Abschnitt 89 werden die Veränderungen der Geschäfts- oder Firmenwerte erläutert.

In den sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind erworbene Kundenbeziehungen in Höhe von 79 Mio. € (Vorjahr: 96 Mio. €) enthalten. Die darauf entfallenen Abschreibungen betragen 17 Mio. € (Vorjahr 16 Mio. €).

Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden beinhalten einzelne langfristige Vermögenswerte, Vermögenswerte und Schulden aus Veräußerungsgruppen ohne Geschäftsfeldqualität sowie Vermögenswerte und Schulden von innerhalb eines Jahres zu veräußernden Tochterunternehmen.

» 61
Zur Veräußerung
gehaltene
Vermögenswerte
und Schulden

Die einzelnen zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte enthalten eine Beteiligung und Sachanlagevermögen. Bei den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Schulden aus Veräußerungsgruppen ohne Geschäftsfeldqualität handelt es sich um Investmentanteile an verschiedenen Sondervermögen. Die Bewertung der Beteiligung erfolgt erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert. Die Gewinne in Höhe von 136 Mio. € werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Der Verkauf der Vermögenswerte und Schulden folgender vollkonsolidierter Tochterunternehmen der VR LEASING wurde im 2. Quartal 2016 abgewickelt: Lombard Bérlet Gépjárműpark-kezelő és Kereskedelmi Korlátolt Felelősségű Társaság, Szeged, Ungarn, Lombard Inगतlan Lízing Zártkörűen Működő Részvénytársaság, Szeged, Ungarn, und Lombard Pénzügyi és Lízing Zártkörűen Működő Részvénytársaság, Szeged, Ungarn.

» 62
Verbindlichkeiten
gegenüber
Kreditinstituten

in Mio. €	Täglich fällig		Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		Insgesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Inländische Kreditinstitute	38.793	31.094	79.154	57.210	117.947	88.304
Angeschlossene Kreditinstitute	33.982	24.666	21.883	19.142	55.865	43.808
Andere Kreditinstitute	4.811	6.428	57.271	38.068	62.082	44.496
Ausländische Kreditinstitute	2.075	868	9.258	8.055	11.333	8.923
Insgesamt	40.868	31.962	88.412	65.265	129.280	97.227

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Geschäftsarten wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bauspareinlagen	1.612	1.252
Geldmarktgeschäfte	20.762	20.229
Übrige Verbindlichkeiten	106.906	75.746
Insgesamt	129.280	97.227

» 63
Verbindlichkeiten
gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER INLÄNDISCHEN KUNDEN	109.677	83.443
Bauspareinlagen	51.905	49.212
Andere Verbindlichkeiten	57.772	34.231
Täglich fällig	13.722	8.141
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	44.050	26.090
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER AUSLÄNDISCHEN KUNDEN	14.748	12.743
Bauspareinlagen	1.865	1.714
Andere Verbindlichkeiten	12.883	11.029
Täglich fällig	7.998	7.327
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.885	3.702
Insgesamt	124.425	96.186

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Geschäftsarten wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bauspareinlagen	53.770	50.926
Geldmarktgeschäfte	2.652	1.655
Übrige Verbindlichkeiten	68.003	43.605
Insgesamt	124.425	96.186

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Kundengruppen wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Inland	57.772	34.231
Privatkunden	2.154	1.931
Firmenkunden	54.314	31.885
Öffentliche Hand	1.304	415
Ausland	12.883	11.029
Privatkunden	405	510
Firmenkunden	12.030	10.219
Öffentliche Hand	448	300
Insgesamt	70.655	45.260

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Begebene Schuldverschreibungen	52.629	33.759
Hypothekenpfandbriefe	16.792	7.197
Öffentliche Pfandbriefe	3.089	3.252
Sonstige Schuldverschreibungen	32.748	23.310
Andere verbrieft e Verbindlichkeiten	25.609	21.192
Insgesamt	78.238	54.951

» 64
Verbrieft
e Verbindlichkeiten

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Geldmarktpapiere.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Derivative Sicherungsinstrumente für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	3.858	1.630
Zinsbezogene Geschäfte	3.858	1.630
Derivative Sicherungsinstrumente für Absicherungen von Zahlungsströmen	16	10
Währungsbezogene Geschäfte	16	10
Derivative Sicherungsinstrumente für Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	–	1
Währungsbezogene Geschäfte	–	1
Insgesamt	3.874	1.641

» 65
Negative
Marktwerte
aus derivativen
Sicherungs-
instrumenten

» 66
Handelsspassiva

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
NEGATIVE MARKTWERTE AUS DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN	25.123	23.727
Zinsbezogene Geschäfte	19.568	18.811
Währungsbezogene Geschäfte	1.171	786
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	791	717
Sonstige Geschäfte	3.492	3.282
Kreditderivate	101	131
LIEFERVERBINDLICHKEITEN AUS WERTPAPIERLEERVERKÄUFEN	508	836
BEGEBENE SCHULDVERSCHREIBUNGEN	17.465	14.572
VERBINDLICHKEITEN	7.108	6.242
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	6.939	6.070
gegenüber Kreditinstituten	6.345	5.704
davon: gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	1.375	925
gegenüber anderen Kreditinstituten	4.970	4.779
gegenüber Kunden	594	366
Begebene Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen	169	172
gegenüber Kreditinstituten	133	146
davon: gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	133	146
gegenüber Kunden	36	26
Insgesamt	50.204	45.377

Die begebenen Schuldverschreibungen umfassen im Wesentlichen Aktien- und Indexzertifikate.

» 67
Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	2.467	1.868
Rückstellungen für leistungsorientierte Pläne	2.058	1.635
Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	139	117
davon: für Altersteilzeitregelungen	15	16
Rückstellungen für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	232	76
davon: für Vorruhestandsregelungen	15	16
im Rahmen von Restrukturierungen	187	31
Rückstellungen für kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	38	40
Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	39	23
Andere Rückstellungen	1.535	1.190
Rückstellungen für belastende Verträge	10	7
Rückstellungen für Restrukturierungen	15	5
Rückstellungen für Kreditzusagen	137	51
Sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft	85	68
Bausparspezifische Rückstellungen	915	653
Übrige Rückstellungen	373	406
Insgesamt	4.041	3.081

Rückstellungen für leistungsorientierte Pläne

Die Rückstellungen für leistungsorientierte Pläne resultieren überwiegend aus Plänen mit Versorgungszusagen, in die keine weiteren Mitarbeiter aufgenommen werden (geschlossene Pläne). Darüber hinaus bestehen leistungsorientierte Versorgungszusagen für Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer. Neu eintretenden Mitarbeitern werden in Deutschland fast ausschließlich beitragsorientierte Versorgungspläne angeboten, für die eine Rückstellung generell nicht anzusetzen ist. Im Ausland zeigt sich das Bild der Versorgungspläne heterogener, da hier sowohl beitrags- als auch leistungsorientierte Pläne für Neuzugänge bestehen. Allerdings ist der Anteil der ausländischen Zusagen am gesamten konzernweiten Verpflichtungsumfang von untergeordneter Bedeutung. Der Aufwand für beitragsorientierte Versorgungspläne beträgt im Geschäftsjahr -18 Mio. € (Vorjahr: -18 Mio. €).

Der Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen lässt sich in folgende Risikoklassen einteilen:

in Mio. €	Deutschland		Ausland		Insgesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Endgehaltsabhängige Pläne	2.480	2.213	112	106	2.592	2.319
Leistungsorientierte Beitragspläne	426	227	221	211	647	438
Akzessorische Pläne	55	8	3	4	58	12
Insgesamt	2.961	2.448	336	321	3.297	2.769

Einen für alle Pläne bedeutenden Risikofaktor stellt das Marktzinsniveau für erstrangige festverzinsliche Industrianleihen dar, da der daraus abgeleitete Zins sowohl die Höhe der Verpflichtungen als auch die Bewertung des Planvermögens beeinflusst.

Bei den endgehaltsabhängigen Plänen handelt es sich um Rentenzusagen an Arbeitnehmer, deren Höhe vom letzten Entgelt vor Eintritt des Versorgungsfalls abhängt und bei denen überwiegend von einer lebenslangen Zahlungsverpflichtung auszugehen ist. Die Höhe der Rente ist in Deutschland gemäß § 16 Absatz 1 BetrAVG alle 3 Jahre an die Entwicklung der Verbraucherpreise oder der Nettolöhne anzupassen. Wesentliche Risikofaktoren der endgehaltsabhängigen Versorgungspläne stellen die Langlebigkeit, die Gehaltsdynamik, das Inflationsrisiko sowie der Abzinsungssatz dar.

Bei den leistungsorientierten Beitragsplänen handelt es sich mehrheitlich um Zusagen auf feste Kapitalbeiträge oder festverzinsten Beiträge. Bei rund der Hälfte der Zusagen besteht eine Verrentungsoption. Somit können neben Einmalkapital- und Ratenzahlungen auch lebenslange Zahlungsverpflichtungen bestehen. Bei den meisten Verpflichtungen sind die Beiträge bezügedynamisch. Der weit überwiegende Teil dieser Pläne ist geschlossen.

Bei akzessorischen Plänen sagt der Arbeitgeber eine Leistung zu, die im Wesentlichen derjenigen Leistung entspricht, die sich bei einer Investition der Beiträge in ein Finanzprodukt

eines externen Versorgungsträgers oder Versicherers im Versorgungsfall ergibt. Die Höhe der Versorgungsleistungen hängt somit von der Zusage des externen Versorgungsträgers ab, der direkt den Risikofaktoren Langlebigkeit, Gehaltsdynamik und Marktzinsrisiko ausgesetzt ist. Akzessorische Pläne sind für den Arbeitgeber nahezu risikofrei.

Die in Deutschland vereinbarten Versorgungszusagen unterliegen keinen Mindestfinanzierungsanforderungen. Bei einem Teil der im Ausland vereinbarten Versorgungszusagen ist eine Mindestdotierung aufgrund nationaler Bestimmungen erforderlich.

Der Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2016	2015
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	2.769	2.891
Laufender Dienstzeitaufwand	60	57
Zinsaufwendungen	64	58
Beiträge der Arbeitnehmer	6	6
Erbrachte Pensionsleistungen einschließlich der Planabgeltungen	-106	-94
davon: im Rahmen von Planabgeltungen	-1	-1
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	6	-9
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	193	-157
davon: aus Veränderungen von demographischen Annahmen	-3	-
aus Veränderungen von finanziellen Annahmen	213	-156
erfahrungsbedingt	-17	-1
Planübernahmen	-	1
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-8	15
Veränderungen des Konsolidierungskreises	313	1
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	3.297	2.769

Bei der Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen angewendet:

in %	31.12.2016	31.12.2015
Abzinsungssatz	1,75	2,25
gewichtete Gehaltssteigerung	1,88	1,98
gewichtete Rentenerhöhung	1,76	1,77

Sensitivitätsanalyse

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Sensitivität des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen bei Veränderung der versicherungsmathematischen Parameter. Die dargestellten Effekte beruhen auf einer isolierten Betrachtung der Veränderung eines Parameters, während die übrigen Parameter konstant bleiben. Korrelationseffekte zwischen einzelnen Parametern werden nicht berücksichtigt.

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Änderung des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum Stichtag, wenn				
der Abzinsungssatz um 100 Basispunkte höher wäre	-446	-13,53	-375	-13,54
der Abzinsungssatz um 100 Basispunkte niedriger wäre	562	17,05	477	17,23
die künftige Gehaltssteigerung 50 Basispunkte höher wäre	44	1,33	42	1,52
die künftige Gehaltssteigerung 50 Basispunkte niedriger wäre	-41	-1,24	-39	-1,41
die künftige Rentensteigerung 25 Basispunkte höher wäre	77	2,34	66	2,38
die künftige Rentensteigerung 25 Basispunkte niedriger wäre	-73	-2,21	-63	-2,28

Die Duration der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 15,69 Jahre (Vorjahr: 15,81 Jahre).

Planvermögen

Den leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen steht Planvermögen gegenüber. Davon entfallen 793 Mio. € (Vorjahr: 725 Mio. €) auf die Contractual Trust Arrangements (CTAs) der DZ BANK und BSH, welche als Treuhandvermögen durch den DZ BANK Pension Trust e. V., Frankfurt am Main, verwaltet werden. Die BSH hat das CTA erstmals zum 1. Dezember 2016 in Höhe von 20 Mio. € dotiert. Die Anlagerichtlinie und -strategie wird der Kapitalanlagegesellschaft von den jeweiligen CTA-Anlageausschüssen vorgegeben. Für Verpflichtungen in den USA und Großbritannien wird Planvermögen ebenfalls in unabhängigen Trusts verwaltet. In Luxemburg wurden die Mittel auf einen Pensionsfonds, in der Schweiz auf eine Stiftung übertragen. Treuhänder beziehungsweise Verwalter sind für Verwaltung und Steuerung der Pensionspläne sowie die Einhaltung der regulatorischen Anforderungen zuständig.

Der Finanzierungsstatus der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Barwert der über Planvermögen finanzierten leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	2.400	1.603
Barwert der nicht über Planvermögen finanzierten leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	897	1.166
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	3.297	2.769
Abzüglich des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens	-1.239	-1.134
Rückstellungen für leistungsorientierte Pläne	2.058	1.635
Als Vermögenswerte angesetzte Erstattungsansprüche	2	2

Neben fusionsbedingten Veränderungen im Finanzierungsstatus plant die BSH, Pensionsverpflichtungen durch Dotation des CTAs in stärkerem Ausmaß zu refinanzieren.

Das Planvermögen entwickelte sich wie folgt:

in Mio. €	2016	2015
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 01.01.	1.134	1.149
Zinserträge	26	23
Erträge/Aufwendungen aus dem Planvermögen (ohne Zinserträge)	35	-21
Beiträge zu Planvermögen	43	24
davon: Beiträge der Arbeitgeber	37	18
Beiträge der Arbeitnehmer	6	6
Gezahlte Pensionsleistungen	-62	-54
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-3	13
Veränderungen des Konsolidierungskreises	66	-
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 31.12.	1.239	1.134

Im Geschäftsjahr 2017 sind Einzahlungen in das Planvermögen in Höhe von 272 Mio. € (Geschäftsjahr 2016: 17 Mio. €) geplant. Davon entfallen 255 Mio. € auf das CTA der BSH.

Das Planvermögen ist zu 56 Prozent (Vorjahr: 59 Prozent) in festverzinsliche Vermögenswerte investiert. Damit wird der Zinssensitivität der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen Rechnung getragen. Im Wesentlichen bestehen die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen und das Planvermögen in den Währungsräumen des Euro, US-Dollar und britischen Pfund. Soweit keine Währungskongruenz zwischen den Pensionsverpflichtungen und den Vermögenswerten des Planvermögens besteht, werden zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos derivative Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die festverzinslichen Anlagen in Form von Pfandbriefen, Staats- und Unternehmensanleihen haben eine Mindestqualität im Investment Grade (AAA bis BBB). Ein Großteil der Anlagen (insbesondere Pfandbriefe und Staatsanleihen) weist eine erstklassige Qualität auf (AAA bis AA).

Die übrigen Anlagen entfallen überwiegend auf weltweit gestreute nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktien und Investmentanteile) sowie Ansprüche aus Versicherungsverträgen, kurzfristige Geldanlagen und Immobilienvermögen.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens verteilt sich auf folgende Anlageklassen:

	31.12.2016			31.12.2015		
	Marktpreis- notierung in einem aktiven Markt	Keine Marktpreis- notierung in einem aktiven Markt	Insgesamt	Marktpreis- notierung in einem aktiven Markt	Keine Marktpreis- notierung in einem aktiven Markt	Insgesamt
in Mio.€						
Zahlungsmittel und Geldmarktanlagen	–	26	26	–	27	27
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	700	–	700	664	–	664
Aktien	76	–	76	79	–	79
Investmentanteile	83	96	179	28	139	167
Andere nicht festverzinsli- che Wertpapiere	6	–	6	–	–	–
Sonstiger Anteilsbesitz	–	28	28	–	–	–
Derivative Finanzinstrumente	-1	–	-1	-1	–	-1
Grundstücke und Gebäude	–	5	5	–	5	5
Ansprüche aus Versicherungsverträgen	–	120	120	–	113	113
Sonstige Vermögenswerte	–	100	100	–	80	80
Insgesamt	864	375	1.239	770	364	1.134

Das Planvermögen umfasst zum Ende des Geschäftsjahres eigene Finanzinstrumente des Konzerns in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 23 Mio. €). Bei den im Planvermögen enthaltenen Immobilien sowie anderen Vermögenswerten handelt es sich nicht um von den Unternehmen selbst genutzte Werte.

In Luxemburg existiert ein gemeinschaftlicher Plan mehrerer Arbeitgeber. Rückstellungen und Beiträge werden den Beitragszahlern nach Maßgabe des Reglements zugeordnet. Das Anlageergebnis wird auf der Grundlage des anteiligen Nettoanlagevermögens am Jahresanfang auf die Beitragszahler verteilt.

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Rückstellungen für belastende Verträge	Rückstellungen für Restrukturierungen	Rückstellungen für Kreditzusagen	Sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft	Bauspar-spezifische Rückstellungen	Übrige Rückstellungen	Insgesamt
Stand zum 01.01.	7	5	51	68	653	406	1.190
Zuführungen	5	14	71	42	362	256	750
Inanspruchnahmen	–	-3	–	-1	-103	-177	-284
Auflösungen	-2	-1	-36	-21	–	-138	-198
Zinsaufwendungen/ Änderungen des Abzinsungssatzes	–	–	–	1	–	2	3
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	46	–	–	20	66
Sonstige Veränderungen	–	–	5	-4	3	4	8
Stand zum 31.12.	10	15	137	85	915	373	1.535

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen in Höhe von insgesamt 58 Mio. € für Prozessrisiken (Vorjahr: 109 Mio. €). Insbesondere haben die Unternehmen der DZ BANK Gruppe Rückstellungen im Zusammenhang mit Kapitalmarkt- sowie Kreditprodukten gebildet. Für diese Rückstellungen werden keine Informationen nach IAS 37.84 und IAS 37.85 angegeben, da der DZ BANK Konzern davon ausgeht, dass die Offenlegung dieser Informationen den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Der Rückgang des Rückstellungsbetrages im Vergleich zum Vorjahr ist auf eine erfolgswirksame Rückstellungsauflösung aufgrund der Beendigung eines Gerichtsverfahrens zurückzuführen.

Die erwarteten Fälligkeiten der anderen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

in Mio. €	≤ 3 Monate	> 3 Monate – 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit
Rückstellungen für belastende Verträge	–	–	2	8	–
Rückstellungen für Restrukturierungen	–	6	9	–	–
Rückstellungen für Kreditzusagen	43	42	48	–	4
Sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft	2	39	2	2	40
Bausparspezifische Rückstellungen	1	420	326	168	–
Übrige Rückstellungen	39	125	67	117	25
Insgesamt	85	632	454	295	69

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

in Mio. €	≤ 3 Monate	> 3 Monate – 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit
Rückstellungen für belastende Verträge	–	–	1	6	–
Rückstellungen für Restrukturierungen	1	4	–	–	–
Rückstellungen für Kreditzusagen	4	5	37	–	5
Sonstige Rückstellungen im Kreditgeschäft	7	34	7	2	18
Bausparspezifische Rückstellungen	6	392	187	68	–
Übrige Rückstellungen	32	242	83	33	16
Insgesamt	50	677	315	109	39

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Beitragsüberträge	1.119	1.104
Deckungsrückstellung	55.167	52.634
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10.071	9.257
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	8.918	7.923
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	65	53
Pensionsfondstechnische und versicherungstechnische Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolicen getragen wird	8.785	7.958
Insgesamt	84.125	78.929

» 68
Versicherungstechnische Rückstellungen

ENTWICKLUNG DER BEITRAGSÜBERTRÄGE

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	1.104	1.071
Zuführungen	1.180	1.170
Entnahmen/Auflösungen	-1.172	-1.143
Veränderungen aus Währungsumrechnung	7	6
Stand zum 31.12.	1.119	1.104

ENTWICKLUNG DER DECKUNGSRÜCKSTELLUNG

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	52.634	49.724
Zuführungen	6.158	5.965
Zinsanteil	1.128	1.392
Entnahmen/Auflösungen	-4.753	-4.448
Veränderungen aus Währungsumrechnung	–	1
Stand zum 31.12.	55.167	52.634

Für Verträge mit einem Rechnungszins oberhalb des in der DeckRV definierten Referenzzinssatzes wurden Zinszusatzrückstellungen in Höhe von insgesamt 2.162 Mio. € gebildet (Vorjahr: 1.528 Mio. €).

ENTWICKLUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	9.257	8.352
Schadenaufwendungen	5.827	5.463
Abzüglich Zahlungen	-4.983	-4.622
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-30	64
Stand zum 31.12.	10.071	9.257

ENTWICKLUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

in Mio. €	2016	2015
Stand zum 01.01.	7.923	8.568
Zuführungen	670	665
Entnahmen/Auflösungen	-760	-797
Veränderungen aufgrund unrealisierter Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen (erfolgsneutral)	367	-626
Veränderungen aufgrund sonstiger Umbewertungen (erfolgswirksam)	718	99
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-	14
Stand zum 31.12.	8.918	7.923

Die Fälligkeiten der Versicherungstechnischen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

in Mio. €	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit
Beitragsüberträge	1.011	83	25	-
Deckungsrückstellung	1.654	6.983	12.129	34.401
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.297	3.273	2.501	-
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	701	646	754	6.817
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	43	15	3	4
Insgesamt	7.706	11.000	15.412	41.222

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

in Mio. €	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit
Beitragsüberträge	982	100	22	-
Deckungsrückstellung	1.977	6.658	12.292	31.707
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.855	3.090	2.312	-
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	739	607	854	5.723
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	39	9	3	2
Insgesamt	7.592	10.464	15.483	37.432

» 69
Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Passiva der Versicherungsunternehmen	4.948	4.255
Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	117	97
Abgegrenzte Schulden	1.048	977
Sonstige Verbindlichkeiten	139	356
Übrige sonstige Passiva	410	354
Insgesamt	6.662	6.039

Die sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Rückstellungen	329	327
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	303	297
Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	1	1
Andere Rückstellungen	25	29
Verbindlichkeiten und übrige sonstige Passiva	4.619	3.928
Nachrangkapital	76	73
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	85	78
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.523	1.574
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	239	230
Verbrieftete Verbindlichkeiten	30	29
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	613	524
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	105	70
Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften	1.345	775
Sonstige Verbindlichkeiten	197	198
Übrige sonstige Passiva	406	377
Insgesamt	4.948	4.255

» 70
Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.391	3.812
Genussrechtskapital	291	292
Sonstiges Hybridkapital	19	–
Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital	22	38
Insgesamt	4.723	4.142

Gezeichnetes Kapital

» 71
Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der DZ BANK besteht aus 1.884.591.900 auf den Namen lautenden Stückaktien ohne Nennwert mit einem rechnerischen Wert von jeweils 2,60 €. Davon werden 93.247.143 Stückaktien als eigene Aktien von der DZ BANK gehalten, die das gezeichnete Kapital um 243 Mio. € reduzieren. Alle übrigen ausgegebenen Aktien sind im Umlauf befindlich und voll einbezahlt. Im Geschäftsjahr wurde für das Jahr 2015 eine Dividende von 0,16 € je Aktie ausgeschüttet (Vorjahr: 0,15 €). Für das Geschäftsjahr wird der Hauptversammlung eine Dividende von 0,18 € je Aktie vorgeschlagen.

Zur Durchführung der Verschmelzung mit der WGZ BANK hat die Hauptversammlung im Geschäftsjahr die Erhöhung des gezeichneten Kapitals (Grundkapital) von 3.646.266.910,00 € um 1.253.672.030,00 € auf 4.899.938.940,00 € beschlossen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung erfolgte durch Ausgabe von Aktien der DZ BANK als Gegenleistung für die Übertragung des Reinvermögens der WGZ BANK auf die DZ BANK. Das Umtauschverhältnis richtet sich nach dem im Verschmelzungsvertrag festgelegten und von dem Verschmelzungsprüfer bestätigten Umtauschverhältnis von 1:67,5984. Die Kapitalerhöhung durch Ausgabe von 482.181.550 auf den Namen lautenden Stückaktien zu einem Wert je Aktie von 9,81 € wurde am 29. Juli 2016 in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen. Die neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2016 gewinnberechtigt.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der DZ BANK ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 31. Mai 2021 durch Ausgabe von neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 100 Mio. € zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre sowohl bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen als auch bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung zum Zwecke

- der Ausgabe von neuen Aktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft (Belegschaftsaktien),
- der Ausgabe von neuen Aktien an eine oder mehrere Genossenschaftsbanken, die – gemessen an ihrer Bilanzsumme – unterdurchschnittlich, das heißt in Höhe von weniger als 0,5 Prozent ihrer Bilanzsumme direkt und indirekt am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt sind (hierbei wird der Nominalwert von 2,60 € je DZ BANK Aktie zugrunde gelegt),
- des Erwerbs von Unternehmen, von Beteiligungen an Unternehmen oder zur Einräumung von Beteiligungen an der Gesellschaft zur Unterlegung strategischer Partnerschaften erfolgt.

Ferner ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen („Genehmigtes Kapital I“).

Des Weiteren ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 31. Mai 2021 durch Ausgabe von neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 300 Mio. € zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen („Genehmigtes Kapital II“).

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist um bis zu 49.976.173,00 € durch Ausgabe von bis zu 19.221.605 neuen, auf den Namen lautende Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien (Bezugsaktien) zur Erfüllung entsprechender Wandlungsrechte und/oder Wandlungspflichten der Gläubiger von Wandelanleihen beziehungsweise Teilschuldverschreibungen, die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der WGZ BANK vom 24. Juni 2014 bis zum 24. Juni 2015 gegen Bareinlage ausgegeben wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie die zur Wandlung berechtigten oder verpflichteten Gläubiger der vorgenannten Wandelanleihen beziehungsweise Teilschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen beziehungsweise ihre Verpflichtung zur Wandlung erfüllen und nicht eigene Aktien zur Erfüllung verwendet werden. Die Ausgabe der Bezugsaktien erfolgt stets im Verhältnis von einer Teilschuldverschreibung zu 7.435,824 Bezugsaktien.

Die Bezugsaktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie entstehen, am Gewinn des laufenden Geschäftsjahres sowie an Gewinnen der Vorjahre, soweit über deren Verwendung noch Beschluss zu fassen ist, teil.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Angaben zum Aktionärskreis

Der Anteil der genossenschaftlichen Unternehmen am Grundkapital beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 99,2 Prozent (Vorjahr: 99,5 Prozent). Zu den genossenschaftlichen Unternehmen zählen die Genossenschaften sowie andere juristische Personen und Handelsgesellschaften, die mit dem Genossenschaftswesen oder der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft wirtschaftlich verbunden sind.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Beträge enthalten, um die der rechnerische Wert der Aktien der DZ BANK bei deren Ausgabe überschritten wurde.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten das erwirtschaftete, nicht ausgeschüttete Kapital des Konzerns sowie die Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen nach Berücksichtigung latenter Steuern. Die kumulierten Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen belaufen sich auf -537 Mio. € (Vorjahr: -438 Mio. €).

Neubewertungsrücklage

In der Neubewertungsrücklage werden die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten unter Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der entsprechende Vermögenswert veräußert wird oder eine dauerhafte Wertminderung vorliegt. Zum Ende des Geschäftsjahres entfallen 136 Mio. € der Neubewertungsrücklage auf zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte (Vorjahr: keine).

Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen

In der Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen werden die auf den effektiven Teil einer Sicherungsbeziehung entfallenden Bewertungsergebnisse aus Sicherungsinstrumenten nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung resultiert aus der Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen von Tochterunternehmen in die Konzernberichtswährung Euro. Zudem enthält sie die Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe sowie die Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen.

Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile

Additional Tier1-Notes

Im Vorjahr begab die DZ BANK eine Tranche von additional Tier1-Notes (im Folgenden „AT1-Anleihen“) mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 750 Mio. €. Die emittierte Tranche an AT1-Anleihen wird im Unterposten Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ausgewiesen. Nach den Vorschriften des IAS 32 erfüllen die AT1-Anleihen den Charakter von Eigenkapital. Die AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Inhaberschuldverschreibungen der DZ BANK dar.

Sonstiges Hybridkapital

Durch die Verschmelzung der DZ BANK mit der WGZ BANK wurde die von der WGZ BANK ausgegebene Wandelanleihe von der DZ BANK als Rechtsnachfolger übernommen. Zum Zeitpunkt der Übernahme der Wandelanleihe sind die Bestandteile beim erstmaligen Ansatz der Wandelanleihe als finanzielle Verbindlichkeit oder als Eigenkapitalinstrument zu bestimmen. Der Teil der Wandelanleihe, der nicht als Eigenkapitalbestandteil zu klassifizieren ist, wird im Nachrangkapital ausgewiesen. Der Eigenkapitalbestandteil in Höhe von 98 Mio. € ist bis zur eventuellen Wandlung in Stückaktien der DZ BANK in den Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen im Eigenkapital des DZ BANK Konzerns enthalten. Weitere Angaben zur Wandlung in Stückaktien der DZ BANK sind im Abschnitt Bedingtes Kapital beschrieben.

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile beinhalten die nicht der DZ BANK zuzurechnenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen.

Veränderung des Eigenkapitals durch erfolgsneutrale Ergebniskomponenten

GESCHÄFTSJAHR 2016

in Mio. €	Erwirtschaftetes Eigenkapital	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Nicht beherrschende Anteile
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-	230	-	-	77
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	-	-	-4	-	1
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	-	-	-	15	2
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	-	-	-	-1	-
Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	-101	-	-	-	-20
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	-	-12	-	-	-2
Erfolgsneutrales Konzernergebnis	-101	218	-4	14	58

GESCHÄFTSJAHR 2015

	Erwirt- schaftetes Eigen- kapital	Neube- wertungs- rücklage	Rücklage aus Ab- sicherungen von Zahlungs- strömen	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Nicht beherr- schende Anteile
in Mio. €					
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-	-3	-	-	-41
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	-	-	9	-	-
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	-	-	-	34	9
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	-	-	-	-16	-
Gewinne und Verluste aus Neubewertun- gen von leistungsorientierten Plänen	92	-	-	-	15
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	-1	11	-	4	2
Erfolgsneutrales Konzernergebnis	91	8	9	22	-15

E Angaben zu Finanzinstrumenten und beizulegenden Zeitwerten

Die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten verteilen sich auf die in den folgenden Tabellen angegebenen Klassen gemäß IFRS 7 und Kategorien von Finanzinstrumenten gemäß IAS 39:

» 72
Klassen, Kategorien und beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
in Mio. €				
ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	172.583	172.583	151.065	151.065
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	49.639	49.639	49.768	49.768
Handelsaktiva	49.279	49.279	49.520	49.520
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	360	360	248	248
Fair Value Option	21.300	21.300	18.029	18.029
Forderungen an Kreditinstitute	2.053	2.053	1.666	1.666
Forderungen an Kunden	7.564	7.564	5.720	5.720
Finanzanlagen	11.013	11.013	9.923	9.923
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	670	670	720	720
Derivative Sicherungsinstrumente	1.549	1.549	416	416
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.549	1.549	416	416
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	100.095	100.095	82.852	82.852
Forderungen an Kunden	22	22	22	22
Finanzanlagen	50.527	50.527	38.764	38.764
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	49.546	49.546	44.066	44.066
ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	312.778	322.074	234.826	244.477
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	2.561	2.524	–	–
Finanzanlagen	2.561	2.524	–	–
Kredite und Forderungen	309.879	319.212	234.543	244.194
Barreserve	8.310	8.310	6.350	6.350
Forderungen an Kreditinstitute	105.150	107.118	78.937	80.829
Forderungen an Kunden	163.464	166.070	115.580	118.870
Finanzanlagen	4.919	5.031	4.450	4.525
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	27.041	31.664	28.483	33.131
Sonstige Aktiva	1.019	1.019	489	489
Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten	-24		254	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	338	338	283	283
Finanzanlagen	251	251	189	189
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	87	87	94	94
FINANZIERUNGS-LEASINGVERHÄLTNISSE	3.138	3.226	3.587	3.746
Forderungen an Kreditinstitute	14	15	80	105
Forderungen an Kunden	3.124	3.211	3.507	3.641

in Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN	84.494	84.494	70.632	70.632
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	50.309	50.309	45.447	45.447
Handelspassiva	50.204	50.204	45.377	45.377
Sonstige Passiva	105	105	70	70
Fair Value Option	30.311	30.311	23.544	23.544
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.178	5.178	3.561	3.561
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.544	11.544	7.009	7.009
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.957	12.957	12.216	12.216
Nachrangkapital	632	632	758	758
Derivative Sicherungsinstrumente	3.874	3.874	1.641	1.641
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3.874	3.874	1.641	1.641
ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN	307.811	311.873	230.508	235.022
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	124.102	126.145	93.666	95.647
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	112.881	114.839	89.177	91.378
Verbriefte Verbindlichkeiten	65.281	64.785	42.735	43.109
Sonstige Passiva	1.276	1.276	1.289	1.289
Nachrangkapital	4.091	4.828	3.384	3.599
Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten	180		257	
FINANZIERUNGS-LEASINGVERHÄLTNISS	-	-	27	32
Sonstige Passiva	-	-	27	32
FINANZGARANTIE UND KREDITZUSAGEN	254	254	148	148
Finanzgarantien	117	117	97	97
Sonstige Passiva	117	117	97	97
Kreditzusagen	137	137	51	51
Rückstellungen	137	137	51	51

Aufgrund der komplexen Struktur eines Bausparvertrags und der Vielzahl der Tarifkonstruktionen gibt es derzeit keine geeigneten Verfahren zur Berechnung eines beizulegenden Zeitwerts auf Einzelvertragsbasis entsprechend dem Abschlussstichtagsprinzip. Folglich können beizulegende Zeitwerte weder unter Zuhilfenahme von Vergleichsmarktwerten noch durch Anwendung von geeigneten Optionspreismodellen ermittelt werden. Für aus dem Bauspargeschäft resultierende finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten erfolgt die Angabe der beizulegenden Zeitwerte daher vereinfacht mit den Buchwerten. Auf Basis der Gesamtbanksteuerungsmodelle der Bausparkasse, die sowohl das kollektive als auch das außerkollektive Geschäft einschließlich Geldanlagen umfassen, ergab sich aus dem Bauspargeschäft im Berichtszeitraum insgesamt ein positiver Gesamtbetrag.

Die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen umfassen Forderungen und festverzinsliche Wertpapiere, die im Rahmen des Versicherungsgeschäfts zur kongruenten Deckung langfristiger Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen gehalten werden. Diese werden in der Regel über ihre gesamte Laufzeit gehalten, so dass sich zinsinduzierte Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts während der Laufzeit der finanziellen Vermögenswerte vollständig ausgleichen. Die beizulegenden Zeitwerte der Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen umfassen sowohl den Anteil der beizulegenden Zeitwerte, der den Versicherungsnehmern zuzurechnen ist, als auch den Anteil, der den Anteilseignern des DZ BANK Konzerns zufällt. Der den Anteilseignern des DZ BANK Konzerns zuzurechnende beizulegende Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten und unter den Krediten und Forderungen ausgewiesenen Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen beträgt 28.079 Mio. € (Vorjahr: 29.557 Mio. €). Der den Anteilseignern des DZ BANK Konzerns zuzurechnende beizulegende Zeitwert der als Finanzierungs-Leasingverhältnisse ausgewiesenen Sonstigen Passiva beträgt im Vorjahr 32 Mio. €. Im Geschäftsjahr weisen die Versicherungsunternehmen keine Finanzierungs-Leasingverhältnisse aus.

Zu Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente

Die Finanzanlagen und die Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen enthalten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen mit einem Buchwert in Höhe von 335 Mio. € (Vorjahr: 283 Mio. €), die zu Anschaffungskosten bewertet werden. Für diese Finanzanlagen liegen weder aktive Märkte vor, noch ist eine verlässliche Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte unter Verwendung einer Bewertungstechnik, die nicht auf Marktdaten basiert, möglich. Es existieren für diese Finanzinstrumente auch keine anderweitigen Märkte. Diese Finanzinstrumente sind im Wesentlichen dazu bestimmt, dem Geschäftsbetrieb des DZ BANK Konzerns dauerhaft zu dienen.

Im Geschäftsjahr wurden zu Anschaffungskosten bewertete Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und zu Anschaffungskosten bewerteter sonstiger Anteilsbesitz sowie Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen mit einem Buchwert in Höhe von 2 Mio. € verkauft. Daraus resultieren Veräußerungsgewinne in Höhe von 1 Mio. €.

Im Vorjahr wurden zu Anschaffungskosten bewertete Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstiger Anteilsbesitz mit einem Buchwert in Höhe von 13 Mio. € verkauft. Daraus resultierten Veräußerungsgewinne in Höhe von 62 Mio. €.

Bemessungshierarchie

Die Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts werden wie folgt in die Stufen der Bemessungshierarchie eingeordnet:

» 73
Vermögenswerte und Schulden, die in der Bilanz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden

in Mio. €	Stufe 1		Stufe 2		Stufe 3	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	63.503	63.317	112.610	92.001	6.663	4.556
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	1.824	1.666	229	–
Forderungen an Kunden	–	–	6.507	5.159	1.079	583
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	1.549	416	–	–
Handelsaktiva	1.217	1.172	47.621	48.074	441	274
Finanzanlagen	14.168	18.372	45.480	28.968	1.892	1.347
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	48.092	43.752	9.609	7.628	2.886	2.352
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	26	21	20	90	136	–
davon: nicht wiederkehrende Bemessung	26	21	–	74	–	–
Schulden	1.170	2.769	90.865	74.078	2.393	2.402
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	5.177	3.561	1	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	11.544	7.009	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	492	2.153	11.951	9.562	514	501
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	3.874	1.641	–	–
Handelspassiva	647	602	48.047	42.875	1.510	1.900
Finanzpassiva aus fondsgebundenen Versicherungsverträgen	–	– ¹	9.909	8.597 ¹	–	–
Sonstige Passiva	6	14	80	55	19	1
Nachrangkapital	–	–	283	758	349	–
Zur Veräußerung gehaltene Schulden	25	–	–	20	–	–

¹ Betrag angepasst aufgrund der nachträglichen Umgliederung des Vorjahreswerts der Finanzpassiva aus fondsgebundenen Versicherungsverträgen von Stufe 1 nach Stufe 2 in Höhe von 5.402 Mio. € wegen einer aktualisierten Einschätzung hinsichtlich des Inputfaktors (Fondspreise)

In den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ist Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolicen enthalten. Diesem stehen auf der Passivseite die zum bei-

zulegenden Zeitwert bewerteten Finanzpassiva aus fondsgebundenen Versicherungsverträgen gegenüber, die sich aus pensionsfondstechnischen und versicherungstechnischen Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird, sowie Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften, die der fondsgebundenen Lebensversicherung zuzuordnen sind, zusammensetzen.

Umgruppierungen

Bei am Abschlussstichtag gehaltenen Vermögenswerten und Schulden, deren beizulegender Zeitwert auf wiederkehrender Basis bemessen wird, wurden die folgenden Umgruppierungen zwischen Stufe 1 und 2 der Bemessungshierarchie vorgenommen:

in Mio. €	Umgruppierungen von Stufe 1 nach Stufe 2		Umgruppierungen von Stufe 2 nach Stufe 1	
	2016	2015	2016	2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	4.303	821	1.025	5.880
Handelsaktiva	6	–	15	17
Finanzanlagen	4.193	666	755	5.579
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	104	155	255	284
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Schulden	–	–	4	1
Handelspassiva	–	–	4	1

Die Umgruppierungen von Stufe 1 nach Stufe 2 resultieren aus dem Wegfall von in aktiven Märkten notierten Preisen für identische Vermögenswerte. Die Umgruppierungen von Stufe 2 nach Stufe 1 ergeben sich aus dem Auftreten von in aktiven Märkten notierten Preisen, die zuvor nicht vorlagen.

Umgruppierungen zwischen den Stufen 1 und 2 finden zu dem Zeitpunkt statt, an dem sich eine Veränderung der Inputfaktoren ergibt, die für die Einordnung in die Bemessungshierarchie relevant ist.

Bemessungen der beizulegenden Zeitwerte der Stufen 2 und 3

Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts der Stufe 2 der Bemessungshierarchie werden entweder anhand von Kursen aktiver Märkte für vergleichbare, aber nicht identische Finanzinstrumente ermittelt oder anhand von Bewertungstechniken bestimmt, die überwiegend auf beobachtbaren Marktdaten basieren. Bei Anwendung von Bewertungstechniken, in die ein wesentlicher nicht am Markt beobachtbarer Bewertungsparameter einfließt, erfolgt die Zuordnung der Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts zur Stufe 3 der Bemessungshierarchie.

Im Allgemeinen erfolgt die modellhafte Bemessung des beizulegenden Zeitwerts bei Finanzinstrumenten ohne Optionalitäten durch die Verwendung von Discounted-Cashflow-Verfahren (DCF-Verfahren). Die Modellierung der Zinskurven erfolgt dabei in einem sogenannten Multikurven-Ansatz mit besicherungsabhängiger Diskontierung. Einfache optionsbehaftete Produkte werden unter Anwendung marktüblicher Standardmodelle bewertet, bei denen die Inputparameter an aktiven Märkten quotiert werden. Für strukturierte optionsbehaftete Produkte werden differenzierte marktgängige Bewertungstechniken verwendet. Bewertungsmodelle werden an verfügbare Marktpreise kalibriert und regelmäßig validiert. Beizulegende Zeitwerte strukturierter Produkte können durch Zerlegung dieser Produkte in ihre Bestandteile bemessen werden und folgen in ihrer Bewertungslogik den nachfolgend aufgeführten Bewertungsansätzen.

Die Basis der Bewertung bildet die Auswahl adäquater Zinskurven, welche instrumentenspezifisch vorgenommen wird. Dabei erfolgt die Bewertung grundsätzlich über eine differenzierte Auswahl an tenorspezifischen Forwardkurven zur Projektion variabler Zahlungsströme. Die Diskontierung erfolgt abhängig von der Art und Besicherung des Geschäfts über Zinskurven, die dabei unter Verwendung relevanter Spreads adjustiert werden können.

Die Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts von Forderungen sowie nicht strukturierten Anleihen erfolgt im DZ BANK Konzern anhand von Kursen aktiver Märkte, soweit diese Kurse vorhanden sind. Ansonsten kommen im Wesentlichen Discounted-Cashflow-Verfahren zum Einsatz. Die Diskontierung erfolgt dabei über Zinskurven, die um die relevanten liquiditäts- beziehungsweise bonitätskosteninduzierten Komponenten durch die Verwendung von Spreads adjustiert werden. Für auf den Namen lautende Verbindlichkeiten, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden dabei produktabhängige Fundingspreads auf die Zinskurve aufgeschlagen. Bei gehaltenen Schuldtiteln erfolgt eine Adjustierung mit emittentenspezifischen Spreads oder abgeleiteten Spreads resultierend aus internen und externen Ratings pro Sektor und Risikoklasse des Emittenten. Bei Darlehen werden im Rahmen der Anwendung des Discounted-Cashflow-Verfahrens kundenadäquate Spreads sowie Besicherungsquoten berücksichtigt. Sollten im Rahmen der Bewertung wesentliche nicht beobachtbare Inputfaktoren verwendet werden und keine Hinweise vorliegen, dass der Transaktionspreis nicht mit dem beizulegenden Zeitwert im Zeitpunkt der erstmaligen bilanziellen Erfassung identisch ist, wird das Bewertungsverfahren so kalibriert, dass der Modellpreis beim Zugang dem Transaktionspreis entspricht. In Ausnahmefällen stellt der Nominalbetrag des betreffenden Fremdkapitalinstruments den besten Hinweis auf den beizulegenden Zeitwert dar.

Bei Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie von nach IAS 39 bilanzierten Beteiligungen kommen sowohl Ertragswertverfahren als auch die Beobachtung von Transaktionspreisen zur Anwendung. Der beste Hinweis auf den beizulegenden Zeitwert sind die Transaktionspreise für Geschäfts-

vorfälle der jeweiligen Finanzinstrumente in der jüngeren Vergangenheit, sofern diese vorliegen. Ansonsten erfolgt die Bewertung anhand von Ertragswertverfahren, bei denen auf Planwerten und Schätzungen basierende künftige Erträge beziehungsweise Dividenden unter Anwendung von Risikoparametern diskontiert werden.

Bei Investmentanteilen erfolgen Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts mit dem anteiligen Nettovermögen (Net Asset Value). Dieses wird um ausstehende erfolgsabhängige Vergütungsansprüche des Fondsmanagements bereinigt, zusätzlich werden Risikoabschläge berücksichtigt. Einige Beteiligungen an Immobiliengesellschaften werden ebenfalls mit dem Net Asset Value bewertet. Hierbei werden von den beizulegenden Zeitwerten der in der Gesellschaft gebundenen Immobilien die Schulden subtrahiert und das Ergebnis mit der Beteiligungsquote multipliziert. Die Preise von Anteilen an konzernextern verwalteten Immobilienfonds werden von der betreffenden Kapitalanlagegesellschaft übernommen. Als Bewertungsgrundlage dient bei diesen regelmäßig der Net Asset Value. Darüber hinaus werden für Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts Wertgutachten, Verkehrswerte und Preise von Transaktionen der jüngeren Vergangenheit herangezogen.

Die Bemessung des beizulegenden Zeitwerts standardisierter und an liquiden Märkten gehandelter Derivate erfolgt auf Basis beobachtbarer Börsenpreise beziehungsweise über branchenübliche Standardmodelle unter Verwendung beobachtbarer Inputparameter. Zur Diskontierung der Cashflows der derivativen Finanzinstrumente wird bei Verwendung der Zinskurven zwischen unbesicherten und besicherten Geschäften differenziert. Weiterhin erfordert die Ermittlung der Modellpreise für optionsbehaftete Produkte meist den Input von weiteren Marktdaten (zum Beispiel Volatilitäten, Korrelationen, Repo-Raten). Diese werden soweit wie möglich implizit aus verfügbaren Marktquotierungen abgeleitet. Sind keine oder nur in geringem Umfang beobachtbare Marktquotierungen verfügbar, nutzt die DZ BANK marktübliche Inter- und Extrapolationsmechanismen, historische Zeitreihenanalyse sowie Fundamentaldatenanalyse wirtschaftlicher Einflussgrößen beziehungsweise in geringem Umfang Expertenschätzungen zur Generierung der benötigten Inputfaktoren.

Die Bemessung des beizulegenden Zeitwerts derivativer OTC-Finanzinstrumente erfolgt unter Anwendung des Wahlrechts in IFRS 13.48, welcher eine Bemessung des Nettogesamt Betrags ermöglicht. Im ersten Schritt wird dabei das Kreditrisiko nicht berücksichtigt. Kontrahentenspezifische Kreditrisiken aus derivativen Finanzinstrumenten werden nach Feststellung des Nettogesamt Betrags erfasst. Dabei werden zur Berücksichtigung des Kreditrisikos der Gegenparteien Credit Valuation Adjustments (CVA) und zur Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos Debt Valuation Adjustments (DVA) gebildet. Diese werden unter zusätzlicher Berücksichtigung von Sicherheiten unter Verwendung von laufzeitadäquaten marktimpliziten beziehungsweise internen Parametern für die Ausfallwahrscheinlichkeit und die Verlustquote errechnet.

Zusätzlich werden bei der Bewertung von Finanzinstrumenten in geeignetem Umfang Bewertungsanpassungen vorgenommen. Dies beinhaltet unter anderem Modellreserven, durch welche Unsicherheiten in Modellwahl, Modellparametern und Modellkonfiguration berücksichtigt werden. Der DZ BANK Konzern bewertet Finanzinstrumente grundsätzlich zu dem Preis, zu dem diese Finanzinstrumente am Markt realisiert werden können. Sollte die Bewertung der Einzelinstrumente hiervon abweichen (zum Beispiel bei einer Bewertung zu Mittelkursen), so werden unter Inanspruchnahme des Wahlrechts gemäß IFRS 13.48 die Geld-Brief-Anpassungen (sogenannte Closeout-Reserven) auf Nettobasis ermittelt. Eine Bewertung erfolgt unter Berücksichtigung der Refinanzierungsstruktur des Konzerns.

In folgender Übersicht werden für Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts der Stufe 3 der Bemessungshierarchie die Bewertungstechniken, die nicht beobachtbaren Inputfaktoren sowie deren Spannen zum Bilanzstichtag dargestellt.

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizule- gender Zeitwert in Mio.€	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren	Spanne der nicht beobachtbaren Inputfaktoren in Prozent
Forderungen an Kreditinstitute	Darlehen	229	DCF-Verfahren	Credit Spread	0,5 bis 4,5
		525	DCF-Verfahren	Credit Spread	0 bis 8,3
		17	DCF-Verfahren	Interner Spread	1,5 bis 9,5
Forderungen an Kunden	Darlehen	515	DCF-Verfahren	BVAL-Preis Adjustment	-1,9 bis 1,3
	Forderungen aus stillen Beteiligungen	22	DCF-Verfahren	Interne Ratings	6,7
Handelsaktiva	ABS	58	DCF-Verfahren	Credit Spread	0,7 bis 150
	Inhaberwertpapiere	30	DCF-Verfahren	BVAL-Preis Adjustment	-0,2 bis 0,6
	Aktien-/Commodity- Basketprodukte	12	Local Volatility Model	Korrelation der berücksichtigten Risikofaktoren	-14,6 bis 82,8
	Collateralized Loan Obligations	3	Gauss Copula Model	Liquiditäts-Spread	0
	Syndizierte Kredite	66	DCF-Verfahren	Credit Spread	0 bis 8,3
	Forderungen an ausgefallene Emittenten	7	DCF-Verfahren	Recovery-Quote	–
Finanzanlagen	Namenspapiere	265	DCF-Verfahren	BVAL-Preis Adjustment	-1,9 bis 1,3
	Inhaberwertpapiere	752	DCF-Verfahren	BVAL-Preis Adjustment	-0,2 bis 0,6
	Inhaberwertpapiere	62	DCF-Verfahren	Recovery-Quote	88,7 bis 132,5
	VR Circle	515	DCF-Verfahren	Mehrjährige Ausfall- wahrscheinlichkeiten	0 bis 100
	Anteile an Tochterunternehmen	12	Ertragswert- verfahren	Künftige Erträge	–
Finanzanlagen	Anteile an Tochterunternehmen	30	DCF-Verfahren	Prämissen für Bemessung von Risikoparametern	9,3 bis 14,6
	Sonstiger Anteilsbesitz	311	DCF-Verfahren	Prämissen für Bemessung von Risikoparametern	9,3 bis 14,6
	Investmentanteile	44	Net Asset Value	–	–
	ABS	166	DCF-Verfahren	Credit Spread	0,3 bis 150

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizule- gender Zeitwert in Mio. €	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren	Spanne der nicht beobachtbaren Inputfaktoren in Prozent
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	Anteile an Tochterunter- nehmen, assoziierten und Gemeinschaftsunternehmen, Immobilienfonds, Genussschei- ne und sonstige Beteiligungen	1.427	Net Asset Value	–	–
	Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, sonstige Beteiligungen und Genossenschaftsanteile	354	Ertragswert- verfahren	Künftige Erträge	6,1 bis 11,3
		360	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
	ABS	86	DCF-Verfahren	Credit Spread	6,0 bis 6,1
	Genussscheine, stille Beteiligun- gen, Schuldscheindarlehen und Kreditzusagen	262	DCF-Verfahren	Credit Spread	0 bis 6,1
	Festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Genossenschafts- anteile	396	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	Sonstiger Anteilsbesitz	136	Ertragswert- verfahren	Künftige Erträge	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Darlehen	1	DCF-Verfahren	Credit Spread	0,5 bis 4,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	VR Circle	514	DCF-Verfahren	Mehrjährige Ausfall- wahrscheinlichkeiten	0 bis 100
Handelspassiva	Aktien-/Commodity- Basketprodukte	1.486	Local Volatility Model	Korrelation der berücksichtigten Risikofaktoren	-14,6 bis 82,8
	Basket-Credit-Linked Notes	22	Gauss Copula Model	Kredit-Korrelation	55 bis 80
	Produkte mit Quanto- Korrelation	2	Libor Market Model	Korrelation der berücksichtigten Risikofaktoren	32,7 bis 70
Sonstige Passiva	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	18	DCF-Verfahren	Korrelation der berücksichtigten Risikofaktoren	41,8
Nachrangkapital	Darlehen	349	DCF-Verfahren	Credit Spread	0,5 bis 4,5

In folgender Übersicht werden für Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts der Stufe 3 der Bemessungshierarchie die Bewertungstechniken, die nicht beobachtbaren Inputfaktoren sowie deren Spannen zum 31. Dezember 2015 dargestellt.

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizule- gender Zeitwert in Mio.€	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren	Spanne der nicht beobachtbaren Inputfaktoren in Prozent
Forderungen an Kunden		522	DCF-Verfahren	Credit Spread	0 bis 8,3
	Darlehen	39	DCF-Verfahren	Interner Spread	1,5 bis 9,5
	Forderungen aus stillen Beteiligungen	22	DCF-Verfahren	Interne Ratings	6,7
	ABS	78	DCF-Verfahren	Credit Spread	0 bis 370
Handelsaktiva	Inhaberwertpapiere	170	DCF-Verfahren	BVAL-Preis Adjustment	-0,5 bis 155
	Aktien-/Commodity- Basketprodukte	16	Local Volatility Model	Korrelation der berücksichtigten Risikofaktoren	0 bis 87
	Collateralized Loan Obligations	3	Gauss Copula Model	Liquiditäts-Spread	0
	Syndizierte Kredite	1	DCF-Verfahren	Credit Spread	-
	Forderungen an ausgefallene Emittenten	6	DCF-Verfahren	Recovery-Quote	0 bis 60
		378	DCF-Verfahren	BVAL-Preis Adjustment	-0,5 bis 155
	Inhaberwertpapiere	25	DCF-Verfahren	Recovery-Quote	50
Finanzanlagen	VR Circle	501	DCF-Verfahren	Mehrjährige Ausfall- wahrscheinlichkeiten	0 bis 100
		107	Ertragswert- verfahren	Künftige Erträge	-
	Anteile an Tochterunternehmen	51	DCF-Verfahren	Prämien für Bemessung von Risikoparametern	9 bis 14,3
		222	Ertragswert- verfahren	Künftige Erträge	-
	Sonstiger Anteilsbesitz	16	DCF-Verfahren	Prämien für Bemessung von Risikoparametern	9 bis 14,3
	Investmentanteile	42	Net Asset Value	-	-
	ABS	5	DCF-Verfahren	Credit Spread	0 bis 370

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizule- gender Zeitwert in Mio. €	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren	Spanne der nicht beobachtbaren Inputfaktoren in Prozent
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	Anteile an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, Immobilienfonds, Genussscheine und sonstige Beteiligungen	1.279	Net Asset Value	–	–
	Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Investmentanteile, Genuss- scheine, Beteiligungen	233	Ertragswert- verfahren	Künftige Erträge	6,4 bis 7,5
		465	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
	ABS	83	DCF-Verfahren	Credit Spread	6,0 bis 6,1
	Genussscheine, stille Beteiligungen, Schuldscheindarlehen	151	DCF-Verfahren	Credit Spread	3,0 bis 5,4
	Festverzinsliche Wertpapiere, Aktien	140	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	VR Circle	501	DCF-Verfahren	Mehrjährige Ausfallwahrschein- lichkeiten	0 bis 100
Handelspassiva	Aktien-/Commodity- Basketprodukte	1.853	Local Volatility Model	Korrelation der berücksichtigten Risikofaktoren	0 bis 87
	Basket-Credit-Linked Notes	35	Gauss Copula Model	Kredit-Korrelation	0
	Produkte mit Quanto-Korrelation	12	Libor Market Model	Liquiditäts-Spread	-11 bis 76
Sonstige Passiva	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	Von externen Kurslieferanten gestellte Kurse	–	–

Beizulegende Zeitwerte der Stufe 3 der Bemessungshierarchie

Die wiederkehrenden Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten in Stufe 3 der Bemessungshierarchie entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte
Stand zum 01.01.2015	–	595	385	2.686	2.075	8
Zugänge (Käufe)	–	20	37	175	657	–
Umgruppierungen	–	–	36	-1.468	162	–
von Stufe 3 nach Stufe 1 und 2	–	–	-26	-1.517	-49	–
von Stufe 1 und 2 nach Stufe 3	–	–	62	49	211	–
Abgänge (Verkäufe)	–	-86	-153	-214	-411	-8
Veränderungen aus der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert	–	54	-31	111	53	–
erfolgswirksam	–	4	-31	-34	-16	-39
erfolgsneutral	–	50	–	145	69	39
Sonstige Veränderungen	–	–	–	57	-184	–
Stand zum 31.12.2015	–	583	274	1.347	2.352	–
Zugänge (Käufe)	–	202	220	61	741	–
Umgruppierungen	230	282	-1	-158	-15	–
von Stufe 3 nach Stufe 2	–	–	-97	-258	-261	–
von Stufe 1 und 2 nach Stufe 3	230	282	96	100	246	–
Abgänge (Verkäufe)	–	-39	-60	-120	-386	–
Veränderungen aus der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert	-1	7	4	147	175	–
erfolgswirksam	-1	7	4	21	-8	–
erfolgsneutral	–	–	–	126	183	–
Sonstige Veränderungen	–	44	4	615	19	136
Stand zum 31.12.2016	229	1.079	441	1.892	2.886	136

Die wiederkehrenden Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts von Schulden in Stufe 3 der Bemessungshierarchie entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Handelspassiva	Sonstige Passiva
Stand zum 01.01.2015	9	6	611	4.930	1
Umgruppierungen	-9	-6	-51	-2.429	-
von Stufe 3 nach Stufe 2	-9	-6	-51	-2.485	-
von Stufe 2 nach Stufe 3	-	-	-	56	-
Abgänge (Rückzahlungen)	-	-	-55	-555	-
Veränderungen aus der erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert	-	-	-2	-46	-
Sonstige Veränderungen	-	-	-2	-	-
Stand zum 31.12.2015	-	-	501	1.900	1
Zugänge (Emissionen)	-	-	13	101	-
Umgruppierungen	1	-	-	-488	18
von Stufe 3 nach Stufe 2	-	-	-	-522	-
von Stufe 2 nach Stufe 3	1	-	-	34	18
Abgänge (Rückzahlungen)	-	-	-	-	-1
Veränderungen aus der erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert	-	-	-	-3	1
Stand zum 31.12.2016	1	-	514	1.510	19

Die sonstigen Veränderungen umfassen insbesondere fusionsbedingte Effekte sowie Konsolidierungskreisänderungen und Veränderungen aus Währungsumrechnung.

Im Rahmen der Prozesse zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts wird zu jedem Abschlussstichtag und somit mindestens halbjährlich überprüft, inwieweit die für die Bewertung eingesetzten Bewertungsmethoden üblich und die in die Bewertungsmethoden eingehenden Bewertungsparameter am Markt beobachtbar sind. Auf Grundlage dieser Prüfung wird eine Zuordnung der Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts zu den Stufen der Bemessungshierarchie vorgenommen. Umgruppierungen zwischen den Stufen finden im DZ BANK Konzern grundsätzlich statt, sobald sich eine Veränderung der Inputfaktoren ergibt, die für die Einordnung in die Bemessungshierarchie relevant ist.

Bei allen Schritten dieser Prozesse werden sowohl die Besonderheiten der jeweiligen Produktart als auch die Besonderheiten in den Geschäftsmodellen der Konzernunternehmen berücksichtigt.

Umgruppierungen von Stufe 1 und 2 in Stufe 3 der Bemessungshierarchie der beizulegenden Zeitwerte resultieren im Geschäftsjahr im Wesentlichen aus einer geänderten Einschätzung der Marktbeobachtbarkeit der in die Bewertungsverfahren eingehenden Bewertungsparameter. Umgruppierungen von Stufe 3 nach Stufe 1 und 2 beruhen grundsätzlich auf dem Vorliegen eines an einem aktiven Markt notierten Preises beziehungsweise auf dem Einbezug von wesentlichen am Markt beobachtbaren Bewertungsparametern in das Bewertungsverfahren.

Der Betrag der erfolgswirksam erfassten Gewinne und Verluste aus wiederkehrenden Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts in Stufe 3 von am Abschlussstichtag im Bestand befindlichen Vermögenswerten und Schulden beträgt im Berichtszeitraum 6 Mio. € (Vorjahr: 55 Mio. €). Die Gewinne und Verluste sind in den Posten Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Handelsergebnis, Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten sowie Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen enthalten.

Bei in Stufe 3 ausgewiesenen beizulegenden Zeitwerten von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen würde eine Verschlechterung der Bonität beziehungsweise ein Anstieg des Zinsniveaus um 1 Prozent zu einem erfolgswirksam zu erfassenden Verlust in Höhe von -16 Mio. € (Vorjahr: -5 Mio. €) und zu einem erfolgsneutral zu erfassenden Verlust in Höhe von -15 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) führen. Die gleiche Veränderung würde bei den beizulegenden Zeitwerten von Forderungen an Kunden zu einem erfolgswirksam zu erfassenden Verlust in Höhe von -13 Mio. € (Vorjahr: -15 Mio. €) und zu einem erfolgsneutral zu erfassenden Verlust in Höhe von -1 Mio. € (Vorjahr: -1 Mio. €) führen. Bei beizulegenden Zeitwerten von Finanzanlagen würde sich ein erfolgsneutral zu erfassender Verlust in Höhe von -3 Mio. € (Vorjahr: -5 Mio. €) und ein erfolgswirksam zu erfassender Verlust in Höhe von -12 Mio. € ergeben. Im Vorjahr wäre kein erfolgswirksames Ergebnis entstanden. Innerhalb der Handelsaktiva würden sich zum Berichtszeitpunkt erfolgswirksame Veränderungen in Höhe von -4 Mio. € und bei den Sonstigen Passiva erfolgswirksame Veränderungen in Höhe von -1 Mio. € ergeben. Im Vorjahr wäre bei beiden Posten keine erfolgswirksame Veränderung eingetreten.

Die beizulegenden Zeitwerte von in den Handelsaktiva, Finanzanlagen, Forderungen gegenüber Kreditinstituten und Forderungen gegenüber Kunden ausgewiesenen Schuldverschreibungen ohne liquide Märkte werden mit einem individuellen Adjustmentspread versehen oder mit am Markt beobachtbaren Bloomberg Valuation Service-Preisen bewertet. Eine Erhöhung der jeweiligen Bewertungsannahmen um 1 Prozent würde ceteris paribus zu einem erfolgswirksam zu erfassenden Verlust in Höhe von -76 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €) und einem erfolgsneutral zu erfassenden Gewinn in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) führen. Für im Nachrangkapital ausgewiesene nachrangige Anleihen, deren Spread-Komponenten nicht mehr am Markt beobachtbar sind, werden historische Spreads verwendet. Die Erhöhung des Spreads um 1 Prozent würde ceteris paribus zu einer Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts in Höhe von 4 Mio. € führen, die erfolgswirksam zu erfassen wäre. Im Vorjahr hätten sich keine signifikanten Veränderungen ergeben.

Für einen Teil der in den Handelsaktiva und in den Finanzanlagen ausgewiesenen ABS könnte sich eine signifikante Veränderung der beizulegenden Zeitwerte aus einer alternativen Annahme für die verwendeten Credit Spreads ergeben. Eine Erhöhung dieser um 1 Prozent würde ceteris paribus zu einem erfolgswirksam zu erfassenden Verlust in Höhe von -3 Mio. € (Vorjahr: -4 Mio. €) und zu einem erfolgsneutral zu erfassenden Verlust in Höhe von -1 Mio. € führen. Im Vorjahr hätten sich keine erfolgsneutralen Veränderungen ergeben.

Für einen Teil der in den Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesenen Commodities wird bei der Bewertung auf die Benchmark-Volatilität eines vergleichbaren Underlyings zurückgegriffen. Eine Erhöhung der Volatilität um 1 Prozent würde ceteris paribus zu einem erfolgswirksam zu erfassenden Gewinn in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) führen.

Bei beizulegenden Zeitwerten von in den Handelsaktiva sowie in den Handelspassiva ausgewiesenen Aktien-/Commodity-Basketprodukten würde eine Erhöhung der Korrelationsannahmen um 1 Prozent ceteris paribus zu einem erfolgswirksam zu erfassenden Gewinn in Höhe von 40 Mio. € führen. Im Vorjahr hätten sich keine signifikanten Auswirkungen ergeben.

Die genannten Veränderungen der Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts werden durch eine Sensitivitätsanalyse ermittelt. Notleidende Engagements sowie strategisch gehaltene Anteile an Tochterunternehmen und sonstiger Anteilsbesitz, deren beizulegender Zeitwert anhand von Ertragswertverfahren ermittelt wird, werden nicht in die Sensitivitätsbetrachtung einbezogen.

Ausübung des Wahlrechts gemäß IFRS 13.48

Von der gemäß IFRS 13.48 bestehenden Möglichkeit zur Bewertung einer Nettorisikoposition für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten wird für Portfolios Gebrauch gemacht, deren Komponenten in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Handelsaktiva, Finanzanlagen und Handelspassiva ausgewiesen werden.

Bemessungshierarchie

Die wiederkehrenden Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten und Schulden, die in der Bilanz nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden, aber für die der beizulegende Zeitwert angegeben wird, werden wie folgt in die Stufen der Bemessungshierarchie eingeordnet:

» 74
Vermögenswerte und Schulden, die in der Bilanz nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden

in Mio. €	Stufe 1		Stufe 2		Stufe 3	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	52	62	173.296	142.193	152.141	105.316
Barreserve	–	–	8.310	6.350	–	–
Forderungen an Kreditinstitute	33	21	104.249	78.605	2.836	2.203
Forderungen an Kunden	–	–	33.102	21.112	132.968	97.758
Finanzanlagen	–	–	6.459	3.110	1.347	1.604
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	19	41	20.630	32.559	14.188	3.377
Sachanlagen und Investment Property	–	–	164	170	165	172
Sonstige Aktiva	–	–	382	287	637	202
Schulden	617	2.080	250.234	179.618	61.276	53.472
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	124.364	94.195	1.781	1.452
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	60.883	40.426	53.956	50.952
Verbriefte Verbindlichkeiten	617	2.080	64.168	41.029	–	–
Rückstellungen	–	–	5	3	132	48
Sonstige Passiva	–	–	231	396	1.162	990
Nachrangkapital	–	–	583	3.569	4.245	30

Bemessungen der beizulegenden Zeitwerte der Stufen 2 und 3

Die Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts für Vermögenswerte und Schulden, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, entsprechen im Wesentlichen den Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts für Vermögenswerte und Schulden, die in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

In folgender Übersicht werden für Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts der Stufe 3 der Bemessungshierarchie die Bewertungstechniken sowie die in diese einfließenden nicht beobachtbaren Inputfaktoren zum Bilanzstichtag dargestellt.

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizulegender Zeitwert in Mio.€	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren	
Forderungen an Kreditinstitute	Darlehen	2.836	DCF-Verfahren	Credit Spread, Recovery-Quote	
Forderungen an Kunden	Darlehen	95.703	DCF-Verfahren	Credit Spread, Recovery-Quote, Interner Spread	
	Baudarlehen	37.091	Fortgeführte An- schaffungskosten	–	
	Gesellschafterdarlehen, Genussrechte, stille Beteiligungen	174	DCF-Verfahren	Interne Ratings	
Finanzanlagen	Mortgage-Backed-Securities	728	DCF-Verfahren	Duration	
	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an Tochter- unternehmen, Gemeinschaftsunterneh- men und assoziierten Unternehmen	239	Anschaffungskosten	–	
	ABS	246	DCF-Verfahren	Credit Spread	
	Collateralized Loan Obligations	8	DCF-Verfahren	Liquiditäts-Spread	
	Inhaberwertpapiere	83	DCF-Verfahren	Credit Spread	
	RMBS/CMBS	36	DCF-Verfahren	Liquiditäts-Spread	
	Genussscheine	7	DCF-Verfahren	Erwartete Zahlungs- ströme	
			2.982	DCF-Verfahren	Zukünftige Mieten, Vergleichspreise am Markt
		Investment Property	104	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	Darlehen und Bankkonten	10.937	DCF-Verfahren	Zinsstrukturkurven, Credit Spread
Darlehen		78	Anschaffungskosten	Nominalwerte	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an Tochter- unternehmen, Gemeinschaftsunter- nehmen und assoziierten Unternehmen		87	Anschaffungskosten	–	
Sachanlagen	Investment Property	165	Gutachten	–	
Sonstige Aktiva	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	569	Anschaffungskosten	Nominalwerte	
	Sonstige Forderungen	68	Anschaffungskosten	Nominalwerte	

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizulegender Zeitwert in Mio. €	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Bauspareinlagen	1.612	Fortgeführte An- schaffungskosten	–
	Darlehen	169	DCF-Verfahren	Credit Spread
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Bauspareinlagen	53.770	Fortgeführte An- schaffungskosten	–
	Darlehen	179	DCF-Verfahren	Credit Spread
	Überzahlungen zu Ratenkrediten	7	Anschaffungskosten	–
Rückstellungen	Rückstellungen für Kreditzusagen	132	Erfüllungsbetrag	–
	Darlehen	446	Anschaffungskosten	Nominalwerte
Sonstige Passiva	Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungs- geschäften	221	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Sonstige Verbindlichkeiten	274	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Fremdanteile Spezialfonds	89	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Namenspapiere	29	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	103	Erfüllungsbetrag	–
Nachrangkapital	Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital	13	Rückzahlungs- betrag	–
	Inhaberwertpapiere	4.232	DCF-Verfahren	Credit Spread

In folgender Übersicht werden für Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts der Stufe 3 der Bemessungshierarchie die Bewertungstechniken sowie die in diese einfließenden nicht beobachtbaren Inputfaktoren zum 31. Dezember 2015 dargestellt.

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizulegender Zeitwert in Mio.€	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren
Forderungen an Kreditinstitute	Darlehen	2.203	DCF-Verfahren	Credit Spread, Recovery-Quote
Forderungen an Kunden	Darlehen	64.128	DCF-Verfahren	Credit Spread, Recovery-Quote, Interner Spread
	Baudarlehen	33.492	Fortgeführte An- schaffungskosten	–
	Gesellschafterdarlehen, Genussrechte, stille Beteiligungen	138	DCF-Verfahren	Interne Ratings
	Mortgage-Backed-Securities	876	DCF-Verfahren	Duration
Finanzanlagen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an Tochter- unternehmen, Gemeinschaftsunterneh- men und assoziierten Unternehmen	189	Anschaffungskosten	–
	ABS	316	DCF-Verfahren	Credit Spread
	Collateralized Loan Obligations	74	DCF-Verfahren	Liquiditäts-Spread
	Inhaberwertpapiere	104	DCF-Verfahren	Credit Spread
	RMBS/CMBS	38	DCF-Verfahren	Liquiditäts-Spread
	Genussscheine	7	DCF-Verfahren	Erwartete Zahlungs- ströme
			2.642	DCF-Verfahren
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	Investment Property	110	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Darlehen und Bankkonten	441	DCF-Verfahren	Zinsstrukturkurven, Credit Spread
	Darlehen	90	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an Tochter- unternehmen, Gemeinschaftsunter- nehmen und assoziierten Unternehmen	94	Anschaffungskosten	–
Sachanlagen	Investment Property	172	Gutachten	–
Sonstige Aktiva	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	142	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Sonstige Forderungen	60	Anschaffungskosten	Nominalwerte

Klasse gemäß IFRS 13	Vermögenswerte/ Schulden	Beizulegender Zeitwert in Mio. €	Bewertungs- technik	Nicht beobachtbare Inputfaktoren
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Bauspareinlagen	1.253	Fortgeführte Anschaffungskosten	–
	Darlehen	199	DCF-Verfahren	Credit Spread
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Bauspareinlagen	50.926	Fortgeführte Anschaffungskosten	–
	Darlehen	22	DCF-Verfahren	Credit Spread
	Überzahlungen zu Ratenkrediten	4	Anschaffungskosten	–
Rückstellungen	Rückstellungen für Kreditzusagen	48	Erfüllungsbetrag	–
	Darlehen	427	Anschaffungskosten	Nominalwerte
Sonstige Passiva	Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften	136	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Sonstige Verbindlichkeiten	188	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Fremdanteile Spezialfonds	79	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Namenspapiere	29	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Nachrangdarlehen	39	Anschaffungskosten	Nominalwerte
	Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	82	Erfüllungsbetrag	–
	Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital	10	Rückzahlungsbetrag	–
Nachrangkapital	Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital	30	Rückzahlungsbetrag	–

Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Kredite und Forderungen

Das maximale Kreditrisiko von zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften Krediten und Forderungen stellt sich wie folgt dar:

» 75
Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	2.053	1.666
Forderungen an Kunden	7.577	5.739
Finanzanlagen	940	565
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	325	327
Insgesamt	10.895	8.297

Das Kreditrisiko wird in Höhe von 3.252 Mio. € (Vorjahr: 3.375 Mio. €) durch Finanzgarantien abgesichert, die durch angeschlossene Kreditinstitute gestellt werden.

Der beizulegende Zeitwert der zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften Kredite und Forderungen hat sich aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos im Geschäftsjahr um 23 Mio. € erhöht (Vorjahr: 7 Mio. €). Der kumulierte Betrag, um den sich der beizulegende Zeitwert aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos

geändert hat, beträgt am Abschlussstichtag -3 Mio. € (Vorjahr: -14 Mio. €). Auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als Residualgröße bestimmt. Sie berücksichtigen alle nicht marktpreisrisikobeeinflussenden Änderungen von Marktbedingungen.

Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte finanzielle Verbindlichkeiten

Folgende Übersicht zeigt die beizulegenden Zeitwerte der zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften finanziellen Verbindlichkeiten im Vergleich zu den Beträgen, die vertragsgemäß bei Fälligkeit an die Gläubiger zu zahlen sind:

in Mio. €	Beizulegender Zeitwert		Rückzahlungsbetrag	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.178	3.561	5.068	3.451
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.544	7.009	9.520	5.470
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.957	12.216	13.574	11.912
Nachrangkapital	632	758	583	710
Insgesamt	30.311	23.544	28.745	21.543

Bei den zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuften finanziellen Verbindlichkeiten ergaben sich im Geschäftsjahr aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos wie im Vorjahr keine Veränderungen.

Im Geschäftsjahr wurden keine finanziellen Vermögenswerte aus der Kategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ oder aus der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in eine andere Kategorie umgegliedert. Im Vorjahr fanden ebenfalls keine Umgliederungen von finanziellen Vermögenswerten statt.

» 76
Umgliederungen

Die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte sämtlicher finanzieller Vermögenswerte, die umgegliedert wurden und sich am Abschlussstichtag im Bestand befinden, betragen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Buchwerte	572	754
Beizulegende Zeitwerte	561	748

Bei Verzicht auf sämtliche in der Vergangenheit durchgeführte Umgliederungen wäre im Geschäftsjahr ein zusätzliches Ergebnis aus der erfolgswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in Höhe von -17 Mio. € vor Steuern (Vorjahr: -23 Mio. €) erfasst worden.

Zudem wären im Geschäftsjahr erfolgsneutral erfasste Bewertungsgewinne vor Steuern in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: Bewertungsverluste vor Steuern in Höhe von -4 Mio. €) angefallen.

Aus sämtlichen im Bestand befindlichen umgegliederten finanziellen Vermögenswerten ergeben sich im Geschäftsjahr im Konzernergebnis vor Steuern erfasste Gewinne, Verluste, Erträge und Aufwendungen in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €).

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten referenzieren grundsätzlich auf Standardrahmenverträge (wie beispielsweise ISDA-Master-Agreements und Deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte).

Die folgenden Tabellen zeigen finanzielle Vermögenswerte, die zum Bilanzstichtag saldiert werden, einer rechtlich durchsetzbaren Globalnettingvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen:

» 77
Saldierung von
finanziellen
Vermögenswerten
und finanziellen
Verbindlichkeiten

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

	Brutto- betrag finanzieller Vermögens- werte vor Saldierung	Brutto- betrag saldierter finanzieller Verbind- lichkeiten	Netto- betrag finanzieller Vermögens- werte (Bilanzwert)	Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden		Netto- betrag
				Finanz- instru- mente	Erhaltene Barsicher- heiten	
in Mio. €						
Derivative Finanzinstrumente	33.412	8.285	25.127	17.574	3.765	3.788
Wertpapierpensionsnehmergehäfte/ Wertpapierentleihegeschäfte	13.559	–	13.559	13.342	–	217
Insgesamt	46.971	8.285	38.686	30.916	3.765	4.005

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

	Brutto- betrag finanzieller Vermögens- werte vor Saldierung	Brutto- betrag saldierter finanzieller Verbind- lichkeiten	Netto- betrag finanzieller Vermögens- werte (Bilanzwert)	Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden		Netto- betrag
				Finanz- instru- mente	Erhaltene Barsicher- heiten	
in Mio. €						
Derivative Finanzinstrumente	28.943	6.701	22.242	16.520	3.032	2.690
Wertpapierpensionsnehmergehäfte/ Wertpapierentleihegeschäfte	14.563	–	14.563	14.398	–	165
Insgesamt	43.506	6.701	36.805	30.918	3.032	2.855

Die folgenden Tabellen zeigen finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Bilanzstichtag saldiert werden, einer rechtlich durchsetzbaren Globalnettingvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen:

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

	Brutto- betrag finanzieller Verbindlich- keiten vor Saldierung	Brutto- betrag saldierter finanzieller Vermögens- werte	Netto- betrag finanzieller Verbindlich- keiten (Bilanzwert)	Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden		Netto- betrag
				Finanz- instru- mente	Gestellte Barsicher- heiten	
in Mio. €						
Derivative Finanzinstrumente	38.699	10.098	28.601	16.463	10.560	1.578
Wertpapierpensionsgebergeschäfte/ Wertpapierverleihegeschäfte	7.068	–	7.068	7.043	–	25
Insgesamt	45.767	10.098	35.669	23.506	10.560	1.603

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

	Brutto- betrag finanzieller Verbindlich- keiten vor Saldierung	Brutto- betrag saldierter finanzieller Vermögens- werte	Netto- betrag finanzieller Verbindlich- keiten (Bilanzwert)	Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden		Netto- betrag
				Finanz- instru- mente	Gestellte Barsicher- heiten	
in Mio. €						
Derivative Finanzinstrumente	32.453	7.780	24.673	15.365	8.735	573
Wertpapierpensionsgebergeschäfte/ Wertpapierverleihegeschäfte	5.055	–	5.055	5.028	–	27
Insgesamt	37.508	7.780	29.728	20.393	8.735	600

Übertragungen finanzieller Vermögenswerte

Übertragungen, bei denen die übertragenen Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit bilanziert bleiben, wurden im DZ BANK Konzern im Geschäftsjahr ausschließlich im Rahmen von Wertpapierpensionsgeber- und Wertpapierverleihegeschäften durchgeführt.

» 78
Wertpapier-
pensions-
und
Wertpapier-
leihegeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte

Die Unternehmen des DZ BANK Konzerns schließen Wertpapierpensionsgeschäfte auf Grundlage branchenüblicher Rahmenverträge ab. Hier handelt es sich insbesondere um das Global Master Repurchase Agreement (GMRA) und den Rahmenvertrag der International

Securities Market Association (ISMA). Diese sehen für den Pensionsnehmer die uneingeschränkte Verfügbarkeit der Wertpapiere ohne Vorliegen eines Zahlungsverzugs des Kontrahenten sowie eine gattungsgleiche Rückgabe vor. Erhöht oder vermindert sich der beizulegende Zeitwert der im Rahmen der Wertpapierpensionsgeschäfte erhaltenen oder übertragenen Wertpapiere, kann das betreffende Unternehmen zur Stellung weiterer Sicherheiten verpflichtet werden oder die Stellung weiterer Sicherheiten verlangen.

Bei den am Abschlussstichtag im Bestand befindlichen Geschäften handelt es sich ausschließlich um echte Wertpapierpensionsgeschäfte.

Wertpapierpensionsgebergeschäfte (Repo-Geschäfte)

Im Rahmen von Wertpapierpensionsgebergeschäften werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere übertragen, die der Klasse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte angehören. Zum Abschlussstichtag betragen die Buchwerte der in Pension gegebenen Wertpapiere:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	3.890	5.443
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	77	5.099
Handelsaktiva	77	5.099
Fair Value Option	331	–
Finanzanlagen	331	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.482	344
Finanzanlagen	3.482	344
ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	241	–
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	241	–
Finanzanlagen	241	–
Insgesamt	4.131	5.443

Im Rahmen der Wertpapierpensionsgebergeschäfte wurden am Abschlussstichtag zusätzliche Sicherheiten mit einem Buchwert in Höhe von 115 Mio. € gestellt, die in den Handelsaktiva und in den Forderungen an Kreditinstitute erfasst sind und die ohne Ausfall durch den Empfänger verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden können (Vorjahr: 74 Mio. €).

Die Buchwerte der mit in Pension gegebenen Wertpapieren verbundenen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
MIT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN VERBUNDENE VERBINDLICHKEITEN	3.691	5.474
Mit zu Handelszwecken gehalten eingestufteten finanziellen Vermögenswerten verbundene Verbindlichkeiten	76	5.129
Mit Handelsaktiva verbundene Verbindlichkeiten	76	5.129
Mit Fair Value Option kategorisierten finanziellen Vermögenswerten verbundene Verbindlichkeiten	304	–
Mit Finanzanlagen verbundene Verbindlichkeiten	304	–
Mit zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten verbundene Verbindlichkeiten	3.311	345
Mit Finanzanlagen verbundene Verbindlichkeiten	3.311	345
MIT ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN VERBUNDENE VERBINDLICHKEITEN	223	–
Mit bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen verbundene Verbindlichkeiten	223	–
Mit Finanzanlagen verbundene Verbindlichkeiten	223	–
Insgesamt	3.914	5.474

Wertpapierpensionsnehmergeschäfte (Reverse-Repo-Geschäfte)

Im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Pension genommen. Der beizulegende Zeitwert der Wertpapiere beträgt am Abschlussstichtag 13.378 Mio. € (Vorjahr: 14.472 Mio. €). Darüber hinaus wurden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem beizulegendem Zeitwert in Höhe von 46 Mio. € als Sicherheit weitergereicht. Im Vorjahr wurden keine Wertpapiere als Sicherheit weitergereicht.

Die in den Handelsaktiva und den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesenen Forderungen aus diesen Wertpapierpensionsnehmergeschäften betragen am Abschlussstichtag 13.358 Mio. € (Vorjahr: 14.383 Mio. €). Für Wertpapierpensionsgeschäfte, bei denen der beizulegende Zeitwert der in Pension genommenen Wertpapiere die Forderungen an den Wertpapierpensionsgeber unterschreitet, werden im Rahmen des Collateral Management durch den Pensionsgeber zusätzliche Sicherheiten gestellt.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden auf der Grundlage des Global Master Securities Lending Agreement (GMSLA) sowie auf Basis von individuellen vertraglichen Regelungen durchgeführt. Diese sehen jeweils für den Entleiher die uneingeschränkte Verfügbarkeit der Wertpapiere und eine gattungsgleiche Rückgabe vor. Erhöht oder vermindert sich der beizulegende Zeitwert der im Rahmen der Wertpapierleihegeschäfte erhaltenen oder übertragenen Wertpapiere, kann das betreffende Unternehmen zur Stellung weiterer Sicherheiten verpflichtet werden oder die Stellung weiterer Sicherheiten verlangen.

Wertpapierverleihegeschäfte

Im Rahmen von Wertpapierverleihegeschäften werden Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere übertragen. Sämtliche verliehenen Wertpapiere gehören der Klasse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte an. Am Abschlussstichtag betragen die Buchwerte der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	92	130
Handelsaktiva	92	130
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.615	1.459
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	1.615	1.459
Insgesamt	1.707	1.589

Verliehene Wertpapiere der Handelsaktiva und der Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen werden im Rahmen des Collateral Management besichert. Hierbei werden sämtliche Positionen mit dem jeweiligen Kontrahenten saldiert und hieraus die zu stellende oder zu erhaltende Sicherheit ermittelt.

Im Rahmen der Wertpapierverleihegeschäfte wurden am Abschlussstichtag zusätzliche Sicherheiten mit einem Buchwert in Höhe von 389 Mio. € gestellt, die in den Handelsaktiva erfasst sind und die ohne Ausfall durch den Empfänger verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden können (Vorjahr: 191 Mio. €).

Wertpapierentleihegeschäfte

Der beizulegende Zeitwert der entliehenen Wertpapiere beträgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	418	310
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11	36
Insgesamt	429	346

Neben den in Pension genommenen oder entliehenen Wertpapieren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere als zusätzliche Sicherheiten angenommen. Diese dürfen ohne Ausfall des Empfängers verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden. Der beizulegende Zeitwert der zusätzlich erhaltenen Sicherheiten beträgt 74 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €).

In Pension gegebene oder verliehene Wertpapiere, die ohne Zahlungsverzug durch den Empfänger verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden können

Sämtliche durch die Unternehmen des DZ BANK Konzerns in Pension gegebene oder verliehene Wertpapiere dürfen durch den Empfänger uneingeschränkt verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden.

Die Buchwerte in den einzelnen Bilanzposten betragen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Handelsaktiva	169	5.229
Finanzanlagen	4.054	344
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	1.615	1.459
Insgesamt	5.838	7.032

Gestellte Sicherheiten

» 79
Sicherheiten

Die als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gestellten finanziellen Vermögenswerte weisen folgende Buchwerte auf:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	49.192	35.025
Forderungen an Kunden	1.724	545
Handelsaktiva	11.364	11.092
Finanzanlagen	1.447	21
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	607	613
Insgesamt	64.334	47.296

Von den als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gestellten finanziellen Vermögenswerten dürfen Handelsaktiva und Finanzanlagen mit einem Buchwert in Höhe von 3.753 Mio. € (Vorjahr: 2.487 Mio. €) durch den Empfänger verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegt.

Von den Förderbanken des Bundes und der Länder für Fördermittel- und Programmkredite erhaltene zweckgebundene Mittel werden insbesondere an angeschlossene Kreditinstitute und Kunden weitergereicht. Die entsprechenden Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute und Kunden dienen als Sicherheit gegenüber den Förderbanken des Bundes und der Länder.

Für börsengehandelte Termingeschäfte sowie nicht börsengehandelte derivative Finanzinstrumente und Devisentermingeschäfte werden in den Handelsaktiva erfasste Wertpapiere und Forderungen aus Geldmarktgeschäften als Sicherheiten hinterlegt. Dies erfolgt im Rahmen von marktüblichen Sicherheitenvereinbarungen.

Bei den als Sicherheit gestellten Finanzanlagen handelt es sich überwiegend um hinterlegte Wertpapiere für Geschäfte mit Zentralbanken.

Bei den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen handelt es sich überwiegend um Wertpapiere, die im Rahmen des Rückversicherungsgeschäfts als Sicherheit zu stellen sind und die ohne Verzug des Sicherungsgebers vom Empfänger nicht veräußert oder verpfändet werden dürfen.

Erhaltene Sicherheiten

Im Geschäftsjahr wurden Sicherheiten in nur geringfügigem Umfang gehalten. Im Vorjahr durften ausländische Hypothekenrechte zur Besicherung von Forderungen an Kunden mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 15 Mio. € ohne Vorliegen eines Zahlungsverzugs des Sicherungsgebers verkauft oder als Sicherheit weitergereicht werden. Es bestand eine Rückgabepflicht an den Eigentümer.

Nettogewinne und -verluste

Die Nettogewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten verteilen sich in der jeweils angegebenen Höhe auf die Kategorien des IAS 39 für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten:

» 80
Ertrags-, Aufwands-,
Gewinn- und
Verlustposten

in Mio. €	2016	2015
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente	989	339
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	801	25
Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente	188	314
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.414	2.217
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	10	–
Kredite und Forderungen	5.771	6.174¹
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-3.313	-3.200

¹ Betrag angepasst

Die Nettogewinne und -verluste umfassen Ergebnisse aus der erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert beziehungsweise Wertberichtigungen und Wertaufholungen sowie Ergebnisse aus der Veräußerung und vorzeitigen Tilgung der jeweiligen Finanzinstrumente. Darüber hinaus sind darin Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie laufende Erträge, Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen beziehungsweise Aufwendungen für Verlustübernahmen enthalten.

Zinserträge und -aufwendungen

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, ergeben sich folgende Gesamtzinserträge und -aufwendungen:

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	7.744	7.931 ¹
Zinsaufwendungen	-3.315	-3.201

¹ Betrag angepasst

Ertrags- und Aufwandsposten aus Provisionen

in Mio. €	2016	2015
Provisionserträge		
aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	237	225
aus Treuhändertätigkeit und anderen treuhänderischen Funktionen	2.509	2.521
Provisionsaufwendungen		
für nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente	-211	-268 ¹
für Treuhändertätigkeit und andere treuhänderische Funktionen	-999	-1.003

¹ Betrag angepasst

Zinserträge aus wertberichtigten finanziellen Vermögenswerten

Die Zinserträge aus der Barwertfortschreibung gemäß IAS 39.A93 (Unwinding) von wertberichtigten finanziellen Vermögenswerten betragen 31 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €).

Wertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten

Die Wertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten entfallen auf die Klassen von Finanzinstrumenten wie folgt:

in Mio. €	2016	2015
ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	-241	-325
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-241	-325
Forderungen an Kunden	-4	-34
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-237	-291
ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	-1.178	-868
Kredite und Forderungen	-1.169	-860
Forderungen an Kreditinstitute	-33	-5
Forderungen an Kunden	-1.122	-813
Finanzanlagen	-13	-36
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-1	-6
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	-1	-
Finanzanlagen	-1	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-8	-8
Finanzanlagen	-8	-8
FINANZIERUNGS-LEASINGVERHÄLTNISSE	-17	-8
Forderungen an Kunden	-17	-8

Die Entwicklung der in der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Wertberichtigungen entfällt auf die Klassen von Finanzinstrumenten wie folgt:

in Mio. €	Zu fort- geführten Anschaf- fungskosten bewertete finanzielle Vermögens- werte	Finanzie- rungs- Leasingver- hältnisse
Stand zum 01.01.2015	2.295	63
Zuführungen	751	8
Inanspruchnahmen	-366	-7
Auflösungen	-525	-18
Zinserträge	-41	-3
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-15	-
Sonstige Veränderungen	-86	-2
Stand zum 31.12.2015	2.013	41
Zuführungen	1.107	17
Inanspruchnahmen	-237	-4
Auflösungen	-530	-21
Zinserträge	-29	-2
Sonstige Veränderungen	25	1
Stand zum 31.12.2016	2.349	32

Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um Forderungen an Kreditinstitute und Kunden der Kategorie „Kredite und Forderungen“.

Der DZ BANK Konzern setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung von Marktpreisrisiken sowie zu Handelszwecken ein. Am Abschlussstichtag setzt sich der Bestand der derivativen Finanzinstrumente wie folgt zusammen:

» 81
Derivative
Finanzinstrumente

in Mio. €	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Gesamtbetrag		Positiv		Negativ	
	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	122.258	319.371	376.584	818.213	740.894	22.255	20.469	23.429	20.482
OTC-Produkte									
FRAs	8.501	–	–	8.501	9.398	–	–	–	–
Zinsswaps	92.645	274.025	350.215	716.885	642.062	19.802	18.128	19.489	16.682
Zinsoptionen – Käufe	7.323	17.895	9.649	34.867	33.652	2.089	2.052	48	29
Zinsoptionen – Verkäufe	6.990	27.100	16.720	50.810	48.296	136	132	3.892	3.732
Sonstige Zinskontrakte	1.017	–	–	1.017	1.728	228	156	–	38
Börsengehandelte Produkte									
Zinsfutures	5.782	351	–	6.133	5.758	–	1	–	1
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	93.611	5.678	334	99.623	85.809	1.818	749	1.264	792
OTC-Produkte									
Devisentermingeschäfte	84.772	4.158	293	89.223	73.527	1.753	696	1.182	726
Devisenoptionen – Käufe	3.876	609	–	4.485	5.531	35	26	25	14
Devisenoptionen – Verkäufe	4.553	900	15	5.468	5.933	30	18	52	42
Börsengehandelte Produkte									
Devisenfutures	181	–	–	181	209	–	–	–	–
Devisenoptionen	229	11	26	266	609	–	9	5	10
AKTIEN-/INDEXBEZOGENE GESCHÄFTE	12.845	6.440	1.615	20.900	17.817	365	301	797	730
OTC-Produkte									
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	654	146	34	834	767	120	67	–	–
Aktien-/Indexoptionen – Verkäufe	171	180	3	354	365	–	–	21	44
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	925	2.333	1.077	4.335	4.042	56	44	111	71
Börsengehandelte Produkte									
Aktien-/Indexfutures	558	13	–	571	752	–	–	–	10
Aktien-/Indexoptionen	10.537	3.768	501	14.806	11.891	189	190	665	605
SONSTIGE GESCHÄFTE	11.554	30.674	23.037	65.265	61.769	811	585	3.511	3.303
OTC-Produkte									
Cross Currency Swaps	8.138	25.171	13.786	47.095	42.010	810	577	3.466	3.262
Edelmetallgeschäfte	20	5	–	25	26	–	–	–	2
Rohstoff-/Warengeschäfte	295	78	–	373	675	–	5	1	5
Sonstige Kontrakte	2.592	5.329	9.190	17.111	17.831	–	–	32	14
Börsengehandelte Produkte									
Futures	211	24	–	235	247	–	1	1	1
Optionen	298	67	61	426	980	1	2	11	19
KREDITDERIVATE	9.427	13.494	3.928	26.849	30.135	245	243	101	131
Sicherungsnehmer									
Credit Default Swaps	4.434	4.674	351	9.459	12.244	20	31	74	88
Sicherungsgeber									
Credit Default Swaps	4.993	8.814	3.497	17.304	17.807	217	202	27	42
Total Return Swaps	–	6	80	86	84	8	10	–	1
Insgesamt	249.695	375.657	405.498	1.030.850	936.424	25.494	22.347	29.102	25.438

Die am Abschlussstichtag gehaltenen derivativen Finanzinstrumente wurden mit folgenden Kontrahenten abgeschlossen:

in Mio. €	Marktwert			
	Positiv		Negativ	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
OECD-Zentralregierungen	436	188	450	395
OECD-Banken	21.571	19.269	26.071	23.044
OECD-Finanzdienstleistungsinstitute	269	257	650	333
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	3.164	2.599	1.744	1.449
Nicht-OECD-Banken	54	34	187	217
Insgesamt	25.494	22.347	29.102	25.438

In der Union Investment Gruppe bestehen Kapitalerhaltungszusagen nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen in Höhe von 11.616 Mio. € (Vorjahr: 10.470 Mio. €). Es handelt sich dabei um die Gesamtsumme der bisher von Anlegern in die einzelnen Produktvarianten der Produkte *UniProfiRente* und *UniProfiRente Select* eingezahlten Altersvorsorgebeiträge, die nach den gesetzlichen Vorschriften zu Beginn der Auszahlungsphase mindestens zur Verfügung gestellt werden müssen sowie um die garantierten Auszahlungsbeträge für die Vertragsbestände, die sich bereits in der Auszahlungsphase befinden. Aus von konzernangehörigen Kapitalverwaltungsgesellschaften aufgelegten echten Garantiefonds bestehen Mindestzahlungszusagen in Höhe von 5.495 Mio. € (Vorjahr: 7.361 Mio. €).

Arten von Sicherungsbeziehungen

Im DZ BANK Konzern werden Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts, Absicherungen von Zahlungsströmen und Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe designiert.

Gesicherte Grundgeschäfte

Die Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgt im Rahmen der Sicherung von Zinsänderungsrisiken. Bei den gesicherten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die als „Kredite und Forderungen“ kategorisiert sind oder im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen bestehen. Außerdem werden Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ als Grundgeschäfte bei Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts designiert. Gesicherte finanzielle Verbindlichkeiten sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, Hypothekendarlehen und sonstige Schuldverschreibungen sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Aktive und passive Zinsrisiko-Portfolios werden als gesicherte Grundgeschäfte im Rahmen der Bilanzierung von Portfolio-Absicherungen identifiziert.

Absicherungen von Zahlungsströmen werden im Zusammenhang mit Währungsrisiken designiert. Gesicherte Grundgeschäfte sind erwartete Einzahlungen aus Zinszahlungen und

» 82
Bilanzierung
von Sicherungs-
geschäften

Provisionserträgen sowie Auszahlungen für Verwaltungskosten jeweils in von der Berichtswährung Euro abweichender Fremdwährung.

Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe werden im Zusammenhang mit Währungsrisiken vorgenommen. Gesicherte Grundgeschäfte sind auf Fremdwährung lautende nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Sicherungsinstrumente

Für die Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden Zinsswaps und Swaptions als Sicherungsinstrumente designiert.

Im Rahmen der Bilanzierung von Absicherungen von Zahlungsströmen sowie der Bilanzierung von Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe werden jeweils Devisentermingeschäfte als Sicherungsinstrumente eingesetzt.

Effektivitätstest

Die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften im Sinne des IAS 39 setzt voraus, dass die Sicherungsbeziehung sowohl prospektiv als auch retrospektiv als hoch effektiv gilt. Hierfür müssen sich die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte oder der erwarteten Zahlungsströme der gesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente innerhalb der durch IAS 39 definierten Grenzen von 80 bis 125 Prozent ausgleichen. Die Effektivität ist mindestens zu jedem Abschlussstichtag zu prüfen und nachzuweisen. Wird im Rahmen dieser Prüfung festgestellt, dass die Sicherungsbeziehung die geforderte Effektivität nicht erreicht, ist sie retrospektiv auf den Stichtag der letzten effektiven Überprüfung aufzulösen.

Bei Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgt die Prüfung der prospektiven Effektivität durch Sensitivitätsanalysen auf Grundlage der Basis-Point-Value-Methode sowie mittels Regressionsanalysen. Die Prüfung der retrospektiven Effektivität wird vor allem mittels der Dollar-Offset-Methode und eines Noise-Schwellenwerts sowie der linearen Regressionsanalyse vorgenommen. Hierbei werden die kumulierten und auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der gesicherten Grundgeschäfte den Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsinstrumente gegenübergestellt.

Bei der Prüfung der prospektiven und der retrospektiven Effektivität im Rahmen von Absicherungen von Zahlungsströmen erfolgt eine Gegenüberstellung der Änderungen des Barwerts der erwarteten beziehungsweise tatsächlich eingegangenen Zahlungsströme der Grundgeschäfte und der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsgeschäfte.

Die prospektive Effektivität von Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe wird durch Sensitivitätsanalysen geprüft. Für den retrospektiven Effektivitätstest wird die Dollar-Offset-Methode angewendet.

Absicherungen von Zahlungsströmen

Die im Rahmen von Absicherungen von Zahlungsströmen gesicherten Zahlungsströme werden im Geschäftsjahr 2017 zu- beziehungsweise abfließen und werden in diesem Zeitraum erfolgswirksam.

Im Geschäftsjahr sind im Zusammenhang mit den Absicherungen von Zahlungsströmen Gewinne und Verluste im erfolgsneutralen Konzernergebnis in Höhe von -5 Mio. € angefallen (Vorjahr: 14 Mio. €).

Die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederten Gewinne und Verluste sind in Höhe von -5 Mio. € im Zinsüberschuss, in Höhe von -3 Mio. € in den Verwaltungsaufwendungen und in Höhe von -2 Mio. € im Provisionsüberschuss erfasst. Die im Vorjahr umgegliederten Gewinne und Verluste wurden in Höhe von -39 Mio. € in den Zinsüberschuss, in Höhe von 7 Mio. € in die Verwaltungsaufwendungen und in Höhe von -14 Mio. € in den Provisionsüberschuss einbezogen.

Erfolgswirksam erfasste Gewinne und Verluste aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Erfolgswirksame Gewinne und Verluste aus Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften werden im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften entfällt wie folgt auf die Arten von Sicherungsbeziehungen:

in Mio. €	2016	2015
Ergebnis aus Einzelabsicherungen des beizulegenden Zeitwerts	2	6
Ergebnis aus Sicherungsinstrumenten	108	-40
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-106	46
Ergebnis aus Portfolio-Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	-17	32
Ergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-75	-52
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	58	84
Insgesamt	-15	38

Die Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten (IFRS 7.31-42) und Versicherungsverträgen (IFRS 4.38-39A) ergeben, sind mit Ausnahme der Fälligkeitsanalysen gemäß IFRS 7.39(a) und (b) beziehungsweise IFRS 4.39(d)(i) und den Angaben zur Schadenentwicklung für das selbst abgeschlossene Schaden-/Unfallversicherungsgeschäft sowie für das übernommene Rückversicherungsgeschäft gemäß IFRS 4.39(c)(iii) im Chancen- und Risikobericht des Konzernlageberichts enthalten. Die Angaben befinden sich im Anhang des Konzernabschlusses in den Abschnitten 84 und 68 beziehungsweise 42.

» 83
Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten und Versicherungsverträgen ergeben

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

» 84
Fälligkeitsanalyse

in Mio. €	≤ 1 Monat	> 1 Monat– 3 Monate	> 3 Monate– 1 Jahr	> 1 Jahr– 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbe- stimmte Laufzeit
Finanzielle Vermögenswerte	64.018	19.213	38.708	155.638	236.022	19.114
Barreserve	8.310	–	–	–	–	–
Forderungen an Kreditinstitute	31.380	3.146	8.412	29.655	39.063	4
Forderungen an Kunden	14.667	6.166	16.826	65.008	90.215	1.323
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5	3	64	395	1.089	–
Handelsaktiva	6.385	7.425	3.841	8.858	21.245	1.465
davon: Nicht derivative Handelsaktiva	5.610	6.664	2.441	2.784	6.744	1.465
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	775	761	1.400	6.074	14.501	–
Finanzanlagen	1.308	1.537	5.909	31.451	30.100	1.442
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	666	923	3.522	19.959	54.310	14.863
davon: Nicht derivative Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	656	914	3.499	19.924	54.263	14.863
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10	9	23	35	47	–
Sonstige Aktiva	1.297	13	134	312	–	17
Finanzielle Verbindlichkeiten	-84.157	-23.039	-35.067	-87.728	-115.915	-58.105
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-44.823	-6.532	-8.761	-28.744	-40.426	-2.129
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-25.138	-2.541	-5.245	-10.923	-31.541	-54.174
Verbriefte Verbindlichkeiten	-8.539	-10.782	-15.338	-24.219	-20.300	–
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	-10	-10	-62	-1.115	-2.677	–
Handelspassiva	-4.884	-2.730	-4.954	-18.457	-18.490	-609
davon: Nicht derivative Handelspassiva	-4.082	-2.186	-2.849	-8.965	-6.395	-609
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-802	-544	-2.105	-9.492	-12.095	–
Sonstige Passiva	-656	-432	-265	-858	-1.075	-1.168
davon: Nicht derivative Sonstige Passiva	-626	-378	-264	-843	-1.058	-1.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-30	-54	-1	-15	-17	–
Nachrangkapital	-107	-12	-442	-3.412	-1.406	-25
Finanzgarantien und Kreditzusagen	-31.911	-553	-1.882	-2.754	-2.978	-209
Finanzgarantien	-5.613	-61	-60	-321	-893	-209
Kreditzusagen	-26.298	-492	-1.822	-2.433	-2.085	–

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

in Mio. €	≤ 1 Monat	> 1 Monat– 3 Monate	> 3 Monate– 1 Jahr	> 1 Jahr– 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbe- stimmte Laufzeit
Finanzielle Vermögenswerte	45.485	20.370	34.678	143.525	174.342	16.649
Barreserve	6.350	–	–	–	–	–
Forderungen an Kreditinstitute	14.223	5.749	7.674	31.379	26.884	66
Forderungen an Kunden	15.202	5.645	14.624	57.110	52.102	291
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3	–	19	138	197	–
Handelsaktiva	6.891	6.708	4.478	11.164	18.883	1.734
davon: Nicht derivative Handelsaktiva	6.512	6.297	2.924	4.648	5.721	1.734
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	379	411	1.554	6.516	13.162	–
Finanzanlagen	1.192	1.405	4.468	23.584	24.185	1.374
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	858	842	3.354	19.819	52.091	13.146
davon: Nicht derivative Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	857	826	3.329	19.789	52.072	13.146
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	16	25	30	19	–
Sonstige Aktiva	766	21	61	331	–	38
Finanzielle Verbindlichkeiten	-67.758	-25.618	-26.225	-72.741	-69.537	-53.449
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-37.997	-7.154	-7.478	-24.304	-22.131	-812
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-18.857	-2.081	-2.642	-8.312	-19.368	-51.214
Verbriefte Verbindlichkeiten	-5.178	-13.031	-10.773	-18.505	-8.943	–
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	-13	-27	-36	-766	-799	–
Handelspassiva	-5.259	-2.628	-4.860	-17.182	-15.773	-667
davon: Nicht derivative Handelspassiva	-3.879	-1.669	-2.615	-8.245	-4.581	-662
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-1.380	-959	-2.245	-8.937	-11.192	-5
Sonstige Passiva	-413	-450	-248	-726	-1.191	-719
davon: Nicht derivative Sonstige Passiva	-402	-449	-246	-714	-1.179	-719
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-11	-1	-2	-12	-12	–
Nachrangkapital	-41	-247	-188	-2.946	-1.332	-37
Finanzgarantien und Kreditzusagen	-29.001	-117	-162	-723	-1.231	-59
Finanzgarantien	-5.939	-58	-38	-244	-81	-57
Kreditzusagen	-23.062	-59	-124	-479	-1.150	-2

In der Fälligkeitsanalyse werden vertraglich vereinbarte Zahlungsmittelzuflüsse mit positivem, vertraglich vereinbarte Zahlungsmittelabflüsse mit negativem Vorzeichen abgebildet. Für Finanzgarantien und Kreditzusagen wird der potenzielle Zahlungsmittelabfluss angegeben.

Die vertraglich vereinbarten Fälligkeiten entsprechen – insbesondere im Falle der Finanzgarantien und Kreditzusagen – nicht den tatsächlich erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüssen. Das Management des Liquiditätsrisikos, das auf den erwarteten Zahlungsströmen basiert, wird im „Chancen- und Risikobericht“ des Konzernlageberichts dargestellt.

Entsprechend der Kategorisierung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 sind in der folgenden Tabelle die Buchwerte von Anleihen der von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten und Gebietskörperschaften dargestellt:

» 85
Engagements in
von der Schulden-
krise besonders
betroffenen Staaten

	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizu- legender Zeitwert	Buchwert	Beizu- legender Zeitwert
in Mio. €				
Portugal	679	659	293	300
Fair Value Option	317	317	244	244
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	69	69	–	–
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	244	221	–	–
Kredite und Forderungen	49	52	49	56
Italien	6.228	6.202	5.275	5.275
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	20	20	–	–
Fair Value Option	1.413	1.413	1.372	1.372
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.317	4.317	3.903	3.903
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	478	452	–	–
Spanien	2.161	2.157	2.094	2.094
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	218	218	168	168
Fair Value Option	1.119	1.119	1.353	1.353
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	631	631	573	573
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	193	189	–	–
Insgesamt	9.068	9.018	7.662	7.669

Anleihen der von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten, die im Rahmen des Versicherungsgeschäfts gehalten werden, werden nur in dem Umfang berücksichtigt, der den Anteilseignern des DZ BANK Konzerns zuzurechnen ist.

Infolge der weiter fortgeschrittenen Bonitätsverbesserung wird Irland seit Anfang des Geschäftsjahres im internen Risikoberichtswesen nicht mehr gesondert ausgewiesen. Daher weicht die ausgewiesene Summe der Engagements in von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten zum 31. Dezember 2015 von den entsprechenden Angaben im Konzernabschluss 2015 ab.

Bemessungshierarchie der beizulegenden Zeitwerte

Die für die Bewertung in der Bilanz wiederkehrend ermittelten Bemessungen des beizulegenden Zeitwerts entfallen wie folgt auf die Stufen der Bemessungshierarchie:

in Mio. €	Stufe 1		Stufe 2		Stufe 3	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Portugal	317	244	69	–	–	–
Fair Value Option	317	244	–	–	–	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	–	–	69	–	–	–
Italien	4.609	4.524	1.141	751	–	–
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	–	–	20	–	–	–
Fair Value Option	1.331	1.312	82	60	–	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.278	3.212	1.039	691	–	–
Spanien	1.304	1.631	664	463	–	–
Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	–	–	218	168	–	–
Fair Value Option	1.069	1.353	50	–	–	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	235	278	396	295	–	–
Insgesamt	6.230	6.399	1.874	1.214	–	–

Wertminderungen

Für die Engagements in Anleihen der von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten Portugal, Italien und Spanien wurden keine Wertberichtigungen erfasst, da keine hinreichenden objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen.

Fälligkeitsanalyse

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2016

in Mio. €	≤ 1 Monat	> 1 Monat – 3 Monate	> 3 Monate – 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre
Portugal	20	–	28	151	859
Italien	95	100	345	1.727	5.264
Spanien	5	4	120	533	2.142
Insgesamt	120	104	493	2.411	8.265

STAND ZUM 31. DEZEMBER 2015

in Mio. €	≤ 1 Monat	> 1 Monat – 3 Monate	> 3 Monate – 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre
Portugal	–	–	12	48	376
Italien	87	112	475	1.129	4.454
Spanien	4	23	326	362	2.026
Insgesamt	91	135	813	1.539	6.856

In der Fälligkeitsanalyse werden die vertraglich vereinbarten Zahlungsmittelzuflüsse dargestellt.

F Sonstige Angaben

» 86 Eventualschulden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Eventualschulden für Prozessrisiken	2	5
Insgesamt	2	5

Die Eventualschulden für Prozessrisiken setzen sich aus einer geringen Zahl von Gerichtsverfahren zusammen, die auf unterschiedlichen Prozesssachverhalten beruhen. Wenn für bestimmte Ansprüche Rückstellungen gebildet wurden, sind keine Eventualverbindlichkeiten erfasst worden.

» 87 Finanzgarantien und Kreditzusagen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Finanzgarantien	7.157	6.417
Kreditbürgschaften und -garantien	3.817	3.113
Akkreditive	512	391
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	2.828	2.913
Kreditzusagen	33.130	24.876
Buchkredite an Kreditinstitute	4.596	2.589
Buchkredite an Kunden	14.936	11.618
Avalkredite	150	221
Akkreditive	5	–
Globallimite	13.443	10.448
Insgesamt	40.287	31.293

Die Angabe der Finanzgarantien und Kreditzusagen erfolgt in Höhe der Nominalwerte der jeweiligen eingegangenen Verpflichtungen.

Im Rahmen von Treuhandgeschäften gehaltene Vermögenswerte und eingegangene Verbindlichkeiten erfüllen nicht die Kriterien für den Ansatz in der Bilanz. Das Volumen des Treuhandgeschäfts setzt sich wie folgt zusammen:

» 88
Treuhandgeschäft

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Treuhandvermögen	1.124	1.155
Forderungen an Kreditinstitute	130	151
Forderungen an Kunden	51	57
Finanzanlagen	943	947
Treuhandverbindlichkeiten	1.124	1.155
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	106	130
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.018	1.025

Das Treuhandvermögen beziehungsweise die Treuhandverbindlichkeiten beinhalten jeweils Treuhandkredite in Höhe von 133 Mio. € (Vorjahr: 155 Mio. €).

Am 19. November 2015 wurde der geplante Unternehmenszusammenschluss zwischen der DZ BANK AG, Frankfurt am Main, und der WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf, bekannt gegeben. Der dazugehörige Verschmelzungsvertrag wurde am 12. April 2016 durch die beiden Vertragsparteien unterschrieben und somit der Grundstein für den Zusammenschluss der beiden Banken gelegt. Der Aufsichtsrat der DZ BANK AG stimmte der Verschmelzung am 27. April 2016 zu. Die Zustimmung seitens des Aufsichtsrats der WGZ BANK AG erfolgte am 4. Mai 2016. Bei den ordentlichen Hauptversammlungen der WGZ BANK AG am 21. Juni 2016 und der DZ BANK AG am 22. Juni 2016 wurde der Unternehmenszusammenschluss zwischen beiden Häusern durch die Zustimmung der Aktionäre beschlossen.

» 89
Unternehmens-
zusammenschlüsse

Bei dem vorliegenden Unternehmenszusammenschluss handelt es sich um eine Verschmelzung durch Aufnahme, bei der das Vermögen der WGZ BANK AG auf die DZ BANK AG übertragen wurde. Im Gegenzug erhalten die Anteilseigner der WGZ BANK AG im Rahmen einer Kapitalerhöhung Aktien an der DZ BANK AG. Das Umtauschverhältnis für die Anteile der Aktionäre der WGZ BANK AG ergibt sich aus den Unternehmensbewertungen zum 21. Juni 2016 beider Institute.

Die WGZ BANK AG wurde nach dem gemeinsamen Willen ihrer Vorstände im Wege einer partnerschaftlichen Verschmelzung zu 100 Prozent (Stimmrechtsanteil) auf die DZ BANK AG verschmolzen. Die Verschmelzung ist am 29. Juli 2016 in das Handelsregister eingetragen worden. Im Rahmen der Verschmelzung gingen auch die Tochterunternehmen der WGZ BANK AG auf die DZ BANK AG über.

Die WGZ BANK AG war die Zentralbank der regionalen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Nordrhein-Westfalen sowie der Regierungsbezirke Koblenz und Trier. Neben ihrem strategischen Ziel als Zentralbank war die WGZ BANK AG ebenfalls eine Geschäfts- und Handelsbank. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bediente sie sich als Gruppenobergesellschaft auch ihrer Tochtergesellschaften. Grundlage dieser strategischen Ausrichtung war die subsi-

diäre Funktion der WGZ BANK AG in der „Regionalen FinanzGruppe“ und die auf diesem Verständnis beruhende Aufgabenwahrnehmung in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Dabei konzentrierte sie sich in ihren Aktivitäten auf 3 Segmente: die ihr angeschlossenen Genossenschaftsbanken, Firmenkunden und Kapitalmarktpartner.

Oberstes Ziel der WGZ BANK AG als Zentralbank war die Förderung ihrer Anteilseigner und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Genossenschaftsbanken. Die WGZ BANK AG verstand sich in der „Regionalen FinanzGruppe“ als Partner der sie tragenden Volksbanken und Raiffeisenbanken. Hierzu betrieb die WGZ BANK AG neben dem Zahlungsverkehr für die „Regionale FinanzGruppe“ primär das Refinanzierungs- und Fördermittelgeschäft sowie das Gemeinschaftskreditgeschäft, war Handelspartner und Berater der Mitgliedsbanken in allen Fragen des Bankgeschäfts und verstand sich in ihrer Rolle als „Initiativbank“, das heißt als treibende Kraft bei der Entwicklung innovativer Produkte, Dienstleistungen und Technologien.

Als Geschäfts- und Handelsbank konzentrierte sich die WGZ BANK AG auf die Zielkundengruppen mittelständische Firmenkunden inklusive Immobilienfinanzierungen und Kapitalmarktunternehmen sowie Kapitalmarktpartner (Banken und institutionelle Kapitalmarktadressen). Das Wertpapier- und Handelsgeschäft sowie das Depotgeschäft wurden ebenfalls über das Segment Kapitalmarktpartner betrieben, außerdem das Verwahrstellengeschäft. Für das Firmenkundenkreditgeschäft war die dezentrale Aufstellung in der „Regionalen FinanzGruppe“ und die profunde Marktkenntnis „vor Ort“ in den Regionen Grundlage zur weiteren Festigung der guten Position in diesem Segment.

Zur umfassenden Betreuung ihrer Genossenschaftsbanken und Kunden nutzte die WGZ BANK AG das Netzwerk der Genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie die Leistungsfähigkeit ihrer Tochtergesellschaften. Zu diesen gehörten die WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster, die WGZ BANK IRELAND plc, Dublin, die PHOENIX Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, und die IMPETUS Bietergesellschaft mbH, Düsseldorf.

Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses zwischen der DZ BANK AG und der WGZ BANK AG wurde die WGZ BANK IRELAND plc am 12. August 2016 in DZ BANK IRELAND plc umfirmiert.

Bei der WL BANK AG handelt es sich um eine Beteiligung in Höhe von 90,9 Prozent. Die anderen Anteilseigner der WL BANK AG sind Volksbanken und Raiffeisenbanken in Höhe von 4,5 Prozent sowie die Stiftung Westfälische Landschaft in Höhe von 4,6 Prozent.

Die durch den Unternehmenszusammenschluss entstandene vereinigte Zentralgenossenschaftsbank knüpft an die erfolgreiche geschäftspolitische Ausrichtung der letzten Jahre an. Die positiven Effekte aus dem Unternehmenszusammenschluss sind neben der Bündelung von wirtschaftlichen Kräften die Ausnutzung von Synergieeffekten im strategischen, betriebswirtschaftlichen sowie aufsichtsrechtlichen Sinne, die sich aufgrund der stark ähnelnden Geschäftsmodelle ergeben. Mit ihrer konsequenten Ausrichtung auf die Genossenschaftliche FinanzGruppe wird die vereinigte Zentralbank die Zusammenarbeit mit den etwa 1.000 Genossenschaftsbanken zukunftsorientiert und aus einer Hand ausbauen.

Die DZ BANK AG erlangte per 28. Juni 2016 die Beherrschung nach IFRS 10 über die WGZ BANK AG. Beherrschung liegt vor, wenn die DZ BANK AG schwankenden Renditen aus ihrem Engagement an der WGZ BANK AG ausgesetzt ist, beziehungsweise

Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über die WGZ BANK AG zu beeinflussen. Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, werden alle Aspekte und Umstände einbezogen (unter anderem Zustimmung der entsprechenden Behörden). Nach deren Würdigung fand die Erlangung der Beherrschung 30 Tage vor der Eintragung ins Handelsregister und der damit zivilrechtlich wirksam werdenden Verschmelzung statt. Unter Berücksichtigung der 30-tägigen Einberufungsfrist der Hauptversammlung und unter Annahme, dass die Handelsregistereintragung nicht verschoben wird, musste bereits ab dem 28. Juni 2016 davon ausgegangen werden, dass es den WGZ BANK Aktionären nicht mehr möglich sein wird, eine Hauptversammlung für die WGZ BANK AG bis zum 29. Juli 2016 einzuberufen. Ab diesem Zeitpunkt waren vielmehr die Rechte der DZ BANK Aktionäre als substantiell einzustufen. Damit ging die Fähigkeit zur Lenkung der maßgeblichen Tätigkeiten des WGZ BANK Konzerns zu diesem Zeitpunkt auf die DZ BANK Aktionäre über.

Nach Erlangung der Beherrschung wurde die Transaktion zum 28. Juni 2016 vollzogen. Aus Vereinfachungsgründen und aufgrund unwesentlicher Bewertungsunterschiede zwischen dem 28. Juni 2016 und dem 30. Juni 2016 erfolgte im Halbjahresfinanzbericht des DZ BANK Konzerns die Erstkonsolidierung des WGZ BANK Konzerns per 30. Juni 2016.

Nach IFRS 3 sind alle identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden des erworbenen Unternehmens zu ihrem beizulegenden Zeitwert im Erwerbszeitpunkt zu bewerten. Der sich ergebende negative Unterschiedsbetrag aus der übertragenen Gegenleistung und dem diese übersteigenden Saldo aus den übernommenen, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerten und Schulden wird als Ertrag aus dem Unternehmenszusammenschluss ergebniswirksam vereinnahmt und erhöht somit unmittelbar das Eigenkapital des DZ BANK Konzerns. Die DZ BANK AG bestimmte die übertragene Gegenleistung aus Kapitalerhöhung mittels der Discounted-Cashflow-Methode auf Basis der erwarteten künftigen Cashflows und der gewichteten Kapitalkosten nach IDW S 1 i. d. F. 2008 – *Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen*. Hingegen werden die beizulegenden Zeitwerte jedes einzelnen vorhandenen Vermögenswerts und jeder einzelnen Schuld unter Beachtung der Vorgaben nach IFRS 3 in Verbindung mit IFRS 13 ermittelt. Die Bewertung der nicht beherrschenden Anteile erfolgte auf Basis der Partial-Goodwill-Methode. Die nicht beherrschenden Anteile wurden dabei zum anteiligen neubewerteten Nettovermögen bewertet. Der aus dem Unternehmenszusammenschluss resultierende negative Unterschiedsbetrag beläuft sich auf 159 Mio. € und wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK ausgewiesen. Begründet ist der Ertrag im Wesentlichen durch die Nutzung unterschiedlicher Ermittlungsmethoden für die Bewertung der übertragenen Gegenleistung sowie die Bewertung der erworbenen Vermögenswerte und der übernommenen Verbindlichkeiten. Die übertragene Gegenleistung entspricht dem Unternehmenswert des WGZ BANK Konzerns, der gemäß den Regelungen des IDW S 1 i. d. F. 2008 – *Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen* ermittelt wird und auf den künftigen nachhaltigen Ertrag des WGZ BANK Konzerns als Gesamtunternehmen abzielt. Demgegenüber fordern die Regelungen des IFRS 3 in Verbindung mit IFRS 13 die Neubewertung jedes einzelnen Vermögenswerts und jeder einzelnen Schuld zum beizulegenden Zeitwert und damit verbunden die Aufdeckung von stillen Reserven beziehungsweise stillen Lasten.

Die folgende Übersicht zeigt die vorläufige Kaufpreisallokation nach IFRS 3 bezogen auf den Zeitpunkt der Erstkonsolidierung zum 30. Juni 2016.

Beizulegender Zeitwert der übertragenen Gegenleistung

in Mio. €	30.06.2016
Übertragene Gegenleistung aus Kapitalerhöhung der DZ BANK AG	4.730
Übertragene Gegenleistung in Höhe der von der WGZ BANK AG gehaltenen Anteile an der DZ BANK AG	5
Übertragene Gegenleistung	4.735

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten

in Mio. €	30.06.2016
Barreserve	215
Forderungen an Kreditinstitute	25.540
Forderungen an Kunden	43.315
Handelsaktiva	9.047
Finanzanlagen	23.884
Sachanlagen und Investment Property	127
Ertragsteueransprüche	497
Sonstige Aktiva	95
Summe der erworbenen Vermögenswerte	102.720
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.208
Verbriefte Verbindlichkeiten	21.212
Handelspassiva	10.695
Rückstellungen	325
Ertragsteuerverpflichtungen	21
Sonstige Passiva	76
Nachrangkapital	891
Summe der übernommenen Schulden	97.746
Erworbenes Nettovermögen	4.974

Ermittlung Unterschiedsbetrag

in Mio. €	30.06.2016
Erworbenes Nettovermögen	4.974
Abzüglich übertragene Gegenleistung	-4.735
Abzüglich negativem Wert der nicht beherrschenden Anteile	20
Abzüglich Wandelanleihe	-98
Abzüglich bereits zuvor gehaltener Anteile der DZ BANK AG an der WGZ BANK AG	-2
Negativer Unterschiedsbetrag	159

Die übertragene Gegenleistung wurde in Form einer Kapitalerhöhung der DZ BANK AG durch Ausgabe von 482.181.550 auf den Namen lautenden Stückaktien mit einem Nominalwert von 1.253.672.030,00 € sowie durch Auskehrung von der WGZ BANK AG gehaltener Anteile an der DZ BANK AG mit einem Nominalwert von 1.306.663,80 € an die Alt-Aktionäre der WGZ BANK AG gezahlt. Die Kapitalerhöhung wurde aus wirtschaftlichen Gründen zeitgleich mit der Erstkonsolidierung zum 30. Juni 2016 erfasst. Die rechtliche Wirkung der Kapitalerhöhung entstand mit der Eintragung ins Handelsregister per 29. Juli 2016.

Die durch den Unternehmenszusammenschluss zwischen der DZ BANK AG und der WGZ BANK AG erworbenen Forderungen wurden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterteilt. Dabei betrug zum 30. Juni 2016 der beizulegende Zeitwert der erworbenen Forderungen an Kreditinstitute 25.540 Mio. €. Der Bruttobetrag der Forderungen an Kreditinstitute belief sich auf 25.254 Mio. €. Die erworbenen Forderungen an Kunden wiesen zum 30. Juni 2016 einen beizulegenden Zeitwert in Höhe von 43.315 Mio. € auf. Der entsprechende Bruttobetrag betrug 40.798 Mio. €. Es wurden insgesamt 147 Mio. € an vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen als uneinbringlich angesehen.

Der beizulegende Zeitwert der erworbenen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses betrug zum 30. Juni 2016 insgesamt 68.855 Mio. € und beinhaltete im Wesentlichen Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite in Höhe von 23.304 Mio. € sowie Kommunalkredite in Höhe von 13.457 Mio. €. Der Bruttobetrag der vertraglichen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden belief sich insgesamt auf 66.052 Mio. €. Im Wesentlichen setzte sich dieser aus den Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite in Höhe von 22.097 Mio. € sowie Kommunalkredite in Höhe von 11.312 Mio. € zusammen.

Die als uneinbringlich angesehenen vertraglich vereinbarten Zahlungsströme entfielen im Wesentlichen auf die Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite in Höhe von 62 Mio. € sowie Geldmarktgeschäfte in Höhe von 62 Mio. €.

Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses wurden keine Eventualschulden identifiziert, die als Verbindlichkeit zu passivieren sind.

Zum Erwerbszeitpunkt bestanden Geschäftsbeziehungen zwischen dem DZ BANK Konzern und dem WGZ BANK Konzern, die gemäß IFRS 3.51 vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehende Geschäftsbeziehungen darstellten. Dazu gehörten Geschäfte mit auf den Namen lautenden nicht derivativen und derivativen Finanzinstrumenten (im Wesentlichen Darlehen, Namenspapiere und Derivate), welche aufgrund von Refinanzierungen, Geldanlagen und Absicherungen abgeschlossen worden waren. Die Darlehen sowie Namenspapiere wurden vor dem vollzogenen Unternehmenszusammenschluss teilweise zu ihren Anschaffungskosten bewertet und in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Hingegen wurden die Derivate zum beizulegenden Zeitwert bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva und Handelspassiva sowie Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ausgewiesen. Sofern die Erfüllung der vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehenden Geschäftsbeziehungen vorlag, erfolgte eine Ermittlung des Erfüllungsbetrags zum beizulegenden Zeitwert.

Zum Erwerbszeitpunkt führte die Erfüllung dieser vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehenden Geschäftsbeziehungen zu einem Ertrag in Höhe von 344 Mio. €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss

WGZ BANK ausgewiesen wird. Das Volumen der vor dem Unternehmenszusammenschluss bestehenden Geschäftsbeziehungen umfasst 6.544 Mio. € und erhöhte die übertragene Gegenleistung sowie das erworbene Nettovermögen.

Hätte der Unternehmenszusammenschluss bereits zu Beginn des Geschäftsjahres stattgefunden, so hätte der WGZ BANK Konzern voraussichtlich einen zusätzlichen Zins- und Provisionsertrag in Höhe von 1.091 Mio. € sowie ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 183 Mio. € zur Gewinn- und Verlustrechnung des DZ BANK Konzerns beigetragen. Dieser Betrag beruht auf dem vom WGZ BANK Konzern als eigenständiger Konzern ermittelten IFRS-Ergebnis für das erste Halbjahr 2016. Nicht berücksichtigt sind Effekte aus der Konsolidierung.

Infolge des Unternehmenszusammenschlusses zwischen der DZ BANK AG und der WGZ BANK AG werden Aufwendungen für Restrukturierungen in Höhe von -247 Mio. € im Posten Ergebnis aus Unternehmenszusammenschluss WGZ BANK erfasst.

Durch die Fusion mit der WGZ BANK AG war die DZ BANK AG zunächst mit 36,4 Prozent an der DZ Holding GmbH & Co. KG (DZ Holding) beteiligt, sodass aufgrund des bestehenden maßgeblichen Einflusses grundsätzlich eine Bilanzierung im Konzernabschluss nach der Equity-Methode gemäß IAS 28 *Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen* in Höhe von 915 Mio. € sowie ein damit verbundener Ausweis unter den Finanzanlagen geboten gewesen wäre. Der einzige Geschäftszweck der DZ Holding bestand im Erwerb sowie der Verwaltung von direkten und indirekten Beteiligungen an der DZ BANK AG, sodass die DZ BANK AG mittelbar über die DZ Holding eigene Anteile hielt, die nicht unter die Konsolidierungspflicht des IAS 32.33 fallen. Sowohl unter Zugrundelegung einer wirtschaftlichen als auch einer rechtlichen Betrachtungsweise lagen aus Sicht der DZ BANK AG durch den Erwerb der WGZ BANK AG faktisch eigene Aktien vor. In der Konsequenz entsprach wirtschaftlich und rechtlich gesehen die Position der DZ BANK AG derjenigen Position, die sie gehabt hätte, wenn sie direkt eigene Anteile erworben hätte und ihr daraus keine Verwaltungs- und Vermögensrechte zustehen würden. Im Dezember 2016 trat die DZ BANK AG als Kommanditist bei der DZ Holding aus. In der Folge wurden die DZ BANK Aktien an die DZ BANK AG übertragen und kürzen nunmehr als eigene Anteile das Eigenkapital in Höhe von 916 Mio. €.

Da die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, sind die durchgeführte Allokation des Kaufpreises nach IFRS 3 sowie die daraus resultierende Ermittlung zum beizulegenden Zeitwert für die erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Schulden noch vorläufig. Entsprechend können sich noch Veränderungen bei der endgültigen Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte ergeben.

Im Vorjahr wurden im Teilkonzern UMH 100 Prozent der Kapitalanteile der Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien, erworben, die zum 31. Dezember 2015 in die Union Investment Austria GmbH umfirmiert wurde. Mittelbar wurde mit dieser Transaktion eine 94,5-prozentige Beteiligung an der Immo Kapitalanlage AG, Wien, erworben. Grund des Unternehmenszusammenschlusses ist die strategische Erschließung des österreichischen Absatzmarkts. Der Kaufpreis betrug 50 Mio. € und wurde als Barzahlung entrichtet. Davon entfielen 13,6 Mio. € auf den beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistungen für den Erwerb der Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. und 36,4 Mio. € auf den Erwerb von Exklusivvertriebs- und Exklusivitätsrechten von Produkten der Union Investment Gruppe. Das Nettovermögen zum beizulegenden Zeitwert betrug zum Erwerbszeitpunkt 14,2 Mio. €. Dieses gliederte sich in finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 19,9 Mio. €, immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 5,7 Mio. €, Ertragsteueransprüche

in Höhe von 1 Mio. €, Sonstige Aktiva in Höhe von 1,2 Mio. € sowie finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von 2,5 Mio. €, Rückstellungen in Höhe von 4,4 Mio. €, Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 1,4 Mio. € und Sonstige Passiva in Höhe von 5,3 Mio. €. Die nicht beherrschenden Anteile betragen 0,6 Mio. €.

Im Teilkonzern R+V wurde im Vorjahr eine Immobilie in Form eines Asset Deals erworben. Grund für den Kauf war das Halten der Immobilie als Kapitalanlage der Versicherung. Der Kaufpreis betrug 165 Mio. € und wurde als Barzahlung entrichtet.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden entsprechend den Geschäftssegmenten des DZ BANK Konzerns zugeordnet, welche jeweils zahlungsmittelgenerierende Einheiten darstellen. Die Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen am Abschlussstichtag wie im Vorjahr mit 128 Mio. € auf das Segment Teilkonzern DZ PRIVATBANK, mit 39 Mio. € auf das Segment Teilkonzern UMH sowie mit 2 Mio. € auf das Segment TeamBank. Auf die Segmente DZ BANK, Teilkonzern BSH, DG HYP, Teilkonzern DVB, Teilkonzern R+V sowie Teilkonzern VR LEASING entfallen wie im Vorjahr keine Geschäfts- oder Firmenwerte.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden regelmäßig im letzten Quartal des Geschäftsjahres auf eine mögliche Wertminderung geprüft. Sofern Anhaltspunkte für eine mögliche Wertminderung vorliegen, wird der Werthaltigkeitstest häufiger durchgeführt. Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wird der Buchwert der Geschäfts- oder Firmenwert tragenden Einheiten mit dem jeweiligen erzielbaren Betrag verglichen. Der Buchwert entspricht dem auf die Geschäfts- oder Firmenwert tragende Einheit entfallenden Eigenkapital. Für diese Betrachtung werden die Geschäfts- oder Firmenwerte jeweils fiktiv um den auf die nicht beherrschenden Anteile entfallenden Betrag erhöht. Sofern der erzielbare Betrag den Buchwert übersteigt, besteht kein Wertberichtigungsbedarf für die Geschäfts- oder Firmenwerte. Als erzielbarer Betrag wird jeweils der Nutzungswert der Geschäfts- oder Firmenwert tragenden Einheit ermittelt. Basis hierfür ist die 4-Jahres-Planung für den DZ BANK Konzern, aus der erwartete zukünftige Zahlungsströme abgeleitet werden.

Der Bestimmung der Grundannahmen liegt eine Gesamtwürdigung aus vergangenen Erfahrungen, aktuellen Markt- und Wirtschaftsverhältnissen sowie Einschätzungen künftiger Marktentwicklungen zugrunde. In dem der 4-Jahres-Planung zugrunde liegenden makroökonomischen Szenario wird für Deutschland und die übrigen Länder der europäischen Währungsunion vom Beginn einer konjunkturellen Erholungsphase ausgegangen. In dem Szenario wird sowohl für den Euro-Raum als auch für den US-Dollar-Raum eine zunehmende Inflation unterstellt. Eine entsprechende Anpassung der Leitzinssätze durch die Zentralbanken wird mit einiger Verzögerung erwartet. Für Staatsanleihen der Euro-Peripheriestaaten wird in dem Szenario von einem allmählichen Rückgang der Risikoaufschläge ausgegangen.

Bei der Schätzung der über den 4-Jahres-Zeitraum hinausgehenden Zahlungsströme wurden wie im Vorjahr konstante Wachstumsraten in Höhe von 1,0 Prozent für die folgenden Segmente berücksichtigt: Segment Teilkonzern DZ PRIVATBANK, Segment Teilkonzern UMH sowie Segment TeamBank.

Der Nutzungswert der Geschäfts- oder Firmenwert tragenden Einheit ergibt sich durch Abzinsung dieser Zahlungsströme auf den Zeitpunkt des Werthaltigkeitstests. Hierfür wurden im Geschäftsjahr folgende auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelte Diskontierungsfaktoren (vor Steuern) verwendet: Segment Teilkonzern DZ PRIVATBANK 13,66 Prozent (Vorjahr: 13,46 Prozent), Segment Teilkonzern UMH 13,66 Prozent (Vorjahr: 13,46 Prozent) sowie Segment TeamBank 13,66 Prozent (Vorjahr: 13,48 Prozent).

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen werden die für die Ermittlung der Nutzungswerte besonders relevanten Parameter innerhalb plausibler Bandbreiten verändert. Die besonders relevanten Parameter für den DZ BANK Konzern sind die prognostizierten Zahlungsströme und die Diskontierungsfaktoren. Für die Segmente TeamBank, Teilkonzern DZ PRIVATBANK sowie Teilkonzern UMH ergäbe sich in keinem der Szenarios ein Wertberichtigungsbedarf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

» 90
Leasingverhältnisse

DZ BANK KONZERN ALS LEASINGGEBER

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bruttoinvestitionswert	3.498	4.025
Bis zu 1 Jahr	1.111	1.188
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2.072	2.337
Länger als 5 Jahre	315	500
Abzüglich noch nicht realisierten Finanzertrags	-328	-397
Nettoinvestitionswert	3.170	3.628
Abzüglich Barwert der nicht garantierten Restwerte	-70	-90
Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	3.100	3.538
Bis zu 1 Jahr	971	1.038
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	1.853	2.071
Länger als 5 Jahre	276	429

Die kumulierten Wertberichtigungen für ausstehende Mindestleasingzahlungen bei Leasinggebern betragen zum Abschlussstichtag 32 Mio. € (Vorjahr: 41 Mio. €).

Im DZ BANK Konzern sind die Teilkonzerne DVB und VR LEASING als Leasinggeber tätig. Die Unternehmen des Teilkonzerns DVB schließen vor allem Finanzierungs-Leasingverträge für Schiffe, Schiffscontainer und Flugzeuge ab. Die Gesamtlaufzeit dieser Leasingverhältnisse beträgt wie im Vorjahr bis zu 10 Jahre. Die Gesellschaften des Teilkonzerns VR LEASING schließen mit Kunden überwiegend Leasingverträge über Mobilien ab.

DZ BANK KONZERN ALS LEASINGNEHMER

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbetrag der künftigen Mindestleasingzahlungen	-	37
Bis zu 1 Jahr	-	3
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	-	12
Länger als 5 Jahre	-	22
Abzüglich Abzinsungsbetrag	-	-10
Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	-	27
Bis zu 1 Jahr	-	3
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	-	9
Länger als 5 Jahre	-	15

In den übrigen sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen wurden im Vorjahr geleaste Sachanlagen in Höhe von 22 Mio. € erfasst. In den sonstigen Verbindlichkeiten der Versicherungsunternehmen waren im Vorjahr Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen in Höhe von 27 Mio. € enthalten.

Zum Ende des Geschäftsjahres bestehen keine Finanzierungs-Leasingnehmerverträge.

Operating-Leasingverhältnisse

DZ BANK KONZERN ALS LEASINGGEBER

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbetrag der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen	810	786
Bis zu 1 Jahr	134	141
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	415	424
Länger als 5 Jahre	261	221

Im Geschäftsjahr werden bedingte Mindestleasingzahlungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) als Erträge erfasst.

Im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen schließen Unternehmen des Teilkonzerns DVB Verträge als Leasinggeber für Schiffe und Flugzeuge ab. Die Leasinglaufzeiten betragen am Abschlussstichtag bei Schiffen wie im Vorjahr bis zu 9 Jahre und bei Flugzeugen wie im Vorjahr bis zu 5 Jahre. Die Gesellschaften der VR LEASING schließen mit Kunden überwiegend Leasingverträge über Mobilien ab. Darüber hinaus werden Mietverträge für Wohn- und Geschäftsräume abgeschlossen, die teilweise Verlängerungsoptionen enthalten.

DZ BANK KONZERN ALS LEASINGNEHMER

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbetrag der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen	713	607
Bis zu 1 Jahr	114	123
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	347	336
Länger als 5 Jahre	252	148

Die Summe der künftigen Mindestzahlungen, deren Erhalt aufgrund unkündbarer Untermietverhältnisse am Abschlussstichtag erwartet wird, beträgt 14 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

Im Geschäftsjahr werden Mindestleasingzahlungen in Höhe von -114 Mio. € (Vorjahr: -125 Mio. €) und bedingte Mietzahlungen in Höhe von -22 Mio. € (Vorjahr: -27 Mio. €) als Aufwendungen erfasst.

Die Operating-Leasingverhältnisse im DZ BANK Konzern beziehen sich auf die Anmietung von Objekten und Geschäftsräumen, die teilweise Verlängerungsoptionen enthalten oder deren Mietzahlungen an einen Preisindex gebunden sind. Darüber hinaus bestehen Leasingvereinbarungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung, deren Mietzahlungen teilweise abhängig sind von der Anzahl der genutzten Hardware sowie von der Anzahl der zur Verfügung gestellten Lizenzen.

Sale and Lease Back-Transaktionen

Im DZ BANK Konzern, insbesondere von einzelnen Konzerngesellschaften der VR LEASING, werden Sale and Lease Back-Verträge abgeschlossen. Diese Verträge werden in Abhängigkeit von der Vertragsgestaltung der Transaktionen als Finanzierungs- oder als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert.

Die DZ BANK trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, im Rahmen ihrer Anteilsquote für die in den Konzernabschluss einbezogene DZ PRIVATBANK sowie gesamthaft für die DG HYP, die DZ BANK IRELAND, die VR Equitypartner und die WL BANK dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können. Diese Unternehmen sind in der in Abschnitt 101 dargestellten Liste des Anteilsbesitzes des DZ BANK Konzerns als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet. Darüber hinaus bestehen jeweils nachrangige Patronatserklärungen gegenüber der DZ BANK Capital Funding LLC I, der DZ BANK Capital Funding LLC II und der DZ BANK Capital Funding LLC III, jeweils Wilmington. Des Weiteren existieren 5 nachrangige Patronatserklärungen der DZ BANK gegenüber der DZ BANK Perpetual Funding (Jersey) Limited, St. Helier, Jersey, in Bezug auf jeweils verschiedene Klassen von Vorzugsanteilen.

» 91
Patronats-
erklärungen

Der durchschnittliche Personalbestand beträgt nach Gruppen:

» 92
Beschäftigte

	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiterinnen	13.305	13.887
Vollzeitbeschäftigte	8.408	8.901
Teilzeitbeschäftigte	4.897	4.986
Mitarbeiter	16.036	16.142
Vollzeitbeschäftigte	15.196	15.316
Teilzeitbeschäftigte	840	826
Insgesamt	29.341	30.029

Zum 30. Juni 2016 erfolgte ein Zugang von 1.712 Mitarbeitern aus dem Unternehmenszusammenschluss mit der WGZ BANK. Dieser ist im durchschnittlichen Personalbestand zeitanteilig berücksichtigt. Ein Abgang von 4 Tochtergesellschaften des R+V Teilkonzerns per 1. Januar 2016 wirkte sich dagegen reduzierend auf den Personalbestand aus.

Das vom Konzernabschlussprüfer Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, berechnete Gesamthonorar für das Geschäftsjahr setzt sich getrennt nach Dienstleistungsarten wie folgt zusammen:

» 93
Abschlussprüfer-
honorar

in Mio. €	2016	2015
Abschlussprüfungsleistungen	14,0	10,7
Andere Bestätigungsleistungen	4,7	4,5
Steuerberatungsleistungen	0,2	–
Sonstige Leistungen	4,5	3,5
Insgesamt	23,4	18,7

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen umfassen die Aufwendungen für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts der DZ BANK sowie für die Prüfungen der Jahresabschlüsse und Lageberichte der DZ BANK und der in den Konzernabschluss einbezogenen und vom Konzernabschlussprüfer geprüften Tochterunternehmen. In den anderen Bestätigungsleistungen sind berechnete Honorare für die Prüfung nach § 36 Wertpapierhandelsgesetz, für die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses, des Konzernzwischenlageberichts und der Quartalsabschlüsse sowie für Leistungen, bei denen das Berufssiegel geführt wird oder geführt werden kann, enthalten. Die sonstigen Leistungen enthalten die Honorare für die Prüfung von Sondervermögen der UMH sowie Beratungsleistungen.

Die Vergütungen des Vorstands der DZ BANK im Konzern betragen gemäß IAS 24.17 im Geschäftsjahr 15,5 Mio. € (Vorjahr: 10,7 Mio. €). Diese untergliedern sich in kurzfristig fällige Leistungen in Höhe von 9,8 Mio. € (Vorjahr: 7,1 Mio. €), Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) sowie anteilsbasierte Vergütungen in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €). In den Vergütungen des Vorstands des Geschäftsjahres und des Vorjahres ist der dem Vorstand für das jeweilige Geschäftsjahr gewährte Gesamtbonus enthalten. Die Vergütungen für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) und stellen kurzfristig fällige Leistungen dar.

» 94
Vergütungen des
Vorstands und des
Aufsichtsrats
der DZ BANK

In den Vergütungen für den Vorstand sind 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) Beiträge für beitragsorientierte Versorgungspläne enthalten. Es bestehen leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen für die Vorstandsmitglieder in Höhe von 53,6 Mio. € (Vorjahr: 26,0 Mio. €).

Die für die Wahrnehmung der Aufgaben in der DZ BANK und den Tochterunternehmen gewährten Gesamtbezüge des Vorstands der DZ BANK gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6a HGB belaufen sich im Geschäftsjahr auf 12,2 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €) und für den Aufsichtsrat auf 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €).

Die Gesamtbezüge der ehemaligen Vorstände und ihrer Hinterbliebenen gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6b HGB betragen 9,9 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €). Es bestehen leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstände und ihre Hinterbliebenen in Höhe von 164,8 Mio. € (Vorjahr: 117,8 Mio. €).

Die Unternehmen des DZ BANK Konzerns haben mit ihren Vorstandsmitgliedern sowie mit bestimmten anderen Angestellten anteilsbasierte Vergütungsvereinbarungen getroffen.

» 95
Anteilsbasierte
Vergütungs-
transaktionen

Die DZ BANK hat mit ihren Vorstandsmitgliedern und einer Gruppe von ausgewählten Angestellten (Risk Taker) Vereinbarungen über die Zahlung einer mehrjährigen variablen Vergütung getroffen. Die Höhe der variablen Vergütung hängt von der Erreichung vereinbarter Ziele ab. 80 Prozent der variablen Vergütung werden über einen Zeitraum von bis zu 4 Jahren nach deren Festsetzung (Gewährung) zurückbehalten. Die Auszahlung wird über einen Zeitraum von insgesamt bis zu 4 Jahren unter Berücksichtigung von Zurückhalte- und Verfügungssperrfristen verteilt. In den Folgejahren kommt jeweils bis zu ein Viertel des zurückbehaltenen Anteils zur Auszahlung. Der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung kann bei negativer Entwicklung des Werts der DZ BANK Aktie oder bei negativen Erfolgsbeiträgen der DZ BANK, einzelner Bereiche oder bei individuellen negativen Erfolgsbeiträgen reduziert oder ganz abgeschmolzen werden. Bei einer positiven Wertentwicklung der DZ BANK Aktie erfolgt keine Erhöhung der zurückbehaltenen Anteile. Für Vorstandsmitglieder wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung um die Hälfte reduziert, falls der Wert der DZ BANK Aktie zwischen 7,5 Prozent und 12,5 Prozent sinkt. Bei einem Absinken des Werts um über 12,5 Prozent wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung gestrichen. Für Risk Taker wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung um ein Viertel reduziert, falls sich der Wert der DZ BANK Aktie zwischen 15 Prozent und 20 Prozent vermindert. Bei einem Absinken des Werts der DZ BANK Aktie zwischen 20 Prozent und 25 Prozent wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung um die Hälfte reduziert. Bei einem Absinken des Werts um über 25 Prozent wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung vollständig gestrichen. Falls die Entwicklung des Werts der DZ BANK Aktie oberhalb der genannten Schwellenwerte liegt, führt dies nicht zu einem Abschmelzen der zurückbehaltenen Anteile der variablen Vergütung. Der Wert der DZ BANK Aktie wird jährlich mittels einer unabhängigen Unternehmensbewertung festgestellt. Ausgehend von einem Wert je DZ BANK Aktie in Höhe von 9,00 € zum 31. Dezember 2014, einem Wert in Höhe von 9,10 € zum 31. Dezember 2015 und einem Wert in Höhe von 9,15 € zum 31. Dezember 2016 ist derzeit von einer Auszahlung zurückbehaltener Vergütungen in voller Höhe auszugehen.

In folgender Übersicht wird die Entwicklung nicht ausbezahlter anteilsbasierter Vergütungsbestandteile bei der DZ BANK dargestellt:

in Mio. €	Vorstand	Risk Taker
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 01.01.2015	2,7	3,8
Gewährte Vergütung	1,2	2,8
Auszahlung im Geschäftsjahr 2014 gewährter Vergütung	-0,3	-0,4
Auszahlung von in Vorjahren gewährter Vergütung	-0,7	-0,8
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2015	2,9	5,4
Gewährte Vergütung	1,1	9,6
Auszahlung im Geschäftsjahr 2015 gewährter Vergütung	-0,3	-0,7
Auszahlung von in Vorjahren gewährter Vergütung	-0,7	-0,8
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2016	3,0	13,5

Die Gewährung der anteilsbasierten Vergütung erfolgt jeweils im Folgejahr der Erdienung.

Bei der DZ PRIVATBANK wurde mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern eine Vereinbarung über variable Vergütungsbestandteile geschlossen, die in ihrer Gestaltung grundsätzlich der Vereinbarung mit den Vorstandsmitgliedern der DZ BANK entspricht. Die Bemessung der variablen Vergütungsbestandteile erfolgt anhand des Unternehmenswerts der DZ PRIVATBANK. Für die Auszahlung der zurückbehaltenen Anteile der variablen Vergütung gelten folgende Schwellenwerte: Falls der Unternehmenswert der DZ PRIVATBANK zwischen 10 Prozent und 15 Prozent sinkt, wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung um die Hälfte reduziert. Bei einem Absinken des Werts um mehr als 15 Prozent wird der zurückbehaltene Anteil der variablen Vergütung vollständig gestrichen. Der Unternehmenswert wird jährlich mittels einer unabhängigen Unternehmensbewertung festgestellt.

In folgender Übersicht wird die Entwicklung nicht ausbezahlter anteilsbasierter Vergütungsbestandteile bei der DZ PRIVATBANK dargestellt:

in Mio. €	Vorstand
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 01.01.2015	2,6
Gewährte Vergütung	0,9
Auszahlung im Geschäftsjahr 2014 gewährter Vergütung	-0,2
Auszahlung von in Vorjahren gewährter Vergütung	-0,6
Kürzung anteilsbasierter Vergütung	-0,1
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2015	2,6
Gewährte Vergütung	0,7
Auszahlung im Geschäftsjahr 2015 gewährter Vergütung	-0,1
Auszahlung von in Vorjahren gewährter Vergütung	-0,3
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2016	2,9

Die variablen Vergütungsbestandteile des Vorstands der R+V hängen von der Erreichung quantitativer und qualitativer Ziele ab. Die Hälfte der variablen Vergütung steht in Abhängigkeit zur Entwicklung des Unternehmenswerts der R+V innerhalb der vergangenen 3 Geschäftsjahre. Der Unternehmenswert der R+V wird hierzu gemäß den Ausführungen in IDW S 1 *Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen* ermittelt. Bei einer negativen Entwicklung des Unternehmenswerts entscheidet der Aufsichtsrat je nach Ausmaß der negativen Entwicklung darüber, ob und inwieweit dieser Anteil der variablen Vergütung ausgezahlt wird.

Nicht ausbezahlte Vergütungsbestandteile haben sich bei der R+V wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Vorstand
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 01.01.2015	1,0
Gewährte Vergütung	1,0
Auszahlung im Geschäftsjahr 2014 gewährter Vergütung	-1,0
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2015	1,0
Gewährte Vergütung	1,2
Auszahlung im Geschäftsjahr 2015 gewährter Vergütung	-1,0
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2016	1,2

Bei der DVB umfassen die variablen Gehaltszahlungen an den Vorstand und die Risk Taker einen Bonus, der auf Grundlage von Zielvereinbarungen vom Aufsichtsrat jährlich festgelegt wird. Die Auszahlung erfolgt gestaffelt über die dem relevanten Geschäftsjahr folgenden 4 Jahre.

Die jeweiligen Auszahlungen sind an bestimmte Bedingungen (zum Beispiel ungekündigtes Dienstverhältnis) und Malusregelungen (zum Beispiel Einhaltung interner Richtlinien) geknüpft. Für alle 4 Bonusteile gilt darüber hinaus, dass 50 Prozent jeder Tranche einer ergänzenden einjährigen Haltefrist unterliegen und somit nicht direkt ausgezahlt werden. Während dieser Haltefrist wird der Wert der zurückgehaltenen Tranche durch ein anteilsbasiertes Vergütungsinstrument ersetzt, das an die Wertentwicklung der DVB gekoppelt ist. Dabei wird der Betrag der zurückbehaltenen Tranche zunächst in fiktive Aktien der DVB gewandelt (phantom shares). Die zur Auszahlung gelangende Tranche errechnet sich am Ende des folgenden Jahres aus der Multiplikation der zugeteilten fiktiven Aktien mit dem Kurs der Aktie der DVB, der an der Frankfurter Wertpapierbörse ermittelt wird, zuzüglich der unterjährig ausgeschütteten Dividende.

Im Geschäftsjahr wurden 67.179 phantom shares (Vorjahr: 58.922) als Bonus aus früheren Geschäftsjahren gewährt. Der beizulegende Zeitwert der gewährten fiktiven Aktien am Abschlusstichtag beträgt 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €).

In folgender Übersicht wird die Entwicklung nicht ausbezahlter anteilsbasierter Vergütungsbestandteile bei der DVB dargestellt:

in Mio. €	Vorstand	Risk Taker
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 01.01.2015	0,5	0,0
Gewährte Vergütung	0,3	1,1
Auszahlung im Geschäftsjahr 2014 gewährter Vergütung	-0,3	0,0
Auszahlung von in Vorjahren gewährter Vergütung	-0,2	0,0
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2015	0,3	1,1
Gewährte Vergütung	0,2	1,5
Auszahlung im Geschäftsjahr 2015 gewährter Vergütung	-0,1	-1,2
Auszahlung von in Vorjahren gewährter Vergütung	-0,2	0,0
Nicht ausbezahlte anteilsbasierte Vergütung zum 31.12.2016	0,2	1,4

Auf Grundlage der oben dargestellten Vereinbarungen ergeben sich für den DZ BANK Konzern im Geschäftsjahr Aufwendungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen in Höhe von -14,7 Mio. € (Vorjahr: -14,3 Mio. €). Die Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen belaufen sich im DZ BANK Konzern zum Ende des Geschäftsjahres auf 39,7 Mio. € (Vorjahr: 23,9 Mio. €).

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen abgeschlossen. Sämtliche Geschäfte werden zu marktüblichen Konditionen getätigt. Bei diesen Geschäften handelt es sich im Wesentlichen um typische Bankprodukte und Finanzdienstleistungen.

» 96
Beziehungen zu
nahestehenden
Unternehmen und
Personen

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	86	14
an Gemeinschaftsunternehmen	86	14
Forderungen an Kunden	111	89
an Tochterunternehmen	40	33
Gemeinschaftsunternehmen	23	20
assoziierte Unternehmen	46	36
sonstige nahestehende Unternehmen	2	–
Handelsaktiva	2	–
von sonstigen nahestehenden Unternehmen	2	–
Finanzanlagen	2	2
von Tochterunternehmen	2	2
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	92	219
von Tochterunternehmen	92	122
Gemeinschaftsunternehmen	–	97
Sonstige Aktiva	17	13
von Tochterunternehmen	16	13
assoziierten Unternehmen	1	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	94	1.401
gegenüber Tochterunternehmen	–	11
Gemeinschaftsunternehmen	94	1.390
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	213	170
gegenüber Tochterunternehmen	202	153
Gemeinschaftsunternehmen	–	3
assoziierten Unternehmen	11	14
Sonstige Passiva	24	76
von Tochterunternehmen	13	40
Gemeinschaftsunternehmen	8	3
assoziierten Unternehmen	–	7
Versorgungsplänen zugunsten der Arbeitnehmer	3	26
Nachrangkapital	13	10
von Versorgungsplänen zugunsten der Arbeitnehmer	13	10

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Finanzgarantien	9	1
gegenüber Tochterunternehmen	9	1
Kreditzusagen	47	19
an Tochterunternehmen	40	18
Gemeinschaftsunternehmen	–	1
assoziierte Unternehmen	7	–

Aus Geschäften mit nahestehenden Unternehmen sind im Zinsüberschuss Erträge in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €), im Provisionsüberschuss Aufwendungen in Höhe von -2 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €) und im Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnis der Versicherungsunternehmen Aufwendungen in Höhe von -10 Mio. € (Vorjahr: -3 Mio. €) enthalten.

Geschäfte mit nahestehenden Personen

Nahestehende Personen sind Personen in Schlüsselpositionen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der DZ BANK direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind, sowie deren nahe Familienangehörige. Im DZ BANK Konzern werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen gezählt. Zum Ende des Geschäftsjahres bestehen im DZ BANK Konzern Kredite, Darlehen und Kreditzusagen in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) an nahestehende Personen.

Darüber hinaus haben Personen in Schlüsselpositionen und deren nahe Familienangehörige ebenso wie nicht nahestehende Personen die Möglichkeit, weitere Finanzdienstleistungen des DZ BANK Konzerns, zum Beispiel in Form von Versicherungs-, Bauspar- und Leasingverträgen, in Anspruch zu nehmen. Soweit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, wurden die Geschäfte zu marktgerechten Konditionen abgeschlossen.

Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten DVB haben eine Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese wurde am 2. Dezember 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht und der Öffentlichkeit auf der unternehmens-eigenen Internetseite der DVB dauerhaft zugänglich gemacht.

Wolfgang Kirsch

(Vorsitzender des Vorstands)
Dezernent für Recht; Kommunikation,
Marketing, Nachhaltigkeit;
Konzern-Revision

Hans-Bernd Wolberg

(Stellvertreter des Vorsitzenden des
Vorstands seit 29. Juli 2016)
Dezernent für GenoBanken/Verbund

» 98
Vorstand

Uwe Berghaus

(Mitglied des Vorstands seit 29. Juli 2016)
Dezernent für Investitionsförderung;
Firmenkundengeschäft Nord und Ost;
Firmenkundengeschäft West

Dr. Christian Brauckmann

(Mitglied des Vorstands seit 29. Juli 2016)
Dezernent für IT; Organisation

Lars Hille

Dezernent für Kapitalmärkte Handel Frank-
furt; Kapitalmärkte Handel Düsseldorf;
Kapitalmärkte Privatkunden

Wolfgang Köhler

Dezernent für Kapitalmärkte
Institutionelle Kunden

Karl-Heinz Moll

(Mitglied des Vorstands seit 29. Juli 2016)
Dezernent für Research und Volkswirtschaft;
Konzern-Treasury

Dr. Cornelius Riese

Dezernent für Konzern-Finanzen;
Konzern-Strategie und Controlling

Michael Speth

(Mitglied des Vorstands seit 29. Juli 2016)
Dezernent für Konzern-Risikocontrolling

Thomas Ullrich

Dezernent für Transaction Management;
Operations; Payments & Accounts;
Konzern-Personal

Frank Westhoff

Dezernent für Compliance; Kredit;
Kredit Spezial

Stefan Zeidler

Dezernent für Firmenkundengeschäft Mitte;
Firmenkundengeschäft Bayern; Firmenkun-
dengeschäft Baden-Württemberg;
Strukturierte Finanzierung

Helmut Gottschalk

(Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Sprecher des Vorstands
Volksbank Herrenberg-Nagold-
Rottenburg eG

» 99
Aufsichtsrat

Ulrich Birkenstock

(Stellvertreter des Vorsitzenden
des Aufsichtsrats)
Versicherungsangestellter
R+V Allgemeine Versicherung AG

Werner Böhnke

(Stellvertreter des Vorsitzenden
des Aufsichtsrats seit 22. Juni 2016)
Bankdirektor i. R.

Henning Deneke-Jöhrens

(Stellvertreter des Vorsitzenden
des Aufsichtsrats bis 22. Juni 2016)
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank eG Hildesheim-Lehrte-
Pattensen

Heiner Beckmann

Leitender Angestellter
R+V Allgemeine Versicherung AG

Hermann Buerstedde

Bankangestellter
Union Asset Management Holding AG

Martin Eul

(Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. Juni 2016)
Vorsitzender des Vorstands
Dortmunder Volksbank eG

Uwe Fröhlich

Präsident
Bundesverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)

Uwe Goldstein

(Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. Juni 2016)
Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank Frechen-Hürth eG

Dr. Peter Hanker

(Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. Juni 2016)
Sprecher des Vorstands
Volksbank Mittelhessen eG

Andrea Hartmann

Angestellte
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Pilar Herrero Lerma

Bankangestellte
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Dr. Dierk Hirschel

Bereichsleiter Wirtschaftspolitik
ver.di Bundesverwaltung

Klaus Holderbach

(Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. Juni 2016)
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Franken eG

Bernd Hühn

(Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. Juni 2016)
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Alzey-Worms eG

Renate Mack

Bankangestellte
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Rainer Mangels

Versicherungsangestellter
R+V Rechtsschutz-
Schadenregulierungs-GmbH

Stephan Schack

Sprecher des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank eG, Itzehoe

Uwe Spitzbarth

Bereichsleiter Finanzdienstleistungen
ver.di Bundesverwaltung

Dr. Wolfgang Thomasberger

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank Rhein-Neckar eG

Dieter Rembde

(Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. Juni 2016)
Bankdirektor i. R.

Gregor Scheller

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Forchheim eG

Sigrid Stenzel

Landesfachbereichsleiterin
ver.di Bayern

Hans-Bernd Wolberg

(Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. Juni 2016)
Vorsitzender des Vorstands
WGZ BANK AG
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank
(bis 29. Juli 2016)

In der DZ BANK:

Zum 31. Dezember 2016 wurden Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen. Diese sowie weitere nennenswerte Mandate werden im Folgenden aufgeführt. Mandate bei in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sind durch (*) kenntlich gemacht.

» 100
Mandate von
Vorständen und
Mitarbeitern

Mitglieder des Vorstands

Wolfgang Kirsch
(Vorsitzender)

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

R+V Versicherung AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Südzucker AG, Mannheim,
Mitglied des Aufsichtsrats

Union Asset Management Holding AG,
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Hans-Bernd Wolberg
(Stellvertreter des Vorsitzenden)

WL BANK AG Westfälische Landschaft
Bodenkreditbank, Münster,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Uwe Berghaus

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)
(seit 1. Januar 2017)

VR-LEASING AG, Eschborn,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Dr. Christian Brauckmann

Fiducia & GAD IT AG, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats

Lars Hille

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Cassa Centrale Banca - Credito Cooperativo del
Nord Est S.p.A., Trento,
Member, Board of Directors

Deutsche WertpapierService Bank AG,
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats

DZ PRIVATBANK S. A., Strassen,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Union Asset Management Holding AG,
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Wolfgang Köhler

DVB Bank SE, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

DZ PRIVATBANK S. A., Strassen,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Karl-Heinz Moll

DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG, Zürich,
Vizepräsident des Verwaltungsrats (*)

DZ PRIVATBANK S. A., Strassen,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

R+V Versicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Union Asset Management Holding AG,
Frankfurt am Main,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Dr. Cornelius Riese

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

VR-LEASING AG, Eschborn,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Michael Speth

BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm,
Mitglied des Aufsichtsrats

WL BANK AG Westfälische Landschaft
Bodenkreditbank, Münster,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Thomas Ullrich

Deutsche WertpapierService Bank AG,
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Frank Westhoff

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG,
Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Deutsche WertpapierService Bank AG,
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats

DVB Bank SE, Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Stefan Zeidler

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

EDEKABANK AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats

VR-LEASING AG, Eschborn,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der DZ BANK

Rolf Büscher	ReiseBank AG, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrats (*)
Dr. Luis-Esteban Chalmovsky	Banco Cooperativo Español S.A., Madrid, Member, Board of Directors
Dr. Thomas Kettern	Raiffeisen-Warenzentrale Kurhessen-Thüringen GmbH, Kassel, Mitglied des Aufsichtsrats
Winfried Münch	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrats
Claudio Ramsperger	Cassa Centrale Banca - Credito Cooperativo del Nord Est S.p.A., Trento, Member, Board of Directors
Gregor Roth	ConCardis GmbH, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrats Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrats equensWorldline SE, Utrecht, Deputy Chairman, Supervisory Board ReiseBank AG, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
Dr. Kirsten Siersleben	DVB Bank SE, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrats (*)
Peter Tenbohlen	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrats
Dagmar Werner	Banco Cooperativo Español S.A., Madrid, Member, Board of Directors

Ergänzend im Konzern:

Zum 31. Dezember 2016 wurden Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien folgender inländischer großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen. Mandate bei in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sind durch (*) kenntlich gemacht.

Reinhard Klein Vorsitzender des Vorstands Bausparkasse Schwäbisch Hall AG	Schwäbisch Hall Kreditservice GmbH, Schwäbisch Hall, Mitglied des Aufsichtsrats (*)
--	--

Gerhard Hinterberger Mitglied des Vorstands Bausparkasse Schwäbisch Hall AG	Schwäbisch Hall Kreditservice GmbH, Schwäbisch Hall, Mitglied des Aufsichtsrats (*)
--	--

Claudia Klug Mitarbeiterin Bausparkasse Schwäbisch Hall AG	Schwäbisch Hall Facility Management GmbH, Schwäbisch Hall, Vorsitzende des Aufsichtsrats
---	--

Dr. Friedrich Caspers

Vorsitzender des Vorstands
R+V Versicherung AG

Condor Allgemeine Versicherungs-AG, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

Condor Lebensversicherungs-AG, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG,
Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied,
Mitglied des Aufsichtsrats
(bis 31. Dezember 2016)

R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

R+V Krankenversicherung AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

Union Asset Management Holding AG,
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

Frank-Henning Florian

Mitglied des Vorstands
R+V Versicherung AG

CHEMIE Pensionsfonds AG, München,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Protektor Lebensversicherungs-AG, Berlin,
Mitglied des Aufsichtsrats

TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Heinz-Jürgen Kallerhoff

Mitglied des Vorstands

R+V Versicherung AG

R+V Direktversicherung AG, Wiesbaden,
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

R+V Krankenversicherung AG, Wiesbaden,
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Dr. Christoph Lamby

Mitglied des Vorstands

R+V Versicherung AG

KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Pensionskasse AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Julia Merkel

Mitglied des Vorstands

R+V Versicherung AG

KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Pensionskasse AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Marc René Michallet

Mitglied des Vorstands

R+V Versicherung AG

CHEMIE Pensionsfonds AG, München,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Condor Allgemeine Versicherungs-AG, Hamburg,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Condor Lebensversicherungs-AG, Hamburg,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Sprint Sanierung GmbH, Köln,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Dr. Norbert Rollinger
Mitglied des Vorstands
R+V Versicherung AG

R+V Direktversicherung AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

R+V Service Center GmbH, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

Sprint Sanierung GmbH, Köln,
Vorsitzender des Aufsichtsrats
(bis 31. Dezember 2016)

Peter Weiler
Mitglied des Vorstands
R+V Versicherung AG

Condor Allgemeine Versicherungs-AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Condor Lebensversicherungs-AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Direktversicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

R+V Pensionskasse AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Alexander Boldyreff
Vorsitzender des Vorstands
TeamBank AG Nürnberg

SCHUFA Holding AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Hans Joachim Reinke
Vorsitzender des Vorstands
Union Asset Management
Holding AG

Union Investment Institutional GmbH,
Frankfurt am Main,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Union Investment Privatfonds GmbH,
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Union Investment Real Estate GmbH, Hamburg,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Union Investment Service Bank AG, Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Alexander Schindler
Mitglied des Vorstands
Union Asset Management
Holding AG

Quoniam Asset Management GmbH,
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Union Investment Institutional GmbH,
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Jens Wilhelm
Mitglied des Vorstands
Union Asset Management
Holding AG

Quoniam Asset Management GmbH,
Frankfurt am Main,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)
(bis 31. Dezember 2016)

Union Investment Privatfonds GmbH,
Frankfurt am Main,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats (*)

Union Investment Real Estate GmbH, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (*)

Dr. Andreas Zubrod
Mitglied des Vorstands
Union Asset Management
Holding AG

Union Investment Service Bank AG,
Frankfurt am Main,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Dr. Reinhard Kutscher
Vorsitzender der Geschäftsführung
Union Investment Real
Estate GmbH

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Sonja Albers
Mitarbeiterin
Union Asset Management
Holding AG

Union Investment Service Bank AG,
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrats (*)

Dr. Carsten Düerkop
Mitglied des Vorstands
WL BANK AG Westfälische
Landschaft Bodenkreditbank

VR Mittelstandskapital Unternehmensbeteiligungs AG,
Düsseldorf,
Vorsitzender des Aufsichtsrats
(bis 31. Dezember 2016)

» 101
Liste des
Anteilsbesitzes

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
ABO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		26	-10
Adger Ocean KS (I) ¹	Oslo, Norwegen	0,00		k. A.	k. A.
Adger Ocean KS II ¹	Oslo, Norwegen	0,00		k. A.	k. A.
Adger Ocean KS III ¹	Oslo, Norwegen	0,00		k. A.	k. A.
AER Holding N.V. ¹	Willemstad, Curaçao	100,00		-22	0
AGIMA Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlage ⁵	Frankfurt am Main	100,00		84.025	0
Aquila Aircraft Leasing Ltd. ¹	Dublin, Irland	0,00		35.071	-11.496
ARATOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		85	60
ARATOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	147	62
ARMIDA GmbH ¹	Eschborn	100,00		46	20
ARMIDA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	26	25
ASPASIA GmbH ¹	Eschborn	100,00		54	29
ASPASIA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	740	35
Assimoco S.p.A. ¹	Segrate (Mi), Italien	89,39		115.780	18.765
Assimoco Vita S.p.A. ¹	Segrate (Mi), Italien	82,14		121.626	4.982
Assimocopartner S.r.l. Unipersonale ¹	Segrate (Mi), Italien	100,00		132	-48
attrax S.A. ¹	Luxembourg, Luxemburg	100,00		41.817	20.174
Aufbau und Handelsgesellschaft mbH ¹	Stuttgart	94,90		525	0
AURIGA GmbH ¹	Eschborn	100,00		-931	-368
Autobahn 2003 Holdings LLC ¹	Wilmington, USA	0,00		2.410	0
AXICA Kongress- und Tagungszentrum Pariser Platz 3 GmbH ⁵	Berlin	100,00		26	0
Bathgate Trading Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		1.734	333
Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken ⁵	Schwäbisch Hall	96,91		1.812.302	0
Berwick Shipping LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		4.415	-4.415
Beteiligungsgesellschaft Westend 1 mbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	94,90		17.860	375
BFL Gesellschaft des Bürofachhandels mbH & Co. KG ¹	Eschborn	71,79	72,03	16.741	4.109
BFL Leasing GmbH ¹	Eschborn	100,00		15.924	5.992
BIG-Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹	Frankfurt am Main	100,00		713	978
BiG-Immobilien GmbH & Co. Betriebs KG ¹	Frankfurt am Main	100,00		200	23.691
Bischoff GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	21	19
Bluebell Aircraft Leasing Ltd. ¹	Floriana, Malta	100,00	0,00	985	-18
Bonham Aircraft Leasing Ltd. ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		159	-1.962
Braveheart Shipping Holdco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Braveheart Shipping Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		4.341	-2.568
Bukit Merah Shipping Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		6	-21
Bulls Aircraft Leasing (Malta) Ltd. ¹	Floriana, Malta	100,00	0,00	k. A.	k. A.
Buzzard Aircraft Leasing Limited i. L. ¹	Dublin, Irland	100,00	0,00	447	0
BWG Baugesellschaft Württembergischer Genossenschaften mbH ¹	Stuttgart	94,78		9.965	0
Calidris Shipping LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	100,00	0,00	9.199	-1.376
CALYPSO GmbH ¹	Eschborn	100,00		-560	-90
Canadian Iron Ore Railcar Leasing LP ¹	Hamilton, Kanada	100,00		k. A.	k. A.
CANOPOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
CANOPOS GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		3	27
Capital Lease Limited ¹	Hongkong, Hongkong	0,00		74	-438
carexpert Kfz-Sachverständigen GmbH ¹	Walluf	60,00		4.333	1.261
CATHENA GmbH ¹	Eschborn	100,00		51	26
Centra Leasing Anlagen GmbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		5.899	0
CHEMIE Pensionsfonds AG ¹	München	100,00		22.318	2.000
Chiefs Aircraft Holding (Malta) Limited ¹	Floriana, Malta	100,00	0,00	k. A.	k. A.
CHROMARIA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	38	37
CI CONDOR Immobilien GmbH ^{1,5}	Hamburg	100,00		25.500	0
CIORL Partner Ltd. ¹	Toronto, Kanada	100,00		k. A.	k. A.
compertis Beratungsgesellschaft für betriebliches Vorsorgemanagement mbH ¹	Wiesbaden	100,00		3.880	750
Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft ^{1,5}	Hamburg	100,00		41.762	0
Condor Dienstleistungs GmbH ¹	Hamburg	100,00		208	6
Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft ^{1,5}	Hamburg	94,99		48.589	0

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Container Investment Fund I LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Container Investment Fund II LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Cruise Ship InvestCo LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
DAC Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		64	38
DAC Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüneburg KG ^{1 6}	Eschborn	99,00	83,67	47	56
Dalian Deepwater Developer Ltd. ¹	St. Helier, Jersey	0,00		k. A.	k. A.
DCAL Aircraft Malta Ltd. ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
DEGEAKZENT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
DEGEAKZENT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	19	19
DEGEALPHA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	1
DEGEALPHA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamm-Heessen KG ¹	Eschborn	90,00	66,67	3	0
DEGEARKADE Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
DEGEARKADE Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		3	62
DEGEASPEKT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		30	2
DEGEASPEKT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		3	35
DEGEASTURA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		61	35
DEGEASTURA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		-913	74
DEGEAVUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGEAVUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		-386	-127
DEGEBALTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		78	52
DEGEBALTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	94,90	75,00	71	65
DEGECAMPUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		20	0
DEGECANDOR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		25	0
DEGECASSELL GmbH ¹	Eschborn	100,00		39	-35
DEGECEBER Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		28	2
DEGECEBER Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1 6}	Eschborn	100,00		3	20
DEGECEDO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		886	74
DEGECENSUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		57	32
DEGECENSUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1 6}	Eschborn	100,00		39	38
DEGECENUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1 5}	Eschborn	100,00		26	0
DEGECIVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH Berlin ¹	Berlin	100,00		28	3
DEGECOMO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		25	0
DEGECULA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		86	60
DEGECULA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sindelfingen KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	96	75
DEGEDelta Vermietungsgesellschaft für Betriebsvorrichtungen mbH ¹	Eschborn	100,00		29	0
DEGEDENAR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
DEGEDESTRA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	0
DEGEDOMUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		30	1
DEGEDOMUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Gewerbeobjekte Süd KG ^{1 6}	Eschborn	100,00		3	14
DEGEFULVA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		36	11
DEGEIMPULS Grundstücksverwaltungsgesellschaft Objekt Hattingen mbH ¹	Eschborn	100,00		958	121
DEGEKONZEPT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		34	8
DEGEMALVA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGEMALVA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1 6}	Eschborn	100,00		3	39
DEGEMEDIUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	1
DEGEMEDIUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Voerde KG ^{1 6}	Eschborn	90,00	66,67	3	1
DEGEMENAR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGEMENAR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lauingen KG ¹	Eschborn	2,00	66,67	-370	79
DEGEMINAX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		47	21

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
DEGEMOBIL Vermietungsgesellschaft für Betriebsvorrichtungen mbH ¹	Eschborn	100,00		23	33
DEGEMOLTO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		58	33
DEGEMOLTO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	40	267
DEGEMONTES Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		214	188
DEGEMONTES Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	95,00	75,00	227	452
DEGEMOX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		28	1
DEGEMOX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		3	34
DEGENASUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		28	0
DEGENITOR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		26	0
DEGEPALMA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGEPALMA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		3	268
DEGEPEXUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	1
DEGEPEXUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	2,00	66,67	26	3
DEGEPRIMUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		55	30
DEGEPRIMUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	5,00	75,50	37	35
DEGEPROJEKT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		376	100
DEGEPROLOG Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
DEGEPROMO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		32	1
DEGEPROMO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		-26	-2
DEGEREAL Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		25	-1
DEGEREMEX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	1
DEGEREMEX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	2,00	66,67	26	111
DEGEREX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		107	81
DEGERIA Beteiligungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
DEGERIMA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		25	0
DEGERIPA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		42	16
DEGERIPA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	-602	7
DEGERIXOR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		25	-1
DEGEROTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		33	6
DEGERUMEX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		70	44
DEGERUMEX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		-73	92
DEGESAMOS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGESAMOS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neuss KG ¹	Eschborn	90,00	66,67	3	0
DEGESAPOR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	1
DEGESAPOR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		3	39
DEGESERA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGESERA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	925	78
DEGESERVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGESERVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		-333	151
DEGESIDUX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		65	40
DEGESIDUX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{1,6}	Eschborn	94,91	75,00	1.145	272
DEGESIGNUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		55	30
DEGESIGNUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	37	36
DEGESILEX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		75	49
DEGESILEX Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Karlsfeld KG ¹	Eschborn	5,00	75,50	-1.202	374
DEGESILVA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
DEGESISTO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		114	0
DEGESOLVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
DEGESOLVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	1,18	6,67	-596	687
DEGESPRIO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		25	-1
DEGESTRENA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		68	42
DEGESUR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		4.361	0
DEGETAMESIS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		52	26
DEGETAMESIS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	10,00	75,50	2.170	93
DEGETANTUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		44	18
DEGETANTUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ^{2,6}	Eschborn	100,00		-264	61
DEGETEMPUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
DEGETERRA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
DEGETERRA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	-621	85
DEGETIBUR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		51	25
DEGETIBUR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	67,34	33	31
DEGETRACTUS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		69	44
DEGETRINUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		50	24
DEGETRINUM Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	24	29
DEGETUTOR Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGEVIA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	1
DEGEVIA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rhede Gronauer Straße 21 KG ^{1,6}	Eschborn	90,00	66,67	3	0
DEGEVITRO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		48	22
DEGEVITRO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	100,00		28	454
DESPINA GmbH ¹	Eschborn	100,00		78	20
Deucalion Capital I (UK) Ltd. ¹	London, Großbritannien	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital II (MALTA) Limited ¹	Valletta, Malta	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital II (UK) Ltd. ¹	London, Großbritannien	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital II Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital VI Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital VII Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital VIII Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Capital XI Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Engine Leasing (Ireland) Ltd. ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion Ltd. ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank Aktiengesellschaft ^{3,5}	Hamburg	100,00		1.407.258	0
DEVIF-Fonds Nr. 150 Deutsche Gesellschaft für Investmentfonds ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
DEVIF-Fonds Nr. 2 Deutsche Gesellschaft für Investmentfonds ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
DEVIF-Fonds Nr. 250 Deutsche Gesellschaft für Investmentfonds ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
DEVIF-Fonds Nr. 500 Deutsche Gesellschaft für Investmentfonds ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
DEVIF-Fonds Nr. 528 Deutsche Gesellschaft für Investmentfonds ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
DEVIF-Fonds Nr. 60 Deutsche Gesellschaft für Investmentfonds ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
DG Funding LLC	New York, USA	100,00		118.350	418
DG Holding Trust	New York, USA	100,00		71.281	548
DG LEASING GmbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
DG Participacoes Ltda. ¹	Sao Paulo, Brasilien	100,00		0	0
Dilax Beteiligungs Verwaltungsgesellschaft mbH ¹	Berlin	100,00		0	0
Dilax Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG ¹	Berlin	92,39		3.146	-137
Dilax France SAS ¹	Valence, Frankreich	100,00		182	4
Dilax Intelcom AG ¹	Ermatingen, Schweiz	100,00		1.733	857
Dilax Intelcom GmbH ¹	Berlin	72,01		3.744	3
Dilax Intelcom Iberica S.L.U. ¹	Madrid, Spanien	100,00		70	28
Dilax Management Investment Reserve GmbH ¹	Berlin	100,00		27	-3
Dilax Management Investment Verwaltungsgesellschaft mbH ¹	Berlin	100,00		23	-1
Dilax Management Investmentgesellschaft mbH & Co. KG ¹	Berlin	99,50		k. A.	k. A.
Dilax Systems Inc. ¹	Saint Lambert, Kanada	100,00		428	144
Dilax Systems UK Ltd. ¹	London, Großbritannien	100,00		-353	-126
DOBAS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		29	4

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Drem Shipping LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		1.346	1.346
DRITTE DG Vermietungsgesellschaft für Immobilien mbH ¹⁵	Eschborn	100,00		26	0
DUNAVAGON s.r.o. ¹	Dunajska Streda, Slowakei	100,00	0,00	1.884	287
DURO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
DV01 Szarazfoldi Jarmukolconzo rt ¹	Aporka, Ungarn	0,00		1.823	-410
DVB Aviation Finance Asia Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	100,00		2.845	1.614
DVB Bank America N.V. ¹	Willemstad, Curaçao	70,21		259.876	15.041
DVB Bank SE	Frankfurt am Main	95,47		371.397	-88.117
DVB Capital Markets LLC ¹	New York, USA	100,00		3.172	-334
DVB Container Finance America LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	100,00		-1.233	25
DVB Group Merchant Bank (Asia) Ltd. ¹	Singapore, Singapur	100,00		391.372	5.173
DVB Holding (US) Inc. ¹	Greenwich, USA	100,00		1.778	0
DVB Holding GmbH ¹⁵	Frankfurt am Main	100,00		13.000	0
DVB Investment Management N.V. ¹	Willemstad, Curaçao	100,00		237	0
DVB Service (US) LLC ¹	Wilmington, USA	100,00		704	1
DVB Transport Finance Limited ¹	London, Großbritannien	100,00		70.672	-2.771
DVG Deutsche Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ⁵	Frankfurt am Main	100,00		82	0
DVL Deutsche Verkehrs-Leasing GmbH ¹	Eschborn	74,90		2.520	1
DZ BANK Capital Funding LLC I ^{2,4}	Wilmington, USA	100,00		300.933	6.912
DZ BANK Capital Funding LLC II ^{2,4}	Wilmington, USA	100,00		500.718	6.933
DZ BANK Capital Funding LLC III ^{2,4}	Wilmington, USA	100,00		350.303	4.488
DZ BANK Capital Funding Trust I	Wilmington, USA	0,00	100,00	300.001	7.014
DZ BANK Capital Funding Trust II	Wilmington, USA	0,00	100,00	500.001	7.035
DZ BANK Capital Funding Trust III	Wilmington, USA	0,00	100,00	350.001	4.522
DZ BANK IRELAND PUBLIC LIMITED COMPANY ³	Dublin, Irland	100,00		390.098	25.148
DZ BANK Perpetual Funding (Jersey) Limited ⁴	St. Helier, Jersey	0,00	100,00	260.579	2.146
DZ BANK Perpetual Funding Issuer (Jersey) Limited	St. Helier, Jersey	0,00		0	0
DZ BANK Sao Paulo Representacao Ltda. ²	Sao Paulo, Brasilien	100,00		321	98
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 11 ⁵	Frankfurt am Main	100,00		6.620	0
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 14 ⁵	Frankfurt am Main	100,00		51	0
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 18 ⁵	Frankfurt am Main	100,00		64.726	0
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 21 ⁵	Frankfurt am Main	100,00		25	0
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 22	Frankfurt am Main	100,00		23	-2
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 23 ⁵	Frankfurt am Main	100,00		25	0
DZ Beteiligungsgesellschaft mbH Nr. 24	Frankfurt am Main	100,00		22	-3
DZ FINANCE Ireland Limited	Dublin, Irland	100,00		8.357	-39.195
DZ FINANCIAL MARKETS LLC	New York, USA	100,00		3.684	-62
DZ Gesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH ⁵	Frankfurt am Main	100,00		1.461	0
DZ Immobilien + Treuhand GmbH ⁵	Münster	94,50		1.348	0
DZ Polska Spółka Akcyjna w likwidacji	Warszawa, Polen	100,00		66.834	167
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG ¹	Zürich, Schweiz	100,00		162.729	-27.171
DZ PRIVATBANK S.A. ³	Strassen, Luxemburg	90,65		628.269	11.382
DZ PRIVATBANK Singapore Ltd. ¹	Singapore, Singapur	100,00		8.996	-175
DZ Versicherungsvermittlung Gesellschaft mbH ⁵	Frankfurt am Main	100,00		51	0
DZ Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH ⁵	Frankfurt am Main	100,00		276.687	0
e@syCredit Marketing und Vertriebs GmbH ¹	Nürnberg	100,00		26	0
Eagle Aircraft Leasing Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
ENDES Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹⁵	Eschborn	100,00		26	0
Englische Straße 5 GmbH ¹	Wiesbaden	90,00		19.114	605
EPI Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹⁵	Eschborn	100,00		560	0
EXERT Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹⁵	Eschborn	100,00		26	0
Falcon Aircraft Leasing Limited i. L. ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Finassimoco S.p.A. ¹	Segrate (Mi), Italien	57,03		0	0
Finch Aircraft Leasing Limited ¹	Dublin, Irland	0,00		14	-21
FKS-NAVIGIUM GmbH ¹	Eschborn	100,00		-381	-143
FLORIN GmbH ¹	Eschborn	100,00		53	28
FLORIN GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	-29	35
Fundamenta-Lakáskassa Lakás-takarékpénztár Zrt. ¹	Budapest, Ungarn	51,25		180.263	19.883
Fundamenta-Lakáskassa Pénzügyi Közvetítő Kft. ¹	Budapest, Ungarn	100,00		4.978	3.936
GAF Active Life 1 Renditebeteiligungs-GmbH & Co. KG ¹	Nidderau	96,55		56.448	-1.696
GAF Active Life 2 Renditebeteiligungs-GmbH & Co. KG ¹	Nidderau	94,98		153.810	5.478
Gandari Shipping Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		61	-6
GbR Dortmund Westenhellweg 39-41 ¹	Wiesbaden	94,00	100,00	40.330	3.045

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
GB5 Beteiligungsgesellschaft mbH ¹	München	100,00		k. A.	k. A.
GENO Broker GmbH ⁵	Frankfurt am Main	100,00		12.000	0
GENO-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,00		1.150	2
Genossenschaftlicher Informations Service GIS GmbH	Frankfurt am Main	100,00		4.124	85
Glen Campbell Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		0	0
Glencoe Shipping Holdco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		19	1
GMS Management und Service GmbH ¹	Nidderau	100,00		90	40
Goldberg Zweite Grundstücksverwaltungsgesellschaft Sütex mbH & Co. KG ^{1,6}	Eschborn	94,50	88,00	76	283
Green Eagle Investments N.V. ¹	Willemstad, Curaçao	0,00		k. A.	k. A.
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Sütex mbH ¹	Eschborn	100,00		24	0
GWG 1. Wohn GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00		2.000	371
GWG 2. Wohn GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00		3.000	622
GWG 3. Wohn GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00		7.000	1.385
GWG 4. Wohn GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00		9.000	823
GWG Beteiligungsgesellschaft mbH ¹	Stuttgart	100,00		25	2
GWG Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG ¹	Stuttgart	91,41		273.282	10.582
GWG ImmoInvest GmbH ¹	Stuttgart	94,90		6.410	756
GWG Wohnpark Sendling GmbH ¹	Stuttgart	94,00		2.783	405
GZ-Immobilien-Management GmbH & Co. Objekt KG	Frankfurt am Main	100,00		-712	-2
GZ-Trust Consult GmbH i. L.	Stuttgart	100,00		492	-5
HANSEATICA Sechzehnte Grundbesitz Investitionsgesellschaft mbH & Co. KG ¹	Berlin	100,00		22.868	851
Havel Nordost Zweite Großmobilen GmbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
Havel Nordost Zweite Großmobilen GmbH & Co. Vermietungs KG ¹	Zehdenick	0,00	52,00	21	904
Hawk Aircraft Leasing Limited ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Hibiscus Aircraft Leasing Limited ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
Highlanders Aircraft Leasing (IRL) Ltd. ¹	Dublin, Irland	100,00	0,00	k. A.	k. A.
Hollandse Scheepshypotheekbank N.V. ¹	Rotterdam, Niederlande	100,00		707	0
Hudson Services LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		301	-1.978
HumanProtect Consulting GmbH ¹	Köln	100,00		213	71
Ibon Leasing Limited ¹	George Town, Cayman Islands	100,00		1	1
Immobilien-Gesellschaft „DG Bank-Turm, Frankfurt am Main, Westend“ mbH & Co. KG des genossenschaftlichen Verbundes ¹	Frankfurt am Main	95,97		170.710	8.132
Immobilien-Verwaltungsgesellschaft „DG BANK-Turm, Frankfurt am Main, Westend“ mbH	Frankfurt am Main	100,00		51	16
IMPETUS Bietergesellschaft mbH ⁵	Düsseldorf	100,00		54.063	0
Intermodal Investment Fund IX LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	100,00		k. A.	k. A.
IPConcept (Luxemburg) S.A. ¹	Strassen, Luxemburg	100,00		6.761	3.181
IPConcept (Schweiz) AG ¹	Zürich, Schweiz	100,00		4.977	503
Iron Maple Rail Ltd. ¹	Vancouver, Kanada	100,00		k. A.	k. A.
ITF International Transport Finance Suisse AG ¹	Zürich, Schweiz	100,00		19.789	-26.348
Ivanhoe Shipping Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		-3.529	-1.607
IZD-Beteiligung S.ä.r.l. ¹	Luxembourg, Luxemburg	99,50		21.852	-13
JASPIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
JASPIS GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		7	19
KALAMOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		56	31
KALAMOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	-1.361	-10
Kalsubai Shipping and Offshore Private Ltd. ¹	Mumbai, Indien	0,00		k. A.	k. A.
KBIH Beteiligungsgesellschaft für Industrie und Handel mbH	Frankfurt am Main	100,00		20.464	6.937
KISSELBERG Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		10	-1
KISSELBERG Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	66,67	8.691	1.650
KRAVAG Umweltschutz und Sicherheitstechnik GmbH ¹	Hamburg	100,00		223	19
KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft ¹	Hamburg	100,00		95.966	7.229
KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft ¹	Hamburg	51,00		185.920	19.310
KTP Beteiligungs GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	100,00		k. A.	k. A.
KTP Verwaltungs GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00		k. A.	k. A.
KV MSN 27602 AIRCRAFT LIMITED ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Landes Bangladesh Ltd. ¹	Dhaka, Bangladesch	100,00		k. A.	k. A.
Landes Canada Inc. ¹	Granby, Quebec, Kanada	100,00		3.309	600
Landes de Mexico, S. de R.L. de C.V. ¹	Agascalientes, AGS., Mexiko	100,00		72	0
Landes Holding GmbH ¹	Isny im Allgäu	84,47		6.665	-712
Landes Hong Kong Limited ¹	Kwun Tong, Kowloon, Hongkong	100,00		540	-351
Landes Lederwarenfabrik GmbH ¹	Isny im Allgäu	100,00		6.691	-512

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Lantana Aircraft Leasing Limited ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
Leith Shipping LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		-1.149	-1.149
LEKANIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
LEKANIS GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		20	58
Linton Shipping LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		5	5
LISENE GmbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
LISENE GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	20	19
LITOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
LITOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	-26	25
LogPay Financial Services GmbH ^{1,5,6}	Eschborn	100,00		3.750	0
LogPay Fuel Italia S.R.L. ¹	Bozen, Italien	100,00		21	3
LogPay Fuel Spain S.L.U. ¹	Barcelona, Spanien	100,00		165	124
LogPay Mobility Services GmbH ¹	Eschborn	100,00		20	-2
LogPay Transport Services GmbH ^{1,5,6}	Eschborn	100,00		550	0
Maple Leaf Shipping Holdco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Martens & Pahl Hannover-Contor Versicherungsmakler GmbH ¹	Hannover	55,41		k. A.	k. A.
MD Aviation Capital Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		221.169	8.610
MDAC 1 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		19.897	67
MDAC 11 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		21.023	667
MDAC 2 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		19.611	80
MDAC 3 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		25.061	6.171
MDAC 4 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		11.587	-809
MDAC 5 Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		15.005	767
MDAC 6 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		60.260	2.116
MDAC 7 (Ireland) Ltd. ¹	Dublin, Irland	0,00		171	43
MDAC 8 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		5.727	-748
MDAC 9 Pte Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		4.559	242
MDAC Malta Ltd. ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds 384 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds 388 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds 391 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds 392 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds F 57 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds F 59 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds J01 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MI-Fonds J03 Metzler Investment GmbH ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
MINTAKA GmbH ¹	Eschborn	100,00		44	19
MINTAKA GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		-97	-11
MODULUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		49	24
MODULUS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	30	28
Morgenstern Miet + Leasing GmbH ¹	Eschborn	95,00		26	0
Mount Pleasant Shipping Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		k. A.	k. A.
Mount Rinjani Shipping Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		k. A.	k. A.
Mount Santubong Ltd. ¹	Labuan, Malaysia	0,00		k. A.	k. A.
MS „GEORG SCHULTE“ Schifffahrtsgesellschaft mbH & Co. KG i.L. ¹	Hamburg	78,77		-7.719	-20.218
MS „Mumbai Trader“ GmbH & Co. KG ¹	Bremen	0,00		k. A.	k. A.
MSN1164 Freighter Ltd. ¹	Dublin, Irland	0,00		10.976	2.642
MSU Management-, Service- und Unternehmensberatung GmbH ¹	Landau in der Pfalz	74,00		731	230
NALINUS GmbH i. L. ¹	Frankfurt am Main	100,00		128	-1
Nedship Shipping B.V. ¹	Shiphol, Niederlande	100,00		1.799	-108
NELO Dritte GmbH ¹	Eschborn	100,00		46	21
NELO Dritte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	27	96
NELO Fünfte GmbH ¹	Eschborn	100,00		44	18
NELO Fünfte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	24	22
NELO Zweite GmbH ¹	Eschborn	100,00		139	114
NELO Zweite GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	137	136
Netherlands Shipmortgage Corporation Ltd. ¹	Hamilton, Bermuda	100,00		0	0
NF Nordstrand GmbH & Co. Heidenkampsweg 100 Nord KG ¹	Norderfriedrichskoog	94,00	49,00	-3.689	136
NF Nordstrand GmbH & Co. Heidenkampsweg 100 Süd KG ¹	Norderfriedrichskoog	94,00	49,00	-2.791	59
NFC Labuan Shipleasing I Ltd. ¹	Labuan, Malaysia	0,00		k. A.	k. A.
NFC Shipping Fund C LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
NFC Shipping Fund II LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
NOMAC AIRCRAFT LEASING (IRL) Ltd. i. L. ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
NOVA Achte GmbH ¹	Eschborn	100,00		46	21
NOVA Neunte GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
NOVA Siebte GmbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
NOVA Siebte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	21	19
NTK Immobilien GmbH ¹	Hamburg	100,00		41	0
NTK Immobilien GmbH & Co. Management KG ²	Hamburg	100,00		813	331
Ocean Container II ¹	Oslo, Norwegen	0,00		k. A.	k. A.
Ocean Giant LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		476	476
Old Winterport Corp. ¹	Portland, USA	100,00		k. A.	k. A.
Pascon GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		25	0
Paul Ernst Versicherungsvermittlungs mbH ¹	Hamburg	51,00		61	6
PAVONIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		57	32
PCAM Issuance II SA Issue RV AVL 001 ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,00		k. A.	k. A.
PDZ Personaldienste & Zeitarbeit GmbH ⁵	Darmstadt	100,00		60	0
Pension Consult-Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH ¹	München	100,00		1.283	95
Phillip Trading Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		328	10.469
Phoenix Beteiligungsgesellschaft mbH ⁵	Düsseldorf	100,00		108.349	0
POHACONO GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	7	47
Puffin Aircraft Leasing Ltd. ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Quoniam Asset Management GmbH ¹	Frankfurt am Main	88,00	100,00	25.403	15.562
Quoniam Funds Selection SICAV - Global Credit Libor EUR I ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,00		k. A.	k. A.
R+V Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft ^{1 5}	Wiesbaden	95,00		774.177	0
R+V Deutschland Real (RDR) ¹	Hamburg	0,00		k. A.	k. A.
R+V Dienstleistungs GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		631	4
R+V Direktversicherung AG ^{1 5}	Wiesbaden	100,00		13.320	0
R+V Erste Anlage GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		1.073	1
R+V INTERNATIONAL BUSINESS SERVICES Ltd., Dublin ¹	Dublin, Irland	100,00		1.053	-1.986
R+V KOMPOSIT Holding GmbH ^{1 5}	Wiesbaden	100,00		1.801.622	0
R+V Krankenversicherung AG ¹	Wiesbaden	100,00		68.485	5.500
R+V Kureck Immobilien GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		37	2
R+V Leben Wohn GmbH & Co. KG ¹	Wiesbaden	100,00		67.781	374
R+V Lebensversicherung Aktiengesellschaft ^{1 5}	Wiesbaden	100,00		434.981	0
R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A. ¹	Strassen, Luxemburg	100,00		311.449	33.947
R+V Mannheim P2 GmbH ¹	Wiesbaden	94,00		59.929	1.942
R+V Pensionsfonds AG ¹	Wiesbaden	100,00		26.003	1.850
R+V Pensionskasse AG ¹	Wiesbaden	100,00		105.772	400
R+V Personen Holding GmbH ^{1 5}	Wiesbaden	100,00		732.589	0
R+V Rechtsschutz-Schadenregulierungs-GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		115	32
R+V Service Center GmbH ^{1 5}	Wiesbaden	100,00		2.869	0
R+V Service Holding GmbH ^{1 5}	Wiesbaden	100,00		171.910	0
R+V Treuhand GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		36	-5
R+V Versicherung AG ⁵	Wiesbaden	92,08		2.149.774	0
RAS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	100,00		21	-34
RC II S.a.r.l. ¹	Luxembourg, Luxemburg	90,00		9.497	361
ReiseBank Aktiengesellschaft ^{1 5}	Frankfurt am Main	100,00		19.267	0
RISALIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		39	14
RISALIS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	19	17
RUBINOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		87	62
RUV Agenturberatungs GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		383	116
RV-CVIII Holdings, LLC ¹	Camden, USA	100,00		42.888	1.162
S2 Shipping and Offshore Ptd Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		k. A.	k. A.
SAREMA GmbH ¹	Eschborn	100,00		50	25
SAREMA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	52,00	32	367
Scheepvaartschappij Ewout B.V. ¹	Rotterdam, Niederlande	0,00		k. A.	k. A.
Schuster Versicherungsmakler GmbH ¹	Bielefeld	51,00		326	163
Schuster Versicherungsservice GmbH ¹	Bielefeld	100,00		28	0
Schwäbisch Hall Facility Management GmbH ¹	Schwäbisch Hall	51,00		4.007	120
Schwäbisch Hall Kreditservice GmbH ^{1 5}	Schwäbisch Hall	100,00		27.775	0
Schwäbisch Hall Wohnen GmbH Gesellschaft für wohnwirtschaftliche Dienstleistungen ¹	Schwäbisch Hall	100,00		636	2
SECURON Versicherungsmakler GmbH ¹	München	51,00		788	409
Shamrock Trading Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		-4.055	-978
Shark Aircraft Leasing (Ireland) Limited i. L. ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
SHT Schwäbisch Hall Training GmbH ¹	Schwäbisch Hall	100,00		5.428	448
SIIM Fund I (Shipping and Intermodal Investment Management Fund) ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
SIIM Fund II (Shipping and Intermodal Investment Management Fund II) LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
SIIM Marlin Holdings LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	63,81		k. A.	k. A.
SIKINOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		232	207
SINALOA Aircraft Leasing Limited ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
Sprint Sanierung GmbH ¹	Köln	100,00		31.611	608
SRF I Limited ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
SRF II Limited ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
SRF III Limited ¹	Floriana, Malta	0,00		k. A.	k. A.
Stani Trading Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		486	9.400
Stephenson Capital Limited ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		k. A.	k. A.
Stormers Aircraft Leasing (Malta) Ltd. ¹	Floriana, Malta	100,00	0,00	k. A.	k. A.
Taigetos Funding LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Taigetos II LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Taigetos III LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
TeamBank AG Nürnberg ^{2,5}	Nürnberg	92,34		639.699	0
TEGANON GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
TEGANON GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		3	20
Terra Maris I LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Tiger Aircraft Leasing (UK) Limited ¹	London, Großbritannien	0,00		k. A.	k. A.
TILIAS GmbH ¹	Eschborn	100,00		44	19
TILIAS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	50,00	76,00	24	23
TOPAS GmbH ¹	Eschborn	100,00		49	24
TOPAS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	30	29
TUKANA GmbH ¹	Eschborn	100,00		43	18
TUKANA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	22	21
Twenty Holding Private Limited ¹	Singapore, Singapur	0,00		k. A.	k. A.
UI Vario: 2 aufgelegt von Union Investment Luxembourg S.A. ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,00		k. A.	k. A.
UII Issy 3 Moulins SARL ¹	Paris, Frankreich	100,00		8	-2
UII Verwaltungsgesellschaft mbH ¹	Hamburg	100,00		25	0
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 560 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 578 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 635 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 669 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 715 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 716 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 772 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 817 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 825 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 833 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 834 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIN Union Investment Institutional Fonds Nr. 839 ¹	Frankfurt am Main	0,00		k. A.	k. A.
UIR FRANCE 1 S.a.r.l. ¹	Paris, Frankreich	100,00		33	2
UIR FRANCE 2 S.a.r.l. ¹	Paris, Frankreich	100,00		35	2
UIR Verwaltungsgesellschaft mbH ¹	Hamburg	100,00		90	4
UMB Unternehmens-Managementberatungs GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		1.452	528
UMBI GmbH ¹	Wiesbaden	100,00		77	5
UnInstitutional European Mixed Trend ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,00		k. A.	k. A.
UnInstitutional Global Bonds Select ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,00		k. A.	k. A.
UniObligacje High Yield FIZ ¹	Warszawa, Polen	0,00		k. A.	k. A.
Union Asset Management Holding AG ²	Frankfurt am Main	96,50		705.432	327.431
Union Investment Austria GmbH ¹	Wien, Österreich	100,00		13.328	-1.582
Union Investment Financial Services S.A. ¹	Luxembourg, Luxemburg	100,00		17.584	1.630
Union Investment Institutional GmbH ^{1,5,6}	Frankfurt am Main	100,00		68.970	0
Union Investment Institutional Property GmbH ^{1,6}	Hamburg	90,00		19.667	5.707
Union Investment Luxembourg S.A. ¹	Luxembourg, Luxemburg	100,00		222.737	76.590
Union Investment Privatfonds GmbH ^{1,5,6}	Frankfurt am Main	100,00		285.942	0
Union Investment Real Estate Asia Pacific Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	100,00		1.928	736
Union Investment Real Estate Austria AG ¹	Wien, Österreich	94,50		7.215	0
Union Investment Real Estate France S.A.S. ¹	Paris, Frankreich	100,00		2.934	1.315
Union Investment Real Estate GmbH ^{1,6}	Hamburg	94,50		162.227	52.900
Union Investment Service Bank AG ^{1,5,6}	Frankfurt am Main	100,00		42.115	0

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Union Investment Towarzystwo Funduszy Inwestycyjnych S.A. ¹	Warszawa, Polen	100,00		29.047	6.620
Union IT-Services GmbH ^{1,5,6}	Frankfurt am Main	100,00		3.485	0
Union Service-Gesellschaft mbH ^{1,5,6}	Frankfurt am Main	100,00		7.079	0
UniStrategia Opcja na Zysk ¹	Warszawa, Polen	0,00		k. A.	k. A.
Unterstützungskasse der Condor Versicherungsgesellschaften GmbH ¹	Hamburg	66,67		26	0
URA Verwaltung GmbH ¹	Wien, Österreich	100,00		k. A.	k. A.
US Owner Trust N564RP ¹	Wilmington, USA	0,00		10.976	2.642
VAUTID (SHANGHAI) Wear Resistant Material Trading Co. Ltd. ¹	Shanghai, China	100,00		1.088	317
VAUTID Austria GmbH ¹	Marchtrenk, Österreich	100,00		682	54
VAUTID GmbH ¹	Ostfildern	82,51		5.567	641
VAUTID INDIA PRIVATE LIMITED ¹	Mumbai, Indien	100,00		k. A.	k. A.
Vautid North America, Inc. ¹	Carnegie, USA	0,00	100,00	-334	5
VisualVest GmbH ^{1,6}	Frankfurt am Main	100,00		7.525	-5.157
VMB Vorsorgemanagement für Banken GmbH ¹	Overath	90,00		58	-8
vohtec Qualitätssicherung GmbH ¹	Aalen	74,57	74,58	10.488	2.115
VR BKE Beratungsgesellschaft für Klima & Energie GmbH i. L. ¹	Wiesbaden	66,67		243	0
VR Consultingpartner GmbH ²	Frankfurt am Main	100,00		2.468	-521
VR Corporate Finance GmbH	Düsseldorf	100,00		832	-3.764
VR DISKONTBANK GmbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		101.147	0
VR Equity Gesellschaft für regionale Entwicklung in Bayern mbH ¹	Frankfurt am Main	100,00		2.393	-107
VR Equitypartner Beteiligungskapital GmbH & Co. KG UBG ²	Frankfurt am Main	100,00		35.986	0
VR Equitypartner GmbH ³	Frankfurt am Main	100,00		90.630	21.560
VR Equitypartner Management GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00		377	-64
VR FACTOREM GmbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		39.385	0
VR GbR ²	Frankfurt am Main	100,00		193.105	0
VR Hausbau AG ¹	Stuttgart	94,48		2.750	0
VR HYP GmbH ¹	Hamburg	100,00		25	0
VR ImmoConsult GmbH ¹	Düsseldorf	51,00		373	73
VR Kreditservice GmbH ^{1,5}	Hamburg	100,00		25	0
VR Real Estate GmbH ¹	Hamburg	100,00		25	0
VR WERT Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH ^{1,5}	Hamburg	100,00		50	0
VR-IMMOBILIEN-LEASING GmbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		14.123	0
VR-LEASING ABYDOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		56	31
VR-LEASING ABYDOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	-66	57
VR-LEASING AKANTHUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
VR-LEASING AKANTHUS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		3	21
VR-LEASING Aktiengesellschaft ⁵	Eschborn	100,00		211.070	0
VR-LEASING ALDEBARA GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING ALDEBARA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	-434	-17
VR-LEASING AMETRIN GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
VR-LEASING AMETRIN GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		3	29
VR-LEASING ARINA GmbH ¹	Eschborn	100,00		48	23
VR-LEASING ARINA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	29	28
VR-LEASING ARKI GmbH ¹	Eschborn	100,00		51	26
VR-LEASING ARKI GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	32	31
VR-LEASING ASINE GmbH ¹	Eschborn	100,00		47	22
VR-LEASING ASINE GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	-250	17
VR-LEASING ASOPOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
VR-LEASING ASOPOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		3	16
VR-LEASING ATRIA GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
VR-LEASING ATRIA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	55,00	20	19
VR-LEASING AVENTURIN GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
VR-LEASING AVENTURIN GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	22	18
VR-LEASING BETA GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
VR-LEASING BETA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		3	23
VR-Leasing Beteiligungs GmbH ¹	Eschborn	100,00		77.242	3.671
VR-LEASING DELOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
VR-LEASING DELOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		3	25
VR-LEASING DIVO GmbH ¹	Eschborn	100,00		55	30
VR-LEASING DIVO GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	40	37
VR-LEASING DOBAS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		5	47
VR-LEASING ERIDA GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	3
VR-LEASING ERIDA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	-231	-163

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
VR-LEASING FABIO GmbH ¹	Eschborn	100,00		36	11
VR-LEASING FABIO GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	15	14
VR-LEASING FACTA GmbH ¹	Eschborn	100,00		25	0
VR-LEASING FAGURA GmbH & Co. Erste Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		3	17
VR-LEASING FAGURA GmbH & Co. Sechste Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	27	19
VR-LEASING FAGURA GmbH & Co. Siebte Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	68,00	27	25
VR-LEASING FARINA GmbH ¹	Eschborn	100,00		38	12
VR-LEASING FARINA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	16	15
VR-LEASING FERRIT GmbH & Co. Erste Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	862	92
VR-LEASING FERRIT GmbH & Co. Fünfte Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	20	18
VR-LEASING FERRIT GmbH & Co. Zweite Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	-367	66
VR-LEASING FLAVUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
VR-LEASING FLAVUS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		-1.518	-37
VR-LEASING FORTUNA GmbH ¹	Eschborn	100,00		25	0
VR-LEASING FRONTANIA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	1.022	99
VR-LEASING FULVIUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		48	23
VR-LEASING Hauptverwaltung GmbH & Co. KG ¹	Eschborn	94,80	76,00	6.860	0
VR-LEASING IKANA GmbH ¹	Eschborn	100,00		54	29
VR-LEASING IKANA GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	6,00	76,00	4	31
VR-LEASING Immobilien-Holding GmbH & Co. KG ^{1,6}	Eschborn	0,00	51,00	231	94
VR-LEASING IRIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		38	13
VR-LEASING IRIS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	17	16
VR-LEASING ISORA GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15
VR-LEASING ISORA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	19	18
VR-LEASING KOSMOS GmbH ^{1,5}	Eschborn	100,00		89	0
VR-LEASING LEROS GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING LEROS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	20	18
VR-LEASING LIMNOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING LIMNOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	22	21
VR-LEASING LOTIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		58	33
VR-LEASING LOTIS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	41	39
VR-LEASING LYRA GmbH ¹	Eschborn	100,00		54	29
VR-LEASING LYRA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	39	41
VR-LEASING MADIUM GmbH ¹	Eschborn	100,00		113	88
VR-LEASING MADIUM GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		103	106
VR-LEASING MADRAS GmbH ¹	Eschborn	100,00		25	-1
VR-LEASING MADURA GmbH ¹	Eschborn	100,00		15	-10
VR-LEASING MAGADIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		71	46
VR-LEASING MAGADIS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	42	58
VR-LEASING MALAKON GmbH ¹	Eschborn	100,00		36	10
VR-LEASING MALAKON GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	15,00	75,50	3.181	213
VR-LEASING MANEGA GmbH ¹	Eschborn	100,00		38	13
VR-LEASING MANEGA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	-11	23
VR-LEASING MANIOLA GmbH ¹	Eschborn	100,00		39	13
VR-LEASING MANIOLA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	11,20	51,00	2.460	145
VR-LEASING MARKASIT GmbH ¹	Eschborn	100,00		26	1
VR-LEASING MARKASIT GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		-38	46
VR-LEASING MAROS GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING MAROS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	21	20
VR-LEASING MARTES GmbH ¹	Eschborn	100,00		39	13
VR-LEASING MARTES GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	14,50	51,00	1.830	112
VR-LEASING MAXIMA GmbH ¹	Eschborn	100,00		26	1
VR-LEASING MENTHA GmbH ¹	Eschborn	100,00		35	9
VR-LEASING MENTHA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	22,00	51,00	787	52
VR-LEASING MENTUM GmbH ¹	Eschborn	100,00		47	22
VR-LEASING MENTUM GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	7,80	51,00	4.535	435
VR-LEASING MERGUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		44	19
VR-LEASING MERGUS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	23	23
VR-LEASING METIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		25	-7
VR-LEASING METRO GmbH & Co. Objekte Rhein-Neckar KG ¹	Eschborn	100,00		-590	202
VR-LEASING MILETOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		45	20
VR-LEASING MILETOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	25	24
VR-LEASING MILIUM GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	15

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
VR-LEASING MILIUM GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	19	18
VR-LEASING MILVUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
VR-LEASING MORIO GmbH ¹	Eschborn	100,00		25	0
VR-LEASING MUNDA GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2
VR-LEASING MUNDA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		3	55
VR-LEASING MUSCAN GmbH ¹	Eschborn	100,00		35	9
VR-LEASING MUSCAN GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	19,10	51,00	941	60
VR-LEASING MUSTELA GmbH ¹	Eschborn	100,00		53	28
VR-LEASING NALANDA GmbH ¹	Eschborn	100,00		44	18
VR-LEASING NALANDA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	20	22
VR-LEASING NAPOCA GmbH ¹	Eschborn	100,00		39	14
VR-LEASING NAPOCA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	51,00	57	143
VR-LEASING NATANTIA GmbH ¹	Eschborn	100,00		53	26
VR-LEASING NAVARINO GmbH ¹	Eschborn	100,00		66	41
VR-LEASING NAVARINO GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		-472	153
VR-LEASING NEKTON GmbH ¹	Eschborn	100,00		26	0
VR-LEASING NESTOR GmbH ¹	Eschborn	100,00		48	23
VR-LEASING NESTOR GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	22	29
VR-LEASING NETTA GmbH ¹	Eschborn	100,00		56	25
VR-LEASING NETTA GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	94,00	51,00	14	32
VR-LEASING NOVA Fünfte GmbH ¹	Eschborn	100,00		55	30
VR-LEASING NOVA Vierte GmbH ¹	Eschborn	100,00		56	31
VR-LEASING ONDATRA GmbH ¹	Eschborn	100,00		55	30
VR-LEASING ONDATRA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	37	35
VR-LEASING ONYX GmbH ¹	Eschborn	100,00		40	14
VR-LEASING ONYX GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		-132	1.195
VR-LEASING OPAVA GmbH ¹	Eschborn	100,00		26	1
VR-LEASING OPAVA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		-2.382	591
VR-LEASING OPHIR GmbH ¹	Eschborn	100,00		31	5
VR-LEASING OPHIR GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00	83,66	-7.433	638
VR-LEASING OPTIMA GmbH ¹	Eschborn	100,00		74	48
VR-LEASING OPTIMA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	-87	82
VR-LEASING ORDO GmbH ¹	Eschborn	100,00		41	15
VR-LEASING OSMERUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		72	46
VR-LEASING PAROS GmbH ¹	Eschborn	100,00		122	97
VR-LEASING PAROS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	73	242
VR-LEASING POCO GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	-6	34
VR-LEASING REGELSCHULE GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	19	18
VR-LEASING RUSSLAND Holding GmbH ¹	Eschborn	100,00		538	0
VR-LEASING SALIX GmbH ¹	Eschborn	100,00		75	50
VR-LEASING SALIX GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	61	60
VR-LEASING SALONA GmbH ¹	Eschborn	100,00		33	8
VR-LEASING SALONA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	9	37
VR-LEASING SALVIA GmbH ¹	Eschborn	100,00		215	189
VR-LEASING SAMARA GmbH ¹	Eschborn	100,00		86	60
VR-LEASING SAMARA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	100,00		73	81
VR-LEASING SANAGA GmbH ¹	Eschborn	100,00		47	22
VR-LEASING SANAGA GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		27	26
VR-LEASING SANIDOS GmbH ¹	Eschborn	100,00		43	18
VR-LEASING SANIDOS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	4,00	52,00	26	25
VR-LEASING SARITA GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING SARITA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	21	20
VR-LEASING SASKIA GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING SASKIA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	21	20
VR-LEASING SEPIA GmbH ¹	Eschborn	100,00		35	10
VR-LEASING SEPIA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	4,00	52,00	815	14
VR-LEASING SIGUNE GmbH ¹	Eschborn	100,00		42	17
VR-LEASING SIGUNE GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	68,00	22	21
VR-LEASING SIMA GmbH ¹	Eschborn	100,00		49	24
VR-LEASING SIMA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	51,00	30	28
VR-LEASING SINABIS GmbH ¹	Eschborn	100,00		34	9
VR-LEASING SINABIS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	75,50	14	11
VR-LEASING SIRIUS GmbH ¹	Eschborn	100,00		27	2

TOCHTERUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
VR-LEASING SIRIUS GmbH & Co. Immobilien KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		3	29
VR-LEASING SOLIDUS Dreizehnte GmbH ¹	Eschborn	100,00		46	20
VR-LEASING SOLIDUS Dreizehnte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	26	25
VR-LEASING SOLIDUS Elfte GmbH ¹	Eschborn	100,00		46	20
VR-LEASING SOLIDUS Elfte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	94,00	76,00	26	25
VR-LEASING SOLIDUS Erste GmbH ¹	Eschborn	100,00		24	-1
VR-LEASING SOLIDUS Fünfte GmbH ¹	Eschborn	100,00		29	4
VR-LEASING SOLIDUS Neunte GmbH ¹	Eschborn	100,00		35	10
VR-LEASING SOLIDUS Neunte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	0,00	52,00	2.614	589
VR-LEASING SOLIDUS Neunzehnte GmbH ¹	Eschborn	100,00		44	19
VR-LEASING SOLIDUS Neunzehnte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	24	23
VR-LEASING SOLIDUS Sechzehnte GmbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
VR-LEASING SOLIDUS Sechzehnte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	21	19
VR-LEASING SOLIDUS Siebte GmbH ¹	Eschborn	100,00		24	-1
VR-LEASING SOLIDUS Vierzehnte GmbH ¹	Eschborn	100,00		41	16
VR-LEASING SOLIDUS Zweite GmbH ¹	Eschborn	100,00		52	27
VR-LEASING SOLIDUS Zweite GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	33	11
VR-LEASING SOLIDUS Zwölfte GmbH ¹	Eschborn	100,00		47	22
VR-LEASING TELLUR GmbH ¹	Eschborn	100,00		46	21
VR-LEASING TELLUR GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	26	25
VR-LEASING ZAWISLA GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Eschborn	6,00	76,00	25	15
Wadi Funding LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Wadi Woraya I LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Wadi Woraya III LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Wasps Aircraft Leasing (Ireland) Limited i. L. ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Waverley Shipping Opco LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		-5.014	-3.036
WBS Wohnwirtschaftliche Baubetreuungs- und Servicegesellschaft mbH ¹	Stuttgart	94,90		16.068	2.344
Weinmann GmbH & Co. Objekt Eichwald KG ^{1,6}	Eschborn	100,00		3	49
WGZ Immobilien + Management GmbH ⁵	Münster	100,00		35	0
WGZ ImmobilienKontor GmbH ¹	Münster	100,00		61	0
WGZ ImmobilienKontor GmbH & Co. KG ¹	Münster	55,00		72	149
WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank ^{3,5}	Münster	90,92		355.084	0
ZPF Asia Pacific Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	100,00		k. A.	k. A.
ZPF Holding GmbH i. L. ¹	Siegelsbach	95,58		21	-680
ZPF Industrial Furnaces (Taicang) Co. Ltd. ¹	Taicang, China	100,00		k. A.	k. A.
ZPF Services GmbH i. L. ¹	Heilbronn	100,00		61	36
ZPF Therm Maschinenbau GmbH i. L. ¹	Siegelsbach	100,00		5.371	-338

GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
38321 & 38329 Aircraft Leasing (Cayman) Ltd. ¹	Grand Cayman, Cayman Islands	50,00	0,00	10.976	2.642
AerCap Partners I Ltd. ¹	Shannon, Irland	50,00	0,00	k. A.	k. A.
AerCap Partners II Ltd. ¹	Shannon, Irland	0,00		k. A.	k. A.
BAU + HAUS Management GmbH ¹	Wiesbaden	50,00		11.209	869
BEA Union Investment Management Limited ¹	Hongkong, Hongkong	49,00		59.233	7.715
Ceskomoravska stavebni sporitelna a. s. ¹	Praha, Tschechien	45,00		360.695	40.848
D8 Product Tankers I LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
D8 Product Tankers Investments LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Deucalion MC Engine Leasing (Ireland) Ltd. ¹	Dublin, Irland	0,00		8.786	719
Deutsche WertpapierService Bank AG	Frankfurt am Main	50,00		182.463	11.128
DGVR Alpha Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH ¹	Eschborn	50,00		25	0
DUO PLAST Holding GmbH ¹	Lauterbach	47,43		14.474	1.614
DZ BANK Galerie im Stadel Kunstverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00		18	-1
GMS Holding GmbH ¹	Paderborn	58,89	45,00	9.711	711
Herakleitos 3050 LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	50,00		k. A.	k. A.
Intermodal Investment Fund IV LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		24.133	3.387
Intermodal Investment Fund VIII LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	50,00	0,00	6.984	948
IZD-Holding S.à.r.l. ¹	Luxemburg, Luxemburg	50,30	50,00	42.861	-390
Leuna Tenside Holding GmbH ¹	Leuna	50,00		9.430	-1.659
MS Oceana Schifffahrtsgesellschaft mbH & Co. KG ¹	Hamburg	50,00	0,00	7.041	-595
MS Octavia Schifffahrtsgesellschaft mbH & Co. KG ¹	Hamburg	50,00	0,00	5.695	-1.063
Norafin Verwaltungs GmbH ¹	Mildenaue	44,72		k. A.	k. A.
Prvá stavebná sporiteľna, a. s. ¹	Bratislava, Slowakei	32,50		240.150	22.747
R+V Kureck Immobilien GmbH Grundstücksverwaltung Braunschweig ¹	Wiesbaden	50,00		8.119	363
Raiffeisen Banca Pentru Locuinta S.A. ¹	Bukarest, Rumänien	33,32		15.538	222
TAG ASSET Management LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
TrustBills GmbH	Hamburg	25,00		66	-9
VB-Leasing International Holding GmbH ¹	Wien, Österreich	50,00		79.469	1.298
Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft des Sächsischen Landesbauernverbandes mbH ¹	Dresden	50,00		200	22
Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VVB) ¹	Neubrandenburg	50,00		156	11
Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Landesbauernverbandes Brandenburg (VVB) ¹	Teltow	50,00		33	4
Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt e. V. (VVB) ¹	Magdeburg	50,00		50	7
Zhong De Zuh Fang Chu Xu Yin Hang (Sino-German-Bausparkasse) Ltd. ¹	Tianjin, China	24,90		362.713	25.993

ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
8F Leasing S.A. ¹	Contern, Luxemburg	0,00		k. A.	k. A.
A330 Parts Ltd. ¹	Newark, USA	0,00		10.976	2.642
Aer Lucht Limited ¹	Dublin, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Artemis Gas 1 Shipping Inc. ¹	Piräus, Griechenland	0,00		k. A.	k. A.
Aviateur Capital Limited ¹	Dublin, Irland	20,00		2.052	214
Bankenkonsortium der Zenit GmbH, GBR	Mülheim an der Ruhr	33,30		0	0
bbv-service Versicherungsmakler GmbH ¹	München	25,20		1.822	454
Box TopCo AS ¹	Oslo, Norwegen	0,00		k. A.	k. A.
Cassa Centrale Banca - Credito Cooperativo del Nord Est Societa' per Azioni	Trento, Italien	25,00	26,47	225.508	14.807
Celestial Cruises Ltd. ¹	Strovolos, Zypern	49,00	33,33	k. A.	k. A.
Danae Gas Shipping Inc ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
Dr. Förster Holding GmbH ¹	Neu-Isenburg	20,06		k. A.	k. A.
Epic Pantheon International Gas Shipping Ltd. ¹	Tortola, Virgin Islands	0,00		k. A.	k. A.
ERR Rail Rent Vermietungs GmbH ¹	Wien, Österreich	9,00		k. A.	k. A.
European Convenience Food GmbH ¹	Borken	45,19		-2.232	-2.273
European Property Beteiligungs-GmbH ¹	Frankfurt am Main	38,90	33,20	1.028	-22
GGB-Beratungsgruppe GmbH	Stuttgart	23,13		-1.123	-1.858
GHM Holding GmbH ¹	Regenstauf	40,00		17.236	-25
GHM MPP Reserve GmbH ¹	Regenstauf	50,00		361	-3
GHM MPP Verwaltungs GmbH ¹	Regenstauf	50,00		28	0
Global Asic GmbH ¹	Dresden	30,80		13.987	85.510
Global Offshore Services B.V. ¹	Amsterdam, Niederlande	32,00	0,00	k. A.	k. A.
Goldeck Zetti Beteiligungsgesellschaft mbH ¹	Leipzig	39,23		25.744	-1.938
Gram Car Carriers Holdings Pte. Ltd. ¹	Singapore, Singapur	0,00		k. A.	k. A.
Hör Technologie GmbH ¹	Weiden i.d.OPf.	61,54	49,99	7.907	1.109
Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen mbH - KBG -	Neuss	23,60		2.284	560
KCM Bulkers Ltd. ¹	Tortola, Virgin Islands	0,00		k. A.	k. A.
KOTANI JV CO. BV ¹	Amsterdam, Niederlande	0,00		81.406	11.627
KTP Holding GmbH ¹	Bous	37,36		24.098	4.643
Mandarin Containers Limited ¹	Tortola, Virgin Islands	0,00		k. A.	k. A.
Modex Holding Limited (BVI) ¹	Tortola, Virgin Islands	0,00		k. A.	k. A.
MON A300 Leasing Ltd. ¹	George Town, Cayman Islands	0,00		79	1.692
MON Engine Parts Inc. ¹	Wilmington, USA	20,00		3.658	322
Mount Faber KS ¹	Oslo, Norwegen	0,00		k. A.	k. A.
MSEA Aframax Holdings LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	0,00		k. A.	k. A.
MSEA Marlin Holdings LLC ¹	Majuro, Marshallinseln	48,95		k. A.	k. A.
MSN 1272&1278 Aircraft Leasing ¹	Grand Cayman, Cayman Islands	20,00		k. A.	k. A.
n3k Informatik GmbH ¹	Heilbronn	58,33	49,99	k. A.	k. A.
Neida Holding AG ¹	Appenzell, Schweiz	35,00		-1.426	-2.707
Ostertag Holding GmbH ¹	Walldorfhäslach	54,68	49,90	k. A.	k. A.
Piller Entgrattechnik GmbH ¹	Ditzingen	40,00		8.751	1.478
PI-SM GmbH ¹	Ehringshausen	32,30		k. A.	k. A.
SCL GmbH ¹	Butzbach	49,00		6.544	760
Sementis GmbH Stephan Behr Vermögensverwaltung ¹	Eisenach	24,90	0,00	12.174	13
Service-Direkt Telemarketing Verwaltungsgesellschaft mbH	Weinheim	32,83		5.467	1
SRF Railcar Leasing Limited ¹	Cashel, Irland	100,00	0,00	k. A.	k. A.
TAP Ltd. ¹	Hamilton, Bermuda	38,05		k. A.	k. A.
TES Holding Ltd. ¹	Bridgend, Großbritannien	40,00		30.702	-5.263
Touax Rail Finance 3 Ltd. ¹	Bracetown, Irland	0,00		k. A.	k. A.
Treuhand- und Finanzierungsgesellschaft für Wohnungs- und Bauwirtschaft mit beschränkter Haftung. Treufinanz	Düsseldorf	33,14		2.453	-240
TREVA Entertainment GmbH i. L. ¹	Hamburg	32,70		1.269	-529
United MedTec Holding GmbH ¹	Bückerburg	41,01		9.521	330
VR Mittelstandskapital Unternehmensbeteiligungs AG ²	Düsseldorf	39,26		11.293	-2.015
Weisshaar Holding GmbH ¹	Frankfurt am Main	84,94	49,92	25	0
Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH i. L. ¹	Karlsruhe	45,00		-2.088	-1.527
WÜRTT. GENO-HAUS GmbH & Co. KG	Stuttgart	29,70		38.823	1.543
Zarges Tubasca Finance GmbH ¹	Weilheim	26,67		18	11

KAPITALANTEIL 20 % ODER MEHR

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
ANDROS GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Gilching	20,00	8,00	0	99
Assiconf S.r.l. ¹	Torino, Italien	20,00		80	6
ASSICRA Servizi Assicurativi Banche di Credito Cooperativo Abruzzo e Molise S.r.l. ¹	Pescara, Italien	25,00		376	28
ATRION Immobilien GmbH & Co. KG ¹	Grünwald	31,63		45.241	4.808
BCC RISPARMIO & PREVIDENZA S.G.R.P.A. ¹	Mailand, Italien	25,00		38.393	12.806
BLE Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH ¹	München	20,00		300	-40
BRASIL FLOWERS S.A. ¹	Barbacena, Brasilien	45,00		k. A.	k. A.
Burghofspiele GmbH ¹	Eltville	20,00		61	-14
Bürgerschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam	25,31		26.328	1.340
Bürgerschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin	30,38		16.150	194
Bürgerschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg	29,73		14.949	93
Bürgerschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt	22,13		23.397	910
CardProcess GmbH	Karlsruhe	39,80		30.693	272
CMMT Partners LP ¹	Camden, USA	26,64	0,00	k. A.	k. A.
Corpus Sireo Health Care III ¹	Luxembourg, Luxemburg	33,90	0,00	k. A.	k. A.
Corpus Sireo Health Care IV ¹	Luxembourg, Luxemburg	99,60	0,00	k. A.	k. A.
Credit Suisse Global Infrastructure SCA SICAR ¹	Luxembourg, Luxemburg	30,09		348.090	117.121
Dacos Software GmbH ¹	Saarbrücken	29,96		k. A.	k. A.
DZ BANK Mikrofinanzfonds eG ²	Frankfurt am Main	30,82	0,45	249	2
Finatem II GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	20,20		23.213	-2.691
FREUNDE DER EINTRACHT FRANKFURT Aktiengesellschaft ¹	Frankfurt am Main	32,05		2.893	3
GbR Ottmann GmbH & Co. Südhäuser KG, München VR Hausbau AG, Stuttgart (GbR „Ackermannbogen.de-Wohnen am Olympiapark“) ¹	München	50,00		62	-4
GENO-Haus Stuttgart Beteiligungs GmbH	Stuttgart	33,33		29	0
GENO-Haus Stuttgart GmbH & Co. KG Verwaltungsgesellschaft	Stuttgart	45,45		13	0
GENOPACE GmbH ¹	Berlin	22,49		0	0
German Equity Partners III GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	24,19		13.431	11.106
Gesellschaft für ernährungswirtschaftliche Beteiligungen mbH	Ochsenfurt	49,90		5.628	199
Global Infrastructure Partners III-C2, L.P. ¹	New York, USA	28,14	0,00	k. A.	k. A.
Golding Mezzanine SICAV IV ¹	Munsbach, Luxemburg	49,98		11.863	1.851
GTIS Brazil II S-Feeder LP ¹	Edinburgh, Großbritannien	100,00	0,00	21.902	-10.196
Hermann-Löns-Grundstücks- und Entwicklungs GbR ¹	Bergisch-Gladbach	50,00		176	176
HGI Immobilien GmbH ¹	Frankfurt am Main	50,00		112	10
HGI Immobilien GmbH & Co. GB I KG ¹	Frankfurt am Main	73,91	73,21	15.081	814
Kredit-Garantiegemeinschaft des bayerischen Handwerks Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	20,00		4.846	0
Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	20,00		1.023	0
Laetitia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG	Pullach	39,00		-3.190	8
Locanis AG ¹	Unterföhring	41,28		0	-2.966
Macquarie Asia Infrastructure Fund EU Feeder L.P. ¹	London, Großbritannien	100,00	0,00	k. A.	k. A.
MB Asia Real Estate Feeder (Scott.) L.P. ¹	Edinburgh, Großbritannien	39,20	0,00	7.796	-1.772
Medico 12 GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	99,98		2.058	-692
Mercateo Beteiligungsholding AG ¹	Taufkirchen	32,83		3.986	-262
P 21 GmbH - Power of the 21st Century i. L. ¹	Brunnthal	27,00	22,23	k. A.	k. A.
paydirekt GmbH	Frankfurt am Main	33,33		16.490	6.526
Q, Inc. ¹	San Francisco, USA	63,17		k. A.	k. A.
Schroder Italien Fonds GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	23,08	19,74	728	-2.286
Schroder Property Services B.V. ¹	Amsterdam, Niederlande	30,00		141	40
Seguros Generales Rural S.A. de Seguros y Reaseguros ¹	Madrid, Spanien	30,00		250.393	18.313
Technology DZ Venture Capital Fund I GmbH & Co. KG i. L. ¹	München	68,29		9.785	1.735
TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Wiesbaden	25,00		1.787	-18
TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L.	Frankfurt am Main	33,33		574	0
Tishman Speyer Brazil Feeder (Scots/D), L.P. ¹	Edinburgh, Großbritannien	100,00		28.326	3.284
Tishman Speyer European Strategic Office Fund Feeder, L.P. ¹	London, Großbritannien	97,18		19.895	7.249
TXS GmbH ¹	Ellerau	24,50		200	665
VAUTID & HUIFENG (WUHU) Wear Resistant Material Co. Ltd. ¹	Wuhu, China	50,00		1.040	358
VAUTID Arabia Coating & Treatment of Metals LLC ¹	Ras Al Khaimah, Vereinigte Arabische Emirate	24,50	0,00	213	-41
VAUTID-SHAH HARDFACE Pvt. Ltd. ¹	Navi Mumbai, Indien	37,49		1.798	2.160
VBI Beteiligungs GmbH ¹	Wien, Österreich	24,50		70.472	-377.713
VR Finanzdienstleistung GmbH	Berlin	24,50		2.181	313
VR-LEASING FIXUM GmbH ¹	Eschborn	100,00		37	12
VR-NetWorld GmbH ²	Bonn	43,48		4.162	207
VV Immobilien GmbH & Co. United States KG ¹	München	25,00		7	80
ZhangJiaGang Vautid Yao Yu Wear Resistance Material Co., Ltd. ¹	Yangshe Town, China	50,00		k. A.	k. A.

STIMMANTEIL VON ÜBER 5 % (GROSSE KAPITALGESELLSCHAFTEN)

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Banco Cooperativo Español S.A.	Madrid, Spanien	12,02		421.484	37.357
Concardis GmbH	Eschborn	19,60		74.914	24.202
DEPFA Beteiligungs Holding II Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹	Düsseldorf	10,00		266	79.458
EDEKABANK Aktiengesellschaft	Hamburg	8,35		89.935	3.649
equensWorldline SE	Utrecht, Niederlande	11,89		319.931	-839
EURO Kartensysteme GmbH	Frankfurt am Main	19,60		329.788	66
PANELLINIA BANK SOCIETE ANONYME (under special liquidation)	Athen, Griechenland	8,42	5,28	50.143	-12.637
Protector Lebensversicherungs-AG ¹	Berlin	5,27		92.900	1.824
Raiffeisendruckerei GmbH ¹	Neuwied	7,88		34.933	959
SCHUFA Holding AG ¹	Wiesbaden	17,94		58.073	20.747

KAPITALANTEIL WENIGER 20 %

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
ABE Clearing S.A.S a Capital Variable	Paris, Frankreich	1,85		15.604	4.791
AERS Consortio AG ¹	Stuttgart	16,50		125	-19
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	0,31		212.967	16.035
Akademie Badischer Volksbanken und Raiffeisenbanken GmbH ¹	Karlsruhe	0,03		0	0
Almack Mezzanine I LP ¹	London, Großbritannien	9,82		6	64.126
Assicoop-Assicurazioni Cooperative S.r.l. ¹	Catania, Italien	0,41		k. A.	k. A.
assistance partner GmbH & Co. KG ¹	München	5,01	0,00	1.100	94
Bank Polskiej Spoldzielczosci Spolska Akcyjna	Warszawa, Polen	1,32		146.269	862
BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH	München	9,38		214.026	13.695
Bayerische Raiffeisen-Beteiligungsgesellschaft ²	Beilngries	1,85		829.633	29.718
BayWa Aktiengesellschaft ¹	München	0,10		647.563	36.307
Berliner Volksbank eG ¹	Berlin	0,00	0,10	847.845	17.335
Bernhauser Bank eG ¹	Filderstadt	0,01		k. A.	k. A.
Beteiligungs-Aktiengesellschaft der bayrischen Volksbanken ¹	Pöcking	1,49		231.090	6.489
BGG Bayerische Garantiegesellschaft mit beschränkter Haftung für mittelständische Beteiligungen	München	13,15		46.377	2.325
Blackrock Renewable Income Europe ¹	London, Großbritannien	7,69		k. A.	k. A.
Blackstone Real Estate Partners Europe III L.P. ¹	New York, USA	2,06	0,00	70	644.548
Blackstone Real Estate Partners International I.E. L.P. ¹	New York, USA	9,77		17	3.051
Börse Düsseldorf AG ²	Düsseldorf	9,99		52.747	473
BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH	Hamburg	10,00		3.574	236
Bürgschaftsbank Bremen GmbH	Bremen	4,86		6.290	370
Bürgschaftsbank Hessen GmbH	Wiesbaden	15,87		18.167	930
Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH Kreditgarantiegemeinschaft	Neuss	15,75		33.043	1.419
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH	Mainz	14,31		16.380	65
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden	14,66	16,59	38.150	2.300
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kiel	11,79		38.646	217
Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH ¹	Berlin	3,11		10.798	554
Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg	6,36		23.964	965
Cash Logistik Security AG ¹	Düsseldorf	4,10		4.357	801
Celt S.A. ¹	Krakow, Polen	4,44	0,00	990	-300
Centrast S.A. ¹	Warszawa, Polen	0,64		3.431	-972
ChipVision Design Systems AG i. L. ¹	Oldenburg	16,30		k. A.	k. A.
CLS Group Holdings AG	Luzern, Schweiz	0,69		523.087	73
Coop Sistem S.p.A. ¹	Roma, Italien	1,97		k. A.	k. A.
Corporativo Opción Sante Fe II S.A. DE C.V. ¹	Mexico, Mexiko	0,00		16.123	1.264
Cruz Martins & Wahl Lda. ¹	Lousado, Portugal	10,00		7.431	1.249
Cube Optics AG ¹	Mainz	14,16		k. A.	k. A.
Curzon Capital Partners III LP ¹	London, Großbritannien	11,99	0,00	k. A.	k. A.
Curzon Capital Partners IV LP ¹	London, Großbritannien	10,73	0,00	0	0
DEGEACTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	5,20	24,50	k. A.	k. A.

KAPITALANTEIL WENIGER 20 %

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
DEGENAVIS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Eschborn	6,00	24,50	k. A.	k. A.
DEGESAVE Achte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Hamburg	5,20	24,00	k. A.	k. A.
DePfa Beteiligungsholding III Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹	Düsseldorf	0,40		342	25.753
Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) mbH ¹	Frankfurt am Main	16,26		0	0
Deutsche Börse Commodities GmbH	Frankfurt am Main	16,20	14,48	3.626	1.073
Deutsche Energie-Agentur GmbH (DEnA)	Berlin	8,00		4.527	-1.255
Deutscher Genossenschafts-Verlag eG ²	Wiesbaden	1,48	1,28	70.702	3.527
DG ANLAGE Holland-Fonds „Nieuwegein, 's-Hertogenbosch“ GmbH & Co. KG (DGI 48)	Frankfurt am Main	0,57		0	-491
DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	5,01		3.704	-228
DG Immobilien-Anlagegesellschaft „Berlin, Pariser Platz 3“ Dr. Neumann & Prüske KG (DGI 43) i. L.	Frankfurt am Main	6,24		11.265	75.337
DG Immobilien-Anlagegesellschaft Nr. 31 „Berlin-Mitte, Holzmarktstr. 15–18“ Schütze & Dr. Neumann KG i. L.	Frankfurt am Main	0,06		2.980	1
DG Immobilien-Anlagegesellschaft Nr. 32 „Chemnitz, Essen“ Schütze & Dr. Neumann KG i. L.	Frankfurt am Main	0,18		0	1.848
DG Immobilien-Anlagegesellschaft Nr. 34 „Berlin, Darmstadt, Frankfurt“ Schütze & Dr. Neumann KG i. L.	Frankfurt am Main	0,06		0	-3.309
DG Immobilien-Anlagegesellschaft Nr. 35 „Berlin, Frankfurt“ Prüske & Dr. Neumann KG i. L.	Frankfurt am Main	0,07		2.859	895
DG Immobilien-Anlagegesellschaft Nr. 36 „Seniorenresidenz Oberursel“ Kreft & Dr. Neumann KG i. L.	Frankfurt am Main	0,26		0	-93
DG Immobilien-Anlagegesellschaft Nr. 37 „Berlin-Wegedornstraße“ GbR mit quotaler Haftung i. L.	Frankfurt am Main	0,66		0	4.350
DG IMMOBILIEN-Objektgesellschaft „Stuttgart, Industriestraße“ Kreft & Dr. Neumann KG (DGI 49) i. L.	Frankfurt am Main	0,98		0	2.354
DIFA BELGIQUE 1 S.A. ¹	Bruxelles, Belgien	0,18		k. A.	k. A.
DIFA BELGIQUE 2 S.A. ¹	Bruxelles, Belgien	1,00		k. A.	k. A.
DIFA BELGIQUE 3 S.A. ¹	Bruxelles, Belgien	0,01		k. A.	k. A.
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH Berlin ¹	Berlin	14,13		17	-1
Dritte Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Hamburg	5,00	24,00	k. A.	k. A.
EIG Energy Fund XVI (Scotland) L.P. ¹	Edinburgh, Schottland	14,02	0,00	195.563	-2.750
Euro Capital S.A.S. ¹	Metz, Frankreich	6,67		32.736	1.659
European Property Investors Special Opportunities, L.P. ¹	London, Großbritannien	6,35	0,00	23.003	0
European Property Investors, L.P. ¹	London, Großbritannien	6,50		0	0
EXTREMUS Versicherungs-Aktiengesellschaft ¹	Köln	5,00		65.690	500
Familien-genossenschaft Münsterland eG	Münster (Westfalen)	1,09		61	-16
Fiducia & GAD IT AG ²	Frankfurt am Main	0,35		409.743	-338
FIDUCIA Mailing Services eG ²	Karlsruhe	0,18		83	0
Flugplatz Schwäbisch Hall GmbH ¹	Schwäbisch Hall	2,00		49	0
Fundus-Baubetreuung Rathaus-Center Pankow Immobilien-Anlagen 35 KG ¹	Disternich	3,88	0,00	k. A.	k. A.
Fünfte Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Hamburg	6,00	24,50	k. A.	k. A.
GAD Beteiligungs GmbH & Co. KG ²	Münster	2,32		117.992	3.010
GBK Holding GmbH & Co. KG ¹	Kassel	0,03		470.693	10.226
GDV Dienstleistungs-GmbH & Co. KG ¹	Hamburg	5,73	5,70	19.893	-68
German Equity Partnes IV GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	4,36		60.934	-2.863
GLADBACHER BANK Aktiengesellschaft von 1922	Mönchengladbach	17,53		37.928	1.398
GMS Mitarbeiter Beteiligungsgesellschaft UG & Co.KG ¹	Münster	4,00	3,95	1.007	-6
Golding Mezzanine SICAV III ¹	Munsbach, Luxemburg	1,30		199.401	39.212
Grand Hotel Heiligendamm GmbH & Co. KG Fundus Fonds Nr. 34 ¹	Disternich	1,90	0,00	k. A.	k. A.
Grundstücksgesellschaft Rappienstraße – Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	Stuttgart	0,00	50,00	19	-1
HANDWERKSBAU NIEDERRHEIN AKTIENGESELLSCHAFT	Düsseldorf	10,15		21.792	1.492
Hannover-Contor Versicherungsmakler GmbH ¹	Hannover	9,00		153	167
immigon portfolioabbau ag	Wien, Österreich	3,79		466.379	316.440
Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH	Frankfurt am Main	7,01		23.960	8.278
IT Förder- und Beteiligungs eG	Münster	2,90		6.876	1.313
IVS Immobilien GmbH ¹	Schiffweiler	6,00		26	0
K in Kortrijk S.A. ¹	Brüssel, Belgien	0,00		k. A.	k. A.

KAPITALANTEIL WENIGER 20 %

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Kapsch IT Service for finance and industrie GmbH ¹	Wien, Österreich	2,00		k. A.	k. A.
Karen Notebook S.A. ¹	Warszawa, Polen	2,17		624	34
KLAAS MESSTECHNIK GmbH ¹	Seelze-Harenberg	15,00		28	0
KLV BAKO Vermittlungs-GmbH	Karlsruhe	10,00		206	9
Konsortium der Absatzfinanzierungsinstitute plettac-asso GbR	Wuppertal	0,00	4,08	0	0
Kreditgarantiegemeinschaft der Freien Berufe Baden-Württemberg Verwaltungs GmbH	Stuttgart	4,76		153	0
Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	15,28		1.300	0
Kreditgarantiegemeinschaft des bayerischen Gartenbaues GmbH	München	9,07		679	0
Kreditgarantiegemeinschaft des Gartenbaues Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	12,00		138	0
Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	10,05		1.022	0
Kreditgarantiegemeinschaft des Handwerks Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	10,05		1.001	0
Kreditgarantiegemeinschaft des Hotel- und Gaststättengewerbes in Bayern GmbH	München	12,00		4.359	0
Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern GmbH	München	7,19		6.317	0
Kunststiftung Baden-Württemberg GmbH ¹	Stuttgart	0,50		2.916	4
Immo Feest en Cultuurpaleis Oostende SA ¹	Brüssel, Belgien	0,00		k. A.	k. A.
Macquarie European Infrastructure Fund 4 L.P. ¹	St. Peter, Guernsey	5,70	0,00	1.392.438	7.874
MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen GmbH	Frankfurt am Main	16,26		10.045	131
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Stuttgart	9,94		60.881	4.452
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH	Mainz	9,80	11,11	12.376	1.708
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	Kiel	14,59	15,22	33.438	2.316
MergeOptics GmbH i. L. ¹	Berlin	19,72		k. A.	k. A.
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	Potsdam	8,89		16.323	1.329
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	Schwerin	16,00		13.485	880
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen (MBG) mbH	Hannover	19,92		12.236	759
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH	Dresden	9,38		42.265	2.949
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt (MBG) mbH	Magdeburg	19,84		22.716	816
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH	Erfurt	10,28		22.517	997
MORIO GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Wegberg	6,00	24,00	k. A.	k. A.
Münchener Hypothekenbank eG ²	München	1,79		1.282.363	22.239
Munster S.A. ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,11		k. A.	k. A.
NELO Vierte GmbH & Co. Immobilien KG ¹	Waldems	6,00	48,00	2	0
Niedersächsische Bürgschaftsbank (NBB) GmbH	Hannover	17,68		23.190	1.182
Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft ¹	Hannover	0,87		1.318.813	62.336
Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Gummersbach	7,32		1.588	-81
Odewald & Compagnie GmbH & Co. Dritte Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG ¹	Berlin	4,01		k. A.	k. A.
Odewald & Compagnie GmbH & Co. KG ¹	Berlin	1,50		k. A.	k. A.
Opción Jamantab S.A. DE C.V. ¹	Mexico, Mexiko	0,00		2.819	708
Opción Santa Fe III S.A. DE C.V. ¹	Mexico, Mexiko	0,00		12.258	264
ÖPP Deutschland Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Berlin	2,97		7.838	-75
Partners Group Global Mezzanine 2007 S.C.A., SICAR ¹	Luxembourg, Luxemburg	2,26		188.409	50.020
PAXOS GmbH & Co. KG ¹	Pullach i. Isartal	6,00	9,80	k. A.	k. A.
Prosa Beteiligungs GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	15,63		k. A.	k. A.
Prosolis GmbH The Solution House i. L. ¹	Fulda	6,00		603	-870
PSD Bank RheinNeckarSaar eG ¹	Stuttgart	0,01		k. A.	k. A.
Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG	Köln	2,47		120.597	2.145
Raiffeisen-Kassel A-Beteiligungs GmbH & Co. KG	Kassel	8,22		40.415	358
Raiffeisen-Kassel B-Beteiligungs GmbH & Co. KG	Kassel	8,22		40.415	358
RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG ¹	Eschborn	17,70		404.145	-195
RW Holding AG ¹	Düsseldorf	1,23		884.620	28.140
S.W.I.F.T. Society for Worldwide International Financial Telecommunication ²	La Hulpe, Belgien	0,31		407.374	19.498
Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH	Saarbrücken	2,59		6.402	92
SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft GmbH ¹	Magdeburg	1,15		13.960	492
Sana Kliniken AG ¹	München	0,69		697.581	71.340
Schroder European Property Investment No. 1 S.A. ¹	Senningerberg, Luxemburg	10,00		1.552	-186

KAPITALANTEIL WENIGER 20 %

Name	Ort	Kapitalanteil	Abweichende Stimmrechte	Eigenkapital in 1.000 €	Ergebnis in 1.000 €
Schulze-Delitzsch-Haus, eingetragene Genossenschaft ²	Bonn	2,34		1.050	76
Sechste Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Hamburg	6,00	24,50	k. A.	k. A.
Sechzehnte Gamma Trans Leasing Verwaltungs-GmbH & Co. Finanzierungs-Management KG i. L. ¹	Nidderau	16,51		10.320	5.335
SGB-Bank Spółka Akcyjna	Poznan, Polen	0,47		159.782	11.094
Sireo Immobilienfonds No. 1 GmbH & Co. KG ¹	Frankfurt am Main	0,05		137.177	4.824
Société de la Bourse de Luxembourg S.A. ¹	Luxembourg, Luxemburg	0,06		k. A.	k. A.
Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG	Ochsenfurt	4,44	4,55	143.646	1.015
Target Partners Capital GmbH & Co. KG ¹	München	10,00	10,01	535	0
Technisches Kontor für Versicherungen GmbH ¹	Düsseldorf	10,00	0,00	53	27
Technologiezentrum Schwäbisch Hall GmbH ¹	Schwäbisch Hall	4,17	5,56	508	45
The Co-operators Group Ltd. ¹	Guelph, Kanada	3,60		690.102	21.224
True Sale International GmbH	Frankfurt am Main	7,69		4.763	71
U.S. Central Federal Credit Union i. L.	Austin, USA	0,00		25.128.330	-1.933
Ufficio Centrale Italiano di Assistenza Assicurativa Automobilisti in Circolazione Internazionale -U.C.I. Societe consortie a R.L. ¹	Milano, Italien	0,09		k. A.	k. A.
Vereinigte Volksbank eG ¹	Sindelfingen	0,01		k. A.	k. A.
Vierte Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG ¹	Hamburg	6,00	24,50	k. A.	k. A.
Visa Inc.	San Francisco, USA	0,00		28.254.119	5.991.290
Volksbank Backnang eG ¹	Backnang	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Einlagensicherung eG ¹	Wien, Österreich	0,69		k. A.	k. A.
Volksbank Filder eG ¹	Filderstadt	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Haftungsgenossenschaft eG ¹	Wien, Österreich	0,40		k. A.	k. A.
Volksbank Heilbronn eG ¹	Heilbronn	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Kirchheim-Nürtingen eG ¹	Nürtingen	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Plochingen eG ¹	Plochingen	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Region Leonberg eG ¹	Leonberg	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Strohgäu eG ¹	Gerlingen	0,01		k. A.	k. A.
Volksbank Wien-Baden AG	Wien, Österreich	0,08		288.112	4.417
Vorgebirgs-Residenz Bonn-Endenich GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Unterschleißheim	5,00		102	0
VR VertriebsService GmbH	Gladbeck	5,00		931	21
VR-Bank Asperg-Markgröningen eG ¹	Möglingen	0,01		k. A.	k. A.
VR-Bank Schwäbisch Hall eG ¹	Schwäbisch Hall	0,01		111.749	3.106
VR-BankenService GmbH	Schloß Holte – Stukenbrock	5,00		1.055	80
WESTFLEISCH Finanz AG ¹	Münster	0,51		65.047	2.131
WRW Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L.	Düsseldorf	2,73		2.580	-3.744
ZG Raiffeisen eG	Karlsruhe	1,59	0,03	88.548	2.980
ZT Management Holding GmbH ¹	Weilheim	19,52		-40.566	-29.627

- 1 Mittelbar gehalten
 - 2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile
 - 3 Es besteht eine Patronatserklärung.
 - 4 Es besteht eine nachrangige Patronatserklärung.
 - 5 Ergebnisabführungsvertrag
 - 6 Die Gesellschaft macht von den Erleichterungen des § 264b HGB Gebrauch.
- k.A. = Es liegen keine Angaben vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 7. März 2017

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Der Vorstand



Kirsch



Wolberg



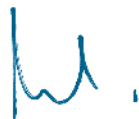
Berghaus



Dr. Brauckmann



Hille



Köhler



Moll



Dr. Riese



Speth



Ullrich



Westhoff



Zeidler

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 10. März 2017

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Freiling
Wirtschaftsprüfer



Dombek
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates



Helmut Gottschalk, Vorsitzender des Aufsichtsrates der DZ BANK AG

Der Beginn des Jahres 2016 stand im Zeichen starker Konjunkturskepsis, ausgelöst durch einen Einbruch des Rohölpreises und Marktturbulenzen in China. Weltweit gaben die Aktienindizes nach, der DAX beispielsweise um rund 20 Prozent. Eine Stabilisierung des Ölpreises und die Notenbankpolitik – in den USA verzichtete die Fed zunächst auf weitere Leitzinserhöhungen, im Euroraum kündigte die EZB zusätzliche monetäre Impulse an – bewirkten dann eine Marktstabilisierung. Zur Jahresmitte sorgte das britische „Brexit“-Votum aber für neue Verunsicherung. Eine starke Nachfrage nach sicheren Anlagen ließ die Renditen zehnjähriger US-Treasuries und Bundesanleihen auf Rekordtiefs sinken, die Bund-Rendite erstmals in den Minusbereich. Im Spätsommer und Herbst beruhigte sich das Marktgeschehen erneut. Die Aktienmärkte bewegten sich auf erholtem Niveau seitwärts, die Langfristrenditen zogen beiderseits des Atlantiks wieder an. Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, verbunden mit erhofften zusätzlichen Konjunkturstimuli, verhalf den Aktienkursen dann zu einer Jahresendrally. Zugleich verstärkten eine Leitzinserhöhung in den USA und verlängerte Anleihekäufe im Euroraum die geldpolitischen Unterschiede, und drückten den Euro zum US-Dollar auf ein 14-Jahrestief. Diese makroökonomischen Entwicklungen bildeten die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit des Aufsichtsrates im Jahr 2016.

Verschmelzung der beiden genossenschaftlichen Zentralbanken

Ein wichtiger Fokus der Bank und damit auch der Aufsichtsrats Tätigkeit lag im Geschäftsjahr 2016 auf der Verschmelzung der WGZ BANK auf die DZ BANK. Mit dieser Verschmelzung wurde am 29. Juli 2016 der stetige Konsolidierungsprozess der genossenschaft-

lichen Zentralbanken abgeschlossen und die strategischen und operativen Stärken beider Häuser auf der Grundlage eines erfolgreichen Geschäftsmodells sowie komplementärer Marktgebiete gewinnbringend für die gesamte genossenschaftliche FinanzGruppe zusammengeführt. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit der Verschmelzung befasst und diese insgesamt eng begleitet. Hierbei hat sich der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2016 auch mit der künftigen strategischen Ausrichtung der DZ BANK befasst. Im Anschluss an die erfolgreiche Integration der Zentralbanken ist eine Weiterentwicklung der Governance-Struktur in Richtung einer Holding-Architektur bis Ende des Jahrzehnts geplant.

Allgemeines und Geschäftsentwicklung

Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen seiner Tätigkeit mehrfach detailliert mit der Kapital-situation der DZ BANK und dem diesbezüglichen regulatorischen Umfeld auseinandergesetzt. Dies beinhaltete insbesondere die Auswirkungen der Regulierungsinitiativen zur Finalisierung von Basel III, aber auch weitere für die DZ BANK wesentliche regulatorische Entwicklungen. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Aufsichtsrates bestand in der Auseinandersetzung mit der strategischen Ausrichtung der DZ BANK. Der Aufsichtsrat hat dies im Geschäftsjahr 2016 sowohl unter dem Blickwinkel der Verschmelzung als auch unter dem Blickwinkel der DZ BANK als verbundfokussierter Zentralbank und Allfinanzgruppe getan. Die übergreifende Strategie ist von hoher Kontinuität geprägt und erfuhr nur wenige inhaltliche Anpassungen, die im Wesentlichen aus der Verschmelzung von DZ BANK und WGZ BANK mit Wirkung ab dem 29. Juli 2016 resultierten. Im Vordergrund standen die Fortführung und weitere Fokussierung der strategischen Ausrichtung der DZ BANK sowie ihrer Tochtergesellschaften. Der Aufsichtsrat hat die Strategie sowie deren fortschreitende Umsetzung turnusmäßig in einer Schwerpunktsitzung ausführlich erörtert und einmütig unterstützt.

Wie in den Vorjahren fand die erfolgreiche Fortsetzung der strategischen Ausrichtung der DZ BANK Gruppe auch im Geschäftsjahr 2016 ihren Niederschlag in einer guten operativen Geschäftsentwicklung. Das erfreuliche Jahresergebnis 2016 konnte abermals zu einer Stärkung der Kapitalbasis genutzt werden. Insgesamt haben die vorgenommenen Thesaurierungen dazu beigetragen, den gestiegenen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen weiterhin adäquat begegnen zu können.

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der DZ BANK hat im Geschäftsjahr 2016 die Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht und über die vorgelegten zustimmungsbedürftigen Geschäfte entschieden. Der Aufsichtsrat hat einen Nominierungsausschuss, einen Vergütungskontrollausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Risikoausschuss sowie einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Absatz 3 Mitbestimmungsgesetz eingesetzt.

In Übereinstimmung mit den Vorgaben des Kreditwesengesetzes (KWG) führte der Aufsichtsrat am 25. Februar 2016 eine Selbstevaluation durch. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, dass die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Aufsichtsrates sowie die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch des Aufsichtsrates in seiner Gesamtheit den gesetzlichen und satzungsmäßigen Erfordernissen entsprechen. Die Zielquote an weiblichen Aufsichtsratsmitgliedern von 15 bis 20 Prozent gemäß der mit Beschluss vom 2. April 2014 durch den Aufsichtsrat verabschiedeten Strategie

zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts, die mit dem Wechsel von Aufsichtsratsmitgliedern auf der Arbeitnehmerseite bereits am 28. Mai 2015 vorzeitig erfüllt war, ist auch im Geschäftsjahr 2016 eingehalten worden.

Dem Aufsichtsrat stehen angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um seinen Mitgliedern die Einführung in ihr Amt zu erleichtern und die Fortbildung zu ermöglichen, die zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Sachkunde notwendig ist. So bietet die DZ BANK den Mitgliedern des Aufsichtsrates die Kostenübernahme für ein speziell auf Aufsichtsratsmitglieder zugeschnittenes modular aufgebautes Fortbildungsprogramm eines externen Anbieters an, welches sich die Aufsichtsratsmitglieder individuell und bedarfsabhängig zusammenstellen können. Zudem fand im Geschäftsjahr 2016 wie im Vorjahr eine interne Schulung des Aufsichtsrates zu Themen der Banksteuerung und -überwachung sowie den damit verbundenen Berichts- und Steuerungsprozessen statt.

Anhaltspunkte für grundsätzliche und tiefgreifende Interessenkonflikte von Aufsichtsratsmitgliedern hat es nicht gegeben. Sofern es Anhaltspunkte für Interessenkonflikte in Einzelfällen gab, haben sich die betroffenen Aufsichtsratsmitglieder nicht an der Abstimmung beteiligt. So hat Herr Hans-Bernd Wolberg nicht an der Beschlussfassung über die eigene Bestellung zum neuen Vorstandsmitglied anlässlich der Verschmelzung teilgenommen.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns sowie den allgemeinen Geschäftsverlauf regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich sowie mündlich Bericht erstattet. Darüber hinaus hat der Vorstand den Aufsichtsrat über die laufende Umsetzung der strategischen Ausrichtung als verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe, die Kapitalsituation sowie die operative und strategische Planung der Bank und des Konzerns unterrichtet. Der Aufsichtsrat wurde laufend über die Rentabilität der Bank und der Gruppe informiert. Zudem hat der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig über wesentliche Kredit- und Beteiligungsengagements berichtet.

Der Aufsichtsrat hat die genannten Themen mit dem Vorstand erörtert, den Vorstand beraten und dessen Geschäftsführung überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich dabei insbesondere tiefgehend mit der strategischen Ausrichtung und der Kapitalsituation der DZ BANK, auch im Hinblick auf verschmelzungsbedingte Veränderungen und die aktuellen regulatorischen Herausforderungen befasst. Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Risikosituation der Bank und des Konzerns sowie der Weiterentwicklung der Systeme und Verfahrensweisen zur Kontrolle von Markt-, Adressausfall- und operationellen Risiken sowie von weiteren wesentlichen banktypischen Risiken prüferisch auseinandergesetzt. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung war der Aufsichtsrat stets eingebunden.

Veränderungen im Vorstand

Der Aufsichtsrat hat mit Beschluss vom 23. März 2016 die Herren Hans-Bernd Wolberg, Uwe Berghaus, Dr. Christian Brauckmann, Karl-Heinz Moll und Michael Speth mit Wirksamwerden der Verschmelzung der WGZ BANK auf die DZ BANK zu Mitgliedern des Vorstands der DZ BANK bestellt. Herr Wolberg wurde zudem zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt. Der Vorstand der DZ BANK wurde damit von sieben auf zwölf Mitglieder erweitert.

Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse

Im Geschäftsjahr 2016 haben sechs Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse haben im Geschäftsjahr 2016 regelmäßig an den Sitzungen und schriftlichen Beschlussverfahren des jeweiligen Gremiums teilgenommen. Die Präsenz lag bei durchschnittlich rd. 97 Prozent. Kein Mitglied des Aufsichtsrates weist eine Sitzungspräsenz von weniger als 66 Prozent auf.

Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen die Berichte des Vorstands zur aktuellen Geschäftsentwicklung und Kapitalsituation der DZ BANK und der DZ BANK Gruppe entgegen genommen und erörtert. Darüber hinaus hat das Gremium den Jahresabschluss und den Lagebericht der DZ BANK sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 geprüft und entsprechend des Empfehlungsbeschlusses des Prüfungsausschusses gebilligt. Zudem hat sich der Aufsichtsrat mit der Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2016 und des Prüfers für die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichtes des Konzerns und weiterer Zwischenabschlüsse sowie aus diesem Anlass mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers beschäftigt und – dem Empfehlungsbeschluss des Prüfungsausschusses folgend – der Hauptversammlung empfohlen, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart (EY) erneut zum Prüfer zu wählen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Tätigkeit des Aufsichtsrates im 1. Halbjahr 2016 war das Verschmelzungsvorhaben zwischen DZ BANK und WGZ BANK. Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig mit den Fortschritten des Projektes beschäftigt. Auch hat das Gremium die Vorstandsmitglieder der ehemaligen WGZ BANK zu Vorstandsmitgliedern der DZ BANK bestellt und Beschlüsse zu deren Dienst- und Pensionsregelungen, zum Abschluss des Verschmelzungsvertrages mit der WGZ BANK und zur Anpassung des Regelwerkes – einschließlich des Geschäftsverteilungsplans des Vorstands – gefasst sowie der Hauptversammlung Kandidaten für die Wahlen in den Aufsichtsrat vorgeschlagen. Der Aufsichtsrat hat überdies Beschlüsse zur Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter, über Zuwahlen in diverse Ausschüsse sowie Empfehlungsbeschlüsse über die Wahl von Ausschussvorsitzenden sowie deren Stellvertreter gefasst.

Des Weiteren hat sich das Gremium mit der strategischen und der operativen Planung befasst. In diesem Rahmen hat der Aufsichtsrat auch den Sanierungsplan, der von als potentiell systemgefährdend identifizierten Kreditinstituten gesetzlich gefordert wird, zur Kenntnis genommen und erörtert. Der Aufsichtsrat hat diverse Beschlussanträge zu zustimmungspflichtigen Geschäften, wie z.B. Beteiligungs- und Kreditengagements, besprochen und genehmigt. Hierzu gehörte auch die Zustimmung zu einem Ertragszuschuss gegenüber der DVB Bank sowie zur Eröffnung einer neuen Repräsentanz in Jakarta. Ferner hat sich das Gremium mit den Folgen des sog. „Brexit“-Votums sowie intensiv mit einem Schreiben der EZB zur thematischen Überprüfung der Risk Governance und der Risikobereitschaft auseinandergesetzt.

Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit der Bewertung von Vorstand und Aufsichtsrat befasst und hierzu entsprechend der Empfehlung des Nominierungsausschusses Entscheidungen getroffen. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat aufgrund der Änderungen in der Rechtsprechung Anpassungen der Struktur künftiger Vorstandsversorgungszusagen („Muster-Versorgungszusage“) der DZ BANK sowie bestehender Versorgungszusagen beschlossen. Er hat sich mit der Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder und mit der Zielerreichung/-planung 2016 für den Gesamtvorstand befasst, die aufgrund der verschmelzungsbedingt geänderten Geschäftsverteilung erforderlich wurde. Im Übrigen hat sich der Aufsichtsrat mit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter sowie rückblickend mit den Personalthemen des Geschäftsjahres 2015 befasst und hierzu – wo erforderlich –

gemäß der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses Beschlüsse gefasst. Schließlich hat der Aufsichtsrat regelmäßig Berichte der Ausschussvorsitzenden zur Arbeit der Ausschüsse entgegengenommen und erörtert.

Auch die Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2016 jeweils mehrmals. So sind der Nominierungsausschuss in diesem Zeitraum zu zwei Sitzungen, der Vergütungskontrollausschuss zu vier Sitzungen, der Prüfungsausschuss zu vier Sitzungen und der Risikoausschuss zu fünf Sitzungen zusammengekommen. Sitzungen des Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2016 nicht erforderlich.

Der Nominierungsausschuss hat sich schwerpunktmäßig mit der Bewertung von Vorstand und Aufsichtsrat, der Bestellung der Vorstandsmitglieder der ehemaligen WGZ BANK zu Vorstandsmitgliedern der DZ BANK sowie der Nominierung von Kandidaten für die im Rahmen der Hauptversammlung 2016 anstehenden Wahlen in den Aufsichtsrat befasst und hierzu Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ausgesprochen.

Der Vergütungskontrollausschuss hat sich in seinen Sitzungen schwerpunktmäßig mit Vergütungsfragen befasst und hierzu – sofern erforderlich – Empfehlungsbeschlüsse für den Aufsichtsrat gefasst. Hierzu gehörten insbesondere die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder – insbesondere deren Festsetzung für das Geschäftsjahr 2015 und die Festlegung der individuellen und kollektiven Ziele für das Geschäftsjahr 2016 – sowie die Festsetzung des Gesamtbetrages der variablen Vergütung der DZ BANK (§ 15 i.V.m. § 7 InstitutsVergV). Darüber hinaus hat sich der Ausschuss mit den aufgrund geänderter Rechtsprechung notwendig gewordenen Anpassungen der Muster-Versorgungszusage der DZ BANK sowie bestehender Versorgungszusagen und mit weiteren Vertragsangelegenheiten der neuen Vorstandsmitglieder befasst und hierzu Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ausgesprochen. Ferner hat der Vergütungskontrollausschuss entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates den Vorsitzenden des Vergütungskontrollausschusses sowie seinen Stellvertreter wiederernannt und sich aufgrund der fusionsbedingt geänderten Geschäftsverteilung mit der Zielerreichung/-planung 2016 für den Gesamtvorstand beschäftigt und hierzu Empfehlungsbeschlüsse gegenüber dem Aufsichtsrat gefasst. Des Weiteren hat sich der Ausschuss mit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter (§ 3 Abs. 1 Satz 2 InstitutsVergV) und dem vom Vergütungsbeauftragten vorgelegten Vergütungskontrollbericht (§ 24 Abs. 3 InstitutsVergV) befasst und diese zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss hat die Angemessenheit der Vorstandsvergütung der DZ BANK geprüft und diese im Anschluss an die Prüfung festgestellt (§ 15 Abs. 2 InstitutsVergV); er hat anschließend dem Aufsichtsrat das Ergebnis der Angemessenheitsprüfung zur Kenntnisnahme empfohlen. Im Übrigen ist der Vergütungskontrollausschuss durch den Vergütungsbeauftragten über neue regulatorische Vorgaben, deren Auswirkungen auf die DZ BANK und ihren Umsetzungsstand in der DZ BANK informiert worden und hat diese erörtert.

Der Prüfungsausschuss hat sich in seinen Sitzungen mit den Ergebnissen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der DZ BANK sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts zum 31. Dezember 2015 durch die EY mit dem Halbjahresfinanzbericht der DZ BANK Gruppe zum 30. Juni 2016 und der diesbezüglichen prüferischen Durchsicht durch EY, mit dem Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäftes 2015/2016 sowie den Prüfungsschwerpunkten 2016 des Abschlussprüfers und wichtigen Erkenntnisse der laufenden Prüfung beschäftigt und in diesem Zusammenhang den Rechnungslegungsprozess überwacht. Zudem hat sich der Ausschuss mit der Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2016 und des Prüfers für die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichtes

des Konzerns und weiterer Zwischenabschlüsse sowie aus diesem Anlass mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers beschäftigt und einen diesbezüglichen Empfehlungsbeschluss gegenüber dem Aufsichtsrat gefasst. Des Weiteren war der Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2015 Gegenstand einer Prüfungsausschusssitzung. Wo erforderlich, hat der Ausschuss zu den vorgenannten Punkten Empfehlungsbeschlüsse an den Aufsichtsrat gefasst. Ferner hat der Prüfungsausschuss entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ernannt. Darüber hinaus hat sich der Prüfungsausschuss mit der Geschäfts-, Kapital- und Rentabilitätsentwicklung, einschließlich fusionsbezogener handelsrechtlicher Effekte, befasst. Zudem hat sich der Ausschuss mit aufsichtsrechtlichen Prüfungen in der DZ BANK Gruppe, hier insbesondere dem sektoralen Ansatz, der aufsichtsrechtlich geforderten Abwicklungsplanung sowie den aktuellen steuerlichen und regulatorischen Entwicklungen beschäftigt und diese erörtert. Auch hat sich der Prüfungsausschuss mit dem Projektportfolio, hier insbesondere dem Projektportfolio Finanzen/Risiko und der Migration, den Berichten der Internen Revision zum 31. Dezember 2015 sowie zum 30. Juni 2016 und den Ergebnissen der Quality Assessments zur Arbeit der Internen Revision in der DZ BANK und der DZ BANK Gruppe, dem Compliance-Jahresbericht, sowie der IT Strategie der DZ BANK und der DZ BANK Gruppe auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang hat der Ausschuss auch die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Revisionssystems überwacht. Schließlich hat sich der Prüfungsausschuss auch mit den Anforderungen durch die Abschlussprüfungsreform ausgiebig befasst. Er hat Leitlinien zur künftigen Beauftragung des Abschlussprüfers mit sog. Nichtprüfungsleistungen erlassen und sich mit der Überwachung der Vergabe von Nichtprüfungsleistungen und der in diesem Zusammenhang vorgegebenen Honorarobergrenze beschäftigt.

In den Sitzungen des Risikoausschusses wurden diverse Beteiligungs- und Kreditanträge behandelt und hierzu Beschlüsse beziehungsweise – wo erforderlich – Empfehlungsbeschlüsse an den Aufsichtsrat gefasst. Darüber hinaus hat sich der Risikoausschuss schwerpunktmäßig mit der vorgezogenen Prüfung des Kreditgeschäftes sowie aufsichtsrechtlicher und organisatorischer Themen im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015, der Entwicklung der Einzelrisikovorsorge und mit der Einwertung des Prüfungsberichtes zur MaRisk-Prüfung der Bankenaufsicht ‚Risikomanagement – Kredit- und Adressausfallrisiko Geschäftsbereich Firmenkunden‘ befasst. Zudem hat sich der Ausschuss mit der aktuellen Gesamt- und Kreditrisikosituation, den Risikostrategien, den Ergebnissen der ökonomischen sowie der inversen Stresstests sowie den MaSan-Indikatoren beschäftigt und hierbei auch die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems überwacht. Auch hat sich der Risikoausschuss mit dem Risikofrühwarnsystem der DZ BANK und der DZ BANK Gruppe sowie mit neuen vereinheitlichten Prozessen zur Risikofrüherkennung und zur Einbindung der Restrukturierung befasst. Ferner hat der Risikoausschuss entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates den Vorsitzenden des Risikoausschusses ernannt. Des Weiteren hat sich der Ausschuss mit den Konditionen im Kundengeschäft, betriebswirtschaftlichen Methoden zur Ermittlung von Kreditrisiken sowie den Strukturlimiten, Länderlimiten und Limitlisten für Banken und Versicherungen auseinandergesetzt. Darüber hinaus hat sich der Risikoausschuss mit den im Verlauf des Berichtsjahres jeweils aktuellen Beteiligungsthemen/-transaktionen, dem Abbau des Anleiheportfolios gegenüber Gebietskörperschaften in PIGS-Staaten, dem Programm für Asset Backed Commercial Papers (ABCP) „CORAL“ und dem aktuellen Stand des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) für das Finanzkonglomerat ‚DZ BANK Gruppe‘ unter Einbezug der R+V befasst und diese Themen erörtert. Ferner hat sich der Ausschuss mit den Auswirkungen der rückläufigen Rohstoffpreise auf das Portfolio der DZ BANK, der Geschäftsentwicklung der DVB Bank und der Entwicklung des wertberechtigten Schiffportfolios der DZ BANK AG in den Jahren 2009 bis 2015 auseinandergesetzt.

Im Übrigen hat der Risikoausschuss die Vergütungssysteme geprüft und hierbei festgestellt, dass die Anforderungen des §7 InstitutsVergV mit Blick auf den aktuellen Gesamtbetrag der variablen Vergütung erfüllt sind.

Zwischen den Aufsichtsratssitzungen hat der Vorstand den Aufsichtsrat über wichtige Vorgänge schriftlich oder telefonisch informiert. In dringenden Fällen hat der Risikoausschuss über wesentliche Geschäftsvorfälle im Wege des schriftlichen Beschlussverfahrens entschieden. Zudem haben die Vorsitzenden des Aufsichtsrates und des Vorstands der DZ BANK sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse des Aufsichtsrates und die zuständigen Dezernenten in regelmäßigen Gesprächen vorab wichtige Entscheidungen und besondere Geschäftsvorfälle erörtert.

Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer

EY, von der dem Aufsichtsrat eine Unabhängigkeitserklärung vorliegt, hat als Abschlussprüfer den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss der DZ BANK unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DZ BANK sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2016 als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden. EY hat hierüber jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfungsberichte sind den Mitgliedern des Aufsichtsrates zugegangen und wurden in Sitzungen umfassend erörtert und beraten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse haben darüber hinaus in einem intensiven und institutionalisierten Austausch mit den Abschlussprüfern gestanden. Der Aufsichtsrat stimmt dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zu.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat und der aus seiner Mitte gebildete Prüfungsausschuss haben den Jahresabschluss und den Lagebericht der DZ BANK sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht in ihren Sitzungen eingehend geprüft. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat den Aufsichtsrat umfassend über die ausführlichen Beratungen des Ausschusses betreffend den Jahresabschluss und den Lagebericht der DZ BANK sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht unterrichtet. An der Sitzung des Aufsichtsrates zur Feststellung des Jahresabschlusses sowie den vorbereitenden Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Risikoausschusses nahmen Vertreter der Prüfungsgesellschaft teil, um ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung zu berichten. Darüber hinaus standen sie den Mitgliedern des Aufsichtsrates zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Einwendungen des Aufsichtsrates gegen die Rechnungslegung ergaben sich nicht. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der DZ BANK und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 in seiner Sitzung vom 29. März 2017 entsprechend dem Empfehlungsbeschluss des Prüfungsausschusses gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat hat den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft und sich mit diesem einverstanden erklärt.

Veränderungen im Aufsichtsrat

Mit Wirkung zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung der DZ BANK am 22. Juni 2016 schieden die Herren Klaus Holderbach, Bernd Hühn, Dieter Rembde und Hans-Bernd Wolberg aus dem Aufsichtsrat der DZ BANK aus. Der Aufsichtsrat dankt den Herren Holderbach, Hühn, Rembde und Wolberg für ihr langjähriges Engagement. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 22. Juni 2016 die Herren Werner Böhnke, Martin Eul, Uwe Goldstein und Dr. Peter Hanker.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DZ BANK Gruppe für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit, insbesondere mit Blick auf die besonderen Anstrengungen im Rahmen der erfolgreichen Verschmelzung von DZ BANK und WGZ BANK.

Frankfurt am Main, den 29. März 2017

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main



Helmut Gottschalk
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Beiräte der DZ BANK

Mitglieder des Allfinanzbeirats für die DZ BANK Gruppe

Vorsitzender (bis 12/2016):

Andreas Hof

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank
Main-Kinzig-Büdingen eG
Büdingen

Stellvertretender

Vorsitzender (bis 12/2016):

Eberhard Heim

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Tübingen eG
Tübingen
(bis 12/2016)

Vertreter der

Genossenschaftsbanken:

Wolfgang Altmüller

Vorsitzender des Vorstands
VR meine Raiffeisenbank eG
Altötting
(bis 12/2016)

Ulf Brothuhn

Vorsitzender des Vorstands
Bremische Volksbank eG
Bremen

Richard Erhardsberger

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Vilsbiburg eG
Vilsbiburg
(bis 12/2016)

Josef Frauenlob

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank Ober-
bayern Südost eG
Bad Reichenhall
(seit 02/2016)

Klaus Geurden

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Krefeld eG
Krefeld
(seit 01/2017)

Timm Häberle

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Neckar-Enz eG
Bönnigheim
(seit 01/2017)

Martin Heinzmann

Sprecher des Vorstands
Volksbank Kinzigtal eG
Wolfach

Heinz Hüning

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Heiden eG
Heiden
(seit 01/2017)

Thomas Janßen

Mitglied des Vorstands
Volksbank Braunlage eG
Braunlage
(bis 12/2016)

Franz-Josef Jaumann

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Trossingen eG
Trossingen
(bis 12/2016)

Thomas Jorberg

Sprecher des Vorstands
GLS Gemeinschaftsbank eG
Bochum
(seit 01/2017)

Klaus Krömer

Mitglied des Vorstands
Emsländische Volksbank eG
Meppen

Andreas Lorenz

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Karlsruhe eG
Karlsruhe

Rudolf Müller

Sprecher des Vorstands
Volksbank Kur- und Rheinpfalz eG
Speyer
(bis 12/2016)

Christoph Ochs

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank Südpfalz eG
Landau
(seit 01/2017)

Richard Riedmaier

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank Bayern
Mitte eG
Ingolstadt
(seit 01/2017)

Manfred Roth

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank Weimar eG
Weimar

Reinhard Schlottbom

(persönlicher Stellvertreter
für das Mitglied aus der
Sparda-Bank Gruppe)
Vorsitzender des Vorstands
PSD Bank Westfalen-Lippe eG
Münster
(bis 12/2016)

Martin Schmitt

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Bank eG
Kassel
(bis 12/2016)

Thomas Sterthoff

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Bielefeld-Gütersloh eG
Gütersloh
(seit 01/2017)

Klaus Treimer

Sprecher des Vorstands
VR Bank Ostholstein Nord –
Plön eG
Neustadt in Holstein

Rudolf Veitz

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Holzheim eG
Holzheim
(bis 12/2016)

Dr. Gerhard Walther

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Mittelfranken West eG
Ansbach
(seit 01/2017)

Prof. Jürgen Weber

Vorsitzender des Vorstands
Sparda-Bank Hessen eG
Frankfurt am Main

**Vertreter des BVR
und seiner Fachräte:**

Dr. Wolfgang Baecker

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Westmünsterland eG
Coesfeld

Jürgen Brinkmann

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank eG
Braunschweig Wolfsburg
Wolfsburg

Uwe Fröhlich

Präsident
Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)
Berlin

Peter Geuß

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank
Starnberg-Herrsching-Landsberg eG
Starnberg
(bis 12/2016)

Wilhelm Höser

Sprecher des Vorstands
Westerwald Bank eG
Volks- und Raiffeisenbank
Hachenburg
(seit 02/2017)

Olaf Kilimann

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Marl-
Recklinghausen eG
Marl
(seit 02/2017)

Dr. Veit Luxem

(kooptierter Teilnehmer
als Vorsitzender des
BVR-Verbandsrats)
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Erkelenz eG
Erkelenz

Rosemarie Miller-Weber

Vorsitzende des Vorstands
Leutkircher Bank –
Raiffeisen- und Volksbank – eG
Leutkirch im Allgäu
(bis 12/2016)

Horst Weyand

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Rhein-Nahe-
Hunsrück eG
Bad Kreuznach
(seit 02/2017)

**Mitglieder des
Bankenbeirats Baden-
Württemberg der
DZ BANK AG**

Vorsitzender (seit 03/2016):

Hermann Sonnenschein
Mitglied des Vorstands
Volksbank Göppingen eG
Göppingen

Stellvertretender

Vorsitzender (seit 03/2016):

Uwe Barth
Sprecher des Vorstands
Volksbank Freiburg eG
Freiburg im Breisgau

Michael Baumann
Mitglied des Vorstands
BBBANK eG
Karlsruhe
(bis 09/2016)

Jürgen Beerkircher
Mitglied des Vorstands
Volksbank Backnang eG
Backnang

Thomas Bierfreund
Mitglied des Vorstands
VR Bank eG
Steinlach-Wiesaz-Härten
Mössingen

Marco Bigeschi
Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Aidlingen eG
Aidlingen
(seit 01/2016)

Ulf Bleckmann
Mitglied des Vorstands
Volksbank Dreiländereck eG
Lörrach

Andreas Böhler
Sprecher des Vorstands
Volksbank Kraichgau
Wiesloch-Sinsheim eG
Wiesloch

Bernhard Carl
Sprecher des Vorstands
Volksbank Kurpfalz eG
Heidelberg
(seit 01/2016)

Oliver Conradi
Vorsitzender des Vorstands
Heidenheimer Volksbank eG
Heidenheim an der Brenz

Claus Edelmann
Mitglied des Vorstands
Volksbank Strohgau eG
Kornthal-Münchingen
(seit 09/2016)

Jürgen Fricke
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Vorbach-Tauber eG
Weikersheim

Helmut Haberstroh
Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank Aichhalden-
Hardt-Sulgen eG
Hardt

Gerd Haselbach
Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank im Kreis Calw eG
Neubulach
(seit 01/2016)

Jürgen Held
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Region Leonberg eG
Leonberg
(seit 01/2016)

Martin Hettich
Vorsitzender des Vorstands
Sparda-Bank
Baden-Württemberg eG
Stuttgart
(seit 01/2016)

Andreas Hoffmann
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Bruhrain-
Kraich-Hardt eG
Oberhausen-Rheinhausen

Klaus Hofmann
Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank
Ehingen-Hochsträß eG
Ehingen (Donau)

Jürgen Hornung
Sprecher des Vorstands
VR-Bank Ellwangen eG
Ellwangen (Jagst)

Gottfried Joos
Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Dornstetten eG
Dornstetten

Georg Kibele
Mitglied des Vorstands
Leutkircher Bank –
Raiffeisen- und Volksbank – eG
Leutkirch im Allgäu

Robert Kling
Mitglied des Vorstands
Volksbank Albstadt eG
Albstadt

Reiner Lachenmeier
Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Südhardt eG
Durmernheim
(seit 01/2016)

Norbert Lange

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Müllheim eG
Müllheim
(seit 01/2016)

Wolfgang Mauch

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank
Kirchheim-Nürtingen eG
Nürtingen

Werner Mayer

Mitglied des Vorstands
Volksbank Allgäu-West eG
Isny im Allgäu

Jürgen Pinnisch

Mitglied des Vorstands
Volksbank Heilbronn eG
Heilbronn

Thomas Pörings

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Baden-Baden Rastatt eG
Baden-Baden

Adelheid Raff

Vorsitzende des Vorstands
Volksbank Zuffenhausen eG
Stuttgart

Ekkehard Saueressig

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Neckartal eG
Eberbach

Roland Schäfer

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Bruchsal-Bretten eG
Bretten

Gerolf Scherer

Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank Riss-Umlach eG
Warthausen
(seit 01/2016)

Jürgen Schiller

Mitglied des Vorstands
VR-Bank Weinstadt eG
Weinstadt
(bis 09/2016)

Dietmar Schmid

Mitglied des Vorstands
Echterdinger Bank eG
Leinfelden-Echterdingen
(seit 01/2016)

Helmut Schweiss

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Vordere Alb eG
Hülben

Bernhard Slavetinsky

Vorsitzender des Vorstands
PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG
Karlsruhe
(seit 01/2016)

Markus Trautwein

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Oberstenfeld eG
Oberstenfeld
(bis 09/2016)

Andreas Tyrra

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG
Überlingen
(seit 01/2016)

Jürgen Wankmüller

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Wilferdingen-Keltern eG
Remchingen

Roger Winter

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG
Konstanz

Mitglieder des Bankenbeirats Bayern der DZ BANK AG

Vorsitzender:

Wolfgang Völkl

Sprecher des Vorstands
Volksbank Regensburg eG
Regensburg

Stellvertretender

Vorsitzender:

Claus Jäger

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Aschaffenburg eG
Aschaffenburg

Konrad Baueregger

Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank
Trostberg-Traunreut eG
Traunreut
(seit 01/2016)

Walter Beller

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Werdenfels eG
Garmisch-Partenkirchen

Wolfgang Binder

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisen-Volksbank Ebersberg eG
Grafing b. München

Dieter Bordihn

Mitglied des Vorstands
Kulmbacher Bank eG
Raiffeisen-Volksbank
Kulmbach

Alexander Brehm

Mitglied des Vorstands
Volksbank Forchheim eG
Forchheim
(seit 01/2016)

Johann Büchler

Vorsitzender des Vorstands
PSD Bank Nürnberg eG
Nürnberg
(seit 01/2016)

Günter Dreher

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Kirchweihthal eG
Pforzen
(seit 01/2016)

Joachim Erhard

Mitglied des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank
Würzburg eG
Würzburg

Wolfgang Gebhard

Mitglied des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank
Bayern Mitte eG
Ingolstadt

Rainer Geis

Mitglied des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank
Bad Kissingen-Bad Brückenau eG
Bad Kissingen

Albert Griehl

Mitglied des Vorstands
VR-Bank Rottal-Inn eG
Pfarrkirchen

Hansjörg Hegele

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Tölzer Land eG
Bad Tölz

Karl-Heinz Hempel

Mitglied des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank
Dachau eG
Dachau

Josef Hofbauer

Stv. Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank
Neumarkt i. d. OPf. eG
Neumarkt i. d. OPf.

Rainer Hönl

Mitglied des Vorstands
VR-Bank Donau-Mindel eG
Dillingen a. d. Donau
(bis 06/2016)

Edmund Kainer

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Seebachgrund eG
Heßdorf

Gottfried Kneißl

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Pfeffenhausen-
Rottenburg-Wildenberg eG
Pfeffenhausen

Michael Kruck

Sprecher des Vorstands
Raiffeisen-Volksbank
Donauwörth eG
Donauwörth

Anton Lautenbacher

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank München Land eG
Oberhaching
(seit 01/2016)

Johannes Lechner

Mitglied des Vorstands
Sparda-Bank Ostbayern eG
Regensburg
(seit 01/2016)

Albert Lorenz

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal eG
Bad Abbach

Bernd Müller

Mitglied des Vorstands
Volksbank Lindenberg eG
Lindenberg i. Allgäu

Dr. Walter Müller

Mitglied des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank
Rosenheim-Chiemsee eG
Rosenheim

Heinrich Reisenleiter

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Bad Windsheim eG
Bad Windsheim

Hermann Schacherbauer

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Ortenburg-
Kirchberg v.W. eG
Ortenburg
(seit 01/2016)

Dr. Markus Schappert

Mitglied des Vorstands
Volksbank-Raiffeisenbank
Bayreuth eG
Bayreuth
(seit 01/2016)

René Schinke

Mitglied des Vorstands
VR-Bank Memmingen eG
Memmingen
(seit 01/2016)

Norbert Schug

Mitglied des Vorstands
VR Bank Hof eG
Hof
(seit 01/2016)

Dr. Wolfgang Seel

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Neu-Ulm eG
Weißenhorn
(seit 01/2016)

Christian Senff

Sprecher des Vorstands
Raiffeisen-Volksbank Ebern eG
Ebern

Peter Siegel

Mitglied des Vorstands
VR Bank Kitzingen eG
Kitzingen

Heinrich Stumpf

Mitglied des Vorstands
Augusta-Bank eG
Raiffeisen-Volksbank
Augsburg

Dr. Gerhard Walther

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Mittelfranken West eG
Ansbach
(seit 01/2016)

Edmund Wanner

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Straubing eG
Straubing

Bernhard Werner

Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank im Naabtal eG
Nabburg

Wilfried Wiedemann

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Weißenburg-
Gunzenhausen eG
Weißenburg i. Bay.

Walter Wittmann

Mitglied des Vorstands
VR GenoBank DonauWald eG
Deggendorf
(seit 01/2016)

Bernhard Wolf

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Weiden eG
Weiden i. d. OPf.

Mitglieder des Bankenbeirats Mitte der DZ BANK AG

Vorsitzender (seit 03/2016):

Christoph Kothe

Sprecher des Vorstands
Leipziger Volksbank eG
Leipzig

Stellvertretender

Vorsitzender (seit 03/2016):

Matthias Martiné

Sprecher des Vorstands
Volksbank Darmstadt-
Südhessen eG
Darmstadt
(seit 01/2016)

Mathias Beers

Vorsitzender des Vorstands
Vereinigte Volksbank eG
Dillingen · Dudweiler ·
Sulzbach/Saar
Sulzbach
(bis 11/2016)

Jürgen Bien

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank eG Großlütder
Großlütder

Achim Brunner

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisenbank Oberursel eG
Oberursel (Taunus)

Hans-Joachim Buchen

Mitglied des Vorstands
Volksbank Daaden eG
Daaden

Sven Fiedler

Mitglied des Vorstands
Volksbank Raiffeisenbank
Niederschlesien eG
Görlitz

Jens Fischer

Mitglied des Vorstands
PSD Bank Hessen-Thüringen eG
Eschborn
(seit 01/2016)

Gerhard Gales

Mitglied des Vorstands
Bank 1 Saar eG
Saarbrücken

Mathias Geisert

Mitglied des Vorstands
RV Bank Rhein-Haardt eG
Lambsheim
(seit 01/2016)

Dr. Matthias Hildner

Vorsitzender des Vorstands
Wiesbadener Volksbank eG
Wiesbaden

Michael Hohmann

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Baunatal
(seit 01/2016)

Thomas Katzenmayer

Vorsitzender des Vorstands
Evangelische Bank eG
Kassel

Horst Klumb

Vorsitzender des Vorstands
VR Bank Südthüringen eG
Suhl

Thomas Köhler

Sprecher des Vorstands
Volksbank Butzbach eG
Butzbach

Klaus Königs

Mitglied des Vorstands
VR Bank Biedenkopf-
Gladenbach eG
Biedenkopf
(seit 01/2016)

Alexander Kostal

Mitglied des Vorstands
Volksbank Kaiserslautern eG
Landstuhl

Norbert Lautenschläger

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Lauterbach-Schlitz eG
Lauterbach (Hessen)
(seit 01/2016)

Bernd Lehmann

Mitglied des Vorstands
Raiffeisen- und Volksbank
Dahn eG
Dahn
(seit 01/2016)

Klaus Merz

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Rhein-Lahn-
Limburg eG
Limburg
(seit 01/2016)

Frank Möller

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Wolfhagen

Andreas Pfeil

Mitglied des Vorstands
Raiffeisen-Volksbank
Saale-Orla eG
Pößneck

Hubert Röbig

Stv. Sprecher des Vorstands
VR Genossenschaftsbank
Fulda eG Volksbank
Raiffeisenbank seit 1862
Fulda
(bis 12/2016)

Manfred Rumpf

Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Rodenbach

Ewald Saathoff

Mitglied des Vorstands
Volksbank Pirna eG
Pirna
(seit 01/2016)

Frank Schäfer

Mitglied des Vorstands
Volksbank Hunsrück-Nahe eG
Simmern

Rainer Schäfer-Prößer

Mitglied des Vorstands
Volksbank Heuchelheim eG
Heuchelheim

Heinz-Peter Schamp

Mitglied des Vorstands
Mainzer Volksbank eG
Mainz

Kai-Uwe Schulz

Mitglied des Vorstands
Volksbank Riesa eG
Riesa
(seit 01/2016)

Karin Schwartz

Mitglied des Vorstands
Sparda-Bank Südwest eG
Mainz
(seit 01/2016)

Edgar Soester

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Westliche Saar plus eG
Saarlouis
(seit 12/2016)

Odo Steinmann

Mitglied des Vorstands
Volksbank Rhein-Nahe-
Hunsrück eG
Bad Kreuznach

Karlo Uhlein

Sprecher des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Offenbach/M.-Bieber
Offenbach am Main

Peter van Moerbeek

Mitglied des Vorstands
Vereinigte Volksbank
Raiffeisenbank eG
Wittlich

Martin Wagner

Mitglied des Vorstands
VR Bank Weimar eG
Weimar

Christoph Wunderlich

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Schaafheim eG
Schaafheim

Mitglieder des Bankenbeirats Nord/Ost der DZ BANK AG

Vorsitzender (seit 03/2016):

Michael Engelbrecht

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Jever eG
Jever

Stellvertretender

Vorsitzender (seit 03/2016):

Georg Schäfer

Mitglied des Vorstands
Volksbank-Raiffeisenbank
im Kreis Rendsburg eG
Osterrönfeld
(seit 01/2016)

Rainer Adamczyk

Mitglied des Vorstands
Volksbank Uelzen-Salzwedel eG
Uelzen

Stefan Awick

Mitglied des Vorstands
Volksbank Bösel eG
Bösel
(seit 01/2016)

Frank Baer

Mitglied des Vorstands
Volksbank Spree-Neiße eG
Forst

Matthias Behr

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Bargteheide
(seit 01/2016)

Jörg Biethan

Mitglied des Vorstands
Volksbank Hildesheimer Börde eG
Söhlde

Guido Bloch

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Hagenow

Ralph Carstensen

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank eG
Todenbüttel

Ralf Everts

Mitglied des Vorstands
Raiffeisen-Volksbank Fresena eG
Norden

Thoralf Flaake

Mitglied des Vorstands
Volksbank Wittenberg eG
Lutherstadt Wittenberg
(seit 01/2016)

Stefan Frahm

Mitglied des Vorstands
VR Bank
Ostholstein Nord-Plön eG
Lensahn

Holger Franz

Vorsitzender des Vorstands
Ostfriesische Volksbank eG
Leer (Ostfriesland)

Thomas Gensch

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Ostprignitz-
Ruppin eG
Neuruppin

Berend H. Gortmann

Mitglied des Vorstands
Volksbank Niedergrafschaft eG
Uelsen

Norbert Gössling

Mitglied des Vorstands
Volksbank im Harz eG
Osterode am Harz

Ernst Gruber

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG
Wolfenbüttel

Ahrlrich Hamel

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG Westrhauderfehn
Rhauderfehn

Cord Hasselmann

Mitglied des Vorstands
Volksbank Lüneburger Heide eG
Winsen (Luhe)

Stefan Hunsche

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG
Sottrum
(seit 01/2016)

Ulrich Janzen

Mitglied des Vorstands
Volksbank Nordhümmling eG
Börger

Jochen Johannsen

Mitglied des Vorstands
Zevener Volksbank eG
Zeven
(seit 01/2016)

Reimund Kempkes

Mitglied des Vorstands
Volksbank Süd-Emsland eG
Spelle
(seit 01/2016)

Frank Kohler

Mitglied des Vorstands
Sparda-Bank Berlin eG
Berlin
(seit 01/2016)

Marija Kolak

Mitglied des Vorstands
Berliner Volksbank eG
Berlin
(seit 01/2016)

Detlef Kommischke

Mitglied des Vorstands
Volks- und Raiffeisenbank
Eisleben eG
Lutherstadt Eisleben

Johann Kramer

Vorsitzender des Vorstands
Raiffeisen-Volksbank eG
Aurich

Dr. Martin Kühling

Mitglied des Vorstands
Volksbank Vechta eG
Vechta

Jürgen Manegold

Sprecher des Vorstands
EDEKABANK AG
Hamburg
(bis 09/2016)

Michael Möller

Mitglied des Vorstands
VR Bank Flensburg-Schleswig eG
Schleswig

Bernd Müntz

Mitglied des Vorstands
Hannoversche Volksbank eG
Hannover
(seit 01/2016)

Axel Neubert

Mitglied des Vorstands
Rostocker Volks- und
Raiffeisenbank eG
Rostock

Matthias Osterhues

Mitglied des Vorstands
Volksbank Oldenburg eG
Oldenburg

Thorsten Rathje

Mitglied des Vorstands
Hamburger Volksbank eG
Hamburg

Hans-Christian Reuß

Mitglied des Vorstands
Volksbank Göttingen eG
Göttingen
(seit 01/2016)

Reiner Schomacker

Mitglied des Vorstands
Norderstedter Bank eG
Norderstedt

Joachim Schorling

Mitglied des Vorstands
Volksbank in Schaumburg eG
Bückeburg
(seit 01/2016)

Bernhard Soeken

Vorsitzender des Vorstands
PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Berlin
(seit 01/2016)

Martin Spils

Mitglied des Vorstands
VR Bank Oldenburg
Land West eG
Hatten
(seit 01/2016)

Ralf Stolte

Mitglied des Vorstands
VR-Bank eG im Altkreis
Bersenbrück
Neuenkirchen
(seit 01/2016)

Markus Strahler

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG
Nienburg (Weser)
(seit 01/2016)

Mitglieder des Bankenbeirats West der DZ BANK AG

Vorsitzender:

Werner Böhnke

Stv. Vorsitzender
des Aufsichtsrats
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-
Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Stellvertretender

Vorsitzender (bis 07/2016):

Franz Lipsmeier

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Delbrück-Hövelhof eG
Delbrück
(bis 12/2016)

Stellvertretender

Vorsitzender (seit 12/2016):

Elmar Schmitz

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank RheinAhrEifel eG
Bad Neuenahr-Ahrweiler

Markus Bäumler

Mitglied des Vorstands
VR-Bank Hunsrück-Mosel eG
Morbach

Ralf W. Barkey

Vorsitzender des Vorstands
Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e.V.
Düsseldorf

Dr. Martin Berges

Direktor
Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen
Münster
(seit 06/2016)

Christoph Bickmann

Vorsitzender des Vorstands
Darlehnskasse Münster eG
Münster

Leo Blum

Ehemals Präsident
Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Nassau e. V.
Koblenz
(bis 12/2016)

Heinrich-Josef Blümling

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Moselkrampen eG
Ernst
(seit 06/2016)

Konrad Breul

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Neustadt eG
Neustadt

Gerhard Bröcker

Sprecher des Vorstands
Vereinigte Volksbank Münster eG
Münster

Bernhard Conzen

Präsident
Rheinischer Landwirtschafts-
Verband e. V.
Bonn
(seit 06/2016)

Friedhelm Decker

Ehrenpräsident
Rheinischer Landwirtschafts-
Verband e. V.
Bonn
(bis 12/2016)

Rainer Eggert

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Versmold eG
Versmold

Christian Eschbach

Mitglied des Vorstands
Volksbank Sauerland eG
Arnsberg
(bis 12/2016)

Johannes Gastreich

Ehemals Vorsitzender
des Vorstands
Raiffeisen-Bank Eschweiler eG
Eschweiler
(bis 06/2016)

Carsten Graaf

Ehemals Vorsitzender
des Vorstands
Volksbank Meerbusch eG
Meerbusch
(bis 06/2016)

Dr. Clemens Große Frie

Vorsitzender des Vorstands
AGRAVIS Raiffeisen AG
Münster
(bis 12/2016)

Andreas Hartmann

Mitglied des Vorstands
Volksbank Greven eG
Greven

Franz-Josef Heidermann

Mitglied des Vorstands
Volksbank Bocholt eG
Bocholt

Martin Herding

Mitglied des Vorstands
Volksbank Nottuln eG
Nottuln

Heinz-Wilhelm Hermeling

Ehemals Mitglied des Vorstands
Volksbank Mönchengladbach eG
Mönchengladbach
(bis 06/2016)

Hans-Josef Hilgers

Ehemals Vorsitzender
des Vorstands
Raiffeisen-Waren-Zentrale
RheinMain eG
Köln
(bis 06/2016)

Günter Hippchen

Ehemals Vorsitzender
des Vorstands
Volksbank Beckum-Lippstadt eG
Lippstadt
(bis 06/2016)

Walter Hoff

Ehemals Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Zeller Land eG
Zell (Mosel)
(bis 06/2016)

Stefan Hoffmann

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Beckum-Lippstadt eG
Lippstadt
(seit 06/2016)

Bruno Hollweger

Mitglied des Vorstands
Kölner Bank eG
Köln

Jörg Holz

Mitglied des Vorstands
Raiffeisenbank Grevenbroich eG
Grevenbroich
(seit 06/2016)

Rainer Jenniches

Vorsitzender des Vorstands
VR-Bank Bonn eG
Bonn

Christoph Kaminski

Mitglied des Vorstands
VR-Bank Rhein-Erft eG
Brühl

Norbert Kaufmann

Sprecher des Vorstands
Volksbank Siegerland eG
Siegen

Gisela Krauss

Generalbevollmächtigte
Volksbank Euskirchen eG
Köln
(bis 12/2016)

Roland Krebs

Mitglied des Vorstands
Volksbank im Märkischen
Kreis eG
Lüdenscheid

Birger Kriwet

Mitglied des Vorstands
Vereinigte Volksbank eG
Warburg

Heinrich Lages

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Selm-Bork eG
Selm

Hans-Jürgen Lembicz

Mitglied des Vorstands
Volksbank Euskirchen eG
Euskirchen

Dr. Veit Luxem

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Erkelenz eG
Erkelenz

Siegfried Mehring

Mitglied des Vorstands
Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e.V.
Düsseldorf

Jürgen Pütz

Vorsitzender des Vorstands
Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG
Bonn

Michael Radau

Vizepräsident Einzelhandels-
verband NRW
Vorsitzender des Vorstands
SuperBioMarkt AG
Münster

Michael Reitz

Mitglied des Vorstands
Volksbank Sauerland eG
Arnsberg
(seit 01/2017)

Peter Scherf

Sprecher des Vorstands
Volksbank Mindener Land eG
Minden

Jürgen Schmidt

Mitglied des Vorstands
Volksbank Hunsrück-Nahe eG
Simmern

Carsten Schruck

Mitglied des Vorstands
WESTFLEISCH SCE mbH
Münster

Dr. Thomas Siekmann

Mitglied des Vorstands
Deutsche Apotheker- und
Ärztebank eG
Düsseldorf
(seit 06/2016)

Manfred Stevermann

Vorsitzender des Vorstands
Sparda-Bank West eG
Düsseldorf

Ludger Suttmeier

Mitglied des Vorstands
Volksbank eG
Waltrop

Dr. Ekkehard Thiesler

Vorsitzender des Vorstands
Bank für Kirche und Diakonie eG
– KD-Bank
Dortmund

Claus-Dieter Toben

Stv. Vorsitzender des Vorstands
Fiducia & GAD IT AG
Münster

Hans-Peter Ulepić

Sprecher des Vorstands
Gladbacher Bank AG
Aktiengesellschaft von 1922
Mönchengladbach
(seit 06/2016)

Helmut Vilmar

Mitglied des Vorstands
Volksbank
Wipperfürth-Lindlar eG
Wipperfürth

Holger Zitter

Mitglied des Vorstands
Volksbank Emmerich-Rees eG
Emmerich

Peter Zurheide

Ehemals Mitglied des Vorstands
Volksbank Bielefeld-Gütersloh eG
Gütersloh
(bis 06/2016)

Beirat der DZ BANK AG

Vorsitzender:

Prof. Dr. Wolfgang König
Geschäftsführender Direktor
House of Finance
Johann Wolfgang Goethe-
Universität
Frankfurt am Main

Dr. Stella A. Ahlers

Vorsitzende des Vorstands
Ahlers AG
Herford

Dr. Wolfgang Baur

Geschäftsführer
CMC Caravan GmbH & Co.
Beteiligungs KG
Bad Waldsee

Raimund Becker

Mitglied des Vorstands
Bundesagentur für Arbeit
Nürnberg

Hans Bernhardt

Mitglied des Vorstands
Landwirtschaftliche Rentenbank
Frankfurt am Main

Stefan Durach

Geschäftsführer
Develey Senf & Feinkost GmbH
Unterhaching

Robert Friedmann

Sprecher der Konzernführung
Würth-Gruppe
Künzelsau

Dr. Hans-Jörg Gebhard

Vorsitzender
Verband Süddeutscher
Zuckerrübenanbauer e. V.
Eppingen

Prof. Dr. Andreas Hackethal

Stiftungsprofessur Personal Finance
Johann Wolfgang Goethe-
Universität
Frankfurt am Main

Dr. Reiner Hagemann

Ehemals Vorsitzender des Vorstands
Allianz-Versicherungs AG
München

Dr. Wolfgang Heer

Vorsitzender des Vorstands
Südzucker AG
Mannheim/Ochsenfurt

Wilfried Hollmann

Vorsitzender des Vorstands
NOWEDA eG
Essen

Dr. Marietta Jass-Teichmann

Geschäftsführende Gesellschafterin
Papierfabrik Adolf Jass
GmbH & Co. KG
Fulda

Lothar Kriszun

Sprecher der Geschäftsführung/
Konzernleitung
CLAAS KGaA mbH
Harsewinkel

Dr. Herbert Lang

Vorsitzender der Geschäftsführung
Sanacorp Pharmahandel GmbH
Planegg

Andreas Lapp

Vorsitzender des Vorstands
LAPP Holding AG
Stuttgart

Klaus Josef Lutz

Vorsitzender des Vorstands
BayWa Aktiengesellschaft
München

Roland Mack

Geschäftsführender Gesellschafter
Europa-Park GmbH & Co
Mack KG
Rust

Bernard Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter
MEYER WERFT GmbH
& Co. KG
Papenburg

Manfred Nüssel

Präsident
Deutscher Raiffeisenverband e. V.
Berlin

Willy Oergel

Vorsitzender der
Unternehmensleitung
E. Breuninger GmbH & Co.
Stuttgart

Herbert Pfennig

Sprecher des Vorstands
Deutsche Apotheker- und
Ärztebank eG
Düsseldorf

Jürgen Rudolph

Geschäftsführender Gesellschafter
Rudolph Logistik Gruppe
Baunatal

Joachim Rukwied

Präsident
Deutscher Bauernverband e. V.
Berlin

Dr. Josef Schwaiger

Sprecher der Geschäftsführung
DMK Deutsches
Milchkontor GmbH
Bremen

Jens Schwanedel

Kaufmännischer Geschäftsführer
Verlagsgruppe
Georg von Holtzbrinck GmbH
Stuttgart

Stephan Sturm

Mitglied des Vorstands
Fresenius SE & Co. KGaA
Bad Homburg

Peter Wesjohann

Vorsitzender des Vorstands
Lohmann & Co. AG
Visbek
(seit 01/2016)

Rolf Wetzel

Mitglied der Geschäftsführung
Heraeus Holding GmbH
Hanau
(seit 01/2016)

Michael Zahn

Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Wohnen AG
Berlin
(seit 01/2016)

Dr. Matthias Zieschang

Mitglied des Vorstands
Fraport AG
Frankfurt am Main

Wesentliche Beteiligungen der DZ BANK

BANKEN

Name/Sitz	Konzerngesellschaft ¹	Anteil am Kapital in %
Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft – Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken -, Schwäbisch Hall	•	96,9
Ceskomoravska stavebni sporitelna a.s., Praha		45,0
Fundamenta-Lakáskassa Zrt., Budapesti	•	51,2
Prvá stavebná sporiteľ'na a.s., Bratislava		32,5
Zhong De Zuh Fang Chu Xu Yin Hang (Sino-German-Bausparkasse) Ltd., Tianjin		24,9
Schwäbisch Hall Kreditservice AG, Schwäbisch Hall	•	100,0
Banco Cooperativo Español S.A., Madrid		12,0
Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank AG, Hamburg ²	•	100,0
Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main		50,0
DVB Bank SE, Frankfurt am Main	•	95,5
DZ BANK Ireland plc, Dublin ²	•	100,0
DZ PRIVATBANK S.A., Strassen, Luxemburg ²	•	90,7
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG, Zürich	•	100,0
ReiseBank AG, Frankfurt am Main (indirekt)	•	100,0
TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg	•	92,3
WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster ²	•	90,9

¹ In den Konzern einbezogen gem. IAS 27 und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft
² Patronierung durch DZ BANK

SONSTIGE SPEZIALDIENSTLEISTER

Name/Sitz	Konzerngesellschaft ¹	Anteil am Kapital in %
VR Equitypartner GmbH, Frankfurt am Main ²	•	100,0
Equens SE, Utrecht		11,9
VR-LEASING Aktiengesellschaft, Eschborn	•	100,0
BFL LEASING GmbH, Eschborn	•	71,7
VR DISKONTBANK GmbH, Eschborn	•	100,0
VR FACTOREM GmbH, Eschborn	•	100,0
VR-IMMOBILIEN-LEASING GmbH, Eschborn	•	100,0

¹ In den Konzern einbezogen gem. IAS 27 und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft
² Patronierung durch DZ BANK

KAPITALANLAGEGESELLSCHAFTEN

Name/Sitz	Konzerngesellschaft ¹	Anteil am Kapital in %
Union Asset Management Holding AG, Frankfurt am Main	•	95,7
Quoniam Asset Management GmbH, Frankfurt am Main	•	100,0 ²
R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden (gemeinsam mit R+V Versicherung AG)	•	25,1
Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main	•	100,0
Union Investment Institutional Property GmbH, Hamburg	•	90,0
Union Investment Luxembourg S.A., Luxembourg	•	100,0
Union Investment Privatfonds GmbH, Frankfurt am Main	•	100,0
Union Investment Real Estate GmbH, Hamburg	•	94,5

¹ In den Konzern einbezogen gem. IAS 27 und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft
² Stimmrechtsquote

VERSICHERUNGEN

Name/Sitz	Konzerngesellschaft ¹	Anteil am Kapital in %
R+V Versicherung AG, Wiesbaden	•	92,1
Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg	•	100,0
Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg	•	95,0
KRAVAG-Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg	•	76,0
KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg	•	51,0
R+V Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden	•	95,0
R+V Krankenversicherung AG, Wiesbaden	•	100,0
R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden	•	100,0
R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden (gemeinsam mit Union Asset Management Holding AG)	•	74,9

¹ In den Konzern einbezogen gem. IAS 27 und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft

Quoten nach IFRS aus Sicht der jeweiligen Teilkonzernmutter.

Impressum

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main
Platz der Republik
60325 Frankfurt am Main

Postanschrift:
60265 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 7447-01
Telefax +49 69 7447-1685
mail@dzbank.de
www.dzbank.de

Vorstand:
Wolfgang Kirsch (Vorsitzender)
Hans-Bernd Wolberg (stv. Vorsitzender)
Uwe Berghaus
Dr. Christian Brauckmann
Lars Hille
Wolfgang Köhler
Karl-Heinz Moll
Dr. Cornelius Riese
Michael Speth
Thomas Ullrich
Frank Westhoff
Stefan Zeidler

Dieser Geschäftsbericht ist im Internet
unter www.geschaeftsbericht.dzbank.de
elektronisch abrufbar.

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main
Platz der Republik
60325 Frankfurt am Main

www.dzbank.de